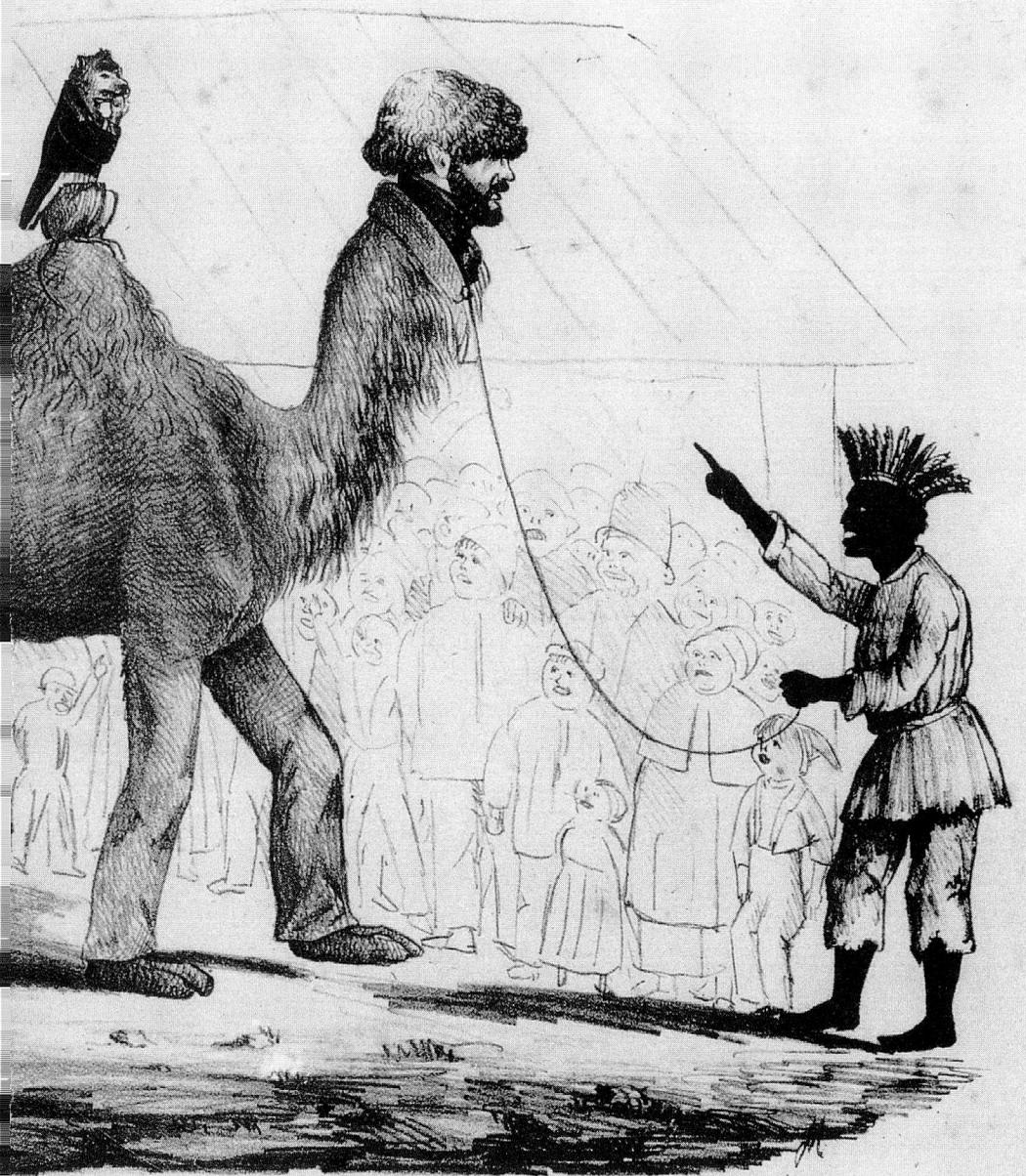




Wärter:) Meine Herrschaften schauen Sie ein **mohl**
Adel u. Juden u. **macht** lange Phrasen. _ Meine
merkwürdige Thier jeden Tag, in der bekannten Bu

enti camelus.



es es seltene Thier an, es stammt aus Neuschwaben, frisst
errschaffen! von 9 Uhr Morgens bis 2 Uhr Mittags ist dieses
e in der Paulsgasse zu schauen. —

Herausgegeben u. zu haben bei S. Stern's Offizin



Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien

*Herausgegeben von der
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien*

Band III

Droste Verlag Düsseldorf

Jörg Westermayer

Politik als Beruf

Der Parlamentarier Moriz Mohl
1802–1888

Droste Verlag Düsseldorf

Die Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien e.V., Bonn, wird institutionell gefördert
durch das Ministerium für Wissenschaft und Forschung
des Landes Nordrhein-Westfalen.



Copyright © 1998 by
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien e.V., Bonn
Droste Verlag GmbH, Düsseldorf 1998
ISBN 3-7700-5204-8

VORWORT

Die vorliegende Studie wurde im Sommersemester 1996 von der Philosophischen Fakultät für Geschichts- und Kunstwissenschaften der Ludwig-Maximilians-Universität München als Dissertation angenommen.

Meinem Doktorvater, Herrn Prof. Dr. Wolfram Siemann, danke ich für das große Interesse und die stete Hilfsbereitschaft, mit der er die Entstehung der Arbeit begleitet hat. Herrn Prof. Dr. Dr. h.c. Gerhard A. Ritter für die Mühe des Zweitgutachtens sowie für die Möglichkeit, als wissenschaftlicher Mitarbeiter an seinem Lehrstuhl arbeiten zu dürfen.

Für die großzügige Aufnahme in ihre Schriftenreihe danke ich der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien in Bonn. Vor allem ihrem Generalsekretär, Herrn Dr. Martin Schumacher, möchte ich für die geduldige und hilfsbereite Betreuung der Drucklegung danken.

Die Aufnahme in die Promotionsförderung der Studienstiftung des deutschen Volkes gewährte mir die materielle Basis für eine konzentrierte Forschungsarbeit. Herrn Prof. Dr. Manfred Botzenhart und Herrn Prof. Dr. Dieter Langewiesche habe ich für die Begutachtung meiner Stipendienbewerbung zu danken.

Den Bibliothekarinnen und Archivaren, vor allem der Württembergischen Landesbibliothek und des Stadtarchivs Aalen, weiß ich mich für ihre außerordentlich freundliche und entgegenkommende Hilfsbereitschaft zu Dank verpflichtet.

Renate und Rolf v. Kolczynski beherbergten mich während der Archivaufenthalte in Stuttgart mit herzlichster Gastfreundschaft. Mein Freund Dr. Achim Sing begleitete mit akribischer und aufbauender Kritik die Entstehung des Manuskriptes und trug damit sehr viel zum Gelingen der Arbeit bei. Meiner Frau Dr. Claudia Öhlschläger danke ich für Geduld, heiteren Optimismus und Hilfe. Meinen Eltern Marlies und Martin Westermayer, ohne deren zuversichtliche Großzügigkeit diese Arbeit nicht möglich gewesen wäre, ist das Buch gewidmet.

München, im Juni 1997

Jörg Westermayer



INHALT

Vorwort	5	
Einleitung	11	
Erster Teil: Die Jahre vor 1848		
Erstes Kapitel		
Herkunft und Ausbildung	21	
Zweites Kapitel		
»Der Prophet der Industrialisierung«: Das wirtschaftspolitische Konzept Moriz Mohls am Beispiel seiner Schrift »Über die württembergische Ge- werbsindustrie«	25	
Drittes Kapitel		
Im Staatsdienst	39	
Zweiter Teil: Die Revolution von 1848/49		
Viertes Kapitel		
Die Werbung um das Mandat und der Wahlkampf für die Nationalver- sammlung		
1. Die Bewerbung um eine Kandidatur	49	
2. Die Revolution in Aalen und der Wahlkampf	53	
3. Die Finanzierung der Abgeordnetenarbeit	67	
Fünftes Kapitel		
Vom Gegner des »stupiden Parteiwesens« zum Parteipolitiker ohne Partei (1848–1851)		71
Sechstes Kapitel		
In der Frankfurter Nationalversammlung		
1. Der volkswirtschaftliche Ausschuß	87	

- | | | |
|----|---|-----|
| 2. | Rücksichtslose Radikalität gegen Adel und Juden | 98 |
| | a) Die Adelsdebatte | 101 |
| | b) Die Debatte über die Judenemanzipation | 107 |

Siebtes Kapitel

Die Fortsetzung der Revolution in Württemberg

- | | | |
|----|---|-----|
| 1. | Aalen nach der Wahl im April 1848 | 118 |
| 2. | Die Wahlen zu den drei verfassunggebenden Landesversammlungen | 122 |

Dritter Teil: Der Landtag in der Reaktionszeit 1851–1859

Achtes Kapitel

- | | |
|---------------------------------|-----|
| Die Landtagswahl 1851 | 135 |
|---------------------------------|-----|

Neuntes Kapitel

- | | |
|--|-----|
| Im Plenum des Landtags | 143 |
| 1. Zivilcourage gegen die Reaktion | 144 |
| 2. Der Anwalt der Unterschichten | 151 |
| 3. Der Prophet der Industrialisierung im eigenen Land? | 159 |

Vierter Teil: Von der Neuen Ära bis zum neuen Reich

- | | |
|--|-----|
| Zentren der Politik: Eine Vorbemerkung | 173 |
|--|-----|

Zehntes Kapitel

Parlamentarismus im Vollzug: Die Debatten der württembergischen

- | | |
|--|-----|
| Gewerbeordnung 1861 | 179 |
| 1. Die Einführung der Gewerbefreiheit | 181 |
| 2. Die Niederlassungsfreiheit | 181 |
| 3. Die Konzessionspflicht für das Druckgewerbe | 185 |
| 4. Die Abschaffung der Zünfte | 187 |
| 5. Die Koalitionsfreiheit | 190 |
| 6. Das Ringen der Kommission um das Verordnungsrecht der Regierung | 193 |
| 7. Die Durchsetzungsfähigkeit der Kammer und der Einfluß Moriz Mohls | 196 |

Elftes Kapitel

Zwei Ministerien in einer Person: Die Kontrolle der Verwaltung durch die Landtagskommissionen	199
1. Das Instrument der Enquête	200
2. Der verfassungsrechtliche Handlungsspielraum der Landtagskommissionen	202
3. Die Praxis der Informationsbeschaffung	207

Zwölftes Kapitel

Im Zentrum der Fraktionsarbeit: Der Reinsburgklub 1855–1868	229
---	-----

Dreizehntes Kapitel

»Popularitäts-Agitations-Gemeinheiten« – Nöte mit den neuen Parteiorganisationen	249
--	-----

Vierzehntes Kapitel

Der Wahlkreis und sein Abgeordneter

1. »Kulturkampf« in Aalen: Die Landtagswahl 1862	262
2. Das Verhältnis Moriz Mohls zu seinen Wählern	271
3. Die Vereine und politischen Parteien in Aalen 1851–1870	280
4. Parteiwahlen in Aalen 1868–1882	299
Exkurs: Moriz Mohl im Zollparlament und im Reichstag	306

Schlußbetrachtung: Politik als Beruf	324
--	-----

Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen	328
--	-----

Verzeichnis der Abkürzungen	330
---------------------------------------	-----

Quellen und Literatur

A. Ungedruckte Quellen	331
B. Gedruckte Quellen und Literatur	334

Register	351
--------------------	-----



Robert von Mohl (1799–1875)

Einleitung

Am Ende seines langen Lebens konnte Moriz Mohl auf eine parlamentarische Erfahrung zurückblicken, die im 19. Jahrhundert ihres gleichen sucht. Moriz Mohl gehörte der Nationalversammlung in Frankfurt, dem Zollparlament und dem Reichstag an. Vier Jahrzehnte, von 1849–1887, vertrat er den Wahlbezirk Aalen im Württemberger Landtag. Seinem »ständischen Beruf« ging er mit einer für die Zeit noch seltenen Professionalität nach. Nach seinem Ausscheiden aus dem Staatsdienst widmete er sich ausschließlich der parlamentarischen Arbeit und der Publizistik, in der er meist die Themen des Landtags aufgriff.

Dieses außergewöhnliche und vielseitige Engagement bis an die Grenze des ihm gesundheitlich Zutraglichen bietet es an, am Beispiel Moriz Mohls die Arbeit eines Abgeordneten im Dreieck zwischen Gesellschaft, Parlament und Regierung zu untersuchen. In dieser gewissermaßen kleinsten Einheit des Parlamentarismus greift die vorliegende Arbeit das Programm auf, das Gerhard A. Ritter 1974 in seiner grundlegenden Forschungsskizze »Entwicklungsprobleme des deutschen Parlamentarismus«¹ entworfen hat: Das Wissen um die politischen Prozesse zwischen Regierung, Parlament, Parteien und Wählern im System der konstitutionellen Monarchie sei »vielfach noch ungenügend und schablonenhaft.«² In den 70er und 80er Jahren entstanden nicht nur die Geschichten einzelner Parlamente³, sondern auch zahlreiche Einzelstudien, die dem Bild der parlamentarischen Praxis des 19. Jahrhunderts inzwischen regional differenzierte Konturen verleihen. Die Forschungen von Manfred Hörner⁴ zu Baden und von Thomas Kühne⁵ zu Preußen beantworten die Fragen nach dem Wahlrecht, den Formen der Wahlwerbung, der Praxis der Wahlhandlung und der sozialen Zusammensetzung der Wählerschaft. Die historische Wahlforschung sucht in akribischen Einzelstudien den »Zusammenhang zwischen sozialem Wandel, gesellschaftlicher Demokratisierung und einer Formverwandlung der politischen Stile« transparent zu machen⁶ oder die Wählerentscheidung auf jahrhundertelange territoriale, konfessionelle und geoökonomische Traditionen und Gegebenheiten zurückzuführen.⁷ Auch die Untersu-

¹ G. A. RITTER, *Entwicklungsprobleme des deutschen Parlamentarismus*, 1974, S. 11–54.

² Ebd. S. 36 f.

³ In der Form des von G. A. RITTER herausgegebenen »Handbuch der Geschichte des deutschen Parlamentarismus«.

⁴ M. HÖRNER, 1987.

⁵ T. KÜHNE, *Dreiklassenwahlrecht und Wahlkultur in Preußen*, 1994.

⁶ P. STEINBACH, *Reichstagswahlen im Kaiserreich*, 1992, S. 89–112, S. 89. Vgl. DERS., *Die Politisierung der Region*, 1989, und für eine ähnlich umfangreiche Untersuchung auf kommunaler Ebene R. WAIBEL, *Frühliberalismus*, 1992.

⁷ S. IMMERFALL, 1992.

chung der sozialen Basis der politischen Strömungen, beispielsweise der Verankerung des Liberalismus in den Kommunen, verändert die Vorstellung von der Breite und dem Ort der politischen Mobilisierung und Partizipation der Bevölkerung grundlegend.⁸ Die Parteienforschung vertiefte die Kenntnis der formellen und informellen Organisationsstrukturen der liberalen Bewegung.⁹

Nicht nur die Frage nach der Entscheidungsmotivation der Wählerschaft, sondern auch die Frage nach den Bestimmungsgründen für das Abstimmungsverhalten der Parlamentarier fand differenzierte Antworten.¹⁰ Die soziale Herkunft der Mandatsträger der einzelnen Land- und Reichstage war Gegenstand von Forschungsvorhaben.¹¹

Die vorliegende Untersuchung will sich die Ergebnisse und Fragestellungen der genannten Forschungsfelder zu eigen machen und der »Scharnierfunktion«¹² des Parlamentariers im System der konstitutionellen Monarchie nachgehen. Auch wenn die Stellung des Abgeordneten immer wieder in die Perspektive der oben genannten Forschungsliteratur gerät, so fehlt doch bisher eine Studie, die die Ebenen der Abgeordnetenarbeit, die gleichzeitig mit den genannten Forschungsschwerpunkten korrespondieren, exemplarisch zusammenführt und in ihrer Entwicklung über einen langen Zeitraum hinweg verfolgt. Die Biographie dient dabei gleichsam als Sonde, mit der die parlamentarische Praxis, der Kontakt zwischen Wählern und dem Mandatsträger und die Zusammenarbeit mit Fraktionen und Parteien auf der Ebene des Abgeordneten analysiert werden kann, um damit einen Beitrag zur »empirischen Entschlüsselung der Chiffre »konstitutionelle Monarchie«¹³ zu leisten.

Moriz Mohl eignet sich für ein solches Forschungsvorhaben nicht nur wegen seines Lebenslaufs und der persönlichen Eigenheiten, sondern vor allem durch die Tatsache, daß er seinem Beruf in Württemberg nachging. Der württembergische Konstitutionalismus ist besser erforscht als derjenige anderer Staaten des Deutschen Bundes. Hartwig Brandts Arbeit »Parlamentarismus in Württemberg 1819–1870« legt die »Anatomie« des Landtags bloß und informiert über die Arbeitsweise im Plenum, die Kompetenzen der Kammer, das Verhältnis von Regierung und Landtag. Durch die Darstellung der Wahlkämpfe und der Parteibildungsprozesse kommt das Umfeld des Landtags in den Blick. Die parteipolitischen Strömungen der Jahre 1849–1870 arbeitet Dieter Langewiesche mit der Untersuchung ihrer ideologischen Trennlinien, ihrer organisatorischen Entwicklung und ihres Verhältnisses zur Öffentlichkeit klar heraus.¹⁴ Werner Boldts Dissertation über die württembergischen Volksvereine erschließt Organisation und Parteiverständnis der Demokraten in der Revolu-

⁸ P. MÜLLER, 1990, P. NOLTE, *Gemeindebürgertum und Liberalismus*, 1994.

⁹ D. LANGEWIESCHE, *Liberalismus und Demokratie*, 1974; A. BIEFANG, 1994.

¹⁰ W. SIEMANN, *Nationalversammlung*, 1976; H. BEST, *Die Männer von Bildung und Besitz*, 1990.

¹¹ B. HAUNFELDER, *Biographisches Handbuch*, 1994.

¹² H. BOLDT, *Die Stellung des Abgeordneten*, 1979.

¹³ H. BRANDT, *Parlamentarismus in Württemberg*, 1987.

¹⁴ D. LANGEWIESCHE, *Liberalismus und Demokratie*, 1974.

tion 1848/49.¹⁵ Die Habilitationsschrift von Bernhard Mann¹⁶ bietet weit über den Titel hinausgehend auch eine Geschichte Württembergs und seiner politischen Parteien in der Revolution, die sich mit der parallel entstandenen Studie von Manfred Botzenhart über den deutschen Parlamentarismus 1848/49 ergänzt.¹⁷ Die politischen Differenzen zwischen Moriz Mohl und der demokratischen Volkspartei, die 1864 gegründet wurde, können mit der Arbeit von Gerlinde Runge nachvollzogen werden.¹⁸ Adolf Rapp zeichnet die publizistische und parlamentarische Diskussion der Nationalen Frage in Württemberg im Jahrzehnt vor der Reichsgründung nach.¹⁹

Eine Biographie über Moriz Mohl ist wiederholt als Desiderat der Forschung bezeichnet worden. Das bisherige Bild Mohls in den biographischen Skizzen ist geprägt von dem, was Hartwig Brandt milde als »marottenhaft«²⁰ umschreibt. Der Revolutionshistoriker Veit Valentin führt den gebürtigen Stuttgarter mit den Worten ein: »Moritz Mohl war ein sehr ehrlicher, ein sehr anständiger Mann – ein rechter Süddeutscher aus dem Gebirge, mit der seltsamen Verbindung von Engigkeit und Weite des Wesens, ein reaktionärer Revolutionär, ein verspießter Prophet, ein intoleranter Weltweiser [...]«.²¹ Hans Rosenberg nennt ihn einen »knorrigen und rechthaberischen Kämpfer« und fordert dennoch eine Revision des bisherigen Bildes von Mohl.²² Die Darstellung will weder diese Eigenheiten für sich ausbeuten, noch sie als vordergründige Erklärungsmuster für Mohls Verhalten gebrauchen.

Für die Auswahl Mohls spricht seine ungewöhnliche parlamentarische Erfahrung, das breite Spektrum der politischen Interessen, die außerordentliche Kompetenz, die er als Nationalökonom besaß, und ein beispielloses Engagement als Berufsparlamentarier und Publizist, das in zahllose Debattenreden, Ausschußberichte, Buchpublikationen und Zeitungsartikel floß. Immer wieder bezog Moriz Mohl exponiert Stellung zu grundlegenden Fragen seiner Zeit. Als junger Mann vertrat er 1828 gegen die Mehrheit der liberalen Gesinnungsgenossen und gegen die Politik der Regierung das Konzept einer umfassenden Wirtschaftspolitik zur Forcierung der Industrialisierung. Während der Revolution markierte er in der Paulskirche mit der Forderung nach der Abschaffung des Adels und mit seinem Plädoyer für den Ausschluß der Juden vom Genuß der Grundrechte zwei Extrempunkte in der Diskussion um die bürgerliche Gleichheit. Im württembergischen Landtag der 1850er Jahre gehörte Mohl zu den schärfsten Kritikern des Reaktionsregimes. Das sogenannte Reichsgrün-

¹⁵ W. BOLDT, Die württembergischen Volksvereine, 1970.

¹⁶ B. MANN, Die Württemberger und die deutsche Nationalversammlung, 1975.

¹⁷ M. BOTZENHART, Parlamentarismus 1848, 1977.

¹⁸ G. RUNGE, 1970.

¹⁹ A. RAPP, Die Württemberger und die nationale Frage, 1910.

²⁰ Moriz Mohl »gehört zu den größten, aber auch den marottenhaftesten Parlamentariern der Epoche. Seine Eigenheiten bieten Stoff für eine Biographie, die Exemplarisches darstellen könnte.« H. BRANDT, Parlamentarismus, 1987, S. 153.

²¹ V. VALENTIN, 1930/31, Bd. 2, S. 318.

²² »Hier bietet sich ein gutes Thema für eine Doktorarbeit.« H. ROSENBERG, Honoratiorenpolitiker, 1970, S. 183, Anm. 51.

dungsjahrzehnt sah ihn als meinungsführenden großdeutschen Publizisten, der sich bis über den Ausbruch des Krieges 1870 hinaus konsequent gegen das preußische Kaiserreich stemmte. Bereits während der 1860er Jahre wandelte sich der Radikaldemokrat der Revolution zum Konservativen, der sich mit der ihm eigenen Beharrlichkeit der Reformpolitik von Regierung und Liberalen zu widersetzen suchte.

Diese Vielschichtigkeit und Produktivität über ein langes Leben hinweg – das erste Buch veröffentlichte er 1828, die letzte Broschüre 1886 – sind wohl eine der Ursachen, warum zur Person Moriz Mohls »der literarische Ertrag vorerst gering«²³ ist. Bisher liegen nur zwei schmale, maschinenschriftliche Dissertationen aus den zwanziger Jahren vor. Hans Lewins Arbeit über den Handelspolitiker Mohl ist nach dem heutigen Archivstand überholt.²⁴ Karl Stegers Abhandlung zu den politischen Gedanken von Moriz Mohl ist eine Zusammenstellung von Exzerpten aus dessen Werken mit einer »Würdigung« des antisemitischen Auftretens, die keinerlei wissenschaftlichen Wert hat.²⁵ Nur dort, wo das Schlaglicht eines anders ausgerichteten Forschungsinteresses auch auf die Person Mohls fällt, erfährt man Neues über ihn. Vier Forschungsschwerpunkte sind hier zu nennen: Die Industrialisierung Württembergs, die Revolution von 1848, die Nationale Frage in den 1860er Jahren sowie die württembergischen Parteien und der Landtag.

Die vorliegende Arbeit will keine abgeschlossene Biographie Mohls von der Wiege bis zur Bahre bieten, die alle Aspekte seines Lebens gleichberechtigt berücksichtigt. Das übergeordnete, erkenntnisleitende Interesse der Darstellung wendet sich den Strukturen der Abgeordnetenarbeit zu, die am Beispiel der Landtagsarbeit der 1850er und 1860er auf den Ebenen des Landtags und seiner Kommissionen, der Regierung, der politischen Parteien und Fraktionen, des Wahlkreises sowie der Publizistik untersucht werden.

Auf der Ebene des Landtags boten sich dem Abgeordneten drei Mittel der Einflußnahme: Das Rede- und Antragsrecht, die Mitarbeit in den Kommissionen und der Anschluß an eine Fraktion. Mohls Auftreten im Landtag der 1850er Jahre bietet zunächst die Gelegenheit, der Opposition gegen die Reaktions- und Wirtschaftspolitik der Regierung mit dem Mittel der parlamentarischen Rede nachzugehen. Dabei kann auch die Umsetzung seiner Forderung nach der wissenschaftlichen Fundierung der Gesetzgebungstätigkeit beobachtet werden. An einem einzelnen Beispiel, der Debatte der württembergischen Gewerbeordnung von 1862, soll der Einsatz des Antrags- und Rederechtes, der Kommissionsbeschlüsse und -berichte sowie der Fraktion ausgeführt und gewichtet werden.

Der wissenschaftliche Anspruch Mohls an die Arbeit des Parlamentärs steht im Mittelpunkt des Kapitels über seine Kommissionsberichterstattung.

²³ H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 153.

²⁴ H. LEWIN, 1922.

²⁵ K. STEGER, 1923.

Die Praxis der parlamentarischen Berichterstattung fand bisher noch nicht die Aufmerksamkeit der Forschung. Selbst Hartwig Brandt kommt hier wenig über die Beschreibung des formalen Geschäftsganges hinaus. Die Untersuchung der Vorarbeiten für die Kammerberichte, die der umfangreiche Nachlaß Moriz Mohls erlaubt, gewährt Einblick in den Versuch, mit dem Mittel des Ausschußreferates das Handeln von Regierung und Verwaltung zu kontrollieren und zu lenken. Moriz Mohl bediente sich dabei mit einem Engagement, das nur dem Berufsparlamentarier möglich war, der modernsten wissenschaftlichen Methoden. Durch statistische und qualitative Erhebungen mit Fragebögen, durch Augenscheinnahmen vor Ort und die Heranziehung behördlicher Quellen versuchte er, die Selbständigkeit des Parlamentes zu stärken, indem er den Landtag von den Informationen der Regierung unabhängig machte. Am Beispiel der Akteneinsicht sollen Grenzen und Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen Regierung und Parlament auf einer bisher noch nicht untersuchten Ebene der parlamentarischen Praxis sichtbar gemacht werden. Dauer, Umfang und Erfolg der Mohlschen Berichterstattung spiegelt auch das Kräfteverhältnis zwischen Ministerialbürokratie und sporadisch versammelter Kammer auf der Ebene parlamentarischer Alltagsarbeit wider.

Das wechselvolle Verhältnis Moriz Mohls zu den Fraktionen und den Parteien zeigt zum einen sein Parteiverständnis und zum anderen – im Konflikt zwischen der Freiheit des Mandats und der Fraktionsdisziplin – sein Selbstverständnis als Abgeordneter. Die Reaktion der Fraktionen auf das Verhalten Mohls erlaubt Rückschlüsse auf deren Organisationsgrad und die Freiräume, die dem einzelnen Abgeordneten in einer dichter werdenden Parteien- und Fraktionslandschaft blieben. Vor dem Hintergrund der gut erforschten Parteigeschichte Württembergs wird zu fragen sein, warum Mohl in der Revolution 1848/49 nach der Rückkehr aus Frankfurt intensiv in der Führung der württembergischen Volkspartei mitarbeitete, während er sich den Parteibildungsbestrebungen der Liberalen und Demokraten in den 1860er Jahren völlig verschloß. Daraus ergibt sich die weiterführende Frage, ob und wie der Organisationsgrad der Parteien die Position des Honoratiorenpolitikers auf der Ebene des Wahlkreises veränderte.

Mohl standen neben den politischen Parteien in der Publizistik und dem Auftreten im Wahlkreis weitere Mittel zur Verfügung, um für seine Ziele in der Öffentlichkeit zu werben. Die Untersuchung der politischen Arbeit Mohls im Wahlkreis, mit der er seinen Erfolg bei den Landtagswahlen auch gegen die politischen Parteien sicherte, verfolgt drei Aspekte:

1. Die Beschreibung der Wahlkämpfe legt die Mittel dar, mit denen Mohl unter dem wechselnden Wahlrecht für sich werben konnte, und erlaubt über die Themen der Wahlkämpfe Rückschlüsse auf politische Gemeinsamkeiten und Differenzen zwischen den Wählern und ihrem Abgeordneten und die Wahrnehmung seiner Arbeit im Parlament. Die Analyse der Wahlergebnisse fragt nach der Motivation der Wählerschaft. Dabei wird die These Hartwig Brandts zu überprüfen sein, daß ökonomische Motive das Verhalten der Wähler noch nicht bestimmt hätten.

2. Die Untersuchung der Aalener Vereine und Parteien wird den Rückhalt Mohls im Honoratiorengefüge der Oberamtsstadt zeigen. Gleichzeitig kommen dabei die soziale Basis der liberalen Parteien und die Probleme der parteipolitischen Durchdringung der Provinz in den Blick.

3. Der Erfolg Mohls scheint ohne kontinuierlichen Kontakt zum Wahlkreis kaum denkbar. Es wird zu fragen sein, mit welchen Mitteln und mit welcher Intensität Mohl den Austausch mit den Wählern suchte. Die Inszenierung dieses Verhältnisses durch Mohl spiegelt wiederum sein Selbstverständnis als Abgeordneter wider.

Die Verknüpfung zwischen Biographie und Institutionengeschichte birgt Schwierigkeiten für die Gliederung der Darstellung wie für die Fragestellung in sich. Die Gliederung sucht den Ausgleich zwischen biographischer und systematischer Fragestellung, indem sie die Darstellung der einzelnen Strukturen der Abgeordnetenarbeit der Chronologie unterordnet. Dabei muß zum einen die Beantwortung der systematischen Fragen, etwa zu den Parteien oder den Wahlen, in mehrere Kapitel aufgeteilt werden. Zum anderen folgt beispielsweise die Fraktionsbildung im Landtag zwischen 1855 und 1868 anderen zeitlichen Zäsuren, so daß hier die Chronologie zugunsten einer geschlossenen Darstellung aufgebrochen werden muß.

Der erste Teil der Arbeit behandelt den Zeitraum bis 1848. Moriz Mohl entwickelte bereits als junger Mann ein abgeschlossenes wirtschaftspolitisches Konzept, das über den gesamten Untersuchungszeitraum seine politische Argumentation in den Parlamenten trug. Im Staatsdienst versuchte er mit wechselndem Erfolg seine wissenschaftliche Kompetenz fruchtbar zu machen. Das Debüt Mohls als Abgeordneter während der Revolution wird im zweiten Teil zeitlich gebunden auf allen Ebenen der parlamentarischen Arbeit in Wahlkreis, Plenum, Ausschuß, Fraktion und Partei vorgeführt. Die repressive Politik der Reaktionsregierung konzentrierte die politische Opposition auf das Plenum des Landtags, welcher in der Reaktionsdekade weitaus häufiger und länger versammelt wurde als in den 1860er Jahren. Der dritte Teil der Arbeit trägt der zentralen Position des Landtags Rechnung und wendet sich daher dem Debattenredner Mohl zu. In den 1860er Jahren verlagerte sich der Schwerpunkt der politischen Diskussion zum einen vom Plenum auf die entstehenden Parteien und die Publizistik, zum anderen verwendete Mohl den größten Teil der Arbeitszeit auf die Berichterstattung. Die Darstellung löst sich daher vom Plenum und wendet sich den Kommissionsarbeiten und dem Verhältnis zu Fraktion und Partei zu. Erst auf der Basis der bis dahin erarbeiteten Ergebnisse ist es sinnvoll, eine Analyse der Beziehung zwischen Mohl und den Wählern vorzunehmen.

Auch die Fragestellung muß den Kompromiß zwischen der Biographie und der Strukturanalyse finden. Die Untersuchung der Institution des Abgeordneten im Konstitutionalismus macht es notwendig, zahlreiche disparate Fragestellungen, die die Parlamentarismusforschung entwickelte, aufzunehmen. Diese Fragestellungen besitzen eine unterschiedliche Reichweite: von der Rolle des Landtags im württembergischen Verfassungsleben bis zu einer gleichsam men-

talitätsgeschichtlich zu fassenden Einstellung eines einzelnen Abgeordneten gegenüber politischen Parteien. Diese dennoch als systematisch zu bezeichnenden Fragen müssen nun mit der Biographie Mohls verknüpft werden, der eine extrem widersprüchliche, außerordentlich vielseitig interessierte Person war. Für die institutionengeschichtliche Seite der Arbeit ist der biographische Ansatz eine hinderliche Verengung der Perspektive. Die Analyse des Wahlverhaltens würde durch einen breiteren, mehrere Wahlkreise umfassenden Vergleich gewinnen. Das Bild der liberalen Bewegung in Aalen erhalte schärfere Konturen, wenn zusätzlich zur Trägerschaft des Vereinswesens noch die Kommunalpolitik nach dem Vorbild der Studien Raimund Waibels und ein genaues soziales Profil der Stadt nach der Anregung Lothar Galls in die Studie einbezogen werden würden.²⁶ Der Landtag der 1850er und 1860er Jahre ist, sieht man von der Wirtschaftspolitik ab, gut erforscht, während der Landtag der 1870er und 1880er Jahre noch terra incognita ist. Aber Mohl stand in den ersten beiden Jahrzehnten auf dem Höhepunkt seiner parlamentarischen Wirksamkeit. Nach der Reichsgründung wurde er konsequent aus den Kommissionen ferngehalten und isolierte sich selbst von Fraktionen und Parteien. Die Wahlkämpfe seit 1871 wurden allein von den Konfessionsgegensätzen dominiert. Weder Mohls Verhältnis zu den Fraktionen und Parteien noch der Einfluß der Landtagsarbeit im Wahlkreis hätten sich bei einer Verlagerung des Untersuchungsschwerpunkts in die Zeit nach 1870 beobachten lassen.

Der biographische Zugang bietet jedoch auch Vorteile und Chancen, die die genannten Einschränkungen aufwiegen. Die Wahlen im Untersuchungszeitraum waren Persönlichkeitswahlen, die sich in einem Geflecht aus persönlichen Beziehungen, politischen und wirtschaftlichen Interessen und gewachsenen konfessionellen und territorialen Traditionen entschieden. Die mikrohistorische Konzentration auf einen Abgeordneten und einen Wahlkreis erlaubt es, durch die Analyse der Landtagsarbeit auf der einen und der gesellschaftlichen Struktur des Wahlkreises auf der anderen Seite dieses sehr wechselvolle Verhältnis über einen langen Zeitraum kontinuierlich zu beobachten. Die Perspektive des einzelnen Abgeordneten schärft den Blick auf das teilweise gegenläufige Zusammenspiel der unterschiedlichen Elemente der politischen Parteien: Fraktion, politische Organisation in der Hauptstadt und liberales Milieu in der Provinz.

Die Untersuchung dieser vielfältigen Verknüpfungen setzt eine dichte Quellenüberlieferung für alle Ebenen der Abgeordnetenarbeit voraus. Gerade die Quellenlage spricht daher für den biographischen Ansatz der Arbeit. In weit über 800 Briefen an seine Brüder äußert sich Moriz Mohl detailliert zu allen Aspekten der parlamentarischen Praxis. Neben diesem für die württembergische Landesgeschichtsschreibung unentbehrlichen Briefnachlaß der Familie Moser-Mohl besitzt die Landesbibliothek in Stuttgart Teile des persönlichen Nachlasses von Moriz Mohl, die von der Bibliotheksverwaltung erst

²⁶ R. WAIBEL, *Frühliberalismus*, 1992; L. GALL, *Stadt und Bürgertum*, 1990.

durch meine Recherchen als auch handschriftliches Material enthaltender Nachlaß wahrgenommen wurden.²⁷ Die Forschung nutzte die »Mohlsche Sammlung« bisher noch nicht. Dieser mehrfach aufgeteilte Bestand aus über 100 Kapseln enthält die Materialien, die Mohl für seine wissenschaftliche und parlamentarische Arbeit nutzte. Unter die Broschüren, Statistiken, amtlichen Drucksachen, Parlamentsberichte und Protokolle aus ganz Europa, Zeitungs- und Zeitschriftenartikel sowie Flugschriften sind handschriftliche Exzerpte und Notizen Mohls sowie Korrespondenzen gemischt. Diese Briefe stehen meist im Zusammenhang mit der Ausschußberichterstattung und enthalten Auskünfte, aber auch Bitten und Petitionen aus allen Teilen des Landes. Vereinzelt finden sich auch Briefwechsel mit den württembergischen Ministerien. Die Praxis der parlamentarischen Berichterstattung kann durch diesen Quellenfund nun auf breiter Basis vorgestellt werden. Für die Untersuchung der persönlichen Beziehungen Mohls zu den Wählern, die sonst kaum Spuren hinterlassen haben, waren die Briefe aus dem Wahlkreis außerordentlich wertvoll.

Der Nachlaß Mohls ergänzt in glücklicher Weise die stenographischen Protokolle und die Drucksachen der Parlamentsverhandlungen, die das Quellenfundament der vorliegenden Untersuchung bilden. Die Akten der württembergischen Ministerien im Hauptstaatsarchiv Stuttgart wurden für die Fragen nach Mohls Tätigkeit als Beamter, für die polizeiliche Überwachung der politischen Arbeit, sowie für Ablauf und Ergebnis der Wahlhandlung herangezogen. Die Bestände der Kreisregierung Ellwangen und des Oberamtes Aalen informierten über die Wahlen, die politischen und gesellschaftlichen Vereine und die politischen »Umtriebe« im Wahlkreis. Die einschlägigen Akten im Stadtarchiv Aalen ergänzten die Kenntnisse.

Für die Formen und Inhalte des Wahlkampfes, die Identität der Unterstützer wie Gegner Mohls und deren gesellschaftliche Stellung erwiesen sich die Wahlinserate, die Lokalberichte und Vereins- und Gesellschaftsnachrichten des Amtsblattes als sehr ergiebige Quelle. Die Berichte der überregionalen Presse über die Wahlkämpfe und die Parteibildung in Aalen runden das Bild ab.

²⁷ Ein Teil wurde daraufhin aus der Abteilung »Seltene Drucke« in die Handschriftenabteilung übernommen.

Erster Teil

Die Jahre vor 1848



Moriz Mohl, Zeichnung von Heinrich Hoffmann

Herkunft und Ausbildung

»Ich habe das Glück, sowohl von väterlicher als mütterlicher Seite, aus einer nicht bloß ehrenwerten, sondern angesehenen, nach Landesverhältnissen wohlhabenden und zum Theil berühmten Familie abzustammen,« eröffnet Robert Mohl, der ältere Bruder Moriz Mohls, seine Lebenserinnerungen.¹

Moriz Mohl war ein Sproß der altwürttembergischen Ehrbarkeit², jener ökonomisch durchaus heterogenen politischen Führungsschicht, die ihre Eigenschaft als Amtsträger einte, und die sich mit ihrem Amt das Recht auf die Landstandschaft erwarb. Diese Honoratiorenschicht sah sich als Repräsentation des Landes gegenüber dem Landesherren und konnte diesen Anspruch in teilweise harter Opposition gegen die absolutistischen Bestrebungen des Hauses Württemberg durchsetzen.³ Mohls Urgroßvater väterlicherseits Johann Jacob Moser (1701–1785)⁴, Professor für Staats- und Völkerrecht, und als Verwaltungsfachmann in den Diensten verschiedener deutscher Staaten, saß von 1759–1764 auf dem Hohentwiel gefangen, da er von dem württembergischen Herzog Karl Eugen als Verfasser einer Schrift gegen die Bewilligung von Kriegsgeldern verdächtigt wurde.

Sicherlich muß es im Bereich der Spekulation bleiben, ob über die Familie des Vaters das Vorbild couragierter ständischer Opposition vermittelt wurde, die Moriz Mohl über Jahrzehnte, seinen Bruder Robert zumindest bei seinem Abschied aus dem Staatsdienst im Jahre 1844 auszeichnete, sobald staatliches Handeln ihr bürgerliches Selbstbewußtsein verletzte.

Der Vater selbst, Beniamin Ferdinand v. Mohl, stellte sich rückhaltlos in die Dienste des entstehenden neuwürttembergischen Staates, nachdem er durch die Auflösung der Karlsakademie in Stuttgart seine dortige Professur verloren hatte. Als Okkupationskommissär half er die in der Rheinbundzeit an Württemberg gefallen Gebiete unter die württembergische Verwaltung zu zwingen, 1818 ging der Vater als Regierungspräsident nach Ellwangen und machte so den Namen Mohl in Moriz Mohls späterem Wahlkreis bekannt. Das württembergische Innenministerium leitete er 1830 kommissarisch und von 1826 bis zu seinem Tod im Jahre 1845 war er Schriftführer der 1. Kammer. In diesem

¹ R. v. MOHL, *Lebenserinnerungen*, 1902, Bd. 1, S. 7. Die folgende Darstellung kann sich auf einen knappen Überblick beschränken, da E. ANGERMANN, 1962, ein genaues und farbiges Bild der Familie Mohl zeichnet.

² Vgl. dazu M. HETTLING, 1990, S. 33, der eine Zusammenfassung des Forschungsstandes gibt.

³ M. HETTLING, 1990, S. 24.

⁴ K. BADER, 1960.

Amt erwies sich Benjamin Ferdinand v. Mohl als unbedingter Anhänger der Regierung Wilhelms I., »im Sinne eines aufgeklärten Beamtenabsolutismus.«⁵

Erich Angermann schildert den Vater auf der Grundlage der Briefe des Sohnes Robert als »nicht ohne Talente, aber amüsisch und in manchen Dingen etwas beschränkt, ohne besondere Gabe zu gutem menschlichem Kontakt, aber von ehrenwertem und aufrechtem Charakter.«⁶ Der Verlauf der Untersuchung wird zeigen, daß Moriz Mohl im Alter schrittweise die Unbefangenheit gegenüber dem Einsatz staatlicher Gewalt annahm, die der Vater wohl vermittelt hatte.⁷ Die Überschätzung staatlicher Handlungsspielräume, die dem Selbstbewußtsein der Beamtenfamilie entsprungen sein mag, läßt sich bereits in seinem ersten Buch finden.⁸ Das Erbe der väterlichen Familie war ein janusköpfiges, wenn man denn Familientraditionen als Deutungsmuster gelten lassen will: unbedingte Opposition gegen die Regierung und ein leidenschaftliches Plädoyer für eine Ausdehnung der staatlichen Kompetenz gegenüber der gesellschaftlichen Sphäre konnten bei Mohl zusammenfallen.

Die Mutter Louisa Friederica Autenrieth verfügte über ein ihrem Mann geradezu entgegengesetztes Temperament. Die Tochter des Geheimen Rates und Kammerdirektors Jakob Friedrich Autenrieth und Schwester des Kanzlers der Tübinger Universität Ferdinand v. Autenrieth wird in den Memoiren ihres Sohnes Robert als außerordentlich geistreiche und witzige Frau gezeichnet, die mit der sprichwörtlichen Tüchtigkeit der schwäbischen Hausfrau auch die Erziehung ihrer fünf Söhne fest im Griff hatte. Bei aller unerbittlichen Strenge der Erziehung – so sahen sich die Gebrüder Mohl bis zu ihrem 15. Lebensjahr der Zumutung ausgesetzt, vermeintlich gesunden Kinderbrei zum Abendessen serviert zu bekommen – sorgte sie durch gesellschaftliche Einladungen dafür, ihren Söhnen ein außerordentlich höfliches und sicheres gesellschaftliches Auftreten zu vermitteln. Auch wenn Moriz Mohl nie die souveräne Weltgewandtheit seiner älteren Brüder Robert und Julius erreichte, da er sich bei Auseinandersetzungen selten zu einem konzilienten Verhalten verstehen konnte, erleichterten ihm seine überaus höflichen Umgangsformen doch den Kontakt zu Wählern, Gesinnungsgenossen und Regierungsvertretern.

Die Erziehungsvorstellungen der Eltern richteten sich nach den bürgerlichen Idealen Ordnung, Pünktlichkeit und geistige Selbständigkeit.⁹ Die Werte der Erziehung wurden dabei nicht auf religiöse Inhalte zurückgeführt. Die Haltung der Eltern zu religiösen Fragen nennt Robert Mohl »vollkommen rationalistisch«.¹⁰ Moriz Mohl fehlte dann auch jede Achtung vor religiösen Traditionen und damit auch ein Gefühl für entsprechende Empfindlichkeiten. Das erlaubte ihm grundlegende scharfsichtige Kritik am kirchlichen Einfluß auf das Erziehungswesen ebenso, wie seine offen und unsensibel vorgetragenen

⁵ H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 195.

⁶ E. ANGERMANN, 1962, S. 20.

⁷ So auch E. ANGERMANN, 1962, S. 21 für Robert Mohl.

⁸ M. MOHL, *Über die württembergische Gewerbsindustrie*, 1828.

⁹ E. ANGERMANN, 1962, S. 20.

¹⁰ R. v. MOHL, *Lebenserinnerungen*, 1902, Bd. 1, S. 28.

Argumente die politische Arbeit im Wahlkreis durch die entschiedene Gegnerschaft mal der evangelischen, mal der katholischen Geistlichkeit erschwerte.

Die Ausbildung und die Karriere seiner fünf hochbegabten Söhne verfolgte der Vater zielstrebig und unter dem Einsatz großer finanzieller Mittel, aber auch aller seiner persönlichen Verbindungen.¹¹ Er verteilte die Söhne auf die verschiedenen Fakultäten der Universität Tübingen: Robert studierte Rechtswissenschaften, Julius Theologie, Moriz Staatswissenschaften, Hugo Medizin und der jüngste Bruder Eduard Philosophie. Damit wollte der Vater vermeiden, daß sich die Brüder im württembergischen Staatsdienst Konkurrenz um die zukünftigen Spitzenstellungen machen würden. Die Brüder wurden vom Vater freilich nicht auf einen so regionalen Horizont festgelegt, wie die Lebenswege von Robert und Julius zeigen. Jedem der Söhne stellte er die außerordentliche Summe von 6 000 fl. – sicher mehr als zwei seiner Jahresgehälter – für einen mehrjährigen Auslandsaufenthalt zur Verfügung.

Moriz Mohl entschloß sich 1819, dem Wunsch des Vaters folgend, zum Studium der Staatswirtschaft in Tübingen. Diese Fakultät war erst 1817 auf Weisung des Ministers für Kirchen- und Schulwesen Karl August Freiherr von Wangenheim mit Unterstützung durch den Tübinger Professor der Kameral-, Polizei- und Finanzwissenschaft Friedrich Karl Fulda¹² und durch Friedrich List gegründet worden.¹³ Die Fakultät sollte dem neuwürttembergischen Staat einen akademisch gebildeten Beamtennachwuchs heranbilden. Gelehrt werden sollte: Theorie der Staatswirtschaft, Staatsverwaltungspraxis, Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Technologie, Handels- und Bergbaukunde, Bürgerliche Baukunst.¹⁴

Über die Fakultät selbst, die tatsächlichen Inhalte und die Qualität der Vorlesungen gibt es keine neuere Untersuchung.¹⁵ Eberhard Naujoks knappe Bemerkungen stützen sich auf die Lebenserinnerungen Robert Mohls¹⁶, der seinen Kollegen Mangel an Kompetenz und Systemlosigkeit unterstellt, den Dekan Friedrich Karl Fulda als Physiokraten bezeichnet und insgesamt ein düsteres Bild der Fakultät gibt.¹⁷

Robert Mohls außerordentlich eitle, die Karikatur streifende Darstellung des Zustandes der Volkswirtschaftlichen Fakultät, der er seit 1827 als ordentlicher Professor angehörte, hat Paul Gehring in Teilen als unzuverlässig nachgewiesen.¹⁸ Paul Gehring attestiert Fulda, sich bemüht zu haben, dem Wandel vom merkantilistischen über das physiokratische zum Adam-Smithschen Den-

¹¹ Vgl. zur »Vermittlung« der außerordentlichen Professur Robert Mohls E. NAUJOKS, 1977, S. 139 f. und R. v. MOHL, Lebenserinnerungen, 1902, Bd. 1, S. 145.

¹² NDB 5, S. 726 f. und P. GEHRING, Friedrich Karl Fulda, 1963.

¹³ Vgl. P. GEHRING, Friedrich List, 1964, S. 163 ff.

¹⁴ Vgl. P. GEHRING, Friedrich List, 1964, S. 171 ff., und L. JOLLY, 1889, S. 163 f., der den von Fulda entworfenen Lehrplan zitiert.

¹⁵ L. JOLLY, 1889, und C. J. FUCHS, 1917. K. E. BORN, 1967, bietet für den Zeitraum der Darstellung keine neuen Ergebnisse.

¹⁶ E. NAUJOKS, 1977, S. 138 ff.

¹⁷ R. v. MOHL, Lebenserinnerungen, 1902, Bd. 1, S. 92 und S. 166.

¹⁸ P. GEHRING, List, 1964, S. 203.

ken »vorsichtig und unvoreingenommen zu folgen.«¹⁹ Johann Heinrich Moritz von Poppe²⁰, der die Technologie vertrat, hatte zwar als junger Gelehrter einige bedeutende Untersuchungen zur Anwendung der Mechanik vorgelegt, verlor jedoch seit seinem Umzug nach Tübingen 1818 den Anschluß an die rasche technologische Entwicklung des Gewerbes, so daß er seinen Lehrauftrag nicht mehr angemessen ausfüllen konnte.

Allein in J. Ch. Hundeshagen, der 1821 als Direktor an die Forstlehranstalt nach Fulda wechselte, besaß die Fakultät in der Studienzeit Moriz Mohls für kurze Zeit einen forstwirtschaftlichen Fachmann ersten Ranges und einen Gelehrten mit überregionaler Bedeutung. Moriz Mohls lebenslanges Engagement für den Schutz des Waldes und für die Verbesserung der Forstwirtschaft wird durch Hundeshagen geweckt worden sein. Nahezu sechzig Jahre später erinnerte Mohl in der Kammer noch an die Verdienste seines Lehrers.²¹

¹⁹ NDB 5, S. 726 f. Gegen den Vorwurf, Fulda wäre Physiokrat geblieben, vgl. auch P. GEHRING, Friedrich Karl Fulda, S. 140 f.

²⁰ ADB 26, S. 418 ff.

²¹ V.d.K.A., 82. Sitzung am 22.1.1879, S. 1892.

»Der Prophet der Industrialisierung«: Das wirtschaftspolitische Konzept Moriz Mohls am Beispiel seiner Schrift »Über die württembergische Gewerbsindustrie«

Im Jahre 1828 trat der junge Absolvent der staatswirtschaftlichen Fakultät das erste Mal an die Öffentlichkeit. Sein Buch »Über die württembergische Gewerbsindustrie«¹ warb für eine konsequente Förderung der Industrialisierung Württembergs. Diesem Erstlingswerk verdankt Mohl den größten Teil seiner Erwähnungen in der Forschungsliteratur. Es machte ihn, so Paul Gehring, »zum Propheten der kommenden Industrialisierung des Landes«², es wirkte »als Katalysator [...] auf die öffentliche Meinung« und fand »große Resonanz«, wie Dieter Langewiesche urteilt.³ Für Helmut Sedatis erweist sich Mohl mit seinem Buch als rückhaltloser Apologet der Industrialisierung.⁴ Es gibt kaum eine wirtschaftsgeschichtliche Darstellung zu Württemberg in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, die nicht auf einen Aspekt oder eine These der Arbeit Mohls verweist⁵, sei es sein Hinweis auf das pietistische Arbeitsethos der Württemberger⁶, sei es seine Klage über die gewerbliche Ausbildung⁷ oder die grundlegende Forderung nach einer umfassenden Industrieförderungspolitik.⁸ Kurze Abschnitte des Werkes fanden Aufnahme in Quellensammlungen zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte.⁹ Vollkommen zu Recht bezeichnet es Otto Borst als »bahnbrechend«.¹⁰

¹ Bei dieser Untersuchung handelt es sich um die Ausarbeitung seiner Einsendung für einen akademischen Wettbewerb, den die Universität Tübingen 1821 zu der Frage ausgerichtet hatte, welche »neueste technische Erfindung eine Einführung in den württembergischen Werkstätten verdient und was zur Beförderung dieser Einführung« getan werden könnte. Vgl. P. GEHRING, *Wirtschaftsleben*, 1949/50, S. 216.

² P. GEHRING, *Wirtschaftsleben*, 1949/50, S. 224.

³ D. LANGEWIESCHE, *Liberalismus und Demokratie*, 1974, S. 39. F.-F. WAUSCHKUHN, *württembergische Textilindustrie*, 1974, S. 241, behauptet, daß Mohl nur geringen Einfluß ausübte.

⁴ H. SEDATIS, 1979, S. 71. B. KIRCHGÄSSNER, 1989, S. 65, findet in Mohls Buch dagegen »vorsichtige, eher reservierte Aufmerksamkeit« gegenüber der »neuen Maschinenindustrie«.

⁵ »Das Buch ist von grundsätzlicher Bedeutung für die Erforschung der Industrialisierung Württembergs[...]«, so O. BORST, 1966, S. 114, Anm. 24.

⁶ M. MOHL, *Gewerbsindustrie*, 1828, S. 124; O. BORST, 1966, S. 114; O. BORST folgend W. v. HIPPEL, *Bauernbefreiung*, 1977, S. 78.

⁷ F.-F. WAUSCHKUHN, *württembergische Textilindustrie*, 1974, S. 110.

⁸ S. SCHOCH, 1975, S. 298; W. A. BOELCKE, *Wege und Probleme*, 1973, S. 445; W. v. HIPPEL, *Bevölkerungsentwicklung*, 1976, S. 370, Anm. 308; M. HETTLING, 1990, S. 63 f.

⁹ W. STREITZ, Hrsg., *Quellen zur deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte*, 1980, S. 106, S. 110, H. HENNING, 1977, S. 138–144; S. QUANDT, 1978, S. 45 f.

¹⁰ O. BORST, 1966, S. 114, auch S. 168 f.

Nicht nur diese breite Rezeption in der Forschung und deren teilweise widersprüchliche Interpretation, die durch die konfuse Gliederung des Mohlschen Werkes gefördert wird, machen eine systematische Vorstellung seines wirtschaftspolitischen Konzeptes und eine Analyse der Rezeptionsgeschichte notwendig.¹¹ Auch für das Verständnis der Positionen, die der Nationalökonom als Abgeordneter in der württembergischen Kammer vertrat, ist die Kenntnis seines wirtschaftspolitischen Konzeptes unentbehrlich. Mohls Erstlingswerk enthält bereits sein im doppelten Wortsinne geschlossenes ökonomisches Weltbild. Zum einen berücksichtigt die Darstellung die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und technologischen Probleme der zukünftigen Industrialisierung Württembergs, zum anderen hat Mohl Zeit seines Lebens an den dargelegten Ansichten festgehalten.

Mohls Buch entstand unter dem Eindruck einer tiefgreifenden Wirtschaftskrise, die Württemberg seit dem Ausgang des 18. Jahrhunderts erfaßt hatte und die nur durch die kurze Konjunktur der Napoleonischen Kriege überdeckt worden war.¹² Gleichzeitig stellte es eine direkte Antwort auf den Bericht des Finanzministers Weckherlin¹³ an den König vom 4. April 1823 über die wirtschaftliche Lage des Landes dar.¹⁴ Weckherlin betrachtete die Landwirtschaft als die »Hauptgrundlage des Wohlstands der Nation«.¹⁵ Der Förderung großer Manufakturbetriebe stand er skeptisch gegenüber. Er befürchtete einerseits die größere Abhängigkeit des gewerblichen Absatzes vom Ausland und andererseits das Entstehen einer proletarisierten, politisch gefährlichen Bevölkerung.

Mohl argumentierte in seiner Untersuchung gegen drei landläufige wirtschaftspolitische Vorstellungen, die in Weckherlins Bericht schon anklangen. Zunächst trat er der merkantilistischen Autarkiedenken entspringenden Befürchtung entgegen, daß die Förderung des Gewerbes notwendigerweise die Abhängigkeit des gewerblichen Absatzes von der Nachfrage des Auslands vergrößere und damit die außenpolitische Abhängigkeit Württembergs erhöhe. Durchaus einem merkantilistischen Argumentationsmuster folgend, dreht er diesen Einwand um, indem er feststellt, der Verzicht auf eigene gewerbliche Produktion vertausche die Abhängigkeit vom Absatz mit einer Abhängigkeit vom Import – freilich mit wesentlich größeren Nachteilen für die Selbständigkeit Württembergs. Es sei in keiner Weise gesichert, daß die Landwirtschaft

¹¹ Vgl. H.-O. BINDER, 1980, der die Positionen Weckherlins, Lists und Moriz Mohls gegenüberstellt.

¹² W. A. BOELCKE, *Wege und Probleme*, 1973, S. 440; M. HETTLING, 1990, S. 63.

¹³ Ferdinand Heinrich August Weckherlin, 1767–1828, Finanzminister 1818–1827, stolperte über Unregelmäßigkeiten in der Etatverwaltung und beging nach seiner Entlassung Selbstmord. Vgl. R. v. MOHL, *Lebenserinnerungen*, 1902, Bd. 1, S. 15, Bd. 2, S. 21 f. und H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 468.

¹⁴ Anonym veröffentlicht unter dem Titel »Der württembergische Handel 1811/12 und 1821/22« in: *Württembergische Jahrbücher* 1823/1, S. 116–147; zu dem Bericht ausführlich W. A. BOELCKE, *Wege und Probleme*, 1973, S. 438–441 und S. 444 f.; P. GEHRING, *Wirtschaftsleben*, 1949/50, S. 220 f.

¹⁵ Zitiert nach D. LANGEWIESCHE, *Liberalismus und Demokratie*, 1974, S. 39. Zu dem Bericht auch F.-F. WAUSCHKUH, *württembergische Textilindustrie*, S. 115 f.

auch in Zukunft in der Lage sein werde, mit ihren Exportüberschüssen die Importbedürfnisse des Landes zu befriedigen. Zum einen seien die immer bedeutender werdenden Rohstoffimporte aus den Kolonien nicht im Tausch gegen Lebensmittel, sondern nur gegen gewerbliche Produkte zu erhalten, zum anderen entstünden mit den nordamerikanischen Staaten Exporteure landwirtschaftlicher Produkte, die Württemberg seiner Märkte berauben könnten. Aber selbst bei bestem landwirtschaftlichem Absatz »bleibt der Mangel eines blühenden Manufakturwesens in politischer und nationalökonomischer Hinsicht ein unberechenbarer Verlust.«¹⁶

Der Verzicht auf eine »Manufakturbevölkerung« bedeute einen Verzicht auf »Unternehmungsgeist«, »Steuereinnahmen« und »Kriegsmannschaft«. Mohl wendet sich hier implizit gegen die physiokratische Lehre Weckherlins, die nur in der Urproduktion, also vor allem in der Landwirtschaft, die Entstehung von Volkswohlstand erkennen wollte. So habe England die Anstrengungen der napoleonischen Kriege nur überstanden, weil es sich auf sein weiterentwickeltes Gewerbe habe stützen können. Im machtpolitischen Wettstreit – hier überschätzt Mohl nicht zum letzten Mal die Handlungsspielräume des württembergischen Staates – würden in der Zukunft nur Staaten mit einer Gewerbeindustrie bestehen können¹⁷:

»Je länger wir dagegen unthätig neben den Anstrengungen uns vorausgeeilter Nationen warten werden, bis der Himmel, unser Ackerbau und günstige Handels – Conjunktoren uns reich machen, um so schwerer wird uns der Wettstreit mit Nationen werden, die uns endlich überflügelt haben und mit Riesenkräften unsere Versuche, mit ihnen auf der industriellen Laufbahn zu concurieren, darnieder halten werden.«¹⁸

Der Abschnitt, in dem Mohl die machtpolitische Bedeutung der Gewerbeentwicklung zu begründen sucht, enthält darüber implizit auch eine Auseinandersetzung mit der von Ricardo entwickelten Theorie der Preisvorteile internationaler Arbeitsteilung. So sei es zwar richtig, »daß es Grade in der Tauglichkeit eines Landes zu einem (Ackerbau- oder Gewerbs-) Industriezweige gibt, daß jedes Land wohlthut, diejenige Industrie vorzugsweise zu betreiben, wozu es von der Natur vor anderen begünstigt ist«¹⁹, dennoch sei aus merkantilistischen Motiven eine möglichst breite Entwicklung der gewerblichen Produktion anzustreben, um eine weitgehende Selbstversorgung zu sichern.²⁰ Mohls lebens-

¹⁶ M. MOHL, *Gewerbsindustrie*, 1828, S. 6.

¹⁷ M. MEYER, 1994, S. 188 und S. 217, beobachtet, daß die badischen Liberalen in den 1840er Jahren in der Ausbildung eines aggressiven Nationalismus den Zusammenhang zwischen industriellem Fortschritt und politischer Macht entdeckten. Moriz Mohl fügt sich nicht nur an dieser Stelle als frühes Beispiel in die von M. MEYER herausgearbeitete Entwicklung. Vgl. hierzu, mit dem Blick auf Friedrich List, R. Koch, »Industriesystem«, 1978, S. 617.

¹⁸ M. MOHL, *Gewerbsindustrie*, 1828, S. 131.

¹⁹ M. MOHL, *Gewerbsindustrie*, 1828, S. 6.

²⁰ Im Anhang seines Buches druckte Mohl auch einen Aufsatz über die Aussicht, in Württemberg Steinkohlevorkommen zu finden. Vgl. zur weitgehenden Eigenproduktion F. LIST, *Denkschrift, die Handels- und Gewerbsverhältnisse Deutschlands betreffend*, S. 538 f.

langes Festhalten an der Forderung nach einem Schutzzoll für die deutsche Industrie hat in diesem Motiv ihre Wurzel. Der erste Adressat dieses in den leitenden Motiven immer noch kameralistischen Plädoyers für die Industrialisierung ist der württembergische Staat, in dem Mohl als Beamter bald eine entscheidende Rolle zu spielen hoffte, und nicht das Wirtschaftsbürgertum.

Im weiteren Verlauf der Untersuchung bemüht er sich, die Auffassung zu entkräften, daß das Manufakturwesen die Entstehung einer proletarisierten Bevölkerung erst hervorruft und daß es einen Antagonismus zwischen der Förderung der Landwirtschaft und des Gewerbes gebe. In einem Wirtschaftssystem, das auf die Befreiung von Grund und Boden und auf die Gewerbefreiheit bei gleichzeitigem Zollschutz gegründet ist, so seine Grundthese, lösen sich alle sozialen Gegensätze, alle Härten der Übergangsphase und alle vermeintliche Konkurrenz zwischen den einzelnen Produktionssektoren weitgehend auf, bzw. mildern sich erträglich, wenn der Staat darüber hinaus noch seine Schutzfunktion gegen den Mißbrauch von Marktmacht wahrnimmt.

Bereits in der Einleitung bezeichnet er die Vorstellung »von dem Wohlstande und idyllischen Sittenreinheit bloß ackerbauender Völker«²¹ als Trümerei. Er trifft Weckherlins Argumentation im Kern, wenn er fragt: »War der württembergische Landmann je wohlhabend, war er es je anders als vorübergehend? je in den sogenannten alten guten Zeiten?«²² Eine landwirtschaftlich dominierte Wirtschaftsstruktur mit Hausindustrie und Kleingewerbebetrieben bot für Mohl keine Entwicklungsperspektive mehr unter dem Eindruck einer »Einwohnerzahl, die ohne Rücksicht auf die entgegengesetzten Wünsche staatswirtschaftlicher Theorien sich unablässig vermehrt«.²³ Mohl verzichtet auf eine Auseinandersetzung mit der malthusianischen Theorie über die Gründe dieses Bevölkerungswachstums. Er stellt daher auch den Zusammenhang zwischen der Protoindustrialisierung und dem Anstieg der Bevölkerung seit der Mitte des 18. Jahrhunderts nicht her, den die neuere Forschung als eine Ursache des auch von Mohl beschriebenen Pauperismus erkannt hat.

Die Frage, ob es in Württemberg eine »Manufakturbevölkerung« geben sollte, stellt sich für ihn nicht mehr: »Sie existiert bereits und schreit nach Hilfe.«²⁴ Der Begriff Manufakturbevölkerung umfaßt hier alle im Wortsinne von der Handarbeit Lebenden, das überbesetzte Handwerk²⁵ und die vom Verlagssystem abhängige Hausindustrie, vornehmlich des Textilgewerbes. Die Arbeiter in Manufakturen waren in Württemberg noch selten. Das Kleingewerbe dominierte den sekundären Sektor, gerade einmal 5 % der hier Beschäftigten arbeiteten 1835 in Industrie- und Manufakturbetrieben.²⁶

²¹ M. MOHL, Gewerbsindustrie, 1828, Einleitung S. VIII.

²² M. MOHL, Gewerbsindustrie, 1828, S. 104.

²³ Ebd., S. 184.

²⁴ Ebd., S. 79.

²⁵ Vgl. dazu W. v. HIPPEL, Bevölkerungsentwicklung, 1976, S. 327, Anm. 161.

²⁶ W. v. HIPPEL, Wirtschafts- und Sozialgeschichte, 1992, S. 5577; vgl. auch K. MEGERLE, Beitrag Württembergs, 1975/76, S. 329.

Durch die Analyse der Wechselwirkung zwischen Landwirtschaft, Handwerk und Manufakturbetrieben bemühte Mohl sich um den Beweis, daß ein entwickeltes Gewerbeswesen nicht die Ursache, sondern die Lösung für alle beschriebenen Probleme Württembergs sei. Er entwarf ein Gesellschaftsmodell, das dem tatsächlichen Entwicklungstempo Württembergs um Jahrzehnte vorausgriff: Sobald das Gewerbe so weit entwickelt ist, daß der Fabriklohn in Konkurrenz mit dem Ertrag der landwirtschaftlichen Stelle treten kann, werden durch die Abwanderung kleiner Bauern in das Gewerbe größere Güter entstehen, die eine effektivere Produktion erlauben.²⁷ Der Absatz dieser Produktion muß nicht mehr auf ausländischen Märkten gesucht werden. Die Entwicklung der Industrie fördert das Wachstum der Städte, in denen eine kaufkraftstarke Gewerbebevölkerung wohnt. Ein Teil des in der Industrie erwirtschafteten Kapitals fließt so in die Landwirtschaft und erlaubt eine kapitalintensivere und rentablere Produktion.

Auch einen grundsätzlichen Antagonismus zwischen dem Unternehmer und dem Handwerker, der in dessen Fabrik eintritt, will Mohl nicht gelten lassen. Er zerstört das Bild vom freien Handwerker und Nebenerwerbslandwirt, der auf seinem Stück Land gut und unabhängig vom Fabrikanten lebt. Denn Überbesetzung, Maschinenkonkurrenz und die Abhängigkeit von Verlegern führen zu einer Verarmung des Handwerks. Mohl beurteilt die Abhängigkeit vom Verleger drückender als die Abhängigkeit vom Fabrikanten. Verleger haben kein Interesse, durch Innovation und Kapitaleinsatz die Konkurrenzfähigkeit der von ihnen vertriebenen Produkte zu erhalten. Die Marktanpassung erfolgt bei ihnen allein durch Lohndruck auf den Handwerker. Ist das Produkt der Hausindustrie nicht mehr wettbewerbsfähig, stellt der Verleger den Handel ein.²⁸ Für Mohl gibt es unter dem Druck ausländischer Maschinenkonkurrenz kein Entkommen aus diesem Mechanismus, wenn das Verlagswesen mit der Hausindustrie beibehalten wird. Der Übergang zum Manufakturbetrieb und damit das Eintreten bisher selbständiger Handwerker in abhängige Lohnarbeit ist für Mohl unausweichlich. Die Probleme, die für die Handwerker damit verbunden sind, übersieht er nicht: die Trennung von Arbeitsplatz und Familie²⁹, der Verlust der formalen Selbständigkeit, die »geisttötende Einförmigkeit« der Fabrikarbeit³⁰, der Lauf der Maschinen ohne Rücksicht auf den Lebens- und Tagesrhythmus der Arbeiter³¹, die ungesunden Arbeitsbedingungen in der Fabrik.³² Mohl kennt die Schattenseiten der (Früh-)Industrialisierung. In seinem Buch vergleicht er diese jedoch mit den Arbeitsbedingungen, den Arbeitszeiten und der Entlohnung in der Hausindustrie und in der Landwirtschaft. In einer genauen Beschreibung stellt er das Elend der Kinder »in den unbemittelt-

²⁷ M. MOHL, *Gewerbsindustrie*, 1828, S. 16.

²⁸ »Steigt der Verleger aus dem Geschäft aus, hat der Faconsarbeiter die volle Freiheit – zu betteln.«
Ebd., S. 199.

²⁹ Ebd., S. 194.

³⁰ Ebd., S. 200.

³¹ Ebd., S. 201.

³² Ebd., S. 204.

sten Classen übervölkerter Ackerbau-Staaten«³³ den »traurigsten Zuständen in den Manufakturgegenden »gegenüber.«³⁴ Aus eigener Anschauung wußte er um die Verwahrlosung und den Mißbrauch der Kinder in der Fabrik und gibt dafür auch Beispiele.³⁵ Das Entscheidende ist seine Beobachtung, daß das durch die Industrialisierung befürchtete Elend der Kinder bereits existiert. Die Lage der Kinder in der Landwirtschaft und der Hausindustrie sei sogar schlechter als die der Fabrikinder. Die Begeisterung für die Industrialisierung hat hier sicherlich seine Bewertung beeinflußt, da mit der Fabrikarbeit wohl doch eine neue Qualität der Ausbeutung verbunden war.³⁶ Dennoch trat er für ein generelles Verbot der Kinderarbeit unter 14 Jahren ein, wie unten noch gezeigt wird.

Mohl kam zu dem Ergebnis, daß die Fabrikarbeit eine Verbesserung der Lebensverhältnisse bringen wird.³⁷ Der Übergang zur Gewerbsindustrie würde deshalb nicht schlimmeres Fabrikarbeiterelend an die Stelle von Handwerker- und Bauernelend setzen. Er hält die Probleme der Industrialisierung wie Kinderarbeit, Lohndruck durch Unternehmerabsprachen und die Gesundheitsgefährdung durch Maschinen für vermeidbar, da der Staat durch Gesetze hier den Schutz der Arbeiter gewährleisten könne.³⁸ Die systemimmanenten Probleme wie die Lohnabhängigkeit der Arbeiter und die Konkurrenz zwischen Handwerkern und Manufakturbetrieben würden sich in der längerfristigen Entwicklung zum allseitigen Vorteil aufheben. Die Erfahrungen in England hätten gezeigt, daß mit fortschreitender Mechanisierung die Abhängigkeit der Unternehmer von hochqualifizierten Arbeitern steige. Diese gegenseitige Abhängigkeit ziehe über den Mechanismus des freien Marktes einen gerechten Lohn nach sich.³⁹

Auch zwischen Handwerk und Industrie kann es für Mohl keinen echten Interessengegensatz geben. Das Großgewerbe ist nicht die Bedrohung des kleinen Gewerbes, sondern über die Schaffung neuer Abnehmergruppen und Märkte dessen einzige Rettung, »als ein größerer Fabrikationsbetrieb die Zahl der selbständigen einzelnen Gewerbsarbeiter keineswegs einschränken wird, da die Fabriken sowohl für die persönlichen Bedürfnisse der Fabrik-Bevölkerung selbst, als für die Bedürfnisse der Unternehmer an Gebäuden, an Werkzeugen, an Fässern, an Packmaterial eine Menge von Handwerkern beschäftigen, die jetzt bei unserem verhältnismäßig unbedeutenden Manufakturwesen nicht bestehen können.«⁴⁰

³³ Ebd., S. 45.

³⁴ Ebd., S. 41.

³⁵ Ebd., S. 41.

³⁶ Vgl. zur Kinderarbeit im 19. Jahrhundert den Literaturüberblick bei G. A. RITTER, K. TENFELDE, Arbeiter im Deutschen Kaiserreich, 1992, S. 198 ff.

³⁷ F. LIST vertrat diese Auffassung bereits 1816 in seinem Aufsatz »Wider die unbegrenzte Teilung der Bauerngüter.«

³⁸ M. MOHL, Gewerbsindustrie, 1828, S. 30 f.

³⁹ Ebd., S. 34 f.

⁴⁰ Ebd., S. 241. Vgl. W. SIEMANN, Deutschland 1806–1871, 1995, S. 156 f.; G. A. RITTER, Arbeiter im Deutschen Kaiserreich, 1992, S. 281–286, mit quantifizierenden Angaben, sowie D. BLACKBOURN, Handwerker im Kaiserreich, 1989, S. 7–23, die die Entwicklungschancen bestätigen, die die Indu-

Für die politischen Maßnahmen, die dieser Entwicklung den Weg ebneten sollten, kämpfte Mohl als Publizist und Parlamentarier bis an sein Lebensende. Mohl verlangte eine Abschaffung der feudalen Strukturen in der Landwirtschaft⁴¹, die einer Umverteilung des Landes unter dem Gesichtspunkt einer effektiven Produktion im Wege standen.⁴² Der erleichterte Grunderwerb für Arbeiter sollte ihnen durch landwirtschaftlichen Nebenerwerb in Krisenzeiten eine gewisse Sicherheit gewähren und sie als Eigentümer auch sittlich heben.

Die Aufhebung der Zünfte und die Einführung der Gewerbefreiheit würde den Handwerkern die Anpassung an die notwendige Entwicklung ermöglichen.⁴³ Eine bessere technische Ausbildung der Unternehmer wie der Arbeiter zur Förderung der Manufakturbetriebe forderte Mohl nicht erst als Abgeordneter bei jeder Gelegenheit.

Die Leistung Mohls liegt nicht allein in der »prophetisch« anmutenden Erkenntnis des ungeheuren Entwicklungspotentials einer deregulierten Wirtschaft und in der Einsicht, daß an diesem Wohlstandswachstum alle Sektoren Anteil haben können. Hervorzuheben ist, daß Mohl sich bei der Analyse der wirtschaftlichen und sozialen Situation Württembergs und bei seinen Prognosen an den Tatsachen orientierte, so weit sie ihm zugänglich waren. Das ist für die bürgerlichen Reformer, und als solchen wird man auch Mohl bezeichnen dürfen, keineswegs selbstverständlich. Diese Reformer verfügten zwar über ein mehr oder weniger deutlich fixiertes gesellschaftspolitisches Leitbild. Jürgen Reulecke weist jedoch darauf hin, »daß die Kenntnis der realen Lebensverhältnisse der unteren Klassen dagegen weitgehend fehlte und die sozioökonomischen Dimensionen des vor sich gehenden Wandels nur partiell erkannt wurden.«⁴⁴ Mohl stützte die Prognosen über die Wirkungen eines konsequenten Übergangs zum Fabrikwesen auf einen Vergleich mit den weiter entwickelten Ländern England und Frankreich. So bereiste er noch während seines Studiums vom Oktober 1822 bis zum April 1823 das Departement du Haut-Rhin, um die dortigen Baumwollspinnereien zu besuchen.⁴⁵ Wo ihm die eigene Anschauung fehlte, zog er englische und französische Quellen heran. Vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen und Kenntnisse gewinnt er einen sehr nüchternen Blick auf die Lebenssituation der württembergischen Bauern und Kleingewerbetreibenden, über die er sich durch Reisen ein sehr genaues Bild verschafft hatte.⁴⁶ Auf dieser Autopsie aufbauend, gelang ihm die brillante Analyse der strukturellen

stralisierung den Handwerkern bot, gleichzeitig aber die sozialen Kosten dieser Strukturpassung hervorheben.

⁴¹ Vgl. unten, Mohls Antrag auf Abschaffung des Adels in der Paulskirche.

⁴² M. MOHL, *Gewerbsindustrie*, 1828, S. 15.

⁴³ M. MOHL, *Gewerbsindustrie*, 1828, S. 223.

⁴⁴ J. REULECKE, 1981, S. 362.

⁴⁵ M. MOHL, *Gewerbsindustrie*, 1828, S. 41, Anm.

⁴⁶ Diese qualitative Bestandsaufnahme plante er noch durch eine auch quantitativ angelegte Beschreibung des württembergischen Gewerbes in einer zweiten Abteilung seines Buches drucken zu lassen, wozu es jedoch wohl durch seine Inanspruchnahme im Staatsdienst nicht mehr kam.

Probleme einer zukünftigen Industrialisierung Württembergs, die die Fragen der Rohstoffversorgung, der Verkehrsanbindung und Entwicklung, des Marktzugangs innerhalb Deutschlands und zum Ausland, des Kapitalmangels und des technischen Entwicklungsstandes einbezog.⁴⁷

Dazu befähigten ihn sein wissenschaftliches Talent und seine Ausbildung. Entscheidend für die Radikalität der Analyse ist der Standpunkt, den Mohl einnimmt: Sein Ideal ist »ein Zustand allgemeinen Wohlstandes, allgemeiner Bildung, ein Zustand endlich [...] in welchem Jeder hoffen kann, den Ungerechtigkeiten des Schicksals zum Trotze sich ein glückliches Loos zu erringen.«⁴⁸ Diese Forderung nach dem Recht des einzelnen auf Glück und damit auf das Recht, seine Tüchtigkeit uneingeschränkt zu nutzen, entwickelt erhebliche Sprengkraft, wenn ihr die »unnatürlichen« Verhältnisse und Privilegien der feudalen Agrarverfassung und des Zunftwesens gegenübergestellt werden. Die historisch gewachsenen Zustände behalten keinen Eigenwert, verdienen es nicht, behutsam transformiert und entwickelt zu werden. Mohl fehlt darüber hinaus jeder im Ursprung der Bedeutung romantische Sinn für gesellschaftliche Formen der Solidarität, für das »Gemeindewesen und den Associationsgeist der Deutschen«, das die Deutsche Vierteljahresschrift 1844 als »Heilkraft gegen alle sozialen Uebel und Mängel« empfahl.⁴⁹ Er geht vom Individuum aus und rechnet im Positiven wie im Negativen mit dem Egoismus des einzelnen. Das bewahrt ihn davor, die Ursachen der Mißstände allein im menschlichen Fehlverhalten, sei es bei ungebildeten Arbeitern, sei es bei profitversessenen Unternehmern zu suchen, und damit in den Rang einer anthropologischen Grundkonstante zu heben, die soziale Probleme der politischen Steuerung entzieht. Mohl fragt nach den Strukturen, die soziales Verhalten bedingen, und nach den Handlungsspielräumen des einzelnen und des Staates.

Dieser rationale Zugriff auf die Wirklichkeit, der ihn von anderen bürgerlichen Sozialkritikern unterscheidet, läßt sich an Mohls Aufsatz »Ueber Kinderbeschäftigung in Fabriken namentlich in Baumwollspinnereien«, den er im Anhang seines ersten Buches druckte, vorführen.⁵⁰ Der Pädagoge Friedrich Adolph Diesterweg, der 1828 mit einer Schrift »Über den Gebrauch der Kinder zu Fabrikarbeiten«⁵¹ an die Öffentlichkeit trat, schloß 1826 eine Vorlesung mit dem Satz:

⁴⁷ Die Aufzählung folgt W. A. BOELCKE, *Wege und Probleme*, 1973.

⁴⁸ M. MOHL, *Gewerbsindustrie*, 1828, S. VIII.

⁴⁹ Zitiert nach J. REULECKE, 1981, S. 262. Vgl. hierzu auch R. KOCH, »Industriesystem«, 1978, S. 609.

⁵⁰ Erstaunlicherweise findet diese Schrift in der einschlägigen Forschungsliteratur keine Beachtung, selbst wenn dort Mohls »Gewerbsindustrie« im Zusammenhang mit der Kinderarbeit zitiert wird. S. QUANDT, 1978, zitiert die Seiten 41 f. und 44–50 der »Gewerbsindustrie«, ohne einen Hinweis auf den Anhang des Buches zu geben, ebenso H. CHRISTIAN, 1977, S. 41, der sich auch auf die von S. QUANDT genannten Stellen stützt. Für das Problem der Kinderarbeit im Untersuchungszeitraum vgl. A. HERZIG, 1983, und K. R. MÜHLBAUERS, 1991, Habilitationsschrift an der pädagogischen Fakultät der Universität München.

⁵¹ In Auszügen zitiert bei S. QUANDT, 1978, S. 32 f.

»Auch stellen sich beim ernststen Nachdenken, wie dem beredeten Übel abzuhelfen sein möchte, so schwere politische und merkantilistische Probleme dar, daß ich gerne mein Unvermögen gestehe, solche Aufgaben zu lösen.«⁵²

Diese Hilflosigkeit vor dem Argument der Unternehmer, daß nur Kinderarbeit ihre Wettbewerbsfähigkeit sichern könne, die letztlich zur Kapitulation vor dem Primat der Wirtschaft führte, prägte die zeitgenössische Diskussion in der Öffentlichkeit wie in der Beamtenschaft.⁵³ Mohl gewinnt hier mit einer vermeintlich sehr einfachen Frage eine eigene Position. Er rechnet nach, ob die Kinderarbeit in den englischen Fabriken eine »nothwendige Bedingung ihrer Konkurrenz unter einander selbst und mit den Continental-Etablissemences« sei.⁵⁴ In genauer Kenntnis der Produktionsabläufe und der Kosten der einzelnen Produktionsfaktoren kann er errechnen, daß der Einsatz von Kindern über 14 Jahren an Stelle von Kindern unter 14 Jahren, den Unternehmern Mehrkosten von 2,44 % – 3,63 % verursachen würde. Ein einzelner Unternehmer, der aus Gründen der Humanität auf Kinderarbeit verzichten würde, sähe sich so seines gesamten Unternehmensgewinns in der Höhe von 2 %–3 % des Produktpreises beraubt. Das Problem der Kinderarbeit könne also nicht durch Einsicht einzelner gelöst werden, hier müsse der Staat eingreifen und für alle verbindliche Normen setzen. Die englische Industrie würde durch die damit verbundene Kostensteigerung wenig von ihrer Überlegenheit verlieren, die württembergischen Unternehmer könnten durch einen entsprechenden Schutzzoll dafür entschädigt werden, selbst auf Kinderarbeit verzichten zu müssen. Das Fazit dieser kühlen Rechnung, die freilich immer wieder von Schilderungen über den Mißbrauch der Fabrikkinder begleitet wird, besteht für Mohl darin, daß die Kinderarbeit dem Fabrikwesen nicht zwangsläufig immanent ist, »und daß namentlich, was die Beschäftigung von Kindern in den Fabriken betrifft, bei uns keine britischen Verhältnisse bestehen, welche dazu nöthigen, Kinder von 9 Jahren an einer Spinn-Maschine verkrüppeln zu lassen.«⁵⁵

Dort wo der Markt versagt, dort wo der einzelne nach Mohls Ansicht geradezu gedrängt wird, seine Marktmacht zu mißbrauchen, verlangt er nach einem starken Staat als Gegenpol zum Individuum. Sicher in der kameralistischen Tradition stehend und im Vertrauen auf die Durchsetzungsfähigkeit des neuwürttembergischen Anstaltsstaates setzt Mohl auf die Verantwortlichkeit des Staates für das Wohlergehen seiner Bürger.⁵⁶ Der Staat muß in der Lage sein, außenpolitisch einen ausreichenden Schutzzoll aufzurichten, innenpolitisch Auswüchse der Industrialisierung wie Kinderarbeit und Unternehmerabsprachen, die sich gegen die Arbeiter richten, wirkungsvoll zu unterbinden.

⁵² Zitiert nach A. HERZIG, 1983, S. 350.

⁵³ A. HERZIG, 1983, S. 349 und S. 354.

⁵⁴ M. MOHL, Gewerbsindustrie, 1828, S. 257.

⁵⁵ M. MOHL, Gewerbsindustrie, 1828, S. 369.

⁵⁶ Vgl. dazu L. GALL, Ich wünschte ein Bürger zu sein, 1987, S. 614, dessen Interpretation des Rollenverständnisses der jungen, akademisch gebildeten Beamtenschaft Mohls Vorstellung von den Aufgaben des Staates und damit seinen eigenen zukünftigen Aufgaben als Beamter trifft.

Starker Staat und tüchtiges Individuum sind die beiden Punkte, die Mohls gesellschaftspolitischen Horizont eingrenzen. Darin gründet auch die Schwäche seiner Analyse, indem er den Handlungsspielraum und die Handlungsbereitschaft des Staates und die Anpassungsfähigkeit des einzelnen in dem sich vollziehenden sozioökonomischen Umwälzungsprozeß überschätzt.

Mohls Entwicklungskonzept für Württemberg, das quer zur württembergischen Gewerbepolitik, zu großen Teilen der liberalen Bewegung und zu Thesen der Forschung stand, ist auf vielfachen Widerspruch gestoßen.

Obwohl sich die Orientierung der württembergischen Wirtschaftspolitik nach der Entlassung Weckherlins änderte⁵⁷ und sich der Einsicht öffnete, daß die Förderung des Gewerbes der wachsenden Bevölkerung Unterhalt sichern könnte, blieb Mohl in Opposition zur Linie der Regierung.⁵⁸ Das Ideal der württembergischen Wirtschaftspolitik blieb der Kleinbetrieb. Von der Fabrik befürchtete man »das Hervorrufen einer eigentümlichen Fabrikbevölkerung von Proletariern, mit den gewöhnlich in deren Gefolge sich zeigenden Übeln[...]«. ⁵⁹ Die Landwirtschaft genoß auch weiterhin eine weitaus stärkere Förderung als das Gewerbe.⁶⁰

Der Beitritt Württembergs zum Zollverein, der Ausbau eines gewerblich orientierten Schulwesens und der Bau der Eisenbahn haben die Industrialisierung in Württemberg zwar vorangetrieben. Dagegen stand die sehr zögerliche Aufweichung des Zunftwesens und die späte Einführung der Gewerbefreiheit 1862. Die industriefördernden Maßnahmen Württembergs entsprangen überwiegend nichtökonomischen Motiven wie der Verbesserung der Staatseinnahmen durch den Zollverein und durch die Erlöse aus dem Eisenbahntransit.⁶¹

Die sozialen Bedenken, die die Regierung gegen eine Industrialisierung trug, wurden auch von weiten Teilen des südwestdeutschen Bürgertums geteilt. Mohls Untersuchung griff in die Diskussion über den Pauperismus und die künftige Wirtschafts- und Gesellschaftsverfassung ein, die innerhalb der liberalen Bewegung geführt wurde.⁶² Die Liberalen forderten zwar die Freiheit des Eigentums, den Abbau der starren Gewerbebeschränkung der Zünfte, die Erleichterung von Handel und Verkehr. Gleichzeitig fürchteten sie aber die sozialen Folgen einer industriellen Entwicklung wie in England, die durch die Umsetzung dieser Prinzipien möglich geworden war. Die Ängste gingen in zwei Richtungen. Von einer ungezügelter Industrialisierung erwarteten sie die Zerstörung des in ihren Augen gesellschaftstragenden Mittelstandes aus Handwerkern und kleinen Händlern.⁶³ Die Konzentration von Eigentum in der

⁵⁷ Vgl. K. MEGERLE, *Der Beitrag Württembergs, 1975/1976*, S. 330.

⁵⁸ Vgl. zur Gewerbepolitik Württembergs die grundlegende Zusammenfassung von K. MEGERLE, *Industrialisierung, 1982*, S. 357 f.

⁵⁹ So der Finanzrat Memminger 1841 in einem halboffiziellen Bericht, zitiert nach F.-F. WAUSCHKUHN, *Württembergische Textilindustrie, 1974*, S. 241.

⁶⁰ W. v. HIPPEL, *Wirtschafts- und Sozialgeschichte, 1992*, S. 575.

⁶¹ K. MEGERLE, *Der Beitrag Württembergs, 1975/1976*, S. 357.

⁶² Dazu L. GALL, *Liberalismus und bürgerliche Gesellschaft, 1980*, und H. SEDATIS, 1979.

⁶³ H. SEDATIS, 1979, S. 44.

Hand von wenigen Unternehmern wurde als Quelle einer neuen gesellschaftlichen Unfreiheit gesehen.⁶⁴ Die zweite Gefahr sah man in der Entstehung einer Fabrikarbeiterschaft, die für politisch gefährlich und destabilisierend gehalten wurde. An den Lösungswegen aus diesem Dilemma spaltete sich der südwestdeutsche Liberalismus in mehrere Richtungen. Der größere Teil der Liberalen, darunter Robert Mohl, suchte nach Mitteln, die Entwicklung der Industrialisierung so zu steuern, daß der handwerkliche Mittelstand erhalten blieb: Durch staatliche Schutzmaßnahmen und ein modifiziertes Zunftwesen, oder durch die gewerbliche Fortbildung der Handwerker und eine je nach den Konkurrenzverhältnissen der Branche abgestufte Gewerbebeschränkung.⁶⁵ Das Ideal ging dahin, die Trennung zwischen der Arbeit und dem Eigentum an den Produktionsmitteln so weit als möglich aufzuhalten, um ihr »Zukunftsbild einer klassenlosen Bürgergesellschaft ›mittlerer‹ Existenzen, einer, rückblickend formuliert, vorindustriellen, berufsständisch organisierten Mittelstandsgesellschaft auf patriarchalischer Grundlage« zu verwirklichen.⁶⁶

Zu der zweiten Richtung innerhalb des südwestdeutschen Liberalismus, den »Apologeten des Kapitalismus«, zählt Helmut Sedatis Moriz Mohl als einen prominenten Vertreter.⁶⁷ Sie hielten einen Strukturwandel von der handwerklichen Produktionsweise zum Fabrikbetrieb für unumgänglich, da dies das einzige Mittel sei, durch neue, gut bezahlte Arbeitsplätze einen Ausweg aus dem Elend der Handwerker zu finden. Die sozialen Kosten dieses Wandels würden nach Ansicht der Anhänger der Industrialisierung durch den Wohlfahrtsgewinn dieser gesteigerten Produktion überkompensiert werden. Mohls Richtung befand sich zumindest in der Zeit vor 1848 in der Minderheit. Die Feststellung, Mohl habe eine Apologie der Industrialisierung geliefert, hält der Lektüre seiner Schrift freilich nicht stand.⁶⁸

Moriz Mohl war mit seinem alle Sektoren umfassenden, auf die Industrie hin ausgerichteten wirtschaftspolitischen Konzept auch der Diskussion im vermeintlich industrialisierungsfreundlichen rheinischen Bürgertum voraus.⁶⁹ Dort setzte sich erst im Laufe der 1830er Jahre ein »Zukunftsentwurf« durch, »der den Aufbau eines breit gefächerten und vom Ausland unabhängigen Produktionssystems versprach, das durch Expansion der Arbeitsmöglichkeiten dem sichtbar werdenden Gespenst der Massenarmut Herr werden sollte.«⁷⁰

Die Bewertung des wirtschaftspolitischen Konzepts Mohls in der Forschung ist untrennbar mit der Deutung des Pauperismus und der Rolle der Industrialisierung verbunden. Zwei Schulen stehen sich hier gegenüber, seit

⁶⁴ Vgl. L. GALL, *Liberalismus und ›bürgerliche Gesellschaft‹*, 1980, S. 166, Anm. 10.

⁶⁵ H. SEDATIS, 1979, S. 51 f. u. S. 54 f.

⁶⁶ L. GALL, *Liberalismus und ›bürgerliche Gesellschaft‹*, S. 176; vgl. dazu auch T. NIPPERDEY, *Deutsche Geschichte 1800–1866*, 1983, S. 297.

⁶⁷ H. SEDATIS, 1979, S. 56.

⁶⁸ H. SEDATIS zitiert Mohls Schrift lediglich aus einer rechtsgeschichtlichen Arbeit zum Gewerbe-recht in Württemberg aus dem Jahre 1913.

⁶⁹ Vgl. R. BOCH, 1991, S. 284 f.

⁷⁰ Ebd., S. 119.

über das Phänomen Pauperismus nachgedacht wird.⁷¹ Die ältere Forschung stellte die Frühindustrialisierung und die Anfänge der Arbeiterbewegung in den Mittelpunkt der Betrachtung. Die Kenntnis der sozialen Folgen der Frühindustrialisierung und der sozialen Lage der Arbeiter dominierte die Vorstellung, die man von der Verarmung breiter Bevölkerungsschichten in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts hatte. Der Pauperismus wurde als eine Folge und Begleiterscheinung der Industrialisierung wahrgenommen, die große Teile des Handwerks und der Hausindustrie zugrunde gerichtet habe. Die Armut in vorindustrieller Zeit und in vorindustriellen Wirtschaftsstrukturen geriet nicht in den Blick. Aus dieser Perspektive ist die Kritik von Paul Gehring aus dem Jahre 1950 an Moriz Mohls Vergleich verständlich, den dieser zwischen der Lage der Bevölkerung in vorindustriellen und industriellen Wirtschaftsräumen gezogen hat:

»Er vertrat die Forderungen der Zeit und konnte nicht inne werden, wie sehr auch er in manchen Irrtümern und Vorurteilen befangen war. So, wenn er die Schrecken vor einer Proletarisierung der handarbeitenden Bevölkerung glaubte leicht nehmen zu können, angesichts der Elendszustände des Dorfproletariats seiner Zeit, oder wenn er manche bei Fabriken im Land bereits aufgekommenen sozialen Mißstände doch wohl verharmloste.«⁷²

In den sechziger Jahren wurde in der Forschung Wilhelm Abels Buch »Agrarkrisen und Agrarkonjunktur«⁷³ rezipiert, das den Pauperismus als Höhepunkt eines seit dem Spätmittelalter anhaltenden Verelendungsprozesses sieht. Die Industrialisierung habe diesen Verelendungsprozeß beendet, nicht verursacht.⁷⁴ Mohls Beobachtung, daß das Elend dort am größten ist, wo es kein entwickeltes Gewerbe gibt, wird durch Abels Forschungen gestützt. Der Pauperismus ist nach dieser Ansicht eine Krise der vorindustriellen Wirtschaftsstruktur. Das starke Bevölkerungswachstum seit der Mitte des 18. Jahrhunderts habe in der vorindustriellen Wirtschaftsstruktur kein Auskommen mehr gefunden. Die Konkurrenz der industriellen Fertigung hat die Krise des überbesetzten und unterbeschäftigten Handwerks zwar verschärft, letztlich müsse man aber zu einer »positiven Bilanz der Industrialisierung« kommen, die »gewaltige Leistungssteigerungen und kurz- wie langfristig wachsenden Lebensstandard geschaffen«, und damit die Krisenphänomene des Pauperismus überwunden habe.⁷⁵

⁷¹ Vgl. allgemein den Forschungsüberblick von D. LANGEWIESCHE, Europa zwischen Restauration und Revolution, 1989, 134 ff. und K.-J. MATZ, 1980, S. 18 f. sowie der Überblick von H. -U. WEHLER, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 2., 1987, S. 283-291; W. SIEMANN, Deutschland 1806-1871, 1995, S. 150 ff. Für die zeitgenössische Diskussion vgl. die Einführung von C. JANTKE zu: C. JANTKE und D. HILGER, 1965.

⁷² P. GEHRING, Wirtschaftsleben, 1949/1950, S. 224.

⁷³ W. ABEL, 1966.

⁷⁴ W. ABEL, 1966, S. 240 f.

⁷⁵ T. NIPPERDEY, Deutsche Geschichte 1806-1866, 1983, S. 205. Die Betonung der *kurzfristigen* Verbesserung des Lebensstandards ist das entscheidend Neue an seiner These.

Eine dritte Richtung der Pauperismusforschung richtet ihr Augenmerk auf die Ursachen des raschen Bevölkerungsanstieges seit der Mitte des 18. Jahrhunderts, denen Moriz Mohl keine Aufmerksamkeit schenkte. Sie weist darauf hin, daß die Verbesserung der Landwirtschaft im Zuge der kameralistischen Wirtschaftspolitik und das Vordringen des Heimgewerbes durch das Verlagswesen das Sozialprodukt vergrößert und so das Bevölkerungswachstum getragen und bis zur Krisenhaftigkeit gesteigert habe.

Die Antwort auf die Frage, ob Mohl das erfolgversprechende wirtschaftspolitische Konzept anbot, wird je nach Einschätzung der sozialen Folgen der Industrialisierung anders ausfallen. Helmut Sedatis fällt das deutlichste Urteil: Mohl »spielt die sozialpolitischen Konsequenzen der Industrialisierung herunter und wirft einzelne soziale Übel des Fabrikwesens ebenso dem Handwerk vor.«⁷⁶ Sedatis übernimmt die Erkenntnis Abels, daß die vorindustrielle Struktur Deutschlands das Bevölkerungswachstum nicht mehr auffangen konnte. Die Untersuchung der sozioökonomischen Verhältnisse der südwestdeutschen Handwerker in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts führt ihn zu dem Schluß, der Pauperismus wäre durch die Gewerbefreiheit und damit durch eine rasch vorangetriebene Industrialisierung unerträglich verschärft worden. Die Beurteilung wirtschaftspolitischer Maßnahmen muß auch die Kosten ihrer Unterlassung prüfen. Die Beibehaltung von Gewerbebeschränkungen, die die Industrialisierung verzögern, und die Subvention von ineffizienten Produktionsweisen bedeuten einen Verzicht auf Sozialprodukt. Bevor man zu dem Ergebnis kommt, daß die »unbedingte Gewerbefreiheit [...] in der Tat für den Großteil der Handwerker im Vormärz und darüber hinaus vollkommen unannehmbar«⁷⁷ war, muß geprüft werden, ob die Verluste an Sozialprodukt durch die Vorteile eines Schutzes der Handwerker ausgeglichen werden. Auf materieller Ebene ist dieser Nachweis nur zu führen, wenn der Zuwachs des Sozialprodukts vorwiegend den Unternehmern zugeflossen wäre. Das Verhältnis zwischen Lohn- und Kapitaleinkommen verschob sich während der Industrialisierung jedoch kaum.⁷⁸ Wenn man sich Thomas Nipperdeys Bewertung der Industrialisierung anschließt, so hat Mohl den langfristigen Ausweg, den die Industrialisierung aus dem Pauperismus bot, klar erkannt und beschrieben. Aber »langfristig sind wir alle tot«, hielt John Maynard Keynes den klassischen Ökonomen entgegen, die völlig auf die Selbstheilungskräfte einer deregulierten Marktwirtschaft vertrauten.⁷⁹

Gewinner und Verlierer der Industrialisierung lassen sich nicht auf der Aggregatshöhe des Sozialprodukts bestimmen und die soziale Lage der Unterschichten wird nicht allein durch ihren Anteil am Sozialprodukt beschrieben, wie die Darstellung von Jürgen Kocka vor Augen führt.⁸⁰ Das Eindringen von

⁷⁶ H. SEDATIS, 1979, S. 71.

⁷⁷ H. SEDATIS, 1979, S. 34.

⁷⁸ T. NIPPERDEY, *Deutsche Geschichte 1806–1866*, S. 205.

⁷⁹ »In the long run, we are all dead«, zitiert nach B. FELDERER und S. HOMBURG, 1987, S. 97.

⁸⁰ J. KOCKA, 1990.

Marktbeziehungen in die ehemals ständisch gebundene Gesellschaft und die außerordentlich beschränkten Umverteilungsmöglichkeiten des Staates setzte Handwerker und Landarbeiter und ihre Familien im Umwälzungsprozeß der Industrialisierung einem bisher nicht so empfundenen Verelendungsrisiko aus, das die rasche Umsetzung von Mohls wirtschaftspolitischem Konzept für große Teile der Bevölkerung wahrscheinlich tatsächlich unerträglich gemacht hätte.

Im Staatsdienst

Noch vor der Veröffentlichung seines Erstlingswerkes fand Mohl Aufnahme in den Staatsdienst als Assessor der Oberzolladministration.¹ Dabei halfen ihm die glänzend bestandene Dienstprüfung² und der Gewinn des akademischen Preises ebenso wie die guten Verbindungen seines einflußreichen Vaters. Aus der Sicht des Finanzministeriums konnte Mohl als idealer Absolvent der staatswirtschaftlichen Fakultät gelten, die auf Initiative des Ministeriums eingerichtet worden war, um für die komplexer werdenden Aufgaben des Staates wissenschaftlich qualifizierten Nachwuchs zu gewinnen. Die in dieser Zeit stattfindenden Zollvereinsverhandlungen Württembergs mit den Staaten des Deutschen Bundes verlangten gründliche Kenntnisse der Handels- und Gewerbeverhältnisse des eigenen Landes, über die man in den zwanziger Jahren noch nicht verfügte. Die zahlreichen und umfangreichen Gutachten Mohls für das Ministerium zeigen, daß man sich auf seine Kenntnisse und Fähigkeiten zu wissenschaftlich fundierter Untersuchung stützte.³ Die erste Statistik über die württembergischen Gewerbebetriebe, die die Oberzolldirektion 1831 erstellte, trägt die Handschrift Moriz Mohls, der sich auch im Staatsdienst als Wissenschaftler verstand.⁴ Die »fortwährende Erforschung der wechselnden Bedürfnisse dieser Quellen des National-Wohlstandes« nannte er selbst als Motivation für »den angestrengtesten Eifer in meinem administrativen Wirkungskreise«.⁵

Sehr rasch strebte Mohl seinem Karrierehöhepunkt im Staatsdienst entgegen. Im April 1832 bestellte Finanzminister Varnbüler ihn zum technischen Beirat für den württembergischen Geschäftsträger in Berlin, Freiherrn von Linden, nachdem Schwierigkeiten bei den Zollvereinsverhandlungen in Berlin Anfang 1832 zur Ablösung des bisherigen Beirats geführt hatten. Diese Mission nach Berlin prägt das Bild Mohls sowohl in den Memoiren seines Bruders wie

¹ Vgl. Königlich-württembergisches Hof- und Staats-Handbuch 1828, S. 579. Eine Personalakte Mohls war nicht auffindbar. Der Abschnitt konzentriert sich auf einen knappen Überblick, da auf eine umfassende Sichtung der Akten der Behörden, in denen Mohl als Beamter beschäftigt war, angesichts der zentralen Fragestellung der Arbeit, die sich auf Mohl als Parlamentarier richtet, verzichtet werden mußte.

² R. MOHL, Lebenserinnerungen, Bd. 1, 1902, S. 39.

³ HSTAST, E 221, Bü 4 115 und Bü 4 180.

⁴ Vgl. zu dem Bericht F.-F. WAUSCHKUHN, Textilindustrie, 1974, S. 211 und K. MEGERLE, Industrialisierung, 1975/1976, S. 329. Der Bericht selbst HSTAST, E 221, Bü 4 184.

⁵ HSTAST, E5, Kabinettsakten III, Bü 72 »Dankschreiben von Inländern«, Blatt 7, Brief Moriz Mohl an König Wilhelm I. vom 12.2.1828.

in der älteren und jüngeren Forschung und verdient daher eine ausführlichere Untersuchung, an deren Ende eine Revision dieses Bildes stehen wird.⁶

Es lag für Finanzminister Varnbüler nahe, Moriz Mohl mit der Aufgabe zu betrauen, da dieser ihm wenige Wochen vorher einen umfangreichen Bericht über den preußischen Verhandlungsentwurf erstellt hatte.⁷ Der scharfe Ton des Gutachtens, das keinen Artikel des preußischen Entwurfs unbeanstandet ließ, zeugt von einem grundlegenden Mißtrauen gegenüber Preußen. Immer wieder finden sich Formulierungen wie »der unzulässigste aller, von Preußen gestellten Anträge« oder »Sämtliche Anträge Preußens in Beziehung auf den Abschluß von Handelsverträgen dürften daher unbedingt zu verwerfen [...] seyen.« Finanzminister Varnbüler wußte um die kritische Haltung Mohls gegenüber Preußen und teilte sie, wie ein Brief des württembergischen Geschäftsträgers in Berlin, Freiherrn von Linden an Varnbüler vom 18.4.1832 belegt: »Assessor Mohl kennt sein Fach genau, was mir [...]»⁸ angenehm ist, das ist, daß er die Gedanken der Regierung und des Herrn Minister und dessen Stellvertreter über jeden Punkt genau kennt.«⁹

Mohl erarbeitete sofort einen Gegenentwurf zur preußischen Vorlage¹⁰, der seinem Gutachten an Varnbüler entsprach. In den folgenden Verhandlungen, die Mohl sehr selbständig führen konnte, da Linden mit handelspolitischen Fragen nicht vertraut war, rang er sehr zäh um einen Vertragstext, der mit sehr engen Formulierungen eine einseitige Vorteilsnahme Preußens im zukünftigen Verein ausschließen sollte. Im Verlauf der Verhandlungen festigte sich Mohls Eindruck, »daß die preußische Regierung mit deutlichem Bewußtsein eine Art von Mediatisierung der süddeutschen Staaten in ihren kommerziell-politischen Rechten beabsichtigt«.¹¹ Sein engagiertes Auftreten zog rasch eine Beschwerde der preußischen Regierung nach sich, die zur Ablösung Mohls führte.

Robert Mohl erzählt in seinen Lebenserinnerungen, die er etwa vierzig Jahre nach den Ereignissen niederschrieb, der Bruder Moriz habe die Verhandlungen ohne Rücksprache mit der Regierung in Stuttgart abgebrochen und sei nach Dresden, Hannover, Kassel und Darmstadt gereist, um die dortigen Regierungen vor einem Zollverein mit Preußen zu warnen. Friedrich-Franz Wauschkuhn zitiert diesen Bericht Robert Mohls und fügt ohne Nachweis hinzu, daß »nicht unerhebliche diplomatische Friktionen«¹² die Folge gewesen

⁶ H. v. TREITSCHKE, 1872, S. 652, R. MOHL, Lebenserinnerungen, Bd. 1, S. 39 f.; H. LEWIN, 1922; F.-F. WAUSCHKUHN, Textilindustrie, 1974, S. 209 und 217 f.

⁷ HSTAST, E 221, Finanzministerium, Bü 4 180, »Deutscher Zollverein, zur Geschichte des deutschen Zollvereins 1823–1843«, Anlage zu einem Brief Moriz Mohls an Finanzminister Freiherr von Varnbüler vom 1.3.1833.

⁸ Nicht entzifferbares Wort.

⁹ HSTAST, E 221, Bü 4 180, Brief von Linden, Berlin, 18.4.1832. H. W. HAHN, 1984, S. 68, betont, daß die württembergische Regierung bis 1832 von einem starken Mißtrauen gegen Preußen bestimmt war.

¹⁰ H. LEWIN, 1922, S. 5.

¹¹ Brief Mohls an den Außenminister Beroldingen vom 25.5.1832, zitiert nach: Vorgeschichte und Begründung des Deutschen Zollvereins 1815–1834, 1934, S. 673.

¹² F.-F. WAUSCHKUHN, Textilindustrie, 1974, S. 218.

seien. Ob sich Moriz Mohl diesen eklatanten Bruch aller diplomatischen Gepflogenheiten tatsächlich hat zu Schulden kommen lassen, darf bezweifelt werden. Es wäre sonst kaum zu verstehen, daß Moriz Mohl in Stuttgart auf seine alte Position zurückkehren durfte und Einfluß auf die Zollverhandlungen behielt.¹³ Die Anekdote charakterisiert unabhängig von ihrem Wahrheitsgehalt jedoch treffend Moriz Mohls unerschütterliches und rücksichtsloses Festhalten an seinen Überzeugungen. Eine Strafversetzung an die Finanzkammer nach Reutlingen erfolgte erst am 20.1.1834¹⁴, als er nach dem Vertragsschluß mit Preußen weiterhin gegen den Zollvereinsvertrag opponierte.

Der Mißerfolg in Berlin hat schon zu seinen Lebzeiten spöttische Kommentierung erfahren. Heinrich von Treitschke urteilte 1872 über den großdeutschen Gegner: »Welch eine weitschweifige Kleinlichkeit, welche Lust am unfruchtbaren Streite, welche Fülle unverdauter Gelehrsamkeit, welch hartnäckiges Mißtrauen gegen Preußen! Der frühreife Staatsweise entfaltete bereits alle jene Talente, die noch vierzig Jahre später den deutschen Reichstag bezaubern sollten.«¹⁵ Und selbst Otto Elben, der Verleger des Schwäbischen Merkurs und langjähriger Abgeordneterkollege Mohls im Landtag, verzichtet in seinem Nekrolog für Mohl nicht auf dieses wenig schmeichelhafte Zitat.¹⁶ Sein Bruder Robert schließlich sah in der Mission nach Berlin »die Veranlassung zu einer völligen Störung der Laufbahn und die Ursache zu einer Verfehlung des Lebenszwecks«.¹⁷

Hans Lewin untersuchte in seiner Dissertation über den Handelspolitiker Moriz Mohl die Verhandlungen in Berlin, ohne im Urteil über die Polemik Treitschkes hinauszugelangen, die er ohne Quellenangabe wörtlich zitiert.¹⁸ Friedrich-Franz Wauschkuhn übernimmt durch Hans Lewin die Darstellung Treitschkes und wertet die Entsendung Mohls als »Mißgriff« des Finanzministers, da ihm der Charakter Mohls nicht bekannt gewesen sei.¹⁹

Unabhängig davon, wem nun die Hauptverantwortung für den Verlauf der Berliner Mission zuzuschreiben ist, bedeutete sie eine herbe Zäsur in Mohls Leben, der sich aufgrund seiner fachlichen Kompetenz und Herkunft als zukünftiger Finanzminister Württembergs sah. So schlug er Anfang der 1830er Jahre, wahrscheinlich nach seiner Berliner Mission, das Angebot einer Professur an der staatswirtschaftlichen Fakultät in Tübingen aus, weil er darin nur den Versuch sehen konnte, ihn von einer weiterführenden Karriere im Staatsdienst

¹³ Vgl. den Bericht des preußischen Gesandten in München nach Berlin vom 29.12.1832, in: Gesandtschaftsberichte aus München, 1950, S. 278, Anm. 1.

¹⁴ Schwäbische Chronik vom 30.1.1834.

¹⁵ H. v. TREITSCHKE, 1872, S. 652.

¹⁶ Schwäbische Kronik, Nr. 44, 22.2.1888.

¹⁷ R. v. MOHL, Lebenserinnerungen, Bd. 1, 1902, S. 40.

¹⁸ Zu H. LEWIN eine knappe Bemerkung bei O. BORST, 1966, S. 114, Anm. 1. H. LEWIN konzentriert sich zum einen zu stark auf die Person Mohls und seinen sicher schwierigen Charakter und gibt deskriptiv dessen Positionen wieder, ohne zu fragen, inwieweit er die Linie der Stuttgarter Regierung vertreten habe.

¹⁹ F.-F. WAUSCHKUHN, Textilindustrie, 1974, S. 209.

abzuhalten.²⁰ Zwei Jahre nach seiner Versetzung ließ er sich im Frühjahr 1836 für eine Erholungsreise, die ihn nach Frankreich führte, zunächst ein halbes Jahr beurlauben. Im September 1836 mußte er seinen Dienstherrn, Finanzminister Herdegen, von Le Havre aus um ein weiteres Jahr Urlaub bitten, da durch »anhaltende Nervenkrankheiten« sein »Nervenkostüm zerrütet« sei.²¹ Mohl plante für dieses Jahr eine ausgedehnte »gewerbswissenschaftliche Reise« durch ganz Frankreich und nach England.²² Das Reisestipendium des Vaters erlaubte es ihm jedoch, diesen Auslandsaufenthalt bis in den Sommer 1841 auszudehnen, als ihn die schwere Krankheit der Mutter nach Stuttgart zurückrief. Die Regierung verlor für diese Zeit den einzigen »profilierten Gewerbepolitiker« und war bei der Vergabe von Förderungskrediten nun auf die Gutachten der »Gesellschaft für Beförderung der Gewerbe« angewiesen²³, deren »maßgebliches« Mitglied Mohl gewesen war.²⁴

Über den genauen Verlauf dieses fünfjährigen Forschungsaufenthaltes gibt es keine Nachrichten. Robert Mohl beklagt, daß sein Bruder die meisten Jahre in Le Havre verweilt habe und neben einem kurzen Aufenthalt in Paris wenig mehr als die Industrie der Normandie gesehen hätte.²⁵ Mohl verbrachte 1838 sieben Monate in Dieppe und im Departement Oise und untersuchte im Winter 1838/39 in Le Havre die französische Korbflechtereie und die Ausfuhr ihrer Waren über Le Havre.²⁶ In Paris, von wo er im Juli 1841 abreisen mußte, besuchte er neben der Gewerbeausstellung Werkstätten, Volksschulen und technische Schulen. Dieser mehrjährige Auslandsaufenthalt, der ihn auch nach England führte, verschaffte ihm später in der württembergischen Kammer einen Kenntnis- und Erfahrungsvorsprung²⁷, der es ihm erlaubte, die württembergischen Verhältnisse mit der so gewonnenen intellektuellen Distanz radikal zu kritisieren und die Kritik jederzeit mit Berichten über seine Studien in England und Frankreich zu belegen.

Die Abwesenheit von Stuttgart verbesserte nicht nur seine Gesundheit, sondern auch die formale dienstliche Stellung. Am 11.9.1837 beförderte ihn der König vom Assessor zum Finanzrat in Reutlingen und im Februar 1838 ver-

²⁰ R. v. MOHL, *Lebenserinnerungen*, Bd. 1, 1902, S. 168.

²¹ Briefkonzept Mohls an Herdegen vom 28.9.1836, LB Stuttgart, Cod. hist. 4° 506/III 32. Vgl. dazu auch weitere Briefe von Mohl und Herdegen in LB Stuttgart, Cod. hist. 4° 742, Fasc. 1, Umschlag »Mohl persönliche Papiere«.

²² Cod. hist. 4°, 506/III 32, Briefkonzept Mohls an Herdegen vom 2.10.1836.

²³ So F.-F. WAUSCHKUHNS, *Staatliche Gewerbepolitik*, 1977, S. 22.

²⁴ W. A. BOELCKE, *Wege und Probleme*, 1973, S. 476. Die Gesellschaft war ein privater Verein, der staatliche Unterstützung erhielt und direkten Zugang zum König hatte. Vgl. P. GEHRING, *Wirtschaftsleben, 1949/1950*, S. 233 und ausführlich F.-F. WAUSCHKUHNS, *Textilindustrie*, 1974, S. 225–231.

²⁵ R. v. MOHL, *Lebenserinnerungen*, Bd. 1, 1902, S. 41.

²⁶ HSTAST, E 143, Bü 3 206, *Schlußvortrag Moriz Mohls an den König*, Stuttgart 1.7.1844.

²⁷ Vgl. B. MANN, *Württemberg*, 1975, S. 211, Anm. 20, der darauf hinweist, daß nur sehr wenige Abgeordnete der Paulskirche »als »weitgereist« galten – der provinzielle »Erfahrungshorizont« überwog«.

band er die Rückversetzung Mohls an das Steuercollegium in Stuttgart mit der Ernennung zum Obersteuerrat.²⁸ Der Kredit Mohls war auch soweit wieder hergestellt, daß die württembergische Regierung ihn in einer königlichen EntschlieÙung vom 19.5.1838 beauftragte, französische Warenmuster im Wert von 3 000 fl. zu erwerben.²⁹ Die Einkäufe Mohls, die aus sogenannten Tabletteriewaren wie Kämmen, Knöpfen, Bürsten und Spangen bestanden, bildeten den Grundstock der gewerblichen Mustersammlung der Zentralstelle für Gewerbe und Handel. Die 982 Muster sollten einer frühen Form des Technologietransfers dienen, der den württembergischen Gewerbetreibenden Anregungen für eigene Produkte geben und ihre Konkurrenzfähigkeit steigern sollte. Mohl beschrieb daher in mühevoller, jahrelanger Arbeit den jeweiligen Fertigungsgang und die dazu verwendeten Maschinen, wofür er sich im Winter 1843/44 noch einmal beurlauben ließ.

Das Schicksal der Musterkollektion steht beispielhaft für eine ganze Reihe weiterer Unternehmungen Mohls, die im Laufe der Untersuchung vorgestellt werden. Nicht weniger als fünfeinhalb Jahre vergingen vom Kaufauftrag bis zur öffentlichen Ausstellung Ende 1844 durch die Centralleitung des Wohltätigkeitsvereins.³⁰ Die wiederholten Anfragen des Finanzministeriums, ob die Muster nicht veralteten, beantwortete Mohl mit der Bitte, die Ausstellung nicht ohne seine Erläuterungen zu eröffnen, zumal er selbst keine Bedenken über die Aktualität der Muster hege.³¹ Kaum drei Jahre später, im Sommer 1848, meldete die Centralleitung des Wohltätigkeitsvereins, sie habe die Ausstellung abgeräumt, »da eine Nachfrage hiernach lediglich nicht mehr stattfindet.«³² Auch der Wert der Kollektion selbst wurde von einer Kommission von Gewerbetreibenden unter dem Vorsitz des Geheimen Rates Pistorius kritisiert, die feststellte, »daß die Machart als Mode- und Luxus Artikel nicht passend sei für Württemberg.«³³ Diese Bewertung war in der Sache wahrscheinlich nicht gerechtfertigt und illustriert die Klagen Mohls über die Provinzialität des württembergischen Gewerbes. Die Antwort, die Mohl in Gegenwart des Königs für die königliche Kommission fand, vermittelt jedoch einen Eindruck von den Ursachen, die ihn in seiner Beamtenstellung nicht glücklich werden ließen:

²⁸ Schwäbische Chronik vom 20.9.1837 und vom 18.2.1838.

²⁹ Vgl. den zitierten Schlußvortrag Mohls vom 1.7.1844. Dazu auch die oben bereits im Zusammenhang mit dem Urlaubsantrag genannten Briefe an und von Mohl. Dieser Betrag ist von beachtlicher Höhe, wenn man ihn mit den Gesamtkosten der einzelnen Kunst- und Industrieausstellungen in Württemberg vergleicht. H. SCHWANKL, 1988, S. 81, nennt für 1836 den Betrag von 456 fl. und für 1839 den Betrag von 1855 fl. Das Musterlager der Zentralstelle wird von ihm nicht berücksichtigt.

³⁰ HSTAST, E 143, Bü 3 206, Bericht der Centralleitung des Wohltätigkeitsvereins an das Innenministerium vom 6.6.1848, in dem sie den Erhalt der Sammlung am 12.11.1844 bestätigt.

³¹ Vgl. seinen Schlußvortrag vom 1.7.1844.

³² Vgl. den zitierten Bericht vom 6.6.1848.

³³ So referiert Mohl das Ergebnis in seinem Schlußvortrag vom 1.7.1844.

»Vor allem muß ich mir nun erlauben, hinsichtlich dieser Commission zu bemerken, daß ich kein einziges Mitglied derselben in dieser Angelegenheit als sachverständig anerkennen kann. [...] Um das zu sein, muß man selbst vor Ort gewesen sein.«³⁴

Diese Mischung aus Courage und Selbstüberhebung war Mohls Anteil an der Zerüttung seines Beamtenverhältnisses. Die Regierung trug ihren Teil durch die Unterdrückung der politisch unliebsamen Publizistik Mohls bei. Am selben Tag, an dem Mohl seinen Schlußvortrag vor dem König hielt, versetzte und degradierte dieser ihn wieder auf eine Ratsstelle in Tübingen.³⁵ Der Tonfall Mohls mag dem König diese Entscheidung sehr erleichtert haben, die tieferliegende Ursache war jedoch dessen publizistisches Engagement, das das Mißfallen der Regierung erregte. In zwei Artikeln der Allgemeinen Zeitung vom 1. und 15. April 1844 und in zwei Artikeln in der Schwäbischen Chronik vom 20. April und 9. Mai 1844 attackierte Mohl die Pläne der städtischen Verwaltung Stuttgarts, die städtischen Verbrauchssteuern, das sogenannte Oktroi, nun auch auf Wein, Obstmost und Branntwein zu erheben und verlangte die gänzliche Abschaffung dieser Steuerart. In seiner Argumentation gegen diesen »Mißgriff der Verwaltung von unabsehbaren Folgen« erweist er sich nicht zum letzten Mal als der Anwalt der Unterschichten. Die Verbrauchssteuern förderten den Preisauftrieb und über die Entstehung eines Schwarzmarktes die Verfälschung und Verschlechterung der Lebensmittel: »Der Erfolg dieses Jammerzustandes ist, daß die arbeitende Klasse, so weit sie nicht besonders gut belohnt ist, und überhaupt alle Familien, welche nur auf ein kleines Einkommen verwiesen sind, in Hunger und Kummer leben.«³⁶ Auch wenn Mohl sich mit seiner Kritik in bester Gesellschaft befand, da die beiden Kammern am 3.4.1843 in einer Adresse an den König selbst die sozial bedenklichen Folgen des Oktrois beklagt hatten, so wollten die städtische Verwaltung und das Innenministerium als Aufsichtsbehörde die eigenen Steuerpläne doch nicht von einem ranghohen Finanzbeamten als »Aussatz« und »ewige Krankheit« kommentiert sehen.³⁷ Im Wahlkampf für die erste verfassunggebende Landesversammlung 1849, in dem er als Kandidat der Volkspartei in Stuttgart antrat, versäumte es das demokratische Parteiblatt nicht, den letztlich erfolgreichen Einsatz für die Abschaffung des Oktroi um den Preis der Versetzung für Mohl ins Feld zu führen.³⁸

³⁴ Schlußvortrag an den König vom 1.7.1844. »Gerade die Voraussicht solcher kenntnislosen oder befangenen Urtheile« habe ihn bestimmt, die Exponate nicht ohne Erläuterungen zu zeigen.

³⁵ Schwäbische Chronik vom 11.7.1844, Nr. 187, zitiert die königliche Entschließung vom 1. Juli 1844. Mohl erwähnte die Gründe für seine Versetzung in der Paulskirche, Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der deutschen konstituierenden Nationalversammlung zu Frankfurt am Main, hrsg. von Franz Wigard, S. 5 108 anlässlich einer Beratung über Steuerfragen.

³⁶ Schwäbische Chronik vom 20.4.1844, S. 430.

³⁷ Schwäbische Chronik vom 9.5.1844. Dort auch das Zitat der Adresse.

³⁸ Beobachter vom 1.8.1849, Nr. 191. Auch Otto Elben erinnert sich 44 Jahre später in seinem Nekrolog für Moriz Mohl an den Streit um das Oktroi als Grund für seine Versetzung, Schwäbische Chronik vom 22.2.1888, Nr. 44.

Die Versetzung nahm der König bereits nach wenigen Monaten am 13.11.1844 wieder zurück³⁹, zum einen aus Rücksicht auf seinen ehemaligen Innenminister, den verwitweten und kranken Vater Mohls, zum anderen »weil man seine Kenntnisse nicht entbehren konnte«. ⁴⁰

Die Publikation der Erläuterungen zu den französischen Musterwaren durch die Cottasche Verlagsbuchhandlung im Frühjahr 1845 verbesserte Mohls Position im Staatsdienst noch einmal⁴¹, wie er an Georg Friedrich Cotta schrieb: »Hochdesselben so wohlbewährtes persönliches Wohlwollen leiht meinem Verhältnisse zur Regierung einen rosafarbenen Schein[...].«⁴²

Dieses persönliche Wohlwollen bezog sich auch auf die großzügige Unterstützung, die Cotta durch den Druck des voluminösen, fast 600-seitigen, mit zahlreichen Stichen versehenen Werkes gewährte, von dem sich weder Autor noch Verleger den geringsten finanziellen Gewinn erwarteten.⁴³ Nicht weniger als 300 Exemplare verschenkte Cotta darüber hinaus an Mohl⁴⁴, der wiederum der württembergischen Regierung 150 davon zur Verteilung überließ.⁴⁵

Das Buch besteht im ersten, längeren Teil in den von Mohl erarbeiteten Beschreibungen der für die Mustersammlung erworbenen französischen Manufakturzeugnisse und ihrer Produktion. Der zweite Teil entwirft exemplarisch für die Städte Geislingen, Göppingen und Gmünd ein Konzept für die Verbesserung der gewerblichen Infrastruktur. Die Einleitung des Buches nutzt Mohl noch einmal für ein Plädoyer zugunsten seines industriepolitischen Konzeptes, indem er für Gewerbefreiheit, für die Förderung des strukturellen Wandels hin zu einer fabrikmäßigen Produktion und für einen wirksamen Zollschutz vor der ausländischen Konkurrenz wirbt. Gestützt auf französische Statistiken und seine eigenen Beobachtungen versucht die Einleitung, die Bedenken gegen die sozialen Folgen der Industrialisierung zu widerlegen. Dabei läßt Mohl es sich nicht nehmen, in der Oktroifrage nachzusetzen und die Schädlichkeit des Pariser Oktrois zu schildern.⁴⁶

Die Aufnahme des Buches war nicht nur bei der Regierung außerordentlich positiv. Der königliche Studienrat empfahl »dringend« die Anschaffung für alle Realschulen des Landes und das Innenministerium versandte an alle Oberämter ein Exemplar.⁴⁷ Die Schwäbische Chronik rezensierte das Werk begeistert und

³⁹ Die Schwäbische Chronik vom 28.11.1844, Nr. 326, zitiert die Königliche Entschließung, daß Mohl »seinem unterthänigsten Ansuchen gemäß, auf seine frühere Rathsstelle bei dem Steuerkollegium gnädigst zurückversetzt« werde.

⁴⁰ R. MOHL, Lebenserinnerungen, Bd. 1, 1902, S. 40.

⁴¹ M. MOHL, Zu den gewerbswissenschaftlichen Ergebnissen meiner Reisen in Frankreich, Stuttgart und Tübingen 1845.

⁴² Brief Moriz Mohl an Georg Friedrich Cotta vom 1.12.1844, Cotta-Archiv Marbach.

⁴³ Dazu der Vertragsentwurf Cottas vom 15.7.1844 und die Antwort Mohls vom gleichen Tag, ebd.

⁴⁴ Brief Moriz Mohls an Cotta vom 28.2.1845.

⁴⁵ Bericht Mohls an den Finanzminister vom 12.2.1845, HSTAST, E 143, Bü 3 206.

⁴⁶ M. MOHL, Gewerbswissenschaftliche Reise, 1845, S. 25.

⁴⁷ Bericht des königlichen Studienrates an das Innenministerium vom 5.4.1845, HSTAST, E 143, Bü 3 206.

berichtete, daß es auch an die beiden Kammern verteilt worden sei.⁴⁸ Ferner wurde in einer umfangreichen Besprechung gleichsam eine Volksausgabe des Mohlschen Folianten vorgelegt.⁴⁹

Die Regierung beauftragte ihn bereits im Herbst 1844, nachdem ihr die handschriftliche Fassung vorlag, mit der Erstellung eines Konzeptes zur Gewerbeförderung in Geislingen und Gmünd, für das er in seinem Buch bereits Vorarbeiten geleistet hatte.⁵⁰ Sollte die Regierung mit diesem Angebot, das den Interessen und Fähigkeiten Mohls entgegenkam, eine versöhnliche Geste beabsichtigt haben, so erreichte sie ihn nicht mehr. »Ich erwarte gar nichts von dieser Regierung und wünsche auch, aufrichtig gesagt, nichts von dieser Regierung«, führte Mohl den oben zitierten Dankesbrief an Cotta fort.⁵¹ Der Brief zeigt auch, daß er sich von seiner eigenen Beamtenkarriere nichts mehr erhoffte:

- »Wenn man aber im Staatsdienste einmal durch eine vielfältige Erfahrung weiß, daß man es mit einem Regiment zu thun hat, bei welchem eine honnete und vernünftige Wirksamkeit immer wieder unfehlbar an kleiner Gesinnung und kleinen Interessen scheitert, so ist man zufrieden, wenn man außerhalb der Sphäre in der dieses Rad herumgetrieben wird, steht, und neben einem unbedeutenden Amtsberufe so viele Zeit für Privatstudien bleibt, um auf dem Wege der Öffentlichkeit über den Köpfen dieser kleinen großen Herren hinweg, an den Schwingungen seiner Zeit Theil zu nehmen.«

Die innere Verabschiedung aus dem Staatsdienst hatte Mohl schon längst vollzogen, als er nach seiner Wahl in die Paulskirche im Mai 1848 um seine Entlassung bat. Er beendete ein Doppelleben, in dem der Publizist seinen Verleger »um höchste Diskretion über die Autorschaft«⁵² bitten und sich selbst als Verfasser verleugnen mußte⁵³, um als Beamter überleben zu können. Moriz Mohl begann mit 46 Jahren eine zweite Karriere, die fast doppelt so lang wie seine Beamtenlaufbahn dauern sollte.

⁴⁸ Schwäbische Chronik vom 14.3.1845, Nr. 72.

⁴⁹ W. JUNG, Der Gewerbsmann und die gewerblichen Verhältnisse in Württemberg, zugleich eine Würdigung der gewerbswissenschaftlichen Reise in Frankreich von Herrn Moriz Mohl, Ulm 1845.

⁵⁰ Bericht Mohls an den Finanzminister, Reutlingen, 26.11.1844, HSTAST, E 143, Bü 3 206.

⁵¹ In einem Brief vom 11. Juni 1844 an den leitenden Redakteur der AZ Gustav Kolb fand Mohl noch deutlichere Worte: »In welchen Abgrund wird dieses Regiment noch versinken Hurenwirtschaft, Judenwirtschaft usw.« Mohls Antisemitismus erfährt in dem Kapitel zur Paulskirche eine ausführliche Darstellung. Zu Kolb vgl. B. DUCZEK, 1988.

⁵² Brief Mohls an Cotta vom 8.5.1841, Cotta-Archiv Marbach.

⁵³ Brief Mohls an Kolb vom 18.9.1842, ebd.

Zweiter Teil

Die Revolution von 1848/49



Sitzungsgebäude der deutschen Reichsversammlung.

Die Werbung um das Mandat und der Wahlkampf für die Nationalversammlung

Der Ausbruch der Revolution wurde von Moriz Mohl als Gerücht über das Auftreten von Bauernunruhen wahrgenommen. In größter Eile schrieb er dem Bruder Robert am 11.3.1848: »Lieber Robert, nach neuerer Aufklärung geht hier unt. d. gemein. Leuten die Sage, die Bauern wollen den König und den Adel verjagen; die Soldaten seyen entschlossen, keinen Finger geg. die Bauern zu rühren. [...] Dies Alles ist wahrscheinl. für jetzt bloßes Geschrey [...]«.¹ Nahezu täglich teilte Mohl seinem Bruder in den folgenden Wochen die Ereignisse aus Stuttgart mit. Die außerordentliche Verdichtung des Briefwechsels korrespondiert mit der raschen Umwälzung seiner Lebensverhältnisse. Dies bezieht sich nicht nur auf die berufliche Stellung, sondern auch auf die politischen Grundhaltungen.

Der erste Teil dieses Kapitels schildert die Motivation für den Entschluß Mohls, Abgeordneter zu werden, und die Suche nach einem geeigneten Wahlkreis, den er im Wahlkreis Aalen-Heidenheim fand. Dabei kommt die frühe Phase der Entwicklung politischer Parteiorganisationen ebenso in den Blick wie die Wahrnehmung der Volksbewegung durch Mohl. Der zweite Abschnitt entwickelt die revolutionäre Situation, die Mohl bei der Ankunft im Oberamt Aalen vorfand. Die Darstellung des Wahlkampfes im dritten Teil folgt den Fragen nach Programm und Qualifikation der Kandidaten, nach der Auswahl der Bewerber, nach den Organisatoren und den Formen des Wahlkampfes.

1. Die Bewerbung um eine Kandidatur

Am 8.3.1848 beauftragte der König den gemäßigt liberalen Abgeordneten Gustav Heinrich Duvernoy² mit der Bildung einer neuen Regierung. Wie in anderen Staaten des Deutschen Bundes übernahmen auch in Württemberg die Führer der liberalen Kammeropposition die Regierung in den sogenannten Märzministerien. Moriz Mohl sah darin jedoch weniger den Erfolg der liberalen Partei als vielmehr die Möglichkeit für eine Reihe seiner Bekannten, die

¹ Brief Moriz Mohls an Robert Mohl, Nr. 48.

² Gustav Heinrich Duvernoy (1802–1890), promovierter Jurist und Privatgelehrter, von 1833–1848 und 1851–1868 Mitglied des württembergischen Landtags, den H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 592–593, als Abgeordneten aus Leidenschaft schildert.

Ministerposten unter sich zu verteilen: »Es ist mir nicht bekannt, daß es einem Menschen eingefallen wäre, mich zum F.M. (Finanzminister, J.W.) zu wollen.«³ Die Gründe dafür erkannte Mohl zuerst in persönlichen Differenzen, die er mit den Führern der liberalen Partei pflegte.⁴ Der Führer der liberalen Opposition Friedrich Römer⁵ selbst stand bereits 1847 einer Kandidatur Mohls für das durch Tod verwaiste Landtagsmandat von Gmelin⁶ ablehnend gegenüber, die ihm die liberale Landtagsopposition angeboten hatte. Da die liberalen Parteiführer ihm die Mitarbeit als Regierungsmitglied an den kommenden Reformen verwehrten, erwog Mohl in der zweiten Märzhälfte, sich durch ein Landtagsmandat an der Politik zu beteiligen:

»Darüber, ob ich suchen soll, in unsere Kammer gewählt zu werden, bin ich noch nicht mit mir im Reinen. Ich habe gar keine persönliche Neigung dazu namentlich ist mir das stupide Parteienwesen so entsetzlich zu wider, u. bin im Zweifel, ob ich nicht durch Schreiben vielleicht mehr bewirke, doch sehe ich wohl ein, daß man durch persönl. Theilhabe oft leichter Übels verhindern oder Vernünftiges bewirken kann, als durch Schreiben.«⁷

Vierzehn Tage später nahm er »mit größtem Vergnügen«⁸ das Angebot Friedrich Rödingers und einiger seiner Freunde an, in Heilbronn zu kandidieren. Friedrich Römer, der vom König zum Justizminister berufen worden war, hatte am selben Tag den Landtag aufgelöst und Neuwahlen nötig gemacht. Friedrich Rödinger⁹ war einer der Mitorganisatoren der Göppinger Volksversammlung vom Vortag, zu der die Anhänger des Märzministeriums eingeladen hatten.¹⁰ Ziel der Veranstaltung war es, durch die Gründung von »vaterländischen Vereinen« in Württemberg die Bevölkerung politisch zu mobilisieren und durch die Organisation von Wahlkämpfen und Kandidatenaufstellungen das neue Ministerium bei den Neuwahlen zu stärken.¹¹ Nach dem in Göppingen beschlossenen Programm sollten »in jedem Orte« ein vaterländischer Verein gegründet werden, der über den Verein der Oberamtsstadt den Kontakt mit den anderen Vereinen des Bezirkes pflegen sollte. Der Verein in Stuttgart verband als »Hauptverein« durch gegenseitige Information die Vereine im

³ Brief Moriz Mohl an Robert Mohl vom 12. 3. 1848, Nr. 51.

⁴ Brief Moriz Mohl an Robert Mohl vom 12. 3. 1848, Nr. 51.

⁵ Friedrich Römer (1794–1864), Jurist, seit 1819 als Kriegsrat im württembergischen Staatsdienst, seit 1831 Mitglied des Landtags, mußte als Oppositioneller 1833 aus dem Staatsdienst ausscheiden, bis 1838 »vitale Mitte und Kraftzentrum« der liberalen Partei (H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1974, S. 586, dort auch ein kurzes Porträt), 1838 keine Kandidatur, kehrte er 1845 in den Landtag zurück. Im März 1848 zum Justizminister in Württemberg ernannt, Mitglied der Nationalversammlung, 1851–63 Präsident der württembergischen Kammer der Abgeordneten.

⁶ Friedrich Ludwig Gmelin (1784–1847), Jurist, Mitglied des Geheimen Rates; vgl. H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1974, S. 95, Anm. 60.

⁷ Brief Moriz Mohl an Robert Mohl vom 14. 3. 48, Nr. 54.

⁸ Brief Moriz Mohl an Robert Mohl vom 27. 3. 48, Nr. 61.

⁹ Friedrich Rödinger (1800–1868), 1825 als Burschenschaftler verurteilt, Rechtsanwalt in Stuttgart, Mitherausgeber des *Beobachters*, Demokrat, Mitglied der Paulskirche und seit 1848 des Württembergischen Landtags.

¹⁰ W. BOLDT, *Volksvereine*, 1970, S. 8. Dort auch die Darstellung der Göppinger Versammlung.

¹¹ Vgl. dazu das Göppinger Programm, abgedruckt bei W. BOLDT, *Volksvereine*, 1970, S. 239 ff.

Land und stand ihnen mit Rat und Hilfe zur Seite. Die Hauptaufgabe der Vereine war die Vorbereitung der bevorstehenden Landtags- und Nationalversammlungswahlen, für die sie geeignete Kandidaten auswählen sollten. Wo dies nicht gelang, wollte der Hauptverein bei der Vermittlung von Bewerbern helfen. Die Abgeordneten wurden aufgefordert, sich auf das in Göppingen beschlossene Programm zu verpflichten, das »breit genug war, um einen Kristallisationskern für das gesamte, politisch aktive Bürgertum zu bilden«.¹² Um diesen Konsens herzustellen, wurden Fragen der Staatsform, des Wahlrechts und der Gewerbefreiheit ausgespart. Gefordert wurde eine frei gewählte deutsche »Reichsversammlung«, die Wahrung der sogenannten Märzerrungenschaften und die Aufhebung der politischen Bevorrechtung des Adels.

Mit den »Vaterländischen Vereinen« hat man bereits das Grundmuster der Parteiorganisation vor Augen, auf dem mit Variationen alle zeitgleichen und späteren Vereinigungen des 19. Jahrhunderts beruhten.¹³ Im Vormärz war die Gründung von politischen Vereinen nahezu vollständig unterdrückt worden, der organisatorische Zusammenschluß mehrerer Vereine war grundsätzlich verboten. Um so erstaunlicher ist es, wie rasch in der Revolution politische Vereine gegründet wurden, die danach strebten, sich eine überregionale Organisation zu geben.¹⁴ Kern der Parteiorganisation war der Ortsverein, der über Delegierte, persönliche Beziehungen und häufig durch die Parteipresse¹⁵ Kontakt zur Zentrale der Partei hielt. Diese Zentrale konnte entweder wiederum ein Ortsverein sein, wie der Stuttgarter Hauptverein¹⁶, oder ein Ausschuß, der auf einer Parteiversammlung von den Mitgliedern oder Delegierten der Ortsvereine gewählt wurde, wie der Landesauschuß der württembergischen Volkspartei.¹⁷ Die Ortsvereine beruhten auf dem freien Zusammenschluß ihrer Mitglieder, die durch die Wahl von Vorständen und unter Umständen durch Mitgliederlisten nach einer festen dauerhaften Organisation strebten. Die Mitglieder gaben sich ein Programm, das in freier, oft öffentlicher Diskussion entstand, und bemühten sich, für dieses Programm in der Öffentlichkeit Werbung zu betreiben. Die Vereine beteiligten sich durch die Unterstützung ihrer Kandidaten an Wahlen und suchten durch Abgeordnete und Einflußnahme auf die Öffentlichkeit, politische Teilhabe zu gewinnen.¹⁸

Dieser erste öffentliche Schritt der Selbstorganisation des liberalen Bürgertums in Württemberg, die Göppinger Versammlung vom 27.3.48, blieb in den Briefen Mohls völlig unerwähnt. Über das in Göppingen beschlossene Zentral-

¹² D. LANGEWIESCHE, *Liberalismus und Demokratie*, 1974, S. 108.

¹³ Für die Parteien nach 1859 vgl. T. NIPPERDEY, *Die Organisation der deutschen Parteien*, 1961. Zur Definition der politischen Partei vgl. G. A. RITTERS Einleitung zu DERS., Hrsg., *Deutsche Parteien vor 1918*, 1973, S. 9 und D. LANGEWIESCHE, *Anfänge der deutschen Parteien*, 1978, S. 326.

¹⁴ Man konnte hier auf die Erfahrung in den kryptopolitischen Vereinen des Vormärz zurückgreifen, wie W. HARDTWIG, *Strukturmerkmale*, 1984, herausgearbeitet hat.

¹⁵ Vgl. W. BOLDT, *Volksvereine*, 1970, S. 90.

¹⁶ Vgl. W. BOLDT, *Volksvereine*, 1970, S. 124 f.

¹⁷ Vgl. W. BOLDT, *Volksvereine*, 1970, S. 19 und S. 103.

¹⁸ Vgl. W. BOLDT, *Volksvereine*, 1970, S. 96.

wahlkomitee des Stuttgarter Hauptvereins, das sich am 15. April konstituierte¹⁹, berichtete Mohl wiederholt, da es sich einstimmig gegen seine Kandidatur aussprach²⁰ und einer Kandidatur seines Bruders Robert skeptisch gegenüberstand. Bevor der Hauptausschuß überhaupt zusammentrat²¹, hatte der Freundeskreis um Rödinger Mohl zunächst die erwähnte Kandidatur in Heilbronn vermittelt, und als diese aussichtslos erschien, eine weitere in Heidenheim. Mohl selbst erreichten Anfragen aus Weinsberg/Backnang und Freudenstadt. Die Vermittlerrolle Rödingers hatte aus der Sicht Mohls freundschaftlichen Charakter und wurde von ihm nicht als Bestandteil eines Parteiprogramms oder gar als Element einer Parteiorganisation aufgefaßt, um so mehr als Rödinger nicht Mitglied des Central-Wahlkomittes war.²²

Die Empfehlungen Rödingers konnten sich auf zwei Zeitungsartikel Mohls in der AZ stützen, in der er bereits am 18.3.1848 seine Vorstellungen vom »volkswirtschaftlichen Beruf des deutschen Parlamentes« veröffentlichte. Er forderte die Schaffung eines großdeutschen Reiches unter Einschluß der nicht-deutschen Provinzen Österreichs, in dem ein gewähltes Parlament dem reformierten Bundestag gleichberechtigt gegenübersteht. Als Vorbild für die Rechtsstellung des Parlamentes diente ihm dabei der amerikanische Kongreß. Das Reich, über dessen Oberhaupt er keine Angaben macht, sollte weitreichende Kompetenzen in allen Fragen der Wirtschafts- und Verkehrspolitik besitzen und das Gewerbe durch eine einheitliche Zollgrenze schützen.²³

Die Reise zum Vorparlament in Frankfurt am 31.3. und 1.4.1848, wo er mit der Forderung nach der Abschaffung des Adels hervortrat²⁴, unterbrach die Suche nach einem geeigneten Wahlkreis für wenige Tage. Während seiner Abwesenheit hatte sich das Kandidatenkarussell weiter gedreht. Die Briefe und Zeitungen vermitteln ein verwirrendes Bild der hin- und hergehenden Angebote. Weniger durch Koordination als durch Versuch und Irrtum fanden sich Wahlkreis und Kandidat. Darüber, wie es um seine eigene Kandidatur stand, lagen Mohl bei Rückkunft von Frankfurt keine gesicherten Nachrichten vor. Mohl reiste sofort nach Heilbronn, wo er feststellen mußte, daß eine Kandidatur gegen einen örtlichen Bierbrauer²⁵ ohne Aussicht auf Erfolg war. Er schrieb an seinen Bruder, der Brauer sei »von sehr mittelmäßiger Bildung, aber wie mir jedermann sagte, großem Rednertalent, erklärter Republikaner, der Volksversammlungen hält. [...] Bei mittelbaren Wahlen würde letzterer nicht gewählt,

¹⁹ Brief Moriz Mohl an Robert Mohl vom 16.4.1848, Nr. 69.

²⁰ Brief Moriz Mohl an Robert Mohl ohne Datum, Nr. 52, nach dem 16.4. geschrieben.

²¹ Vgl. zu den organisatorischen Problemen der Kandidatenaufstellung E. SIEBER, 1975, S. 72 ff.

²² Der Briefwechsel Moriz Mohls bestätigt die Einschätzung Bernhard Manns von der geringen Bedeutung des »Hauptausschusses« für den Wahlkampf. Vgl. B. MANN, Württemberger, 1975, S. 71.

²³ AZ, Nr. 78, 18.3.1848 und AZ, Nr. 79, 19.3.1848; vgl. auch B. MANN, Württemberger, 1975, S. 88 f.

²⁴ Verhandlungen des Deutschen Parlaments. Offizielle Ausgabe. Mit einer geschichtlichen Einleitung über die Entstehung der Vertretung des ganzen deutschen Volkes, hrsg. von Jucho, Frankfurt am Main 1848, S. 146.

²⁵ Louis Hentges (1818–1891), der mit 75,3 % der Stimmen für Heilbronn in die Paulskirche gewählt wurde; vgl. K. OBERMANN, 1987, S. 198.

aber bei unmittelbaren, wie sie stattfinden werden, sei seine Wahl nicht zu bezweifeln.«²⁶

Wiederum aus der Presse²⁷, die sich in diesem Wahlkampf nicht zum ersten Mal wichtige Koordinations- und Kommunikationsfunktionen für die Parteien und an Stelle der Parteien übernahm, erfuhr Mohl, daß in Heidenheim bereits zwei Kandidaten angetreten waren, worauf Rödinger ihn wieder den Freudenstädtern empfahl. Allein durch sein persönliches Erscheinen, so wurde ihm aus Heidenheim mitgeteilt, könne er unter Umständen Vorbehalte entkräften, die sich auf seinen Status als Beamter bezogen. Eine Grippe verhinderte den sofortigen Aufbruch und so mußte er sich noch einmal um die Vermittlung von Rödinger und seinen Freunden bemühen, die ihn »ihren Leuten«²⁸, also den ihnen bekannten Honoratioren in den Oberämtern Heidenheim und Aalen, welche wiederum zu einem Wahlkreis zusammengefaßt waren, empfehlen sollten. Er selbst sandte zunächst ein Wahlschreiben an die dortigen Oberamtsblätter, das der »Bote von Aalen« am 18. April 1848 veröffentlichte. Die Bewerbung traf in der Stadt Aalen auf eine durch die Märzforderungen mobilisierte und gut organisierte Wählerschaft.

2. Die Revolution in Aalen und der Wahlkampf

Das Oberamt Aalen wurde im Zuge der Mediatisierung und Säkularisierung aus Gebieten unterschiedlicher Herrschaften geformt.²⁹ Den Kern bildete die freie Reichsstadt Aalen mit ihrem kleinen Territorium. Ein weiterer großer Teil gehörte der säkularisierten Fürstprobstei Ellwangen, ein dritter Teil bestand aus den Besitzungen einer Reihe von Familien des bis 1806 reichsfreien ritterschaftlichen Adels. Die heterogene Herkunft der Bestandteile des Oberamts brachte zum einen eine konfessionelle Gemengelage mit sich, in der die katholische Bevölkerung überwog.³⁰ Zum anderen fanden sich sehr unterschiedliche feudale Rechtsverhältnisse nebeneinander.

Die wirtschaftliche Situation der Landgemeinden wurde 1854 überwiegend als mäßig bis dürtig beschrieben.³¹ Der Ertrag der durch die Realteilung stark zerstückelten Bauernhöfe reichte, beispielsweise in Abtsgmünd³², selbst bei guten Ernten für den Unterhalt der Familien nicht aus. Die Bewohner suchten daher zum einen in der Köhlerei für die staatlichen Hüttenwerke des Oberamtes und zum anderen in der Textil – Heimindustrie ein zusätzliches Einkommen. Der Zusammenbruch der Woll- und Baumwollspinnerei führte jedoch

²⁶ Brief Moriz Mohls an Robert Mohl vom 11.4.1848, Nr. 64.

²⁷ Beobachter vom 10.4.1848.

²⁸ Brief Moriz Mohls an Robert Mohl vom 16.4.1848, Nr. 69.

²⁹ Vgl. Beschreibung des Oberamts Aalen, 1854, S. 2 f.

³⁰ Nach der Volkszählung von 1858 waren von 24 813 Einwohnern 13 767 (55 %) Katholiken. STALB, E 238 III, Film S II 7 693.

³¹ Vgl. Beschreibung des Oberamts Aalen, 1854, S. 198–323.

³² Ebd., S. 199.

dazu, daß in einigen Gemeinden »der Wohlstand im Abnehmen begriffen« war, wie der offizielle Bericht lapidar bemerkt.³³ Das dörfliche Handwerk arbeitete für den lokalen Bedarf und litt an Überbesetzung.

Eine Ausnahme bildete die Gemeinde Oberkochen, in der Landwirtschaft und Gewerbe für den Bedarf der Oberamtsstadt und der staatlichen Hüttenwerke produzierten und ein Teil der Einwohner als Bergleute arbeiten konnte. Die staatlichen Hüttenwerke in Wasseralfingen beschäftigten im Jahre 1845 421 Arbeiter.³⁴ Das statistisch-topographische Büro errechnete 1854, daß das Hüttenwerk durch Arbeitslohn, Zulieferaufträge und Materialeinkauf, wie die oben bereits erwähnte Holzkohle, 1 300 Familien in den umliegenden Gemeinden und Oberämtern eine Existenzgrundlage gewährte.³⁵

In der Oberamtsstadt Aalen mit 3 605 Einwohnern³⁶ überzog das handwerkliche Textilgewerbe und die Eisenverarbeitung durch Schmiede.³⁷ Daneben bestanden einige Draht- und Maschinenfabriken, deren größte 1854 15 Arbeiter beschäftigte.³⁸

Das Oberamt Aalen unterschied sich 1848 in seinen strukturellen Problemen nicht von anderen Realteilungsgebieten Württembergs. Es besaß in den staatlichen Hüttenwerken und in den Folgebetrieben jedoch einen krisenfesten industriellen Kern, der der Stadt Aalen und der Gemeinde Wasseralfingen in den nächsten Jahrzehnten ein beachtliches Entwicklungspotential bot, während die Landgemeinden stagnierten, wie die Bevölkerungsentwicklung deutlich macht.³⁹

Die Revolution im Oberamt Aalen⁴⁰ zeigte sich zuerst als Versammlungs- und Petitionsbewegung, die bereits lange schwelende lokale Konflikte um die Ausbeutung von Privilegien mit nationalen und liberalen Hoffnungen verband und aus beiden Antrieben sich wechselseitig verstärkende Energie gewann. In der Oberamtsstadt regte sich spätestens seit 1846 der Protest der Bürger gegen die Oligarchie der lebenslänglichen Stadträte, die sich gegenseitig lukrative Posten in der Stadtverwaltung zuschanzten.⁴¹ Das württembergische Kommunalwahlrecht gewährte das Stadtratsmandat auf Lebenszeit, falls ein Stadtrat zwei Jahre nach seiner ersten Wahl ein zweites Mal gewählt wurde. Dadurch wurde die Ausbildung und Zementierung einer Oligarchie der Gemeindegeldhonoratioren erleichtert, wogegen das liberale Bürgertum seit den zwanziger Jahren protestierte und die Lebenslänglichkeit dort, wo es die Mehrheit hatte,

³³ Ebd., S. 303.

³⁴ G. PLUMPE, 1982, S. 53, im Jahr 1850 lag die Zahl der Beschäftigten bei 320, 1851 bei 377 und 1854 bei 504.

³⁵ Beschreibung des Oberamtes Aalen, 1854, S. 60.

³⁶ Volkszählung 1850.

³⁷ Beschreibung des Oberamtes Aalen, 1854, S. 88 f.

³⁸ Ebd., S. 98.

³⁹ STALB, E238 III, Film S II 7693.

⁴⁰ Zur Revolution in Aalen vgl. Aalen im Jahr 1848/49. Zum 50jährigen Jubiläum des Jahres 1848, 1898; E. HAFNER, 1954, S. 88 ff.; K.-H. BAUER, Revolution, 1986.

⁴¹ K.-H. BAUER, Revolution, S. 148.

durch Rücktritte und Unterbrechungen der Mandate zu unterlaufen suchte.⁴² In Aalen entzündete sich der Widerstand gegen den Stadtrat an der Wahl des Waldmeisters aus den eigenen Reihen, die im Boten von Aalen, den der Demokrat Münch herausgab und redigierte, angegriffen wurde. Der neue Waldmeister trat zurück, das Amt wurde öffentlich ausgeschrieben, und der am 28.2.1848 gewählte Beamte war nicht Mitglied des Stadtrats. Die Debatte verstummte damit keineswegs, in nahezu jeder März Ausgabe des Boten finden sich eingesendete Artikel, die sich gegen die lebenslänglichen Stadträte wandten. Die meisten Lebenslänglichen wichen dem öffentlichen Druck durch Rücktritt und machten den Weg für Neuwahlen frei, bei der sich Bürger durchsetzten, »deren patriotische Gesinnungen keinen Zweifel übrig lassen«.⁴³ Auch der Stadtschultheiß resignierte, und sein von der Bürgerschaft gewählter Nachfolger Gustav Österlein durfte sich zu seinem 25jährigen Amtsjubiläum »als einzig übrig gebliebene »Märzerrungenschaft« Aalens feiern lassen.⁴⁴

Die patriotische Gesinnung an erster Stelle der notwendigen Qualifikationen für eine kommunales Amt gesetzt zu finden, verweist auf die Verknüpfung des lokalen Protestes mit den Märzforderungen. Die Revolution in Aalen folgte den Mustern, wie sie auch aus anderen württembergischen Städten bekannt sind.⁴⁵ Die Aufregung über die Ereignisse in Frankreich und die Welle der politischen Mobilisierung, die durch Württemberg ging, hielt auch die Aalener Bürgerschaft nicht mehr in den Schranken des Verbotes politischer Versammlungen und Vereine. Am 3.3.1848 ging wie aus anderen Städten Württembergs eine Petition aus Aalen an den König. Die Beratung der Adresse in der Stadtkirche Aalen leiteten Pfarrer Desaller aus Oberkochen, der während der Revolution als Wahlwerber für Mohl und im Mai 1849 als Vorsitzender des Bezirksvolksvereinsausschusses hervortrat, und der Schlossermeister Seydelmann, später Mitglied dieses Ausschusses und der Volkspartei. Bereits am 6.3. wurde eine erste Volksversammlung »Über Eintracht und Einigkeit Deutschlands« gehalten⁴⁶, am 15.3.1848 folgte eine Besprechung »der öffentlichen Angelegenheiten« im Gasthaus Drei Könige⁴⁷, die zu einem Aufruf führte, eine Vereinigung zu gründen, die »wichtige öffentliche Angelegenheiten« besprechen sollte. Zu der Gründungsversammlung des Bürgervereins wurde für den 17.3.1848 im selben Gasthaus eingeladen.⁴⁸

Der politisch mobilisierte Teil der Aalener Bürgerschaft konstituierte sich zu einem Bürgerverein, der am 21.3.1848 mitteilte, daß er Vertrauensmänner in die Göppinger Versammlung schicken werde und dazu die Gemeinden des Oberamtes ebenso auffordere. Die Liberalen in Aalen suchten den Anschluß an

⁴² Vgl. R. WAIBEL, Gemeindewahlen in Ulm, 1991, S. 292.

⁴³ Der Bote von Aalen Nr. 32

⁴⁴ K.-H. BAUER, Revolution, S. 154; Kocherzeitung vom 10.4.1873.

⁴⁵ B. MANN, Württemberger, 1975, S. 16.

⁴⁶ Der Bote von Aalen, 7.3.1848, Nr. 19, Privatanzeige von G.J. Fürgang, in der er sich zu seinem Auftreten auf dieser Versammlung äußert.

⁴⁷ Der Bote von Aalen, 10.3.1848, Nr. 20.

⁴⁸ Der Bote von Aalen, 17.3.1848, Nr. 22.

die landesweite liberale Bewegung, wie ja auch die Mitorganisatoren der Göppinger Versammlung um Rödinger die Kontakte nach Aalen nutzten, um die Kandidatur Mohls zu fördern.

Die Beunruhigung über die Revolution in Frankreich⁴⁹, mit der sofort bei aller Euphorie auch die Furcht vor dem Einmarsch eines französischen Heeres verbunden wurde, drängte die Aalener zur Gründung einer Bürgerwehr, wozu sie für den 25.3.48 in das Gasthaus zum Bären einluden.⁵⁰ In dieser Absicht trafen sie sich mit den Plänen des Oberamtmannes Burger, der bereits am 8. März in einem Lagebericht an das Innenministerium die Bildung von Bürgerwehren angemahnt hatte, freilich aus anderen Motiven:

»Solange sich übrigens die Proletarier nicht versammelten fürchte ich keine bedeutenden Störungen der Ordnung. Für diesen Fall aber sollte eine allgemeine Bürger-Wehr, nicht *freiwillig*, sondern im Wege des *Gesetzes oder der Verordnung* hervorgerufen werden.«⁵¹

Nicht nur in der Erprobung der bisher unterdrückten Agitations- und Organisationsformen wie Petitionen, Volksversammlungen und Vereinsgründungen entsprachen die Aalener dem Vorgehen anderer städtischer Bürgerschaften, auch in den politischen Forderungen folgten sie dem landläufigen liberalen Programm, das in Göppingen formuliert wurde: »Deutsches Parlament, deutsches Staatsbürgerrecht, Volksbewaffnung, unbedingte Preßfreiheit, Versammlungs=Recht, Hebung von Gewerbe und Handel, Befreiung von Grund und Boden, Aufhebung der Kreisregierungen, Aufhebung der Neusteuerbarkeit, Aufheben der Vorrechte des Adels das sind die Schlagworte«, schrieb Oberamtmann Burger in seinem bereits zitierten Bericht vom 8. März.

In noch stärkerem Maße als in der Stadt bestimmten auf dem Land lang aufgestaute lokale Konflikte den Verlauf. Die Forderungen der Landbevölkerung konzentrierten sich auf die Grundlasten: »Die Aufregung ist im Allgemeinen nicht unbedeutend und dreht sich mit Ausnahme der Oberamtsstadt nicht um Vaterländisches, [sondern, J.W.] um Entrichtung der Abgaben, um Verminderung des Staatsaufwandes und insbesondere um Verminderung des Beamtenstandes, Befreiungen der Grundlasten und Aufhebung der Privilegien. Die Verbitterung in den gutsherrlichen Orten namentlich in der wöllwarthschen Gemeinde Essingen ist groß.«

Drei Grundkonflikte der Agrarverfassung spitzten sich durch die Mißernten der Jahre 1846 und 1847 zu und entluden sich in den Märztagen des Jahres 1848. Zum einen war der Grundherr nicht Mitglied der Dorfgemeinde und konnte damit auch nicht in ausreichendem Maße zur Mitübernahme von La-

⁴⁹ Bereits am 3.3.1848 findet sich dazu im Boten von Aalen Nr. 18 eine Satire.

⁵⁰ Der Bote von Aalen vom 24.3.1848, Nr. 24. Zur Bürgerwehr in Aalen vgl. P. SAUER, 1976, S. 68 und S. 72. Das Stadtarchiv Aalen, A 337 »Bürgermilitär«, besitzt unter anderem das Protokollbuch der Bürgerwehr und einen Briefwechsel mit dem Innenministerium über die Bereitstellung von Gewehren.

⁵¹ Oberamtmann Burger an den Innenminister, Aalen, 8.3.1848, HSTAST., E 146, alt, Bü 1930, Hervorhebungen im Original.

sten herangezogen werden, was immer wieder zu Prozessen zwischen der Gemeinde und dem Grundherren führte. Die Armutskrise des Pauperismus führte zweitens die traditionelle Form der Armenfürsorge durch die Gemeinde an die Grenze der Belastbarkeit, so daß die Befreiung des Grundherren von den Gemeindebürgern immer weniger hingenommen werden wollte, das um so mehr, als zum dritten die Feudalverfassung durch das Verhalten der Grundherren ihren letzten Rest an Legitimität verloren hatte, den sie noch aus einer Fürsorgepflicht des Grundherren gegen seine Grundholden hätte beziehen können. Der Grundherr der Aalener Landgemeinde Essingen, Freiherr Carl von Wöllwarth, bereicherte sich 1846 an der Not seiner Bauern, indem er seine feudalen Vorrechte allein als ein Privateigentum verstand, dessen Ertrag sich ohne Rücksichten und Verpflichtungen nach den Gesetzen des Marktes steigern ließ:

»Es wurde bezeugt und bestätigt, daß den Grundholden als ihnen im Jahr 1846 ihre Felder beinahe gänzlich verhagelt worden seyen und sie kaum die Aussaat bekommen haben, doch die bedrückendsten Gülten bis auf das letzte Körnchen abgefordert, lediglich keinen Nachlaß bewilligt und sie da sie keine Frucht eingeerntet haben, genöthigt worden seyen ihre Abgaben zu den enormen Preisen des Theuerungsjahrs in Geld zu bezahlen.«⁵²

Während sich in anderen Teilen Württembergs der Protest der Bauern gegen die Grundherrschaft im Niederbrennen gutsherrlicher Anwesen und in der Vernichtung der verhaßten Grundbücher entlud, begnügten sich die Essinger Bürger damit, den Oberamtsrichter zu bitten, die Akten der Grundherrschaft zu versiegeln, um sie vor Manipulationen zu ihrem Schaden zu schützen. Der Rentammann konnte freilich erst durch eine Katzenmusik zur Zusammenarbeit gedrängt werden. Aus den anderen Landgemeinden des Oberamtes sind keine vergleichbaren Aktionen bekannt. Gleichwohl darf man vermuten, daß die Forderung Mohls nach Abschaffung des Adels auch hier auf fruchtbaren Boden fiel.

Die Beantwortung der Frage, wie lange die politische Mobilisierung der Landbevölkerung anhielt und wie intensiv diese war, scheidet an der Quellenglage. So berichtet das Amts- und Intelligenzblatt »Der Bote von Aalen« im Verlauf des Jahres 1848 und zu Beginn des Jahres 1849 immer wieder über die Aktivitäten des Aalener Volksvereins, während über Volksvereine in den Landgemeinden nichts zu erfahren ist. Am 13.2.1849 unterzeichnen jedoch die Volksvereine aus Essingen und Unterrombach einen Versammlungsauf Ruf gemeinsam mit dem Aalener Volksverein⁵³; am 22.4.1849⁵⁴ sandte der Bürgerverein Heubach eine Adresse an Mohl. Wann diese Volksvereine gegründet wurden, wieviele Mitglieder sie hatten und ob diese Gründungen von der Oberamtsstadt initiiert wurden, bleibt im dunkeln.

⁵² Antwort des Oberamtes auf eine Anfrage des Innenministeriums vom 24.7.1848 über die politischen Verhältnisse in Essingen, HSTAST., E 146, Bü 1930.

⁵³ Der Bote von Aalen vom 13.2.1849, Nr. 13.

⁵⁴ Der Bote von Aalen vom 8.5.1849, Nr. 37.

Seit den ersten Apriltagen 1848 waren in Aalen bereits die Bewerbungen der Abgeordnetenkandidaten für den Landtag und die Nationalversammlung eingetroffen und erlauben einen Blick auf die Konkurrenz, der Mohl sich stellen mußte.⁵⁵ Den Anfang machte am 7.4.1848 Pfarrer Stütz aus Seitingen, der in Unterkochen bei Aalen geboren wurde und von einigen Wählern aufgefordert worden war, für den Landtag zu kandidieren. Das Programm des Geistlichen zeichnet sich durch Vertrauen in die Einsichtsfähigkeit der herrschenden Mächte aus. Fürsten und Grundherren würden dem Volk die Freiheit gewähren, die diesem zusteht, und die Kirchen werden auf ihre Stiftungen und Korporationen verzichten. Er selbst werde sich für die Förderung des Gewerbes und des Handels, die Besserung der Volksschule und die Autonomie der katholischen Kirche einsetzen. Seinen verfassungspolitischen Standpunkt bezeichnete er mit der Bereitschaft, die Zusammenarbeit mit den Ministern zu suchen. Das Wahlschreiben beschloß er mit dem Versprechen, jedem anderen Geeigneteren den Vortritt zu lassen, »als sei ich Partheimann, dieses aber war ich nie und will es auch nie sein.«⁵⁶ Damit spielte er auf die Kandidatenabsprachen an, die er als wesentliches Element politischer Parteien begriff.

Auch der Liberale Gustav Scholl⁵⁷, Pfarrer in Alldorf, der das Oberamt Aalen im ersten Landtag 1833 vertreten hatte und dort zum Kern der liberalen Opposition zählte⁵⁸, bot am 31.3.1848 im Boten von Aalen den »Lieben Mitbürgern« wieder seine Kandidatur an.⁵⁹ Pfarrer Scholl verfügte über Erfahrung in der Wahlwerbung, da er sich 1844 ein zweites Mal, freilich erfolglos um das Landtagsmandat des Oberamtes Reutlingen beworben hatte. Mit zwei »populär gehaltenen«⁶⁰ Verfassungsschriften hatte er sich 1832 und 1846 an die Öffentlichkeit gewandt. In derselben Ausgabe des Boten erklärte der bisherige Aalener Abgeordnete Schultheiß Bäuerle aus Essingen, daß er für eine Wiederwahl nicht zur Verfügung stünde. Offensichtlich hatte er sich Verdächtigungen ausgesetzt gesehen, er würde sein Landtagsmandat zum persönlichen Vorteil nutzen⁶¹, da er betonte, bisher nur für »die Rechte und das Wohl des Volkes« gestanden zu haben ohne »unwürdige Nebenrücksichten.«⁶²

⁵⁵ Für die Wahlen zur Nationalversammlung in Württemberg vgl. auch B. MANN, Die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung, 1969, und H. WEBER, 1969.

⁵⁶ Der Bote von Aalen vom 7.4.1848, Nr. 28.

⁵⁷ Vgl. H. BRANDT, Parlamentarismus, 1987, S. 70, und B. MANN, Württemberger, 1975, S. 387.

⁵⁸ H. BRANDT, Parlamentarismus, 1987, S. 70, Anm. 8 und S. 533.

⁵⁹ Der Bote von Aalen vom 14.4.1848, Nr. 30, mit einem Schreiben, das Alldorf, den 31.3.1848 datiert ist. Scholl unterlag dann im Wahlkreis Welzheim, Jagstkreis VI, mit 1730 Stimmen (20%). Vgl. B. MANN, Württemberger, 1975, S. 407.

⁶⁰ GUSTAV SCHOLL, Verfassungs-Katechismus, oder Unterredungen eines Wirtembergers mit seinem Sohn, über die Verfassungs-Urkunde von 1819, mit Hinweisung auf die dieselbe ergänzenden Gesetze, Gmünd 1832; DERS., Verständigung über die Verfassungsurkunde des Königreichs Württemberg vom 25. September 1819, Ulm 1846. Zitiert nach H. BRANDT, Parlamentarismus, 1987.

⁶¹ Im Vormärz erwiesen sich die Schultheißen in der Kammer immer wieder als käuflich, wenn ihnen die Regierung Karrieresprünge in Aussicht stellte.

⁶² Der Bote von Aalen vom 14.4.1848, Nr. 30.

Das Wahlschreiben Moriz Mohls druckte der Bote am 18.4.1848. In dem Brief »An die Wähler zur deutschen National=Versammlung. Mitbürger, deutsche Männer!« stellte Mohl seine Wähler in eine welthistorische Situation. Er eröffnete mit einem Appell, sich der Tragweite des Augenblicks bewußt zu sein, der so bedeutend wie seit 1000 Jahren keiner wäre: Deutschland stünde, von Feinden umringt, vor der Einigung. Es folgt das Bekenntnis zu den liberalen Grundforderungen der Sicherstellung der Pressefreiheit, der Einführung öffentlicher Gerichtsverfahren und von Schwurgerichten sowie der Aufhebung der Adelsvorrechte, die Mohl in der ihm eigenen Gründlichkeit durch die Abschaffung des Adels erreichen wollte. Das Wahlschreiben präsentierte sich als ausgearbeitetes Programm in eigener Sache, da es bereits die meisten Sachfragen enthielt, denen er im Volkswirtschaftlichen Ausschuß der Paulskirche sein Engagement widmen sollte: Gemeinsames Heer und Kriegsflotte, einheitliches Schutzzollsystem an den deutschen Grenzen unter Einfluß des Parlaments, Ausbau der Wasserwege und Abschaffung der Wasserzölle, Aufhebung des Postmonopols und die Hoheit des Parlaments über die Förderung aller Angelegenheiten der Nationalwohlfaht. Darin lag allerdings kein verstecktes Bekenntnis zur Republik, von der er sich am Schluß seines Wahlschreibens distanzierte:

»Meine politischen Grundsätze sind einfach. Ich bin nicht für Republik in Deutschland, weil ich diese Staatsform einem Lande von etlich und 40 Millionen Menschen, in welchem die Bevölkerung so dicht gedrängt und so zahlreich, die Interessen daher notwendig so künstlich und so gespannt sind, nicht für angemessen halten kann, und weil ich überdieß in jetziger Zeit die Einführung der Republik als gleichbedeutend mit Niedereißung der Schranken gegen den Communismus, der Vernichtung des Credits, des Gewerbefleißes und der Arbeit und mit Aufhebung jeder Sicherheit für die Personen und das Eigentum ansehen müßte.

Dagegen bin ich für die Einheit Deutschlands, gegründet auf die Vertretung aller deutschen Volksstämme, für die freisinnigste Gesamtverfassung Deutschlands und die dadurch verbürgte Freiheit, Rechtssicherheit und Wohlfahrt unseres großen Vaterlandes.«⁶³

Ein Bekenntnis zur konstitutionellen Monarchie kann man darin nicht erkennen, aber dieser Schwebezustand zwischen parlamentarischem System und Konstitutionalismus, der sich in der Forderung nach Hoheit für das Parlament bei gleichzeitiger Ablehnung der Republik ausdrückt, ist weder von Mohl noch vom größten Teil seiner Wähler als solcher wahrgenommen worden.⁶⁴ Vor allem mit seinem nationalpolitischen Programm, das mit den weitreichenden Kompetenzen des nationalen Parlaments letztlich wenig Raum für den Konstitutionalismus der deutschen Mittel- und Kleinstaaten ließ und mit seiner radi-

⁶³ Der Bote von Aalen, 18.4.1848, Nr. 31.

⁶⁴ D. LANGEWIESCHE, Republik, 1980, betont dagegen, daß die Liberalen diese »Kompromißformel zwischen Republik und konstitutioneller Monarchie« als »Scheinkompromiß« erkannten, der von der konstitutionellen Monarchie nur noch den Namen bestehen ließ.

kalen Adelsfeindschaft bekannte sich Mohl zu linken, demokratischen Positionen. Die Zurückweisung der Republik machte seine Bewerbung aber auch für konstitutionell-liberal Gesinnte konsensfähig.

Mohls Wahlbrief für die Nationalversammlung zeichnete sich vor den beiden vorherigen Bewerbungen für den Landtag durch agitatorisches Geschick, Entschlossenheit und die Durchdachtheit der Forderungen aus. Er appellierte zwar nicht an die Revolution, berief jedoch die Offenheit der historischen Situation, die durch die revolutionäre Entwicklung entstanden war, und legte ein ausgearbeitetes konkretes Programm vor, wozu diese Offenheit genutzt werden sollte. Zweifel an der Eignung seiner Person, mit der Pfarrer Stütz seine Bewerbung zierte, waren ihm völlig fremd.

Das Zentralkomitee in Stuttgart empfahl mit Carl Pfeifer⁶⁵ und Christian Frisch⁶⁶ ernstzunehmende Konkurrenten, die beide auf ein Zeitungsinserat verzichteten und damit kein Programm hinterließen.⁶⁷ Der Aalener Landtagsabgeordnete und Schultheiß Bäuerle förderte die Kandidatur des Tübinger Privatdozenten und Mühlenbesitzers Eduard Schweickardt, der von 1845–49 für die Stadt Tübingen im Landtag saß. Schweickardt reiste zum Vorparlament nach Frankfurt und trat während der Revolution als Demokrat⁶⁸ und Mitglied der Volkspartei hervor.⁶⁹

Zumindest in Carl Pfeifer und Eduard Schweickardt hatte Mohl vom Bildungsgang her gleichwertige Gegner, als er kaum von seiner Grippe genesen am 17. April, eine Woche vor der Wahl, nach Heidenheim reiste, um »wo möglich vor Volksversammlungen zu reden, vor denen z. B. gestern in Böblingen 4 Candidaten nach einander sprachen.«⁷⁰ Obwohl Mohl sich zu demokratischen Positionen bekannte, stand er den neuen Formen der politischen Agitation, Organisation und Beteiligung der Bevölkerung wie Volksversammlung, Vereinsbildung und direkten Wahlen ablehnend gegenüber: »Die verfluchten direkten Wahlen ziehen die Sache gänzlich auf den Markt herab, allein da ist

⁶⁵ Carl Pfeifer (1816–1869), Regierungsrat unter Innenminister Schlayer, verweigerte am 5.3.1848 mit seinen Kollegen dem neuen Innenminister Freiherr von Linden die Zusammenarbeit, worauf dieser nach wenigen Stunden zurücktrat, und der König die Führer der liberalen Opposition mit der Regierungsbildung beauftragte. Als Demokrat engagierte er sich 1849 im Landesausschuß der Volkspartei und erhielt von Rottenburg das Mandat in die drei verfassunggebenden Landesversammlungen und von 1851–1857 in den Landtag. Nach dem Ausscheiden aus dem Staatsdienst arbeitete er zunächst als Rechtsanwalt in Stuttgart und avancierte dann zum Direktor der Stuttgarter Lebensversicherungs- und Ersparnisbank. Vgl. H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 149, und B. MANN, *Württemberg*, 1975, S. 20 und S. 359.

⁶⁶ Christian Frisch (1807–1881), Mathematiker, Professor an der Realschule in Stuttgart, Vorsitzender des Vaterländischen Hauptvereins in Stuttgart, wurde für Oberndorf/Freudenstadt in die Paulskirche gewählt, wo er sich dem »Deutschen Hof« anschloß. Vgl. B. MANN, *Württemberg*, 1975, S. 403.

⁶⁷ Brief Moriz Mohls an Robert Mohl vom 20.4.1848, und *Schwäbische Kronik* vom 26.4.1848, Nr. 116.

⁶⁸ So stimmte er am 30.5.1849 im Landtag für eine Unterstützung der Beschlüsse der Reutinger Pfingstversammlung, auf der für die Durchsetzung der Reichsverfassung der Schulterschuß mit Baden und der Pfalz gesucht wurde. Vgl. B. MANN, *Württemberg*, 1975, S. 341 ff.

⁶⁹ Vgl. auch E. SIEBER, 1975, S. 77.

⁷⁰ Brief Moriz Mohls an Robert Mohl vom 16.4.1848, Nr. 69.

nun eben nichts anderes zu machen.«⁷¹ Aber er wußte sich schnell den gestiegenen Anforderungen an die Kandidaten zu beugen.

Als er in Heidenheim ankam, schien es, als sei er einen Tag zu spät gekommen: »Die Häupter der Volksvereine von hier und Aalen hatten Tags zuvor in Aalen Versammlung gehabt, anderen Kandidaten die Wahl anzubieten beschlossen, mich (bis auf 1 Stimme) aus den viehmäßigsten Gründen verworfen.«⁷² Mohl beharrte jedoch auf seiner Kandidatur und erhielt am Abend des 19. April Gelegenheit, vor 100–120 Heidenheimer »Notablen«, wie er die Honoratioren der Provinzstadt nannte, zu sprechen. Sehr zur eigenen Überraschung entdeckte er bei dem Debüt als Wahlkämpfer sein Rednertalent: »Ohne Scheu zu melden« sprach er unter beständigem Applaus fünf Viertelstunden »wirklich gut«, wobei seine Forderung nach der Abschaffung des Adels besonderen Beifall fand.⁷³ Am nächsten Tag konnte er vor dem Rathaus auf einer Volksversammlung, zu der die Amtsversammlung, d. h. ein offizielles Gremium der kommunalen Selbstverwaltung, eingeladen hatte⁷⁴, seinen Erfolg wiederholen. Mit diesen beiden Auftritten gewann er auch die Unterstützung der Führer der liberalen Bewegung in Heidenheim und Aalen. Rechtsconsulent Karl Freisleben⁷⁵, der 1849 als Kommandant der Heidenheimer Bürgerwehr des Hochverrats angeklagt wurde und bis zu seinem Freispruch zwei Jahre auf dem Hohen Asberg in Haft saß, begleitete Mohl am nächsten Tag auf seiner Wahlreise nach Aalen, wozu sich unterwegs Pfarrer Desaller aus Unterkochen gesellte, der die Aalener Adresse vom 3.3.1848 an den König initiiert hatte.⁷⁶ Mit ihm besuchten sie die katholischen Orte, »wo wir die Schultheißen und ein paar Geistliche sahen.«⁷⁷ In Mögglingen erschienen die Bauern auf Initiative des Gastwirts, in Essingen, dem Heimatort des bisherigen Abgeordneten Schultheiß Bäuerle, propagierte Mohl vor 300 Bauern im Wirtshaus unter großem Beifall die Abschaffung des Adels.

Mohl schildert den Wahlkampf in seinen Briefen an den älteren Bruder Robert, der mit seiner eigenen Kandidatur erhebliche Schwierigkeiten hatte, als einzigen Triumphzug. Da über den Wahlkampf keine aussagekräftigen Quellen aus anderer Hand vorliegen⁷⁸, müssen die Angaben Mohls über die Stimmung und den Besuch der Veranstaltungen mit Vorsicht aufgenommen werden.⁷⁹ An

⁷¹ So die Fortsetzung der obigen Briefstelle.

⁷² Brief Moriz Mohls an Robert Mohl vom 20.4.1848, Nr. 70.

⁷³ Brief Moriz Mohls an Robert Mohl vom 20.4.1848, Nr. 70.

⁷⁴ Der oben zitierte Brief Nr. 70, in dem Mohl darüber berichtet, ist in zwei Teile zerrissen, und es kann nicht eindeutig entschieden werden, ob er schreibt: »zu der ich die Amtsversammlung einlud« oder »zu der mich die Amtsversammlung einlud.«

⁷⁵ Vgl. G. RUNGE, 1970, S. 41.

⁷⁶ Brief Moriz Mohl an Robert Mohl vom 26.4.1848, Nr. 72.

⁷⁷ Brief Moriz Mohl an Robert Mohl vom 26.4.1848, Nr. 72.

⁷⁸ Die Schwäbische Chronik vom 28.4.1848, Nr. 118, erwähnt in einer knappen Notiz über die Volksversammlung am 25.4.1848 in Aalen »große Teilnahme« und »allgemeinen Beifall« über Mohls entschiedenes Bekenntnis zur konstitutionellen Monarchie.

⁷⁹ Robert Mohl legt in seinen Lebenserinnerungen eine sehr abschätzige Haltung gegenüber dem Bruder bloß. Die Briefe Moriz Mohls sind daher unter Umständen von dem Bemühen beeinflusst, sich den Respekt des Bruders zu erwerben.

drei Tagen sprach er auf 10 Volksversammlungen »mit solchem Wohlwollen des Publikums, daß ich schon beim Auftreten auf der Rednerbühne und ehe ich sprach mit Aplausissement empfangen wurde, da ein Theil des Publikums mich immer schon irgendwo gehört hatte.« Höhepunkt des Wahlkampfes war die zentrale Versammlung des gesamten Wahlkreises in Königsbronn, auf der sich alle Kandidaten den Wählern stellen sollten und zu der nach Mohls Zählung »ein paar 1000 Leute aus den 3 Oberämtern« erschienen. Allein Eduard Schweickhardt war von den Konkurrenten übrig geblieben. Carl Pfeifer und der zweite vom Centralkomitee empfohlene Bewerber zogen ihre Kandidatur zurück.⁸⁰ Eduard Schweickhardt, der in Begleitung des Aalener Landtagsabgeordneten Bäuerle erschien, versuchte wegen der programmatischen Nähe zu Mohl, sich persönlich vor diesem zu profilieren, was das Publikum wohl in deutlichem Bewußtsein von der Würde des Wahlaktes zum ersten deutschen Parlament mißbilligte, wenn wir der Schilderung Mohls glauben dürfen:

»Zuerst sprach ich im Klosterhof und – als der Regen uns dort vertrieb – in der Kirche von der Kanzel. Dann kam Schweickardt und Bäuerle, die mich als Staatsdiener und wegen ›der adeligen Reminiszenzen des Vaters‹⁸¹ (von Dir war nicht die Rede) aufs dümmste und gemeinste persönlich angriffen. Schweickardt wurde mit Indignation von der ganzen Versammlung unterbrochen: ›Keine Persönlichkeiten‹ und Bäuerle zugeschrien ›runter! hinaus!‹. Doch ließen sie ihn auf Vorstellungen des Präsidenten ausreden und als ich nun auftrat, so wurde ich mit einem Sturm von Beifall empfangen und fortwährend applaudiert.«⁸²

Anschließend empfahl Diakon Bauer aus Aalen, Vorsitzender des Aalener Bürgervereins und des Turnvereins, Mohl der Versammlung als Abgeordneten, sich selbst als Stellvertreter. »Dann wurde im Wirtshause beschlossen, mich als Abgeordneten zum Parlament und Bauer als Stellvertreter zu wählen.«⁸³

Eine formale Kandidatenkür fand weder in Aalen noch in Heidenheim statt, die Auswahl erfolgte im Rückblick als ein bis zum Ende offener Prozeß, der nach der zentralen Volksversammlung, zu der alle Kandidaten eingeladen wurden, im Wirtshaus abgeschlossen wurde. Die Volksvereine als Organisationen des liberalen Bürgertums in den beiden Städten versuchten zwar in Zusammenarbeit mit dem Stuttgarter Zentralkomitee die Auswahl an sich zu ziehen.⁸⁴ Dennoch begriffen beide Vereine die Abgeordnetenbewerbung als ein offenes, ein öffentliches Verfahren, wie das Umschwenken auf Mohl zeigt. Das Verständnis der Wahl als öffentlicher Angelegenheit des Bezirks spiegelt sich auch in der Unterstützung der Wahlwerbung durch die Organe der kommunalen Selbstverwaltung, wie der Amtsversammlung in Heidenheim oder wie in Heubach, wohin Mohl auf Einladung des Aalener Stadtschultheißen reiste.

⁸⁰ Schwäbische Chronik vom 26.4.1848, Nr. 116.

⁸¹ Mohls Vater war ein persönlicher Adelstitel verliehen worden.

⁸² Brief Moriz Mohls an Robert Mohl vom 26.4.1848, Nr. 72.

⁸³ Ebd.

⁸⁴ Im Boten von Aalen erging hierzu keine Einladung.

Damit ist schon die Frage nach den Trägern der Wahlkämpfe gestellt. Die Bewerber selbst boten schon frühzeitig, unmittelbar nachdem die Notwendigkeit von Neuwahlen bekannt wurde, ihre Dienste an. Dabei nutzten sie wie Mohl und Schweickard die persönlichen Verbindungen politischer Freunde, oder wie Pfeiffer die institutionalisierten Kontakte des Zentralkomitees, ohne vorher erkennbare Beziehungen zum Wahlkreis gepflegt zu haben.

Die Intensität des Wahlkampfes beeinflussten die Kandidaten mit ihrer Einsatzbereitschaft ganz entscheidend. Es gelang Mohl mit der dreitägigen persönlichen Präsenz im Wahlkreis, die Wähler so für seine Person zu mobilisieren, daß seinen Mitbewerbern, die es offensichtlich für ausreichend hielten, sich auf ein Wahlschreiben zu beschränken oder auf der zentralen Wahlversammlung zu erscheinen, keine Aussicht auf Erfolg mehr blieb. Der größere Teil der Versammlungen, auf denen Mohl sprach, wurde durch seine nicht vorhergeplante Anwesenheit induziert und offensichtlich spontan wie etwa durch den Gastwirt von Mögglingen organisiert. Bei der Planung der Wahlreise konnte Mohl auf die Erfahrungen seines Bruders Robert aus den Landtagswahlen des Jahres 1845 zurückgreifen, als diesem erst im dritten Anlauf und nach einer achttägigen Wahlreise ein Erfolg gelang, nachdem er in den beiden ersten Anläufen sich damit begnügt hatte, sich »nach Honoratiorenart empfehlen und promovieren zu lassen«.⁸⁵ Diese beiden Typen der Wahlwerbung, nämlich schriftliche Empfehlungen aus der Residenzstadt auf der einen Seite, persönliches Auftreten in Wirtshäusern auf der anderen Seite, deuten auf einen grundsätzlichen Wandel im Charakter der Wahlwerbung hin, der sich in diesen Jahren vollzog.⁸⁶ Hartwig Brandt betont im Zusammenhang mit der Landtagswahl 1851 sicher zu Recht die »parteilpolitische Verschärfung der Auseinandersetzung«, die die Intensität der Wahlkämpfe gesteigert habe. Das Beispiel Moriz Mohl zeigt, daß sich in der besonderen Situation der Nationalversammlungenwahlen, die noch nicht von einer parteipolitischen Polarisierung dominiert wurden, auch ein parteipolitisch zunächst unabhängiger Kandidat den Wettbewerbsvorteil intensiver Wahlwerbung sichern konnte, wenn er entschlossen die Agitationsmöglichkeiten nutzte, die sich ihm boten.

Eine der Möglichkeiten waren die Volksvereine und ihre Vorsitzenden. Mindestens zwei Volksversammlungen, die zentrale Abschlußveranstaltung und eine Versammlung in Aalen am folgenden Tag, planten die Volksvereine unabhängig von den Kandidaten, und Mohl nutzte ein Forum, das eigentlich nicht für ihn geschaffen worden war. Der Kontakt mit den führenden Köpfen der Volksvereine führte Mohl bei den Honoratioren und den amtlichen und geistlichen Würdenträgern des Bezirkes ein, was seinen Wahlerfolg sicher erheblich beförderte.⁸⁷

⁸⁵ H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 143 f.

⁸⁶ H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 152 f.

⁸⁷ Der Heuchlinger Pfarrer Rummel büßte seine Wahlempfehlung für den Protestanten Mohl mit einer Katzenmusik. Er verteidigte sich auch mit dem Hinweis, daß der katholische Kandidat Kuhn sich geweigert hätte, als Volksredner aufzutreten. *Der Bote von Aalen*, Nr. 42 vom 30.5.1848.

Nach den Kandidaten, den Volksvereinen und den informell als Multiplikatoren der Wahlwerbung wirkenden Honoratioren muß als dritte Institution die Amtsversammlung hervorgehoben werden, die zumindest in Heidenheim als Forum des Wahlkampfes diente.⁸⁸ Die jüngere Forschung betont die Bedeutung der Gemeinde und ihrer Selbstverwaltungsorgane als Ort der politischen Willensbildung des Bürgertums, der sich in Ausnahmesituationen wie der Revolution auch für liberale Parteipolitik instrumentalisieren ließ.⁸⁹ Darüber hinaus scheint die Kandidatenvorstellung von einigen Schultheißen als Bestandteil der offiziellen Wahlhandlung zur Nationalversammlung begriffen worden zu sein, deren Durchführung ihnen oblag und für die es keine Vorbilder und keine politischen Instruktionen aus dem Ministerium gab.⁹⁰ Dieses Engagement dürfte den Beamten um so leichter gefallen sein, als in dieser Wahl die Regierung und die bürgerlich-liberale Bewegung ein Programm verfolgten. Der Einsatz der kommunalen Selbstverwaltungsorgane im Dienste der Wählerschaft wiederholte sich nicht mehr. In der Reaktionszeit nutzte die Regierung sie in ihrem Sinne zur Wahlbeeinflussung und danach übernahmen Parteiversammlungen die Aufgaben der Kandidatenvorstellung und der Wählermobilisierung.

Die Mobilisierungswirkung des Wahlkampfes könnte sowohl an der Teilnahme bei den 10 Volksversammlungen, vor denen Mohl sprach, als auch an der Wahlbeteiligung gemessen werden. Für die Volksversammlungen besitzen wir nur die enthusiastischen Schilderungen Mohls selbst. Sollte es ihm gelungen sein, tatsächlich 300 Bauern in Essingen in das Wirtshaus gezogen zu haben, so hätte er die Wahlberechtigten des Ortes fast vollständig um sich versammelt gehabt.⁹¹ Die Wahlbeteiligung von etwas über 60 %⁹², die verglichen mit den übrigen württembergischen Kreisen sehr bescheiden ausfiel, taugt auch nur sehr eingeschränkt zur Beurteilung des Erfolges der Wahlkampagne. Zum einen zeichnete sich für die Wähler spätestens nach dem Besuch der zentralen Volksversammlung ab, daß es keine Kampfabstimmung geben würde. Darüber hinaus standen abgesehen vom Tübinger Theologieprofessor Johannes von Kuhn⁹³, der als Kandidat in den Quellen nicht sichtbar wird, nur Bewerber aus

⁸⁸ H. WEBER, 1969, S. 127, berichtet, daß in Öhringen auf Kosten des Stadtrates ein Flugblatt für die Wahl Rödingers, der Mohls Kandidatur vermittelt hatte, gedruckt wurde.

⁸⁹ Vgl. P. NOLTE, Gemeindeliberalismus, 1991, und L. GALL, Das liberale Milieu, 1991, sowie die Beiträge in L. GALL, Hrsg., Stadt und Bürgertum im Übergang, 1993.

⁹⁰ Vgl. B. MANN, Württemberger, 1975, S. 75 f.

⁹¹ Nach der Zollvereins-Volkszählung vom 31.12.1846 für das Oberamt Aalen lebten in Essingen in 399 Familien 573 Männer über 14 Jahren, vgl. STALU, E 238 III, Film S II 7 693.

⁹² Die württembergischen Wahlkreise umschlossen 62 000 bis 63 000 Einwohner mit 10 000 bis 11 000 Wahlberechtigten. Im Wahlkreis Jagst-Kreis V, Heidenheim, wurden 6 435 Stimmen abgegeben. Vgl. dazu B. MANN, Württemberger, 1975, Tabelle I, S. 399.

⁹³ Johannes von Kuhn (1806–1887), Professor für katholische Theologie in Tübingen, 1848–1852 Abgeordneter für Ellwangen-Land im Landtag und den drei verfassungsgebenden Landesversammlungen. Die Biographie von H. WOLF, 1992, erwähnt in dem Kapitel über die Abgeordnetätigkeit Kuhns die Bewerbung für die Nationalversammlung nicht.

der demokratischen Richtung zur Verfügung, wodurch sich konservative Wähler nicht zu einer Stimmabgabe motiviert gefühlt haben mögen. Zum anderen muß mit einem noch korporativ geprägten Wahlverhalten gerechnet werden. Die Wahl des »besten Mannes« in die deutsche Nationalversammlung wurde als Angelegenheit des gemeinsamen Interesses des Bezirkes begriffen und als solche nach der Versammlung im Wirtshaus auch öffentlich besprochen. Nachdem die Bürger sich dort geeinigt hatten, Mohl als Abgeordneten zu wählen, konnte man die Stimmabgabe auch anderen Gemeindemitgliedern überlassen.⁹⁴ Das Wahlergebnis bestätigt das Stimmungsbild der zitierten Briefe. Mohl erhielt 5 602 von 6 435 abgegebenen Stimmen (87,1 %), Eduard Schweickhardt lediglich 187 Stimmen. Prof. Kuhn konnte 406 oder 6,3 % der Stimmen auf sich vereinigen.⁹⁵

Zwei Gründe können für den Erfolg angeführt werden. Mohls Wahlprogramm bot für fast alle Wähler vieles und wirkte dabei dennoch kompetent und durchdacht. Den Gewerbetreibenden konnte er sich als ausgewiesener Wirtschaftsexperte und Schutzzöllner präsentieren, demokratischen Wählern kam er mit seinem Bekenntnis zur Souveränität der Nationalversammlung entgegen, während er die konstitutionellen Liberalen mit seiner Ablehnung der Republik beruhigte. Die Forderung der Abschaffung des Adels und aller seiner Vorrechte gewann ihm die Bauern. Das Programm allein gab sicher nicht den Ausschlag, da Pfeifer und Schweickhardt den Wählern wahrscheinlich ähnliche Ziele vor Augen gestellt haben und im Wahlkampf keine parteipolitischen Auseinandersetzungen erkennbar sind.⁹⁶ Entscheidend war wohl die Entschlossenheit, das Geschick und die Intensität, mit der Mohl um die Wähler warb und das freie Feld eroberte, das ihm seine Konkurrenten überließen. Die in seinen Briefen zur Schau gestellte Ablehnung neuer Formen der Wahlwerbung unter den Bedingungen des allgemeinen Wahlrechtes überwand er rasch. Wenige Wochen, nachdem er sich despektierlich über einen Bierbrauer geäußert hatte, der auf Volksversammlungen sprach, zeigte er sich selbst empfänglich für Popularität und öffentlichen Erfolg. Aus diesem emotionalen Dilemma zwischen dem um Objektivität und Unabhängigkeit bemühten Wissenschaftler sowie dem Parlamentarier und Volksredner löste Mohl sich Zeit seines Lebens nicht und verlagerte den Konflikt nach außen, indem er das vermeintliche Popularitätsstreben der Parteifreunde und Gegner scharf tadelte.

⁹⁴ Vgl. hierzu auch T. KÜHNE, Dreiklassenwahlrecht und Wahlkultur, 1994, S. 185, über die Landtagswahlen in Preußen, die mit dem Dreiklassenwahlrecht, so muß einschränkend betont werden, unter völlig anderen Bedingungen durchgeführt wurden.

⁹⁵ Der hohe Stimmenanteil Mohls relativiert sich im Vergleich mit den Ergebnissen der übrigen württembergischen Stimmbezirke. In 16 der 28 Wahlkreise wurden die Abgeordneten mit mehr als 2/3 der abgegebenen Stimmen gewählt, wie den Tabellen bei B. MANN, Württemberger, 1975, S. 399 ff., zu entnehmen ist, vgl. auch M. BOTZENHART, Parlamentarismus 1848, 1977, S. 150.

⁹⁶ Die Zusammenarbeit der demokratischen und liberalen Strömungen im Wahlkampf zur Paulskirche beobachtet B. MANN, Wahlen zur deutschen Nationalversammlung, 1969, S. 113, und H. WEBER, 1969, S. 126, auch für andere württembergische Wahlbezirke. Vgl. auch M. WETTENGEL, 1989, S. 99, mit dem gleichen Befund für seinen Untersuchungsraum.

Die am 20.5.1848 folgenden Landtagswahlen nutzte Mohl, um seine Popularität in Aalen und Heidenheim mit einer Doppelkandidatur in beiden Oberämtern zu überprüfen. In Aalen forderten »viele Wahlmänner« auf der Titelseite des Amtsblattes »die »lieben Mitbürger« zu einer Wahl »des ausgezeichneten Nationalökonoms«, des »kräftigen Bekämpfers aller Adelsvorrechte« auf.⁹⁷ Auch der erst wenige Tage zurückliegende Austritt aus dem Staatsdienst, der im nächsten Abschnitt behandelt wird, wurde als entscheidendes Argument für ihn und gegen Regierungsrat Pfeifer, der bereits als Konkurrent bei der Wahl zur Nationalversammlung in Erscheinung getreten war, ins Feld geführt. In derselben Ausgabe des Amtsblattes erklärten auch Pfeifer und Amtstierarzt Ottenbacher die Bereitschaft zur Annahme eines Mandates, wobei Ottenbacher betonte, daß ihm die Wahl eines kenntnisreicheren Kandidaten angenehmer wäre. Trotz oder vielleicht auch wegen dieser Bescheidenheit errang der ortsansässige Gegenkandidat ein respektables Ergebnis bei der Wahl, die noch nach dem Modus der Verfassungsurkunde von 1819 durchgeführt wurde, der ein indirektes Zweiklassenwahlrecht vorsah. Ottenbacher unterlag mit 156 von 466 abgegebenen Stimmen Mohl, der 282 Stimmen erhielt.⁹⁸ Der Erfolg im Oberamt Heidenheim fiel deutlicher aus. Von 755 Wahlmännern stimmten 713 ab, wovon 659 für Mohl votierten.⁹⁹ Mohl nahm die Wahl in Heidenheim an, worauf Ottenbacher für ihn nachrückte¹⁰⁰, und bedankte sich in einem Brief an die Aalener Wähler für das gezeigte Vertrauen.¹⁰¹

Mohl glaubte zu diesem Zeitpunkt noch, beide Mandate für den Landtag und für die Nationalversammlung wahrnehmen zu können¹⁰², da er erwartete, daß beide Parlamente nicht gleichzeitig tagen würden. Seine Arbeitsbelastung als Mitglied des Volkswirtschaftlichen Ausschusses der Nationalversammlung und die Einsicht, daß der Landtag keine Rücksicht auf die Sitzungen der Paulskirche nehmen wollte, ließen ihn am 13.9.1848 noch vor dem Zusammentritt des Landtags am 20.9.1848¹⁰³ seinen Mandatsverzicht erklären.¹⁰⁴

⁹⁷ Der Bote von Aalen vom 16.5.1848, Nr. 38.

⁹⁸ Bericht des Oberamtes vom 20.5.1848 an das Innenministerium, HSTAST., E 146, Bü 1425 »Landtagsabgeordnetenwahlen 1848«. Wahlberechtigt waren 477 Wahlmänner.

⁹⁹ Duplikat der Wahlurkunde aus Heidenheim vom 20.5.1848, HSTAST., E 146, Bü 1425.

¹⁰⁰ Bericht des Oberamtes Aalen an das Innenministerium vom 31.5.1848, HSTAST., E 146, Bü 1425.

¹⁰¹ Der Bote von Aalen, Nr. 42, 30.5.1848.

¹⁰² Über ein solches Doppelmandat verfügten 10 der 28 württembergischen Paulskirchenabgeordneten. Vgl. B. MANN, Württemberger, 1975, S. 197.

¹⁰³ Vgl. dazu B. MANN, Württemberger, 1975, S. 197.

¹⁰⁴ Brief Moriz Mohls an das Innenministerium, Frankfurt, 13.9.1848, HSTAST., E 146 Bü 1425. Von den zehn württembergischen Paulskirchenabgeordneten, die auch ein Landtagsmandat erworben hatten, behielten zunächst acht beide Mandate, da sie mit einem rascheren Fortschritt der Verfassungsverhandlungen in Frankfurt rechneten und darüber hinaus besonders von der Linken dem Landtag eine nachrangige Bedeutung beigemessen wurde. Vgl. B. MANN, Württemberger, 1975, S. 213.

3. Die Finanzierung der Abgeordnetenarbeit

Die Revolution 1848 machte Moriz Mohl nicht nur zum Volksredner, sie veränderte auch seine privaten Lebensverhältnisse grundlegend. Die Aussicht, bei den anstehenden Wahlen zum Landtag und zur Nationalversammlung Parlamentarier zu werden, ließ ihn schon im März 1848 darüber nachdenken, den ungeliebten Staatsdienst zu verlassen, »um nicht von dieser Galeerenarbeit absorbiert zu werden«. ¹⁰⁵ Die erfolgreiche Wahl in die Nationalversammlung gab dann im Mai den Ausschlag, und Mohl reichte das Entlassungsgesuch ein. ¹⁰⁶ Seinen Brüdern gegenüber begründete er diesen Schritt mit dem Loyalitätskonflikt, in den er durch seine Wahl geraten war. Dabei fürchtete er sich keineswegs vor Pressionen der Regierung. In einer Mischung aus Loyalität und Radikalität wollte er nicht als Abgeordneter an der Auflösung seines Arbeitgebers beteiligt sein:

»An dieser Reorganisation Deutschlands als Staatsdiener eines kl. Staates theil zu nehmen, war mir ein äußerst peincl. Gefühl. Bin ich auch dem König persönl. keinen Dank schuldig, so ist es mir doch gegen m. Gefühl, württ. Staatsdiener seyen zu sollen und Abgeordneter bei Berathung dieser Frage.« ¹⁰⁷

Mohl erwartete von der Paulskirche die territoriale Neuordnung Deutschlands, wobei er selbst immer mehr die Überzeugung gewann, »daß kein Heil für Deutschland ist als durch Schaffung einer *einzig* großen Monarchie«. ¹⁰⁸ Die tiefere Ursache für das Entlassungsgesuch liegt sicherlich in der seit Jahren angestauten Unzufriedenheit mit seinem Dienstverhältnis, das bereits geschildert wurde.

Der Preis, den er bezahlen mußte, um »ganz frei in m. Innen und Außen« zu sein ¹⁰⁹, war außerordentlich hoch. Er verlor von 3.200 fl. Einkommen durch den Wegfall der Beamtenbezüge 2.000 fl., wobei er keine Pension erhielt. ¹¹⁰ Ihm blieben 1.200 fl. Zinseinkünfte aus seinen Ersparnissen und vor allem aus dem Erbe seiner Eltern. ¹¹¹ Sicherlich bedeutete ein Vermögen von 33.000 fl. ¹¹² ein gewisses Polster, dennoch zeugt es von großer Risikobereitschaft, in revolutionären Zeiten den Lebensunterhalt von der Zahlungsmoral öffentlicher und privater Schuldner abhängig zu machen.

Vor der Abreise nach Frankfurt richtete er seinen Haushalt nach den neuen Verhältnissen ein. Er entließ die Köchin, kündigte die Wohnung und beauftragte die Haushälterin Lena, die er vorerst auf Anraten einer mütterlichen Freundin noch behalten wollte, ihm eine kleinere Wohnung mit nur »drei vorzeigba-

¹⁰⁵ Brief Moriz Mohls an Robert Mohl vom 21.3.1848, Nr. 58.

¹⁰⁶ Brief Moriz Mohls an Robert Mohl vom 13.5.1848, Nr. 80.

¹⁰⁷ Brief Moriz Mohls an Julius Mohl vom 13.5.1848, Nr. 46.

¹⁰⁸ Brief Moriz Mohls an Robert Mohl vom 13.5.1848, Nr. 80. Hervorhebung im Original.

¹⁰⁹ Ebd.

¹¹⁰ Zu den Pensionen der württembergischen Beamten vgl. B. WUNDER, 1978, S. 307 ff.

¹¹¹ Brief Moriz Mohls an Julius Mohl vom 13.5.1848, Nr. 46, und Robert Mohl, Lebenserinnerungen, S. 41.

¹¹² Moriz Mohl an Julius Mohl vom 4.1.1862, Nr. 12.

ren Zimmern« zu suchen. Zur Entlassung der Haushälterin, die schon den Eltern gedient hatte, kam es dann später nicht, da sie sich erbot, für den halben Lohn zu arbeiten. Ein Angebot, das Moriz Mohl auch dann noch gerne in Anspruch nahm, als sich seine finanzielle Situation wieder deutlich verbessert hatte.

Durch den Austritt aus dem Staatsdienst verarmte Mohl keineswegs, da er immer noch den Lebensstandard eines Kanzleibeamten halten konnte, oder wie er selbst dem Bruder Julius am 15.5.48 schrieb: »Mit 1 200 fl. Rente, Diäten als Abgeord. u. freier Zeit zwischen den Landtagen kann ein unverheirateter Mann immer leben.« Die Briefe an seinen Bruder Julius enthalten genaue Angaben über Mohls Vermögensverhältnisse, die Lebenshaltungskosten und die Kosten seiner politischen Betätigung, da er für Julius, der in Paris lebte, dessen in Deutschland angelegtes Vermögen verwaltete und bei den Rechenschaftsberichten, die er nach Paris sandte, regelmäßig auch über seine finanzielle Lage Auskunft gab. Dazu drängte ihn Julius Mohl immer wieder mit dem Angebot, ihn für seine politische Arbeit, so etwa für die Reise zum Reichstag nach Berlin 1871, mit Geld zu unterstützen, was Moriz Mohl jedesmal mit einer Darlegung der Einkünfte und Ersparnisse dankbar als unnötig ablehnte.

Von Anfang an bezog Mohl die Abgeordnetendiäten, die der württembergische Staat zahlte, als Teil des Lebensunterhaltes in die Überlegungen mit ein, auch wenn er sein Leben so einrichten wollte, »daß dabei nicht auf Diäten gerechnet ist.« Selbst den Brüdern gegenüber glaubte Mohl sich rechtfertigen zu müssen, daß er keinesfalls aus finanziellen Gründen nach dem Abgeordnetenmandat greife. Ein Reflex auf den in der Bevölkerung latent vorhandenen Verdacht, die Diäten seien eine Selbstbegünstigung der Volksvertretung, für die die Abgeordneten keine angemessene Arbeit leisten würden.¹¹³

Die Art und Weise, wie in Württemberg Diäten gezahlt wurden, nämlich als Tagegeld von zunächst 5 ½ fl. für jeden Sitzungstag, konnte Mohl auch gar nicht daran denken lassen, aus der Politik ein regelmäßiges Einkommen zu beziehen. So tagte der Landtag 1852 mit 120 Sitzungen außerordentlich häufig, während den Abgeordneten bei 22 Sitzungen im Jahre 1854 nur etwas mehr als hundert Gulden blieben. Vom März 1856 bis zum März 1857 fanden überhaupt keine Sitzungen statt. Mohl selbst erwartete 1862, als der amerikanische Bürgerkrieg einen beachtlichen Teil seiner Rente aus nordamerikanischen Kommunalobligationen gefährdete und ihm seine finanzielle Lage wieder prekär erscheinen ließ, im längeren Durchschnitt nicht mehr als 300 fl. Diäten im Jahr.¹¹⁴ Es konnte aber auch wesentlich weniger sein, wie in der Zeit vom Februar 1868 bis zum Oktober 1870, als er gerade 328 fl. in zweieinhalb Jahren erhielt.¹¹⁵ In den sechziger Jahren verzichtete Mohl auch auf einen Teil der ihm zustehenden Diäten, da diese ebenso für die Sitzungen der Landtagskommissionen gezahlt wurden, die während der Sitzungspausen tagten. Weil er über jeden Verdacht

¹¹³ Dazu H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 263 ff.

¹¹⁴ Brief Moriz Mohls an Julius Mohl vom 4.1.1862, Nr. 12.

¹¹⁵ Brief Moriz Mohls an Julius Mohl vom 23.10.1870, Nr. 23.

erhaben sein wollte, seine ausgedehnten Kommissionsarbeiten und Berichte zum Gelderwerb zu betreiben, wiesen er und Frhr. v. Varnbüler als einzige diese Sitzungsgelder zurück.¹¹⁶

Auch »die Honorare für politische Schriftstellerei«¹¹⁷, die Ernst Rudolf Huber mit Blick auf den Reichstag nach 1871 als indirekten Finanzierungsweg für die wenigen Berufspolitiker unter den Reichstagsabgeordneten nennt, waren für Mohl eine Option, als er 1862 darüber nachdachte, wie er die befürchteten Verluste durch den Bürgerkrieg ausgleichen könnte:

»Ich werde daher allen Ernstes sehen, auf litterar. Wegen möglichst zu verhüten, daß ich meine Depositien bei Schnabel nicht angreifen darf oder doch wieder ergänzen kann. Dies ist zwar für mich mit besonderen Schwierigkeiten verknüpft, nicht allein, weil ich die Leute gewöhnt habe, daß ich kein Honorar von ihnen nehme, sondern hauptsächlich aus Gründen meiner politischen und volkswirtschaftl. Stellung u. Wirksamkeit.«¹¹⁸

Diese politische Stellung hatte ihn mit wichtigen Herausgebern und Verlegern über Kreuz gebracht; allein mit Georg v. Cotta¹¹⁹ verband ihn eine enge Freundschaft. In den Briefen der folgenden Jahre erfahren wir nichts über größere oder kleinere Honorare für die Fülle von Publikationen, was die Vermutung erlaubt, daß die politische Schriftstellerei für Mohl eher ein Verlustgeschäft war, da er einige seiner Broschüren auf eigene Rechnung drucken und verschenken ließ. Der Druck von 770 Exemplaren einer Broschüre gegen ein Reichseisenbahngesetz¹²⁰ 1874 und der eigenhändige Versand von 400 Exemplaren hielt ihn nicht nur 6 Wochen lang beschäftigt, sondern kostete auch 500 fl.¹²¹ – knapp ein Viertel seines Jahreseinkommens¹²² oder ebensoviel wie die Jahresmiete seiner 5-Zimmerwohnung in Stuttgart.¹²³ Eine Broschüre, die sich mit der Frage beschäftigte, wie dem Deutschen Reich über die Tabakbesteuerung zu selbständigen Steuereinnahmen verholfen werden könnte, ließ er in einer Auflage von 2 400 Stück drucken.¹²⁴

Die Diäten konnten Mohl nicht nur nicht ernähren, sie reichten Ende der 1860er und Anfang der 1870er nicht einmal zur Finanzierung der Wahlkämpfe

¹¹⁶ Brief Moriz Mohls an Robert Mohl vom 10.9.1869, Nr. 223.

¹¹⁷ E. R. HUBER, *Verfassungsgeschichte* III, 1988, S. 891.

¹¹⁸ Brief Moriz Mohls an Julius Mohl vom 4.1.1862, Nr. 12.

¹¹⁹ Der Verlag Cottas hatte die ersten beiden Buchpublikationen Mohls großzügig unterstützt, so daß er für seine Zeitungsaufsätze kein Honorar nahm. Vgl. Mohls Brief an Cotta vom 22.12.1846, Nr. 66, Cotta-Archiv, Marbach.

¹²⁰ Über den Entwurf eines Reichs-Eisenbahn-Gesetzes und dessen Unzulässigkeit, Stuttgart 1874.

¹²¹ Brief Moriz Mohls an Robert Mohl ohne Datum, wahrscheinlich Dezember 1874, Nr. 69.

¹²² 1870/71 erwirtschaftete er 2 308 fl. Zinsen. Brief Moriz Mohls an Julius Mohl vom 11.9.1871, Nr. 26.

¹²³ Brief Moriz Mohls an Robert Mohl vom 27.5.1869, Nr. 221.

¹²⁴ »[...] um sie sämtlichen Regenten, ihren Ministern, Gesandten und Bundesrathsmittgliedern und sämtlichen Mitgliedern des Reichstages, und beiden Kammern in Berlin, Dresden, München, Karlsruhe und Darmstadt vorzulegen.« Brief Moriz Mohls an Wilhelm Ludwig Holland vom 18.3.1878, Deutsches Literaturarchiv Marbach. Aus dem Brief geht nicht hervor, um welche der beiden 1878 erschienenen Publikationen Mohls es sich handelt: Zur Lösung der deutschen Finanzfrage; Denkschrift für eine Reichs-Tabak-Regie.

aus. Für die Zollparlamentswahl im Februar 1868 wandte Mohl 139 fl. auf, die Landtagswahlreise im Mai 1868 bezahlte er mit 152 fl.¹²⁵ Mohls Briefen verdanken wir auch die Kenntnis der Summe, die ein Abgeordneter aus Süddeutschland bei äußerster Sparsamkeit mindestens erübrigen mußte, wollte er das Zollparlament in Berlin besuchen, »da ich in Berlin schon grundsätzlich, um das preuß. Gesindel nicht auch noch zu füttern, keinen Pfennig ausgegeben habe noch ausgeben würde, den ich nicht muß«. ¹²⁶Für die drei Zollparlamentssessionen bezahlte er 760 fl. Insgesamt entstanden Mohl in den drei Jahren von 1868 bis 1870 1800 fl. Kosten für die Abgeordnetentätigkeit¹²⁷, so daß er die finanzielle Belastung eines Reichstagsmandates nur zu tragen können glaubte, wenn er gleichzeitig als Landtagsabgeordneter Diäten erhielt.¹²⁸

Drei Ergebnisse lassen sich festhalten. Die Diäten gewährten von Beginn der Abgeordnetentätigkeit an im Mittel nur einen geringen Beitrag zur Lebenshaltung, der in der Höhe unsicher war und starken Schwankungen unterlag. Aus der publizistischen Tätigkeit, die häufig seiner parlamentarischen Arbeit entsprang, konnte Mohl nur ideellen Gewinn ziehen. Spätestens mit Einführung des allgemeinen Wahlrechts und der Wahl zum Reichstagsabgeordneten überstieg der Aufwand für seine politische Arbeit die Einnahmen aus derselben bei weitem. Geht man allein von den Einkommensquellen aus, so ist Dieter Lange-wiesche zuzustimmen, der Mohl dem Typus des Politikers zuordnet, der »für« die Politik lebt, und ihn vom Typus des Berufspolitikers absetzt, der auch »von« der Politik lebt.¹²⁹ Die hohen Kosten legen es nahe, die Frage des Berufspolitikers auch einmal von der Ausgabenseite her zu betrachten, da ja nicht nur die Bezüge »von« der Politik, sondern auch die Ausgaben »für« die Politik als Kriterium der Professionalität gelten können.

¹²⁵ Brief Moriz Mohl an Julius Mohl vom 23.10.1870, Nr. 23. Dem standen, wie oben schon erwähnt, in den folgenden 2 ½ Jahren Diäten in Höhe von 328 fl. gegenüber. Die Landtagswahl im Dezember 1870 und die Reichstagswahl im Januar 1871 kosteten ihn 120 fl. bzw. 130 fl. Brief Moriz Mohl an Julius Mohl vom 7.3.1871, Nr. 7.

¹²⁶ Brief Moriz Mohls an Julius Mohl vom 11.9.1871, Nr. 26.

¹²⁷ Briefe Moriz Mohls an Julius Mohl vom 23.10.1870 und 11.9.1871. Darunter waren auch 328 fl. für eine Studienreise, die er für die Erarbeitung eines Kommissionsberichts auf eigene Rechnung unternahm.

¹²⁸ Brief Moriz Mohls an Julius Mohl vom 13.9.1871, Nr. 29.

¹²⁹ D. LANGEWIESCHE, Liberalismus und Demokratie, 1974, S. 315, Anm. 18.

Vom Gegner des »stupiden Parteiwesens« zum Parteipolitiker
ohne Partei (1848–1851)

Moriz Mohl kultivierte Zeit seines Lebens das Selbstbild des unabhängigen, stets auf sich allein gestellten Abgeordneten. In der Forschung schreibt sich dieses Bild des parteilosen Politikers fort. Dabei wird übersehen, daß Mohl sich seit der Rückkehr von Frankfurt im Sommer 1849 als eines der führenden Mitglieder in der württembergischen Volkspartei engagiert hatte. Das Kapitel verfolgt den Kontakt Mohls zu den Fraktionen der Paulskirche und versucht, die Beweggründe herauszuarbeiten, die ihn unter dem Eindruck der Revolutionsereignisse zum Parteipolitiker werden ließen. Die Darstellung seiner Parteiarbeit in den Jahren 1849/50 führt abschließend zu der Frage, ob Mohl in das Visier der staatlichen Repressionspolitik geriet und wie er dieser Bedrohung gegenübertrat.

Drei Aspekte des im 19. Jahrhundert noch weiten Parteibegriffs liegen dem Kapitel zu Grunde. Thomas Nipperdey hat die Differenzierung zwischen dem Begriff der Partei als Gesinnungsgemeinschaft und dem Begriff der Fraktion als Partei im Parlament für diesen Zeitraum herausgearbeitet. Danach war die Partei eine Gesinnungsgemeinschaft, »charakterisiert durch eine große politische Idee oder durch einen Komplex von Ideen und Gefühlen«¹, als deren Mitglied sich jeder verstand, der diese Ideen teilte. Mit der Entstehung organisierter Parteien gewann der Parteibegriff eine Bedeutung hinzu. Partei konnte nun neben Gesinnungsgemeinschaft und Fraktion auch politische Organisation meinen. Diese drei Seiten des Parteibegriffs: Gesinnungsgemeinschaft, Fraktion, Organisation können jedoch noch nicht eindeutig aufeinander bezogen werden. Vielmehr bilden sie ein komplexes Dreiecksverhältnis. Die Fraktion als Zusammenschluß von Abgeordneten wurde nicht mehr selbstverständlich mit der Partei als Gesinnungsgemeinschaft gleichgesetzt, zu der sich diese Abgeordneten bekannten. Die Abgeordneten mehrerer Fraktionen der Paulskirche konnten sich zur demokratischen Partei rechnen. Zum anderen entstanden die politischen Parteiorganisationen in der Revolution parallel zu den Fraktionen der Landtage und der Nationalversammlung und nahmen wie in Württemberg eine eigenständige Entwicklung.

Die Ablehnung des »stupiden Parteiwesens«², das ihm die Entscheidung Parlamentarier zu werden schwer machte, klang bereits im vorherigen Kapitel

¹ T. NIPPERDEY, Die Organisation der deutschen Parteien, 1961, S. 9.

² Brief Moriz Mohls an Robert Mohl vom 14.3.1848, Nr. 54.

an. Partei verstand Mohl an dieser Stelle sicherlich in der Bedeutung der Fraktion, wie die Antwort nahelegt, die er Paul Pfizer 1847 auf das Angebot gab, die bereits erwähnte Abgeordneten kandidatur anzutreten:

»Auch sagte ich ihm damals, daß ich mich zum Stimmen mit Dritten nicht verpflichte, daß ich in jeder Frage nur meiner Überzeugung nachfolge und daß ich dies nach Partei-Rücksichten nicht modifizieren könne. [...] Wir kamen aufs freundschaftlichste von einander; aber soviel sah er natürlich wohl, daß ich nicht Parteimann seyen, sondern nach meiner Überzeugung unbedingt meinen Weg gehen will.«³

Dieser schroffen Zurückweisung einer Mitarbeit in der liberalen Landtagsfraktion entspricht Mohls Desinteresse an den ersten öffentlichen Schritten der Selbstorganisation des liberalen Bürgertums in Württemberg, welche er in seinen Briefen an keiner Stelle in ihrer Tragweite erkannte und kommentierte. Die »Protution« des Demokraten Rödinger für seine Kandidatur trug für ihn den Charakter eines Freundschaftsdienstes. Das Zentralkomitee in Stuttgart und die Volksvereine in Aalen und Heidenheim erschienen zuerst als Störfaktoren seiner eigenen Kandidatur.

Das Verhältnis zu den Fraktionen der Paulskirche ist freilich verwickelter, als seine Absage an jede Parteibindung im Frühjahr 1848 erwarten ließe. Nach seiner Ankunft in Frankfurt ließ er sich rasch gefangennehmen von der Geschäftigkeit des Parlaments und der »Abgeordneten Clubs, in denen wieder bis Nachts 12 Uhr Reden gehalten werden und in die man auch gehen muß, um zu wissen, was unter den Parteien vorgeht und wie die Sachen zusammenhängen.«⁴ Ende Mai hatten sich die Parteien »noch nicht abgeklärt«, wie Mohl schrieb. In den ersten Wochen der Paulskirche besuchten die Abgeordneten noch mehrere »Clubs«. Mohl erwähnt zu diesem Zeitpunkt vier Parteien und verrät dabei auch seine Sympathien:

»Eine kleine republikanische Partei⁵, in deren Club ich nicht komme. Dann einen Club der linken Seite⁶, zu der auch die Republikaner kommen, u. der im Übrigen v. allen Männern außer den Aristokraten besucht ist, u. wo ich in der Regel hingehe. Gegenwärtig constituirt sich ein Club für ein linkes Centrum v. Beamten, in den ich nicht gehe. Dann haben die Österreicher einen eigenen Club, ihre Liberalen aber sind bei uns. Endlich hat die rechte Seite ihre Versammlungen (meistens Preußen).«

Mohls Besuche in den Fraktionslokalen blieben jedoch unverbindlich, da er sich keiner der Statuten unterworfen haben dürfte, die sich die Fraktionen gaben, um die Disziplin ihrer Angehörigen bei Abstimmungen und Anträgen im Plenum zu sichern. Immer wieder suchte und fand er jedoch die Unterstützung der linken Fraktionen. Schon wenige Tage nach seiner Ankunft in Frank-

³ Brief Moriz Mohls an Robert Mohl vom 12.3.1848, Nr. 51.

⁴ Brief Moriz Mohls an Julius Mohl vom 30.5.1848, Nr. 47.

⁵ Donnersberg um Ruge, B. MANN, Württemberger, 1975, S. 106.

⁶ Deutscher Hof um Blum, B. MANN, Württemberger, 1975, S. 122.

furt am 22. Mai brachte er mit den Stimmen der Linken um Robert Blum einen Antrag gegen eine Zollvereinsinitiative des Bundestages im Plenum ein.⁷ In der Debatte um die Auflösung des Bundestages und die Wahl eines Reichsverwesers einigten sich alle Fraktionen der Linken auf den Antrag Mohls, den Reichsverweser ohne Verständigung mit den Regierungen zu wählen.⁸ Mohl selbst verstand seine Zusammenarbeit mit der demokratischen Linken als Zweckbündnis und sah in den Fraktionen zunächst ein Forum, auf dem er Mehrheiten für seine Anliegen gewinnen konnte:

»Da ich die Abschaffung der Einzelstaaten, also eine Radical Reform will u. die übrigen Parteien nicht soweit gehen wollen, so bleibt mir nichts übrig, als mit den Leuten von der Linken *soweit* zu halten, als bei unseren diametral verschiedenen Standpunkten (Republik gegen Monarchie) möglich ist. Ich erkläre aber ihnen u. Jedermann, der es hören will, bei jedem Anlaß, was m. Standpunkt sey.«⁹

Organisationen von eigenem Wert konnte Mohl in den Fraktionen noch nicht erkennen, obwohl die Debatte um die provisorische Zentralgewalt, für die sich am ersten Tag allein 189 Redner zu 23 Verbesserungsanträgen einschreiben ließen, den Abgeordneten deutlich vor Augen führte, daß eine Vorstrukturierung der Anträge, Debatten und Abstimmungen für einen zügigen Geschäftsgang unerläßlich war. Dieser Aufgabe unterzogen sich die Fraktionen während der folgenden Monate in einer bisher in Deutschland nicht erreichten Effektivität.¹⁰ Sie gaben sich eine straffe Organisation für ihre Sitzungen in »einem Saal in einem Gasthof, wo man zu Nacht ißt, u. wo ein Präsident ernannt wird, eine Rednerbühne ist, man sich z. Reden einschreiben läßt, u. je nach Umständen auch abstimmt um zu sehen wie die Mehrheit gestimmt ist.«¹¹ Diese stetigen Vorarbeiten erlaubten den Fraktionen Abstimmungsbündnisse und die Vereinigung auf gemeinsame Anträge¹², was für die zügige Arbeitsweise der Nationalversammlung unabdingbar wurde. Durch Korrespondenzen, Berichte und Zeitungsartikel versuchten sie, die Öffentlichkeit für ihre Politik zu gewinnen.

Mohl machte von diesen Chancen zur Steigerung des politischen Einflusses wohl nur in einzelnen Fällen Gebrauch.¹³ Nachdem der Volkswirtschaftliche Ausschuß und seine Unterabteilungen die Arbeit aufgenommen hatten, gab er in den folgenden Monaten den Kommissionsarbeiten den Vorzug vor den

⁷ B. MANN, *Württemberg*, 1975, S. 125, Anm. 186.

⁸ Zu Mohls Antrag auch B. MANN, *Württemberg*, 1975, S. 131 ff.

⁹ Brief Moriz Mohls an Julius Mohl vom 29.6.1848, Nr. 48. B. MANN, *Württemberg*, 1975, S. 127 beschreibt diese pragmatische Zusammenarbeit mit der republikanischen Linken in der Frage der Zentralgewalt auch für andere württembergische Abgeordnete.

¹⁰ Vgl. D. LANGEWIESCHE, *Die Anfänge der deutschen Parteien*, 1978, S. 330 ff.

¹¹ Brief Moriz Mohls an Julius Mohl vom 29.6.1848. Ein anschauliches Bild der Fraktionssitzungen bei M. BOTZENHART, *Parlamentarismus 1848*, 1977, S. 434 f.

¹² M. BOTZENHART, *Parlamentarismus 1848*, 1977, S. 430 f.

¹³ So brachte er im Deutschen Hof die Bestrebungen der Abgeordneten der Hansestädte zur Sprache, die Freihäfen beizubehalten, was seinen Schutzzollbestrebungen zuwiderlief. Brief Moriz Mohls an Julius Mohl vom 30.5.1848, Nr. 47.

Fraktionsabenden.¹⁴ Die Quellenlage läßt das Verhalten Mohls den Fraktionen gegenüber im Herbst und Winter 1848/49 im Dunkeln, für die Zeit danach verfügen wir nur über wenige Hinweise. Wolfram Siemann ordnet ihn nach seinem Abstimmungsverhalten tendenziell dem Württemberger Hof, teilweise dem Deutschen Hof zu.¹⁵ Das Gewicht der Fraktionen für die Verhandlungen und Abstimmungen etwa in der Oberhauptsfrage läßt erwarten, daß Mohl sich von den abendlichen Zusammenkünften nicht gänzlich fernhielt. Unter dem Eindruck der drohenden Ausgrenzung Österreichs aus der Reichsverfassung schloß er sich enger an die Fraktionen an:

»Die Hauptsache, um die sich alles dreht, ist, daß wir die Macht des Parlaments gründen. Alle Fraktionen der Linken, nebst den sog. linken Strandläufern, d. h. denen, die zu keiner Partei gehören (worunter Eisenmann, ich usw.) haben sich zu einem Verfassungs-Klub der vereinigten Linken formiert, um mit der österreichischen Partei und den Ultramontanen zu traktieren und so eine, von Preußen unabhängige, Majorität zu bilden, da die preußische Partei fest auf einem preußischen Erbkaiser und somit auf der Trennung Deutschlands beharrt.«¹⁶

Mohl beschrieb seine Position im System der Fraktionen als Vermittler zwischen der Linken und der österreichischen Partei, »auf«¹⁷ die er großen Einfluß zu haben glaubte. Seit der Abreise der Österreicher im Mai, so klagte er seinem Bruder Julius, habe er keine Partei mehr »hinter«¹⁸ sich. Auf der rechten Seite verwehte ihm sein entschiedener Preußenhaß den Zugang, von der Linken trennte ihn die Ablehnung der Republik. Dennoch blieb er mit der Linken in enger Verbindung:

»In Revolutionen wirkt man aber nicht durch Gründe, und wären diese auch von der Art, um einen Ochsen zu überzeugen, sondern durch Parteien. Ich stimme mit der Linken in Allem, wo ich ihrer Meinung bin, und sehe ihre Führer täglich bei Tisch, aber Einfluß habe ich sehr wenig auf sie, wie die Gemäßigten immer in Revolutionen. Ich werde aber unter allen Umständen mitwirken und meine Stimme für das erheben, was ich für das Recht halte.«¹⁹

Diese Briefstelle vermittelt das Verständnis zwischen der erklärten Ablehnung des »stupiden Parteiwesens« im März 1848 und der engagierten Mitarbeit in der Führungsriege der Volkspartei in Württemberg seit dem Sommer 1849. Die Kämpfe und Verschiebungen der Fraktionen in der Auseinandersetzung über

¹⁴ »Moriz Mohl war früher ein eifriger Besucher des deutschen Hofes, scheint aber durch viele Kommissionsarbeiten in neuerer Zeit vom Besuche abgehalten zu sein.« Schwäbischer Merkur vom 2.8.1848, Nr. 209, zitiert nach B. MANN, Württemberger, 1975, S. 125, Anm. 186.

¹⁵ W. SIEMANN, Nationalversammlung, 1976, S. 318.

¹⁶ Brief Moriz Mohls an Julius Mohl vom 11.3.1849. Anfang April lobte er in einem Appell an seine Wähler die Standhaftigkeit der österreichischen Abgeordneten, die diese »in allen Sitzungen der Linken« bewiesen hätten. Der Bote von Aalen, 13.4.1849, Nr. 30, von Moriz Mohl unterzeichnet Frankfurt 6.4.1849.

¹⁷ Vgl. das folgende Briefzitat.

¹⁸ »Jetzt aber habe ich keine Partei hinter mir.« Brief Moriz Mohls an Julius Mohl vom 3.5.1849, Nr. 57.

¹⁹ Brief Moriz Mohls an Julius Mohl vom 3.5.1849, Nr. 57.

die Oberhauptsfrage führten die Einflußlosigkeit isolierter Abgeordneter vor Augen. Die Notwendigkeit, sich einer Fraktion anzuschließen, ergab sich für ihn allerdings erst durch die äußere Bedrängnis der Nationalversammlung und den parlamentarischen »Betriebsunfall« der Kaiserwahl, in der nach seiner Ansicht partikularistische Interessen über das Gemeinwohl Deutschlands gesiegt hatten. Erst als die eigentliche Funktion des Parlamentes wie Mohl sie sah, versagte, nämlich durch den Vortrag der Argumente die sachlich beste Entscheidung zu treffen, die von der Regierung respektiert werden würde, erst dann wandte er sich den Fraktionen zu.

Die weiterhin distanzierte Stellung zu den Fraktionen legt er freilich schon durch die Wahl der Präpositionen bloß, mit denen er sie beschreibt. Mohl hat Einfluß »auf« die Parteien oder keine Partei »hinter« sich. Auch als Mitglied der Fraktion der Volkspartei im württembergischen Landtag der 1850er Jahre beanspruchte er seine absolute Unabhängigkeit als Abgeordneter ohne Sinn und Verständnis für die Anforderungen, die die Fraktionen als Organisationen von eigenem Recht an ihre Mitglieder stellen mußten. Der parlamentarische Alltagsbetrieb in gewöhnlichen Zeiten verlangte für Mohl keine Fraktionen. Die Vorbereitung der Entscheidungen leisteten dann die Fachausschüsse, und die Notwendigkeit der Vermittlung von Kompromissen zwischen gleichberechtigten Interessen und Werthaltungen, mit der die Fraktionen überhaupt erst das Funktionieren der Nationalversammlung sicherten, lag jenseits seines politischen Horizonts, der noch von einem vormärzlichen Parteiverständnis begrenzt wurde.

Die Liberalen wie die Demokraten des Vormärz nahmen für sich in Anspruch, das gesamte Volk gegenüber dem Monarchen und der Aristokratie zu vertreten.²⁰ Dieses dualistische Gesellschaftsverständnis verstellte die Einsicht in einen Interessenspluralismus innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft, der sich in organisierten Fraktionen und Parteien artikulieren konnte.²¹ Die organisierte Partei stand im Verdacht, vor allem den partikularen Interessen, der Parteilichkeit ihrer Mitglieder zu dienen und weniger dem Wohl des Volkes. Mohls emotionale Ablehnung des »stupiden Parteiwesens« gründet sich auf diesen Verdacht des Eigennutzes, den er immer am Werk sah, wenn die politischen Freunde und Gegner seinen aus vermeintlich objektiver wissenschaftlicher Einsicht gewonnenen Argumenten zum Wohle aller nicht folgen wollten.

In den Briefen aus der Revolutionszeit verwendete Mohl die Begriffe »Partei« und »Fraktion« synonym. Im Mikrokosmos der Frankfurter Nationalversammlung, der ein Jahr zum Mittelpunkt seines Denkens wurde, verwundert es nicht, daß er Partei und Fraktion direkt aufeinander bezog und die Dimension des Parteibegriffes, die Partei als Organisation meinte, ausblendete. Die politische Organisation der Parteifreunde »im Volk« durch Vereine, Ausschüsse und Hauptvereine, wie sie die Linke der Paulskirche mit dem Zentralmärzverein schuf, nahm er eher als Bedrohung denn als Chance wahr, die Errungenschaften

²⁰ Vgl. W. BOLDT, *Volkvereine*, 1970, S. 211 ff., und H. BOLDT, *Parlament*, S. 658 f.

²¹ W. BOLDT, *Die Anfänge des deutschen Parteiwesens*, 1971, S. 45.

der Revolution zu sichern. Als eine der Entwicklungen der Revolution, die er am 3. Mai 1849 für die nächsten Wochen, ja Tage erwartete, rechnete er auch »den nur unter Strömen von Blut denkbaren, wenn überhaupt möglichen Putsch der Rothen.«²² Unmittelbar anschließend fuhr er fort: »Nächsten Dienstag kommen 600 Abgeordnete demokratischer Vereine hier zusammen, welche natürlich die Revolution in die Hand nehmen, wenn die Reichsregierung und das Parlament sie bis dahin nicht in die Hand genommen haben.«

Ein Bündnis oder gar eine Waffenbrüderschaft zwischen den demokratischen Vereinen und der Reichsregierung zog er nicht in Erwägung. Zentrum seines Denkens blieb der Staat in Gestalt der Nationalversammlung und der Reichsregierung, wie sein Appell in der Paulskirche wenige Tage später gegen die auf Frankfurt vorrückenden preußischen Truppen zeigt:

»Meine Herren, das ist volle Contrerevolution, das ist vorbereiteter voller Bürgerkrieg, und gegen die Contrerevolution hilft nur die Revolution, gegen den Bürgerkrieg führt man den Bürgerkrieg, und dazu gehören Kräfte. Deswegen schlage ich Ihnen vor, ein Reichsheer und zwar ungesäumt zu versammeln.«²³

Das Engagement in der Oberhauptsfrage, sein noch im Stuttgarter Rumpfparlament zur Schau gestellter Radikalismus²⁴ und die gemeinsame Erfahrung des Vormarsches der Reaktion ließen ihn Anschluß finden an die führenden Mitglieder der württembergischen Demokraten in der Nationalversammlung. Bei ihrem unfreiwilligen Übertritt in die Landespolitik fanden sie eine parteipolitische Situation vor, die sich durch den Sieg der Reaktion in einem dramatischen Umbruch befand, und die die zurückkehrenden Demokraten gerade deshalb nach ihren Vorstellungen gestalten konnten.²⁵ In den nächsten Monaten entwickelte sich eine besondere organisatorische, programmatische und personelle Konstellation, die Mohl trotz seiner skeptischen Distanz den Weg zum parteipolitischen Engagement ebnete.

Die Auflösung der Nationalversammlung am 18. Juni 1849 bedeutete auch für das politische Vereinswesen in Württemberg einen tiefen Einschnitt. Auf der Reutlinger Pfingstversammlung²⁶ am 27. Mai 1849 entschied sich die Mehrheit der Vertreter von 207 Vereinen nicht zuletzt deshalb gegen einen bewaffneten Aufstand für die Verteidigung der Reichsverfassung, weil sie darauf vertrauten, daß das Ministerium Römer an der Seite der Nationalversammlung gegen

²² Brief Moriz Mohls an Julius Mohl vom 3.5.1849, Nr. 57.

²³ Am 5.5.1849, Wigard, Bd. 9, S. 6406. Vgl. auch seinen Antrag zur Versammlung eines Reichsheeres und die Mobilmachung der Land- und Volkswehren, Haßler, Bd. 5, S. 326, Beilage Nr. 1 zur 214. Sitzung am 8.5.1849.

²⁴ Wigard, Bd. 9, S. 6356. Diese Rede ebenfalls abgedruckt in H. FENSKE, Vormärz und Revolution, 1976, S. 425.

²⁵ Vgl. W. BOLDT, Volksvereine, 1970, S. 229 ff.

²⁶ Die Generalversammlung der württembergischen Volksvereine am 27. und 28. Mai 1849 mit weit über 10000 Teilnehmern forderte die Proklamierung des offenen Reichskrieges gegen Preußen zur Durchsetzung der Reichsverfassung, die militärische Unterstützung Badens und die Volksbewaffnung. Ein Teil der Delegierten beriet auch den bewaffneten Aufstand in Württemberg, weshalb die Versammlung eine Reihe von Hochverratsprozessen nach sich zog. Vgl. W. BOLDT, Volksvereine, 1970, S. 65 ff., und B. MANN, Württemberger, 1975, S. 336 ff.

Preußen kämpfen würde.²⁷ Die Ereignisse des 18. Juni 1849 zerschlugen die Grundlage der Reutlinger Beschlüsse und zeigten, daß der Landesausschuß der Volksvereine zu einer entschlossenen politischen Aktion nicht mehr in der Lage war.²⁸ Mit dem Ende der Nationalversammlung setzte ein Verfall der demokratischen Vereine ein.²⁹ Führende Persönlichkeiten der Vereine flüchteten ins Ausland oder sahen sich von Hochverratsprozessen bedroht, die wegen der in Reutlingen zutage getretenen Vorbereitungen zum Aufstand angestrengt wurden.

Im Landesausschuß der württembergischen Volksvereine, dem leitenden Parteigremium, das am 15. Juli 1849 neu gewählt wurde, nahmen die demokratischen Abgeordneten der Nationalversammlung die Plätze der geflohenen Mitglieder ein.³⁰ Die Wahl in den Landesausschuß wies Mohl aus Gründen, die unten erläutert werden, zurück.³¹ Die Führung der Reste der demokratischen Vereinsorganisation lag nun in den Händen von Abgeordneten, die den politischen Vereinen als autonomen politischen Organisationen des Volkes kritisch gegenüberstanden und eine bewaffnete revolutionäre Volkserhebung ablehnten, wie sie von einigen Vereinen geplant worden war.

Die Stuttgarter Demokraten schufen sich daneben als neues Führungsorgan einen »Wahlausschuß der Volkspartei«. Dieser sollte die Wahlausschüsse organisatorisch verklammern, die sich für die Vorbereitung der Wahl zur verfassungsgebenden Landesversammlungen³² in den einzelnen Orten bilden sollten. Der »Wahlausschuß der Volkspartei« war nicht durch Wahl aus einer Volksversammlung hervorgegangen, wie zum Beispiel der Hauptausschuß des Hauptvereins im April 1848, sondern wurde von gut zwei Dutzend Mitgliedern der Volkspartei ernannt. Moriz Mohl ließ sich in den Wahlausschuß berufen und verfaßte für die Volkspartei das Wahlprogramm, das unten vorgestellt werden wird. Der Wahlausschuß lud die Anhänger der Volkspartei zu einer Wahlversammlung nach Göppingen ein, auf der er sich durch Wahl geschlossen bestätigen ließ und das Wahlprogramm vorstellte. Auf der Versammlung wurde die Aufstellung der Kandidaten durchgeführt und zur Gründung von Wahlkomitees aufgefordert.

Die neue Organisation der Demokraten wies charakteristische Unterschiede zur noch bestehenden Vereinsorganisation auf und entsprach den württembergischen Wahlklubs des Vormärz.³³ Diese Wahlausschüsse waren nicht auf Dauer angelegt, sie führten keine festen Mitglieder und gaben sich keine Statu-

²⁷ Für das Folgende W. BOLDT, *Volksvereine*, 1970, S. 65 ff.

²⁸ W. BOLDT, *Volksvereine*, 1970, S. 72.

²⁹ W. BOLDT, *Volksvereine*, 1970, S. 74.

³⁰ Für das Folgende W. BOLDT, *Volksvereine*, 1970, S. 229–234.

³¹ Eine Liste der Mitglieder bei W. BOLDT, *Volksvereine*, 1970, S. 273.

³² Die Anerkennung der Grundrechte durch den württembergischen König machte die Revision der Verfassung von 1819 notwendig, wozu eine nach allgemeinem, direktem Männerwahlrecht gewählte verfassungsgebende Landesversammlung einberufen wurde. Zum Wahlrecht, den Wahlkämpfen und den Verhandlungen der insgesamt drei Versammlungen vgl. den Abschnitt über die Wahlen zu den verfassungsgebenden Landesversammlungen.

³³ B. MANN, *Württemberg*, 1975, S. 359.

ten. Zwischen den Wahlen hatten sie ihre »natürliche Ruhepause« und traten nur als gesellige Zusammenkünfte in Erscheinung. Werner Boldt charakterisiert sie als Hilfsorgane der Abgeordneten bzw. der Fraktion, in denen eine politische Willensbildung und Einflußnahme der Mitglieder nicht mehr stattfand. Die erneuerte Führung der Volkspartei, die fast vollständig aus Abgeordneten oder ehemaligen Abgeordneten bestand, war nicht durch Wahl auf einer Volksversammlung, sondern aus der demokratischen Führungsgruppe hervorgegangen. Sie zeigte kein Interesse an einer politischen Mobilisierung der Bevölkerung, die über die Unterstützung bei den Wahlen hinausging.³⁴ Der Satz: »Alles für das Volk, nichts durch das Volk«³⁵ charakterisiert treffend das Demokratieverständnis von Moriz Mohl und der neuen Führung der Volkspartei.

In dieser organisatorischen und programmatischen Konstellation, die es Mohl leicht machte, seinen Anspruch an die Unabhängigkeit des Abgeordneten in das Führungsgremium der Volkspartei auszudehnen, entwickelte er sich zum im Wortsinne federführenden Mitglied der Partei. Für die Vorbereitung der Wahlen zur verfassungsgebenden Landesversammlung blieb den Demokraten nach den turbulenten Juniwochen keine Zeit für längere konzeptionelle Vorarbeiten. Die Liberalen waren den Demokraten ein Schritt voraus und gründeten bereits am 5. Juli 1849 einen »konstitutionellen Wahlverein«, der von durchaus heterogenen politischen Richtungen getragen wurde, die ihre Abneigung gegen die »Republikaner« einte.³⁶ Den Wahlkampf eröffneten die Konstitutionellen mit einer Polemik gegen die Volkspartei, die das Klima zwischen den Liberalen und Demokraten auf Jahre hinaus vergiften sollte, indem sie die Demokraten als eine »mit gänzlicher Verkenning des Prinzips geschichtlicher Entwicklung alles überstürzende, sinnlos zerstörende, zum Aufbau unfähige Partei, die Partei der permanenten Revolution« bezeichneten.³⁷ Die Liberalen verzichteten auf ein Bekenntnis zur Gültigkeit der Grundrechte und der Reichsverfassung, und ein Teil von ihnen befürwortete den Anschluß an das preußische Unionsprojekt.

Die Erklärung des konstitutionellen Wahlvereins verlangte nach einer raschen Antwort, und Mohl verfügte über die fachliche Kompetenz und die berufliche Abkömmlichkeit, diese zu formulieren und bereits wenige Tage später als Beilage im Beobachter vom 12.7.1849, datiert auf den 9.7.1849, mit den Unterschriften der Mitglieder des »vorläufigen Wahl-Ausschusses der Volkspartei« veröffentlichen zu können. Der Aufruf »An das württembergische Volk« besteht aus zwei Teilen. Die letzte der 14 Spalten enthält in acht Punkten das Programm der Volkspartei: Gültigkeit der Reichsverfassung mit Ausnahme der Oberhauptsfrage, Errichtung einer Regierung in Württemberg

³⁴ H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 112 ff.

³⁵ *Beobachter* vom 21.7.1849, zitiert nach W. BOLDT, *Volksvereine*, 1970, S. 192.

³⁶ B. MANN, *Württemberg*, 1975, S. 358.

³⁷ *Württembergische Zeitung* vom 11.7.1849, Nr. 2, zitiert nach B. MANN, *Württemberg*, 1975, S. 358.

nach dem »vernünftigen Volkswillen«, kompromißlose Anpassung der Landesverfassung an die ersten beiden Vorgaben, Freiheit der Kirchen und Verbesserung der Volksbildung, Volksbewaffnung, Reduzierung der Staatsausgaben bei gleichzeitiger Umverteilung der Steuerlast und Gewerbeförderung.³⁸

Die vorausgehenden 13 Spalten widmet Mohl einer ebenso gründlichen wie polemischen Abrechnung mit dem preußischen Unionsprojekt und seinen Anhängern. Dabei gerät ihm die eigentliche Aufgabe der verfassungsgebenden Landesversammlung nur am Rande in den Blick. Der Inhalt des Aufrufs wird völlig beherrscht von der Nationalen Frage. Leidenschaftlich schreibt Mohl dagegen an, daß sich sein Trauma der Paulskirche, die Option für Preußen, in Württemberg wiederholt und sich diejenigen durchsetzen, »welche uns rathen können, wie der Hund zu den preußischen Schlägen zu kriechen und die preußische Reichsverfassung dankbarst als einen Fortschritt zum Guten anzunehmen.«³⁹

Die Heftigkeit der Warnungen vor dem »preußischen Joch« verdeckte freilich kaum die Not der Demokraten, selbst keine zukunftsweisende Option anbieten zu können.⁴⁰ Zu Recht erkannten sie klar, daß die Staaten der Reaktion ein isoliertes Voranschreiten Württembergs auf dem Weg des Fortschrittes zur Freiheit⁴¹ nicht zulassen würden, aber mit wem sich Württemberg dagegen verbünden sollte, wußten sie nicht anzugeben. Rückwärts gewandt konnten die Demokraten versäumte Gelegenheiten politischen Handelns benennen, für die Zukunft boten sie den Glauben an den Sieg der Freiheit und den Trost bewahrten Ehrgefühls.⁴² In einer Mischung aus Furcht und Faszination warnte Mohl vor der erneuten Revolution als dem einzigen Mittel, das die sich wieder verkrustenden politischen Verhältnisse aufbrechen würde, falls sich, wie auch immer das zu geschehen habe, die Anhänger der Reichsverfassung nicht durchsetzen.

Die in Württemberg und in Freiheit verbliebenen Demokraten waren jedoch weit davon entfernt, nach dem Scheitern der Reichsverfassungskampagne den revolutionären Umsturz zu betreiben.⁴³ Auch wenn Der Beobachter wenige Tage später »eine nüchterne Analyse der nichtrevolutionären Situation« gab⁴⁴, floß hier Mohls persönliche Einschätzung in das Parteiprogramm der Volkspartei ein. Mohl rechnete bis weit in das Jahr 1850 hinein mit einer

³⁸ Beilage zum Beobachter vom 12.7.1849, Nr. 173. W. BOLDT, *Volksvereine*, 1970, S. 245, druckt diesen Teil als Programm der Volkspartei, zum Programm auch B. MANN, *Württemberg*, 1975, S. 359.

³⁹ Beilage zum Beobachter vom 12.7.1849, Nr. 173.

⁴⁰ Vgl. D. LANGEWIESCHE, *Liberalismus und Demokratie*, 1974, S. 140.

⁴¹ Vgl. D. LANGEWIESCHE, *Liberalismus und Demokratie*, 1974, S. 143.

⁴² »Denn ein Volk ist seiner Rechte, seiner Freiheit und seiner Ehre Herr, wenn es den festen Willen hat, es zu sein, und man bietet eine solche Schmach, wie die Verwerfung der Reichsverfassung und das Aufdringen des preußischen Verfassungswerkes nur einer Nation, welche man nicht achtet, weil man ihr den Sklavensinn zutraut, sich jeden Fußtritt gefallen zu lassen.« Beilage zum Beobachter vom 12.7.1849, Nr. 173, S. 7.

⁴³ D. LANGEWIESCHE, *Liberalismus und Demokratie*, 1974, S. 133 ff.

⁴⁴ Ebd., S. 148, Anm. 8.

erneuten Revolution⁴⁵, eine Befürchtung, die er mit vielen Zeitgenossen und den Regierungen der deutschen Länder⁴⁶ teilte.

Zwischen Mohl und der Volkspartei gab es keine Differenzen über den Inhalt und die Strategie der württembergischen Politik. Mohl nutzte, überspitzt formuliert, die Gelegenheit, sein politisches Programm im Namen der Volkspartei zu veröffentlichen. Das bedingungslose Festhalten der Volkspartei am »Kultus der Reichsverfassung«⁴⁷ ersparte Mohl den politischen Kompromiß und sicherte so die Zusammenarbeit. Diese kündigte er auch im Sommer 1849 sofort auf, wenn Beschlüsse gefaßt wurden, die er nicht vollständig mittragen wollte, wie der Bericht von einem Treffen mit badischen und hessischen Gesinnungsfreunden⁴⁸ zeigt. Nachdem die achtköpfige württembergische Delegation wiederholt überstimmt worden war, erklärte Mohl, daß er dem geplanten Verein keinesfalls beitreten könne: »[...] nahm Hut und Stock und ging meiner Wege. Die übrigen Württemberger hatten die Schwäche zu bleiben und blos sich teilweise nicht einverstanden zu erklären.«⁴⁹

Neben der Organisationsstruktur der Volkspartei nach der Reutlinger Versammlung, in der die Ortsvereine keine Mitbestimmungsansprüche stellten, und der durch den »Kultus der Reichsverfassung« programmatischen Geschlossenheit der Führungsriege, band Mohl die Freundschaft zu Adolph Schoder an die Partei. Adolph Schoder war bis zu seinem frühen Tod mit 35 Jahren 1852 als Führer der demokratischen Fraktion und Präsident der drei Landesversammlungen die unbestrittene Integrationsfigur der Volkspartei. Nach dessen Tod zeichnete Mohl ein außerordentlich herzliches Bild des Freundes, der eine Frau und zwei halbwüchsige Kinder zurückließ. Im Lob und im Tadel, den er dem Verstorbenen zuschrieb, zeigen sich zugleich spiegelbildlich die Charaktereigenschaften Mohls, die es ihm verwehrten, als Parteipolitiker integrierend zu wirken:

»Der zweite Fehler war eine gute Dosis Egoismus, in Folge dessen er den persönlichen Erfolg in der öffentlichen Meinung nie aus den Augen lies und auch wenn seine Ansicht für eine Maßregel gewesen wäre, doch nein sagte, wenn er fand, daß diese populärer war. [...] Er gab sich *nie* zu einer Intrige her, war ohne alle persönliche Gehäßigkeiten und persönlichen Neid, und stand daher – und allerdings auch wegen eines Fehlers, der in seinem Egoismus wurzelte, weil er fünf gerade sein lies, wo es ihm mit seinem politischen oder persönlichen Zwecken nicht in Collision schien – mit allen seinen Bekannten gut[...]«⁵⁰

⁴⁵ Briefe Moriz Mohls an Robert Mohl vom 24.12.1849 u. 2. August 1850.

⁴⁶ W. SIEMANN, *Gesellschaft im Aufbruch*, 1990, S. 34 f.

⁴⁷ So das Parteiblatt der Liberalen, die *Württembergische Zeitung* vom 3.2.1850, Nr. 30, zitiert nach D. LANGEWIESCHE, *Liberalismus und Demokratie*, 1974, S. 192.

⁴⁸ Mohl nannte sie im Rückblick »gothaisches Gesindel«. Der Brief Nr. 62 ist ein undatiertes Einzelblatt, dem Inhalt nach wurde er im Herbst 1849 geschrieben, über das Demokratentreffen selbst, zu dem ein Badener eingeladen hatte, konnte nichts in Erfahrung gebracht werden.

⁴⁹ Ebd.

⁵⁰ Brief Moriz Mohl an Robert Mohl vom 25.11.1852, Nr. 168, Hervorhebungen im Original.

Die Orientierung am Wählerwillen nahm Mohl nur als Ausfluß einer Charakterschwäche wahr. Ebenso entwickelte er kein Verständnis dafür, daß in einer Partei Streitpunkte, für die man keine konsensfähige Lösung fand, offen gelassen werden konnten, um die Geschlossenheit der Partei für wichtigere Fragen zu erhalten. Da er überzeugt war, für jedes Problem die beste Lösung zu kennen, erschienen dilatorische Formelkompromisse als Zugeständnisse, die Schwäche oder Eigennutz verrieten. Das Lob, keine Intrigen gesponnen zu haben, deutet an, daß Mohl sich leicht als deren Opfer sah, was ihn nach dem Tod Schoders zunehmend von den Parteifreunden trennte. Auch bewunderte Mohl an Schoder, was ihm abging: Die Unbeschwertheit von Gehässigkeit und Neid. Mohls Briefe sind voll von wenig schmeichelhaften Bemerkungen über Zeitgenossen und es kann den Parteifreunden auch bei der außerordentlichen Höflichkeit, um die sich Mohl stets bemühte, nicht verborgen geblieben sein, wie er tatsächlich über sie dachte.

In dieser ihm günstigen organisatorischen, programmatischen und persönlichen Situation entwickelte Mohl sich in der zweiten Hälfte des Jahre 1849 zum »shooting star« der Volkspartei, zumindest was ihre Vertretung nach außen betraf. Im Wahlkampf zur ersten verfassunggebenden Landesversammlung trat er als Spitzenkandidat der Demokraten in Stuttgart gegen den prominenten Liberalen Murschel an und unterstützte in Backnang den Demokraten Ferdinand Nägele⁵¹ als Gastredner auf einer Wählerversammlung.⁵² Ähnliche Wahlkampfhilfe leistete er auch im Landtagswahlkampf 1851 für Parteifreunde in Ulm und Tübingen.⁵³

Die Ursachen für den Erfolg in der Volkspartei wird man neben seinen fachlichen und rhetorischen Fähigkeiten in dem Vorzug Mohls suchen dürfen, Politik als Beruf betreiben zu können. Seine politischen Freunde befanden sich entweder noch im Staatsdienst, wo sie sich dem wachsenden Druck der Regierung ausgesetzt sahen, oder mußten sich nach ihrem Abschied eine neue berufliche Existenz aufbauen.⁵⁴ Mohl verfügte über genug freie Zeit, um die aufwendige Ausarbeitung von Parteiprogrammen, Parteiversammlungsreferaten, Gesetzesentwürfen und Ausschußberichten für die Partei zu erledigen, so daß die Stuttgarter Demokraten ihm diese Aufgaben überlassen konnten oder mußten.

Die Untersuchung der Parteiarbeit gewährt auch einen Einblick in die Arbeitsweise der demokratischen Fraktion, die bereits während des Revolutionslandtags nach ihrem Versammlungslokal »Klub Kober« genannt wurde,

⁵¹ Zu Nägele vgl. B. MANN, Ferdinand Nägele, 1980.

⁵² Der Beobachter vom 2. 8. 1849, Nr. 192.

⁵³ Vgl. unten den Abschnitt zum Landtagswahlkampf 1851.

⁵⁴ Der Parteifreund Rudolf Probst (1817–1899), liberal gesinnter katholischer Politiker, vor der Revolution Oberjustizassessor, von 1849–1894 Mitglied des Landtags und der drei verfassunggebenden Landesversammlungen, seit 1849 Anwalt und Mitbegründer einer Lebensversicherung und einer Ersparnisbank, erinnerte sich an die Zeit nach dem Abschied aus dem Staatsdienst, den er nahm, weil ihm die Regierung den Beamtenurlaub verwehrte: »Ich kann nur sagen, daß ich mich in den ersten Jahren allem unterzog und, um aus dem Sorgen heraus zu kommen, eine Arbeit auf mich nahm, die mir selbst den Sonntagsspaziergang unmöglich machte.« Zitiert nach A. SCHEUERLE, 1922, S. 5. Zu Probst vgl. H. BRANDT, Parlamentarismus, 1987, S. 157.

nach außen aber immer als Volkspartei auftrat.⁵⁵ Erst während der zweiten Landesversammlung gab sich der »Klub Kober« Statuten, die er im »Beobachter« veröffentlichte.⁵⁶ Die Mitglieder verpflichteten sich, eigene Anträge und Interpellationen zuerst der Fraktion vorzulegen, die diesen mit Mehrheit zustimmen mußte. Der »Klub« verzichtete darauf, von den Abgeordneten eine strenge Abstimmungsdisziplin nach Fraktionsbeschlüssen zu fordern. Über die Arbeitsweise des »Klub Kober« ist in der Literatur nichts näheres bekannt. Auch der Briefwechsel Mohls ist in der Frage der Fraktionsarbeit nicht ergiebig. Die Vorbereitung des Verfassungsentwurfes wirft jedoch ein Schlaglicht auf die lose Zusammenarbeit der Führungsriege. In den Motiven für seinen Verfassungsentwurf, die er in der Landesversammlung vortrug, gestand er die Selbständigkeit seines Entwurfes ein:

»Ich habe nur noch dabei zu erwähnen, daß ich zwar gewünscht hätte, diesen Entwurf, ehe ich ihn hier als Antrag einbringe, der Würdigung meiner politischen Freunde unterstellen zu können, daß dies aber leider die Zeit nicht gestattet hat, und daß ich nur mit einem ganz kleinen Theil dieser Freunde denselben berathen konnte, deren Ansichten ich durch die entsprechenden Abänderungen mich angeschlossen habe.«⁵⁷

Sicherlich mag man nicht bezweifeln, daß der Entwurf einer vollständigen Verfassung in wenigen Monaten eine Arbeitsleistung erforderte, die nur unter großer Konzentration zu erbringen war. Gelegentliche Zwischenberichte und Abstimmungen hätte die Partei bei diesem fundamentalen Gesetzesvorhaben wohl durchaus verlangen können, wenn sie dazu organisatorisch in der Lage gewesen wäre. Aber offensichtlich existierte die Organisation der Volkspartei in der Zeit nach der Wahl und vor dem Zusammentritt der Landesversammlung lediglich im Freundeskreis der Stuttgarter Demokraten. Regelmäßige Sitzungen der Parteigremien, des Landesausschusses und des Wahlausschusses kann es demnach kaum gegeben haben. Auch die noch verbliebenen Vereine im Lande stellten keine erkennbaren Ansprüche.

Trotz dieser lockeren Organisation zeichnete sich die Fraktion der Volkspartei im ersten nachrevolutionären Landtag, der nach dem Staatsstreich des Innenministers Linden wieder nach dem indirekten Wahlrecht von 1819 gewählt wurde, durch ihre Geschlossenheit aus, wie in dem Kapitel über den Landtag der 1850er Jahre gezeigt werden wird. Die Volkspartei überlebte freilich nur in amputiertem Zustand allein in ihrer Fraktion. Die Organisation ihrer Vereine im Land fiel endgültig dem Verbot durch das Innenministerium am 1. Februar 1852 zum Opfer.⁵⁸ Die staatliche Reaktion zerschlug nicht nur die letzten Reste der Parteistruktur, sie verfolgte die führenden Demokraten auch

⁵⁵ Vgl. W. BOLDT, *Volksvereine*, 1970, S. 69.

⁵⁶ Vgl. W. BOLDT, *Volksvereine*, 1970, S. 195.

⁵⁷ »Antrag des Abgeordneten Moriz Mohl, die Änderung der Verfassung betreffend«, Beilage 22 der 1. verfassungsgebenden Landesversammlung, Beilagenband, S. 112. Abgedruckt auch in *Der Beobachter* vom 19.12.1849, Nr. 312, auf der Titelseite.

⁵⁸ D. LANGEWIESCHE, *Liberalismus und Demokratie*, 1974, S. 262.

mit Hochverratsprozessen wegen der Aufstandsplanungen auf der Reutlinger Pfingstversammlung.⁵⁹ Wo sich keine strafrechtliche Handhabe bot, mißbrauchte die Regierung das Dienstrecht, um die im Staatsdienst verbliebenen Demokraten zu schikanieren und zum Austritt zu drängen.⁶⁰

Moriz Mohl begleitete diese Repressalien in seinen Briefen mit bitteren Kommentaren und sah sich auch selbst von der Verfolgung durch die Regierung bedroht:

»Was mich betrifft, so hassen sie mich mehr als alle anderen, weil ich ihnen nichts schenke. [...] Ich bin auch schon lange überzeugt, daß sie nur auf den Augenblick warten, mir mit einer gerichtlichen Klage zu Leibe zu gehen. [Nicht entzifferbarer Name] sagte mir einmal, er könne mir *den* Haß, den sie auf mich haben, gar nicht schildern u. es rein nicht begreifen, daß sie mir noch nicht zu Leib gegangen seyen. Ich mache ihnen nur natürlich, wo mögl., die Freude nicht. Ich habe theils deshalb, theils, weil es mir selbst gegen die persönliche Richtung und Neigung geht, mich auch in *gar nichts* eingelassen, außer: 1, die amtliche Wirksamkeit als Abgeordneter; 2, die Theilnahme an der Wahlagitation bei den Wahlen in legalster Weise; 3, litterarische Wirksamkeit. Sonst *gar nichts*, keinen Landesauschuß, nichts dergl. Ich habe auch mein Maul bis jetzt soweit gouverniert, daß sie mir nicht an den Pelz konnten. Ich bin Dir übrigens für Deine freundliche Warnung von Herzen dankbar; denn Grund ist dazu gegenüber diesen Leuten jederzeit genug da.«⁶¹

Dieses »Sonst gar nichts« nach zwei Jahren intensiver Arbeit für die Volkspartei zeigt noch einmal, daß sich sein Parteiverständnis völlig über die Abgeordnetentätigkeit definierte. Mohl sah in den Resten der Parteiorganisation lediglich Wahlvereine im vormärzlichen Sinn. Wie bereits gezeigt wurde, lehnte er eine zweite politische Interessensvertretung des Volkes neben den Abgeordneten ab. Darüber hinaus vermied er aus Vorsicht den Kontakt mit dem Landesauschuß, der die Reutlinger Pfingstversammlung organisiert hatte.

Die Warnung Robert Mohls, auf die der letzte Satz des Zitates hinweist, gewinnt an Brisanz, wenn man sich dessen Position in der Revolution vergegenwärtigt.⁶² Als Reichsjustizminister unterstützte Robert Mohl das Reichsinnenministerium in dem Bemühen, das politische Vereinswesen in Deutschland zu kontrollieren und zu diesem Zweck die politische-polizeiliche Zusammenarbeit der Einzelstaaten zu koordinieren. Unter dem Eindruck der Septemberunruhen in Frankfurt wies der Reichsinnenminister Anton v. Schmerling gemeinsam mit Reichsjustizminister Robert Mohl sämtliche deutsche Einzelstaaten an, Auskunft über Anzahl, Organisation, Tendenz und Einfluß der politischen Vereine zu erteilen. Der Zirkularerlaß der beiden Minister diente den Regierungen der Einzelstaaten als willkommener Vorwand und Anstoß, eigene Untersuchungen gegen die politischen Vereine anzustellen oder zu in-

⁵⁹ Vgl. W. BOLDT, *Volksvereine*, 1970, S. 65 ff.

⁶⁰ D. LANGEWIESCHE, *Liberalismus und Demokratie*, 1974, S. 243.

⁶¹ Brief Moriz Mohls an Robert Mohl vom 18.5.1851. Hervorhebungen im Original.

⁶² Für das Folgende W. SIEMANN, *Die Anfänge der politischen Polizei*, 1985, S. 223–241.

tensivieren. Bis auf wenige Kleinstaaten folgten die deutschen Staaten der Anordnung der Zentralregierung und gestanden ihr damit auf dem Gebiet der politischen Polizei zentralstaatliche Kompetenz zu.

Nach dem Scheitern der Revolution wußte Robert Mohl um die Leistungsfähigkeit der einzelstaatlichen Polizei in der Kontrolle des Vereinswesens und konnte sich dank dieser Erfahrungen eine zutreffende Vorstellung von der Entschlossenheit der Verwaltungsspitzen machen, mit der sie nach dem politischen Umschwung gegen die Vereine vorgehen würden.

Die Warnung an den Bruder konnte nicht rechtzeitig genug erfolgen. Bereits wenige Monate nach der Rückkehr aus Frankfurt wurde Moriz Mohl das erste, freilich auch das einzige Mal als Demokrat im württembergischen Innenministerium aktenkundig.⁶³ Am 15. September 1849 teilte die Regierung in Stuttgart ihrem Gesandten in München die Namen von fünf Demokraten mit, darunter auch Moriz Mohl, die am Vortag angeblich zu einem Treffen mit bayerischen, badischen und pfälzischen Gesinnungsgenossen nach Bayern gereist seien.⁶⁴ Das Innenministerium ließ sofort Nachforschungen in den Wohnungen der politischen Freunde anstellen und konnte dort nur noch ihre Abreise feststellen. Dem Obersteuerrath a.D. Mohl führte die polizeiliche Nachfrage bei seiner Haushälterin vor Augen, daß der Ausflug in die inzwischen konspirative Welt des staatenübergreifend organisierten politischen Vereinswesens von den Behörden auf Schritt und Tritt verfolgt wurde.

Das Gefühl der Bedrohung durch die Regierung beeinflusste nicht nur sein parteipolitisches Engagement, sondern auch seine private Lebensführung. Obwohl er von seinen Zinseinkünften leben mußte, hielt er bereits im Sommer 1849 2 200 fl. bar bereit, immerhin das Jahresgehalt eines höheren Beamten, um notfalls in die Schweiz fliehen zu können. Die Briefe seiner Brüder, die er in dieser Zeit erhielt, vernichtete er größtenteils sofort.⁶⁵

Trotz des Rücktritts aus dem Landesausschuß scheute er das persönliche Risiko nicht, wenn es galt, ständische Rechte zu verteidigen. Auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzung zwischen dem ständischen Ausschuß der aufgelösten dritten Landesversammlung und der Regierung Linden nach dem Staatsstreich am 6.11.1850 übte Mohl sich in konspirativer Arbeit, die im Ernstfall sicherlich durch die schwäbische Gründlichkeit konterkariert worden wäre, die er dabei an den Tag legte. Der ständische Ausschuß wachte nach der württembergischen Verfassung während der Vertagung und nach der Schließung des Landtages über die ständischen Rechte. Diesen Anspruch hielt er von der Landesversammlung gewählte Ausschuß auch nach dem Staatsstreich gegen den Widerstand des Innenministers aufrecht und beschuldigte die Regierung öffentlich des Verfassungsbruches. Der Streit zwischen Regierung und Ausschuß über die Rechtmäßigkeit des Vorgehens bzw. der jeweiligen Existenz

⁶³ HSTAST, E 9, Kabinettsakten III, Bü 117.

⁶⁴ Vgl. o. den Bericht Mohls über die Zusammenkunft.

⁶⁵ Brief Moriz Mohls an Julius Mohl vom 22.1.1851, Nr. 9, und an Robert Mohl vom 29.1.1851, Nr. 121.

manifestierte sich im Schlüssel der Staatsschuldenkasse und dem Stempel für das Papiergeld des württembergischen Staates, welche sich im Besitz des Ausschusses befanden und von diesem nach der Verfassung verwaltet wurden. Mohl, der in seiner beruflichen Stellung nicht durch die Regierung erpressbar war, nahm es im Januar 1851 auf sich, Stempel und Schlüssel vor dem Zugriff der Regierung zu verstecken.⁶⁶

Um der Regierung im Falle einer Verhaftung den Zugriff auf sein Vermögen zu erschweren, inventarisierte er alle Kapitalbriefe und Zinsscheine und gab diese seinem Freund Oberstudienrat Stälin zur Aufbewahrung. Abschriften des Inventars übergab er dem Bruder Hugo Mohl und dem Rechtsanwalt Dr. Paul Sick, dem er auch Quittungen für die nächsten Zinszahlungen und einen Brief an Stälin übergab, der diesen wiederum aufforderte, dem Überbringer die Mohlschen Depositen auszuhändigen. Seine Haushälterin erfuhr mit Bedacht nicht den Aufbewahrungsort der Kapitalbriefe, sondern erhielt von Mohl die Anweisung, bei einer Verhaftung sich an Dr. Sick zu wenden, der ihr die Verfügung über das Vermögen ermöglichen werde, welches sie dann verwalten solle. Mohl mühte sich um die Geheimhaltung seines Versteckspiels und beschränkte den Kreis der Mitwisser auf die seiner Meinung nach notwendigsten Personen: Seine Brüder Hugo und Robert Mohl, seine Haushälterin, den Rechtsanwalt Dr. Sick und seinen Freund Stälin sowie die Ehefrauen der beiden letzten.

Die Regierung strengte dann auch im Streit um die beiden Verfassungssymbole eine gerichtliche Untersuchung gegen Mohl wegen »Ungehorsams« an. Er wurde vorgeladen und erwies sich auch vor den Schranken des Gerichts als ein unerschrocken dozierender Vertreter der Landesinteressen, wie er seinem Bruder schilderte:

»Die ganze Sache drehte sich um staatsrechtliche Fragen, es versteht sich also, daß auch unsere Motive darauf beruhen u. unsere Antworten darauf beruhen müssen. Darauf sagte er: Er sey Richter und nicht mein Schreiber; er werde aufnehmen was er zur Untersuchung für die Frage, ob wir vor d. Schwurgericht zu stellen seyen [...] für erforderlich halte, worauf ich ihm erwiederte, daß ich mich über dieses Verfahren beim Gerichtshof beschwere.«⁶⁷

Auch wenn die Regierung eine Verhaftung der Ausschußmitglieder ernsthaft erwog⁶⁸, vermied es Innenminister Linden letztlich doch, »demokratische Märtyrer«⁶⁹ zu schaffen. Da es beide Seiten nicht zu einer Eskalation kommen ließen⁷⁰, blieb Mohl eine Anklage erspart.

Abgesehen von der Episode um den ständischen Ausschuß bot Mohl bei allem verbalen Radikalismus keine Angriffsfläche für eine gerichtliche Verfol-

⁶⁶ Für das Folgende der Brief Moriz Mohls an Robert Mohl vom 29.1.1851, Nr. 121.

⁶⁷ Brief Moriz Mohls an Robert Mohl vom 5.12.1850, Nr. 112. Zu der gerichtlichen Untersuchung vgl. F. MÖGLE-HOFACKER, 1981, S. 109, Anm. 746.

⁶⁸ F. MÖGLE-HOFACKER, 1981, S. 106, Anm. 724.

⁶⁹ Ebd., S. 112.

⁷⁰ Ebd., S. 109 und 123 f.

gung, da er sich von der Reutlinger Pfingstversammlung ferngehalten hatte und jede konspirative politische Betätigung ablehnte. Er geriet dadurch auch nicht in das Visier der polizeilichen Überwachung durch die württembergische Regierung, die sich durch den Beitritt zum Polizeiverein intensivierte, mit dem die Regierungen des Deutschen Bundes die Beobachtung und Verfolgung der politischen Opposition länderübergreifend koordinierten.⁷¹ Offensichtlich war der Regierung Mohls Unwilligkeit zur politischen Organisation bekannt und sein Auftreten in der Kammer war im Rahmen der Verfassung, um deren Einhaltung Linden nach dem Staatsstreich bedacht war, nicht zu unterbinden.

⁷¹ Dazu W. SIEMANN, *Politische Polizei*, 1985, S. 439 ff.

In der Frankfurter Nationalversammlung

1. Der volkswirtschaftliche Ausschuß

Der volkswirtschaftliche Ausschuß der Nationalversammlung, der die Aufmerksamkeit Mohls zunehmend von den Fraktionen abzog, konstituierte sich bereits am Tag der Bestimmung seiner Mitglieder aus den Abteilungen des Plenums am 25. 5. 1848.¹ Einen Tag später gliederte er sich in 7 Unterabteilungen, die Vorarbeiten und Berichte für die Ausschußsitzungen leisten sollten.² Als einer der wenigen Mitglieder schrieb sich Mohl in drei Unterausschüsse ein: über »Handel, Schifffahrt, Zollwesen«, über »Innere Kommunikationsmittel, Post, Eisenbahn, Kanäle, Binnenzölle« und über »Geld, Kredit- und Bankwesen«. Mit seiner Wahl verknüpfte er weitreichende Hoffnungen:

»Es wird sich in den nächsten Tagen zeigen, ob ich Zoll- und Schifffahrts Referent werde, was natürlich m. Wunsch ist, aber Gegenstand des Kampfes seyn wird.«³

Der folgende Abschnitt soll die Frage beantworten, ob Mohl die Rolle im Ausschuß spielen konnte, die er sich nach der Selbsteinschätzung seiner Kompetenz zumaß. Darüber hinaus werden seine Positionen zu den wichtigsten Fragen, denen sich der Ausschuß stellen mußte, in einem Überblick vorgestellt.

Der Einfluß, den die bisherige Forschung Mohl im volkswirtschaftlichen Ausschuß zuweist, ist umstritten und teilweise unrichtig. Veit Valentin belebt das seit Heinrich Treitschke durch die Literatur fortgeschriebene Vorurteil des unpraktischen, nicht ganz ernst zu nehmenden Eiferers.⁴ Franz Wauschkuhn übernimmt das Urteil Veit Valentins über Mohls Charakter, weist ihm aber die »Hauptrolle« im Ausschuß zu.⁵ Selbst die Herausgeber der Protokolle des Ausschusses scheinen Mohl bei der Arbeit an der Edition aus den Augen verloren zu haben, sonst könnten sie den radikalsten Unitaristen des Ausschusses in der Kurzbiographie des Anhangs nicht als überzeugten Föderalisten

¹ R. MOLDENHAUER, 1992, S. 51.

² R. MOLDENHAUER, 1992, S. 52.

³ Brief Moriz Mohls an Julius Mohl vom 30. 5. 1848. Bereits in der zweiten Sitzung der Nationalversammlung brachte Mohl zwei Anträge über die Errichtung einer Schutzzollgrenze und die Aufhebung der Binnenzölle und der Flußzölle auf den deutschen Binnenflüssen ein. Haßler, Bd. 5, S. 1 ff.

⁴ V. VALENTIN, Deutsche Revolution, 1930/31, Bd. 2, S. 318.

⁵ F.-F. WAUSCHKUHN, Württembergische Textilindustrie, 1974, S. 396 ff.

bezeichnen.⁶ Schlicht falsch ist es, wenn Helmut Sedatis Mohl zum »spiritus rector« der Freihändler des Ausschusses ernennt.⁷

Mohls hochfliegende Wünsche, Repräsentant des volkswirtschaftlichen Ausschusses in Zoll- und Wasserzollfragen zu werden, verwirklichten sich nur in bescheidenem Umfang. Lediglich zweimal durfte er als Referent des Ausschusses dem Plenum der Nationalversammlung Bericht erstatten. Am 15. Juli 1848 sprach er zu einer Petition der Ulmer Dampfschiffahrtsgesellschaft, die den Schutz ihrer Rechte erbeten hatte, und am 2. November 1848 trug er die Motive des Ausschusses zu einigen vom Vorschlag des Verfassungsausschusses abweichenden Artikeln der Reichsverfassung vor.⁸ Die außerordentliche Kompetenz der Mitglieder des volkswirtschaftlichen Ausschusses brachte es mit sich, daß Mohl nicht die dominierende Rolle spielen konnte, die er sich ursprünglich zgedacht hatte.⁹ Für keinen der drei Unterausschüsse wählten ihn die Mitglieder zum Vorsitzenden.¹⁰ Sie gaben Abgeordneten den Vorzug, die wie Johannes Baptista Fallati über mehr wissenschaftliches Renommee¹¹, wie Friedrich Benedikt Wilhelm v. Hermann über administrative Erfahrung¹² oder politische Praxis wie Karl Mathy¹³ verfügten.

In die alltägliche Arbeit der Kommission ordnete Mohl sich mit großer Disziplin ein und versäumte kaum eine der Sitzungen, die in der Regel von selten mehr als 2/3 der Ausschußmitglieder besucht wurden. An den Diskussionen des Ausschusses beteiligte er sich überdurchschnittlich häufig, was ihm die Kritik der Zeitgenossen ebenso wie der Forschung eingetragen hat. Der Herausgeber der Ausschußprotokolle bemerkt, daß Mohl im Ausschuß »die unersprießliche Eigenschaft« gezeigt habe, »über alles zu sprechen und alles zu zerreden. Im Verlaufe der Ausschußdebatten ist diese seine negative Eigenschaft oft deutlich genug erkennbar gewesen.«¹⁴ Auch wenn der Umfang der Protokolle einen stichhaltigen Beleg dieser Bewertung kaum erlaubt, muß hier nicht versucht werden, Mohl von diesem Vorwurf zu befreien. Vielmehr soll darauf hingewiesen werden, daß an ihm eine Kritik geübt wurde, die den

⁶ R. MOLDENHAUER, 1992, S. 322.

⁷ H. SEDATIS, 1979, S. 89 f. Zur Kritik an Sedatis' Einschätzung des volkswirtschaftlichen Ausschusses vgl. M. SIMON, 1983, S. 167, Anm. 3.

⁸ HASSLER, Bd. 2, S. 120–123, und S. 512–530. Für die 71. Sitzung am 4.9.1848 legte Mohl einen Minderheitsantrag zu den Zöllen auf Binnenflüssen vor, Haßler, Bd. 2, S. 238–239.

⁹ Zu den Mitgliedern vgl. R. MOLDENHAUER, 1992, S. 30, sowie S. 311–328, und K. KLASSEN, 1984, S. 79–92.

¹⁰ 3. Sitzung, 28.5.1848, R. MOLDENHAUER, 1992, S. 54.

¹¹ Fallati, Vorsitzender des Unterausschusses für innere Kommunikationsmittel, war Professor an der volkswirtschaftlichen Fakultät in Tübingen.

¹² v. Hermann, Vorsitzender des Unterausschusses für Handel, Schifffahrt und Zollwesen, wurde 1835 Direktor des neugeschaffenen Statistischen Büros und 1845 Ministerialrat im bayerischen Ministerium des Inneren.

¹³ Mathy, Vorsitzender des Unterausschusses für Geld-, Kredit- und Bankwesen, war nach 1842 Führer der Opposition im badischen Landtag, 1848 wurde er Staatsrat und Mitglied des badischen Staatsministeriums.

¹⁴ R. MOLDENHAUER, 1992, S. 31.

ganzen Ausschuß traf.¹⁵ In besonders hartnäckiger Weise hängt dem volkswirtschaftlichen Ausschuß das Verdikt der praxisfernen, nicht an den drängenden Aufgaben orientierten Gelehrtenversammlung an, von dem die neuere Forschung die Nationalversammlung selbst inzwischen befreien konnte.¹⁶ Sogar Rüdiger Moldenhauer zitiert ohne kritischen Kommentar aus den Lebenserinnerungen Robert von Mohls, der den Ausschüssen »Verzögerung und Liegenlassen der Geschäfte« attestiert.¹⁷ Heinrich Best sieht, daß sich der Ausschuß in den ersten Wochen »in Kontroversen über das Prozedere verstrickte und in einer Fülle von Tätigkeiten verzettelte.«¹⁸

Diese Vorwürfe gegen den Ausschuß wurden bereits von dessen Mitgliedern selbst geprägt und entsprangen auch dem Aufeinandertreffen von Wissenschaftlern und Unternehmern im Gremium. Der Bremer Kaufmann für Kolonialwaren John Albert Droege konnte das ihm ungewohnte Diskussionsklima in einem Brief an seine Frau vom Mai 1848 nicht anders als durch beißenden Spott bewältigen:

»In die Kommission für Handel, Arbeit und Zoll [...] wurden glücklicherweise wenigstens einige Leute gewählt, die davon etwas verstehen, – so Gevekoth, Rönne, Carl aus Berlin, [...] Merck von Hamburg und ich, den Professoren und Theoretikern gegenüber werden wir noch viel zu tun bekommen. [...] Bei allem Ärger über diese Hochgelehrten, muß man doch recht oft über ihre kindlichen Ideen lachen, umsomehr, daß diese oft in höchst komischen Dialekten zutage kommen. Eine unserer größten Plagen ist ein titelvoller Moritz Mohl, der uns mit der größten Höflichkeit und Ausdauer stundenlang Unsinn vorschwatzt.«¹⁹

Die Ursachen für den »schwerfälligen Diskussionsverlauf«²⁰ werden in der Literatur kaum reflektiert, obwohl bereits Veit Valentin angedeutet hat, daß sich der Ausschuß die gründliche Bearbeitung und Begutachtung von weitgespannten sozialen und wirtschaftlichen Problemen zur Aufgabe gestellt hatte, die bis dahin gar nicht oder nicht in diesem Umfang als Aufgabe staatlichen Handelns in Deutschland wahrgenommen worden waren.²¹ Die Informationsbasis für diese Pionierarbeit bildeten zum einen die über 8 000 Petitionen, die beim Frankfurter Parlament einliefen, zum anderen eine großangelegte Enquête, die nach Wirtschaftszweigen differenziert, die Konkurrenzverhältnisse

¹⁵ V. VALENTIN, *Deutsche Revolution, 1930/31*, Bd. 2, S. 318, illustriert seine Kritik an der Arbeitsweise des Ausschusses mit einem Kurzporträt Mohls und macht ihn damit implizit zu deren Exponenten.

¹⁶ Vgl. die Zusammenfassung bei W. SIEMANN, *Deutschland 1806–1871*, 1995, S. 373 f.

¹⁷ R. MOLDENHAUER, 1992, S. 39.

¹⁸ H. BEST, *Interessenpolitik*, 1980, S. 249. Aus der rechtshistorischen Arbeit von K. KLASSEN, 1984, S. 106 f., erfährt man ebenfalls, »daß sie (die Mitglieder des Ausschusses) sich immer mehr verzettelten und die Arbeit ständig ineffektiver wurde.«

¹⁹ Zitiert nach K. KLASSEN, 1984, S. 169.

²⁰ K. KLASSEN, 1984, S. 176.

²¹ V. VALENTIN, *Deutsche Revolution, 1930/31*, Bd. 2, S. 317 f. Vgl. auch den kurzen Überblick von R. MOLDENHAUER, 1992, S. 41 f.

erforschen sollte, um auf diese Weise taugliche Zollsätze ermitteln zu können.²² Die Petitionen erwiesen sich als außerordentlich wichtige Quelle für die sozialgeschichtliche Forschung.²³ Die Ausschußmitglieder selbst erkannten den Wert dieser Quelle für ihre Untersuchungen der wirtschaftlichen und sozialen Tatsachen und verwendeten einen beachtlichen Teil ihrer Arbeitszeit auf die Registrierung, Auswertung und gegebenenfalls Beantwortung der Petitionen, was den Hintergrund für den Vorwurf der Verschleppung bildete. Dabei wird übersehen, daß die Debatten des volkswirtschaftlichen Ausschusses sich nicht in der raschen Diskussion politischer Werthaltungen hätten erledigen lassen, sondern nach fachlicher Fundierung verlangten, die sich an den sozialen, wirtschaftlichen und politischen Tatsachen orientieren wollte. Wissenschaftliche Vorarbeiten, die diese Kenntnisse bereitgestellt hätten, existierten nicht, und mußten aus den Petitionen und Antworten der Enquête erst mühsam herausdestilliert werden.

Auch dabei lud besonders Mohls Engagement zum Spott der Karikaturisten ein. Die Zeichnung des Abgeordneten Detmold zeigt die von ihm erfundene Figur des Hinterbänklers Piepmeyer, der in der Registratur Mohl (Abb. 9) bei der Bearbeitung der Enquêtes antrifft.²⁴

Ein weiterer Grund für die Überforderung des Ausschusses in der zur Verfügung stehenden Zeit liegt in der Doppelfunktion als Parlamentskommission und Ministerialbürokratie, die er in den ersten Monaten auszufüllen hatte. Die bisherige Arbeitsteilung in der Gesetzgebung des Konstitutionalismus sah vor, daß die Fachabteilung des Ministeriums einen Gesetzentwurf erarbeitet und die Kommission des Parlamentes diesen begutachtete sowie gegebenenfalls korrigierte. Auf diese Vorleistungen, die von besoldeten Fachleuten oft in jahrelanger Arbeit erstellt wurden, konnte der volkswirtschaftliche Ausschuß nicht zurückgreifen. Die doppelte Belastung der Informationsbeschaffung und der politischen Konsensfindung wurde von den Ausschußmitgliedern wenn auch spät erkannt²⁵; sie übertrugen daher die Formulierung eines Zolltarifgesetzes dem Reichsministerium und überließen diesem dafür das gesamte bisher eingegangene Material zur Mitbenutzung.²⁶

Nicht nur in den Erwartungen an die eigene Position und die Rolle, die der Ausschuß insgesamt spielen konnte, sah Mohl sich enttäuscht, auch inhaltlich

²² R. MOLDENHAUER, 1992, S. 33. Dem Problem der parlamentarischen Enquête ist ein eigenes Kapitel der Untersuchung gewidmet. Die Bedeutung der Enquête wurde in einem grundlegenden Aufsatz hervorgehoben von W. SIEMANN, *Zwischen Ordnungs- und Sozialpolitik*, 1989; zur Nationalversammlung vgl. ebd., S. 301.

²³ Vgl. R. MOLDENHAUER, 1992, S. 1–18.

²⁴ [DETMOLD, JOHANN H.], 1849, S. 22. Vgl. auch R. HELLER, 1849, S. 79. Moriz Mohl »wirft dann mit Behauptungen, Zahlenangaben und Thatsachen aller Art aufs verwegenste um sich. Seine Schuld wirds übrigens nicht sein, wenn die künftige Reichsgewalt nicht jeden Fuder Heu wiegt, welcher bei Kehlheim über den Rhein geht, und wenn ihr nicht jeder Kieshaufen vorgemessen wird, den die preußischen Baggermaschinen in Frankfurt aus der Oder heben.«

²⁵ Vgl. G. ZIEBURA, *Anfänge des deutschen Parlamentarismus*, 1963, S. 221.

²⁶ In der 54. Sitzung am 29.9.1848, R. MOLDENHAUER, 1992, S. 147 f.

nahm die Arbeit des Ausschusses einen anderen Verlauf, da die Beratung und damit ein Bericht über Zollfragen aus den oben genannten Gründen zunächst nicht auf die Tagesordnung der Kommission gesetzt werden konnten. Die Diskussion des Ausschusses wurde daher in den ersten Monaten weit weniger vom Gegensatz zwischen Schutzzöllnern und Freihändlern dominiert, wie dies mit Mohl sicherlich auch die übrigen Teilnehmer erwartet hatten.²⁷ Die entscheidende Auseinandersetzung zwischen Schutzzollsystem und Freihandelsprinzip blieb zunächst aus, als sich für die Freihändler abzeichnete, daß die Nationalversammlung nicht bereit war, der raschen Errichtung einer provisorischen Zolleinheit zuzustimmen und damit die Diskussion der Zollfrage auf die Tagesordnung des volkswirtschaftlichen Ausschusses zu setzen. Am 14. Juli 1848 lehnte sie den Antrag ab, den volkswirtschaftlichen Ausschuß zu beauftragen, innerhalb von 14 Tagen einen Bericht über den Vorschlag vorzulegen, zum 1.9.1848 für Deutschland einheitliche Textilizölle zu erheben und die Binnenzölle abzuschaffen.²⁸ Der volkswirtschaftliche Ausschuß wäre dazu auch kaum in der Lage gewesen, da er seiner Vorlage für einen Zolltarif die erwähnte Enquête zugrunde legen wollte, deren Erarbeitung im Juli 1848 gerade erst begonnen hatte.

Durch den Beschluß der Nationalversammlung verlor der Ausschuß bereits in den ersten Monaten seines Bestehens die Initiative für eine Zolleinigung Deutschlands an den Handelsminister und an die Vertreter der einzelstaatlichen Regierungen, die sich zu einem selbständigen Gremium »als föderatives Korrektiv« in Frankfurt konstituierten und die Verbindung zum Handelsministerium suchten.²⁹ Darüber hinaus erklärte die Nationalversammlung am 16.12.1848 die Schaffung der politischen Einigung zur Vorbedingung für eine Vereinheitlichung Deutschlands zu einem Zollgebiet und legte damit fest, was auch in den Monaten zuvor das Arbeitsprogramm des Ausschusses bestimmt hatte, nämlich die zumindest zeitliche Nachrangigkeit der Aufgaben des volkswirtschaftlichen Ausschusses gegenüber den Verfassungsberatungen.³⁰

Bis in den September hinein bestimmten die Binnenzölle auf den Flüssen und die zukünftige Kompetenz des Reiches für die »inneren Kommunikationsmittel«, also Post, Eisenbahn und Wasserstraßen, die Tagesordnung des Ausschusses. Moriz Mohl vertrat hier ein klares Programm, das er dem Bruder Julius im Juli 1848 mitteilte:

»Mein ganzes Dichten und Trachten geht darauf, alles für das Reich zu reklamieren (die Armee, Marine, Zoll, Post, Münze, Wasserstraßen, die Gesetzgebung in allem möglichen, Justiz, Gewerbeswesen usw. usw.), sodaß am Ende für die

²⁷ »Denn wir stehen 1, auf der einen Seite: die Hansestädte, Nordseestaaten und Triest als Freihandelspartei, und 2, auf der anderen: das übrige Deutschland als Schutzzollpartei einander in der Versammlung und in der Commission wie 2 feindliche Armeen, welche im Begriffe sind, sich in den Krieg zu stürzen, gegenüber.« Brief Moriz Mohls an Julius Mohl vom 30.5.1848.

²⁸ H. BEST, *Interessenpolitik*, 1980, S. 249 f.

²⁹ H. BEST, *Interessenpolitik*, 1980, S. 253 f.

³⁰ Vgl. R. MOLDENHAUER, 1992, S. 41.

Separatstaaten nichts übrig bleibt, in deren Abschaffung meo voto das Heil Deutschlands liegt.«³¹

Die Beratung der Reichsverfassungsartikel zu den Eisenbahnen im Ausschuß³² vermittelt einen Eindruck von der radikalen unitaristischen Position, die Mohl einnahm. Er forderte die Verpflichtung auf ein einheitliches Tarifsysteem und auf eine Spurweite in den Rang einer Verfassungsbestimmung zu heben. Das Reich sollte »die Führung des ganzen Eisenbahnwesens überhaupt«³³ in Anspruch nehmen, was mit einer Reichsverwaltung des deutschen Eisenbahnwesens gleichzusetzen gewesen wäre. Die Mehrheit der Ausschußmitglieder wollte die Freiheit der Länder, ihr Eisenbahnsystem wie bisher selbständig zu entwickeln, nicht preisgeben. Mit 10:6 Stimmen verwarf der Ausschuß das ausschließliche Recht der Reichsgewalt, Anlagen zu bewilligen und beschloß, dem Plenum vorzuschlagen: »Das Reich hat das Recht, Eisenbahnen anzulegen und deren Anlage zu bewilligen.«³⁴ Die Reichsverfassung schwächte die unitaristische Tendenz, die dem Antrag geblieben war, weiter ab, indem sie die Intervention des Reiches lediglich zum Schutz desselben oder »im Interesse des allgemeinen Verkehrs« eintreten lassen wollte.³⁵

Die zentralistische Haltung Mohls in der Paulskirche verdient besondere Beachtung, da er in das Bewußtsein der Zeitgenossen wie der Forschung als entschiedener württembergischer Föderalist eingegangen ist. Dieses Bild Mohls wurde durch den Widerstand gegen die preußisch dominierte Reichsgründung geprägt, wobei er ausdauernd und mit großem publizistischem Aufwand gegen jede Abtretung von Souveränitätsrechten an das Reich kämpfte. Gegen die Pläne zur Errichtung eines Reichseisenbahnamtes und den Ankauf der Bahnen durch das Reich – 1848 noch das Ziel der Wünsche – veröffentlichte er zwischen 1874 und 1876 drei Broschüren, in denen die Notwendigkeit einer föderalistischen Verwaltung beschworen wurde.³⁶ Mohl erlebte die Reichsgründung 1871 nicht als Sieg der deutschen Nation, sondern als ihre Spaltung und Unterwerfung durch einen Militärstaat mit »halbslavischem Wesen«.³⁷ Eine zentrale Verwaltung der Eisenbahnen unter der souveränen Kontrolle des Parlamentes der gesamten Nation trennte in seinen Augen Welten von einem Reichs-Eisenbahn-Amt unter preußischer Führung in Berlin, das der politischen Kontrolle des Reichstags entrückt war.

³¹ Brief vom 15.7.1848.

³² 24. und 25. Sitzung am 20. und 21. Juli 1848, R. MOLDENHAUER, 1992, S. 87 ff.

³³ R. MOLDENHAUER, 1992, S. 88.

³⁴ Ebd.

³⁵ Verfassung des deutschen Reiches vom 28. März 1848, Abschnitt II, Artikel VI, § 28. Zitiert nach H. BOLDT, Reich und Länder, 1987, S. 396.

³⁶ Über den Entwurf eines Reichs-Eisenbahn-Gesetzes und dessen Unzulässigkeit, Stuttgart 1874; Bemerkungen zu dem vorläufigen Entwurf eines Reichs-Eisenbahn-Gesetzes vom April 1875, Stuttgart 1875; Die Frage von Reichs-Eisenbahnen erörtert. Mit einem Hefte von statistischen Übersichten, Stuttgart 1876.

³⁷ Moriz MOHL, Mahnruf zur Bewahrung Süddeutschlands vor den äußersten Gefahren. Denkschrift für die süddeutschen Volksvertreter, Stuttgart 1867, S. 22.

Mohl vertrat 1848/49 auch im Plenum der Nationalversammlung eine radikale zentralistische Position über die staatliche Neuordnung Deutschlands. Daher bietet es sich an, nicht sofort zum volkswirtschaftlichen Ausschuß zurückzukehren. Nimmt man die Hoffnung auf die Auflösung der Einzelstaaten in den privaten Briefen als Maßstab, so erscheint sein Antrag vom 20.10.1848³⁸ vor dem Plenum der Nationalversammlung geradezu als Kompromißvorschlag, doch war er der radikalste, welcher der Versammlung zur Abstimmung vorlag³⁹:

»5) Alle deutschen Länder von weniger als 500 000 Einwohnern werden mit der Verkündigung der gegenwärtigen Reichsverfassung reichsunmittelbar.«

Die Auswirkungen dieses Satzes auf die Landkarte Deutschlands wären erheblich gewesen, da von den 38 deutschen Staaten nur etwa zehn übrig geblieben wären.⁴⁰ In Artikel 5 sah Mohl jedoch nur den ersten Schritt hin zu einem Zentralstaat. Die Reichsgewalt sollte jederzeit das Recht haben, »aus Gründen des öffentlichen Wohls« einzelne deutsche Staaten aufzulösen und an das Reich zu ziehen. Darüber hinaus sollte die Mehrheit der gewählten Abgeordneten eines Landes⁴¹ das Ende der eigenen staatlichen Existenz und den Beitritt zum reichsunmittelbaren Gebiet erklären können, ohne daß dazu die Zustimmung des Landesherren und des Reiches nötig gewesen wäre. Das Recht der Landesvertretung, den König bzw. den Fürsten jederzeit abzusetzen, bedeutete einen radikalen Bruch mit dem Vertragsprinzip, das Monarch und Volksvertretung als Partner mit eigenen Rechten bei der Gestaltung des Landes begriff⁴² und sprengte die Verfassungskonstruktion der konstitutionellen Monarchie. Sicherlich wären die mediatisierten Staaten in die übergeordnete konstitutionelle Monarchie des Reiches transformiert worden, doch das dynastische Prinzip hätte seine Substanz verloren, wie es Mohl selbst in aller Klarheit formulierte:

»Wenn man diese Verhältnisse ins Auge faßt (Die dauernde Bedrohung des zersplitterten Deutschland durch äußere Feinde J.W.), dann, meine Herren, kann von Rechten einer Dynastie nicht die Rede sein, und es gibt, von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, kein anderes Recht, als das der Nation, über sich und ihr Gebiet zu disponieren. (Lebhafter Beifall auf der Linken.)«⁴³

Mohls Vorschläge zur Flurbereinigung der deutschen Landkarte durch die Mediatisierung der Kleinstaaten mißachtete auch die historisch gewachsene

³⁸ Wigard, Bd. 4, S. 2748, die Begründung Wigard, Bd. 4, S. 3825.

³⁹ W. SIEMANN, Nationalversammlung, 1976, S. 205, hat herausgearbeitet, daß mit der Entscheidung, das Deutsche Reich als Bundesstaat zu gründen, Anträge für einen Zentralstaat nicht mehr möglich waren und die Mediatisierungsfrage präjudiziert wurde. Bei W. SIEMANN, Nationalversammlung, 1976, S. 205–218, auch eine eingehende Darstellung und Interpretation der Mediatisierungsdebatte.

⁴⁰ W. SIEMANN, Nationalversammlung, 1976, S. 207.

⁴¹ Damit schloß er die Mitglieder der ersten Kammern und die delegierten »neuständischen« Mitglieder der Abgeordneten-kammern aus.

⁴² Zur privatrechtlichen Auffassung fürstlicher Herrschaftsrechte in der Paulskirche vgl. W. SIEMANN, Nationalversammlung, 1976, S. 212 f.

⁴³ Wigard, Bd. IV, S. 3824.

föderale Struktur Deutschlands, die die Mehrheit der Abgeordneten als schützenswertes Gut bewahrt wissen wollte.⁴⁴

Bei der Gestaltung der äußeren Grenzen kümmerte sich Mohl weit weniger um den Willen des Volkes bzw. um den Willen der Völker der Donaumonarchie. Am 13.1.1849 debattierte die Nationalversammlung über eine Vollmacht für die Reichsregierung, mit Österreich über seine Stellung zum deutschen Bundesstaat zu verhandeln, und Mohl nutzte die Gelegenheit, seine nationalpolitische Konzeption vorzustellen. Er hielt es für ganz selbstverständlich, daß Österreich einem deutschen Bundesstaat nur beitreten könne, wenn es selbst das Staatsoberhaupt stelle:

»Meine Herren! Österreich hat 38 Millionen Einwohner, es gebietet über 500 000 Bajonnette ... (Ruf von der Rechten: Aber nicht lauter deutsche Bajonnette!) ... und ob diese Bajonnette deutsche Bajonnette, oder slavische Bajonnette sind, wird ganz gleichgiltig sein, wenn einmal diese Bajonnette auf etwas losgehen (große Heiterkeit.) [...] Es kann also darüber nicht der mindeste Zweifel sein, daß Österreich der mächtigste Staat unter denjenigen ist, welche an dem deutschen Bundesstaate Theil nehmen können.«⁴⁵

Auch wenn Moriz Mohls Bemerkung an dieser Stelle zur Heiterkeit herausforderte, was durch den breiten schwäbischen Dialekt verstärkt worden sein mag, waren ihm seine Worte bitter ernst. Bereits 1842 träumte er von einem mitteleuropäischen Deutschen Reich, das von der Donaumündung bis zur Rheinmündung reichte, und für das Belgien und Holland nötigenfalls erobert werden müßten.⁴⁶ Die wirtschaftlichen Entfaltungsmöglichkeiten dieses riesigen Absatzgebietes waren dabei nur ein Bestandteil der Motivation. »Wenn Deutschland der mächtigste Staat der Welt sein will,« so könne auf die nichtdeutschen Länder Österreichs nicht verzichtet werden:

»Ich frage Sie, wenn der Kaiser von Österreich Kaiser von Deutschland wird⁴⁷, wenn diese 70 Millionen Menschen vertreten sind in einem deutschen Parlament, wenn dieses Parlament durch seinen Einfluß die Minister dieses großen Reiches ernennt. [...] Ich frage Sie, welche Macht in Europa, selbst Rußland mit seinen 66 Millionen Menschen, oder Frankreich mit seinen 36 Millionen, welche Macht in Europa wird mächtig genug sein, um gegen dieses große Reich anzugehen? Ich frage, ob dieses deutsche Reich dann nicht im Stande ist, Krieg und Frieden der ganzen Welt zu dictieren.«⁴⁸

⁴⁴ Mit 253:198 Stimmen wurde über den Antrag zur Tagesordnung übergegangen, Wigard, Bd. IV, S. 3840.

⁴⁵ Wigard, Bd. 6, S. 4621.

⁴⁶ Vgl. G. WOLLSTEIN, 1977, S. 277.

⁴⁷ Mohl trat als einziger Württemberger für einen österreichischen Erbkaiser ein. Vgl. B. MANN, Württemberger, 1975, S. 252.

⁴⁸ Wigard, Bd. 6, S. 4621. Dieser Teil der Rede Mohls, allerdings verkürzt um die Forderung nach parlamentarischer Mitbestimmung der Minderheiten, die unten vorgestellt wird, ist abgedruckt in der Quellensammlung von A. RAPP, Großdeutsch-Kleindeutsch, 1922, S. 112. Den gleichen Ausschnitt bietet der Quellenanhang von H. SCHULZE, 1985, S. 158.

Mohl stand mit seinem expansiven Nationalismus in der Paulskirche keinesfalls isoliert.⁴⁹ Bereits bei der Debatte der Grenzen in Posen und in Südtirol hatte sich gezeigt, daß die Vorstellung vom Völkerfrühling der europäischen Brudernationen rasch verblühte, wenn man deutsche Machtinteressen gefährdet glaubte.⁵⁰ Die Annexion »dieser zerbröckelten kleinen Nationalitäten« der österreichischen Monarchie bemäntelte Mohl mit dem Hinweis, die nichtdeutschen Provinzen seien andernfalls von der parlamentarischen Mitbestimmung über politische Maßnahmen ausgeschlossen, die auch sie betreffen würden. Der Hinweis Mohls im nächsten Satz, die Mehrheitsverhältnisse im Parlament würden den Einfluß der Deutschen sichern, entwertete diese Integration wieder. Mohls Äußerung zeigt auch, daß er an der konstitutionellen Monarchie nur mehr der Form nach festhalten wollte. Die faktische Ernennung der Regierung aus dem Parlament markiert den Übergang zum parlamentarischen Regierungssystem nach englischem Vorbild.

Der volkswirtschaftliche Ausschuß bearbeitete von Ende November 1848 bis Ende Februar 1849 zwei große Gesetzentwürfe: Das Heimatgesetz und die Gewerbeordnung. Beide Gesetze sollten die Bedingungen regeln, unter denen die in den Grundrechten gewährte Niederlassungsfreiheit und Gewerbefreiheit zur Ausführung kommen sollten.⁵¹ Hinter diesen Diskussionen im Ausschuß verbarg sich die Bewältigung der Sozialen Frage auf dem Wege der Gesetzgebung.⁵² Das Heimatgesetz berührte die Armenfürsorge, die in die Hand der Gemeinden gelegt war. Die Gewerbeordnung verlangte die Stellungnahme zu den sozialen Problemen der Industrialisierung: Schutz des Handwerks vor der Konkurrenz der Industrie oder vollständige Gewerbefreiheit; die Verpflichtung des Staates für Arbeit zu sorgen; das Recht zur Bildung von Gewerkschaften; die Errichtung von Kranken- und Pensionskassen, die Regelung der Kinderarbeit.

Aus zwei Gründen kann eine Darstellung dieser Debatten im Ausschuß und im Plenum unterbleiben. Zum einen hat sich die Forschung bereits eingehend mit den sozialen Aspekten der Beratungen der Paulskirche beschäftigt und dabei auch die Rolle des volkswirtschaftlichen Ausschusses in den Blick genommen. Wolfram Siemann analysiert an der Debatte um das Grundrecht auf Arbeit die verschiedenen Auffassungen über die Verpflichtung des Staates, in die gesellschaftlichen Veränderungen während der Industrialisierung steuernd einzugreifen.⁵³ Manfred Simon arbeitet die Positionen im volkswirtschaftlichen Ausschuß zum Problem der Gewerbefreiheit heraus⁵⁴; Kurt Klassen leistet das gleiche unter dem Aspekt der betrieblichen Mitbestimmung.⁵⁵ Zwei juristische

⁴⁹ Zur Südosteuropakonzeption Mohls und anderer Liberaler vgl. M. MEYER, 1994, S. 191 f.

⁵⁰ Vgl. G. WOLLSTEIN, 1977.

⁵¹ §133 der Reichsverfassung, H. BOLDT, Reich und Länder, 1987, S. 412.

⁵² Vgl. U. A. MEINERZHAGEN, 1987.

⁵³ W. SIEMANN, Wirtschaftsliberalismus, 1976.

⁵⁴ M. SIMON, 1983.

⁵⁵ K. KLASSEN, 1984.

Dissertationen widmen sich mit sehr breitem Anspruch den sozialen Implikationen der Grundrechtsdebatten und dem Heimatgesetz wie der Gewerbeordnung.⁵⁶ Zum zweiten enthält die vorliegende Untersuchung einen eigenen Abschnitt, der sich mit Moriz Mohls Beiträgen zur Beratung der württembergischen Gewerbeordnung von 1862 beschäftigt. Die Position Mohls im Ausschuss soll daher abschließend nur knapp skizziert werden.

In der grundlegenden Frage nach der Verpflichtung des Staates, zur Lösung der sozialen Frage beizutragen, nahm er als »protektionistischer Liberaler« eine vermittelnde Position zwischen einem Laissez-faire-Liberalismus, der optimistisch auf die Selbstregulierungskräfte der Gesellschaft und des freien Marktes vertraute, und einem »sozialen Liberalismus« ein.⁵⁷ Der »soziale Liberalismus« erklärte die Bewältigung der sozialen Frage zum vorrangigen Ziel des Staates und erwartete, daß dieser die Interessen der Handarbeit gegen das Kapital stärke, indem er die Selbstorganisation der Arbeiterschaft etwa in Genossenschaften förderte und auf diese Weise das Gleichgewicht der Kräfte im Marktprozeß sicherte. Mohl lehnte einen Rechtsanspruch des Einzelnen an den Staat strikt ab, sei es in der Frage der Armenfürsorge durch die Gemeinde, sei es in der Debatte um das Recht auf Arbeit.⁵⁸ So löste er mit einer Minderheit des volkswirtschaftlichen Ausschusses das Dilemma zwischen dem Recht des Einzelnen, sich in jeder Gemeinde niederlassen zu dürfen, und dem Recht der Gemeinde, sich vor dem Zuzug unterstützungsbedürftiger Armer zu schützen, indem der Gemeinde weitreichende Kompetenzen eingeräumt werden sollten, die Unterstützung zu verweigern und in Not Geratene aus der Gemeinde zu entfernen.⁵⁹ Obwohl Mohl in seinen Studien die enormen sozialen Probleme des gesellschaftlichen Transformationsprozesses der Industrialisierung beschrieben hatte, vertraute er ungebrochen auf die Fähigkeit des Einzelnen, sich seinen Unterhalt zu verdienen, »wenn er fleißig, wenn er treu und fähig ist.«⁶⁰ Die soziale Verpflichtung des Staates, die Arbeitsmöglichkeiten zu fördern, erkannte der Nationalökonom sehr wohl an: »Der Staat kann zwar den Arbeiter nicht direct beschäftigen, aber er muß indirect Alles thun, daß derselbe Beschäftigung finde.«⁶¹ Dabei teilte Mohl mit den Anhängern des Laissez-faire-Liberalismus das optimistische Zukunftsbild, das von einer deregulierten Wirtschaft über das Gesetz von Angebot und Nachfrage »distributive Gerechtigkeit

⁵⁶ U. A. MEINERZHAGEN, 1987, und D. BOHNERT, 1980.

⁵⁷ So W. SIEMANN, *Wirtschaftsliberalismus*, 1976, auf dessen Kategorien sich die folgende Darstellung stützt. Vgl. dazu auch die erst für das Kaiserreich zutreffende Einteilung von G. TRAUTMANN, 1986, S. 50.

⁵⁸ Wigard, Bd. 7, S. 5 109.

⁵⁹ Vgl. Mohls Antrag in der 74. Sitzung des Ausschusses am 23.11.1848. R. MOLDENHAUER, 1992, S. 198 f. und das Minoritätsgutachten, Haßler, Verhandlungen, Bd. 2, S. 704–706. Eine Zusammenfassung des Inhalts bei U. A. MEINERZHAGEN, 1987, S. 329.

⁶⁰ In der Debatte um das Recht auf Arbeit unter den Bravorufen der Rechten und des Zentrums. Wigard, Bd. 7, S. 5 109. Vgl. dazu W. SIEMANN, *Wirtschaftsliberalismus*, 1976, S. 420.

⁶¹ Ebd.

und gesellschaftlichen Fortschritt« erhoffte.⁶² Der ehemalige Beamte⁶³ entwickelte jedoch eine tiefere Einsicht in die Funktionen, die der Staat in der Industrialisierung übernehmen mußte. Der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und die Förderung der gewerblichen Ausbildung konnten vom Individuum nicht geleistet werden. Mohl sah hier sogar, wie gezeigt wurde, die Einzelstaaten überfordert und wollte die Förderung der Verkehrswege ganz in die Hand des Reiches legen. »Der Schutz der nationalen Arbeit« durch ein einheitliches, protektionistisches Zollgebiet war in seinen Augen ebenfalls ein herausragendes Ziel des zukünftigen Reiches.

Ebenso wichtig war die Rolle des Staates bei der Beseitigung überkommener Privilegien gesellschaftlicher Gruppen, die den freien Marktprozessen und damit der Lösung der Sozialen Frage im Wege standen. Mit einer Minderheit des volkswirtschaftlichen Ausschusses befürwortete Mohl die absolute Gewerbefreiheit gegen jeden Schutz der handwerklichen Arbeit, hinter dem er lediglich mittelalterliche Zunftprivilegien erblicken konnte.⁶⁴ Die politische Durchsetzung dieses Privilegienabbaus sollte mit der Einführung des allgemeinen Wahlrechts abgesichert werden, da Mohl erwartete, daß es der Arbeiterschaft dann möglich wäre, »ihre Rechte den auf Gewerbebeschränkungen hinarbeitenden Tendenzen gegenüber geltend zu machen«.⁶⁵ In der Debatte über das Recht auf Arbeit erhielt Mohl den Beifall der Rechten, in der Wahlrechtsfrage stand er wieder auf der Seite der Linken, die sich vom allgemeinen Wahlrecht über die Interessenvertretung der unteren Schichten auch eine soziale Veränderung von Staat und Gesellschaft erhofften. Mohl erwartete von der Arbeiterschaft die Unterstützung seiner liberalen ordnungspolitischen Ziele gegen den bürgerlichen Handwerkerstand. Dabei bedachte er noch nicht, daß diese sozialen Schichten auch für eine Umverteilungspolitik des Staates, etwa über eine progressive Einkommenssteuer, eintreten könnten, die er mit dem »Socialismus und Communismus« identifizierte.⁶⁶

⁶² G. TRAUTMANN, 1986, S. 50, vgl. auch W. SIEMANN, *Wirtschaftsliberalismus*, 1976, S. 414. Im württembergischen Landtag äußerte er in der 22. Sitzung am 17.6.1851, V.d.K.A., 1851/53, Bd. 1, S. 387, »Man täuscht sich, wenn man glaubt, die verschiedenen Klassen des Volkes haben verschiedene Interessen, das ist keineswegs der Fall, sondern es gewinnt jeder Teil, wenn es dem anderen besser geht.«

⁶³ Zur am Wohlfahrtsstaat orientierten Beamtenschaft vgl. G. A. RITTER, *Sozialversicherung*, 1983, S. 19.

⁶⁴ Vgl. hierzu K. KLASSEN, 1984, S. 134 f. und 184 ff. Mohl brachte den Antrag gemeinsam mit dem Hamburger Freihändler Merck ein, was Klassen zu der Überschrift »Der Freihändlerentwurf von Moritz Mohl« verleitet und Helmut Sedatis wohl zu der eingangs erwähnten Fehleinschätzung, Mohl sei der führende Freihändler des Kommission gewesen. Die Begründung des Antrags Hassler, Verhandlungen, Bd. 2, S. 904–921. Die Minderheitsanträge selbst sind in den Hauptentwurf, Hassler, Verhandlungen, S. 891–895 eingerückt.

⁶⁵ In der Wahlrechtsdebatte, Wigard, S. 5519. »Diese sociale Frage wird auch und muß auch bei den Wahlen zur Sprache kommen.«

⁶⁶ In der Debatte um das Recht auf Arbeit, Wigard, Bd. 7, S. 5108.

2. Rücksichtslose Radikalität gegen Adel und Juden

Eine Karikatur, die die graphische Sammlung der württembergischen Landesbibliothek aufbewahrt⁶⁷, zeigt unter der Überschrift »Insolitus Parlamenti Camelus« ein Kamel mit einer zotteligen Perücke und einem Affen auf dem Höcker, das die Gesichtszüge Mohls trägt.

(Abbildung 2)

Die Bildunterschrift lautet:

»Wärter: Meine Herren schauen Sie ein *mohl* dieses seltene Thier an, es stammt aus Neuschwaben, frisst Adel u. Juden u. *macht* lange Phrasen. Meine Herrschaften! Von 9 Uhr Morgens bis 2 Uhr Mittags ist dieses merkwürdige Thier jeden Tag, in der bekannten Bude in der Paulsgasse zu schauen.«⁶⁸

Am Schwanz zieht Mohl als Trampeltier⁶⁹ einen Angehörigen der Familie Rothschild hinter sich her, während er gleichzeitig Ernst Friedrich Georg Freiherrn von Vincke tritt, der als Verteidiger der preußischen Monarchie gegen den Anspruch der Volkssouveränität in mehrfacher Hinsicht sein politischer Gegner war.⁷⁰

Die Karikatur thematisiert zwei Aspekte der Wirksamkeit Mohls in der Paulskirche. Sein Antrag zur Abschaffung des Adels, den er im Wahlkampf bereits angekündigt hatte, und die Forderung, Juden von der Geltung der Grundrechte auszuschließen, markieren in zweifacher Hinsicht Extrempunkte. Zum einen waren beide Anträge die radikalsten, die in der Versammlung zu den jeweiligen Themen gestellt wurden. Zum anderen finden sich zwei extreme Positionen zur bürgerlichen Gleichheit in einer Person vereinigt.

(Abbildung 8)

Die egalitäre Argumentation Mohls in der Adelsdebatte, die jeden gesellschaftlichen Unterschied zwischen dem Adel und dem Bürgertum zu tilgen suchte, inspirierte einen Karikaturisten zu einer Zeichnung, die einen Affen auf der Rednertribüne der Paulskirche zeigt, der mit den Worten »Wir sind alle ein Blut« die Menschheit für abgeschafft erklärt.⁷¹ Wenige Wochen später diente Mohl die »Unmöglichkeit der Familienvermischung« und die »Volksverderblichkeit« der jüdischen Bevölkerung als Begründung für die Einführung einer Sondergesetzgebung für Juden. Dieser eklatante Widerspruch zwischen rücksichtslosem Antisemitismus und der rückhaltlosen Forderung bürgerlicher

⁶⁷ Abgelegt unter dem Stichwort Moriz Mohl.

⁶⁸ Hervorhebungen im Original.

⁶⁹ Das Kamel wurde zum Erkennungsmerkmal Mohls in den Karikaturen aus der Paulskirche. Vgl. die Abbildung bei F. X. VOLLMER, 1983, S. 206.

⁷⁰ Die Identifizierung nahm H. BLUM, 1898, S. 394, in der Bildunterschrift vor. Zum Bild v. Vinckes vgl. R. KOCH, 1989, S. 411.

⁷¹ Der Abdruck bei H. BLUM, 1898, S. 209, im Zusammenhang mit dem Vorparlament, wo Mohl den Antrag auf Abschaffung des Adels erstmals vortrug. Die Schwäbischen Kronik berichtet erst am 25.8.1848, Nr. 229, über die Karikatur.

Gleichheit muß in seiner Widersprüchlichkeit analysiert werden. Dazu werden in den beiden folgenden Abschnitten die Argumentationsmuster Mohls vorgestellt und in ihrer Zusammensetzung und Herkunft untersucht.

Das Auftreten Mohls in der Paulskirche ist auch in den übrigen Debattenbeiträgen von einer rücksichtslosen Radikalität gekennzeichnet, die sich jeder eindeutigen Klassifizierung durch ein politisches Schlagwort versperrt. Auch wenn er formal immer an der Regierungsform der konstitutionellen Monarchie festhielt, so bekannte er sich durch das Beharren auf dem Prinzip der Volkssouveränität, etwa bei der Ernennung des Reichsverwesers oder in der Debatte um die Mediatisierung, zum linken, demokratischen Flügel der Paulskirche, und fand für seine Anträge auch dessen Unterstützung. Mohl verfolgte dabei jedoch kein konsequentes Programm. Dort, wo es ihm notwendig erschien, wandte er sich ohne Umschweife von liberalen und demokratischen Grundpositionen in der Verfassungsfrage ab. In der Debatte um die Gemeindeautonomie, einem Eckpfeiler des liberalen Staatsverständnisses, bekannte er sich zu einer strengen Staatsaufsicht über das Gemeindevermögen, »gegen eine Idee, welche jetzt vielfach verbreitet ist, als sei jede Oberaufsicht des Staates über die Gemeinden zu verwerfen«.⁷² Dabei bewog ihn die Sorge um den in Gemeindebesitz befindlichen Wald, der Selbstverwaltung zu mißtrauen. Die »nachhaltige Wirtschaft«, d. h. eine langfristig planende, an optimalen und kontinuierlichen Gelderträgen orientierte Forstwirtschaft⁷³, sah Mohl durch den Einfluß verarmter Gemeindeglieder auf die Verwaltung gefährdet, die ihre akute Not durch Raubbau gelindert wissen wollten.⁷⁴

Dieses Mißtrauen gegen das (Um-)Verteilungsbegehren des Vierten Standes steht wiederum im Widerspruch zu der Befürwortung des allgemeinen Wahlrechtes, von dem er sich allein durch ordnungspolitische Veränderungen, wie die Einführung der Gewerbefreiheit, eine soziale Reform der Gesellschaft erwartete. Die Lösung der sozialen Frage war sicherlich Mohls wichtigste Trieb-

⁷² Wigard, S. 5610.

⁷³ Vgl. W. SIEMANN, Deutschland 1806–1871, S. 144–147, und J. RADKAU u. I. SCHÄFER, 1987.

⁷⁴ Zeit seines Lebens engagierte sich Mohl für die Erhaltung und Pflege des Waldes. Sein Verfassungsentwurf für Württemberg vom Dezember 1849 wollte der Verpflichtung zur nachhaltigen Bewirtschaftung des Waldes sogar Verfassungsrang verleihen. Vgl. Erste verfassungsgebende Landesversammlung des Königreich Württembergs, Beilagenband, S. 122, § 99. In den Debatten des württembergischen Landtages wies er, gestützt auf die neuesten forstwirtschaftlichen Publikationen, wiederholt auf die Bedeutung des Waldes für die Regulierung des Wasserhaushaltes und den Schutz des Bodens vor Erosion hin, vgl. u.a. V.d.K.A., 1851/53, Protokollbd. 6, 219. Sitzung am 14.5.1853, S. 5409, und sein Buch »Einige Beiträge zu Wald-Erhaltungsfragen«, Stuttgart 1879. Gleichwohl war Mohl kein Vorreiter des Umweltschutzes. Die Natur an sich besaß für ihn keinen Eigenwert, wie ein Redebeitrag während der Debatte eines Jagdgesetzes 1855 vor Augen führt: »Ich kann es nicht für eine Forderung der Humanität halten, den Wildbestand im Lande zu erhalten, sondern ich betrachte es als eine Forderung der Humanität, daß man den Wildbestand, d. h. den Stand des schädlichen Wildes, nach Möglichkeit vermindert und ausrottet.« (V.d.K.A., 1854/55, Protokollbd. 2, 298. Sitzung am 18.6.1855, S. 1394) Mohl sorgte sich allein um die wirtschaftlichen Grundlagen der menschlichen Existenz, die durch Raubbau gefährdet waren.

feder für sein politisches Engagement, was bei der Darstellung der Landtagsdebatten der 1850er Jahre deutlich werden wird. Dennoch trat er jeder Forderung nach einer Umverteilungspolitik, wie sie mit den Anträgen für eine progressive Einkommenssteuer und die Gewährleistung des Rechtes auf Arbeit zur Debatte standen, entschieden entgegen. Für die Rede gegen das Recht auf Arbeit erhielt er den Beifall der Rechten, die diese angeblich sogar drucken ließ.⁷⁵

Die programmatische Unschärfe, wie sie Moriz Mohl in der Paulskirche an den Tag legte, ist von der Forschung als ein Wesensmerkmal der vormärzlichen, südwestdeutschen Liberalen beschrieben worden.⁷⁶ Die Breite des politischen Spektrums, die Moriz Mohl dabei durchmaß, irritierte jedoch bereits die Zeitgenossen und forderte ebenso wie seine äußere Erscheinung zur Karikatur heraus. Karl-Friedrich Biedermann⁷⁷ charakterisierte ihn 1849:

»[...] als Gelehrter und Mensch hochachtbar, als Politiker freilich ein Sonderling und Querkopf der ersten Sorte, der sehr gefährlich wirken könnte, wenn ihm nicht zum Glück das Talent, Andere so wie sich zu fanatisieren, gänzlich abginge – das ist Moriz Mohl, ein rechter Typus schwäbischer Eigenthümlichkeit in ihren Übertreibungen im Guten wie im Schlimmen.«⁷⁸

Karl-Friedrich Biedermann zollte Moriz Mohl Respekt als fleißigstem und aufmerksamstem Abgeordneten der Paulskirche⁷⁹ und beobachtete dieses außergewöhnliche Engagement auch an dem Debattenredner:

»Mit seinen endlosen Anträgen, mit seinem ewig ungestillten Triebe zu reden, brachte er die Versammlung oft bis fast zur Verzweiflung, schon bei Nennung seines Namens ging ein schauerndes: Oh! durch die Reihen – ihn rührte es nicht, unerschütterlich betrat er die Tribüne, unerschütterlich harnte er aus, trotz der Unruhe und des Lärmens der aufs Äußersten gebrachten Versammlung, und nur sein bis zur steilsten Fistel gesteigerter Ton und seine immer heftiger werdende Gesticulation, die vergeblich gegen den Sturm ankämpfte, verriethen die Gemütherregungen, welche in ihm der grelle Gegensatz der unwirschen äußeren Umgebung zu seiner inneren Überzeugung von der Nothwendigkeit und Nützlichkeit Dessen, was er sagte, offenbar hervorrief.«⁸⁰

⁷⁵ So K. BIEDERMANN, 1849, S. 200.

⁷⁶ Vgl. W. KASCHUBA, *Deutsche Nation*, 1988, S. 94 f.

⁷⁷ Karl-Friedrich Biedermann (1812–1901), Studium der Geschichte in Leipzig, wurde 1835 dort Professor, liberaler Publizist, 1. Vizepräsident der Paulskirche, 1853 Amtsenthebung als Professor, seit 1855 Redakteur, 1869–1876 nationalliberaler Abgeordneter in der 2. Sächsischen Kammer, 1871–1874 MdR. Vgl. A. BIEFANG, 1994, S. 437.

⁷⁸ K. BIEDERMANN, 1849, S. 197 f.

⁷⁹ Ebd., S. 198, ebenso W. WICHMANN, 1888, S. 106. Die Bemerkung in der einleitend beschriebenen Karikatur, das seltene Thier « sei »jeden Tag« in der Paulskirche anzutreffen, spielt ebenfalls auf dessen Fleiß an.

⁸⁰ Ebd., S. 198. Vgl. auch die Satire [Anonym], »Mein Christtraum zu Frankfurt am Main 1848«, S. 157 f. »Wird er als Redner aufgerufen, allgemeines Gemurmel, kränkende Ungeduld auf allen Bänken, verwirrte, ansteckende Flucht ins Freie, als hätte das süße Stimmchen die Zuhörer hinausgeirrt.«

Auch wenn Karl-Friedrich Biedermann als Anhänger des preußischen Erbkaisertums einen politischen Gegner schilderte, so erhielt Mohl von ihm noch das fairste Porträt.⁸¹

(Abbildung 5)

Die Anspielungen auf seine Perücke waren noch die mildesten Formen des Spotts. Der Vater des Struwelpeters, Heinrich Hoffmann, wies ihm in der Nationalversammlung, die er als Theaterensemble zeichnete, in der Requisite die Rolle des Friseurs zu.⁸²

Die im doppelten Wortsinne schäbigste Darstellung widmete Robert von Mohl fast dreißig Jahre später seinem jüngeren Bruder. Für ihn, der als Gelehrter, als Reichsjustizminister und später als badischer Bundestagsgesandter erhebliche Reputation besaß, war ein Bruder peinlich, »der schon auf den ersten Blick als ein Sonderling, wo nicht als eine Karikatur erschien«.⁸³ Er schildert Moriz Mohl als »alten Jungesellen in der übelsten Bedeutung des Wortes«, der »seinen zahlreichen Feinden Gelegenheit zu wohlfeilem Spotte und zur Verbreitung der Meinung (gab, J.W.), daß er ein nicht ganz zurechnungsfähiges Original sei.«⁸⁴ Die folgende Darstellung der Adelsdebatte und der Rede gegen die Judenemanzipation wird vor Augen führen, daß der Exzentriker Moriz Mohl für einen Teil der Zeitgenossen nicht anders als in der Karikatur und in der Verzeichnung zu bannen war.

a) Die Adelsdebatte

Die Forderung nach der Abschaffung des Adels, die Mohl im Wahlkampf 1848 erhoben hatte, zeigte bereits vor dem Zusammentritt der Paulskirche spektakuläre Folgen. Mohl hatte die Verantwortung für »die seitherige Mißregierung in Deutschland« dem Adel zugeschrieben, der seine Position in Regierung und Diplomatie, vor allem jedoch durch seine privilegierten Mitglieder der Ständeversammlungen ausgenutzt habe, um einseitig die Interessen der eigenen Klasse zu fördern.⁸⁵ Die Freiherrn v. Gültlingen und v. Wöllwarth, in deren Dörfern Mohl im Wahlkampf seine Adelskritik vorgetragen hatte, zogen diesen politischen Streit auf eine persönliche Ebene. Sie warfen Mohl vor, sie des Bruches ihres Abgeordneteneides bezichtigt zu haben, mit dem sie sich zur Wahrung der Interessen des ganzen Volkes verpflichtet hätten. Der greise Freiherr v. Gültlingen besuchte Mohl in Begleitung eines Zeugen in dessen Wohnung und forderte ihn auf, den Vorwurf des Meineides zurückzunehmen, andernfalls er

⁸¹ »Schade, daß durch solche Sonderbarkeiten so viel trefflicher Wille, so viel gründliches Wissen und eine nach manchen Seiten hin so richtige Auffassung der Verhältnisse in Schatten gestellt und beeinträchtigt wurden.« Ebd., S. 199.

⁸² P. WENTZKE, 1959, S. 123. Die Abbildung bei H. BLUM, 1898, S. 305, ob es sich um einen Ausschnitt aus der Karikatur Hoffmanns handelt, muß offen bleiben, da Hans Blum keinen Bildnachweis gibt.

⁸³ R. v. MOHL, Lebenserinnerungen, 1902, Bd. 1, S. 45.

⁸⁴ R. v. MOHL, Lebenserinnerungen, 1902, Bd. 1, S. 45 und S. 43.

⁸⁵ So Mohl über seine Wahlkampfaußerungen in einer Entgegnung auf eine Erklärung des Frhr. v. Wöllwarth, Schwäbischer Merkur vom 29.4.1848, Nr. 119, S. 609.

Mohl »für einen Hundsfutt erkläre«. ⁸⁶ Der Streit eskalierte, und Mohl wies dem Freiherrn die Tür, was dieser mit einer Forderung auf Pistolen für Samstag den 29.4.1848 Nachmittag 3 Uhr auf den Hasenberg quittierte. Der Obersteuerrat lehnte die Auseinandersetzung mit einem so ungewohnten Instrument ab, und die Kontrahenten duellierten sich mit der Feder. Der Freiherr wiederholte öffentlich: »Es ist wahr, wie Sie sagen, ich habe Sie einen Hundsfutt geheißt, für den Fall, daß Sie ihre ungerechten, mit Gründen nicht nachgewiesenen Anschuldigungen meines Standes nicht widerrufen wollten.« ⁸⁷ Mohl nannte den Freiherrn daraufhin in einer dreispaltigen Erklärung »einen in den Vorurtheilen seines Standes aufgewachsenen, nach Heftigkeit des Charakters halb unzurechnungsfähigen Greis«. ⁸⁸ Der Popularitätsgewinn, den Mohl aus dem Streit zog, war beachtlich. ⁸⁹ In Stuttgart und Heidenheim zirkulierten Unterstützungslisten⁹⁰, eine »sehr zahlreich besuchte« Versammlung in Aalen erklärte: »Dagegen hoffen wir nicht blos, nein! wir fordern von Ihnen, daß Sie ächte MännerEhre beweisen in gebührender Geringschätzung thörichter Herausforderungen, welche Sie nur stören würden im Dienste des Vaterlandes. Wer seine Kampflust nicht zügeln kann, ei! dem bieten Deutschlands Gränzen ein edles Schlachtfeld.« ⁹¹

Die Beratung der Grundrechte bot die erste Gelegenheit, die Abschaffung des Adels und aller seiner Privilegien im Plenum der Nationalversammlung zu proklamieren. Der Verfassungsausschuß schlug der Versammlung vor, die rechtliche Gleichstellung aller Staatsangehörigen durch folgenden Artikel zu gewährleisten:

- » Alle Deutschen sind gleich vor dem Gesetze.
- Standesprivilegien finden nicht statt.
- Die öffentlichen Ämter sind für alle Befähigten gleich zugänglich.
- Die Wehrpflicht ist für alle gleich.« ⁹²

Mit der rechtlichen Gleichstellung allein wollte sich Mohl nicht zufriedengeben. Er verlangte auch eine Aufhebung der gesellschaftlichen Privilegierung des Adels, die sich in dessen Titeln manifestiere, und wollte den Artikel ergänzt wissen:

⁸⁶ Ebd., S. 610.

⁸⁷ Schwäbischer Merkur, Nr. 118, S. 617.

⁸⁸ Schwäbischer Merkur, Nr. 121, S. 626.

⁸⁹ Im Schwäbischen Merkur vom 5.5.1848, Nr. 125, veröffentlichte der Ausschuß des vaterländischen Hauptvereins eine Erklärung gegen die Duellforderung.

⁹⁰ Briefe Moriz Mohls an Robert Mohl vom 1.5.1848 und 4.5.1848; die Heidenheimer Erklärung wurde von 241 Wählern unterzeichnet.

⁹¹ Schwäbische Chronik, Nr. 123, 3.5.1848.

⁹² Wigard, Bd. 2, S. 1291. In der Debatte über diesen Artikel am 1. August 1848 standen nicht die materiellen Vorrechte des Adels zur Diskussion. Diese waren mit dem Satz »Standesprivilegien finden nicht statt« ausgeklammert worden und auf die Beratung über die Eigentumsrechte des Adels wie die Fideikomnisse verschoben worden, in der entschieden werden sollte, worin diese Privilegien materiell bestanden. Vgl. dazu W. SIEMANN, Nationalversammlung, 1976, S. 128.

»Alle Standesrechte, sowie der Adel selbst, seine Titel und Benennungen, sind aufgehoben, und dürfen nicht wieder eingeführt werden.«⁹³

Die sogenannte Adelsdebatte, die sich um die Anträge zur Aufhebung des Adels entspann, ist in der Literatur wiederholt unter verschiedenen Aspekten untersucht und in ihrem Verlauf ausführlich geschildert worden.⁹⁴ In der Adelsdebatte wurde ein Prinzipienstreit ausgetragen, der weit über den eigentlichen Gegenstand der Verhandlung hinauswies und das Selbstverständnis wie die Kompetenz der Nationalversammlung zum Thema hatte: Zur Diskussion standen die Rechtsgrundlage der Grundrechte und die Grenze zwischen Reform und Revolution. Die beiden Hauptfronten bildeten die Vertreter der Historischen Rechtsschule und die Anhänger einer vernunftrechtlichen Orientierung. Letztere stellten sich bewußt in die Tradition der Menschenrechtserklärung der Französischen Revolution und behaupteten die prinzipielle Gültigkeit der Gleichheit vor dem Gesetz gegen alle noch bestehenden positiven Gesetze, die aufzuheben sie ihr Mandat erhalten hätten.⁹⁵ Die historische Rechtsschule war dagegen überzeugt, die »allgemeinverbindliche Kraft menschenrechtlicher Beweisführungen aus einem neuen »modernen« Rechts- und Wissenschaftsverständnis heraus prinzipiell relativieren und erschüttern« zu können.⁹⁶ Diese »moderne« Rechtsauffassung glaubte, den universalen Geltungsanspruch der Menschenrechte, den die naturrechtliche Schule diesen zumaß, wissenschaftlich überwunden zu haben. Nach ihrer Überzeugung gründete sich das Recht auf die jeweilige Verfassung, die die Grundrechte nicht als Menschenrechte, sondern als Staatsbürgerrechte gewährleisten konnte. Das Recht bezog seine Legitimation nicht aus überzeitlichen Prinzipien, sondern aus historisch gewachsenen Traditionen und einer Rechtssetzung, die diese Traditionen in ihrem Eigenwert erkannte und nach den wissenschaftlichen Prinzipien der historischen Rechtsschule weiterentwickelte.⁹⁷

⁹³ Wigard, Bd. 2, S. 1 292, vgl. auch die Begründung des Antrags in Haßler, Bd. 5, Beil. 13 zur 5. Sitzung am 24.5.1848, S. 18–21. Mohl ließ den Antrag unter dem Titel »Antrag auf Herstellung der staatsbürgerlichen Gleichheit insbesondere mittelst Aufhebung des Adels, gestellt von Moriz Mohl, Mitglieder der deutschen Nationalversammlung«, Frankfurt am Main 1848, als Broschüre drucken.

⁹⁴ W. SIEMANN, *Nationalversammlung*, 1976; P. WENDE, 1989; W. SIEMANN, *Adelskrise*, 1994. Der Antrag Mohls zur Abschaffung des Adels löste bei diesem selbst einen »Schock« aus und rief publizistische Gegenwehr auf den Plan, so W. SIEMANN, *Adelskrise*, 1994, S. 236. Die Reaktion des Adels auf die vielfältigen Angriffe, denen er in der Revolution ausgesetzt war, hat Wolfram Siemann, ebd., untersucht. Seine Ergebnisse müssen hier nicht wiederholt werden. In Mohls Nachlaß hat sich unter anderen eine Flugschrift erhalten, deren Verfasser den Antrag Mohls vollständig abdruckte, um ihn widerlegen zu können: *Des Deutschen Adels Verdienste und Beruf. Votum eines Nichtabgeordneten, hervorgerufen durch einen Antrag um Aufhebung des Adels bei der ersten Hohen Deutschen National-Versammlung; Frankfurt a.M. 1848, Miscell. Mohlsche Sammlung 8° Kaps., 1. Kaps.*, »Ackerbauschulen, Adel, Aktiengesellschaften, Algier«. Vgl. W. SIEMANN, *Adelskrise*, 1994, S. 236.

⁹⁵ W. SIEMANN, *Nationalversammlung*, 1976, S. 123 f.

⁹⁶ W. SIEMANN, *Nationalversammlung*, 1976, S. 125.

⁹⁷ W. SIEMANN, *Nationalversammlung*, 1976, S. 126 f.

Die Brisanz gewann die Debatte nun nicht aus der theoretischen Auseinandersetzung zweier Rechtsschulen, sondern aus der Frage, welche Kompetenzen sich der Gesetzgeber gegenüber der Gesellschaft zulegen dürfe. Die Abschaffung des Adels bedeutete einen radikalen Bruch mit den historisch gewachsenen gesellschaftlichen Strukturen. Dieser radikale Bruch markierte für die Vertreter der Historischen Schule die Grenze zur Revolution. Mit der Adelsdebatte schien für sie unausweichlich die Entscheidung zwischen Reform und Revolution verbunden. Der Gesetzgeber könne und müsse sich darauf beschränken, die Gleichstellung vor dem Staat zu sichern.⁹⁸

Die Anhänger des Naturrechtes wollten sich nicht an den historisch gewachsenen Status quo ketten lassen und verlangten die Umgestaltung der politischen Ordnung nach den sittlichen Grundlagen der Menschenrechte. Dabei durfte sich der Gesetzgeber nicht mit der Gleichheit vor dem Staat begnügen, sondern mußte versuchen, die bürgerliche Rechtsgleichheit in die Sphäre der Gesellschaft hinein zu verlängern.⁹⁹ Die Motivation der antiaristokratischen Abgeordneten speiste sich aus der Gewißheit, verdientermaßen Gewinner des historischen Fortschritts zu sein. Sie kränkte die dennoch fortbestehende gesellschaftliche Dominanz des Adels.¹⁰⁰ Ihre Argumentation stütze sich auf die Gegenüberstellung von bürgerlicher Leistung und adeligen Privilegien und der Überzeugung, daß »angesichts des historischen Fortschritts der Adel notwendig ins Hintertreffen geraten sei.«¹⁰¹

Auch Moriz Mohl hob gleich zu Beginn seiner Begründung auf die Kränkung ab, die in der Fortexistenz des Adels bestehen würde. Entscheidend für Mohls Argumentation ist freilich, auf wen er diese Herabsetzung bezog: »Eine solche Einrichtung, wenn sie auch gar nicht mißbraucht wird, ist ein Unrecht, ist eine Beleidigung gegen die Nation.«¹⁰² Mohl verband die Forderung nach Gleichheit mit den positiv besetzten Begriffen »Nation« und »Freiheit«¹⁰³ und nahm in seiner Rede nur zweimal explizit Bezug auf das Vernunftrecht, nach dem »der Adel mit den aufgeklärten Ideen der Neuzeit nicht mehr vereinbar ist.«¹⁰⁴

In drastischer Wortwahl wertete Mohl die gesellschaftliche Abgrenzung des Adels in eine Ausgrenzung von der Nation um. Der Adel bilde eine durch Geburt bevorrechtete »Kaste«¹⁰⁵ und seine Existenz spalte das Volk in zwei

⁹⁸ Die Gleichstellung vor der Gesellschaft dürfe dann »der Kraft und dem Genius unseres Volkes« überlassen werden. Vgl. W. SIEMANN, Nationalversammlung, 1976, S. 134 f, hier auch ein Hinweis auf den antiparlamentarischen Zug des Arguments.

⁹⁹ P. WENDE, 1989, S. 41, sieht darin den Kern der Debatte.

¹⁰⁰ P. WENDE, 1989, Adelsdebatte, S. 42 f.

¹⁰¹ P. WENDE, 1989, Adelsdebatte, S. 42.

¹⁰² Wigard, S. 1 295

¹⁰³ »Unsere Aufgabe ist, für die deutsche Nation die Freiheit und die staatsbürgerliche Gleichheit zu erringen[...]« Wigard, S. 1 297.

¹⁰⁴ Wigard, S. 1 296. Die schriftliche Begründung beendete er mit dem Satz: »Vorrechte sind gegen die Natur. Alles aber, was nicht natürlich ist, ist auch nicht gerecht.« Haßler, Bd. 5, S. 21.

¹⁰⁵ Wigard, S. 1 295.

»Racen«¹⁰⁶. Der Begriff wird hier noch in einem vorwissenschaftlichen Sinne mit der semantischen Konnotation des Trennenden und des durch Geburt Festgelegten verwendet.¹⁰⁷

Den schon für die Zeitgenossen schillernden Begriff der Nation¹⁰⁸ identifizierte Mohl mit den »bürgerlichen Staatsgenossen«¹⁰⁹ und setzt diese mit dem »Bürgerstande«¹¹⁰ in eins, dem alle kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Errungenschaften zu verdanken seien, die »Deutschland auszeichne[n] vor anderen Nationen«. Mohls Argumentationsmuster gleicht auffällig dem der Flugschrift von Emmanuel Joseph Sieyès »Was ist der Dritte Stand«, in der dieser das Bürgertum zum einzigen Repräsentanten der Nation proklamierte: »Der Dritte Stand [...] umfaßt alles, was zur Nation gehört; und alles, was nicht der Dritte Stand ist, kann sich nicht als Bestandteil der Nation ansehen.«¹¹¹

Auch wenn Mohls Rede nur an zwei Stellen direkt auf das Vernunftrecht Bezug nahm, so scheint er sich mit seinem Nationsbegriff¹¹², vermittelt unter Umständen sogar durch eine rhetorische Anleihe, in die Tradition der Französischen Revolution zu stellen. Es wäre jedoch verfehlt, hinter der Argumentation Mohls in der Adelsdebatte ein konsequent durchdachtes und vertretenes politisches Konzept der Emanzipation zu vermuten, das sich auf naturrechtliches Denken stützt. Schon wenige Wochen später führte Mohl in der Debatte über die Judenemanzipation vor, daß er den Begriff der Nation als zweischneidiges Schwert zu gebrauchen verstand, als er im Namen des deutschen Volkes eine Sondergesetzgebung für Juden forderte. Tatsächlich dachte Mohl, wie Bernhard Mann in bezug auf die Adelsdebatte richtig hervorhebt, in erster Linie ergebnisorientiert und suchte dann nach den passenden Argumenten.¹¹³ Ihm war es darum zu tun, auch der gesellschaftlichen Stellung des Adels, der dieser den überragenden Einfluß im Staatsdienst verdankte, von Grund auf den Boden zu entziehen. Er glaubte, im Adel den Hauptverantwortlichen für die Reaktionspolitik zu erkennen, und sah die Sicherung der neugewonnenen bürgerlichen Freiheiten nur durch die Schaffung gesellschaftlicher Gleichheit gewährleistet.

Mohls Antrag wurde in erster Lesung mit 282 gegen 167 Stimmen abgelehnt, in zweiter Lesung mit lediglich 236 gegen 186 Stimmen. Daraufhin

¹⁰⁶ Ebd.

¹⁰⁷ Vgl. Artikel »Rasse« von W. CONZE und A. SOMMER, in: *Geschichtliche Grundbegriffe*, 1984.

¹⁰⁸ Vgl. den Artikel »Volk, Nation, Nationalismus, Masse« in: *Geschichtliche Grundbegriffe*, 1992, S. 284. Zur Instrumentalisierung der Nation für die Adelskritik auch D. LANGWIESCHE, *Bürgerliche Adelskritik*, 1994, S. 26 f.

¹⁰⁹ Wigard, S. 1 295.

¹¹⁰ Ebd.

¹¹¹ Zitiert nach GG »Volk«, S. 322.

¹¹² Die Inanspruchnahme der Nation gegen historisch gewachsene Ansprüche war kein Privileg der Linken, wie K.-G. FABER, *Nationalität und Geschichte*, 1974, gezeigt hat. In der Posenfrage betrieb sich auch Fürst Lichnowsky auf das Recht der Gegenwart, das von der Linken so oft beschworen wurde.

¹¹³ B. MANN, *Württemberg*, 1975, S. 156, Anm. 82.

entschied sich die Versammlung mit nur 8 Stimmen Mehrheit (221 : 213) den Adel als Stand aufzuheben.¹¹⁴

Die bürgerliche Gleichberechtigung ruhte in den Augen Mohls nicht nur auf der Rechtsstellung und einer Ebenmäßigkeit im gesellschaftlichen Ansehen, sondern auch auf der Eigentumsordnung, die den adeligen Grundbesitz durch Fideikommissionen¹¹⁵ privilegierte. Diese Bevorzugung, die den adeligen Gütern Unverkäuflichkeit und Unteilbarkeit sicherte, stand bei der Beratung der Aufhebung des Lehensverbandes, Art. 31 des Grundrechtsentwurfs, zur Disposition.¹¹⁶ Ganz im Gegensatz zu seinen Argumenten in der Debatte um das Recht auf Arbeit nahm Mohl in der Debatte um die Privilegien des Adels Eigentum durchaus als eine Quelle gesellschaftlicher und politischer Ungleichheit wahr. In der Auseinandersetzung um das Recht auf Arbeit im Februar 1849 trat er den Versuchen entgegen, durch eine progressive Einkommenssteuer der Konzentration von Kapital in wenigen Händen entgegenzusteuern, worin nicht nur Demokraten die Gefahr einer neuen Geldaristokratie erblickten:

»Wo ist denn hier die Gerechtigkeit? Ja allerdings, wenn die bürgerliche Gesellschaft so eingerichtet wäre, daß der Unterschied im Vermögen auf Unterdrückung beruhen würde, dann wäre es gerecht, aber, meine Herren, in einem wohl-eingerichteten Staat ist der Reichtum bloß Folge der Arbeit, der Sparsamkeit und der Enthaltbarkeit[...].«¹¹⁷

In der Debatte um die Fideikommissionen zog Mohl zwar nicht die radikalen Konsequenzen aus der Einsicht, daß adeliger Grundbesitz »auf Unterdrückung beruhen« könnte und daher anders zu bewerten sei als bürgerliches Eigentum, das durch die oben genannten bürgerlichen Tugenden erworben worden war.¹¹⁸ »Das heilige Eigentum dieses Güterbesitzes«¹¹⁹ wollte er jedoch nicht angegriffen wissen, auch wenn jeder besondere Schutz des adeligen Grundbesitzes durch Erbregelungen und Unteilbarkeitsbestimmungen, wie sie die Fideikommissionen vorsahen, fortfallen sollte.¹²⁰ Mohl fürchtete, daß die Ablöseentschädi-

¹¹⁴ W. SIEMANN, Nationalversammlung, 1976, S. 136 ff.

¹¹⁵ Vermögen, meist Grundbesitz, einer adeligen Familie, das unveräußerlich und unteilbar war und vom jeweiligen Erben gleichsam nur treuhänderisch für die adelige Familie und ihre Nachkommen verwaltet wurde. Der Grundbesitz war damit u.a. auch der Haftung für Schulden des Familienoberhauptes entzogen.

¹¹⁶ In der 94. Sitzung am 10.10.1848.

¹¹⁷ Wigard, S. 5 108, 166. Sitzung am 8.2.1849.

¹¹⁸ Zu den Debatten um die Eigentumsordnung vgl. W. SIEMANN, Nationalversammlung, 1976, S. 148–152.

¹¹⁹ Wigard, Bd. 4, S. 2 542 in der Debatte am 10.10.1848. Die noch bestehenden bäuerlichen Abgaben an den Adel wollte er dagegen unter bestimmten Umständen auch dann ohne Entschädigung aufheben lassen, wenn sie auf privatrechtlichen Titeln beruhten. Vgl. dazu W. SIEMANN, Nationalversammlung, 1976, S. 171–175.

¹²⁰ Beides forderte er sowohl im volkswirtschaftlichen Ausschuß wie im Plenum letztendlich vergeblich. In der 10. Sitzung des Ausschusses am 16.6.1848, R. MOLDENHAUER, 1992, S. 68, wurde sein Antrag nur von zwei weiteren Mitgliedern unterstützt. In der 95. Sitzung des Plenums am 12.10.1848 fiel sein Antrag, den er in der vorherigen Sitzung, Wigard, Bd. 4, S. 2 542 f. begründete, in namendlicher Abstimmung mit 208:194 Stimmen durch. Wigard, Bd. 4, S. 2 569. In der Endabstimmung am 20.12.1848 scheiterte sein Antrag mit 199:193 Stimmen. Wigard, Bd. 6, S. 4 290.

gungen, die der Adel erhielt, wieder in den Erwerb von Grundbesitz angelegt würden, der dann »für immer und ewig den Händen des Bauernstandes unerreichbar ist.«¹²¹ Die irreversible Folge dieses Ausverkaufs wäre die Verwandlung des grundbesitzenden Bauers in den »ländlichen Proletarier« gewesen. Hinter dem Antrag Mohls stand implizit die Einsicht, daß durch die adeligen Eigentumsprivilegien ein beachtlicher Teil der Produktionsfaktoren, und damit ein wichtiger Bestandteil der Gesellschaft, der Geltung der neuen bürgerlichen Ideale der Zeit: Fleiß, Sparsamkeit und Tüchtigkeit entzogen seien.¹²² Die Vorderseite dieser Münze, mit der allein gesellschaftlicher Einfluß noch erworben werden sollte, waren die bürgerlichen Freiheitsrechte: »Freiheit, meine Herren, und Gleichheit in volkswirtschaftlicher Hinsicht, wie in politischer! (Lebhafter Beifall auf der Linken.)«, beendete er seine Rede gegen die Fideikommission.¹²³

b) Die Debatte über die Judenemanzipation

Die Beratung der Grundrechte langte Ende August 1848 beim Artikel III an, der in sechs Paragraphen die Glaubens- und Gewissensfreiheit, die Freiheit der Religionsausübung, die Unabhängigkeit der Rechtsstellung von der Konfession und den Vorrang der Zivilehe sichern sollte. Am 28. August 1848 stand die Debatte des Art III § 13 der Grundrechte auf der Tagesordnung der 67. Sitzung¹²⁴:

»Durch das religiöse Bekenntnis wird der Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte weder bedingt, noch beschränkt. Den staatsbürgerlichen Pflichten darf dasselbe keinen Abbruch thun.«¹²⁵

Gegen diesen Paragraphen der Grundrechte, der die Emanzipation der Juden im zukünftigen Deutschen Reich besiegeln wollte, glaubte Mohl, in sich die »heilige Pflicht gegen das deutsche Volk«¹²⁶ zu fühlen, den Antrag stellen zu müssen:

»Die eigenthümlichen Verhältnisse des israelitischen Volksstammes sind Gegenstand besonderer Gesetzgebung, und können vom Reiche geordnet werden. Den israelitischen Angehörigen Deutschlands werden die activen und passiven Wahlrechte gewährleistet.«

Die Begründung des Amendements geriet ihm zu einer antisemitischen Tirade. Der »israelitische Volksstamm« könne und wolle aus religiösen und kirchlichen

¹²¹ Wigard, Bd. 4, S. 2 542.

¹²² Die »Erhaltung eines tüchtigen Bauernstandes« war für ihn nur dadurch möglich, »daß wir das Eigentum frei machen für Jeden, der fleißig, sparsam und tüchtig ist. (Sehr gut!)«. Wigard, Bd. 4, S. 2 543.

¹²³ Wigard, Bd. 4, S. 2 543.

¹²⁴ Zu dieser Sitzung auch F. EYCK, Deutschlands große Hoffnung, 1973, S. 285–289.

¹²⁵ Bericht des Verfassungs-Ausschusses der constituierenden Nationalversammlung über die Grundrechte des deutschen Volkes. Entwurf. Die Grundrechte des deutschen Volkes. Abgedruckt in Wigard, Bd. 1, 33. Sitzung, 3.7.1848, S. 681 ff., und Haßler, Bd. 2, S. 48.

¹²⁶ So Mohl am Beginn seiner Rede, Wigard, Bd. 3, S. 1 754 f., dort auch der folgende Antrag.

Gründen keine Familienvermischung »mit den Völkern eingehen, unter denen er lebt.«¹²⁷ Bei aller Annäherung in Sprache und Lebensform könnten die Juden nie zu einem deutschen Volksstamm werden, völlig unabhängig von der Gesetzgebung, der sie unterworfen sind. »Diese eigenthümlichen Verhältnisse haben, das ist ja weltbekannt, dem israelitischen Volksstamme in den bürgerlichen, wie in den Privatverhältnissen eine eigenthümliche Richtung, wenigstens der großen Mehrzahl nach, zumal in den unteren Schichten der Gesellschaft gegeben.«¹²⁸ Die Juden trieben keinen Ackerbau, und dort, wo sie ausnahmsweise ein Gewerbe ausübten, wären sie nur zu gerne bereit, es wieder für den Handel aufzugeben. Im Handel und im Kreditwesen strebten sie von Anfang an schon durch die Vertragsgestaltung nach dem völligen Ruin der Kunden: »Wenn einmal die mit der Aussaugung des Volkes beschäftigten Wucherer aus den unteren Schichten der jüdischen Bevölkerung wissen, daß ein Bauer in Geldverlegenheit ist, und ihm mit einem Anlehen, das gewöhnlich mit Tausch- und anderen Geschäften so verwickelt wird, daß der Richter die Sache gar nicht mehr auseinanderbringt, beigekommen sind, so ist der Bauer verloren. Denn er wird immer tiefer hineingerissen, bis Haus und Hof dem Juden gehört.«¹²⁹ An dieser Stelle wurden die immer wieder im Protokoll verzeichneten Zwischenrufe aus dem Plenum so laut, daß der Präsident für Mohl um Ruhe bitten mußte. Allgemeine Gesetze gegen Wucher, so Mohl, genügten nicht, der Staat dürfe sich »diesem Treiben« gegenüber nicht »entwaffnen«:

»Es ist nicht die einzelne Handlung, der bei diesem Judenwucher ohnehin so schwer auf den Grund zu kommen ist; sondern das ganze Leben, die ganze Richtung und Beschäftigung der Israeliten in den unteren Volksschichten ist eine volksverderbliche, und dieser muß durch weise Maßregeln des Staats und eine weise Gesetzgebung, welche die jüdische Jugend in andere Carrieren leitet abgeholfen werden.«¹³⁰

Am Ende seiner Rede kam Mohl selbst auf die offensichtlichen Widersprüche in seiner Haltung gegenüber der Frage der staatsbürgerlichen Gleichheit zu sprechen, die er in der Adelsdebatte an den Tag gelegt hatte. Der Adel, so Mohl, sei bei einer Aufhebung desselben nicht gehindert, »sich mit dem übrigen Volke zu verbinden. Bei den Israeliten ist dieß aber nicht der Fall, und zwar, wie gesagt, aus religiösen Gründen nicht der Fall. Deßhalb wird immer und ewig die israelitische Bevölkerung wie ein Tropfen Oel auf dem Wasser der deutschen Nationalität schwimmen.«

Gegen Mohls Ausfälle erhob sich der Hamburger Notar Gabriel Riesser¹³¹ zu einer, bedenkt man die Ungeheuerlichkeit der Provokation, brillanten

¹²⁷ Ebd., S. 1754.

¹²⁸ Ebd., S. 1754.

¹²⁹ Ebd.

¹³⁰ Ebd., S. 1755.

¹³¹ Gabriel Riesser (1806–1863), 1840–1857 Notar, ab 1860 Obergerichtsrat, seit 1831 publizistischer Vorkämpfer für die Emanzipation der Juden, in der Paulskirche Mitglied des Verfassungsausschusses und 2. Vizepräsident, 1860–1862 Vizepräsident der Hamburger Bürgerschaft. Vgl. F. FRIEDLAENDER, 1926, S. 97.

Rede.¹³² Gabriel Riesser hatte sich bereits in den dreißiger und vierziger Jahren als jüdischer Publizist und Herausgeber einen Namen als couragierter Vorkämpfer für die bürgerliche Gleichberechtigung der Juden gemacht. Dabei betonte er immer wieder den ausschließlich privaten Charakter der Religion, womit er die unvermeidlich erscheinende Verknüpfung von totaler Assimilation und rechtlicher Emanzipation aufbrechen wollte.¹³³ Unter dem Beifall des Plenums bezeichnete er die Äußerungen Mohls mit aller unter dem damaligen parlamentarischen Comment möglichen Deutlichkeit als das, was sie waren: »Gehässige Schmähungen.«¹³⁴ In der inhaltlichen Auseinandersetzung berief er sich auf die wenige Tage zuvor von der Paulskirche beschlossene Rechtsgleichheit aller auf dem Gebiet des Deutschen Reiches lebenden »nicht deutsch redender Volksstämme«: »Sollen wir Juden es für unser Unglück erachten, daß wir deutsch reden? Sollen wir darum schlechter behandelt, soll uns die Freiheit vorenthalten werden dürfen, weil wir nicht in die Kategorie nicht deutsch redender Volksstämme gehören?« Gabriel Riesser geht von der Vorstellung aus, daß die deutsche Nation ein Zusammenschluß von Volksstämmen sei, in die der jüdische Volksstamm integriert sein müsse.¹³⁵ Die Juden als einen Volksstamm unter anderen zu bezeichnen ist das weiteste Zugeständnis an die notwendig mit willkürlichen Einschluß- und Ausschlußkriterien operierende nationalistische Argumentation, zu der Gabriel Riesser sich finden kann. Gabriel Riesser ringt mit dem Begriff der Nationalität, der im Augenblick, in dem die Religion im Begriff steht, ihre diskriminierende Funktion zu verlieren, als neue Trennwand zwischen der deutschen und der jüdischen Bevölkerung errichtet werden soll. Er selbst spricht von einer »unterdrückten Volksklasse«, einer »schwachen Religionspartei«, »einer Klasse, die keine Nationalität haben will, die ihnen von ihren Feinden aufgebürdet wird, die deutsch denkt und fühlt.«

Freilich entkam Gabriel Riesser in dieser ihm aufgezwungenen Debatte nicht den Ansprüchen des nationalistischen Diskurses. Gabriel Riesser war Patriot. Er forderte für die jüdische Bevölkerung »Gleichheit vor dem Gesetz, Gleichheit der Rechte, Gleichheit alles Dessen, was den Deutschen Deutschland theuer macht«, und begründete diesen Anspruch auch mit ihrer Zugehörigkeit zur deutschen Nation. Diese Zugehörigkeit war für die Zeitgenossen nicht selbstverständlich und Gabriel Riesser begab sich in eine Rechtfertigungsposition, in der er den Argumenten seines Gegners ungewollt ein Stück Relevanz zukommen ließ. Riesser versprach, die neue Ehegesetzgebung werde zu gemischten Ehen führen, und damit »die Stammestrennung« beenden.¹³⁶ Ob ihn die Provokation Mohls in diesem Augenblick die Trennung von Rechtsstellung und Assimilation vergessen ließ, die er vor der Revolution propagierte, oder ob er damit die Entwicklung zu einem Programm der vollständigen

¹³² Wigard, Bd. 3, S. 1755–57.

¹³³ Vgl. H. KUHN, 1974, S. 16 ff. und S. VOLKOV, Die Juden in Deutschland, 1994, S. 23.

¹³⁴ Wigard, Bd. 3, S. 1755.

¹³⁵ Vgl. zu der innerjüdischen Diskussion dieses Nationsbegriffs J. TOURY, Die politische Orientierung, 1966, S. 143.

¹³⁶ Vgl. oben die Anmerkung zu Riessers Konzept der Stämme-Nation.

Assimilation vollzog, muß offen bleiben.¹³⁷ Führt man sich die Seltenheit evangelisch-katholischer Mischehen in dieser Zeit vor Augen und bedenkt, daß niemand auf die Idee verfallen wäre, daraus Folgerungen für die Rechtsstellung und die Nationszugehörigkeit der evangelischen oder katholischen Bevölkerung zu ziehen, so wird deutlich, daß das Einfordern der Familienvermischung zwangsläufig eine antisemitische Stoßrichtung besaß. Riesser glaubte auch eingestehen zu müssen, der Nationalismus, »das Höchste, der vaterländische Geist«, habe die Juden wegen einer Jahrhunderte langen Unterdrückung noch nicht in hinreichender Weise ergriffen, eine Eigenschaft, die sie aber mit der deutschen Bevölkerung teilten.

In einem zweiten Argumentationsstrang rechtfertigt Gabriel Riesser die Judenemanzipation mit der Unteilbarkeit von Freiheit und Recht in einem Rechtsstaat. »Durch diese Ausnahmegesetze würde das höchste politische Recht geschändet werden, das Sie zum Gemeingut aller Deutschen machen wollen, ohne allen Unterschied der Konfession.« Gemeinschädliches Verhalten, wenn es denn ein solches ist, müsse durch allgemeingültige Gesetze bekämpft werden. Ausnahmegesetze für bestimmte Bevölkerungsgruppen würden »den alten Schlund des Unrechts und der Ungleichheit von Neuem öffnen.«

Am empfindlichsten traf er Mohl mit seiner dritten Argumentationslinie, in der er die volkswirtschaftliche Fragwürdigkeit der These von der »Volkerverderblichkeit« des Detailhandels andeutete.¹³⁸ Wenn man diese Geschäfte für schädlich halte, so müsse man eigentlich den Bauern für unmündig erklären. Die notwendige Bedingung für das Zustandekommen eines Handels, setzt man die Geschäftsfähigkeit der Beteiligten voraus, stellt der beiderseitige Nutzen dar, worauf Gabriel Riesser anspielt. Die Gesetzgebung in Württemberg, die den Juden den Güterhandel verbot, weil man ihn volkswirtschaftlich für schädlich hielt, habe erwiesen, daß diese Funktion im ländlichen Wirtschaftsleben sofort von Christen übernommen worden sei, die den Güterhandel »auf rücksichtslosere und schändlichere Weise« betrieben hätten, wie Riesser in einem wieder unbewußten Zugeständnis an die Argumentation des Gegners betont, indem der Komparativ die Adjektive »schändlich« und »rücksichtslos« für den jüdischen Güterhandel voraussetzt. Er beendete die Rede unter »allgemeinem

¹³⁷ J. TOURY, 1966, S. 71, interpretiert diese Äußerung Riessers als ein Programm der vollständigen Assimilation, ohne den Widerspruch zu dessen Positionen vor der Revolution zu erörtern. »Da es keine gemeinsam geführte jüdische Interzession für Gleichberechtigung gab, blieb Riessers Äußerung ohne spezifischen Kommentar aus jüdischer Quelle«, bemerkt J. TOURY, Soziale und politische Geschichte der Juden, 1977, S. 290. Riesser selbst läßt den Unterschied zwischen religiöser und rechtlicher Angleichung anklingen, wenn er die Juden als »schwache Religionspartei« bezeichnet, »die in bürgerlicher Hinsicht nichts will, als in Deutschland aufzugehen«.

¹³⁸ »Können Sie die volkswirtschaftlichen Übel, die auf einigermaßen zweifelhafte staatsökonomische Fragen sich beziehen, nicht an der Wurzel angreifen, und die Übel selbst nicht heilen, so werden Sie nicht wohl daran tun, die Lücken staatswirtschaftlicher Erkenntnis durch fanatische und intolerante Vorschriften ergänzen zu wollen.« Wigard, Bd. 3, S. 1756.

lebhaftem Beifall« mit einem leidenschaftlichen Appell an das Plenum: »Es ist Ihnen vorgeschlagen, einen Theil des deutschen Volkes der Intoleranz, dem Hasse als Opfer hinzuwerfen; das werden Sie aber nimmermehr thun, meine Herren!«¹³⁹

Als der Präsident noch in derselben Sitzung die Abgeordneten nach der Unterstützung des Antrags Mohls fragte, vermerkt das Protokoll: »Nur wenige erheben sich. Lebhafter Beifall.«¹⁴⁰ Der Antrag wurde so nach der Geschäftsordnung noch nicht einmal für abstimmungswürdig befunden. Die Nationalversammlung billigte den Artikel 3, Paragraph 13 in der Fassung, die der Verfassungsausschuß vorgeschlagen hatte.¹⁴¹

Mit dem Wissen um die weitere Entwicklung des Antisemitismus in Deutschland mag es unangemessen erscheinen, die Frage zu stellen, wo für die Zeitgenossen der Skandal in Mohls Rede gelegen haben mag. Für die historische Einordnung des Mohlschen Antisemitismus ist dies jedoch unabdingbar. Den ersten Widerspruch aus dem Plenum, genauer aus dem rechten Zentrum, vermerkt das Protokoll gleich zu Beginn der Mohlschen Rede, nämlich da, wo er die Juden als Volk ohne Vaterland bezeichnet. Es ist angesichts der Kenntnis der Einstellung der Liberalen zur jüdischen Bevölkerung keineswegs selbstverständlich, an dieser Stelle bereits Proteste des Plenums zu erwarten. Die fremde Nationalität der Juden diente den Liberalen immer wieder als Standardargument für eine lediglich schrittweise Emanzipation der Juden.¹⁴² In den vierziger Jahren setzte sich bei den Liberalen auch unter dem Eindruck der innerjüdischen Reformbewegung die Auffassung durch, daß die Juden keine eigene Nation, sondern nur eine Konfession unter anderen bildeten.¹⁴³ Der Protest gegen Mohl dokumentiert also einen Entwicklungsschritt in der liberalen Bewegung, die die jüdische Bevölkerung nun in die zu schaffende Staatsnation integriert wissen wollte, wie es ja auch dem Selbstverständnis und dem Wunsch zumindest der jüdischen Intellektuellen entsprach.¹⁴⁴

Den zweiten Bruch mit dem liberalen Konsens der Paulskirche vollzog Mohl mit seiner Behauptung, die jüdische Bevölkerung könne wegen der Andersartigkeit ihrer Lebensführung unter keiner Gesetzgebung Bestandteil des deutschen Volkes werden. Das war ein Schlag gegen den liberalen Fortschrittsglauben, der sich ganz selbstverständlich von einer rechtlichen Gleichstellung auch eine Assimilation der Juden zur bürgerlichen Lebensweise versprach, denn die »Fremdartigkeit« als solche war für viele Liberale eine Tatsache, die nach der »bürgerlichen Verbesserung« der jüdischen Bevölkerung verlangte. Diese Erwartung aber brachten die Liberalen zumindest im Vormärz

¹³⁹ Wigard, Bd. 3, S. 1 757.

¹⁴⁰ Wigard, Bd. 3, S. 1 766.

¹⁴¹ Haßler, Bd. 1, S. 226.

¹⁴² So zuletzt D. LANGEWIESCHE, Liberalismus und Judenemanzipation, 1991, S. 151 f. Vgl. auch R. RÜRUP, Die Emanzipation der Juden in Baden, 1987, S. 76 f.

¹⁴³ S. VOLKOV, Die Juden in Deutschland, 1994, S. 36.

¹⁴⁴ Vgl. J. TOURY, Die politische Orientierung, 1966, S. 69 f.

allen Bevölkerungsgruppen entgegen, die noch kein Leben als selbständige Bürger mittlerer Existenz führten.¹⁴⁵

Auf den Bruch mit dem Prinzip der Rechtsstaatlichkeit wurde im Zusammenhang mit der Rede Gabriel Riessers bereits hingewiesen. Auch in der Diffamierung jeglicher jüdischer Wirtschaftstätigkeit als »volksverderblich« wird Mohl nur eine sehr kleine Zahl der Abgeordneten beigepflichtet haben. Dagegen wird man bei vielen Mitgliedern der Paulskirche einen grundlegenden Zweifel am volkswirtschaftlichen Nutzen des Detailhandels, der Kreditvermittlung und des Maklergeschäfts, die angeblich besonders von Juden betrieben wurden, unterstellen dürfen.¹⁴⁶ Hartwig Brandt deutet die Vorbehalte der Liberalen im Vormärz gegen die Judenemanzipation auch als Folge des vorindustriellen, vorkapitalistischen Gesellschaftsmodells, das sich im Sinne Lothar Galls am »überschaubaren Kleinbesitz und hausväterlicher Moral« orientierte.¹⁴⁷ Die traditionell von Juden betriebenen Berufe konnten hier keinen positiv besetzten Ort finden. Die Judenemanzipation wurde in diesem Zusammenhang immer mit dem »gewerblich-kapitalistischen Zeitgeist« in Verbindung gebracht.¹⁴⁸

Gerade an den volkswirtschaftlichen Fragen läßt sich zeigen, daß Mohl für seine antisemitischen Vorurteile nahezu alle Positionen preisgab, die ihn als scharfen und unabhängigen Denker auszeichneten. Moriz Mohl hatte sich dem gewerblich-kapitalistischen Zeitgeist sehr früh und vorurteilslos geöffnet. Bereits in seinem Buch über die württembergische Gewerbsindustrie forderte er die Erleichterung des Grunderwerbs für Arbeiter, um sie an der »sittlichenden Kraft des Besitzes« teilhaben zu lassen. Dazu sei es notwendig, Grund auch in kleinen Parzellen anzubieten. Mohls Empörung gegen die Fideikomnisse speiste sich nicht zuletzt aus dieser Überlegung.¹⁴⁹ Die Teilung von Grundbesitz und der Weiterverkauf wird durch eine in irgendeiner Form betriebenen Maklerarbeit außerordentlich erleichtert. Mohl begrüßte diese Maklerarbeit auch, wenn sie nicht von Juden betrieben wurde. Wenige Jahre später lobte er im württembergischen Landtag die positiven Wirkungen des freien Grundstückshandels in Frankreich und der Rheinpfalz, die sich trotz der »Hofmetzgerei« eingestellt hätten.¹⁵⁰ Mit dem Blick auf England hob er positiv hervor, daß dort Arbeiterge-

¹⁴⁵ D. LANGEWIESCHE, Liberalismus und Judenemanzipation im 19. Jahrhundert, 1991, S. 149, und R. RÜRUP, Die Judenfrage der bürgerlichen Gesellschaft, 1987, S. 107.

¹⁴⁶ Vgl. die Bemerkung von H. LAUBE, 1909, Bd. III, S. 34, Mohl sei in dieser Rede »unglücklich, ungeschickt, halb wahr, und ganz so mit der Tapferkeit der Selbstverblendung« vorgegangen.

¹⁴⁷ H. BRANDT, Stufen der Judenemanzipation im 18. und 19. Jahrhundert, 1984, S. 111 f.

¹⁴⁸ Diese Verbindung arbeitete R. ERB, »Jüdische Güterschlächtereien«, 1985, S. 340, auch für den agrarischen Sektor heraus. Vgl. dazu den Artikel »Antisemitismus« von T. NIPPERDEY und R. RÜRUP, in: Geschichtliche Grundbegriffe, Bd. 1, S. 129–153, S. 136.

¹⁴⁹ In der Begründung seines Antrags auf Abschaffung des Adels, Haßler, Bd. 5, S. 21, schrieb er: »Die Güterzerstückelung, in Verbindung mit Gewerbefleiß, hilft dem Gewerbsarbeiter in der Schweiz, in Frankreich und in verschiedenen Ländern Deutschlands zu eigenem Grundbesitz und deßhalb bei Stockung des Gewerbeabsatzes über die schlimmen Zeiten hinüber.«

¹⁵⁰ V.d.K.A., 1851/53, Bd. 6, 194. Sitzung am 2.4.1853, S. 4359, bei der Beratung einer gesetzlichen Neuregelung des Immobilienhandels.

nossenschaftlichen größere Grundstücke kauften und sie dann geteilt an ihre Mitglieder weitervermittelten.¹⁵¹ Auch für den Hausierhandel kann diese Widersprüchlichkeit in der Bewertung der gleichen wirtschaftlichen Aktivitäten nachgewiesen werden. Wenige Jahre vor der Revolution hatte Mohl sehr klar den volkswirtschaftlichen Nutzen des Hausierhandels analysiert. Der Detailhandel gewähre kleinen Gewerbetreibenden einen überregionalen Absatz ihrer Produkte und vergrößere die Unabhängigkeit der Produzenten und der Konsumenten von Handelsstrukturen, in denen Marktmacht, wie bei Verlegern oder Zunftprivilegien, wie bei Kaufleuten zu ungerechtfertigten Gewinnen der Händler führten.¹⁵² Als Mitglied des volkswirtschaftlichen Ausschusses des württembergischen Landtags legte er für die Debatte der Gewerbeordnung 1861 ein Sondergutachten vor, in dem er – auf eine umfangreiche Enquête gestützt – für die Freigabe des Hausierhandels votierte.¹⁵³ Diese von landläufigen Vorurteilen freie Nüchternheit der Analyse büßte er in seiner antisemitischen Haltung ebenso ein, wie er den Grundsatz seiner bisherigen wissenschaftlichen, publizistischen und beamtlichen Arbeit vergaß, sich soweit wie möglich an der Empirie zu orientieren.

Die Debatte in der Paulskirche bewegte sich auf der Schwelle zwischen religiös motivierter Judenfeindschaft und einem säkularen Antisemitismus, der sich ideologischer, pseudorationaler Begründungsmuster bediente. Noch war die Religion das Paradigma, nach dem Differenzen begründet oder als irrelevant bezeichnet wurden.¹⁵⁴ Doch vollzog Mohl mit dem Hinweis auf die angeblich religiös motivierte Unmöglichkeit der Familienvermischung eine Spaltung zwischen der jüdischen und der christlichen Bevölkerung, die nach einer hier noch unausgesprochenen Fundierung diesseits der Religion verlangte. Mit einer brillanten rhetorischen Frage benennt Gabriel Riesser den blinden Fleck der Debatte:

»Wenn aber nach der Ansicht des Vorredners der Unterschied des Rechts fortan nicht im Glauben, sondern in der Volksthümlichkeit ruhen soll, nun so geben Sie doch den Ort an, auf dem es möglich ist, sich diese Volksthümlichkeit anzueignen, ohne ein Religionsbekenntnis abzulegen.«¹⁵⁵

¹⁵¹ Ebd., 198. Sitzung am 11.4.1853, S. 444f.

¹⁵² M. MOHL, *Gewerbswissenschaftliche Reise*, 1845, S. 5 f. Dort, S. 9, gesteht er den Händlern »die gerechte Entrüstung über die marktschreierische, gemeine und unredliche Mitbewerbung jüdischer Händler aus anderen Vereinsstaaten auf der Stuttgarter Messe« zu und stellt damit wieder klare wirtschaftliche Analyse und blindes Vorurteil nebeneinander.

¹⁵³ V.d.K.A. 1856/61, erster Beilagenband, vierte Abteilung, S. 220–229f.

¹⁵⁴ So trat der Abgeordnete v. Linde Mohl mit der Bemerkung entgegen, »das jüdische Volk [...] repräsentiert im deutschen Volke keine Nationalität, sondern nur eine Secte, was daraus folgt, daß, wenn ein Jude von dem Judenthum zu einer anderen Confession übertritt, alle diese Schranken fortfallen, was sonst nicht möglich wäre, wenn diese Schranken durch eine Nationalität geboten wären.« Wigard, Bd. 3, S. 1758.

¹⁵⁵ Ebd., S. 1756.

Diesen noch leeren Ort füllten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die säkularen Argumentationsmuster des modernen Antisemitismus.¹⁵⁶ Mohls Bild des »Tropfens Oel« und der Vorwurf der »Volksverderblichkeit« als Prinzip jüdischer Lebensführung nennt jedoch schon Motive dieses modernen antisemitischen Weltbildes, ohne daß er diese bereits in ein ausgearbeitetes Denksystem hätte einfügen können.¹⁵⁷ In der besonderen Beilage des Stuttgarter NS-Kuriers veröffentlichte Prof. Dr. Ellis Hessemeyer im Oktober 1936 einen Aufsatz über Mohls Judenrede, in der er aus der spezifischen Perspektive des überzeugten Nationalsozialisten diesen Befund bestätigt:

»Freilich war das Rassenpsychologische und Blutmäßige in diesem Zusammenhang wissenschaftlich noch nicht erörtert worden, und auch bei Mohl war es mehr sein Fingerspitzengefühl für die unüberbrückbaren Gegensätze, die hier obwalten und nur ganz seltene Ausnahmen zulassen [...].«¹⁵⁸

Bernhard Mann versucht Mohl dagegen in die Tradition des ländlichen, bäuerlichen Antisemitismus einzuordnen und ihn grundsätzlich von der auf Verdrängung und Vernichtung gerichteten Ideologie des Nationalsozialismus abzugrenzen.¹⁵⁹ Er betont zu Recht, daß Mohl in seiner Rede den Juden aktives und passives Wahlrecht zugestehen wollte. Bernhard Mann sieht darin den Versuch, der jüdischen Bevölkerung die Integration zu erleichtern, ebenso wie Mohl den jungen Juden den Weg in »andere Carrieren« weisen wollte. »Von Riessers Position unterschieden ihn Differenzen nicht über das Ziel, sondern über den Weg dorthin.«¹⁶⁰ Tatsächlich bezog sich Mohl in seiner Rede auf die württembergische Gesetzgebung von 1828, die die jüdische Bevölkerung zwingen wollte, andere als ihre traditionellen Berufe auszuüben, um sie so zu einer Integration zu drängen.¹⁶¹ Mohl verfolgte in der Rede zwei widersprüchliche Tendenzen: nämlich die Forderung nach politischer und gesellschaftlicher Inte-

¹⁵⁶ So erschien beispielsweise 1848 in Frankfurt GEORG L. KRIEGKS »Die Völkerstämme und ihre Zweige nach den neuesten Ergebnissen der Ethnographie«, »worin der Autor die semitisch-germanische Differenz wissenschaftlich abzusichern versucht.« H. GREIVE, 1983, S. 41, Anm. 31.

¹⁵⁷ H. GREIVE, 1983, S. 49, betont, daß die religiösen Begründungen des Antisemitismus im Kaiserreich keinesfalls an Bedeutung verloren. Sie wurden um wirtschaftliche, politische und rassistische Argumentationsreihen ergänzt, die ein im Einzelfall zu analysierendes »komplexes Muster des argumentativen Gesamtzusammenhangs« bildeten. S. VOLKOV, Das geschriebene und das gesprochene Wort, 1990, S. 54–75, S. 60 f. warnt vor einer Überbetonung des rassistisch-biologischen Elements des Antisemitismus, die einer Rückverlängerung der nationalsozialistischen Rassenideologie entspringt. Sie entdeckt in den neu hinzutretenden pseudowissenschaftlichen Diskursen wenig mehr als einen Wechsel des Vokabulars des Antisemitismus, hinter dem sich die »religiösen ebenso wie die sozioökonomischen und kulturellen Wurzeln des Antisemitismus« verbergen. R. RÜRUP, Die »Judenfrage«, 1987, S. 115, benennt als neue Qualität des modernen Antisemitismus des letzten Drittels des 19. Jahrhunderts, daß dieser mit der Lösung der »Judenfrage« die Lösung »der politischen und sozialen Grundfragen der jeweiligen Gegenwart« verknüpft.

¹⁵⁸ E. J. HESSEMEYER, 1936, S. 189.

¹⁵⁹ B. MANN, Württemberger, 1975, S. 156, Anm. 82.

¹⁶⁰ B. MANN, Württemberger, 1975, S. 156, Anm. 82.

¹⁶¹ Vgl. R. ERB und W. BERGMANN, Die Nachtseite der Judenemanzipation, 1989, S. 71 f. und P. TÄNZER, 1922, S. 67–79.

gration einerseits und die Festschreibung der Ausgrenzung andererseits. Er verlangte die völlige Assimilation und erklärte gleichzeitig deren unüberwindbare Unmöglichkeit. Gabriel Riessers Frage nach dem Ort, an dem die »Volks-tümlichkeit« erworben werden und damit eine im Sinne Mohls geglückte Assimilation vollzogen werden könne, zielte auch auf diesen Widerspruch. Bernhard Mann blendet diese Festschreibung der Trennung völlig aus und hält Mohl allein die vermeintlichen Integrationsbemühungen zugute. Achtet man auf die genauen Formulierungen Mohls, bleibt freilich auch von den Integrationsbemühungen wenig übrig. Bis in den einzelnen Satz hinein hält er die Kluft zwischen den »Israeliten« und dem »deutschen Volk« offen:

»Wir werden uns im Gegenteil nur freuen, wenn Israeliten, – wie dieß häufig der Fall ist, – so sehr das Vertrauen des deutschen Volkes genießen, daß sie das deutsche Volk zu seinen Vertretern wählt.«¹⁶²

Wählt man die nationalsozialistische Vernichtungsideologie als Maßstab, so verliert der Mohlsche Antisemitismus an Virulenz. Frank Eyck betont dagegen, daß Moriz Mohl nicht zu leicht entlassen werden sollte, »for he proved to be a portent of a troubled future.«¹⁶³

Sechs Jahre später erhielt Mohl im württembergischen Landtag Gelegenheit, den verheerenden Eindruck seiner Frankfurter Rede zu korrigieren. In Württemberg war die Emanzipation der Juden der Aufhebung der Grundrechte durch die Kammer zum Opfer gefallen. Am 29.11.1854 beriet die württembergische Kammer der Abgeordneten daher in der 237. Sitzung einen Bericht »über den Entwurf eines Zusatzgesetzes zu dem Gesetze vom 25. April 1828, betreffend die öffentlichen Verhältnisse der Israeliten.« Die Landtagsrede¹⁶⁴ zeigte deutlich, daß er dazugelernt hatte. Mohl wußte nun, was man opportuner Weise in der Öffentlichkeit sagen durfte. Er sprach sich jetzt für die volle Emanzipation der Juden auf der Basis der Grundrechte aus und gestand ein, mit der Forderung nach Sondergesetzen einem Irrtum unterlegen zu sein. Es würde genügen, »die Abhilfe für die Übel, welche die Erfahrung herausgestellt hatte«, in allgemeinen Gesetzen zu suchen. Gleichwohl begründete er die Notwendigkeit dieser allgemeinen Gesetze wieder mit angeblich spezifisch jüdischen Betrugsdelikten. Die Landtagsrede belegt, daß er in seinen antisemitischen Vorurteilen gefangen blieb. Seine Briefe legen davon ebenfalls ein abstoßendes Zeugnis ab.

Die Auseinandersetzung um die Einrichtung von Aktienbanken und die Gründung von Privateisenbahnen in Württemberg, die er mit außerordentlicher Heftigkeit führte, wurde auch immer als Kampf gegen »jüdische Spekulation« verstanden, auch wenn er inzwischen vorsichtig genug war, dies nicht

¹⁶² Im Kontext seiner Rede betrachtet, scheinen auch die »anderen Carriern« für junge Juden weniger der Integration zu dienen als der Reduzierung ihrer »Volksverderblichkeit«.

¹⁶³ F. Eyck, *The Revolution of 1848*, 1981, S. 408. Gleichzeitig warnt Eyck wie Greive und Volkov vor der Konstruktion direkter Kontinuitätslinien zum Nationalsozialismus: »No staight line ran from 1848 to 1933.« Ebd. S. 409.

¹⁶⁴ V.d.K.d.A., 237. Sitzung am 29.11.1854, Protokollband 1, S. 134 ff.

mehr öffentlich zu äußern. »Ich muß meines Amtes gegen die Judenbrut walten«, schrieb er seinem Bruder Robert im April 1856 auf dem Höhepunkt eines Streites um die Konzession einer Aktienbank für Württemberg. Auch 1872 glaubte Mohl in einer Landtagsdebatte um die Erweiterung des Eisenbahnnetzes wieder als einsamer Kämpfer die württembergische Staatsbahn gegen eine jüdische Bankiersintrige verteidigen zu müssen, wie er seinem Bruder Robert schrieb.¹⁶⁵ Als ihm 1875 der Verlust von 5 000 fl. durch die Entwertung amerikanischer Komunalobligationen drohte, bemerkte er:

»Ich bin übrigens durch solche Erfahrungen zu Philosophie erzogen, daß ich es nicht mache wie der Dreifuß hier, der sich seiner Zeit buchstäblich hängte, weil er 100 fl. verlor, was ich immer als einen eines Juden würdigen Tod bewundert habe.«¹⁶⁶

In der Lektüre der Briefe an Robert Mohl offenbart sich eine der Wurzeln seines Antisemitismus, die in die Familie zurückreichen. Antisemitische Äußerungen gehörten zum selbstverständlichen Repertoire der Mohlschen Familienkonversation.¹⁶⁷ Robert Mohl selbst äußerte sich in seinen Schriften wiederholt ablehnend über die Emanzipation der Juden¹⁶⁸, die er in seinen 1869 von eigener Hand herausgegebenen Schriften an einer wenig prominenten Stelle kritisiert.¹⁶⁹ Diese folge einem abstrakten Prinzip menschlicher Gleichheit und berücksichtige nicht die »Stammeseigenthümlichkeit«¹⁷⁰ der Juden, nämlich ihre Zugehörigkeit zu bestimmten Berufen und ihre doppelte Nationalität. Die Juden zeigten »die entschiedene Scheu [...] vor gerade denjenigen Arbeiten, auf welchen die Gesellschaft vorzugsweise beruht, nämlich vor Ackerbau und vor jedem eine starke Körperkraft erfordernden Handwerke.«¹⁷¹ Gegen den Strich gelesen unterstellt dieser Satz wiederum die Gemeinschädlichkeit der bisher angeblich in der Hauptsache von Juden ausgeübten Berufe. Robert Mohl war um seiner Reputation willen zurückhaltend genug, die Folgerungen aus dieser Diagnose nicht zu ziehen, auch weil er erkannte, daß die Judenemanzipation und die liberalen Freiheitsrechte eine untrennbare Verbindung eingegangen waren, die nur »in Folge eines vollkommenen Umsturzes alles Bestehenden«¹⁷² aufgelöst werden könnte.

Eine weitere Wurzel für den Antisemitismus Moriz Mohls glaubt Frank Eyck in der Empfänglichkeit der Linken für einen wie auch immer vage definierten Volkswillen und für grobe nationalistische Vereinfachungen entdeckt

¹⁶⁵ Brief vom 4.12.1872, Nr. 47.

¹⁶⁶ Brief vom 16.3.1875, Nr. 102.

¹⁶⁷ Vgl. E. ANGERMANN, 1962, S. 83, Anm. 1, mit Hinweisen auf antisemitische Äußerungen in der Korrespondenz Robert Mohls. Dort, S. 83, auch ein knapper Überblick zu dessen Antisemitismus.

¹⁶⁸ Dazu J. KATZ, 1989, S. 205 f.

¹⁶⁹ R. v. MOHL, Judenemanzipation, 1869, vgl. auch seinen »politischen Aphorismus« »Die Juden«, 1869, S. 17 f.

¹⁷⁰ R. v. MOHL, Judenemanzipation, 1869, S. 676.

¹⁷¹ Ebd., S. 677.

¹⁷² Ebd., S. 680.

zu haben.¹⁷³ Sicherlich griff Mohl auf antisemitische Vorurteile zurück, die auch seinen ländlichen Wählern geläufig gewesen sein dürften. Der republikanisch eingestellte Redakteur und Herausgeber des Amts- und Intelligenzblattes von Aalen verbreitete Mohls Rede durch den unkommentierten Abdruck aus dem stenographischen Protokoll in seinem Wahlkreis.¹⁷⁴ Wie die Darstellung der Landtagsarbeit noch zeigen wird, profilierte sich Mohl als couragierter Vertreter der Interessen der Unterschichten. Die Vorstellung, eine »heilige Pflicht gegen das deutsche Volk« zu erfüllen, fügt sich hier, bei aller Abwegigkeit seiner Argumentation an sich, kohärent in Mohls Selbstverständnis und mehr noch in seine Selbststilisierung als unabhängiger Volksvertreter, der ohne persönliche Rücksichten nur das Wohl des Volkes im Auge hält. Diese Verpflichtung für die Interessen der Mittel- und Unterschichten, die Frank van Eyck als Anknüpfungspunkt für antisemitische Vorstellungen bezeichnet, mag Mohl zur öffentlichen Manifestation seines Antisemitismus gedrängt haben. Die linke Kapitalismuskritik, die wie bei Karl Marx auch im Gewand des Antisemitismus erscheinen konnte, war dem Propheten der Industrialisierung jedoch fremd.¹⁷⁵

¹⁷³ F. EYCK, *Revolution*, 1981, S. 409. Ob es generell eine leichtere Affizierbarkeit der Linken für antisemitische Parolen gab, muß die weitere Forschung zeigen. D. LANGEWIESCHE, *Liberalismus und Judenemanzipation*, 1991, S. 154, formuliert vorsichtiger, daß zumindest keine Korrespondenz zwischen der »Fortschrittlichkeit« in der Judenemanzipation und sonstigen liberalen Positionen bestand.

¹⁷⁴ *Der Bote von Aalen*, Nr. 71 vom 8.9.1848. Unter der Überschrift »Volksjustiz« berichtete er jedoch in der Nr. 27 vom 4.4.1848 beipflichtend über die gewaltsame Vertreibung jüdischer Viehhändler.

¹⁷⁵ Vgl. T. NIPPERDEY, R. RÜRUP, *Antisemitismus*, S. 132. Zu Karl Marx' Antisemitismus vgl. zuletzt M. A. MEYER, 1992, S. 54 ff.

Die Fortsetzung der Revolution in Württemberg

1. Aalen nach der Wahl im April 1848

Für den Zeitraum von fast einem Jahr fehlt jede Quelle, die über den Kontakt Mohls zu seinen Wählern Auskunft geben könnte. Briefe oder Berichte, wie sie Robert Mohl an seinen Wahlkreis richtete, sind im Oberamtsblatt Aalens nicht veröffentlicht worden.¹ Die Entwicklung der Revolution in Aalen kann jedoch nicht bis zum nächsten Auftreten Mohls in Aalen im Sommer 1849 übersprungen werden. Das Augenmerk gilt dabei der politischen Organisation des demokratisch dominierten Bürgervereins und seiner Verbindung mit der Führung der Volkspartei. In der Reichsverfassungskampagne kommt die Funktion der kommunalen Selbstverwaltungsorgane als »Erfahrungsraum« liberaler Politik in den Blick.²

Der Bürgerverein Aalen blieb nach den Wahlen aktiv, auch wenn der Vorstand Anfang Juli 1848 die Mitglieder dazu auffordern mußte, die Zusammenkünfte wieder stärker zu besuchen.³ Da für diesen Zeitraum weder namentlich unterzeichnete Aufrufe existieren noch detaillierte Berichte über die Versammlungen des Vereins selbst, sind keine Aufschlüsse über dessen soziale Zusammensetzung und die Größe zu gewinnen. Die demokratische Orientierung des Vereins ergibt sich aus den Kontakten zur landesweiten Organisation der Demokraten.⁴

Auch wenn die Demokraten durch den republikanischen Herausgeber und Redakteur des Amtsblattes im Wortsinne den Ton der öffentlichen Diskussion angaben, scheint doch ein gemeinsames Vorgehen von Liberalen und Demokraten im Volksverein, wie sich der Bürgerverein nach einer Aufforderung des Landesausschusses⁵ seit Beginn des Jahres 1849 nannte, zumindest bis in den Februar 1849 möglich gewesen zu sein. Erst die Kritik am liberalen Märzministerium, die durch den Verein vorgetragen wurde⁶, drängte den Vereinsgründer Diakon Bauer dazu, aus dem Vorstand auszuscheiden.⁷

¹ B. MANN, Hrsg., Reichsminister Robert von Mohl, 1971.

² Vgl. P. NOLTE, Gemeindeliberalismus, 1991, S. 55.

³ Der Bote von Aalen, Nr. 53, 6.7.1848, S. 368.

⁴ Der Bote von Aalen, Nr. 56, 18.7.1848, S. 394; Der Bote von Aalen, Nr. 75, 22.9.1848; W. BOLDT, Volksvereine, 1970, S. 44 Anm. 16.

⁵ Vgl. B. MANN, Württemberger, 1975, S. 271 Anm. 203.

⁶ Der Bote von Aalen, Nr. 12, 9.2.1849.

⁷ Der Bote von Aalen, Nr. 13, 13.2.1849.

Die Anhänger des Märzministeriums suchten nun ebenfalls die öffentliche Unterstützung und legten eine Vertrauensadresse an Innenminister Römer aus, die innerhalb einer Woche von 198 Aalern unterzeichnet wurde und am 15. März 1849 an das Gesamtministerium gesandt wurde.⁸ Dennoch bemühten sich die Vertreter beider Parteirichtungen in den folgenden Wochen und Monaten um eine Fortsetzung der Zusammenarbeit.⁹

Auf dem Höhepunkt der Reichsverfassungskampagne Ende April gelang es, diesen Konsens auch im Verein noch einmal für kurze Zeit zu stiften. Gleichzeitig verband sich der Verein mit den Organen der kommunalen Selbstverwaltung. Am 24. April 1849, als die Auseinandersetzung zwischen König und Ministerium um die Anerkennung der Reichsverfassung ihren Höhepunkt erreichte¹⁰, trat die Amtsversammlung des Bezirkes Aalen zusammen. Deren Mitglieder beschlossen eine Adresse an die Kammer zur Unterstützung der Reichsverfassung.¹¹ Gleichzeitig wurde eine Volksversammlung auf den nächsten Tag nach Aalen einberufen. Aus dem ganzen Oberamtsbezirk kamen 2 000 Teilnehmer in die Aalener Stadtkirche zu der Versammlung, die der Oberamtmann Bürger im Namen der Amtsversammlung eröffnete und um die Bestätigung der Petition vom Vortag durch Akklamation bat. Dann erhielt Mechanikus Umgelter das Wort, der unter großem Beifall deutliche Formulierungen gegen den König fand, der »Lust hätte ein reaktionäres Ministerium auszurufen«:¹²

»Nein, wir wollen unsere eigene Würde wahren, indem wir die souveräne Würde unserer Vertreter festhalten und sichern. Wir müssen durchs ganze Land den Handschuh aufheben, den der König – durch die verächtliche und herausfordernde Behandlung der Deputation unserer Kammer – dem gesamten Volke hingeworfen hat!«¹³

Der Zeitungsbericht verzeichnete großen Beifall, aber keinen Versuch des Oberamtmannes, sich mäßigend vor seinen obersten Dienstherren zu stellen. Bürger forderte vielmehr Diakon Bauer auf, den Anwesenden »die Wichtigkeit der unbedingten Annahme der Reichsverfassung auseinanderzusetzen.«¹⁴ Der Diakon versuchte vor allem die Landbevölkerung aus ihrer Revolutionslethargie zu wecken, in die diese nach der raschen Erfüllung ihrer Forderungen verfallen war. Er führte ihr die Gefährdung der Märzerrungenschaften, wie billige Ablösung, Aufhebung der Steuerbefreiung und Beendigung des Wildschadens und Jagdun-

⁸ Einladung zur Unterzeichnung im Boten von Aalen Nr. 20, 9.3.1849. Der Bote von Aalen, Nr. 26, 30.3.1849, veröffentlicht das Dankschreiben der Regierung.

⁹ »In einer Zeit wie die gegenwärtige ist es dringende Nothwendigkeit, daß sich alle Gutgesinnten für Recht und Freiheit innig zusammenschaaeren, um das wahre Wohl der Gesammtheit desto sicherer zu erreichen.« Der Bote von Aalen, Nr. 22, 16.3.1849.

¹⁰ B. MANN, Württemberger, 1975, S. 313.

¹¹ Der Bote von Aalen, Nr. 35, 1.5.1849.

¹² Der Bote von Aalen, Nr. 35, 1.5.1849.

¹³ Ebd.

¹⁴ Ebd.

fugs vor Augen und forderte sie auf, »nach dem Motto Selbst ist der Mann«¹⁵ ihre eigenen Interessen wahrzunehmen.

In offensichtlich gut abgesprochener Regie trat nun Schlossermeister Seydelmann mit dem Antrag auf, einen den ganzen Bezirk umfassenden patriotischen Verein zu gründen. Jede Gemeinde sollte einen Vertrauensmann für einen gemeinsamen Ausschuß wählen und einen Volksverein gründen. Aufgabe der Vereine sollte die Diskussion und Information »über die näheren und weiteren Angelegenheiten des Vaterlandes«¹⁶ sein, nicht jedoch »Parteivereinigungen Einzelner, sondern politische Einigung der gesamten Bevölkerung« wurden gefordert. Noch einmal wurde von demokratischer und liberal-konstitutioneller Seite der Versuch einer parteiübergreifenden Zusammenarbeit unternommen. »In diesem Augenblicke verstummt der Streit der einzelnen politischen Partheien. Es gilt mit vereinter Macht, in aufrichtiger Eintracht dahin zu wirken, daß die von unserer Nationalversammlung geschaffene Reichsverfassung ins Leben eingeführt und in Deutschland eben dadurch Einheit und Freiheit, Glück und Wohlstand fest begründet werden«¹⁷, wie der inzwischen von Christoph Lietzenmayer¹⁸ redigierte Bote von Aalen euphorisch berichtete.

Die Gemeinde und ihre Gremien erscheinen hier nicht nur als Erfahrungsraum und Exerzierfeld für die Einübung liberaler politischer Selbstorganisation der Gesellschaft. Die Gemeinde und der Bezirk wurden als Vertretungsorgan auch für überregionale, allgemeinpolitische Anliegen begriffen. Die enge Verflechtung von kommunaler Selbstverwaltung und politischer Interessensvertretung kommt nicht nur in der Einladung durch die Amtsversammlung und den Vorsitz des Oberamtmannes zum Ausdruck, sondern auch in den Aufgaben, die den Ortsvereinen und dem Ausschuß des Bezirksvolksvereins zugewiesen wurden. Bei Gefahr sollte der Ausschuß mit den Bezirksbehörden in Verbindung treten »und wird suchen in Übereinstimmung mit denselben die nöthigen Maßregeln zu ergreifen.«¹⁹ Ebenso sollten die Ortsvereine mit den Ortsbehörden verfahren. Einwände über eine zu große Nähe zu den Behörden, die auf der Versammlung vorgetragen wurden, konnten sich nicht durchsetzen. Das erstaunt um so mehr, als die Annahme der Reichsverfassung durch den württembergischen König zu diesem Zeitpunkt noch keinesfalls sicher war, und die Versammlung ihre Drohung mit bewaffnetem Widerstand nicht nur gegen Interventionen von Außen richtete:

»Insbesondere setzen sich sämtliche Vereine zu ernstlichen Aufgabe ihres Wirkens, die Volksbewaffnung im ganzen Bezirke in Ausführung zu bringen, damit der vernünftige Wille des Volkes sich Geltung verschaffet und die Volkssouveränität zur vollen gesicherten Wahrheit werde.«²⁰

¹⁵ Ebd.

¹⁶ Der Bote von Aalen, Nr. 36, 4.5.1849.

¹⁷ Der Bote von Aalen, Nr. 34, 27.4.1849.

¹⁸ E. HAFNER, 1954, S. 79

¹⁹ Der Bote von Aalen, Nr. 36, 4.5.1849.

²⁰ Ebd.

Zum Abschluß der Versammlung legte Diakon Bauer den Entwurf einer Adresse an Moriz Mohl vor, die die »Anerkennung und Zufriedenheit mit seinem Wirken«²¹ zum Ausdruck bringen sollte.

Die »aufrichtige Eintracht«²² der Parteien überstand die erste Sitzung des »Bezirks-Volks-Vereins-Ausschusses« am 6. Mai 1849 nicht, zu der 20 Vertrauensmänner aus 17 Dörfern und Gemeinden erschienen. Dem nahezu halbamtlichen Anspruch des Vereins entsprechend veröffentlichte der Ausschuß im Amtsblatt ein ausführliches Protokoll der Sitzung.²³ Die Organisatoren und Förderer von Mohls Wahlkampf im Frühjahr 1848, Diakon Bauer und der Pfarrer Desaller, wurden zum Vorstand und zum Stellvertreter ernannt, der Rechtsanwalt Feuerlein zum Schriftführer. Der in derselben Sitzung beschlossene Anschluß an den demokratischen Landesausschuß der Volksvereine zog den sofortigen Rücktritt Bauers nach sich, da der Verein mit diesem parteipolitischen Bekenntnis das Mandat der Volksversammlung überzogen hätte.²⁴ Offensichtlich ließ sich der Parteiströmungen übergreifende Konsens nicht bewahren, zumal die Anerkennung der Reichsverfassung durch den König dem Antrieb zur Zusammenarbeit ein Stück weit den Boden entzog.²⁵ Der »Bezirks-Volks-Vereins-Ausschuß« tagte nur noch einmal am 31.5.1849.²⁶

Die Volksversammlung am 3. Juni 1849 in Aalen, die der Bezirksausschuß einberief²⁷, und der Aufruf der Bürgerwehr Aalen »An unsere Mitbürger auf dem Lande«²⁸ bilden den Scheitelpunkt der Reichsverfassungskampagne im Oberamt. Die Bürgerwehr veröffentlichte mit diesem Flugblatt ihre Adresse an das Rumpfparlament, in der sie die Nationalversammlung als »erste Behörde Deutschlands anerkennt«, sich ihren Anordnungen unterstellte und sich ausdrücklich gegen die Haltung der württembergischen Regierung aussprach, die der Nationalversammlung lediglich das Recht zu tagen zugestand, jedoch der neu gewählten Regentschaft jeden Zugriff auf die Exekutive versagte.²⁹

Wie schon auf der Volksversammlung Ende April wurden die Landgemeinden in dem Flugblatt aufgefordert, Bürgerversammlungen zu veranstalten, die im Konflikt zwischen der Nationalversammlung und dem Ministerium in Stuttgart Stellung beziehen sollten. »Das Ergebnis derselben wolle dann sogleich entweder an den Unterzeichneten oder unmittelbar an die betreffende

²¹ Ebd.

²² Der Bote von Aalen, Nr. 34, 27.4.1849.

²³ Der Bote von Aalen, Nr. 37, 8.5.1849.

²⁴ Darin wurde Bauer am nächsten Tag durch einen eingesendeten Artikel im Amtsblatt unterstützt. Der Bote von Aalen, Nr. 38, 11.5.49.

²⁵ Der Bote von Aalen, Nr. 41, 22.5.1849 und Nr. 45, 5.6.1849.

²⁶ Der Bote von Aalen, Nr. 44, 1. Juni 1849.

²⁷ »Sonntag den 3. Juni findet in Aalen eine Volksversammlung, zur Besprechung äußerst wichtiger Gegenstände, statt, wozu hiermit einladet. Der Bezirks-Volks-Vereins-Ausschuß.« Der Bote von Aalen, Nr. 44, 1.6.1849. Die Schwäbische Kronik, Nr. 135, 6.6.1849, berichtet, die Mehrheit der Teilnehmer habe sich entfernt, nachdem die Versammlungsleitung die Beschlüsse der Reutlinger Pfingstversammlung verlesen und empfohlen habe.

²⁸ STALB, F 151, Bü 199.

²⁹ B. MANN, Württemberger, 1975, S. 345 ff.

Behörde eingeschendet werden.«³⁰ Auch hier erstaunt wieder das Vertrauen in die Kooperationsbereitschaft der Behörden, die der Landesregierung weisungsgebunden waren. Die Bürgerwehr Aalens kam nicht in die Verlegenheit, ihre Wehrhaftigkeit unter Beweis stellen zu müssen. Die Belegung Heilbronn, das sich ebenfalls für die Nationalversammlung und die Regentenschaft erklärt hatte, mit Militär durch das Ministerium³¹ führte auch den Aalener Bürgern die tatsächlichen Machtverhältnisse deutlich vor Augen.

Während des knappen Jahres, das Mohl in Frankfurt verbrachte, schied die Parteispaltung zwischen Demokraten und Liberalen auch die Aalener Bürgerschaft. Den Demokraten gelang es, den Bürgerverein in einen Ortsverein der Volkspartei umzuwandeln. Sie sicherten sich damit einen Organisationsvorsprung vor den Liberalen, von dem Mohl im ersten Wahlkampf zur verfassungsgebenden Landesversammlung profitieren sollte. Die Kluft zwischen Liberalen und Demokraten, die in der Reichsverfassungskampagne nur kurz überbrückt werden konnte, öffnete sich über der Beurteilung der Auflösung der Nationalversammlung durch Minister Römer auch in Aalen wieder.³²

Die Nachwirkungen der »revolutionären« Erfahrungen, die Bürger des Oberamtes in ihren kommunalen Selbstverwaltungskörperschaften machen konnten, sind nicht zu messen, aber wohl auch nicht zu unterschätzen. Die Bürger konnten hier über die Wahlen zur Nationalversammlung die Erfahrung politischer Partizipation machen, die in ihrem Anspruch über den auch vor und nach der Revolution möglichen Einfluß auf die Selbstverwaltung hinausreichte. Auf der Amtsversammlung Ende April 1849 erscheint die Gemeinde tatsächlich als Kern- und Widerstandszelle für ein freiheitliches Gemeinwesen. Die Revolution in Aalen, daran sei noch einmal erinnert, entzündete sich auch über Mißbräuche in der kommunalen Selbstverwaltung. Im Revolutionsjahr erhielt Aalen einen neuen Stadtschultheißen und tauschte einen großen Teil des Stadtrates aus. Sowohl der Stadtrat wie die Amtsversammlung beschlossen, öffentlich zu tagen und forderten damit zu breiter politischer Partizipation auf.³³

2. Die Wahlen zu den drei verfassungsgebenden Landesversammlungen

Die Revision der württembergischen Verfassung von 1819 war durch die Anerkennung der Grundrechte am 17. Januar 1849 und die Zustimmung zur Reichsverfassung am 25. April 1849 durch den König notwendig geworden.³⁴ Das

³⁰ Aufruf der Bürgerwehr, STALB, F 151, Bü 199.

³¹ B. MANN, Württemberger, 1975, S. 346 f.

³² Der Bote von Aalen, Nr. 50, 22.6.1849.

³³ Schwäbische Chronik vom 20.7.1848, Nr. 198 und vom 13.9.1848, Nr. 247. Die öffentlichen Sitzungen des Stadtrates wurden jedoch von den Bürgern nicht besucht, wie der Bericht in Nr. 247 mitteilt.

³⁴ Vgl. E. R. HUBER, Verfassungsgeschichte III, 1988, S. 186. Die Auseinandersetzung zwischen Regierung, Kammer und Öffentlichkeit auf der einen und dem König auf der anderen Seite um die Annahme der Reichsverfassung bei B. MANN, Württemberger, 1975, S. 303–318.

Ministerium Römer einigte sich daher mit dem König auf ein Wahlgesetz, nach dem eine verfassungsgebende Landesversammlung gewählt werden sollte.³⁵ Während im Juni 1849 in Dresden und im Juli 1849 in Baden die Revolution blutig niedergeschlagen wurde,³⁶ publizierte die Regierung am 1. Juli 1849 ein Gesetz, das die Anpassung der Landesverfassung an die Grundrechte der Frankfurter Paulskirche einleiten sollte. Das Gesetz sah allgemeine, geheime und direkte Wahlen vor, übernahm aber den Zensus der Verfassung von 1819, die die Bezahlung einer direkten Steuer für die Beteiligung an den Urwahlen voraussetzte³⁷, und schloß damit etwa 25 % der volljährigen Bürger, in der Regel wohl die abhängig beschäftigten Gesellen, Tagelöhner und Arbeiter, von der Wahl aus.³⁸ Diese Einschränkung fand die Kritik Moriz Mohls, der in der Paulskirche für das Wahlrecht der Arbeiter gesprochen hatte.³⁹

Der Wahlkampf zur ersten verfassungsgebenden Landesversammlung macht Moriz Mohls Wandlung vom auf sich allein gestellten Honoratiorenpolitiker, als der er sich im Wahlkampf zur Nationalversammlung im April 1848 präsentierte, zum Parteipolitiker augenfällig. In Stuttgart und in Aalen nominierten ihn die Anhänger der Volkspartei als Kandidaten.⁴⁰ Das in öffentlicher Versammlung bestimmte Wahlkomitee des Stuttgarter Volksvereins empfahl Mohl als Mann der »warmen Überzeugung, der echten Liebe zum Volke«, die sich in den »unausgesetzten Anstrengungen« zeige.⁴¹ Mohls außerordentliche Arbeitsleistung und die volkswirtschaftlichen Fachkenntnisse bemühte der Wahlausschuß der Stuttgarter Volkspartei auch, als er ihn gegen Angriffe der Liberalen und ihres Kandidaten Wilhelm Murschel⁴² verteidigte.⁴³ Wilhelm Murschel war im gesellschaftlichen Leben des bürgerlichen Stuttgart fest verankert und hatte sich als liberaler Landtagsabgeordneter und in der Agitation gegen die Lebenslänglichkeit der Gemeinderatsmitglieder einen Namen gemacht. Der Höhepunkt der politischen Laufbahn war die Verkündigung der Annahme der Reichsverfassung am 24. April 1849, die er als Präsident der Abgeordnetenkommission vom Balkon des Ständehauses vornahm.⁴⁴ Auch wenn

³⁵ Zur Entstehung des Gesetzes M. BOTZENHART, *Deutscher Parlamentarismus*, 1977, S. 241–249 und B. MANN, *Württemberg*, S. 355–357.

³⁶ Vgl. W. SIEMANN, *Revolution*, 1985, S. 210 und 215 f.

³⁷ §137 der Landesverfassung von 1819, H. BOLDT, *Reich und Länder*, 1987, S. 319.

³⁸ M. BOTZENHART, *Deutscher Parlamentarismus*, 1975, S. 248.

³⁹ Vgl. W. BOLDT, *Volksvereine*, 1970, S. 75.

⁴⁰ Der Wahlkampf in Stuttgart wurde bereits von B. MANN, *Württemberg*, 1975, S. 367–369, und noch einmal ausführlicher von R. WAIBEL, *Gemeindewahlen*, 1992, S. 397–403 geschildert. Im Folgenden genügt daher eine knappe Skizze des Wahlkampfes in Stuttgart, bevor die Darstellung sich ausführlich dem Wahlkampf in Aalen zuwendet.

⁴¹ *Der Beobachter* vom 18.7.1849, Nr. 178.

⁴² Wilhelm Murschel (1795–1869), Anwalt in Stuttgart, Gründer der Stuttgarter »Bürgergesellschaft«, Landtagsabgeordneter von 1833–1838 für Maulbronn, 1847–1849 für Rottweil und 1856–1861 für Marbach. Mitglied der Nationalversammlung. Vgl. B. MANN, *Württemberg*, 1975, S. 384 und H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 592.

⁴³ *Schwäbische Chronik* vom 22.7.1849, Nr. 175, *Der Beobachter* vom 22.7.1849, Nr. 182 und *Der Beobachter* vom 1.8.1849, Nr. 191.

⁴⁴ H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 592.

sich in Stuttgart zwei profilierte Kandidaten gegenübertraten, wurde der Wahlkampf doch als Auseinandersetzung zwischen den beiden Parteien geführt.⁴⁵ Die Volkspartei unterstützte Mohl durch Zeitungsinserte, Plakatschläge und Agitationsgruppen vor den Wahllokalen.⁴⁶ In der Nacht vor der Wahl bemalten Sympathisanten alle Ministerien mit der Aufschrift »Wählt Moriz Mohl«. ⁴⁷Die Volkspartei unterlag mit ihrem Kandidaten Moriz Mohl bei einer überdurchschnittlich hohen Wahlbeteiligung von 66,7 % mit 41,7 % der Stimmen gegen den einzigen Mitbewerber Wilhelm Murschel.⁴⁸ Raimund Waibel wertet das Ergebnis der Volkspartei vor dem Hintergrund der vorausgegangenen Wahlen dennoch als Erfolg gegen die in Stuttgart traditionell starken Liberalen.⁴⁹

Die Wahlwerbung in Aalen konnte Mohl vollständig den politischen Freunden des Aalener Volksvereins überlassen und auf eine längere Wahlreise verzichten.⁵⁰ Zwei Versammlungen in Aalen⁵¹ erklärten sich für Mohl, wobei sich keine Stimme gegen ihn wandte und kein Gegenkandidat auftrat oder genannt wurde. Auch die Doppelkandidatur in Stuttgart und Aalen wurde ausdrücklich unterstützt.⁵² Die Stimmung in den ländlichen Gemeinden, »so viel bisher von einigen Schultheisereien des hiesigen Oberamtes in Erfahrung gebracht werden konnte«, sei ebenfalls für Mohl. Offensichtlich bestand das Netz von Vertrauensmännern, das der Ausschuß des Bezirksvolksvereins geknüpft hatte, nicht mehr, und die Anhänger in Aalen blieben ohne eine Organisation, die den ganzen Wahlbezirk erfaßte, auf Gerüchte über die Haltung der ländlichen Wähler angewiesen. Auch wenn somit die Kandidatur Mohls für die Volkspartei in Aalen feststand, luden die Volksvereine der Oberämter Aalen und Neresheim zu einer Volksversammlung nach Ebnat für den 29. Juli 1849 ein, »wobei man sich über die Wahlen im Sinne der Volks-Parthei (nicht zu verwechseln mit Herren-Volks-Parthei) besprechen und vereinigen wird. Für sehr gutes Bier ist gesorgt.«⁵³ Die Einladung macht die Entwicklung der parteipolitischen Orien-

⁴⁵ Zu den Wahlprogrammen vgl. das Kapitel über Mohl und die Parteiorganisationen 1848–1851.

⁴⁶ B. MANN, *Württemberg*, 1975, S. 369. Die Anhänger Mohls gingen auch gegen ein Mitglied der Wahlkommission vor. Vgl. die Beschwerde bei der Wahlbehörde vom 1. August 1849 und die Stellungnahme des betroffenen A. Müller vom gleichen Tag in STALB, F 201, Bü 17, sowie die Erklärung Müllers in der Schwäbischen Chronik vom 2.8.1849, Nr. 184. Zu diesem Vorgang auch R. WAIBEL, *Gemeindewahlen*, 1992, S. 401 f.

⁴⁷ Vgl. den Nekrolog Otto Elbens für Moriz Mohl, *Schwäbische Chronik* vom 22.2.1888, Nr. 44.

⁴⁸ Vgl. B. MANN, *Württemberg*, 1975, S. 410, Tabelle II. Die Wahlbeteiligung im Landesdurchschnitt lag bei 59,4 %.

⁴⁹ R. WAIBEL, *Gemeindewahlen*, 1992, S. 402 f.

⁵⁰ Nach der Auflösung der Nationalversammlung besuchte Mohl zumindest einmal Aalen, wobei er von der Bürgerwehr festlich empfangen wurde. *Der Bote von Aalen*, Nr. 76, 21.9.1849.

⁵¹ *Schwäbische Kronik*, Nr. 170, 17.7.1849.

⁵² »Die Anhänglichkeit von vielen Bürgern des Bezirks an ihn sprach sich in der Erklärung aus, er werde in die Wahl gebracht für den Fall, daß er in Stuttgart nicht siegen würde. Der Beobachter vom 24.7.1849, Nr. 183,.

⁵³ *Der Bote von Aalen*, Nr. 59, 24.7.1849. Mit dem Seitenhieb auf die Herren-Volkspartei wehrten sich die Demokraten gegen die Bezeichnung »Volkspartei im konstitutionellen Sinne«, die sich die

tierung seit dem April 1848 sinnfällig. Die Versammlung diente wenige Tage vor der Wahl nur der Mobilisierung der eigenen Anhänger. An eine Vorstellung, Auswahl und damit Legitimierung der Kandidaten, wie es das Ziel der Volksversammlung ein Jahr zuvor gewesen war, dachte bei dieser Parteiveranstaltung zwei Tage vor der Wahl niemand mehr.

Sowohl die Form als auch die Inhalte des Wahlkampfes hatten sich in den 16 Monaten der Revolution grundlegend gewandelt. Parteiorganisation und Parteiprogramm prägten das Bild des Wahlkampfes, nicht mehr der unabhängige, fortschrittliche Kandidat, der engagiert für sich werbend durch den Wahlkreis reist. Für ihn stand nun eine Partei ein, gleichzeitig repräsentierte er ein Parteiprogramm. Unter der Überschrift »Wahlsachen« druckte der Bote von Aalen eine Zusammenfassung des Programms der Volkspartei, ohne Mohl als Verfasser und seine Verdienste in der Nationalversammlung zu erwähnen.⁵⁴

Da das Programm für den Kandidaten warb, zog auch der Kandidat die Polemik, mit der die Liberalen die Volkspartei bekämpften, auf sich. Die liberalen und konservativen Gegner Mohls nutzten die Angriffsfläche, die er durch seinen Verbalradikalismus in den letzten Monaten der Nationalversammlung und seinen Beitritt zur Volkspartei bot. In einem Wahlaufuf, den 14 Anhänger des Ministeriums Römer veröffentlichten, die sich mehrheitlich aus Schultheißen der umliegenden Gemeinden rekrutierten, rückten sie Mohl in die Nähe der Reutlinger Aufstandspläne und hielten ihm vor, ein klares Bekenntnis zur konstitutionellen Monarchie zu verweigern.

Die Organisation einer Wahlversammlung gelang dieser Gruppe Liberal-Konservativer nicht, wobei sie dieses Mobilisierungsdefizit unter Umständen durch ihren amtlichen Einfluß als Schultheißen ausgleichen konnten. Als entscheidend für den Ausgang der Wahl erwiesen sich das Fehlen eines fähigen Gegenkandidaten. Der liberal-konservative Kandidat, der bisherige Landtagsabgeordnete Tierarzt Ottenbacher erklärte bereits auf der Versammlung der Schultheißen⁵⁵, von der der Wahlaufuf ausging, daß er eine Kandidatur in keinem Falle annehmen werde.

Der Ausgang der Wahlen am 1. August 1849 verlor damit jede Spannung und die Wahlbeteiligung des Oberamtes lag mit 40 % deutlich unter dem Landesdurchschnitt von 59 %. Von 1 475 abgegebenen Stimmen erhielt Mohl 98,1 %.⁵⁶ Das Fehlen eines Gegenkandidaten hinderte Mohl nicht daran, sich in einem Dankschreiben an die Wähler zutiefst gerührt zu zeigen von der »Stimmeneinhelligkeit«.⁵⁷

konstitutionellen Liberalen zugelegt hatten, nicht zuletzt um die Demokraten damit implizit zu stempeln. Vgl. B. MANN, Württemberger, 1975, S. 364.

⁵⁴ Der Bote von Aalen, Nr. 59, 24.7.1849.

⁵⁵ Die Chronik, Nr. 181, 29.7.1849, nennt Bäuerle als Initiator.

⁵⁶ Mitteilung des Oberamtmannes im Boten von Aalen Nr. 62, 3.8.1849. Die wenigen übrigen Stimmen zersplitterten sich auf 13 Personen. Zu den Wahlergebnissen der übrigen Wahlbezirke eine Aufstellung bei B. MANN, Württemberger, 1975, S. 410 f.

⁵⁷ Der Bote von Aalen, Nr. 64, 10.8.1849.

Die Vorherrschaft der Demokraten scheint unübersehbar, doch die Anhänger der Volkspartei dominierten das politische Leben der Stadt Aalen weit weniger, als die öffentlichkeitswirksamen Wahlveranstaltungen und das Wahlergebnis ahnen lassen. Vergeblich bemühte sich der Vorstand des Volksvereins durch eine öffentliche Vorbesprechung, die Stadtratswahlen Ende August, zu der zwei Kandidatenlisten veröffentlicht wurden, in seinem Sinne zu lenken.⁵⁸ Die »gemäßigte Partei«, wie sich die Chronik ausdrückte, konnte 10 von 12 Stadtratsmandaten gewinnen.⁵⁹ Auch bei der Wahl des Bezirksausschusses für die Schwurgerichte gab die Amtsversammlung »gemäßigten Fortschrittsparteilern und Konservativen«⁶⁰ den Vorzug.

Noch vor dem Zusammentritt der ersten Landesversammlung am 1. Dezember 1849 hatte auch in Württemberg ein politischer Kurswechsel eingesetzt. Wilhelm I. entließ den Märzminister Friedrich Römer und berief Johannes Schlayer⁶¹, der bis zur Revolution im März 1848 Minister gewesen war.⁶² Den Verhandlungen der drei verfassungsgebenden Landesversammlungen soll in diesem Kapitel nur ein kursorischer Überblick gewidmet werden, da die Forschung sie bereits erschöpfend behandelt hat.⁶³ Die Demokraten gingen aus der Wahl als überlegene Sieger hervor und verfügten mit 44 der 64 Abgeordneten über die Zweidrittelmehrheit.⁶⁴ Zwei Wochen nach der Konstituierung der Landesversammlung⁶⁵, am 17. Dezember 1849, legte Moriz Mohl im Auftrag der demokratischen Mehrheit einen Verfassungsentwurf vor.⁶⁶ Der unerbittliche Kämpfer für die württembergischen Partikularrechte im Zuge der Reichseignung der 1870er Jahre ordnete Württemberg konsequent der Verfassung des

⁵⁸ Der Bote von Aalen, Nr. 68, 24.8.1849.

⁵⁹ Chronik, Nr. 217, 9.9.1849.

⁶⁰ Chronik, Nr. 232, 27.9.1849.

⁶¹ Johannes v. Schlayer (1792–1860), Sohn eines Tübinger Bäckermeisters, studierte Jura und begann 1816 eine steile Karriere in der Stuttgarter Ministerialbürokratie. Von 1832 bis zum März 1848 bekleidete er das Amt des Innenministers. Als Abgeordneter der Stadt Tübingen von 1856–1859 fand er den Weg zur liberal-demokratischen Opposition. Zu Johannes v. Schlayer vgl. die Darstellung seiner Regierung bei H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, und die biographische Notiz, ebd., S. 94, Anm. 57.

⁶² H. J. VOLLMER, 1967, S. 50.

⁶³ M. BOTZENHART, *Deutscher Parlamentarismus*, 1977, S. 733–745 bietet einen konzentrierten Überblick zu den Verhandlungen und eine Analyse des Verfassungsentwurfes von Mohl. Vgl. dazu auch ders., *Die Parlamentarismusmodelle der deutschen Parteien 1848/49, 1974*, S. 138 f. H. J. VOLLMER, 1967, schildert die Verhandlungen und die vorliegenden Verfassungsentwürfe im einzelnen. F. MÖGLE-HOFACKER, 1981, beleuchtet das Verhalten der Regierung. Zur Kritik an F. MÖGLE-HOFACKER vgl. H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 626, Anm. 31 und S. 628, Anm. 38.

⁶⁴ M. BOTZENHART, *Deutscher Parlamentarismus*, 1977, S. 734. Zu dem Wahlergebnis vgl. auch den tabellarischen Überblick bei B. MANN, *Württemberg*, 1975, Tabelle II, S. 410, dort S. 353–373 auch eine Darstellung des Wahlkampfes.

⁶⁵ Die erste Landesversammlung tagte vom 1.12.1849 bis zum 22.12.1849.

⁶⁶ 1. Landesversammlung, Beilage 22, S. 110–141. Antrag des Abgeordneten Moriz Mohl, die Änderung der Verfassung betreffend. Mit dem Entwurfe einer bereinigten Landesverfassung als Beilage. Vgl. auch H. J. VOLLMER, 1967, S. 28 ff. und M. BOTZENHART, *Deutscher Parlamentarismus*, 1975, S. 737–739.

Deutschen Reiches⁶⁷ und allen Gesetzen und Anordnungen der Reichsgewalt unter.⁶⁸ Die Paragraphen 24–80 übernahmen mit kleinen Modifikationen die Grundrechte wörtlich in die württembergische Verfassung. So ließ es sich Mohl nicht nehmen, die Abschaffung aller Titel, die §137 der Reichsverfassung vorsah, mit dem Zusatz zu versehen: »Es gilt dies namentlich auch von Adels-Titeln und Bezeichnungen.«⁶⁹ Das Zweikammersystem wurde durch eine Kammer mit 64 Abgeordneten ersetzt. Die Wahl wurde direkt und geheim von allen Männern vorgenommen, die eine direkte Staatssteuer bezahlten.⁷⁰ Der Zensus, der einen Teil der Unterschichten, etwa 20 % der Bürger, von der Wahl ausschloß, war wahrscheinlich auf Wunsch der Parteifreunde Mohls aufgenommen worden⁷¹, da das Wahlrecht dem Gesetz vom 1. Juli 1849 entsprach, an dem Mohl kritisiert hatte, daß es weniger allgemein sei als das Wahlrecht der Nationalversammlung.⁷² Der Verfassungsentwurf griff eine Reihe der Grundpfeiler der konstitutionellen Monarchie an.⁷³ Der König sollte die Souveränität über Krieg und Frieden und die Außenpolitik verlieren, da Kriegserklärungen und völkerrechtliche Verträge der Zustimmung der Kammer bedurften.⁷⁴ Dem monarchischen Prinzip, nach dem der Monarch alle Staatsgewalt in seiner Person vereinigt⁷⁵, stellte Mohl das Prinzip der Volkssouveränität entgegen: »Von den verfassungsgebenden Gewalten wird anerkannt, daß das Recht und die Macht der Regierung in dem vernünftigen Volkswillen ihre Quelle haben, und daß die öffentlichen Angelegenheiten im Sinne des letzteren zu verwalten sind.«⁷⁶ Das weitreichende Budgetrecht, das eine jährliche Festlegung der Ausgaben⁷⁷ durch die Kammer vorsah, und das weitreichende Gesetzgebungsrecht⁷⁸ entzog dem König nicht de jure, aber de facto die alleinige Kontrolle über die Regierung und die Verwaltung, »das eigentliche Reservat der Monarchie.«⁷⁹ Der Monarch behielt jedoch ein suspensives Veto in der Gesetzgebung⁸⁰ und das Recht der Auflösung des Parlamentes.⁸¹ Zusammen mit dem Recht zur Gesetzesinitiative⁸² und dem Recht des Parlaments zur Selbstver-

⁶⁷ § 1, S. 113.

⁶⁸ § 3, Absatz 1, S. 113: »Alle im verfassungsmäßigen Wege ergehenden Gesetze und Anordnungen der von der Nationalvertretung in der Reichsverfassung bestimmten Reichsgewalt haben für Württemberg verbindende Kraft.«

⁶⁹ § 31, S. 116.

⁷⁰ § 203, S. 132.

⁷¹ Vgl. M. BOTZENHART, *Deutscher Parlamentarismus*, 1977, S. 737.

⁷² Vgl. W. BOLDT, *Volkvereine*, 1970, S. 75.

⁷³ Dazu grundlegend E. R. HUBER, *Verfassungsgeschichte III*, 1988, S. 3 ff. und E. W. BÖCKENFÖRDE, *Verfassungstyp*, 1972.

⁷⁴ § 156, S. 128.

⁷⁵ E. R. HUBER, *Verfassungsgeschichte III*, 1988, S. 12.

⁷⁶ § 6, Absatz 2, vgl. auch M. BOTZENHART, *Parlamentarismusmodelle*, 1974, S. 139.

⁷⁷ § 182 und § 183.

⁷⁸ § 160.

⁷⁹ E. W. BÖCKENFÖRDE, *Verfassungstyp*, 1972, S. 151.

⁸⁰ § 240, S. 136.

⁸¹ § 252, S. 138.

⁸² § 196, S. 131 und § 240, S. 136.

sammlung⁸³ wäre Mohls Entwurf für eine Entwicklung zu einer parlamentarischen Regierung praktisch offen gewesen. Manfred Botzenhart charakterisiert den Verfassungsentwurf als »konsequent demokratisch, aber doch keineswegs radikal«, der »darauf gerichtet war, den monarchischen Rahmen der Verfassung im Geiste der Volkssouveränität auszugestalten.«⁸⁴ Diese Interpretation trifft sich mit der Selbsteinschätzung Moriz Mohls, der stets in Anspruch nahm, Anhänger der konstitutionellen Monarchie zu sein.⁸⁵ Es ist sicherlich nicht von der Hand zu weisen, daß dieses Verfassungsmodell, in dem »eine spätere Parlamentarisierung [...] doch schon in nuce angelegt«⁸⁶ war, in der Praxis nur einen Scheinkompromiß zwischen Republik und Monarchie geboten hätte.⁸⁷ Dieses Entwicklungspotential scheint jedoch von Moriz Mohl nicht in der gleichen Schärfe erkannt worden zu sein, wie dies Dieter Langewiesche für die Liberalen der Revolutionszeit beobachtet hat.⁸⁸

Der Verfassungsentwurf wurde im Plenum der ersten Landesversammlung nicht mehr diskutiert, da diese am selben Tag aufgelöst wurde, als der Bericht der Verfassungskommission vorlag.⁸⁹ Innenminister Schlayer suchte ein zweites Mal nach dem allgemeinen Wahlrecht vom 1. Juli 1849 den Appell an das Volk in der Hoffnung, die Wähler würden gemäßigten Kandidaten ihre Stimme geben.⁹⁰

Die Auflösung der ersten Landesversammlung Ende Dezember gab den Aalener Liberalen und Konservativen eine zweite Chance, der Kandidatur Mohls diesmal rechtzeitig und geschickter entgegenzutreten. Unterstützt wurden sie dabei von einem mehrseitigen Aufruf der Stuttgarter Liberalen um Murschel und Duvernoy, die das organisatorische Defizit der Liberalen erkannt hatten und für die Gründung von Wahlvereinen in der Region warben.⁹¹ Ohne Unterschrift rückten die Liberalen um Schultheiß Bäuerle ein zweiseitiges Inserat ins Amtsblatt, in dem sie die Wähler des Oberamtes zu einer Wahlversammlung am Sonntag den 2. Februar 1850 einluden.⁹² Bereits in der nächsten Ausgabe des Amtsblattes forderte die Volkspartei ihre Mitglieder auf, die anonym angekündigte Wahlversammlung zu besuchen, »damit dort alle Parteien vertreten seien«, wie es euphemistisch formuliert hieß. Tatsächlich gelang es der Volkspartei, die Versammlung in ihrem Sinne umzudrehen. Mit einer gewissen

⁸³ § 199, S. 132.

⁸⁴ M. BOTZENHARDT, *Deutscher Parlamentarismus*, 1977, S. 738. Auch H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 619, bemerkt, daß Mohl im Prinzip am monarchisch-konstitutionellen System festhielt.

⁸⁵ In der 25. Sitzung der 2. Landesversammlung am 23.5.1850 verteidigte er sich gegen den Vorwurf, die Einführung der Republik zu beabsichtigen.

⁸⁶ H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 619.

⁸⁷ Vgl. D. LANGEWIESCHE, *Republik*, 1983, S. 358.

⁸⁸ D. LANGEWIESCHE, *Republik*, 1983, S. 358.

⁸⁹ 1. Landesversammlung, 14. Sitzung am 22.11.1849.

⁹⁰ Vgl. F. MÖGLE-HOFACKER, 1981, S. 71 f.

⁹¹ Abgedruckt im Verkündiger, wie der Bote von Aalen seit dem Jahreswechsel hieß, Nr. 5, 15.1.1850.

⁹² Der Verkündiger, Nr. 9, 29.1.1850.

Boshaftigkeit ernannten die Demokraten den einzigen erschienenen Vertreter der liberal-konservativen Partei, Schultheiß Bäuerle, per Akklamation zum Vorsitzenden, und dieser sah sich nun gezwungen, einem Fürsprecher Mohls nach dem anderen das Wort zu erteilen. Als einziger Redner gegen die Volkspartei konnte Bäuerle die Veranstaltung ebensowenig retten, wie es die verlesene Wahlwerbung Ottenbachers vermochte.⁹³

Oberamtstierarzt Ottenbacher trat nun die Flucht nach rückwärts an und ließ wissen, daß er zur Kandidatur für die liberal-konservative Partei nur gedrängt worden war und deshalb nicht als Bewerber aufträte; eine Wahl wolle er zwar annehmen, aber nichts für ihre Beförderung unternehmen.⁹⁴ Die Liberal-Konservativen um Schultheiß Bäuerle stärkten – mit welchen Mitteln auch immer – dem Oberamtstierarzt rasch wieder den Rücken und finanzierten ihm eine Wahlbeilage im Amtsblatt »An die Wähler auf dem Lande«, in dem er auf vermeintlich zielgruppengerechtem Niveau vor den Machtgelüsten der Demokraten warnte.⁹⁵ Allein in einem kurzen Absatz, der sich an die Bürger Aalens wandte, gelang ihm eine politische, an den Interessen der Wähler orientierte Auseinandersetzung mit Mohl, indem er ihn einen »Haupt-Protector der Fabriken, welche so nachtheilich auf unsere kleinen Gewerbe einwirken«, nannte.

Die Demokraten blieben in der Polemik der Auseinandersetzung den Liberal-Konservativen nichts schuldig und verbreiteten das Gerücht, Ottenbacher wolle die staatlichen Hüttenwerke, den industriellen Kern und größten Arbeit- und Auftraggeber des Bezirkes verkaufen lassen.⁹⁶ In ihren Wahlanzeigen, in denen sie sich auf die Verlautbarungen der Volkspartei stützten⁹⁷, verzichteten die Demokraten auf eine Werbung mit Mohl.⁹⁸ Die Person des Kandidaten trat hier ganz hinter das Programm der Partei zurück.

Die Gegenkandidatur Ottenbachers, der von beiden Parteien intensiv geführte Wahlkampf und sicherlich auch der Wahltermin, der diesmal nicht mit der Ernte zusammenfiel, steigerten die Anzahl der abgegebenen Stimmen um 40 % und führten die Wahlbeteiligung mit 56 % auf ein Niveau, das nur noch 10 Prozentpunkte unter dem Landesdurchschnitt lag.⁹⁹ Den Stimmenzuwachs von 600 Stimmen teilten sich die beiden Kandidaten, so daß sich Mohl mit 84 % vor Ottenbacher mit 14 % behaupten konnte.

⁹³ Der Beobachter Nr. 36, 12.2.1850, druckt einen ausführlichen Bericht der Volkspartei über die Versammlung. Die Chronik, Nr. 33, 7.2.1850 meldet knapp, daß die meisten Anwesenden der »sehr zahlreich besuchten Versammlung« für Mohl stimmten.

⁹⁴ Der Verkündiger, Nr. 12, 8.2.1850.

⁹⁵ Der Verkündiger, Nr. 14, 15.2.1850. »Darum aufgepaßt ihr Bauern, trauet Allen, nur den Demokraten nicht, diese Leute zerfallen in 3 Klassen: 1) in Ehrgeizige, die sich gerne an die Spitze des Staates emporschwingen möchten. 2) In Schwache Subjekte, die sich von der ersten Sorte für ihre Zwecke benutzen lassen, 3) in Leute, die nicht wissen, was sie wollen, die politisieren, aber nichts verstehen.«

⁹⁶ Der Verkündiger, Nr. 12, 8.2.1850.

⁹⁷ Der Verkündiger, Nr. 8, 25.1.1850.

⁹⁸ Über eine Anwesenheit Mohls während des Wahlkampfes ist nichts bekannt.

⁹⁹ H.-J. VOLLMER, 1967, S. 86, gibt für die Wahl zur dritten Landesversammlung im September 1850 die Zahl der Wahlberechtigten mit 293 379 an. Auf dieser Basis berechnet ergibt sich bei 192 661 Abstimmenden eine Wahlbeteiligung von etwa 66 %.

Die Demokraten kehrten mit einer Mehrheit von drei Viertel der Mandate in die zweite Landesversammlung zurück und lehnten die Angebote der Regierung wiederum als ungenügend ab.¹⁰⁰ Die Beratungen zwischen Regierung und Landesversammlung gerieten darüber hinaus zunehmend unter den Druck der Entwicklung im übrigen Deutschland. Die zweite Landesversammlung wurde aufgelöst¹⁰¹, nachdem die Demokraten eine Klage gegen den Außenminister beim Staatsgerichtshof erhoben hatten.¹⁰² Dieser hatte mit Österreich einen Vertrag geschlossen, der auf die Restauration des Deutschen Bundes zielte, was den Widerstand der Demokraten hervorrief. Am Tag der Kammerauflösung entließ der König ebenfalls wegen nationalpolitischer Differenzen Johannes v. Schlayer.

Der neue Minister Linden schrieb ein drittes Mal Wahlen nach dem Gesetz vom 1. Juli 1849 für den 20./21. September 1850 aus, die jedoch nur noch wenig Beachtung fanden.¹⁰³ Die Wahlbeteiligung im Oberamt Aalen sank auf 29%.¹⁰⁴ Dabei bediente sich das Ministerium in der im Vormärz erprobten Weise des Beamtenapparats, um ein ihr genehmes Ergebnis zu erzielen.¹⁰⁵ Ein Schultheiß schrieb am Wahltag einen für die Bauern lukrativen öffentlichen Transportauftrag aus, andere Wähler wurden durch Drohungen von der Wahl ferngehalten.¹⁰⁶ Der Wahlkampf selbst beschränkte sich auf einen Wahlaufruf der Volkspartei und einen der Konstitutionellen in derselben Ausgabe des Amtsblattes¹⁰⁷, sowie auf eine dreitägige Reise Mohls durch den Wahlbezirk, über die er seinem Bruder schrieb:

»Es wäre zwar für meine Wahl nicht wichtig, aber die Leute können natürlich doch, mit Recht erwarten, daß man nach dem Landtag und vor der Wahl zu ihnen kommt.«¹⁰⁸

Die Liberal-Konservativen konnten keinen Kandidaten präsentieren.¹⁰⁹ Mohl vereinigte 1033 von 1062 Stimmen auf sich. Für diese Wahl ist die Wahlbeteiligung nach den einzelnen Gemeinden erhalten und damit sind auch die Stimmen für Mohl bekannt.¹¹⁰

¹⁰⁰ H.-J. VOLLMER, 1967, S. 66 f.

¹⁰¹ Die Landesversammlung tagte mit Unterbrechungen vom 15.3.1850 bis zum 2.7.1850.

¹⁰² H.-J. VOLLMER, 1967, S. 76–83.

¹⁰³ Ebd., S. 86, die Wahlbeteiligung lag bei 33,6%.

¹⁰⁴ Die Wahlergebnisse des Oberamtes in HSTAST, E 146, Bü 1 428.

¹⁰⁵ Der Beobachter vom 25.9.1849, Nr. 229.

¹⁰⁶ Die Vorwürfe des Parteiblattes gegen das Ministerium lassen sich in diesem konkreten Fall nicht aus anderen Quellen erhärten. Die Forschungen von Hartwig Brandt belegen jedoch, daß diese Form der Wahlmanipulation zum selbstverständlichen Handwerkszeug des Ministeriums Linden gehörte.

¹⁰⁷ Der Verkündiger, Nr. 69, 27.8.1850.

¹⁰⁸ Brief Moriz Mohls an Robert Mohl vom 3.9.1850, Nr. 108.

¹⁰⁹ Vgl. STALB, PL 3 Depositum Steinbeis, Bü 55, Brief Weberlings an Steinbeis ohne Datum, in dem Weberling Steinbeis um die Kandidatur in Aalen bittet.

¹¹⁰ HSTAST, E 146, Bü 1 428, zu den Herrschaftsverhältnissen vgl. Die Beschreibung des Oberamts Aalen.

Tabelle 1: Wahlbeteiligung: 20./21. September 1850

Ort	Einwohner	Kath. Bev. in v. H.	Stimmberecht.	Abstimmende.	Wahlbeteilig. in v. H.	Rittersch. Orte
Aalen	3 605	9	579	313	54,1	
Abtsgmünd	1 755	94	242	20	8,3	
Adelmannsfelden	1 643	17	269	98	36,4	◆
Dewangen	1 076	84	175	30	17,1	
Essingen	1 922	3	322	75	23,3	◆
Fachsenfeld	1 157	77	156	24	15,4	◆
Heuchlingen	844	99	124	0	0	
Hofen	624	99	87	16	18,4	
Hohenstadt	979	96	155	69	44,5	◆
Hüttlingen	1 261	98	191	8	4,2	
Laubach	559	40	99	21	21,2	◆
Lauterburg	550	4	87	40	46,0	◆
Neubronn	335	2	63	33	52,4	◆
Oberkochen	1 180	66	182	12	6,6	
Pommertsweiler	792	38	106	15	14,2	
Schechingen	956	97	139	57	41,0	◆
Unterkochen	1 752	92	246	64	26,0	
Unterrombach	1 362	44	224	12	5,4	
Wasseralfingen	1 699	76	277	156	56,3	
Summe	24 051	55	3 723	1 063	28,6	

Die Wahlbeteiligung schwankte zwischen 0 % in der Landgemeinde Heuchlingen, 56 % in Wasseralfingen mit seinem Hüttenwerk und 54 % in der Oberamtsstadt. Der Rückhalt, den Mohl in der Bürgerschaft der ehemaligen freien Reichsstadt und unter den Beschäftigten des Hüttenwerks fand, wird damit eindrucksvoll belegt. Unter den Landgemeinden erreichte die Wahlbeteiligung in der Gemeinde Neubronn der ritterschaftlichen Familie v. Gemmingen-Uechritz mit 52 % den höchsten Wert. Auch andere Gemeinden in ritterschaftlichem Besitz zeigten eine Mobilisierung der Wähler über 40 %. Mohls Auftreten gegen den Adel trug hier sicherlich Früchte. Gleichwohl kann der Zusammenhang zwischen ritterschaftlicher Grundherrschaft und der Wahl Mohls nicht durchgängig beobachtet werden. In Essingen, das im März 1848 die heftigsten Unruhen gegen den Frhr. v. Wöllwarth erlebt hatte, gingen nur 23 % der Wähler zu den Urnen. Für die schwankende Wahlbeteiligung muß auch die staatliche Repression mitbedacht werden, die sich bei dieser Wahl das erste Mal seit der Revolution wieder bemerkbar machte. Da es keinen Gegenkandidaten gab, war zudem die geheime Wahl praktisch aufgehoben. Es lag offen: wer wählen ging, wählte Mohl.

Die drei Wahlen zu den verfassunggebenden Landesversammlungen unterschieden sich von den Wahlen zur Nationalversammlung im April 1848 in erster Linie durch ihre parteipolitische Polarisierung. Die Organisation des liberalen Bürgertums in der Form des Bürgervereins bzw. Volksvereins stand nun vollständig im Dienst der demokratischen Volkspartei. Die Dichte der Organisation überstieg nach dem kurzen Höhepunkt der Reichsverfassungskampagne wahrscheinlich nicht mehr den Stand, der bereits im April 1848

erreicht war, da die Landgemeinden in keiner erkennbaren Weise mehr eingebunden waren. Die Liberal-Konservativen fanden in den Gemeindebeamten der Landgemeinden einen unzureichenden Ersatz für eine eigene Parteiorganisation. Die Häufung der Schultheißen unter den liberal-konservativen Parteigängern und die Wahlmanipulationen bei der dritten Wahl zeigen, daß die Regierung, zunächst das liberale Ministerium Römer, später das Reaktionsministerium Linden, im Gegensatz zu den Wahlen 1848 wieder als Partei auftrat.

Der Inhalt des Wahlkampfes löste sich von der Person des Kandidaten und orientierte sich stärker an Parteiprogrammen. Dennoch führt die Not der Liberal-Konservativen, einen geeigneten Bewerber zu finden, vor Augen, daß die Persönlichkeit des Kandidaten trotz des Hinzutretens von Parteiorganisation und Parteiprogramm jene tragende Rolle behielt, die sich schon bei der Wahl zur Nationalversammlung gezeigt hatte.

Die dritte Landesversammlung trat am 4. Oktober 1850 zusammen und Innenminister Linden legte einen Verfassungsentwurf vor, der der demokratischen Mehrheit trotz großer Zugeständnisse nicht liberal genug erschien.¹¹¹ Wieder war es die Nationale Frage, die die Regierung zum Anlaß nahm, die Verhandlungen um eine Revision der Verfassung abzubrechen. Die dritte Landesversammlung weigerte sich am 6. November 1850, die Gelder für Rüstungen zu bewilligen, zu denen sich Württemberg gegenüber Österreich verpflichtet hatte, um die Wiederherstellung des Deutschen Bundes gegen Preußen notfalls mit Waffen durchsetzen zu können. Linden löste noch am selben Tag die Landesversammlung auf und setzte das Wahlgesetz vom 1. Juli 1849 außer Kraft. Er bediente sich dabei des Notstandsartikels 89 der Verfassung von 1819¹¹², die wieder in Gültigkeit gesetzt wurde. Mit einer königlichen Verordnung ging Innenminister Linden über ein verfassungsgemäß zustandegekommenes Gesetz hinweg. »Das war ein unverhüllter Staatsstreich«, urteilt Ernst Rudolf Huber.¹¹³ Die Regierung bewilligte sich in konsequenter Fortführung des Staatsstreichs die weiteren Steuererhebungen durch Notverordnungen. Am 19.3.1851 wurden Neuwahlen für den Landtag nach der Verfassung von 1819 ausgeschrieben.¹¹⁴

¹¹¹ Vgl. M. BOTZENHART, *Deutscher Parlamentarismus*, 1977, S. 744 f. und H.-J. VOLLMER, 1967, S. 86–90.

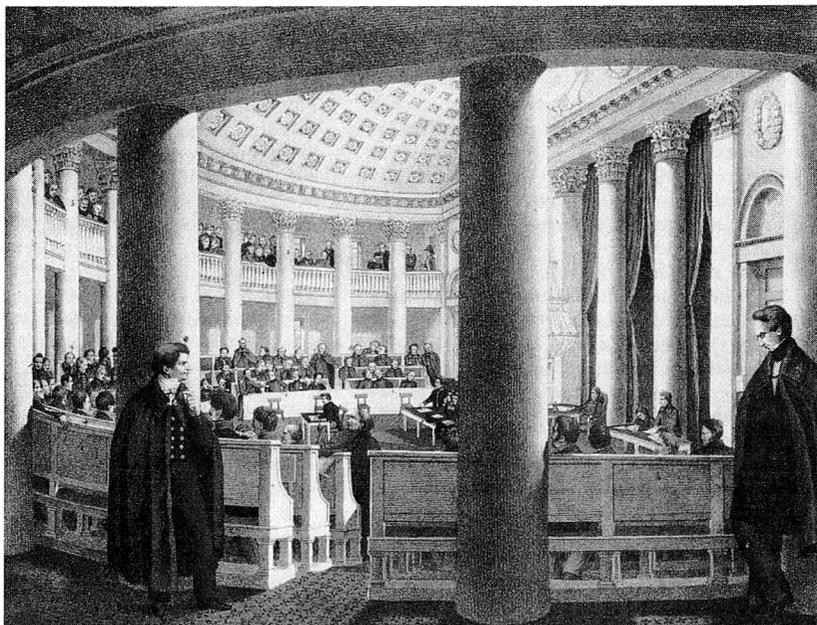
¹¹² »§89. [...] Der König hat aber das Recht, ohne die Mitwirkung der Stände die zu Vollstreckung und Handhabung der Gesetze erforderlichen Verordnungen und Anstalten zu treffen und in dringenden Fällen zur Sicherheit des Staates das Nöthige vorzukehren.«

¹¹³ E. R. HUBER, *Verfassungsgeschichte*, Bd. III, 1988, S. 189.

¹¹⁴ H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 629.

Dritter Teil

Der Landtag in der Reaktionszeit
1851–1859



Sitzungssaal des württembergischen Landtags

Die Landtagswahl 1851

Der Verfasser, der folgenden kleinen Vers auf seinem Stimmzettel für die Wahl zur dritten Landesversammlung notierte, konnte sein Versprechen wahrscheinlich erst nach fast zwei Jahrzehnten wieder einlösen:

»Wie oft ich auch noch wählen soll,
Wähl ich doch immer Moriz Mohl.«¹

Der Staatsstreich des Innenministers Linden suspendierte bis zur Verfassungsreform 1868 das allgemeine, direkte, geheime und gleiche Männerwahlrecht. Die württembergische Verfassung von 1819, nach deren Bestimmungen der Landtag nach der Auflösung der dritten Landesversammlung gewählt wurde, sah ein gemischtes System aus direktem Wahlrecht der Höchstbesteuerten und indirektem, allgemeinem Wahlrecht der übrigen Steuerzahler bei öffentlicher Stimmabgabe vor.² Jede Gemeinde des Stimmbezirks stellte für sieben Bürger einen Wahlmann. Zwei Drittel der Wahlmänner der Gemeinde wurden nicht selbst gewählt, sondern rekrutierten sich aus den Höchstbesteuerten dieser Gemeinde. Das restliche Drittel der Wahlmänner wählte mit gleicher Stimme die übrigen Gemeindebürger, die eine direkte Staatssteuer entrichteten und u.a. nicht in einem »Privat-Dienstverhältnis«³ standen. Die Stimmabgabe der Wahlmänner für die Abgeordnetenwahl geschah nach Gemeinden geschlossen durch die Übergabe eines unterschriebenen Stimmzettels an den Oberamtmann, der den Wähler und sein Votum deutlich vernehmbar zu Protokoll gab.

Innenminister Linden ging mit dem Ausschreiben der Landtagswahlen nach dem Staatsstreich ein hohes Risiko ein, da er für die Rückkehr zu einer formal legalen Regierung, »zur konstitutionellen Normalität«⁴, auf eine Mitarbeit der Kammer bei der Gesetzgebung angewiesen war. Trotz des Zensuswahlrechts und der Rückkehr der ritterschaftlichen Abgeordneten sowie der Amtsrepräsentanten in die Kammer konnte Linden keineswegs darauf vertrauen, daß diesmal keine regierungsfeindliche Mehrheit mit der Blockade seiner Politik drohen würde. Mit allen Mitteln der Wählermanipulation durch die Beamtenchaft suchte Linden, das Ergebnis der Wahlen in die gewünschte Richtung zu

¹ Der Beobachter, Nr. 229, 25.9.1850.

² H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 33–44, widmet dem Wahlrecht und der Wahlprozedur einen ausführlichen Abschnitt, so daß sich die Darstellung auf einen knappen Überblick beschränken kann.

³ §135 Abs. 4 der Verfassungsurkunde für das Königreich Württemberg, H. BOLDT, *Reich und Länder*, 1987, S. 319.

⁴ H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 147.

beugen.⁵ Linden griff damit auf bewährte Methoden der Mehrheitsbeschaffung zurück, deren sich die Regierungen des Vormärz bedient hatten. Die Erfahrungen des Wahlvolks in den Revolutionsjahren verwehrten es ihm freilich, die Form der Wahlkämpfe zum Status quo ante zurückzuführen. Seine Repressalien trafen auf den Widerstand immer noch gut organisierter Parteien, auf eine Bevölkerung, die ihre politische Haltung und Loyalität stärker an Parteirichtungen orientierte, und auf eine politische Öffentlichkeit, die noch nicht vollständig den Knebelungen der nachrevolutionären Zensurpolitik unterworfen war.

Die Unterstützung durch die Regierung, die die liberal-konstitutionelle Partei im Oberamt Aalen erfuhr, und der Widerstand der noch keinesfalls in nachrevolutionäre Lethargie verfallenen Anhänger Mohls steigerten die Intensität des Wahlkampfes in Aalen in bisher nicht gekanntem Ausmaß. Hinzu trat, daß die Person des Kandidaten der Volkspartei besondere Anstrengungen der Regierung auf sich zog: »Jeden Anderen, Demokraten, Römerianer oder wer er sey, nur mich nicht, versprach ihm Beförderung«⁶, soll der Innenminister dem Oberamtmanngeschrieben haben, wie Mohl seinem Bruder Robert nach dem Wahlkampf berichtete. An Julius Mohl schrieb er:

»Gegen mich und Stockmeier arbeitet die Regierung am heftigsten, gegen mich, schmeichle ich mich mit Recht, denn wenn auch viele einflußreichere und bedeutendere Linke wie Schoder in unserer Partei sind, so bin ich der thätigste und sie wissen, daß mit mir, wenn sichs vom Ablassen an den Grundrechten handelt, gar nichts zu machen ist.«⁷

Seine radikalen verbalen Attacken in den Landesversammlungen, seine rasche und kompetente Arbeit für die Landesversammlungen und ihre Ausschüsse ebenso wie für die Programme der Volkspartei, lassen die Schilderungen Mohls über die Maßnahmen der Regierung plausibel erscheinen.

Den Wahlkampf eröffneten die Höchstbesteuerten der Oberamtsstadt. Die Aalener Honoratioren versuchten offensichtlich unter dem Eindruck der Debatte innerhalb der Volkspartei, ob die Wahlen nach dem Staatsstreich nicht boykottiert werden müßten, in einem offenen Brief an Mohl, den 48 der 53 Höchstbesteuerten unterzeichneten, ihn für eine erneute Kandidatur zu gewinnen.⁸ Bereits zwei Tage später antwortete Mohl den »Verehrten Mitbürgern und Freunden«, daß der Dank und das Vertrauen der Wähler und die

⁵ Zum Wahlkampf 1851 in Württemberg ausführlich H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 144–158.

⁶ Brief Moriz Mohl an Robert Mohl vom 25.4.1851, Nr. 124. In den Archivbeständen des Innenministeriums, der Kreisregierung und des Oberamtes haben sich keine Spuren der Wahlmanipulationen der Regierung gegen Mohl erhalten, so daß die nachfolgende Darstellung sich auf Quellen der Opposition stützen muß.

⁷ In diesem Brief an Julius Mohl vom 18.4.1851, Nr. 10, wußte er sogar von täglichen Briefen des Innenministers an den Oberamtmanng.

⁸ Abdruck des Briefes vom 31.3.1851 ohne Unterschriften unter bloßer Nennung ihrer Zahl im Verkündiger, 4.4.1851, Nr. 27.

Pflicht für den Fortschritt ihn bewogen, eine Wahl anzunehmen, obwohl das Wahlgesetz sein Rechtsempfinden verletze.⁹

Die Festlegung auf einen Kandidaten bereits Wochen vor der Abstimmung war im Wahlkampf des Frühjahrs 1851 keine Ausnahmeerscheinung. Hartwig Brandt deutet sie als Ausdruck der »Mobilisierung der Revolutionsjahre«, der »demokratischen Erweiterung des Politischen, die nunmehr auch den Bürger und sein soziales Umfeld erfaßte.«¹⁰ Die Geschlossenheit, mit der die Oberschicht der Oberamtsstadt den Demokraten Mohl unterstützte, führt vor Augen, daß die soziale Abgrenzung zwischen Demokraten und Liberalen nicht so scharf verlaufen mußte, wie es diese selbst empfanden.¹¹

Die Bestellung der Wahlmänner der zweiten Klasse scheiterte in Aalen am Desinteresse der 381 Wahlberechtigten, von denen nur 132 abstimmten und das Quorum von zwei Dritteln nicht erfüllten.¹² Gegen die Ungültigkeit der Wahl der Wahlmänner zweiter Klasse protestierten am 9. April 1851 über 30 Aalener Bürger, unter denen sich die führenden Mitglieder der Volkspartei befanden.¹³

Die liberale Partei nominierte wohl in Eintracht mit den Anhängern der Regierung den Eisenwerksbesitzer Alois Weberling. Dieser präsentierte sich mit einem Programm, in dem sich alle Wähler rechts von der Volkspartei finden konnten.¹⁴ Sein zentrales Anliegen war die Beendigung der Revolution, die Abkehr von den »überall verworfenen Buchstaben der Frankfurter Gesetze« und die Herstellung eines gesicherten Rechtszustandes, »soweit die Regierung billige Bedingungen stellt.«¹⁵ Sollte eine demokratische Mehrheit in den Landtag zurückkehren, würde die Regierung die Verfassung außer Kraft setzen und eine Gewaltherrschaft errichten.

Die Werbung der Liberalen wandte sich in erster Linie an die Landbevölkerung und so verwundert es nicht, daß die einzigen konkreten Zusagen, zu denen sich Weberling bekannte, sich auf die Adelsrechte und die Ablösungsgesetze bezogen. Auch ein anonymes Flugblatt, das die Liberalen im Bezirk verteilten, appellierte an die Ängste der Bauern. Die Aufhebung aller Eigentumsrechte sei das Ziel der Demokraten, die mit ihrem Streben nach der Republik den gesellschaftlichen Umsturz herbeiführen würden.¹⁶ Die Beamten auf den Dörfern ergänzten dieses Schreckensszenario mit recht anschaulichen Ar-

⁹ Der Verkündiger vom 8.4.1851, Nr. 28.

¹⁰ H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 151.

¹¹ Vgl. D. LANGEWIESCHE, *Liberalismus und Demokratie*, 1974, S. 124 f.

¹² Eingabe von 33 Aalener Bürger an das Oberamt vom 9.4.1851, STALB, E 175 I, Bü 4 775. Die Eingabe löste einen umfangreichen Briefwechsel zwischen dem Oberamt, dem Innenministerium und der Kreisregierung aus, an dessen Ende die von der Kreisregierung zugelassene Wiedereröffnung der Wahl vom Innenministerium suspendiert wurde. Vgl. STALB, E 175 I, Bü 4 775, HSTAST, E 146, Bü 1 429, Der Beobachter vom 16.4. und 24.4.1851, Nr. 90. und Nr. 96.

¹³ G. Hailer, der 1852 für das Ehrenmal Schoders sammelte (Amtsblatt Nr. 96, 1852); Wehreter, Vorstand des Volksvereins (vgl. den Abschnitt zu den politischen Vereinen in Aalen); Leonhardt Kauffmann kandidierte 1851 auf einer Liste der VP für den Gemeinderat (Amtsblatt Nr. 57, 1851); Andreas Seydelmann, Kandidat der VP für den Gemeinderat 1851.

¹⁴ Der Verkündiger vom 22.4.1851, Nr. 32.

¹⁵ Ebd.

¹⁶ Der Beobachter vom 16.4.1851, Nr. 90.

gumenten. Bei einer Wahl Mohls und dem Sieg der Volkspartei würden die Österreicher Württemberg besetzen und »den Bauern wurde gesagt, wieviel jeder Österreicher ins Quartier bekomme (von Oberamtswegen wurde in der Amtsversammlung mit diesen Österreichern gedroht, wenn ich gewählt werde).«¹⁷ Auch vor persönlichen Verleumdungen scheute die Regierung nicht zurück und ließ über ihre Beamten verbreiten, daß Mohl den Staatsdienst nicht freiwillig verlassen habe, sondern wegen Geisteskrankheit ausgeschieden sei. Darüber hinaus beziehe er eine Pension, eine Unterstellung, die für den Oppositionellen nahezu ebenso schändlich war. Sein gesamtes Vermögen habe er in der Schweiz angelegt, um sofort das Land verlassen zu können, wenn die Österreicher kämen.¹⁸ Die letzten Sätze in Louis Weberlings Wahlbrief spielen auf diesen Vorwurf an und zeugen von der guten Wahlkampfregie der »Blauen« und »Schwarzen«: »Ich wohne in Eurer Mitte, ich muß immer wieder zurückkehren und Leid und Freud mit Euch tragen.«¹⁹ Die Regierung setzte auch die Geistlichkeit »in Campagne«²⁰ und bedrohte diejenigen, die Mohl bisher unterstützt hatten. Pfarrer Desaller, der seit den Wahlen im Frühjahr 1848 zu den tatkräftigsten Förderern Mohls im Bezirk zählte, wurde angedeutet, daß die Regierung gegen seine Kandidatur in Neresheim nichts unternehmen werde, falls er sich in Aalen ruhig verhalte.²¹

Die Volkspartei, die im Aalener Volksverein ein immer noch aktives Zentrum besaß²², unterschätzte den Gegner und ließ sich vom erstmals professionell geführten Wahlkampf der Liberal-Konservativen überrumpeln. Noch zwei Wochen vor der Wahl dementierte sie eine Meldung in der Chronik²³, die Wahlreise der Volkspartei im Bezirk habe bereits begonnen.²⁴ Erst am 18. April 1851, kurz vor den in Aalen am 23. und 24. April stattfindenden Wahlen, reiste Mohl für fünf Tage in den Bezirk.²⁵ Mit der Antwort auf das Flugblatt der Liberal-Konservativen zögerte die Volkspartei bis zum Tag vor der Wahl.²⁶

Der Inhalt dieser Antwort führt zu der Frage, wie die sozioökonomischen Interessen der Aalener Bürger, die in einer beachtlichen Zahl noch dem Handwerk angehörten, mit den wirtschaftspolitischen Anschauungen Mohls in Einklang zu bringen waren. Die Demokraten unterstellten Weberling, daß er

¹⁷ Brief Moriz Mohls an Robert Mohl vom 25.4.1851, Nr. 124.

¹⁸ Ebd.

¹⁹ Der Verkündiger vom 22.4.1851, Nr. 32.

²⁰ Brief Moriz Mohls an Julius Mohl vom 18.4.1851, Nr. 10.

²¹ Desaller hatte Neresheim in allen drei Landesversammlungen als Abgeordneter der Volkspartei vertreten. Er unterlag bei der Wahl im April 1851 in Neresheim einem Regierungsanhänger. Vgl. H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 156.

²² Erst am 11.3.1851 hatte der Verein zu einer öffentlichen Versammlung geladen, *Der Verkündiger*, Nr. 20.

²³ Schwäbische Chronik Nr. 87 vom 11.4.1851.

²⁴ »Sollte je noch von unserer Seite etwas gethan werden, so ist es blos, um unseren Mitwählern auf dem Lande, wie früher, mit Gruß und Handschlag entgegen zu kommen, um gemeinschaftlich mit denselben, in der gewiß wichtigen Sache, an der Hr. Mohl so großen Antheil nahm – Hand in Hand zu gehen.« Unter dem Datum 12.4.1851 im *Beobachter* vom 15.4.1851, Nr. 89.

²⁵ Brief Moriz Mohls an Julius Mohl vom 18.4.1851.

²⁶ *Der Verkündiger* vom 22.4.1851, Nr. 32.

»vermöge seines Gewerbes in die Kategorie einer bevorrechteten Kaste gehöre, welcher durch die Gewerbe-Ordnung so viele Vortheile zum größten Nachtheil anderer Gewerbe-Stände eingeräumt sind, zu deren Beseitigung er im Hinblick auf seinen eignen Vortheil nichts beitragen wird.«²⁷ Dieser Vorwurf ist nicht leicht zu entschlüsseln. Weberling stand als staatlich lizenzierter Fabrikant außerhalb der zünftischen Beschränkungen, die die Gewerbeordnung Württembergs einer ganzen Reihe von Handwerkszweigen immer noch auferlegte, und genoß damit persönliche Gewerbefreiheit.²⁸ Das Argument der Demokraten gegen Weberling würde sich nur dann als sinnvoll erweisen, wenn die Handwerker des Bezirks, die immer noch die Honoratiorenschicht bildeten, in der Einführung der Gewerbefreiheit eine Verbesserung ihrer Erwerbchancen entdeckt hätten. Die Forschung sieht das Handwerk in der Revolution 1848/49 noch ganz überwiegend traditionsverhafteten Wirtschaftskonzeptionen verpflichtet, die die völlige Gewerbefreiheit, wie sie Mohl in der Paulskirche vertreten hatte, nicht vorsahen.²⁹ Die Beschränkungen durch die Zunftregelungen und Gewerbeordnungen, die die Aalener Demokraten beklagten, wurden zwar zum überwiegenden Teil für lästig befunden, doch wollten die Handwerker sich nicht der gänzlich ungebremsten Konkurrenz der Fabriken ausgesetzt sehen. Die demokratische Bewegung in Württemberg zeigte in dieser Frage kein einheitliches Bild, war jedoch bereit, auf die sozialrestaurativen Tendenzen ihres Anhangs Rücksicht zu nehmen.³⁰ Mit seinen radikalen wirtschaftsliberalen Positionen nahm Mohl hier eine Außenseiterrolle ein.

Die Quellenlage erlaubt es nicht, zu Aussagen über den wirtschaftspolitischen Konsens zwischen Mohl und seinen Wählern zu kommen. Sicherlich ungeteilte Zustimmung fand die Forderung nach einem Schutzzollsystem, wie zwei Petitionen aus Aalen an die Nationalversammlung belegen, die dagegen mit keinem Satz auf die Frage der Gewerbefreiheit eingehen.³¹ Die wirtschaftliche Lage Aalens ist jedoch durch die Hüttenwerke geprägt, die dem dortigen Handwerk Entwicklungsmöglichkeiten boten, die es ihm wünschenswert erscheinen lassen konnten, die Zunftschranken zu sprengen. Vielleicht erkannten gerade die Höchstbesteuerten die Chancen, die ihnen Industrialisierung und Gewerbefreiheit boten.

Die Öffentlichkeit der Wahlhandlung und die auf ein Achtel geschrumpfte Zahl der Wähler veränderte die Form der Wahlagitation im Oberamt. Die überschaubare Anzahl der Wähler empfahl Werbung »vor Ort« in den Gemeinden. Beide Parteien verzichteten auf eine große, den gesamten Bezirk erfassende Volksversammlung. Das war nicht nur ein Reflex auf die veränderte Wählerschaft, sondern vielmehr eine Reaktion auf das gänzliche Desinteresse

²⁷ Ebd.

²⁸ D. LANGEWIESCHE, *Liberalismus und Demokratie*, 1974, S. 40.

²⁹ Vgl. J. BERGMANN, 1986, S. 245 u. M. SIMON, 1983, S. 203.

³⁰ Vgl. D. LANGEWIESCHE, *Liberalismus und Demokratie*, 1974, S. 213 f. und J. BERGMANN, 1986, S. 241.

³¹ R. MOLDENHAUER, 1992, S. 369 ff. und S. 402 ff.

an dieser Veranstaltungsform, das sich inzwischen eingestellt hatte.³² Die Volksversammlung wurde von »vielfachen Wählerversammlungen«³³, wie sie Weberling in seinem Wahlschreiben nannte, abgelöst.

Das Ergebnis der Wahl³⁴, die sich über zwei Tage erstreckte, fiel knapp aus. Am ersten Wahltag ging Weberling mit 102 zu 86 Stimmen in Führung³⁵, wurde aber dann von Mohl überholt, der mit 229 zu 183 Stimmen den Sieg davontrug.³⁶ Aus dem überlieferten Zeitplan³⁷, nach dem die Gemeinden zur Wahl antreten mußten, kann abgeleitet werden, daß Mohl die 62 Stimmen, die er am zweiten Tag auf Weberling wieder gut machte, den Wählern der Stadt Aalen und den ritterschaftlichen Gemeinden verdankte.³⁸

Mohl erklärte sein schlechtes Abschneiden am ersten Tag mit dem besonders großen Einfluß, den die Regierung »wegen Lastenlieferungen« – gemeint sind öffentliche Aufträge – in diesen Gemeinden habe.³⁹ Ob ihn »die Leute an und für sich nicht wieder beinahe einstimmig gewählt hätten«, wenn die Regierung sie nicht »aufs niederträchtigste bedroht und terrorisiert«⁴⁰ hätte, wie Mohl glaubte, darf bezweifelt werden. Der erste Wahlkampf der Reaktionszeit in Aalen wurde nicht allein durch die massive Wahlmanipulation der Regierung geprägt. In den Formen und in der Intensität der Auseinandersetzung ließen sich die Entwicklungen der Revolutionszeit nicht mehr unterdrücken, nur nutzten diesmal Mohls Gegner ebenfalls die neuen und verbliebenen Möglichkeiten der Wahlagitation. Die Liberal-Konservativen hatten aus ihren Fehlern in den Wahlkämpfen der Revolutionszeit gelernt. Rechtzeitig vor der Wahl nominierten sie diesmal ihren Kandidaten, der bereit war, mehr für seinen Erfolg zu tun, als ein Schreiben an die Wähler verlesen zu lassen. Auch wenn Weberling bar jeder politischen Erfahrung antrat, empfahl ihn sein Status als Fabrikant und seine Ortsansässigkeit den Wählern. Trotz des weitgehend unverbindlichen Programms konnte Weberling seinen Wählern mit der Rückkehr zur konstitutionellen Normalität ein konkretes, erreichbares politisches Ziel anbieten. Nach dem vollständigen Sieg der Reaktion im übrigen Deutschland und dem Ende der dritten Landesversammlung wird die Anzahl der Wähler gestiegen sein, die einsahen, »daß wir Württemberger allein in Deutschland mit dem Kopf nicht durch die Wand können«, wie es Weberling in seinem Wahlschreiben formulierte.

³² Der Verkündiger vom 4.4. und 19.4.1851, Nr. 27 und Nr. 31, Der Beobachter vom 15.4. und 23.4.1851, Nr. 89 und Nr. 95, Chronik vom 18.4.1851, Nr. 93.

³³ Der Verkündiger vom 22.4.1851, Nr. 32.

³⁴ HSTAST, E 146, Bü 1 429.

³⁵ Der Beobachter vom 27.4.1851, Nr. 99.

³⁶ Von 444 Wahlmännern beteiligten sich 412, durch den eingeschränkten Wählerkreis und die bestehende Wahlpflicht ist die Wahlbeteiligung als Gradmesser politischer Mobilisierung nicht aussagekräftig.

³⁷ Der Verkündiger vom 4.4.1851, Nr. 27.

³⁸ Lauterburg (Wöllwarth), Schechingen (Adelmann), Hohenstadt (Adelmann), Essingen (Wöllwarth).

³⁹ Brief Moriz Mohls an Julius Mohl vom 6.5.1851, Nr. 11.

⁴⁰ Ebd.

Mit der Verteilung des Flugblattes und den Wählerversammlungen eigneten sich die Liberalen moderne Formen der Wahlwerbung an, die in der Revolution mit Erfolg erprobt worden waren und die in den Wahlkämpfen der Reaktionszeit von den Parteien beibehalten werden konnten. Der Zensurpolitik Lindens gelang es im Wahlkampf 1851 noch nicht, bis auf das Amtsblatt durchzugreifen, so daß sich die Demokraten bei allen Repressalien, denen der Beobachter schon unterworfen war, einer regionalen Pressefreiheit erfreuen konnten.

Die Lethargie der Bevölkerung, die sich an der mißglückten Urwahl in Aalen ablesen läßt, dämpfte die parteipolitische Polarisierung nicht, die sich in der Revolution herausgebildet hatte. Ob das Desinteresse mehr der Resignation über das Ende der Revolution oder dem Ausschluß vom direkten Wahlrecht geschuldet ist, kann nicht entschieden werden.⁴¹ Die Pressionen der Regierung verstärkten dennoch die Politisierung des Wahlkreises und trafen in Aalen auf eine gut organisierte Opposition parteipolitischer Aktivisten, die noch nicht erkennbar unter postrevolutionärer Depression litten und eher belebt als geschwächt aus dem Wahlkampf hervorgingen.⁴²

Für Moriz Mohl eröffnete sich am ersten Abstimmungstag ein zweiter Schauplatz des Wahltheaters.⁴³ Als die Nachricht seines schlechten Abschneidens am ersten Wahltag nach Ulm gelangte, telegraphierten Bürger Ulms sofort nach Stuttgart, um ihm mitzuteilen, daß er in Ulm gewählt werde, wenn er »sogleich mit der Eisenbahn hinaufkomme, ihnen zu danken.«⁴⁴

Als er in Ulm eintraf, war aus Aalen schon sein Sieg gemeldet worden und die Ulmer hatten die Wahl nun dem Demokraten Adolf Seeger auf telegraphischem Wege angeboten. Seeger reiste am selben Tag noch an, und er sprach gemeinsam mit Mohl vor einigen hundert Wählern. Am Morgen des Wahltages fuhren beide mit der Eisenbahn nach Stuttgart zurück, wo Abends der Telegraph die Nachricht von Seegers Wahl in Ulm und in Tübingen übermittelte. Mohl und Seeger reisten unverzüglich nach Tübingen, um dort nun die Wahl Fetzers durchzusetzen, den sie einer Versammlung von ca. 500 Bürgern empfahlen.

Mit der Ausnutzung der modernen Kommunikations- und Verkehrstechnik für die Koordination des Wahlkampfes gelang es der Volkspartei, den Versuch des Innenministers zu unterlaufen, durch die Zusammendrängung der

⁴¹ Zur Wahl der dritten Landesversammlung waren 579 Aalener berechtigt (HSTAST, E 146, Bü 1428). Für die Landtagswahl 1851 durften 53 Bürger als Höchstbesteuerte direkt stimmen (Der Verkündiger, 4.4.1851). Zur Wahl der 27 Wahlmänner der zweiten Klasse waren 381 Bürger berechtigt (STALB, E 175 I, Bü 4775). Somit waren 145 Wähler der Revolutionszeit von jedem Wahlrecht ausgeschlossen, für 381 reduzierte sich das Gewicht ihrer Stimme für die Abgeordnetenwahl um 93 % auf einen Anteil von 7 %. Die Stimme eines Höchstbesteuerten wog vierzehnmal mehr als die Stimme eines Urwählers der zweiten Klasse.

⁴² Im Juli traten die Demokraten mit einer eigenen Liste zur Bürgerausschufwahl an und von Mitte November 1851 bis in den März 1852 gelang die Organisation regelmäßiger Vortragsabende durch den Volksverein. Die Durchdringung des Aalener Vereinswesens durch Demokraten und Liberale wird Gegenstand eines eigenen Kapitels sein.

⁴³ Vgl. auch H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 153 f.

⁴⁴ Brief Moriz Mohls an Julius Mohl vom 6.5.1851, Nr. 11.

Wahltermine eine zweite Kandidatur durchgefallener Häupter der Opposition in einem weiteren Wahlkreis zu unterbinden. Vor der Revolution wählten die oberamtsfreien Städte wie Ulm und Tübingen acht bis vierzehn Tage nach den Oberämtern, wodurch in den Ämtern erfolglose Bewerber eine weitere Chance erhielten. Innenminister Linden verkürzte diesen Abstand auf drei Tage, der sich Dank der guten Organisation der Parteiführung in Stuttgart und der parteipolitischen Orientierung der Wählerschaft als immer noch zu lang erwies.

Die Wahlkampfepisode vermittelt auch einen Eindruck von der Prominenz, die Mohl im Land inzwischen genoß. Ein weiterer Aspekt ist weniger offensichtlich, aber für diese Untersuchung von großer Bedeutung: Erst die berufliche und dienstliche Abkömmlichkeit als Privatier erlaubte ihm überhaupt die rasche Reaktion und die unverzügliche Nutzung der modernen Kommunikationsmittel.

Im Plenum des Landtags

Das Bild des Landtags im Reaktionsjahrzehnt ist geprägt vom Machtkampf zwischen Innenminister Linden und der Kammer der Abgeordneten. Nach dem Staatsstreich gelang es dem Innenminister im Rahmen der Verfassung von 1819, dem Landtag die Beseitigung der Revolutionserrungenschaften auf dem Weg der Gesetzgebung abzurufen. Hartwig Brandt wählte für die Analyse dieser Regierungstechnik die Rücknahme der Grundrechte durch die Kammer und die Auseinandersetzung um die Adelsentschädigung und das Konkordat aus.¹ Der folgende Abschnitt nimmt die Perspektive des Abgeordneten ein und untersucht das Auftreten Mohls im Plenum des Landtags, seine Mitarbeit in der Fraktion und die Themen, denen er seine Aufmerksamkeit widmete.

Folgt man den Debattenbeiträgen Mohls, so zeigt sich schnell, daß der Landtag neben diesen politischen Kämpfen um die Macht mit einer Fülle von Gesetzen befaßt war, die die gesellschaftliche und wirtschaftliche Transformation Württembergs im Zuge der Industrialisierung begleiteten. Das folgende Kapitel gliedert sich daher in drei thematische Schwerpunkte, in die die Untersuchung der Mohlschen Präsenz im Landtag eingeflochten wird:

Zunächst greift die Darstellung am Beispiel der Debatte um die Einführung der Todesstrafe auf Hochverrat die Auseinandersetzung um die Bewältigung der Revolution auf. Hier soll die radikale, exponierte Position Mohls gezeigt und gleichzeitig die Bedeutung der freien parlamentarischen Rede für die Opposition in der Reaktionszeit verdeutlicht werden. Darüber hinaus wird der Zusammenarbeit Mohls mit der Fraktion der Demokraten nachgegangen.

Die Anstrengungen der Regierung zur Bewältigung der Teuerungskrise Anfang der 1850er Jahre bildet den zweiten Schwerpunkt. Hier wird der große sozialpolitische Impetus Moriz Mohls deutlich, der in der Wahrnehmung der Zeitgenossen wie der Forschung von dessen wirtschaftsliberalen Forderungen überlagert ist.² Als engagierter Kämpfer für die Rechte und die Würde der Unterschichten lieferte sich Mohl heftige Rededuelle mit Innenminister Linden, die auch jene qualitativen Anforderungen offenlegen, die er an die Gesetzentwürfe und die Debatten des Landtags stellte.

¹ H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 615–735.

² Vgl. W. A. BOELCKE, *Glück für das Land*, 1992, S. 30: »Mohl war Zeit seines Lebens ein selten engagierter Verfechter des süddeutschen Fabrikwesens, doch in seiner einseitigen Parteinahme allein für die Unternehmer letztlich nicht glaubwürdig.« W. A. BOELCKE stützt sich bei seiner Kritik auf die Lebenserinnerungen von R. v. MOHL, 1902, Bd. 1, S. 45, der als Gegner einer forcierten Industrialisierung den Bruder als Manchester-Liberalen verzeichnet.

Der Anspruch der wissenschaftlichen Vorbereitung des Gesetzgebungsverfahrens prägt ebenso die Debatten des dritten thematischen Schwerpunktes. Parallel zu einer repressiven Sozialpolitik leitete die Regierung in den fünfziger Jahren wichtige Infrastrukturinvestitionen ein, die Württembergs Weg in die Industrialisierung ebneten. Am Beispiel der Beratung des Eisenbahngesetzes von 1857 und der Auseinandersetzung um die staatlichen Hüttenwerke soll zum einen der Einfluß der fachlich fundierten Redebeiträge Mohls analysiert werden, zum anderen kommen hier die Verdienste in den Blick, die er sich um seinen Wahlkreis erwarb.

1. Zivilcourage gegen die Reaktion

Im ersten nachrevolutionären Landtag, der am 6. Mai 1851 eröffnet wurde, sah sich die mehrheitsverwöhnte Fraktion der Volkspartei in die Position der Minderheit gedrängt. Gerade 20 Mandate³ konnte sie unter dem indirekten Zensuswahlrecht der Verfassung von 1819 und unter dem Einfluß der Wahlmanipulationen Lindens erringen. Als stärkste Gruppe gingen die Liberal-Konstitutionellen um den ehemaligen Märzminister Friedrich Römer aus der Wahl hervor. Sie bildeten jedoch eine nur lose gefügte Fraktion von 35–40 Mitgliedern.⁴

Mit dem Rückgriff auf die Verfassung von 1819 änderte sich auch die Zusammensetzung des Landtags zugunsten des Reaktionsministeriums. Zum einen bestand er nun wieder aus zwei Kammern, die in Gesetzgebung und Etatrecht formal gleichberechtigt waren und zu einem Konsens finden mußten. Da die erste Kammer aus den Prinzen, den Vertretern des vormaligen Reichsadsels und aus den vom König ernannten Mitgliedern gebildet wurde⁵, besaß das Reaktionsministerium mit der ersten Kammer einen fügsamen Gegenpol zur Kammer der Abgeordneten. Die Kammer der Abgeordneten kehrte zum anderen in ihrer neuständischen Gliederung zurück. Neben den 70 Abgeordneten, die die Oberämter und die Städte wählten, saßen nun wieder 13 Abgesandte der Ritterschaft und 10 Vertreter der Kirchen und der Universität im Halbmondssaal.⁶ Die Regierung Linden konnte sich so auf eine »23köpfige Kernmannschaft«⁷ stützen, die sich weitgehend aus diesen neuständischen Deputierten rekrutierte.

Rein »parteiarithmetisch«⁸ stand die Regierung in der Kammer nicht entschieden besser als in den Landesversammlungen dar. Die Demokraten und die Liberalen verfügten erstmals in der Geschichte Württembergs, sieht man von

³ In der Kammer der Abgeordneten saßen 93 Abgeordnete, von denen 70 gewählt wurden, vgl. § 133 VU, H. BOLDT, Reich und Länder, 1987, S. 318.

⁴ H. BRANDT, Parlamentarismus, 1987, S. 631, hier auch eine namentliche Zuordnung der Abgeordneten.

⁵ Vgl. H. BRANDT, Parlamentarismus, 1987, S. 77 f.

⁶ H. BRANDT, Parlamentarismus, 1987, S. 44 f.

⁷ H. BRANDT, Parlamentarismus, 1987, S. 631.

⁸ H. BRANDT, Parlamentarismus, 1987, S. 630 f.

den Landesversammlungen ab, über eine deutliche Mehrheit. Die Bemühungen Lindens, nach seinem Staatsstreich konsequent auf dem Boden der Verfassung von 1819 zu regieren, hätten rasch an der Blockadehaltung der zweiten Kammer scheitern können. Die württembergischen Kammern besaßen ein sehr weitgehendes Gesetzgebungsrecht und ein Etatrecht, das nicht nur die Steuerbewilligung, sondern auch die Steuerverwendung der Kammer alle drei Jahre in den Etatberatungen zur Disposition stellte.⁹ Liberale und Demokraten wuchsen freilich nicht zu einem »Parlament der programmatischen Unbedingtheit«¹⁰ zusammen. Die Wunden, die man sich in den Wahlkämpfen der Revolutionszeit geschlagen hatte, verhinderten eine Zusammenarbeit zwischen Liberalen und Demokraten bis in die Mitte der 1850er Jahre hinein.

Zu der Spaltung der liberalen Bewegung trat die mangelnde Geschlossenheit der liberalen Fraktion. Innenminister Linden gelang es immer wieder, für seine Vorlagen Teile der Liberalen auf seine Seite zu ziehen. Die Abstimmungsergebnisse dieses Landtags kannten in den bedeutenderen Entscheidungen nur zwei Resultate. Entweder standen die Demokraten allein gegen Liberale und Regierungspartei, oder der konservative Teil der Liberalen verhalf der Regierung gemeinsam mit deren Anhängern zu einer deutlichen Mehrheit, die es Innenminister Linden erlaubte, die Errungenschaften der Revolution auf dem Weg der Gesetzgebung zu beseitigen.

Innenminister Linden kehrte zwar durch seinen Staatsstreich zum vormärzlichen Verfassungszustand zurück, die Grundrechte blieben als Gesetz zunächst jedoch unangetastet. Allerdings gefährdete die Entwicklung im Deutschen Bund den Bestand der Grundrechte als Landesgesetze in Württemberg. Der restaurierte Bundestag erklärte am 23. August 1851 die Grundrechte für ungültig und forderte die deutschen Staaten auf, die »seit dem Jahre 1848 getroffenen staatlichen Einrichtungen und erlassenen gesetzlichen Bestimmungen einer sorgfältigen Überprüfung zu unterwerfen« und gegebenenfalls zu ändern.¹¹ Durch die Verordnung vom 5.10.1851 erfüllte die württembergische Regierung den Bundesbeschluß und setzte das Landesgesetz über die Gültigkeit der Grundrechte außer Kraft.¹² Die Kammer bestand jedoch in einer Abstimmung im Februar 1852 darauf, daß die Grundrechte nicht durch eine Verordnung, sondern nur durch ein Gesetz aufgehoben werden könnten. Da sich Linden seit dem Staatsstreich um eine streng legalistische Politik auf dem Boden der Verfassung von 1819 bemühte, setzte er sich dem Risiko einer Ablehnung aus und brachte ein Gesetz ein, das die Grundrechte beseitigte.

In der Debatte der Regierungsvorlage Mitte März 1852¹³ zeigte sich, daß Teile der Liberalen bereit waren, die Grundrechte in ihrer Geschlossenheit zur Dispo-

⁹ §§ 88, 112, 114 der Verfassung von 1819, H. BOLDT, Reich und Länder, 1987, S. 312 u. 315 f.

¹⁰ H. BRANDT, Parlamentarismus, 1987, S. 631.

¹¹ Zitiert nach W. SIEMANN, Gesellschaft im Aufbruch, 1990, S. 41.

¹² Für das Folgende vgl. H. BRANDT, Parlamentarismus, 1987, S. 641 ff.

¹³ V.d.K.A., 1851/53, Protokollbd. 4, 123. Sitzung am 15.3.1852.

sition zu stellen und auf einige Rechte zu verzichten. Hauptthemnis für die Zustimmung zu Lindens Gesetz war für die Liberalen weniger die Substanz der Grundrechte. Vielmehr bewegte sie die Frage, ob die Volksvertretung prinzipiell einer Abschaffung auch »werthloser«¹⁴ Volksrechte zustimmen dürfe.

Moriz Mohl war einer der wenigen Redner der Opposition, der sich nicht nur in den die Debatte beherrschenden juristischen Diskurs verstrickte, ob die Grundrechte jemals Landesrecht geworden seien und wenn, ob sie noch als solches gelten könnten. Mohl stritt nicht *über* die Grundrechte, er stritt *mit* ihnen, argumentierte mit ihrer Substanz, ihrem Inhalt. »Tugend nennen sie's, mit Anstand die Ketten zu tragen«¹⁵, eröffnete er seine Rede. Kühn fegte Mohl die Argumentation der Regierungsanhänger, die den in ihren Augen zweifelhaften juristischen Bestand der Grundrechte ins Feld führten, ebenso beiseite wie die der Liberalen, die sich den realen Machtverhältnissen beugen wollten, indem er sich gegen diese Berücksichtigung der »Sachlage«¹⁶ wandte. Mit dieser Rücksicht hätten weder das niederländische, noch das englische und amerikanische Volk ihre Freiheit errungen. Allen Zuhörern wird bewußt gewesen sein, daß hier auf drei Revolutionen angespielt wurde.

So schaffte Mohl sich Argumentationsraum, um den Inhalt der Grundrechte noch einmal in der Kammer zur Geltung zu bringen. Eindrücklich führte er den Abgeordneten vor Augen, worauf sie, zumindest dem Anspruch nach, im Begriff waren zu verzichten. Als Wichtigstes nannte der Adelsfeind die Abschaffung der Standesvorrechte, die Jagdprivilegien und die Fideikomnisse, in denen er den »Quell der Revolution«¹⁷ zu entdecken glaubte. Die jüngsten Beschlagnahmungen der Oppositionspresse bewiesen die Notwendigkeit der Pressefreiheit. Die Freiheit der Person, des religiösen Bekenntnisses und die Emanzipation der Schule vom Einfluß der Kirche folgen in seiner Aufzählung. Darüber hinaus verbinde sich mit den Grundrechten die Idee des deutschen Nationalstaates. Die Demokraten hätten dafür gekämpft, »daß Württemberg nicht wieder in das Bundestagsverhältnis zurückfalle.«¹⁸ Sein abschließender leidenschaftlicher Appell, den er im Namen der demokratischen Fraktion an die Liberalen richtete, blieb allerdings wirkungslos:

»Wir verbergen uns so wenig, als Sie sich, daß wir der Gewalt, der Übermacht gegenüberstehen; aber, meine Herren, ein Volk, das seine Rechte der Gewalt, der Übermacht preisgibt, das noch selbst dazu einwilligt, daß ihm seine Rechte entrisen werden, das ist ein Volk von Sklaven!«¹⁹

Hartwig Brandt schließt seiner Darstellung der Grundrechtsdebatten einen »kursorischen Vortrag« der sogenannten Repressionspolitik an, mit der die

¹⁴ H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 643.

¹⁵ V.d.K.A., 1851/53, Protokollbd. 4, 123. Sitzung am 15.3.1852, S. 2 788.

¹⁶ Ebd., S. 2 789.

¹⁷ Ebd.

¹⁸ Ebd.

¹⁹ Ebd., S. 2 790. Mit schwersten Pressionen auf einzelne Abgeordnete gelang es Linden, Teile der Liberalen zur Zustimmung zu bewegen. Mit 53:33 Stimmen wurden die Grundrechte durch einen Kammerbeschluß aufgehoben. Vgl. H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 642 f.

letzten Reste der Revolution beseitigt und unterdrückt werden sollten.²⁰ Die Einführung der Prügelstrafe auf Betteln, die Wiedereinführung der Todesstrafe und die Bestrafung von Verbrechen gegen den Deutschen Bund fallen ebenso darunter wie die Kontrolle der Presse durch die Königliche Verordnung vom 11.1.1856.²¹ Er widerlegt damit auch die Ansicht, daß nach den Grundsatzdebatten des Jahres 1852 »sich die Abgeordnetenkammer dann weitgehend in parlamentarischer Kleinarbeit erschöpfte«.²²

Die Debatte im März 1853 um die Einführung der Todesstrafe für Hochverrat zeigt darüber hinaus, daß auch die Grundsatzdebatten mit dem Jahre 1852 nicht beendet waren.²³ Die Demokraten nutzten die Debatte am 4.3.1853 zu einer Abrechnung mit der Politik der Reaktion in Württemberg und im Deutschen Bund. Die Freimütigkeit, mit der sie dabei unter dem Schutz des parlamentarischen Rederechtes mit der Regierung ins Gericht gehen konnten, erstaunt, wenn man sich die niedrige Interventionsschwelle der Reaktionsregime etwa bei Presseveröffentlichungen in Erinnerung ruft.²⁴

Mohl eröffnete seine Rede mit einem weitschweifigen Ausflug in die Geschichte der westeuropäischen Staaten, den er zu dem Schluß führte, daß die meisten Hochverratsurteile zur Bemäntelung eines Justizmordes mißbraucht wurden. Unabhängig davon bestritt Mohl dem württembergischen Staat überhaupt das Recht auf Staatsnotwehr: »Hier muß ich leider sagen, daß ich von der Notwendigkeit, daß gewisse Staaten existieren nicht überzeugt bin.«²⁵

Die Nationale Frage dränge unausweichlich auf eine Lösung und es wäre nutzlos und verwerflich, die Todesstrafe auf Patriotismus zu setzen.²⁶ Wie im Wahlprogramm vom 7. Juli 1849 erscheint auch hier in der Argumentation Mohls die untergründige Hoffnung auf eine erneute Revolution. Und ebenso wie 1849 distanzierte er sich im selben Augenblick wieder von dieser Option, indem er bemerkte, daß die Zersplitterung Deutschlands und die Möglichkeit der Intervention Rußlands den Hochverrat in einem einzelnen Lande ohnehin sinnlos erscheinen lasse.

Für die Regierungsseite der Kammer mußte sich die Rede als unverhohlene Drohung mit der Revolution anhören, nach dem Motto: »Die Zeiten wechseln, nehmt Euch in Acht, Euer Haupt kann noch durch das Schwert fallen«²⁷, wie es der Regierungsabgeordnete v. Teuffel formulierte. Innenminister Linden nutzte die Leidenschaftlichkeit Mohls wie so oft, um daraus Gewinn für die eigene Argumentation zu schlagen: »Ich kann nicht anders sagen, als daß, wenn irgend

²⁰ H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 645 f.

²¹ *Regierungsblatt für das Königreich Württemberg* vom Jahr 1856, Nr. 2 vom 11.1.1856, S. 9–26.

²² D. LANGEWIESCHE, *Liberalismus und Demokratie*, 1974, S. 266.

²³ V.d.K.A., 1851/53, Protokollbd. 6, 177. Sitzung am 4.3.1853.

²⁴ Vgl. W. SIEMANN, *Gesellschaft im Aufbruch*, 1990, S. 70.

²⁵ V.d.K.A., 1851/53, Protokollbd. 6, 177. Sitzung am 4.3.1853, S. 3 939 f.

²⁶ Ebd., S. 3 953.

²⁷ Ebd., S. 3 945.

eine Rede in mir die Überzeugung befestigen konnte, daß wir der Todesstrafe auch für politische Verbrechen nicht entbehren können, seine Rede es ist.«²⁸

Sicherlich war Innenminister Linden durch die politische Polizei darüber informiert, daß Moriz Mohl sich in seiner politischen Betätigung auf verbalen Radikalismus beschränkte. Trotz allem Engagement für die Volkspartei hielt sich Mohl in den Grenzen der Verfassung und der königlichen Verordnungen, ohne eine konspirative Betätigung auch nur in Erwägung zu ziehen.

Um so größer erscheint die Bedeutung, die die freie parlamentarische Rede in der Reaktionszeit für Mohl wie für die demokratische Opposition besaß, von der er couragierten Gebrauch machte. Hartwig Brandt betont die Bedeutung der Publizität der Landtagsverhandlungen für die Zeit vor 1848.²⁹ »Erst nach 1848 traten Parlamentarismus und Pressefreiheit [...] in ein Verhältnis wechselseitiger Konkurrenz und Kontrolle.« Wolfram Siemann zeigt dagegen, daß in dem ausgeklügelten System der Pressekontrolle der Reaktionszeit, welche zwar keine Vorabzensur mehr kannte, dennoch von Pressefreiheit nicht gesprochen werden kann.³⁰

Die Wortprotokolle der Landtagsverhandlungen erschienen als amtliche Drucksache in einer Auflage, die vor 1848 im langjährigen Durchschnitt bei 450 Exemplaren lag.³¹ Nach der Revolution sank die Auflage kontinuierlich, und 1855 meldete der Beobachter, daß der Verlag nur 10 Exemplare an Privatpersonen verkaufen konnte. Die Parlamentsdrucksachen eigneten sich schon ihrer vielbändigen Dickleibigkeit wegen nicht als Massenpublikation. Da der Debatteinhalt aber als Amtsdruksache veröffentlicht wurde, war ein offenes Vorgehen gegen überregionale Presseorgane, die über die Verhandlungen berichteten, nicht vermittelbar. So konnten der Beobachter und die Schwäbische Chronik in der Reaktionszeit aus dem Ständesaal berichten und den Politikern der Opposition auch unter den Bedingungen der indirekten Zensur ein öffentliches Forum bieten. Der Beobachter druckte eine Zusammenfassung der Rede Mohls über die Todesstrafe bei Hochverrat auf der Titelseite.³² Insofern ist Hartwig Brandts These von der wechselseitigen Konkurrenz zwischen Presse und Parlamentarismus für die 1850er Jahre zu modifizieren. Nicht Konkurrenz, sondern wechselseitige Unterstützung scheint das Verhältnis zu charakterisieren.

Innenminister Linden gestand der Kammer Ende 1854 diese Lücke im Zensursystem ein, als ihn Mohl mit einer Generalabrechnung aus der Reserve lockte, in der er die Ablösung des Ministeriums forderte, »welches«, wie er sagte, »ich als Unglück für das Land erachte«.³³ Linden verbat sich diese Qualifizierung und klagte in der Kammer, daß die Übertreibung Mohls »im ganzen Land in den Blättern herumgeschrieben wird und in den Parteiblättern

²⁸ Ebd., S. 3942 f.

²⁹ Ebenso D. LANGEWIESCHE, Liberalismus und Demokratie, 1974, S. 265 f.

³⁰ W. SIEMANN, Von der offenen zur mittelbaren Kontrolle, 1988.

³¹ H. BRANDT, Parlamentarismus, 1987, S. 230.

³² Der Beobachter, Nr. 55, 6.3.1853.

³³ V.d.K.A., 1854/55, Protokollbd. 1, 232. Sitzung am 23.11.1854, S. 27.

ohne die Entgegnung des Ministers³⁴, was für die unteren Schichten von schlechtem Einfluß sei. Dieses »Herumschreiben« der Parlamentsreden »in den Blättern« wußte Linden gegenüber Verlegern mit geringer publizistischer Beschwerdemacht wirksam zu unterdrücken. Der Herausgeber des Amts- und Intelligenzblattes des Oberamtes Aalen erhielt 1855 eine Beschwerde des Innenministeriums, seine Zeitung »fahre fort, die übertriebensten Ansprachen Mohls zu verbreiten.«³⁵ Der Verleger konnte sich dieser Beschwerde nicht widersetzen, da er finanziell völlig von dem amtlichen Charakter seiner Zeitung abhängig war und seit 1856 durch eine Kautionsmassiv unter Druck gesetzt wurde. Bis in die 1860er Jahre mußten sich die Leser des Aalener Amtsblattes damit begnügen, nur durch Abdrucke der Berichte des Staatsanzeigers über Mohls parlamentarische Arbeit informiert zu werden.

Innenminister Linden unternahm auch den Versuch, das Rederecht der Kammer selbst zu entkernen, indem er 1854 ein Gesetz vorlegte, das die Debatte wichtiger Gesetzentwürfe in die Kommissionen verlegen sollte, die nicht öffentlich tagten und keine Protokolle ihrer Sitzungen publizierten.³⁶ Vorgebliches Ziel Lindens war die Beschleunigung des Gesetzgebungsverfahrens durch eine Verkürzung der Debatten. Nach den schlechten Erfahrungen, die die Demokraten bei der Wahl der Kommissionen im Jahr 1851 gemacht hatten, konnte Mohl Linden nur eine einzige Absicht mit seinem Entwurf unterstellen: »[...] das hieße die Verfassung abschaffen, zu einem leeren Schein machen.«³⁷ Das Gesetz diene allein dazu, unabhängige Abgeordnete zum Schweigen zu bringen.

Mohls Eigenlob der Unabhängigkeit zielte auch auf die Staatsbeamten und Schultheißen der Kammer, die die Hälfte der Abgeordneten stellten und in der Regel ergebene Diener der Regierung waren.³⁸ Das nüchterne Wortprotokoll läßt nur noch ahnen, wie sehr sich Mohl bei dieser Debatte in Rage redete. Innenminister Linden kontrerte Mohls Auftritt mit dem »Dichterwort«: »Horch der Wilde tobt schon an den Mauern.«³⁹

Die Fähigkeit Lindens, das von aufrichtiger Sorge um die Sache vorgetragene Pathos Mohls durch leicht spöttische, oft unsachliche Bemerkungen ins Leere laufen zu lassen, vertiefte die Feindschaft zwischen den beiden Männern. Im Oktober 1855 schrieb Mohl seinem Bruder: »Ich hoffe es aber auch noch zu erleben, daß der Galgen an dergl. Schufte kommt.«⁴⁰

³⁴ Ebd., S. 29.

³⁵ E. HAFNER, 1954, S. 217.

³⁶ H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 279 ff., hat die Genese und das Schicksal dieses Gesetzesvorschlages ausführlich geschildert.

³⁷ Bei der Beratung des Entwurfs in der 245. Sitzung am 12.12.1854, V.d.K.A. 1854/55, Protokollbd. 1, S. 335 f.

³⁸ H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 68 f.

³⁹ Ebd., S. 336. Noch 34 Jahre später erinnerte Otto Elbens Nekrolog für Moriz Mohl im Schwäbischen Merkur, 23.2.1888, Nr. 44, an diesen Vorfall.

⁴⁰ Brief Moriz Mohls an Robert Mohl vom 22.10.1855.

Die erbitterte Opposition gegen Schmälerungen der in der Revolution erlangenen Freiheitsrechte schweißte die Demokraten in Verhandlungen und Abstimmungen zu einer geschlossen auftretenden Fraktion zusammen. Die Gemeinsamkeit des politischen Programms zwischen Mohl und den Demokraten ersparte diesem den Konflikt zwischen dem Ideal der Unabhängigkeit des Mandats und der Fraktionsdisziplin. Betrachtet man sein Abstimmungsverhalten, so sieht man, daß er in fast allen wichtigen Fragen mit der Fraktion ging.⁴¹ Eine bedeutende Ausnahme war die außerordentliche Verlängerung des Haushaltes am 18.6.1851⁴² und dessen nachträgliche Bestätigung am 26.2.1852.⁴³ Innenminister Linden hatte nach der Auflösung der Landesversammlung den Haushalt durch eine Notverordnung verlängert, die er nun nachträglich gesetzlich sanktionieren lassen wollte. Mohl stimmte beide Male mit der Mehrheit gegen die Fraktion. Das erstaunt um so mehr, wenn man sich das Versteckspiel ein halbes Jahr zuvor um den Schlüssel der Staatsschuldenkasse zwischen Linden und dem ständischen Ausschuß in Erinnerung ruft. In einer besonderen Erklärung⁴⁴ nach der Abstimmung am 26.2.1852 betonte Mohl, daß er damit nicht »eine Billigung der Akte des gegenwärtigen Ministeriums oder ein Vertrauen zu demselben habe aussprechen wollen.« Da aber eine Ablehnung des Haushalts ohnehin keine Wirkung gezeigt hätte, habe er »im Interesse des Volkes« zugestimmt. Das Argument der Wirkungslosigkeit einer Ablehnung wird man als vorgeschoben betrachten dürfen, wenn man sich seine leidenschaftlichen Appelle zum Widerstand der Kammer gegen die Aufhebung der Grundrechte vor Augen hält. In seinem Votum kann man vielleicht ein willkürlich gesetztes Zeichen sehen, mit dem er das Selbstbild der unbedingten Unabhängigkeit pflegte und sich außerhalb der Fraktion etwas Erleichterung im Umgang mit den übrigen Abgeordneten verschaffte:

»Übrigens stehe ich mit der Kammer persönlich nicht mehr so schlecht, als Anfangs, seit sie sehen, daß ich zwar ihr entschiedener politischer Gegner bin, aber nach meiner Überzeugung die Wahrheit anerkenne, wo es auch nicht unser Partei-Interesse ist. Dies beweisen mir viele Privatäußerungen und auch das Interesse, mit dem sie mich anhören.«⁴⁵

⁴¹ So bei der Ablehnung der Heeresreform (36. Sitzung, 27.10.1851), bei dem Bürgerrechtsgesetz (72. Sitzung, 15.12.1851), bei dem Polizeistrafgesetz (86. Sitzung, 22.11.1852), bei dem Bürgerwehrgesetz (187. Sitzung, 16.3.1853), gegen die Freistellung der Standesherrn vom Kriegsdienst stellte Mohl den Antrag der Demokraten (199. Sitzung 12.4.1853), bei dem Gesetz gegen Verbrechen gegen den Deutschen Bund (222. Sitzung, 25.5.1853) stimmte er ebenso mit der Fraktion, wie bei der Ablehnung des Gemeindegesetzes (233. Sitzung, 25.11.1854).

⁴² V.d.K.A., 1851/53, Protokollbd. 1, 23. Sitzung am 18.6.1851, S. 399; zu diesem Vorgang auch H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 633 f.

⁴³ V.d.K.A., 1851/53, Bd. 4, 111. Sitzung am 26.2.1852, S. 2 533 f.

⁴⁴ Der württembergische Landtag kannte die sogenannte »motivierte Abstimmung«, bei der der Abgeordnete das Recht hatte, sein Votum mit einer Erklärung zu rechtfertigen. Vgl. H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 212.

⁴⁵ Brief Moriz Mohls an Robert Mohl vom 25. Juni 1851.

Die Briefstelle illustriert auch, daß Mohl sich selbst in dieser Phase intensiver Zusammenarbeit mit der Fraktion der Volkspartei nicht mit der Rolle des Parteipolitikers identifizieren konnte.⁴⁶

Nach dem Tod des Fraktionsführers Adolph Schoder verschlechterte sich Mohls persönliches Verhältnis zu den Fraktionsmitgliedern. In den Briefen läßt er an Adolf Seeger, der die Führung der Fraktion übernahm, kein gutes Haar. Seegers Kritik an Mohls Kommissionsbericht über das Branntweinsteuergesetz sah dieser als Intrige aus den Reihen der eigenen Partei, von der er glaubte, daß sie sich sogar zu einer Zeitungskampagne gegen ihn ausweitete.⁴⁷ Es war ihm völlig unverständlich, daß »ein Mann von Verstand« Einwände gegen seinen Bericht haben könnte. Hinter der Kritik Adolf Seegers konnte er nichts anderes als unlautere Motive vermuten. Die politische Zusammenarbeit gab Mohl wegen dieser persönlichen Schwierigkeiten allerdings nicht auf.

2. Der Anwalt der Unterschichten

Die Reaktionsgesetze der ersten Landtagsperiode werfen einen Schatten auf die übrige Gesetzgebungsarbeit der Kammer, die »parlamentarische Kleinarbeit«.⁴⁸ Wechselt man die Perspektive und nimmt die Vielzahl der übrigen Gesetzentwürfe in den Blick, entdeckt man, was Hartwig Brandt sehr beiläufig in einem Nebensatz die »technische Effektivität« der Regierung Linden nannte.⁴⁹ Moriz Mohl fand dafür drastischere Worte: »Dieser hohle und schlechte Esel Linden hat eine wahre Gesetzgebungs-Diarrhoe[...].«⁵⁰ Geht man die Inhaltsverzeichnisse der Kammerverhandlungen durch, so kann man in der ersten Legislaturperiode an die fünfzig Gesetzesvorlagen zählen, die reinen Etatgesetze nicht gerechnet. Wenn man die bloße Zahl zunächst gelten lassen will, so zeigt sich, daß die Phase der Reaktion und Repression gleichzeitig begleitet war von intensiven vorwärts wie rückwärtsgewandten Reformen der Regierung Linden.

Die württembergische Regierung kämpfte in den ersten beiden Legislaturperioden nach der Revolution mit der Bewältigung zweier grundlegender gesellschaftlicher Krisen- und Transformationsprozesse. Anfang der 1850er Jahre suchte Württemberg die letzte Wirtschaftskrise des alten, vorindustriellen Typs heim.⁵¹ Der Rückgang der Ernten seit 1846 mit einer kurzen Erholung während der Revolutionsjahre verringerte das Einkommen der landwirtschaftlichen

⁴⁶ Während des Landtagswahlkampfes im Frühjahr 1851 war Mohl als »Steuerverweigerer« bekämpft worden. Seine politischen Freunde in Aalen versäumten es daher nicht, im Amtsblatt über die Zustimmung Mohls zum Etat zu berichten, um ihn von diesem Vorwurf zu entlasten. Der Bote von Aalen vom 20.5.1851, Nr. 40.

⁴⁷ Brief Moriz Mohls an Robert Mohl vom 29.7.1852 u. Brief Moriz Mohls an Robert Mohl vom 25.11.1852, Nr. 168.

⁴⁸ D. LANGEWIESCHE, Liberalismus und Demokratie, 1974, S. 266.

⁴⁹ H. BRANDT, Parlamentarismus, 1987, S. 725.

⁵⁰ Brief Moriz Mohl an Robert Mohl vom 25.10.1852, Nr. 161

⁵¹ Vgl. für das Folgende W. v. HIPPEL, Wirtschafts- und Sozialgeschichte, 1992, S. 622 ff.

Produzenten, verteuerte die Lebensmittel für die Konsumenten und drückte so die Nachfrage beider Gruppen nach den gewerblichen Erzeugnissen der Handwerker, die mit in die Krise gerissen wurden. Diese Subsistenzkrise traf eine Handwerkerschaft, die ohnehin schon durch Überbesetzung, d. h. durch latente Unterbeschäftigung gezeichnet war. Die Anzahl der Konkursverfahren spiegelt sehr eindrücklich die Notlage des Landes wider: Lag der langjährige Durchschnitt der Konkursverfahren 1840–1847 bei etwa 1 500 jährlich, so stieg die Zahl auf dem Scheitelpunkt der Krise 1854 bis auf über 9 000 »Vergantungen« an.⁵²

Gleichzeitig vollzog sich in Württemberg in den fünfziger Jahren der Durchbruch zur »forcierten Industrialisierung«⁵³, die nach der Überwindung der agrarisch induzierten Krise in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts in die »erste Gründer- und Prosperitätsphase des Jahrhunderts«⁵⁴ führte. Nimmt man den Steinkohleverbrauch als Indikator wirtschaftlichen Aufschwungs, so wuchs der Bedarf in Württemberg von 200 000 Zentnern im Jahre 1848 auf 4 Mio. Zentner im Jahre 1865.⁵⁵

Die Wirtschaftskrise Anfang der fünfziger Jahre bedrückte auch den engagierten Nationalökonom Moriz Mohl schwer und verdüsterte zusätzlich zu den Reaktionsmaßnahmen die politische Einschätzung der Lage Württembergs:

»Es ist äußerst traurig, zu sehen, wie tief unser Land verarmt ist. [...] Der trostlose politische Zustand, den jeder Mensch von 2 Sinnen nur als den Vorboten notwendiger gewaltiger Umwälzungen ansieht, macht, daß beinahe Niemand den Mut hat, einen Heller in ein Gewerbe zu stecken, gebaut wird im ganzen Land, mit Ausnahme der Eisenbahn *garnichts*. [...] Und die Regierung nun? Diese meint [...], daß man die Leute, die betteln prügeln solle [...]. Nicht eine vernünftige und [...] Maßregel, um die Bildung und den Wohlstand der Leute zu heben. Ich glaube nicht, daß je ein geistloseres, stupideres und herzloseres Regiment in diesem Lande war!«⁵⁶

Die Janusköpfigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung spiegelt sich im Brief Mohls ebenso wider wie die Zwiespältigkeit der Regierungspolitik. Bereits auf der nächsten Seite berichtet Mohl über einen Besuch in Esslingen, wo er den Bau zweier Dampfschiffe mit bisher dort nicht erreichter Größe besichtigte. Die Einführung der Prügelstrafe für das Betteln und der Bau der Eisenbahn sind die beiden Extrempole der nachrevolutionären Wirtschafts- und Sozialpolitik, wobei nur deren repressiver Part von Mohl registriert wurde.

⁵² Die Zahlen sind einer Graphik von D. LANGEWIESCHE, *Liberalismus und Demokratie*, 1974, S. 49 entnommen.

⁵³ D. LANGEWIESCHE, *Liberalismus und Demokratie*, 1974, S. 50.

⁵⁴ H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 653.

⁵⁵ Vgl. W.-R. OTT, 1971, S. 17. Weitere Eckdaten des Wirtschaftswachstums bei W. v. HIPPEL, *Wirtschafts- und Sozialgeschichte*, 1992, S. 623 ff.

⁵⁶ Brief Moriz Mohls an Robert Mohl vom 5.4.1852, Nr. 150, Hervorhebung im Original.

Dennoch ist die Kritik Mohls nicht ohne Berechtigung. Mit einer ganzen Reihe von Gesetzesinitiativen bekämpfte die Regierung lediglich die Symptome der Wirtschaftskrise auf Kosten der unterbürgerlichen Schichten. Die Prügelstrafe auf das Betteln, die Einschränkungen des Niederlassungs- und Verehelichungsrechtes trafen den Vierten Stand. Die Maßnahmen gegen Mißbräuche bei den zahlreichen Konkursverfahren und den »Güterzerstückelungen« sollten den bürgerlichen Besitz vor dem Ausverkauf bewahren helfen.

Die Debatten über die Einführung der Prügelstrafe zwischen dem 9.3. und dem 12.3. 1853 nutzte Mohl wiederum zu einer Generalabrechnung mit Innenminister Linden.⁵⁷ Über 9 Protokollspalten, also nicht weniger als eine Stunde oder ein knappes Viertel der Auftaktsitzung am 9.3.1853, belehrte Mohl das Plenum in freier Rede⁵⁸ mit ausführlichen Berichten über seine Erfahrungen in England und Frankreich, die er mit spanischen Berichten ergänzte, über die fehlende präventive Wirkung der Prügelstrafe.⁵⁹ Die Prügelstrafe sei nicht nur sinnlos, sie verstoße auch gegen das Ehrgefühl und verletze die Menschenwürde:

»Wenn ich meine ganze Ansicht sagen soll, [...] so erblicke ich allerdings in dieser polizeilichen Prügelung der Bettler und Asoten gewissermaßen die Blüte des Regierungssystems des gegenwärtigen Herrn Ministers des Inneren.«⁶⁰

Bevor man prügele, so Mohl, solle man jedem das Arbeiten ermöglichen. Das »System« des Ministers bewirke aber genau das Gegenteil. Durch die Aufrechterhaltung des Zunftwesens, die Heiratsbeschränkungen und die Behinderung des Grundstückshandels verstelle der Minister den Tagelöhnern den Weg in die »Selbständigkeit und Respektabilität des Staatsbürgers«. ⁶¹ Grundbesitz habe »sittlichende Kraft«⁶², wie klein er auch immer sein möge, und die Möglichkeit der Niederlassung, die Sorge für die Familie, getragen von »der Liebe der Seinen«⁶³, bewahre vor dem Betteln. Von der Einführung der Prügelstrafe erwartete er mit aufrichtiger Entrüstung das Schlimmste:

»Sie werden die Leute nicht bessern, im Gegenteil, ein armer Mensch, den Sie als Bettler geprügelt haben, kann vorher ein bloß armer Mensch gewesen seyn, nachher ist er ein Entsittlichter, einer, der einen Haß auf die bürgerliche Gesellschaft wirft, in dem alle guten Keime, in dem alles Ehrgefühl, in dem aller Trieb, sich selbst emporzuarbeiten erstickt sind.«⁶⁴

Dieses paternalistische Plädoyer für die Verbürgerlichung der Unterschichten läßt erahnen, daß Mohl auch als Wahlredner begeistern konnte. Inhalt und Dauer der Reden gegen die Prügelstrafe stehen beispielhaft für Mohls Auftre-

⁵⁷ V.d.K.A., 1851/53, Protokollbd. 6., 181. Sitzung – 184. Sitzung.

⁵⁸ Die Reden im württembergischen Landtag durften nur in Ausnahmefällen abgelesen werden, vgl. H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 209.

⁵⁹ 181. Sitzung am 9.3.1853.

⁶⁰ Ebd., S. 4098.

⁶¹ Ebd., S. 4098.

⁶² Ebd., S. 4098.

⁶³ Ebd., S. 4099.

⁶⁴ Ebd., S. 4099.

ten in der Kammer. Die Klagen über die langen Reden begleiteten sein Leben als Parlamentarier.⁶⁵ Der Hauptgrund für die weit ausgreifenden Debattenbeiträge war der Glaube an den wissenschaftlichen Fortschritt. Mohl war davon überzeugt, daß politische Entscheidungen aus sachlichen Erwägungen heraus getroffen werden mußten. Bei der Berücksichtigung aller Fakten gebe es nur eine richtige und damit politisch vernünftige Lösung. Für einen Pluralismus politischer Werthaltungen entwickelte Mohl weder Verständnis noch Toleranz, wie im Abschnitt über die Fraktionen der 1860er Jahre noch gezeigt wird.

In der Debatte um die Prügelstrafe nutzte Linden den rhetorischen Überschwang Mohls, um dessen Argumentation an ihrer Wurzel zu treffen, indem er ihm die Orientierung an der Realität absprach:

»Ich antworte ihm darauf (auf die Blüte des Systems, J.W.), daß bei ihm die Übertreibung und das Verlassen und Verkennen der gegebenen Verhältnisse der Grund ist, warum seine so schönen Kenntnisse keine Blüte und insbesondere keine Frucht bringen.«⁶⁶

Linden spielte damit auf das zweite Charakteristikum der Mohlschen Debattenbeiträge an, die faktsatten Fachvorträgen näher standen als der politischen Rede. Mohl trat im Landtag mit dem Anspruch auf, daß die Gesetzgebung auf wissenschaftlicher Basis erarbeitet werden müsse. Der Abgeordnete »stellt sich auf den Standpunkt, den der wissenschaftlich gebildete Mann einnehmen muß.«⁶⁷ Moriz Mohl folgte damit dem Programm: »Das Verfahren bei Abfassung von Gesetzen«, das der Bruder Robert in seiner »Politik«⁶⁸ formulierte: Robert Mohl nennt die drei Instrumentarien, die die Debattenbeiträge und die Kommissionsarbeiten des jüngeren Bruders prägten: 1. Das Studium der bestehenden Rechtslage⁶⁹, 2. Die Erforschung der für das Gesetzesvorhaben relevanten »Thatsachen«⁷⁰, 3. Die »Bekanntmachung mit fremden Gesetzen und Ansichten.«⁷¹

An der Verhandlung der Gesetzesänderung »über die Verhelichungs- und Übersiedlungsbefugnisse der Staatsgenossen«⁷² soll dieser Anspruch der Verwissenschaftlichung des Gesetzgebungsverfahrens vorgeführt werden. Die Regierung hob darin die Höhe des Vermögens an, das zur Erlangung des Niederlassungsrechtes in einer neuen Gemeinde nachgewiesen werden mußte. Damit sollten die Gemeinden, die die Armenfürsorge über eine Umlage auf die Ge-

⁶⁵ Otto Elbens Nekrolog im Schwäbischen Merkur vom 23.2.1888. H. BRANDT, Parlamentarismus, 1987, S. 207 f. untersucht die Dauer der Reden im württembergischen Landtag, seine Angaben bestätigen Elbens Schilderung, daß Mohl zu seiner Zeit die längsten Reden im Landtag hielt.

⁶⁶ 184. Sitzung am 12.3.1853, S. 4 103.

⁶⁷ V.d.K.A., 1851/53, Protokollbd. 3, 75. Sitzung am 18.12.1851, S. 1 716.

⁶⁸ R. v. MOHL, Staatsrecht, Völkerrecht und Politik, Zweiter Band, Politik, Erster Band, Tübingen 1862.

⁶⁹ Ebd., S. 533.

⁷⁰ Ebd., S. 535.

⁷¹ Ebd., S. 540.

⁷² Von der 67. Sitzung am 9.12.1851 bis zur 72. Sitzung am 15.12.1851, V.d.K.A., 1851/53 Protokollbd. 3. Vgl. dazu K.-J. MATZ, 1980, S. 131 f., eine Bemerkung zu Mohl S. 192; F. BALSER, 1962, S. 375.

meindebürger selbständig tragen mußten, vor dem Zuzug unterstützungsbedürftiger Armer geschützt werden. Um die Zeugung zusätzlicher Armut zu unterbinden, erhöhte das Gesetz die Anforderungen an das Vermögen Heiratswilliger, wollten sie die Erlaubnis zur Eheschließung erlangen.

Mohl brandmarkte das »inhumane« Gesetz⁷³ als Akt der Barbarei, das die Zahl der unehelichen Kinder mit allen sozialen Folgen erhöhen werde, wobei er es nicht versäumte, den Zusammenhang zwischen der Rate der unehelichen Kinder und dem Heiratsrecht statistisch im europäischen Vergleich nachzuweisen. Danach ging er mit der Qualität des Gesetzentwurfes ins Gericht. Die Regierung habe ohne statistische Erhebungen »in Unkenntnis des Gegenstandes« einen Entwurf vorgelegt, der, wie er allerdings vergeblich hoffte, der öffentlichen Meinung nicht standhalten werde.⁷⁴ Obwohl Mohl nicht Berichtserstatter für das Gesetz war, wandte er sich an die Stuttgarter Sparkasse, um dort statistische Informationen zu erheben, die beweisen sollten, daß die geforderte Vermögenshürde von 350 fl. für die Verehelichung viel zu hoch gelegt war. Die 93 000 Einleger, die Mohl ohnehin zu den Reicherern des Landes zählte, verfügten gemeinsam über ein Vermögen von 9,5 Mio. fl., kaum mehr als 100 fl. pro Person. Auch wenn dieses Beispiel eher den Mangel jeder Art von Sozialstatistik in dieser Zeit in Erinnerung ruft, als Zeugnis über die volkswirtschaftliche Brillanz Mohls abzulegen – er hatte übersehen, daß auch andere Vermögensgegenstände als Geld in die Berechnung des Heiratsvermögens einfließen – so zeigt es doch sein Anliegen und die charakteristische Arbeitsweise. Unter dem Einsatz seines nationalökonomischen Handwerkszeugs bereitete er sich mit stupendem Fleiß auf jede einzelne Debatte vor und belehrte das Plenum durch Exkurse in andere Länder, durch Berichte aus wissenschaftlichen Publikationen und eigene Erhebungen.

Auch in dieser Debatte verband Mohl volkswirtschaftliche Analyse mit leidenschaftlichen Ausfällen, die ihm den Ordnungsruf des Präsidenten eintrugen und dem Spott Lindens wieder ein breites Ziel boten. Der Innenminister gab ohne Umstände zu, daß sich die Regierung nicht um eine statistische Fundierung ihres Gesetzentwurfes bemüht hatte:

»Ich war, das gestehe ich ganz einfach, ungeduldig, etwas zu thun in der Sache, um nicht wieder ein Jahr lang mit den Berichten zuzubringen. Aber wenn Etwas mich beruhigt darüber, daß ich nicht die Zeit mit weiterer Berichtseinholung versäumt habe, so sind es in der That die Notizen des Herrn Abgeordneten oder der Mangel an Notizen, den der Herr Abgeordnete an den Tag gelegt hat, der sich, wie ich voraussetze, gewiß sehr viele Mühe gegeben hat, Notizen zu finden.«⁷⁵

Mohl litt schwer an der »Unbildung, Gemeinheit, Dummheit und vor allem der impertinentesten pöbelhaften Schlechtigkeit«⁷⁶ seiner Kollegen, auf die Lindens

⁷³ H. SCHOMERUS, 1977, S. 230 ff. gibt eindruckliche Beispiele für das Leid, das die Heiratsbeschränkungen schufen.

⁷⁴ 69. Sitzung am 11.12.1851, S. 1544.

⁷⁵ Ebd., S. 1547 f.

⁷⁶ Brief Moriz Mohls an Robert Mohl vom 6.9.1852, Nr. 160.

Spott bauen konnte. In seinen Briefen wird sehr deutlich, daß er sich geeignete Stätten seines Wirkens denken konnte: »Ein Argument, das in London oder auch in der Paulskirche ein durchschlagendes gewesen wäre, fällt platt zu Boden, wenn die Leute zu ungebildet sind, um seine portée zu begreifen.«⁷⁷

Ganz so verheerend, wie Mohl glauben machen will, waren die Verhältnisse im württembergischen Landtag freilich nicht. Der Durchschnittsanteil »der Vertreter der Intelligenz, Professoren und Oberlehrer auf der einen, Redakteure, Künstler und Privatgelehrten auf der anderen Seite« lag bei 6,7 %. Mindestens 20 % der Abgeordneten von 1851 verfügten nach ihren Berufsangaben über eine akademische Ausbildung.⁷⁸

Die Abneigung zwischen Mohl und seinen Kollegen, die er mit dem Inhalt und der schieren Länge seiner Reden überforderte und durch seine besserwisserische Art provozierte, beruhte durchaus auf Gegenseitigkeit. Der ritterschaftliche Abgeordnete Frhr. Honor August von Hornstein⁷⁹ machte nach 75 Sitzungen mit Moriz Mohl seinem Herzen Luft, als er sich der Einwände Mohls gegen einen von ihm gestellten Antrag erwehren wollte:

»Der Herr Abgeordnete ist Derjenige, welcher ja beinahe Niemand Anderes zum Wort kommen läßt, der Herr Abgeordnete ist Derjenige, welcher, ich bestreite seine Kenntnisse durchaus nicht, es bei keiner Gelegenheit unterläßt, seine immer thätige wissenschaftliche Lava uns über die Köpfe zu gießen.«⁸⁰

Der Schultheiß Groß verstieg sich in der Debatte um das Verehelichungsgesetz dazu, Mohl einen »Stubengelehrten« zu nennen, »wenn er gleich immer mit dem Buch unterm Arm im Ausland herumreist, in England, Frankreich, Spanien und Amerika. Wir sind jetzt in Württemberg[...]«.⁸¹ Der Fraktionskollege Probst versuchte Mohl zur Seite zu treten, indem er bemerkte, dessen Ausführungen seien zwar unbequem, »aber Das kann man nicht bestreiten, daß von ihm schon eine Menge fruchtbringender Ideen hier ausgesprochen worden sind, auf deren Anwendung man sich noch nicht eingelassen hat[...]«.⁸²

Die Fürsorge Mohls gegenüber unterprivilegierten Bevölkerungsgruppen bewies sich auch an weniger prominenter Stelle. Anfang Februar 1852 lag der Kammer die Novelle des Gesetzes über die Brandversicherungsgesellschaften zur Beratung vor.⁸³ In der Debatte wurde der Vorschlag diskutiert, die bestehende gesetzliche Zwangsbrandversicherung für Gebäude aufzuheben. Mohl

⁷⁷ Ebd.

⁷⁸ H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 73 und S. 68.

⁷⁹ Freiherr Honor August von Hornstein (1789–1855) zählte zu den Veteranen des Landtags. Von 1826–1849 und von 1851–1853 war er ritterschaftlicher Abgeordneter und trug im Vormärz die katholische Opposition gegen die württembergische Kirchenpolitik. K. BACHEM, 1927, S. 237, Anm. 1, charakterisiert ihn als Redner, der »mit einer durchdringenden Stimme begabt, in schöner einfacher Sprache und in unübertrefflicher Ruhe seine Gedanken vorzubringen« wußte. In Mohl und Hornstein trafen diametral entgegengesetzte rhetorische Talente aufeinander.

⁸⁰ V.d.K.A., 1851/53, Protokollbd. 3, 75. Sitzung am 18.12.1851, S. 1712.

⁸¹ V.d.K.A., 1851/53, Protokollbd. 6, 184. Sitzung am 12.3.1853, S. 4110.

⁸² Ebd., S. 4104.

⁸³ V.d.K.A., 1851/53, Protokollbd. 4, 95. Sitzung am 4.20.1852–101. Sitzung am 11.2.1852.

sprach sich für diese Zwangsversicherung aus, da die Versicherungsgesellschaften sonst bestimmte soziale Gruppen, die wegen des schlechten Zustands ihrer Häuser ein hohes Schadensrisiko boten, von der Versicherung ausschließen dürften.⁸⁴ Die Aufgabe der Zwangsversicherung, die darüber hinaus eine Staffelung der Preise nach Schadenswahrscheinlichkeit erlaubt hätte, würde die Feuerversicherung für sozial Schwache, wie Mohl befürchtete, unerschwinglich werden lassen. Der Verlust des Versicherungsschutzes gefährdete wiederum die Deckung der Hypotheken, deren Verträge die Brandversicherung oft voraussetzten. Die Zwangsversteigerung wäre dann die unausweichliche Folge gewesen. An dieser Debatte ist neben Mohls wirtschaftlichem Sachverstand bemerkenswert, daß er das Wort für eine Umverteilung von oben nach unten führte, da in der Zwangsversicherung solidarisch das höhere Schadensrisiko der sozial Schwachen durch die sozial Stärkeren finanziert werden mußte.

Der sprunghafte Anstieg der Zwangsversteigerungen Anfang der fünfziger Jahre regte auch in der Kammer Initiativen an, die die Auswüchse bei den Konkursverfahren eindämmen wollten. Am 30. Januar 1852 trug Mohl in der Kammer eine Eingabe vor, in der er sich für die Verlegung der Versteigerungen vom Wirtshaus in das Rathaus aussprach, um für diese folgenschweren Geschäfte eine nüchterne Atmosphäre zu sichern.⁸⁵ Wenige Wochen später berichtete die Justizgesetzgebungskommission über den Antrag des Abgeordneten Walser »betreffend das Reuerecht bei Güterverkäufen.«⁸⁶ Die Regierung antwortete auf die Notlage im Land und die Initiativen der Kammer, indem sie einen Gesetzentwurf »betreffend die Beseitigung der bei Liegenschaftsveräußerungen und insbesondere bei der Zerstückelung von Bauerngütern vorkommenden Mißbräuche« vorlegte, den die Kammer zwischen dem 2. und 12. April 1853 beriet.⁸⁷

Kernstück des Regierungsentwurfes war der Art. 11, der bestimmte, daß der Erwerb von Gütern, um diese stückweise weiterzuverkaufen, verboten sei und einzelne Teile eines erworbenen Grundstücks erst drei Jahre später wieder veräußert werden dürften. Mit diesem schwerwiegenden Einschnitt in den freien Grundstückshandel hoffte die Regierung der sogenannten »Hofmetzgerei« Einhalt gebieten zu können. In der allgemeinen Debatte klagte Mohl, der Gesetzentwurf gehe weit über den von der Kammer ursprünglich beabsichtigten Zweck hinaus, die Bauern zu schützen.⁸⁸ Die Kritik richtete sich auf drei Aspekte des Gesetzes. Die Regelungen sollten unausgesprochen für adelige wie für bäuerliche Güter gelten. Mohl befürchtete hier, wie schon bei seinem Protest gegen die Fideikomnisse, daß der Adel die riesigen Ablösesummen aus der Bauernbefreiung zum Aufkauf bäuerlichen Landes verwenden würde, das dann für den Rückkauf durch die Bauern verloren sein würde. Der zweite

⁸⁴ In der 95. Sitzung, S. 2 166.

⁸⁵ V.d.K.A. 1851/53, 4. Protokollbd., 93. Sitzung am 30.1.1852.

⁸⁶ Ebd., 103. Sitzung am 14.2.1852.

⁸⁷ V.d.K.A., 1851/53, Protokollbd. 6, 194. Sitzung am 2.40.1853–199. Sitzung am 12.4.1853.

⁸⁸ 194. Sitzung, S. 4 344.

Einwand führt noch einmal zurück in die Debatte der Judenemanzipation in der Paulskirche. Vor der Nationalversammlung glaubte Mohl den »volksverderblichen« Charakter der »jüdischen Hofschlächtereie« anprangern zu müssen.⁸⁹ Sobald der ländliche Grundstückshandel abgelöst von einem antisemitischen Kontext verhandelt wurde, wollte Mohl auf die Teilung von Bauerngütern als sozialpolitische Maßnahme nicht verzichten. Jeder Pächter und Tagelöhner, so sein Credo auf die sittlichende Kraft des Besitzes, müsse die Möglichkeit und die Aussicht auf Grunderwerb haben.⁹⁰ Das württembergische Gesetz verhindere den Grunderwerb durch kleine Gewerbetreibende und Arbeiter.⁹¹ Sein dritter Einwand zeigt wieder den nüchternen Sachverstand Mohls, mit dem er den Marktprozeß analysierte.⁹² Die Verwendungsbeschränkung, die das Gesetz den Grundstücken auferlege, entwerte diese und schädige damit zuallererst den Verkäufer. Die Kammer ließ sich freilich auch durch dieses Argument nicht beeindrucken und billigte mit 47:33 Stimmen die dreijährige Weiterverkaufssperre.

Der konservative und repressive Charakter der nachrevolutionären Wirtschafts- und Sozialpolitik in Württemberg tritt in den besprochenen Gesetzentwürfen deutlich zu Tage. Die Regulierung der Freizügigkeit und des Grundstückshandels sollten die Auswirkungen der Wirtschaftskrise eindämmen. Gleichzeitig erschwerte die Regierung damit die Anpassung der Produktionsfaktoren an die sich rasant wandelnden wirtschaftlichen Verhältnisse. Die offensive Unterstützung des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Transformationsprozesses im Zuge der einsetzenden Industrialisierung lag nicht in der Absicht der Regierung und wäre in der Kammer auch nicht mehrheitsfähig gewesen. In dieses Bild fügt sich ein, daß die Regierung bis Anfang der 1860er Jahre wartete, ehe sie eine neue Gewerbeordnung vorlegte, die für Württemberg die Einführung der Gewerbefreiheit vorsah. Damit schützte die Regierung die Interessen des handwerklichen und bäuerlichen Mittelstandes, indem sie diesem das Reservat der Zunftbeschränkungen beließ, bis dieser es selbst für überflüssig hielt. Weiterhin wollte sie den Mittelstand durch die Beschneidung der Freizügigkeit vor einer weiteren Belastung durch die kommunale Armenfürsorge bewahren.

Ausgetragen wurde diese Politik – die Einführung der Prügelstrafe auf das Betteln läßt dies sinnfällig werden – auf dem Rücken der unterbürgerlichen Schichten, die kein Wahlrecht besaßen und nach dem Verbot der Arbeitervereine auch über keine organisierte Interessenvertretung mehr verfügten. Diesen Part übernahm die Fraktion der Demokraten im Landtag, und Moriz Mohl erwies sich in den fünfziger Jahren als zuverlässiger Anwalt der Unterschichten. Dabei darf nicht übersehen werden, daß sich die Kritik Mohls gegen die rechtlichen und wirtschaftlichen Schranken richtete, die Gesellen, Arbeiter und

⁸⁹ Vgl. den Abschnitt über die Judenemanzipation in der Paulskirche.

⁹⁰ Ebd., 194. Sitzung am 2.4.1853, S. 4359.

⁹¹ Ebd., 198. Sitzung am 11.4.1853, S. 4441.

⁹² Ebd.

landwirtschaftliche Tagelöhner daran hinderten, ein Leben nach bürgerlichen Wertmaßstäben zu führen.

Das Mitgefühl Mohls endete schlagartig, wenn der Vierte Stand mit seinen politischen Forderungen dessen Werthaltungen verletzte, indem er etwa durch Gewerkschaften das freie Spiel von Angebot und Nachfrage störte⁹³ oder sich durch die Forderung nach progressiver Einkommenssteuer unverdient in den Genuß der Früchte bürgerlicher Arbeit bringen wollte. Sobald der soziale Protest in gewaltsamen Widerstand überging, rechtfertigte Mohl jedes Mittel der Niederschlagung. Als der französische General Louis Eugène Cavaignac im Juni 1848 den Pariser Aufstand mit gnadenloser Härte niedergeschlagen hatte⁹⁴, schrieb Mohl an den Bruder Julius nach Paris: »Ich hoffe, das verfluchte Gesindel werde diese gründliche Lection sich jetzt zu Herzen ziehen.«⁹⁵ Im Landtag lobte Mohl 1853 den General für die Niederschlagung des Arbeiteraufstandes: »Als damals das Leben und das Eigentum der Bürger in Gefahr war«, sei Cavaignac mit »größter Energie, aber mit Menschlichkeit« vorgegangen.⁹⁶

3. Der Prophet der Industrialisierung im eigenen Land?

Das Bild der württembergischen Wirtschaftspolitik wäre völlig verzeichnet, wenn man sich auf die Darstellung der konservativen Maßnahmen beschränken würde, die gleichsam mit den Phänomenen der »alten« Krise korrespondierten. Die württembergische Regierung betrieb nach der Revolution eine gezielte Förderung der gewerblichen Entwicklung. Drei Instrumente werden für die fünfziger Jahre als entscheidend beschrieben⁹⁷: Die Tätigkeit der Zentralstelle für Gewerbe und Handel⁹⁸, die Verbesserung der beruflichen Bildung und der Ausbau des Eisenbahnnetzes.⁹⁹

Die Zentralstelle diene als Informationsbüro und Multiplikator für gewerbliche Innovationen, die sie durch Prämien, Ausstellungen und Musterlager unterstützte. »Mit ihrer impulsgebenden Förderungspolitik trug die Zentralstelle wesentlich dazu bei, unbegründete Vorbehalte gegenüber der industriellen Entwicklung abzubauen und die Offenheit gegenüber dem technologischen

⁹³ Vgl. unten das Kapitel über die Gewerbeordnung von 1862, das die Debatte um das Streikrecht behandelt.

⁹⁴ Vgl. G. ZIEBURA, Frankreich, 1981, S. 288 f. Im Zuge der Kämpfe wurden 3 000 Arbeiter getötet, 15 000 in die Verbannung geschickt.

⁹⁵ Brief Moriz Mohls an Julius Mohl vom 29.6.1848, Nr. 48.

⁹⁶ V.d.K.A., 1851/53, Bd. 5, 177. Sitzung am 4.3.1853, S. 3938.

⁹⁷ Vgl. zur Wirtschaftspolitik allg. W. v. HIPPEL, Wirtschafts- und Sozialgeschichte, 1992, S. 691–699; daneben noch G. KOLLMEYER, OHEIMB-LOUP, 1994.

⁹⁸ Vgl. W. A. BOELCKE, Glück für das Land, 1992, und P. SIEBERTZ, 1952.

⁹⁹ Für beide Bereiche grundlegend ist W.-R. OTT, 1971. D. LANGEWIESCHE, Liberalismus und Demokratie, 1974, S. 226 lenkt die Aufmerksamkeit auf die Zollpolitik als weiteres Instrument der Wirtschaftsförderung.

Fortschritt zu erhöhen.«¹⁰⁰ Die Zentralstelle übte eine wichtige politische Funktion als Vermittlungsinstanz zwischen Staat und Wirtschaftsbürgertum aus, da sie 1855 zur Dachorganisation der im selben Jahr staatlich gegründeten Handelskammern bestellt wurde.¹⁰¹ Bereits einen Monat nach der Eröffnung des Landtages wurde die Zentralstelle Gegenstand der parlamentarischen Beratung.¹⁰² Der Demokrat Sigmund Schott hatte beantragt, nicht 50 000 fl. wie in der Regierungsvorlage vorgesehen, sondern 100 000 fl. für die Gewerbeförderung durch die Zentralstelle zu bewilligen. Als Referent der volkswirtschaftlichen Kommission präsentierte Moriz Mohl der Kammer einen außerordentlich konzentrierten und klar gegliederten Bericht über die Aufgaben, die die Zentralstelle mit ihrem Etat nach seiner Ansicht bewältigen sollte.¹⁰³ An erster Stelle nannte der Wirtschaftswissenschaftler dabei die volkswirtschaftliche Forschung durch statistische Erhebungen und Enquêtes und die geeignete Publikation der Ergebnisse. Neben den oben bereits erwähnten Maßnahmen der Innovations- und Absatzförderung durch die Zentralstelle sah Mohl auch die »Verbesserung des ganzen gesellschaftlichen Zustandes der Gewerbsklasse«¹⁰⁴ als Aufgabe staatlicher Politik. Darunter verstand er zukunftsweisende sozialpolitische Maßnahmen wie den Bau von »Kinderkrippen« und »Kleinkinderschulen«, die »Aufmunterung zum Bau passender Einzelwohnungen mit Gärten für Arbeiterfamilien«, oder die Einrichtung von Arbeiterküchen. Darüber hinaus könne die Zentralstelle durch die Verbesserung des Sparkassenwesens die Vermögensbildung der Arbeiter und kleinen Gewerbetreibenden fördern. Nach dem Vorbild der amerikanischen Industriestadt Lowell sollten Wohngemeinschaften junger Fabrikarbeiterinnen unter der Aufsicht sittlich gefestigter Frauen eingerichtet werden. Auch hier zeigt sich Mohls Bemühen, durch den Blick über die engen Grenzen Württembergs Impulse für gesellschaftliche Innovationen zu gewinnen, und deren praktische Durchführbarkeit zu belegen.

Angesichts dieser weitgespannten Erwartungen an den Umfang der staatlichen Intervention erstaunt die Schlußfolgerung des Berichtes nicht, »daß eine jährliche Summe von 100 000 fl. für Gewerbeunterstützungen nichts weniger als hoch ist.«¹⁰⁵ Der gesamte Staatsetat des Haushaltsjahres 1851/52 betrug 11 967 740 fl., allein die königliche Familie erhielt davon 1 152 866 fl.¹⁰⁶ Auch wenn die letztlich bewilligte Summe von 50 000 fl. nicht die Kosten des Behördenbetriebes selbst decken mußte, sondern zur direkten Gewerbeförderung

¹⁰⁰ W. v. HIPPEL, *Wirtschafts- und Sozialgeschichte*, 1992, S. 694.

¹⁰¹ D. LANGWIESCHE, *Liberalismus und Demokratie*, 1974, S. 68.

¹⁰² V.d.K.A., 1851/55, Protokollbd. 1, 22. Sitzung am 17. Juni 1851.

¹⁰³ V.d.K.A., 1851/53, 1. Beilagenbd., 1. Abteil., Beilage 57, S. 138–144. Die Zusammenarbeit Mohls mit der Zentralstelle hat weder in seinem Briefwechsel noch in seinem Nachlaß Spuren hinterlassen. Allein im Nachlaß ihres Leiters Steinbeis findet sich ein Brief Mohls unbedeutenden Inhalts. STALB, PL 3, Depositum Steinbeis, Bü 107.

¹⁰⁴ V.d.K.A., 1851/53, 1. Beilagenbd., 1. Abteil., Beilage 57, S. 142, dort auch die folgenden Zitate.

¹⁰⁵ Ebd., S. 143.

¹⁰⁶ Vgl. W. STEITZ, 1974, Anlage 2.

verwendet werden sollte, so belegt sie doch die bescheidenen finanziellen Möglichkeiten der Zentralstelle.¹⁰⁷

In der Kammer stieß die Etaterhöhung für die Zentralstelle sofort auf die Kritik des Abgeordneten Hofstetter, der die Abgeordneten daran erinnerte, daß »Württemberg an der Schwelle einer Steuererhöhung«¹⁰⁸ stünde. Mit dem Hinweis auf die Steuererhöhung spielte Hofstetter auch auf die Verteilung der Steuerlast für die direkten Steuern an, von denen die Landwirtschaft in einer seit 1824 unveränderten Quote 17/24, die Gewerbe lediglich 3/24 zu tragen hatten.¹⁰⁹ Moriz Mohl wollte das Interesse der bauerlichen Bevölkerung, in der Krisenzeit vor Steuererhöhungen verschont zu bleiben, nicht gegen Förderung des Gewerbes ausgespielt wissen. Er wiederholte seine bereits 1828 vorgetragene Einsicht, daß die Landwirtschaft durch bessere Absatzmöglichkeiten ebenfalls vom Wachstum des Gewerbes profitieren würde¹¹⁰

Der Einwand Hofmeisters gegen den Etat der Zentralstelle deutet die Beschränkungen an, denen sich die Wirtschaftsförderung der Regierung unterworfen sah. Die Einnahmen des Kammergutes, mit denen der württembergische Staat zwischen 36 % und 52 % seines Haushaltes abdeckte¹¹¹, wurden durch die Wirtschaftskrise schwer in Mitleidenschaft gezogen und ließen den Etat defizitär werden.¹¹² Die Regierung erhöhte die Staatsausgaben dennoch, aber zu einer weiteren Verschuldung oder einer Steuererhöhung zu Lasten der bauerlichen Bevölkerung, die die Mehrzahl der Wähler stellte, war die Regierung nicht bereit.

Die württembergische Verfassung gewährte der Kammer nicht nur das Recht der Steuerbewilligung, sondern auch das Recht, die Höhe der Ausgaben festzulegen. Die Kammer hätte formal damit die Möglichkeit besessen, die Regierung zu einer expansiven Haushaltspolitik zu drängen. Hartwig Brandt weist jedoch nach, daß es dem württembergischen Landtag fremd war, die Eckdaten des Haushaltes der Regierung zu verändern. Die Verschiebungen im Etat, die die Kammer vornahm, überschritten kaum 2 % des Gesamtvolumens.¹¹³ Diesen grundlegenden Konsens zwischen Regierung und Ständen gestand auch Moriz Mohl 1853 ein und beschrieb damit gleichzeitig den Ein-

¹⁰⁷ W.-R. OTT, 1971, Anhang S. 61, Tab. Nr. 37, gibt eine Übersicht zu den Etatansätzen der Zentralstelle. Im Etatjahr 1850/51 erhielt die Zentralstelle Mittel in Höhe von 0,52 % des Staatshaushaltes. Für Bildung und Erziehung wurden 5,6 % und für Straßen- und Wasserbau 6,7 % des Haushaltes ausgegeben. Vgl. ebd., S. 66 f., Tab. Nr. 41.

¹⁰⁸ V.d.K.A., 1851/55, Protokollbd. 1, 22. Sitzung am 17. Juni 1851, S. 384.

¹⁰⁹ H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 329 f. Die restlichen 4/24 entfielen auf das Gebäudekatalogster.

¹¹⁰ »Man täuscht sich, wenn man glaubt, die verschiedenen Klassen des Volkes haben verschiedene Interesse, daß ist keineswegs der Fall, sondern es gewinnt jeder Teil, wenn es dem anderen besser geht.« V.d.K.A., 1851/55, Protokollbd. 1, 22. Sitzung am 17. Juni 1851, S. 387.

¹¹¹ H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 327.

¹¹² Vgl. W. STEITZ, 1974, Anlage 2. Der Staatshaushalt wurde 1848/49 defizitär. Das Defizit erreichte 1851/52 mit 1,5 Mio fl., 12,6 % des Budgets seinen Höhepunkt und sank im folgenden Jahr unter 1 %.

¹¹³ H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 373.

fluß, den er als Abgeordneter auf die staatliche Wirtschaftspolitik nehmen konnte: »Wir erfahren aber bei jeder Budgetsberatung, daß wir, wir mögen Anträge stellen, welche wir wollen, über die Summe der Ausgaben – sei es um einige 100 000 Gulden hin oder her – so ziemlich einig sind.«¹¹⁴

Mohl mußte die Erfahrung machen, daß auch kleine Kurskorrekturen der Regierungspolitik über das Etatrecht kaum durchzusetzen waren. Bei der Beratung der Verwendung der Mittel, die in der Finanzperiode 1849/52 nicht ausgegeben worden waren, gelang es Mohl zusammen mit dem Abgeordneten Frhr. v. Varnbüler¹¹⁵ die Kammer zu überzeugen, 50 000 fl., die für die Förderung der Auswanderung vorgesehen waren, für den Straßenbau zu bestimmen, um Arbeit im Land zu schaffen.¹¹⁶ Das hinderte die Regierung keineswegs daran, an einer zusätzlichen Exigenz für Förderung der Auswanderung festzuhalten, die zwei Wochen später in der Kammer beraten wurde.¹¹⁷ Diesmal folgte die Kammer dem Plädoyer Mohls nicht, die Ursachen der Armut an der Wurzel zu packen und die Gelder für die Gründung eines Arbeitsnachweisbüros und die Gewinnung solider Handelshäuser für den Vertrieb der Waren des württembergischen Kleingewerbes zu nutzen. Sein Antrag, die Mittel für die Auswanderung abzulehnen, scheiterte mit 33:50 Stimmen.¹¹⁸

Auch wenn Mohl in seinen Briefen kein gutes Wort für die Wirtschaftspolitik der Regierung finden konnte, da ihm die Erfahrung der Reaktionsmaßnahmen und die beschriebene rückwärtsgerichtete Sozialpolitik den Blick auf die positiven Seiten der Wirtschaftspolitik verstellte, so trat er doch, wo nötig, als Anwalt der Regierung gegen Sparwünsche im Bereich des Bildungswesens und der Infrastrukturmaßnahmen auf, die aus der Kammer vorgetragen wurden.¹¹⁹

Die angespannte Haushaltslage bestimmte die Regierung auch, die Projektierung weiterer Eisenbahnlinien zu verzögern, so daß es zwischen 1854 und 1858 zu einer Stockung im Ausbau des Eisenbahnnetzes kam. Die Kammer kritisierte diese Zurückhaltung und forderte die Regierung am 26. Juni 1851¹²⁰,

¹¹⁴ V.d.K.A., 1851/53, Bd. 6, 203. Sitzung am 21.4.1853, S. 5043, zitiert nach H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 373.

¹¹⁵ Friedrich Gottlob Karl Freiherr von Varnbüler (1809–1889), ritterschaftlicher Abgeordneter in der Kammer der Abgeordneten seit 1845, Anhänger der Regierung mit starkem Einfluß bei Hof. Bereits seit den 1850er Jahren als Minister im Gespräch, wurde er 1864 Außenminister; 1870 wegen nationalpolitischer Differenzen mit dem König entlassen. Bereits in den 1840er Jahren trat er als volkswirtschaftlicher Publizist hervor und dominierte gemeinsam mit Mohl den volkswirtschaftlichen Ausschuß des Landtags. Vgl. H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987.

¹¹⁶ V.d.K.A., 1851/53, Protokollbd. 4, 94. Sitzung am 3.2.1852 und den Bericht der Kommission, Beilagenbd. I, 1. Abt., Beil 218, S. 426–472. Die ersten eineinhalb Seiten das Referat des Berichterstatters Dörtenbach, S. 427 das Minderheitsurachten der Abgeordneten Frey und Varnbüler, S. 428–472 das Sonderurachten von Moriz Mohl.

¹¹⁷ V.d.K.A., 1851/53, Protokollbd. 4, 107. Sitzung am 19.2.1852.

¹¹⁸ Ebd., S. 2466.

¹¹⁹ V.d.K.A., 1851/53, Protokollbd. 5, 134. Sitzung am 23.6.1852, 200. Sitzung am 15.4.1853, 1851/53, Protokollbd. 6.

¹²⁰ V.d.K.A., 1851/53, Protokollbd. 1, 27. Sitzung am 26. Juni 1851, Beratung eines Berichtes von Moriz Mohl im Auftrag der volkswirtschaftlichen Kommission über den Bau einer Eisenbahn am oberen Neckar.

am 31. Mai 1853¹²¹, am 2. Juni 1855¹²² und am 8. März 1856¹²³ auf, Gesetze für den weiteren Ausbau einzubringen.

Unter den zahlreichen Eisenbahndebatten, die der Landtag in den 1850er Jahren führte, soll die Beratung der Gesetzesvorlage, betreffend weitere Eisenbahnbauten vom 7. Februar 1857, herausgegriffen werden, mit der die Regierung den Eisenbahnbau nach dreijähriger Pause weiterführte.¹²⁴ Die Debatte verdient aus zwei Gründen Beachtung. Zum einen wurde dabei der Bau der Eisenbahnlinie in Mohls Wahlkreis beschlossen, zum anderen gelang der Kammer, gestützt auf ein Gutachten der volkswirtschaftlichen Kommission, eine entscheidende Kurskorrektur in der württembergischen Eisenbahnpolitik.

Der erste Teil des Gesetzes sah den Anschluß des industriellen Zentrums Aalen-Heidenheim an die Eisenbahnlinie zwischen Stuttgart und Ulm vor. Das Ministerium zog dafür zwei Abzweigungen in Betracht. Die erste Variante zweigte bei Lonsee, 15 km nordwestlich von Ulm ab und führte in gerader nördlicher Richtung quer über die schwäbische Alb nach Heidenheim. Die zweite Variante nahm den Weg von Eislingen, 40 km östlich von Stuttgart, und lief in nordöstlicher Richtung durch das Remstal über Gmünd nach Aalen. Der Vorzug der ersten Linie lag für die Regierung vorgeblich in der kürzeren Verbindung von Heidenheim nach Ulm und weiter in den Süden Württembergs. Entscheidend war jedoch die Überlegung, daß die Lonseebahn für einen zukünftigen Nord-Südtransit aus dem Bodenseeraum über Nördlingen nach Mitteldeutschland und Nordosteuropa die attraktivere, weil kürzere Verbindung bieten würde. Die Begründung des Finanzministers für den Gesetzesvorschlag bot der Kammer zunächst einen statistischen Überblick über den Rohstoffverbrauch der Aalener und Heidenheimer Industriebetriebe, der die Notwendigkeit der Eisenbahnverbindung illustrierte.¹²⁵ Das Votum für die Lonseebahn leitete die Regierung aus der Berechnung der jeweiligen Fahrtzeiten, den Mehrkosten für die längere Strecke über Eislingen und den Problemen mit der Brennstoffversorgung auf dieser Route her. Eine Rentabilitätsrechnung legte sie nicht vor.

Die volkswirtschaftliche Kommission maß dem Ertrag eines zukünftigen Nord-Südtransits¹²⁶ eine geringere Priorität zu und orientierte sich an den

¹²¹ V.d.K.A., 1851/53, Protokollbd. 6, 225. Sitzung am 31. Mai 1853, wiederum die Beratung eines Berichtes von Mohl über die obere Neckarbahn.

¹²² V.d.K.A., 1854/55, Protokollbd. 2, 290. Sitzung am 2. Juni 1855, die Kammer wiederholt ihre Bitte zum Bau der oberen Neckarbahn.

¹²³ V.d.K.A., 1856/61, Protokollbd. 1, 13. Sitzung am 8.3.1856, Beratung eines Berichtes von Moriz Mohl über Eingaben für den Bau der oberen Neckarbahn.

¹²⁴ K.d.A., 1856/61, Beilagenbd. I, 1. Abteilung, Beilage 41, S. 123–129.

¹²⁵ K.d.A., 1856/61, Beilagenbd. I, 1. Abteilung, Beilage 41, S. 123–129.

¹²⁶ Der Zeitpunkt eines Anschlusses an die bayerische Bahn bei Nördlingen war noch ungewiß. Die Regierung in München sperrte sich gegen die Verbindung, da der Verkehr vom Bodensee dann den kürzeren Weg über die württembergische Eisenbahn genommen und den Ertrag der bayerischen Bahn vom Bodensee nach Nordbayern beeinträchtigt hätte. Erst in dem Staatsvertrag vom 12.1.1861 gab die bayerische Regierung ihre Einwilligung zum Weiterbau der Aalener Linie nach Nördlingen. Im Gegenzug verpflichtete sich die württembergische Regierung in der sogenannten Brenzbahn-Klausel, vor dem Jahr 1875 keine Verbindung von Nördlingen nach Friedrichshafen

regionalen Verkehrsinteressen.¹²⁷ Sie beantragte daher den Bau der Linie durch das gewerbereiche Remstal über Schwäbisch Gmünd, da die Strecke über die Schwäbische Alb keinerlei regionalen Absatz versprach. Die abweichende Haltung der Kommission verlangte nach einer statistisch abgesicherten Begründung, für die die Regierung in ihrem Bericht keinerlei Hilfestellung bot.¹²⁸ Innerhalb von zwei Monaten gelang es der Kommission, ein im Vergleich mit der Regierungsvorlage wesentlich differenzierteres Gutachten zu erstellen, das nicht nur die Transportmenge und Transportrichtung der Aalener und Heidenheimer Industriebetriebe detaillierter präsentierte. Die Kommission zog darüber hinaus das tatsächliche Verkehrsaufkommen und das Entwicklungspotential der umliegenden Region für ihre Argumentation heran.¹²⁹ Da die Regierung eine Zusammenarbeit verweigerte¹³⁰, war die Kommission bei der Informationsbeschaffung auf veröffentlichte Statistiken, auf die Eingaben von örtlichen Eisenbahnkomitees und auf private Korrespondenzen angewiesen. Auch wenn Mohl nicht als Berichterstatter für die Interessen seines Wahlkreises in Erscheinung treten mochte, so stammen doch die privaten Korrespondenzen zu einem Teil von ihm.¹³¹ Mohl hatte bereits im Jahr 1853 die Grundlage für die rasche Berichterstattung der Kommission gelegt:

»Meine Herren! Ich habe im Jahr 1853 beinahe den ganzen Jaxtkreis bereist, und überall Enquêtes über den Gegenstand gemacht, in jeder Oberamtsstadt und auch in kleineren Städten habe ich mich einige Tage aufgehalten und bin von Haus zu Haus, von Kaufmann zu Kaufmann bis zum Thorwart, der alle Fuhrwerke kennt gegangen und habe den Verkehr untersucht, um mich über die Sache möglichst aufzuklären.«¹³²

In der Beratung des Gesetzentwurfes übernahm Mohl de facto die Rolle des Berichterstatters. Er eröffnete die Debatte mit einem knapp einstündigen Vortrag, in dem er, gestützt auf umfangreiche statistische Notizen, zu belegen versuchte, »daß der Verkehr auf unserer Hauptbahn im großen Ganzen ein interner, sowie ein Ausfuhr- und ein Einfuhr, aber kein Transit-Verkehr ist.«¹³³ Der Ausbau des württembergischen Eisenbahnnetzes müsse sich daher an den

zu bauen, die kürzer sei als die Verbindung Lindau – Nördlingen. Vgl. K. SEIDEL, Die Remsbahn, 1987, S. 51 ff. Kurt Seidel schildert auch die Vorgeschichte der Bahnlinie nach Aalen. Die Kammeritzungen im März 1857 behandelt er nicht.

¹²⁷ K.d.A., 1856/61, Beilagenbd. I, 1. Abteilung, Beilage Nr. 46 vom 10.3.1857, S. 226–240. Berichterstatter war Frhr. v. Varnbüler, Moriz Mohl stellte jedoch wichtige Informationen für den Bericht zur Verfügung.

¹²⁸ Frhr. v. Varnbüler kritisiert diesen Mangel subtil: »Die Orte und Bezirke, welche die beiden Eisenbahnen durchziehen, geben dem Herrn Finanzminister keinen Anlaß zu eingehenden Erörterungen [...]«. Bericht der volkswirtschaftlichen Kommission, S. 226.

¹²⁹ Ebd., S. 235.

¹³⁰ Ebd., S. 229.

¹³¹ So findet sich das Original mit den im Bericht auf S. 229 genannten Daten für das Hüttenwerk Wasseralfingen in Mohls Nachlaß, LB, Cod. hist. 4° 742, Kaps. 5, Umschlag »Remstalbahn«, ebenso wie mehrere Transportlisten für den Verkehr des Nördlinger Marktes, Bericht S. 233 f., und eine Eingabe über die Wein- und Obstproduktion in Schorndorf, Bericht S. 234.

¹³² V.d.K.A., 1856/61, Protokollbd. 1, 15. Sitzung am 13.3.1857, S. 226.

¹³³ Ebd., S. 225.

regionalen Verkehrsbedürfnissen orientieren. Der weitere Verlauf der zweitägigen Debatte prägte die Auseinandersetzung um die Relevanz und die Interpretation der von Mohl und der Kommission vorgeführten Rechnungen. Weder der Finanzminister noch die Befürworter des Lonseeprojektes in der Kammer besaßen die Kompetenz, die Zahlen der Kommission über bloße Rechenfehler hinaus zu falsifizieren. Die Vorarbeit der Kommission entwand damit der Verwaltung ihr Informationsmonopol, und Mohl sah sich in der Lage, den Angaben des Finanzministers noch während der Beratung faktisch zu widersprechen.¹³⁴ Die Abstimmung erbrachte mit 55:31 Stimmen gegen die Lonseebahn eine deutliche Niederlage für die Regierung, die daraufhin ihre Eisenbahnpolitik zugunsten regionaler Verkehrsinteressen änderte.¹³⁵

Das Oberamt Aalen profitierte von diesem Sieg, für den Mohl die Argumente geliefert hatte, in mehrfacher Hinsicht: Aalen gewann einen kürzeren Anschluß an die Hauptstadt, der durch das gewerbereiche Remstal führte.¹³⁶ Da die von der Kammer bevorzugte Streckenführung wegen ihrer Länge den bayerischen Nord-Südtransit nicht gefährdete, durfte Aalen hoffen, daß Bayern einer Bahnlinie Aalen-Nördlingen rascher zustimmen würde, was 1861 auch geschah. In der Sitzung am 14.3.1857 wurde die Regierung auch gebeten, den Bau einer Bahnlinie Aalen-Heidenheim einzuleiten. Als Ergebnis dieser Verhandlungen ließ sich bereits absehen, daß Aalen damit zum Knotenpunkt zweier Eisenbahnlinien werden würde, da die Linie über Heidenheim nach dem Ablauf der Sperrfrist, die die bayerische Regierung gesetzt hatte, bis Ulm fortgeführt wurde. Die günstige Lage als Knotenpunkt bescherte Aalen auch den Bau eines großen Eisenbahnausbesserungswerkes, das im November 1865 fertiggestellt wurde.¹³⁷ Die Aalener Bürger hatten jeden Grund, mit der Arbeit ihres Abgeordneten zufrieden zu sein.

Bereits einen Tag nach der Niederlage der Regierung nutzte der Finanzminister die Debatte über den zweiten Teil des Gesetzes, den Bau einer Eisenbahn durch das Neckartal von Plochingen nach Reutlingen¹³⁸, um der Kammer die Grenze ihres Einflusses zu zeigen. Die Kommission hatte unter dem Berichtstatter Moriz Mohl den Antrag gestellt, die Bahn über Reutlingen hinaus nach Rottenburg bauen zu lassen, um damit die Regierung zu einer rascheren Entwicklung des Eisenbahnnetzes zu drängen.¹³⁹ Der Finanzminister bestritt der Kammer das verfassungsmäßige Recht, die Gesetzesvorlage der Regierung so weitgehend zu verändern, und stellte den Bau der gesamten Strecke in Frage:

¹³⁴ V.d.K.A., 1856/61, Protokollbd. 1, 16. Sitzung am 14.3.1857, S. 255–257.

¹³⁵ G. v. MORLOK, 1892, S. 88.

¹³⁶ Die Kammer beschloß ein Jahr später in der 46. Sitzung am 26.5.1858, V.d.K.A., 1856/61, Protokollbd. 2, S. 1029, den Bau der Eisenbahn von Stuttgart über Cannstadt, Schorndorf, Gmünd nach Aalen.

¹³⁷ K. SEIDEL, Remsbahn, 1987, S. 58 ff.

¹³⁸ Zur Vorgeschichte dieser Linie vgl. O. SUPPER, 1895, S. 46 f.

¹³⁹ K.d.A., Beilagenbd. 1, 1. Abteilung, Beilage 47, Bericht der volkswirtschaftlichen Commission der Kammer der Abgeordneten zu dem Gesetzentwurf, weitere Eisenbahnbauten betreffend. Obere Neckarbahn, S. 241–262, S. 262.

»Die Regierung wird sich, soweit ich deren Ansichten kenne, schwerlich zwingen lassen, weiter zu bauen, als sie nach reiflicher Überlegung aller Verhältnisse gut findet.«¹⁴⁰

Moriz Mohl fühlte sich durch diese offene Drohung der Regierung in die Zeiten des Absolutismus zurückversetzt: »Diese Erklärung erinnert mich an das Erscheinen Ludwigs XIV. mit der Reitpeitsche im Parlament und seine Erklärung *tel est mon plaisir*.«¹⁴¹ Darüber hinaus nannte er die Regierungsvorlage »so unstichhaltig, daß man sie wirklich für einen Hohn gegen die Stände hätte annehmen können.«¹⁴² Mit Hohn gegen die Regierung sparte der nächste Redner, der ritterschaftliche Abgeordnete Hans v. Ow, nicht. Er hielt, vom Finanzminister unwidersprochen, der Regierung vor, in ihrer Begründung von einer Rentabilitätsprüfung gesprochen zu haben¹⁴³, die in Wirklichkeit nicht durchgeführt worden sei, wie die Nachfrage der volkswirtschaftlichen Kommission nach dieser Untersuchung ergeben habe: »Gegen Erhebungen nun, die nicht gemacht sind, habe ich Nichts weiter zu sagen.«¹⁴⁴

Die Debatte geriet nicht nur zur erneuten Machtprobe zwischen der Kammer und der Regierung, sie wurde auch zur großen Stunde des Berichterstatters Moriz Mohl, »weil der Bericht der volkswirtschaftlichen Kommission die Gründe für ihren Antrag so vollkommen klar und deutlich auseinandersetzt und die Gründe gegen den Regierungsantrag so sehr erschöpft«¹⁴⁵, wie der ehemalige Innenminister v. Schlayer ebenso wie eine Reihe weiterer Redner anerkannten. Mohl hatte in dem vergleichsweise kurzen Gutachten Daten über das Transportvolumen der Industrie, der Forst- und Landwirtschaft sowie des Personenverkehrs zusammengetragen und unter Berücksichtigung der »Entwicklungsfähigkeit der betreffenden Gegenden«¹⁴⁶ eine Schätzung der Rentabilität der Strecke Rottenburg – Plochingen erarbeitet, wie sie der Regierung offensichtlich nicht zur Verfügung stand. Der Finanzminister wies zwar den Vorwurf »fragmentarischen, unzusammenhängend und planlosen Handelns«¹⁴⁷ zurück, unternahm jedoch keinen Versuch, ihn durch Argumente auszuräumen. Da die Regierung in der Frage der Rentabilität keine Gegenwehr bot und der Bau der Strecke bis Rottenburg in der Kammer nicht umstritten war, konzentrierte sich die Debatte auf die Frage der verfassungsrechtlichen Kompetenz von Regierung und Ständen. Der Demokrat Carl Pfeifer berief sich auf das »verfassungsmäßige Recht« und die Pflicht der Kammer, den Regie-

¹⁴⁰ V.d.K.A., 1856/61, Protokollbd. 1, 17. Sitzung am 16.3.1857, S. 290.

¹⁴¹ Ebd., S. 290, Hervorhebungen im Original.

¹⁴² Ebd.

¹⁴³ K.d.A., Beilagenbd. 1, 1. Abteilung, Beilage 41, Vortrag des Finanz-Ministers an die Ständeversammlung in Betreff der Ausdehnung der württembergischen Eisenbahnen, S. 123–129, S. 128.

¹⁴⁴ Ebd.

¹⁴⁵ Ebd., S. 292.

¹⁴⁶ Kommissionsbericht Obere Neckarbahn, S. 245. Die Arbeitstechnik Mohls bei der Erstellung der Kommissionsberichte ist Gegenstand eines eigenen Kapitels. Ein Bruchteil der Arbeitsunterlagen für den Bericht hat sich in seinem Nachlaß, LB Stuttgart, Cod. hist. 4° 742 Kaps. 5, Umschlag 20 erhalten.

¹⁴⁷ 17. Sitzung, 16.3.1857, S. 300.

rungsentwurf zum »Wohl des Landes« zu verbessern.¹⁴⁸ Der Abgeordnete Camerer glaubte dagegen, daß es »in dem freien Ermessen« der Regierung stünde, ihre Zustimmung zu dem Beschluß der Kammer zu geben.¹⁴⁹ Das Verfassungssystem der konstitutionellen Monarchie sah für diesen Konflikt keinen Schlichtungsmechanismus vor, womit sich die Interessen von Regierung und Parlament unvermittelt und unvermittelbar gegenüberstanden. Die Kammer der Abgeordneten nahm mit 61:27 Stimmen den Antrag der Kommission zum Bau bis Rottenburg an, während sich die Kammer der Standesherrn für den Regierungsentwurf erklärte. Die Abgeordneten wurden daher eine Woche später genötigt, ihren Beschluß zurückzunehmen, um einer drohenden Blockade des Gesetzgebungsverfahrens zu entgehen, die eine unausweichliche Folge dieser verfassungsrechtlichen Patt-Situation gewesen wäre.¹⁵⁰ Der Aufstand der Kammer gegen die Eisenbahnpolitik der Regierung mündete in das Angebot, die Zustimmung für den Weiterbau nach Rottenburg zu wiederholen »für den Fall[...], daß es der K. Regierung gefallen werde, eine entgegenkommende Entschließung hierüber zu ertheilen.«¹⁵¹

Neben dem Einsatz für den Eisenbahnbau verband Mohl und seinen Wahlkreis in der Frage der staatlichen Hüttenwerke eine glückliche Interessenskoalition, die bis in die 1870er Jahre hinein entscheidend für Mohls Wahlerfolge blieb. Die staatlichen Hüttenwerke arbeiteten im Schutz eines staatlichen Monopols, dessen Bestand regelmäßig bei den Etatberatungen über den Ertrag der Hüttenwerke in Frage gestellt wurde.¹⁵² Ebenso regelmäßig fanden die Hüttenwerke in Moriz Mohl einen aufs beste präparierten Verteidiger. Bereits in seinem Verfassungsentwurf für die erste Landesversammlung 1849 ergänzte er die Bestimmungen der Verfassung von 1819, die den Verkauf der Staatsgüter von der ständischen Zustimmung abhängig machten¹⁵³, durch die ausdrückliche Erwähnung der Berg- und Hüttenwerke.¹⁵⁴

Die sichere Versorgung der württembergischen Metallindustrie mit Eisen konnte nach Mohls Ansicht nur vom Staat gewährleistet werden, weil nur dieser die Garantie für einen vorausschauenden Umgang mit der knappen Ressource bot.¹⁵⁵ Da die Eisenverhüttung in Württemberg noch weitgehend auf der nicht beliebig verfügbaren Holzkohle beruhe, so Mohl, würde unter privaten Hüttenwerken ein preistreibender Wettbewerb um den Rohstoff einsetzen, an dessen Ende der Ruin aller württembergischen Hüttenwerke stehen müßte. Auch hier zeigt sich wieder Mohls Neigung zur Staatsintervention, die

¹⁴⁸ Ebd., S. 298.

¹⁴⁹ Ebd., S. 300.

¹⁵⁰ V.d.K.A., 1856/61, Protokollbd. 1, 24. Sitzung am 28.3.1857, S. 479.

¹⁵¹ Ebd.

¹⁵² Zu den staatlichen Hüttenwerken vgl. G. PLUMPE, 1982, der jedoch dem Problem des staatlichen Monopols und den sich daran anknüpfenden Diskussionen keine Aufmerksamkeit schenkt.

¹⁵³ § 107, H. BOLDT, Reich und Länder, 1987, S. 314 f.

¹⁵⁴ § 177, Beilagenband der 1. verfassungsgebenden Landesversammlung, S. 130.

¹⁵⁵ Vgl. seinen Beitrag in der 289. Sitzung am 1.6.1855, V.d.K.A., 1854/55, Protokollbd. 2, S. 1 294 f. und 1 297.

auf merkantilistische Denktraditionen zurückweist. Der Einsatz Mohls für die württembergischen Staatsbetriebe trug dazu bei, ihn in den Augen seiner politischen Gegner als »Vertreter der bürokratischen Bevormundung« erscheinen zu lassen, dessen »Haupttalent darin (bestand, J.W.), dasjenige zu bekämpfen, was auf volks- und staatswissenschaftlichem Gebiete an der Zeit war und was wirklich gekommen ist.«¹⁵⁶

Den Vorzug privatwirtschaftlicher Effizienz, der den staatlichen Hüttenwerken entgegengehalten wurde, wollte Mohl nicht gelten lassen, was er in das Kompliment an seine Wähler kleidete, »daß nicht leicht ein Privatmann oder eine Privatgesellschaft in der Lage sein werde, ein so ausgezeichnet tüchtiges Hüttenpersonal zu finden, wie dies in unserem Staate für seinen Complex von Werken der Fall ist.«¹⁵⁷

Seit Ende der 1850er Jahre verschärfte sich inner- und außerhalb¹⁵⁸ der Kammer die Auseinandersetzung um die Staatsbetriebe. Der Großkaufmann Adolf Goppelt, der im Märzministerium das Finanzressort geleitet hatte, klagte 1865 in der Kammer, die drei Beratungen in der Finanzkommission über die Hüttenwerke seit 1858 seien ein »unharmonisches Duett zwischen den beiden Berichterstattern« geworden, die mit »zahlengespickten Vorträgen« die Diskussion erstickten.¹⁵⁹ Einer dieser beiden Berichterstatter war Moriz Mohl und er bezog seine Zahlen direkt von der Quelle. Im April 1861 sandte ihm der Verwalter des Hüttenwerkes Wasseralfingen detaillierte Ertrags- und Produktionsdaten für den Bericht in der Finanzkommission und merkte dabei an: »Mit großem Vergnügen entnehme ich ebendemselben, daß Sie in der Finanzkommission das Coreferat der Hüttenwerke wieder übernommen haben, u. sehe ich deshalb dem Resultat der Kammerverhandlungen über diesen Gegenstand mit Ruhe entgegen[...].«¹⁶⁰

Der Protest mündete in den Antrag der Abgeordneten Deffner und Probst gegen das staatliche Monopol, den diese in der 187. Sitzung am 16.10.1861 einbrachten und in der 55. Sitzung am 16.2.1864 wiederholten.¹⁶¹ Der Finanzminister antwortete erst am 2.3.1865 auf den Antrag aus dem Jahr 1861, in dem er einen Gesetzentwurf in Aussicht stellte, der die Lockerung, jedoch keine Aufhebung des Monopols in Aussicht stellte. Auch wenn damit der Bestand

¹⁵⁶ So A. E. SCHÄFFLE, 1905, Bd. 1, S. 68. Dr. Albert E. Schäffle (1831–1903), Wirtschaftswissenschaftler, Redakteur, 1860 Professor für Volkswirtschaftslehre in Tübingen, seit 1868 Professor in Wien, vom Februar bis Oktober 1871 österreichischer Handelsminister, danach Privatgelehrter in Stuttgart. Schäffle hatte, wie er ebd. berichtet, im Verlauf seiner Karriere schwere Kränkungen durch den älteren Moriz Mohl hinnehmen müssen.

¹⁵⁷ V.d.K.A., 1862/65, Protokollbd. 6, 187. Sitzung am 4.8.1865, S. 4 536.

¹⁵⁸ Schwäbische Kronik, Nr. 179 vom 30.7.1861 u. Schwäbische Kronik Nr. 83 vom 6.4.1862.

¹⁵⁹ V.d.K.A., 1862/65, 6. Protokollbd., 187. Sitzung am 4.8.1865, S. 4 530.

¹⁶⁰ Brief Erhardts, Wasseralfingen 8.4.1861, LB Stuttgart, Cod. hist. 4° 742, Kaps. 7, Umschlag »Hüttenwerke«.

¹⁶¹ Publizistische und parlamentarische Unterstützung erhielten sie von Ferdinand Nägele, der ihren Antrag in einem Aufsatz in der Schwäbischen Kronik Nr. 83 vom 6.4.1862 besprach und in der 104. Sitzung am 13.2.1865 ebenfalls eine Interpellation zum Hüttenmonopol stellte.

der Werke zunächst gesichert war¹⁶², blieben sie doch ein Gegenstand dauernder Auseinandersetzung in der Kammer: Sei es die Frage der richtigen Rechnungslegung, nach der die Rendite bestimmt wurde¹⁶³, sei es das Recht der Hüttenleitung, Investitionsentscheidungen ohne Zustimmung der Stände zu treffen¹⁶⁴, sei es die korrekte Schätzung der zu erwartenden Erträge.¹⁶⁵ Jedesmal sprach Mohl für die Interessen der Hüttenwerke.

Das Ergebnis dieses Abschnitts läßt sich als Paradoxon formulieren: Der Einfluß, den der Prophet der Industrialisierung Moriz Mohl in der Kammer ausübte, war außerordentlich groß. Der Einfluß auf die staatliche Gewerbepolitik war gering. Das lag zum einen an dem beschränkten finanziellen Spielraum, über den die Regierung in der Wirtschaftskrise der ersten Hälfte der 1850er Jahre verfügte. Der Streit um den knappen Etat der Zentralstelle macht dies sinnfällig. Zum anderen blieb die Kammer im Verfassungssystem des Konstitutionalismus vollständig von der Initiative der Regierung abhängig. In der wichtigsten Frage staatlicher Wirtschaftsförderung, dem Eisenbahnbau, gelang es der Kammer nicht, die Regierung zu einem rascheren Vorgehen zu drängen. Die in einem aufwendigen und innovativen Begutachtungsverfahren gewonnenen Argumente der Abgeordneten verfielen gegenüber einem indolenten Ministerium nicht, das sich allein auf seine Machtstellung berufen konnte.

Auch wenn Mohl sich mit der Kammer nicht gegen das Ministerium durchsetzen konnte, so ist dessen Rolle als Transformator gesellschaftlicher und methodischer Innovationen nicht zu unterschätzen. Mohls ausführliche Vorträge brachten den Abgeordnetenkollegen den jeweiligen Forschungsstand zum gerade beratenen Gegenstand zu Gehör und machten sie mit praktischen Problemlösungen vertraut, die in anderen Staaten erprobt wurden. In der Vorbereitung auf die Plenardebatten wie in der Erarbeitung der Kommissionsberichte setzte Mohl neue Qualitätsstandards, um dem Anspruch der wissenschaftlich fundierten Gesetzgebung gerecht zu werden. Dabei stützte er sich in den Vorträgen und in den Berichten auf die Technik der Enquête, der in dieser Zeit modernsten sozialwissenschaftlichen Forschungsmethode.

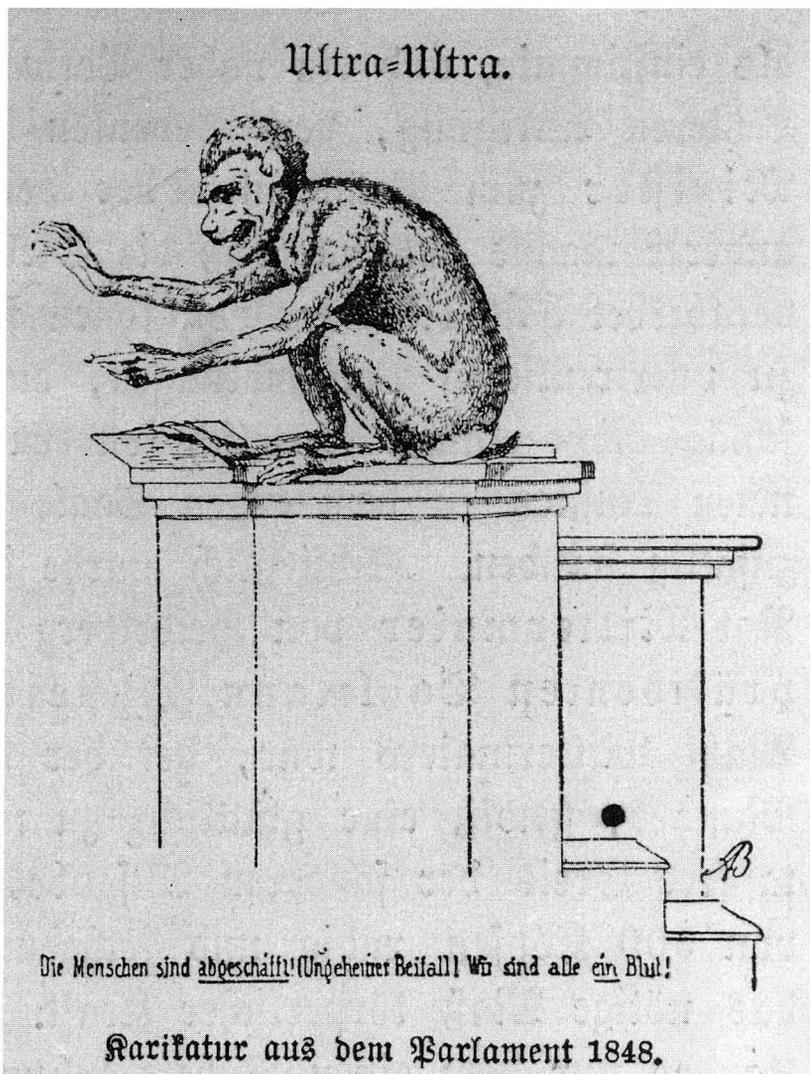
Die Debatte um das Lonseeprojekt und die Auseinandersetzungen um die Hüttenwerke führen vor Augen, daß Mohl in der Kammer die ökonomischen Interessen seines Wahlkreises wirkungsvoll vertrat.

¹⁶² Nach der Reichsgründung wurde das württembergische Bergrecht dem preußischen angepaßt. Vgl. L. VISCHER, 1875, S. 163 ff.

¹⁶³ V.d.K.A., 1862/65, 6. Protokollbd., 187. Sitzung am 4.8.1865.

¹⁶⁴ V.d.K.A., 1866/68, 2. Protokollbd., 33. Sitzung am 28.11.1867.

¹⁶⁵ V.d.K.A., 1870/72, 4. Protokollbd., 71. Sitzung am 5.3.1872.



Moriz Mohl, Karikatur

Vierter Teil

Von der Neuen Ära bis zum neuen Reich

Zentren der Politik: Eine Vorbemerkung

Die Legislaturperiode des Landtags dauerte bis 1862 und das Reaktionsministerium Linden hielt sich bis 1864 im Amt. Die chronologische Grenze 1859 kann daher aus der Geschichte des württembergischen Landtags allein nicht abgeleitet werden.¹ Die Impulse, die die württembergische Geschichte in dem Jahrzehnt von 1859 bis 1870 bestimmten, kamen von außerhalb. Zwei Ereignisse der Jahre 1858/59 veränderten das innenpolitische Klima in Deutschland von Grund auf: Der Regentschaftswechsel in Preußen beendete die harte Repressionspolitik in Preußen, was auf die Staaten des Deutschen Bundes ausstrahlte.² Die politische Öffentlichkeit löste sich aus dem Bann, in den sie die Reaktionspolitik geschlagen hatte, und artikulierte sich wieder in der Presse, in Versammlungen und politischen Organisationen. Der österreichisch-italienische Krieg von 1859 verlieh diesen wiedergewonnenen Agitationsformen Inhalt und Energie. Der Erfolg der italienischen Einheitsbewegung wurde zum Vorbild für die deutsche Nationalbewegung. Gleichzeitig diskreditierte die zögerliche Reaktion des Deutschen Bundes auf den Angriff gegen das Bundesmitglied Österreich diesen als Sicherheit gewährende, machtvolle staatliche Organisation gegen die europäischen Nationalstaaten. Die aus Faszination über die italienische Einigungsbewegung, aus Empörung über den vermeintlichen Verrat an Österreich und aus der Angst vor einem französischen Angriff genährten Emotionen mündeten auch in Württemberg seit dem Frühjahr 1859 in Kammeradressen, Versammlungen und Parteigründungen.

Die Darstellung der 1850er Jahre konnte sich auf den Halbmondsaal, das Plenum des Landtags als Ort der Handlung konzentrieren. In der Reaktionszeit lag hier das Kraftzentrum der Opposition. In der Neuen Ära veränderte sich die Position des Landtags in mehrfacher Hinsicht grundlegend. Die Entscheidungen, die in den 1860er Jahren die politischen Auseinandersetzungen in Württemberg bestimmten, wurden von Österreich, Italien-Piemont, Frankreich, Preußen und Dänemark getroffen: sei es die Frage des Beistandes des Bundes für Österreich gegen Italien, sei es der französisch-preußische Handelsvertrag, der die Mittelstaaten zwang, sich bereits vor Königgrätz an der Ausgrenzung Österreichs zu beteiligen, oder die Schleswig-Holstein-Krise, deren eigenmächtige Lösung durch die beiden Großmächte schließlich zur Zerstörung des Bundes führte.

Das Zentrum der Württemberg betreffenden Politik lag nicht mehr im innenpolitischen Machtkampf zwischen Regierung und Landtag, der im Ple-

¹ H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, widmet der Geschichte des Landtags zwischen 1859 und 1870 weit über hundert Druckseiten. Der folgende Abschnitt verzichtet darauf, daraus einen Extrakt zu ziehen. Er erläutert die Gliederung und die leitenden Fragestellungen des vierten Teils.

² Hierzu W. SIEMANN, *Politische Polizei*, 1985, S. 297 ff.

num ausgetragen wurde. Die Nationale Frage dominierte alle Ebenen der Politik. Gleichwohl sahen sich weder die Regierung noch das Land als Spielball der Großmächte und einer die Ländergrenzen überspülenden Nationalbewegung. Die württembergische Innenpolitik gewann ihre Dynamik gerade aus dem Widerstand gegen diese, von einem Teil der Zeitgenossen und der nachfolgenden Geschichtsschreibung als zwangsläufig gesehene Entwicklung zur kleindeutsch-preußischen Reichsgründung. Die öffentliche Diskussion beherrschten die Versuche, die Situation nach jedem Entwicklungsschritt als eine offene zu behaupten. Moriz Mohl stand jedesmal im Brennpunkt der publizistischen und parlamentarischen Debatte und propagierte die verbliebene Alternative: Die Drohung mit dem Austritt aus dem Zollverein, so sein Kalkül, hätte Preußen 1862 und 1868 gezwungen, die Ausrichtung der wirtschaftlichen Integration Deutschlands auf Preußen auszusetzen. Nach der Niederlage 1866 hoffte er, daß ein Südbund den verbliebenen Mittelstaaten die Unabhängigkeit von Preußen sichern könnte, solange bis Österreich wieder in der Lage sei, in die deutsche Politik einzutreten. Im Sommer 1870 stemmte er sich gegen den Strudel der Kriegsereignisse und der Kriegsbegeisterung und wollte Württemberg auf neutralem Kurs halten, um diesem die preußisch dominierte Reichseini-gung zu ersparen.

Das Forum für den Kampf um die Alternative zur preußischen Reichseini-gung konnte das Plenum des Landtages nur selten bieten. Zu der Gewichtsver-lagerung auf die nationale Ebene, die Regierung und Stände gleichermaßen betraf, trat als zweiter, den Einfluß des Landtags schwächender Faktor die Tatsache, daß die Kammern während wichtiger Phasen der Politik vertagt blieben.³ Die Dauer der Sessionen in den Jahren von 1859–1870 summiert sich gerade einmal auf 20 Monate, und die Pausen zwischen den Sessionen dehnten sich bis zu 18 Monaten. Die Zeitnot prägte auch das Bild des Landtags, wenn er versammelt war. Die Diskussion der Verfassungsreform, die die Erlangung von Rechten in Aussicht stellte, um die in der Reaktionszeit im Plenum erbittert gekämpft worden war, fand im Landtag nicht statt.⁴ Die Kammer entschied sich 1868 aus Zeitnot, in lediglich zwei Sitzungstagen nur mehr jenen Teil des Regierungsentwurfes zu beraten, der das allgemeine Männerwahlrecht einführte. Die Kammer mußte 1868 auch die Behandlung eines zweiten innenpoliti-schen Reformvorhabens, die Neuorganisation der Gemeindeverwaltung, aus Zeitmangel ablehnen, obwohl die Selbständigkeit der Gemeinden ein besonde-

³ So wurden sie auf dem Höhepunkt des österreichisch-italienischen Krieges am 4.5.1859 vertagt und erst am 28.2.1861 wieder einberufen. Ebenso waren die Stände vom 22.5.1862 bis zum 24.11.1863 während der Bundesreformdebatte und in der ersten Phase der Schleswig-Holstein-Krise nicht versammelt. Die Zuspitzung zum preußisch-deutschen Bürgerkrieg konnte der Landtag erst in der kurzen Session von 23.5.–8.6.1866 in der Debatte um die Gewährung der Kriegskredite kommentieren. Für die Dauer der Sessionen vgl. die Tabelle im Anhang von H. BRANDT, Par-lamentarismus, 1987, S. 809.

⁴ Sieht man von der Debatte der Antwortadresse auf die Thronrede vom 12. Juli 1864 ab, die sich jedoch mit wenig konkreten Formulierungen um einen breiten Konsens in der Kammer bemühte, V.d.K.A. 1862/65, Bd. 3, 72. – 74. Sitzung vom 21.7. – 23.7.1864.

res Anliegen nicht nur des liberalen Parteiführers Julius Hölder war. Auch in der nationalpolitischen Auseinandersetzung hinkte der Landtag hinterher. Die württembergische Öffentlichkeit las 1867 Moriz Mohls »Mahnruf vor der Bewahrung Süddeutschlands in der höchsten Gefahr«, in der er vor einem Anschluß an Preußen durch die Allianz- und Zollverträge warnte, bereits in der zweiten Auflage, bevor er die Gelegenheit erhielt, die gleichen Argumente im Plenum vorzutragen. Die Publizistik füllte das Vakuum, das durch die Absenz des Landtags entstand, der über kein Selbstversammlungsrecht verfügte. Der Abgeordnete Moriz Mohl beteiligte sich daher als Publizist intensiv an den Diskussionen um den preußisch-französischen Handelsvertrag, um die österreichischen Bundesreformpläne und um die Neuordnung Deutschlands nach dem Krieg von 1866.

Die Abgeordneten des Landtags mußten nicht nur der Publizistik das Feld der politischen Diskussion überlassen. Die Entstehung der Parteiorganisationen in den 1860er Jahren rückte den Landtag »an die politische Peripherie«.⁵ Moriz Mohl beobachtete den Verlust des Monopols, den politischen Willen des Landes zu artikulieren, das die Kammern bis dahin besaßen, mit Mißtrauen und Ablehnung. Der folgende Teil der Untersuchung enthält drei Abschnitte zur Fraktion, zu politischen Organisationen und zu den Vereinen des Wahlkreises, die jeweils einen Aspekt des im 19. Jahrhundert noch weiten Parteibegriffs behandeln. Die Gliederung macht sich zunächst die Trennung zu eigen, die Thomas Nipperdey zwischen dem Begriff der Partei und der Fraktion für diesen Zeitraum herausgearbeitet hat. Danach war die Partei eine Gesinnungsgemeinschaft, »charakterisiert durch eine große politische Idee oder durch einen Komplex von Ideen und Gefühlen«⁶, als deren Mitglied sich jeder verstand, der diese Ideen teilte. Vor dem Entstehen eines politisch organisierten Vereinswesens konnte die Fraktion auch als Kristallisationskern der Gesinnungsgemeinschaft dienen und ihr ein organisatorisches Gerüst leihen, wie das Beispiel der Württembergischen Volkspartei in der Reaktionszeit zeigt.⁷ Mit der Entstehung organisierter Parteien in der Revolution 1848/49 gewann der Parteibegriff eine Bedeutung hinzu. Partei konnte nun neben Gesinnungsgemeinschaft auch politische Organisation in Vereinen meinen. Diese drei Seiten des Parteibegriffs – Gesinnungsgemeinschaft, Fraktion, Organisation – können jedoch noch nicht eindeutig einander zugeordnet werden. Vielmehr bilden sie in den 1860er Jahren ein komplexes Dreiecksverhältnis. Die Fraktion als Zusammenschluß von Abgeordneten wurde nicht mit der Partei als Gesinnungsgemeinschaft gleichgesetzt, zu der sich diese Abgeordneten bekannten. Die Fraktion des Reinsburgklubs vereinigte zeitweise die Abgeordneten von drei Parteien bzw. Gesinnungsgemeinschaften. Zum anderen entstanden die politischen Parteiorganisationen parallel zu den Fraktionen und nahmen wie in

⁵ H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 690.

⁶ T. NIPPERDEY, *Die Organisation der deutschen Parteien*, 1961, S. 9.

⁷ Vgl. zu diesem Aspekt des Parteibegriffs G. A. RITTER, *Die deutschen Parteien*, 1985, S. 11 und DERS., *Deutsche Parteien vor 1918*, 1973, S. 9.

Württemberg getrennte Entwicklungen. Die Gesinnungsgemeinschaft wiederum war bereits vor dem Aufbau organisierter Parteien mehr als eine strukturlose, amorphe Masse politisch interessierter Bürger und Wähler. Die neuere Forschung schärfte den Blick für die kommunale Basis nicht nur der liberalen Parteien. Die Organe der Kommunalverfassung und das Vereinswesen dienten der politischen Diskussion, der Vorbereitung und Führung von Wahlkämpfen und der Organisation überregionaler Kontakte zu Gesinnungsgenossen wie bei Gesangs- und Turnfesten. In diesem liberalen Milieu konnten persönliche Loyalitäten entstehen, die quer zur Entwicklung der organisierten Parteien und zu den Fraktionen im Landtag lagen und sich der parteipolitischen Durchdringung widersetzen. Die Abgeordnetenarbeit Mohls kann hier gleichsam als Sonde dienen, um die Eigenständigkeit und die Verflechtung dieser drei Strukturen der politischen Partei – Organisation, Fraktion und Basis – zu untersuchen.

Der Landtag vergrößerte trotz der geschilderten Beeinträchtigungen sein Gewicht im Gefüge der konstitutionellen Verfassung Württembergs. Von einer Kammer, die Grundrechte in einem Mehrheitsbeschluß verwarf, führte die Entwicklung in die »Grenzregionen des konstitutionellen Systems«, als der Landtag im Frühjahr 1870 das erste Mal in seiner Geschichte einen Etatentwurf der Regierung zurückwies und damit die Minister zum Rücktritt zwang. Vor dem Ausbruch des deutsch-französischen Krieges stand Württemberg an der Schwelle zu einer parlamentarischen Regierung.⁹

Die entschlossene und wirkungsvolle Opposition des Parlaments gegen die Regierung, die durch den preußischen Verfassungskonflikt als drittes Merkmal der Neuen Ära begriffen wird, formierte sich in Württemberg bereits 1855 mit der Verweigerung der Erhöhung der Ministerbesoldungen¹⁰ und fand nach der vorzeitigen Auflösung der Kammer im neugewählten Landtag seine Fortsetzung, obwohl sich Linden durch massive Wahlbeeinträchtigungen eine Mehrheit in der Kammer verschaffen konnte. Der Innenminister mußte in der Ablehnung der Adelsentschädigung und des Konkordats mit der katholischen Kirche wiederum schwere Niederlagen in der Kammer hinnehmen. Die Regierung griff mit dem Konkordat in die inneren Verhältnisse des Landes ein, ohne auf das Gesetzgebungsrecht der Kammer Rücksicht zu nehmen. Da durch das Konkordat einige Landesgesetze überarbeitet werden mußten, brachte es die Regierung nach Vertragsabschluß in die Kammer. Die Abstimmungsniederlage der Regierung am 16.3.1861 war in dreifacher Hinsicht von Bedeutung¹¹: Die Kammer setzte ihr Gesetzgebungsrecht gegen das Vertragsrecht der Regierung durch. Zum ersten Mal in der Landtagsgeschichte nahm der verantwortliche Minister seinen Abschied, weil er für seine Politik keine Mehrheit finden

⁸ So die Kapitelüberschrift H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 791 ff. für den Abschnitt, der die Legislaturperiode von 1868–1870 behandelt.

⁹ Vgl. dazu das Fazit von H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 797 ff.

¹⁰ Hierzu das Kapitel über die Fraktion seit 1855.

¹¹ So Hartwig H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 684 f.

konnte. Und ebenfalls zum ersten Mal überlagerten die Konfessionsgegensätze die Parteigrenzen. Diese Überlagerung der Parteigrenzen galt nicht für Mohls überwiegend katholischen Wahlkreis. Seine Debattenbeiträge in der Beratung des Konkordats¹² dominierten den Wahlkampf 1862 und ließen diesen dem protestantischen Stadtbürgertum Aalens als Kampf des Fortschritts gegen die Mächte der Finsternis erscheinen.

Die Wahl im Winter 1862 brachte der liberal-demokratischen Opposition Mandatsgewinne, nicht jedoch die Mehrheit.¹³ Im neuen Landtag überlagerte die Nationale Frage zunehmend den Konflikt zwischen Regierung und Opposition, der sich bis dahin an den liberalen Bürgerrechtsforderungen ausgerichtet hatte. Darüber hinaus spaltete der großdeutsch-kleindeutsche Gegensatz die liberal-demokratische Bewegung 1864 und führte zu wechselnden Koalitionen mit der Regierung. Die Früchte ihres Wahlsieges von 1868 konnten die demokratische Volkspartei und die Großdeutschen in den wenigen kurzen Sessions dieser Legislaturperiode nicht mehr ernten. Nach der Bewilligung der Kriegskredite wurde die Kammer im Oktober 1870 vorzeitig aufgelöst und in den Wahlen im Dezember 1870 durch einen Landtag ersetzt, in dem Regierung und Nationalliberale über eine breite Mehrheit herrschten.

Die Legislaturperioden bis 1870 sind nicht nur durch eine abbröckelnde Regierungsmehrheit und die weiterhin bestehende Konfrontation zwischen Regierung und Landtag gekennzeichnet. Die Regierung kam in den 1860er Jahren dem Verlangen der Kammer nach und brachte eine Reihe von Reformgesetzen in den Landtag¹⁴: Die Wiedereinführung der Unabhängigkeit der bürgerlichen Rechte von der Konfession, die in Württemberg der Abschaffung der Grundrechte zum Opfer gefallen war, sicherte die rechtliche Gleichstellung der Juden. Die Verfassungsreform von 1868 verwirklichte in Württemberg das allgemeine gleiche Männerwahlrecht. Das Gerichtsverfassungsgesetz von 1869 und die Straf- und Zivilprozeßordnung von 1868 gewährten die Öffentlichkeit und Mündlichkeit der Verfahren. Im Kapitel über Mohls Verhältnis zur Fraktion der Liberal-Demokraten werden Gemeinsamkeiten und Differenzen an Hand dieser innenpolitischen Fragen herausgearbeitet.

Die Einführung der Gewerbefreiheit, die die Regierungsvorlage zur Gewerbeordnung von 1861 vorsah, war zu diesem Zeitpunkt weder in der Kammer noch in der Öffentlichkeit umstritten. Dennoch lohnt es sich, gleichsam als Brücke zwischen der Reaktionszeit und der Neuen Ära, der parlamentarischen Behandlung der Gewerbeordnung 1861 im Plenum nachzugehen. Die Diskussion der Freizügigkeit, der Druckkonzessionen oder des Ordnungsrechtes der Regierung in Gewerbefragen wird den Einfluß der liberal-demokratischen Opposition unterhalb der Schwelle der großen öffentlichkeitswirksamen Themen zeigen. Auch wenn noch einmal der Einfluß des einzelnen Abgeordneten im Plenum des Landtags im Mittelpunkt des Interesses stehen soll, geraten

¹² Hierzu das Kapitel über den Wahlkampf 1862.

¹³ Für das Folgende H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 699 f.

¹⁴ Vgl. für das Folgende den Überblick bei R. MENZINGER, 1969, S. 38 ff.

bereits die Institutionen in den Blick, die Gegenstand der beiden darauffolgenden Abschnitte sein werden: Die Kommissionen des Landtags und die Fraktion des Reinsburgklubs.

Die Kommissionsarbeiten Mohls bieten ein weiteres Argument, die Darstellung vom Plenum des Landtages zu lösen. Nahezu seine gesamte Arbeitszeit verwendete er in diesen Jahren für die Ausarbeitung von Kommissionsberichten, die in der Summe nicht weniger als 2 000 doppelspaltig gedruckte Quartseiten füllten. Dabei ging er in der Anwendung modernster wissenschaftlicher Verfahren neue Wege der Verwaltungskontrolle durch das Parlament, deren Anwendung und Erfolg das Kapitel analysieren wird.

Parlamentarismus im Vollzug: Die Debatten der württembergischen Gewerbeordnung 1861

Nach dem thematisch gegliederten Längsschnitt durch die Kammerverhandlungen der 1850er Jahre bietet die Darstellung der Behandlung der Gewerbeordnung¹ von 1862 gleichsam in einem Querschnitt die Gelegenheit, das parlamentarische Kräftespiel im Übergang zwischen Reaktionszeit und Neuer Ära zu beobachten. Die Gewerbeordnung berührte Probleme, die weit über die Fragen der Wirtschaftsverfassung hinausgingen. Die Niederlassungsfreiheit stieß an die Grenzen der überkommenen Gemeindeverfassung, die der sozialen Entwicklung nicht mehr gewachsen war. Die Debatte darüber deckte polizeistatliche Relikte im Verfassungsstaat auf. Die Abschaffung der Zünfte zeigte den Verlust der korporativen Einhegung der ständischen Gesellschaft, und die Diskussion des Streikrechts erlaubt einen Blick auf das Verhältnis von Bürgertum und Arbeiterschaft. Die Konzession des Druckgewerbes brachte die Pressefreiheit auf die Tagesordnung, und es wird spannend sein zu sehen, ob sich der politische Klimawechsel der Neuen Ära in den Debatten bemerkbar macht.

Moriz Mohls Ruf nach der Gewerbefreiheit ist so alt wie die erste württembergische Gewerbeordnung. Eine Generation vor der Beratung der neuen Gewerbeordnung hatte er in dem Buch »über die württembergische Gewerbsindustrie« die »Fesseln des Zunftzwanges« beklagt.² Otto Elben nennt Mohls Wirken für die württembergische Gewerbeordnung den Höhepunkt seiner parlamentarischen Laufbahn.³ Es ist zu fragen, wie groß der Verdienst eines einzelnen Abgeordneten überhaupt sein konnte und welche Mittel der Geschäftsgang des Landtags ihm bot, um seinen Einfluß geltend zu machen. Dazu wird der Einfluß der Kommission und das Auftreten Mohls in der Kammer untersucht und die Veränderungen, die der Regierungsentwurf erfuhr, herausgearbeitet werden.

Die Regierung regte bereits 1846 eine Reform der Gewerbeordnung von 1828 an, nach der zwar nur 17 % der Gewerbe zünftig waren, die gleichwohl 80 % der Meister und Gesellen ernährten.⁴ Sie stellte dieses Vorhaben wieder zurück, als sich ein von ihr einberufenes Gremium von Gewerbetreibenden für

¹ Zur parlamentarischen Geschichte der Gewerbeordnung bisher nur L. v. KÖHLER, 1891, S. 83 ff., S. 108 ff., S. 150 ff., sowie H. SEDATIS, 1979 u. H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 287.

² M. MOHL, *Gewerbsindustrie*, 1828, S. 123.

³ Nekrolog für Moriz Mohl, *Schwäbische Kronik* vom 22.2.1888, Nr. 44.

⁴ D. LANGEWIESCHE, *Liberalismus und Demokratie*, 1974, S. 40, und M. HETTLING, 1990, S. 88 f.

eine Restauration des Zunftwesens aussprach.⁵ Die Überbesetzungskrise des Handwerks seit den vierziger Jahren und die durch Mißernten seit 1847 verursachte Wirtschaftskrise ließen den Ruf nach einer Restauration des Zunftwesens laut werden, der eine Modernisierung der Gewerbeordnung verhinderte.

Der Regierungsentwurf⁶ zur neuen Gewerbeordnung von 1862 wurde von der staatlichen Zentralstelle für Gewerbe und Handel ausgearbeitet. Die Regierung suchte bei der Ausarbeitung der Gewerbeordnung über die Zentralstelle, die die Handels- und Gewerbekammern beaufsichtigte, die enge Zusammenarbeit mit den Interessenvertretern der Wirtschaft.⁷ Innenminister Linden verzichtete jedoch darauf, sich mit führenden Landtagsabgeordneten zu verständigen.

Der Beratung des Gesetzentwurfs in der Kammer ging ein Intrigenspiel der beiden Hauptakteure Frhr. v. Varnbüler und Moriz Mohl voraus. Varnbüler versuchte, den Gesetzentwurf der Kommission für innere Verwaltung zuweisen zu lassen, in der Mohl nicht vertreten war. Mohl verhinderte dies durch einen erfolgreichen Antrag in der Kammer, in dem er beantragte, den Gesetzentwurf der volkswirtschaftlichen Kommission zu übergeben.⁸

Die Verfassung von 1819 sah vor, daß »Königliche Anträge« zur Beratung an Kommissionen gegeben werden konnten, die dann über das Gesetz in der Kammer berichten sollten. In der Regel wurde jedes Gesetz durch den Landtag an eine seiner Kommissionen verwiesen.⁹ Die Kommission wählte einen Berichterstatter und einen Mitberichterstatter, der bei stark abweichenden Meinungen das Votum der Minderheit vertrat. Der Referent und gegebenenfalls auch der Koreferent legten den Abgeordneten ein gedrucktes Gutachten vor, das die Grundlage der Debatten bildete. Während der Debatte konnte der Referent die Anträge der Kommission erläutern und außerhalb der Redeordnung auf Kritik aus der Kammer antworten. Ihm standen daher größere Redeanteile zu als den übrigen Abgeordneten.

Bei der Wahl der Berichterstatter¹⁰ für die Gewerbeordnung gelang es Varnbüler jedoch, Mohl zu überspielen, indem er in der Kommission sich und den Stadtschultheiß von Reutlingen Grathwohl zu Berichterstattern bestimmen ließ.¹¹ Grathwohl fiel während der Debatten kaum durch fachlich fundierte Beiträge auf.

Die Gründe für das Abdrängen Mohls kann man in persönlicher Rivalität ebenso vermuten wie in dem Bemühen Varnbülers, die Verabschiedung des Gesetzes zu beschleunigen. Die Ausarbeitung des Berichts durch Mohl hätte

⁵ L. v. KÖHLER, 1891, S. 158. Vgl. auch den Überblick bei M. HETTLING, 1990, S. 177 ff.

⁶ V.d.K.A., 1856/61, Beilagenbd. 1, 3. Abt., Beilage 319, vorgelegt am 30.3.1861, S. 1885–1945, im Folgenden abgekürzt als Regierungsentwurf. Zur Entstehung des Regierungsentwurfs vgl. H. SEDATIS, 1979, S. 109–115.

⁷ L. v. KÖHLER, 1891, S. 171 und S. 173.

⁸ V.d.K.A., 1856/61, Protokollbd. 5, 125. Sitzung am 21.3.1861, S. 3051–3053.

⁹ Zu den Kommissionen H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 232.

¹⁰ Kommissionsentwurf in: V.d.K.A., 1856/61, Beilagenbd. 1, 4. Abt., Beilage 327, S. 2147–2200.

¹¹ Brief Moriz Mohls an Robert Mohl vom 23.3.1861, Nr. 58.

unter Umständen Jahre in Anspruch nehmen können. Mohl hatte jedoch die Möglichkeit, ein Sondergutachten vorzulegen, in dem er seine von der Kommission abweichende Ansicht begründen konnte. Dieses Sondergutachten hatte fast den doppelten Umfang wie der Hauptbericht.¹²

Über die Sitzungen der Kommission¹³ ist wenig bekannt, da der Kommissionsbericht selbst nur das Diskussionsergebnis mit den abweichenden Voten bekannt gibt, nicht aber den Diskussionsverlauf nachzeichnet. In den wenigen Briefstellen vermittelt Mohl den Eindruck, als habe er gewichtige Veränderungen am Regierungsentwurf durchsetzen können.¹⁴ Der Verlauf der Darstellung wird zeigen, wie weit Mohl seine Ansichten in der Kommission zu Geltung bringen konnte.

1. Die Einführung der Gewerbefreiheit

Die Beschränkungen der Gewerbefreiheit wurden mit dem Artikel 2 »Freiheit des Gewerbebetriebs« aufgehoben. Der Regierungsentwurf sah vor, daß für die »selbständige« Ausübung eines Gewerbes weder eine behördliche Genehmigung noch eine persönliche Qualifikation des Gewerbetreibenden notwendig sein sollte. Voraussetzung sollte allerdings die Volljährigkeit sein, die in Württemberg mit 25 erreicht wurde.¹⁵ Die Kommission billigte die Gewerbefreiheit, strich aber das Adjektiv »selbständig«, um der Verwaltung keinen Auslegungsspielraum für die Anwendung des Paragraphen zu gewähren, wie Mohl in der Kammer gegenüber Linden bemerkte.¹⁶ Die Gewerbefreiheit an sich wurde weder in der Kommission noch in der Kammer in Frage gestellt, da über ihre Notwendigkeit allgemeiner Konsens herrschte. Gestritten wurde in der Kammer ausschließlich um die Bestimmung, die die Volljährigkeit für den Betrieb eines Gewerbes voraussetzte. Die Kommission konnte ihren Entwurf mit 62:16 Stimmen durchsetzen.

2. Die Niederlassungsfreiheit

Die mangelhafte Niederlassungsfreiheit beklagte Mohl bereits im volkswirtschaftlichen Ausschuß der Paulskirche als Hemmschuh der freien Entfaltung des Gewerbes. Der völligen Freigabe der Niederlassung standen jedoch die

¹² Gedruckt im Anschluß an den Kommissionsbericht, S. 2 201–2 291, im Folgenden abgekürzt als Sondergutachten.

¹³ Die Kommission hatte 9 Mitglieder. Von den 7 Mitgliedern, deren politischer Standpunkt bekannt ist, waren 5 Regierungsanhänger, d. h. die Kommission war zur Mehrheit mit regierungsnahen Abgeordneten besetzt.

¹⁴ Brief Moriz Mohls an Robert Mohl vom 21.3.1861, Nr. 56, u. 12.5.1861, Nr. 66.

¹⁵ Regierungsentwurf, S. 1 887.

¹⁶ V.d.K.A., 1856/61, Protokollbd. 5, 131. Sitzung am 8.7.1861, S. 3 215.

Gemeindeverfassung und die polizeilichen Bestimmungen über die Wahl des Aufenthaltsortes entgegen.¹⁷ Der Gemeindebürger besaß gegenüber der Gemeinde einen Anspruch auf Armenunterstützung. Diese Armenfürsorge mußte die Gemeinde in der Regel ohne staatliche Hilfe aus ihrem Allmendevermögen und den Abgaben der Bürger bestreiten.¹⁸ Die Gemeinde vergab daher das Bürgerrecht nur bei dem Nachweis eines bestimmten Vermögens und der Entrichtung einer Aufnahmegebühr, um sich vor dem Zuzug verarmter, unterstützungsbedürftiger Menschen abzuschotten.

Die Ausübung eines zünftigen Gewerbes setzte den Besitz des Bürger- oder Beisitzerrechts voraus. Auf den Erwerb des Bürgerrechts bestand seit 1828 ein Rechtsanspruch bei Unbescholtenheit und Vermögensnachweis des Antragstellers. Das erforderliche Vermögen, 1833 und 1852 erhöht, überstieg bei weitem das notwendige Gründungskapital eines Handwerksbetriebs. Für die Ausübung eines unzünftigen Gewerbes war eine behördliche Genehmigung nach dem Wohn- und Aufenthaltsrecht notwendig. Die gesetzlichen Regelungen stellten den Entzug dieser Aufenthaltsgenehmigung in das willkürliche Ermessen der Behörden, da bereits die Anstrengung einer gerichtlichen Untersuchung genügte, um den Aufenthalt wegen »schlechtem Prädikat«¹⁹ zu versagen. Die mangelhafte Niederlassungsfreiheit behinderte die regionale Reallokation der Gewerbetreibenden.²⁰

Der Regierungsentwurf²¹ hob die Mängel der bisherigen Niederlassungsbeschränkungen klar hervor und sprach sich vordergründig für die Einführung der Niederlassungsfreiheit aus. Die fortschreitende Arbeitsteilung, die Verbesserung der Verkehrswege und die Notwendigkeit einer vollständigen Konkurrenz machten nach Ansicht der Regierung eine Wanderung der Gewerbe unumgänglich. Der Konflikt der Niederlassungsfreiheit mit der Armenfürsorge und der polizeilichen Aufsicht über den Aufenthaltsort wurde von der Regierung nicht übergangen. Sie glaubte jedoch, daß selbständige Gewerbetreibende auf Grund ihrer wirtschaftlichen Lage selten der Armenfürsorge anheimfielen oder mit dem Aufenthaltsgesetz in Konflikt gerieten. Der Gesetzentwurf entband die bisher zünftigen Gewerbe von dem Erwerb des Gemeinde- oder Beisitzerrechts und stellte sie den unzünftigen Gewerben gleich. Jeder selbständige Gewerbetreibende sollte seinen Niederlassungsort im Rahmen der Bestimmungen des Wohn- und Aufenthaltsrechts frei wählen dürfen.

¹⁷ Vgl. die Zusammenstellung der entsprechenden Bestimmungen im Sondergutachten Mohls, S. 2 202.

¹⁸ Vgl. H. WUNDER, 1986, S. 102 f.

¹⁹ Sondergutachten Mohls, S. 2 202.

²⁰ In der Debatte über die »Staatsaufsicht über die verwahrlosten Gemeinden« am 4.12.1854, V.d.K.A., 1854, Protokollbd. 1, 239. Sitzung, S. 175, beklagte Mohl, daß die Qualifizierungsbemühungen der Wohltätigkeitsvereine ins Leere liefen, wenn die geförderten jungen Menschen durch das Aufenthaltsrecht in ihren Gemeinden festgehalten würden.

²¹ Regierungsentwurf, S. 1 911.

Die Gründe, die die Regierung für die Niederlassungsfreiheit vortrug, stellten die Kommission ohne Ausnahme zufrieden. Auch an den geltenden Bestimmungen des Wohn- und Aufenthaltsrechts nahm die Kommission keinen Anstoß²² und empfahl mit einer kleinen redaktionellen Änderung die Übernahme des Regierungsentwurfs. Allein Moriz Mohl sah sich zu einem Sondergutachten herausgefordert. Das Sondergutachten deckte auf, was sich hinter der Formel des Regierungsentwurfs von den gesetzlichen Bestimmungen über das Wohn- und Aufenthaltsrecht verbarg, nach denen sich die Niederlassungsfreiheit richten sollte. Moriz Mohl zitiert die einschlägigen Paragraphen und stellt scharf die Möglichkeiten der politischen Willkür heraus.²³ Nach dem Bürgerrechtsgesetz von 1833 konnte der Aufenthalt in einer Gemeinde »wegen schlechten Prädikats« oder aus anderen polizeilichen Gründen durch die Regierungsbehörde versagt werden. Eine nähere Erläuterung wurde im Gesetzestext nicht gegeben, so daß die Behörden einen nahezu unbegrenzten Ermessensspielraum beim Entzug des Aufenthaltsrechts erhielten. Für den Entzug der Aufenthaltsgenehmigung war weder ein gerichtlich festgestellter Gesetzesverstoß des Betroffenen nötig, noch konnte dieser die Entscheidung der Behörde gerichtlich überprüfen lassen. Mohl beklagte daher zu Recht, daß den Behörden die Mittel an die Hand gegeben seien, aus politischer Willkür einem Gewerbetreibenden die Existenzgrundlage zu entziehen. Ein Vergleich mit den französischen, englischen und preußischen Regelungen, die eine weitgehende Freiheit der Wahl des Aufenthaltsortes vorsahen, führte ihn zu der Forderung nach einer entsprechenden Änderung der württembergischen Gesetze. Bis zu dieser Änderung beantragte er einen Nachtrag zu Artikel 4, der einen Kompromiß zwischen der bestehenden Regelung und der freien Wahl des Aufenthalts bilden sollte: Im ersten Jahr der Niederlassung komme der Regierungsentwurf zur Anwendung, dann dürfe der Aufenthalt nur nach genau definierten, gerichtlich festgestellten Straftatbeständen versagt werden.²⁴

In der Kammer nahm Julius Hölder den Antrag Mohls auf und klagte die mangelhafte Rechtssicherheit des Bürgers in der Wahl seines Aufenthaltsortes an: »Die Mißbräuche des gerügten Polizeiwillkürrechts«²⁵ seien in der Vergangenheit nicht selten gewesen. Als Beispiele nannte er die politisch motivierte Ausweisungen von Gustav Diezel²⁶ und des Abgeordneten Martin Joseph Mack²⁷. Hölder appellierte an die Kammer, die Gelegenheit zu ergreifen, we-

²² Kommissionsentwurf, S. 2 153 f.

²³ Sondergutachten, S. 2 202–2 207.

²⁴ Sondergutachten, S. 2 207.

²⁵ V.d.K.A., 1856/61, Protokollbd. 5, 133. Sitzung am 10.7.1861, S. 3 240.

²⁶ Gustav Diezel (1817–1858), in der Revolution Demokrat, danach Exil, 1854 Mitarbeiter des »Beobachter« und Initiator des Versuchs einer liberaldemokratischen Parteigründung; vgl. D. LANGEWIESCHE, Liberalismus und Demokratie, 1974, S. 271.

²⁷ Martin Joseph Mack (1805–1885), Professor der katholischen Theologie in Tübingen, 1840 aus politischen Gründen ins Pfarramt versetzt, 1845–1850 und 1862–1868 Mitglied der Kammer der Abgeordneten; vgl. H. BRANDT, Parlamentarismus, 1987, S. 611.

nigstens für Gewerbetreibende rechtsstaatliche Verhältnisse einzuführen, auch wenn die lohnabhängige Bevölkerung durch die bestehenden Bürgerrechtsbestimmungen noch härter betroffen sei. Die Trennung zwischen dem Gemeindebürgerrecht und dem Aufenthaltsrecht entspreche nicht mehr den Gegebenheiten der Zeit, wie die von Mohl zusammengestellten Bestimmungen für England, Frankreich und Preußen zeigten. Der Abgeordnete Hopf fügte den von Hölder genannten Beispielen politischer Verfolgung die Leidensgeschichte seiner eigenen Ausweisungen hinzu.²⁸

Die Argumentation der Gegner Mohls konzentrierte sich auf drei Punkte. Mohls Ergänzung zu Artikel 4 schuf für Selbständige und lohnabhängige Bürger zweierlei Recht.²⁹ Auch Abgeordnete, die sich für die Einführung einer größeren Rechtssicherheit des Bürgers gegenüber den Behörden unzugänglich zeigten, bedienten sich des Arguments der Ungleichheit.³⁰ Frhr. v. Varnbüler betonte in deutlicher Spitze gegen die Ansichten Mohls, daß die unbeschränkte Freizügigkeit die Armenfürsorge der Städte und Gemeinden vor unlösbare Probleme stellen würde, wie er bei seinen Reisen in England und Frankreich beobachten mußte. Die Kammer dürfe den Gemeinden nicht die Mittel nehmen, »sich ungebeter Gäste in geeigneter Weise entledigen zu können.«³¹ Der Mitberichterstatler Grathwohl wollte die Befugnisse der Behörden nicht durch richterliche Entscheidungen einschränken lassen. Ihm war der Gedanke unerträglich, mutmaßliche Gesetzesbrecher nicht schon allein aus Verdachtsgründen aus der Gemeinde weisen zu können.³² Zu der Gefahr eines politischen Mißbrauchs bemerkte er direkt zu Hopf: »Für politische Extravaganzen ist eine Luftveränderung auch nicht immer schädlich[...].«³³ In der Abstimmung unterlag Mohls Antrag sehr deutlich mit 63:16 Stimmen, fast zwei Drittel der liberaldemokratischen Opposition verweigerte ihm ihre Stimme.³⁴

Die Diskussion um die Niederlassungsfreiheit rückt auch die Ungleichzeitigkeit der historischen Entwicklung in den Blick. Die konsequente Durchführung des Prinzips der Gewerbefreiheit stieß an die Grenzen einer aus dem Mittelalter überkommenen Gemeindeverfassung, an der auch liberale Mitglieder der Kammer wie Mohl festhalten wollten. Die württembergische Regierung war bereit, den wirtschaftspolitischen Forderungen der Liberalen weitgehend Folge zu leisten. Gleichzeitig verweigerte sie ihren Bürgern einen rechtsstaatlichen Schutz des Aufenthaltsrechts und hielt an den Prinzipien des Obrighkeitsstaates fest.

²⁸ 133. Sitzung am 10.7.1861, S. 3248.

²⁹ Worauf Varnbüler bei der Eröffnung der Debatte hinwies, ebd., S. 3240.

³⁰ So der Abgeordnete Hager, ebd., S. 3245, und der Abgeordnete Grathwohl, S. 3242.

³¹ Ebd., S. 3246.

³² Ebd., S. 3242.

³³ Ebd., S. 3248.

³⁴ Ebd., S. 3250.

3. Die Konzessionspflicht für das Druckgewerbe

Drei Gewerbebezüge wurden in dem Regierungsentwurf von der Konzessionsfreiheit ausgenommen. Die Schifffahrt, die Apotheken, sowie jede Art der Herstellung und Verbreitung von Druckerzeugnissen.³⁵

Die Motive des Regierungsentwurfs verwiesen auf den Bundesbeschluss vom 8. Juli 1854 »über die Verhinderung des Mißbrauchs der Presse«, mit dem sich der Bund trotz Abschaffung der Zensur ein wirksames Mittel zur Unterdrückung der politischen Presse geschaffen hatte. Der Regierungsentwurf bemerkte hierzu nur kurz: »Eine Abänderung dieser Vorschriften und die Freiebung dieser Gewerbe erscheint aus hier nicht weiter zu erörternden Gründen nicht zulässig.«³⁶

Die Kommission betonte die politische Zielsetzung dieser Ausnahme von der Gewerbefreiheit, verzichtete jedoch auf eine Streichung der Konzessionspflicht, da sie die Verabschiedung der Gewerbeordnung nicht durch den Beschluß einer Bestimmung gefährden wollte, die gegen eine Bundesverordnung verstieß. Die Ergänzung, die die Kommission dem Regierungsentwurf hinzufügte, zog dem Paragraphen den Giftzahn eines politischen Mißbrauchs. Die Erteilung einer Konzession sollte allein vom Besitz der bürgerlichen Ehren- und Dienstrechte abhängig sein.³⁷

Moriz Mohl sah sich in dieser Frage in einen schweren Gewissenskonflikt gestellt. In der Reaktionsdekade war er bei jeder Gelegenheit ein scharfsichtiger Verteidiger der Pressefreiheit. Am 29.1.1852 beriet der Landtag über die Transportordnung für den Postverkehr, die das Finanzministerium am 22. August des Vorjahres erlassen hatte.³⁸ Mohl sprach dabei der Regierung das Recht ab, den Postverkehr auf dem Verordnungsweg zu regeln, da die Post als staatliches Monopol Gegenstand der Gesetzgebung sei. Die Regierung müsse daher dem Landtag ein entsprechendes Gesetz vorlegen. Die Postverordnung könne sonst als Instrument einer indirekten Zensur mißbraucht werden, indem kritische Zeitungen vom Postversand ausgeschlossen würden:

»Die Regierung, unbedingte Herrin der Post, könnte beliebig einen politischen Terrorismus in dieser Beziehung ausüben, wir wissen, meine Herren, was in dieser Beziehung anderwärts schon geschehen ist.«³⁹

In seinem Sondergutachten für das Gewerbegesetz zu der Konzessionspflicht des Druckgewerbes nannte er diese zwar eine Lieblingswaffe der politischen

³⁵ Artikel 10 des Gesetzentwurfs, Regierungsentwurf, S. 1 888.

³⁶ Regierungsentwurf, S. 1 934.

³⁷ Kommissionsbericht, S. 2 158 f.

³⁸ V.d.K.A., 1851/53, Protokollbd. 4, 92. Sitzung am 29.1.1852.

³⁹ Ebd., S. 2 093. Die Kammer schloß sich Mohls Antrag an, die Regierung legte jedoch in den nächsten Jahren kein entsprechendes Gesetz vor. Beim nächsten Tagesordnungspunkt der selben Sitzung, der Beratung einer Beschwerde über die Höhe der Postgebühren für nicht württembergische Zeitungen, bezeichnet Mohl diese unverhältnismäßig hohen Gebühren als Zensurmaßnahme der Regierung, ebd., S. 2 106. Vgl. dazu W. SIEMANN, Von der offenen zur mittelbaren Kontrolle, 1988, S. 301 und R. KOHNEN, 1995.

Reaktion, dennoch wollte er die Frage der Pressefreiheit und die Gewerbeordnung nicht verknüpfen, um letztere nicht zu gefährden. Mohl beantragte den Zusatz, daß sich die Konzessionierung der Presse nach den »diesfälligen Gesetzen« richten solle.⁴⁰ Er sah darin einen Kompromiß, der der Regierung die Annahme des Gesetzes erlaubte, da das formal noch gültige Pressegesetz von 1817 die Konzessionierung eines Großteils des publizierenden Gewerbes vorsah. Gleichzeitig sollte der Zusatz nach der Lesart Mohls den Anspruch der Kammer wahren, die Verhältnisse der Presse durch ein Gesetz zu regeln.

Die Debatte⁴¹ in der Kammer wurde auf zwei Argumentationsebenen geführt. Auf der juristischen Ebene wurde die Frage erörtert, ob die Bundesverordnung im Konfliktfall das württembergische Landesrecht bricht. Rudolf Probst⁴² und Julius Hölder behaupteten, daß Landesgesetze im Widerspruch zu Bundesverordnungen beschlossen werden könnten und beantragten daher die Streichung der Konzessionspflicht.⁴³ Einer Überordnung der Bundesbeschlüsse über die Landesgesetze – wie etwa bei der Diskussion um die Rücknahme der Grundrechte – wollte auch keiner der Regierungsanhänger mehr das Wort reden. Alle Redner, außer Rudolf Probst und Julius Hölder, suchten jedoch den Konflikt mit der Regierung zu vermeiden, der entstanden wäre, wenn die Kammer sich gegen den von Württemberg mitgetragenen Bundesbeschluß gestellt hätte. Innenminister Linden bestätigte dann auch, daß die Regierung ein solches Gesetz nicht akzeptieren würde.⁴⁴

Die Diskussion auf der politischen Ebene, ob eine Kontrolle des Druckgewerbes politisch notwendig und zulässig sei, nahm in der Debatte weitaus geringeren Raum ein, da keiner der Redner sich bereit fand, »die Verhinderung des Mißbrauchs der Presse« zu verteidigen. Selbst Reaktionsminister Linden verlegte gewandt die Argumentation ganz auf die Abhängigkeit Württembergs vom Bund. Er präsentierte sich der Kammer als Förderer der Pressefreiheit, da er den größeren politischen Spielraum, den die Neue Ära in Preußen einräumte, rasch in der Verordnung vom 26. Februar 1862⁴⁵ zugunsten der Pressefreiheit umgesetzt hätte.⁴⁶ Diese Selbstdarstellung Lindens provozierte eine wütende Entgegnung Mohls. Er hielt dem Minister vor, mit den Lockerungen, die die neue Verordnung gewähre, noch weit von der Pressefreiheit entfernt zu sein, die die württembergische Verfassung vorsah.⁴⁷ Die königliche Verordnung vom

⁴⁰ Sondergutachten, S. 2 207 f., Zitat auf S. 2 208.

⁴¹ V.d.K.A., 1856/61, Protokollbd. 5, 135. Sitzung am 12.7.1861.

⁴² Rudolf Probst (1817–1899), Rechtsanwalt, großdeutscher, katholischer Liberaler, 1849–1894 Mitglied der Kammer der Abgeordneten; vgl. H. BRANDT, *Parlamentarismus*, S. 157, Anm. 96.

⁴³ V.d.K.A., 1856/61, Protokollbd. 5, 135. Sitzung am 12.7.1861, S. 3 305 f. und 3 309 f.

⁴⁴ Ebd., S. 3 315.

⁴⁵ Königliche Verordnung, betreffend die Ablösung einiger Bestimmungen der Vollziehung des Bundes – Beschlusses vom 6. Juli 1854 über die Verhinderung des Mißbrauchs der Presse erlassenen Königlichen Verordnung vom 7. Januar 1856, veröffentlicht im Regierungsblatt für das Königreich Württemberg Nr. 3 vom 26.2.1861, S. 21–23.

⁴⁶ V.d.K.A., 1856/61, Protokollbd. 5, 135. Sitzung am 12.7.1861, S. 3 316.

26. Februar 1861, mit der sich Linden zu schmücken suchte, senkte lediglich die Kaution für Verleger und verzichtete auf das Zensurinstrument des Konzessionsentzugs. Jedoch war schon allein der Erlaß einer neuen Presseverordnung eine Brückierung der Kammer, da diese bereits 1858 die Vorlage eines Pressegesetzes gefordert hatte.⁴⁸

Der »neue Geist«, der durch die Lockerung der Reaktion in Preußen im Bund eingekehrt war, wurde auch von den Rednern der Opposition wie Rudolf Probst hervorgehoben:

»Es sind überhaupt solche Anträge, wie sie schon im Entwurfe der Regierung enthalten waren, besonders aber die von der Commission gestellten Anträge der Art, daß sie einen Fortschritt in unserem ganzen Staatsleben manifestieren, der bisher unerhört gewesen ist. [...] Es ist ein neuer Geist, der in alle staatlichen Fragen eingedrungen ist.«⁴⁹

Auch Mohl gestand zu, daß »gottlob die Zeiten günstigere geworden sind für die Geltendmachung der Volksrechte«.⁵⁰ Rudolf Probst und Julius Hölder verlangten, diese neue Freiheit zu nutzen, um auf die Konzessionierung des Pressgewerbes zu verzichten. Da die Debatte ihnen keine Mehrheit versprach, schlossen sie sich dem Kommissionsentwurf an, der mit nur zwei Gegenstimmen angenommen wurde.⁵¹

4. Die Abschaffung der Zünfte

Die Zünfte verloren mit der Einführung der Gewerbe- und Niederlassungsfreiheit ihre Daseinsberechtigung als Zwangskorporationen. Die Regierung wollte jedoch auf eine ganze Reihe von gesellschaftlichen und staatlichen Funktionen, die die Zünfte wahrgenommen hatten, nicht verzichten. Sie schlug der Kammer daher vor, die Zünfte in Innungen umzuwandeln.⁵² Die Gründung und eine spätere Auflösung dieser Innungen sollte mit 2/3 Mehrheit der Mitglieder bzw. Zunftmeister erfolgen und den Innungen den Charakter freiwilliger gewerblicher Zusammenschlüsse verleihen. Die Mitgliedschaft in einer Innung wäre dann aber für alle neugegründeten Unternehmen des entsprechenden Gewerbes verpflichtend gewesen. Die Aufgaben der Innungen, die auch für nicht-zünftige Gewerbe eingerichtet werden sollten, sah die Regierung in der Interessensvertretung gegenüber der Verwaltung, in der Schlichtung von Streitigkeiten und in der gewerblichen Ausbildung. Den Innungen wurden auch staatliche

⁴⁷ Ebd., S. 3 319. Paragraph 28 der Verfassung von 1819 lautet: »Die Freiheit der Presse und des Buchhandels findet in ihrem vollen Umfange statt, jedoch unter Beobachtung der gegen den Mißbrauch bestehenden oder künftig zu erlassenden Gesetze.«

⁴⁸ V.d.K.A., 1856/61, Bd. 3, 73. und 74. Sitzung am 9. und 10.8.1858.

⁴⁹ V.d.K.A., 1856/61, Protokollbd. 5, 135. Sitzung am 12.7.1861, S. 3 305.

⁵⁰ Ebd., S. 3 308.

⁵¹ Ebd., S. 3 321.

⁵² Die Artikel 57–92 des Regierungsentwurfs, S. 1 893 ff.; die Motive der Regierung ebd., S. 1 922 ff.

und soziale Funktionen zugewiesen. Sie sollten bis zu einem gewissen Streitwert richterliche Gewalt bei Auseinandersetzungen zwischen den Mitgliedern und ihren Arbeitern erhalten. Durch die Beiträge der Gesellen und Arbeiter, die zwangsweise Genossen der Innung werden mußten, sollte eine Kranken- und Unfallversicherung finanziert werden. Der Regierungsentwurf enthielt jedoch eine sehr detaillierte Geschäftsordnung für die Innungen, die der Regierung große Einflußmöglichkeiten bot. In einem Dossier zur neuen Gewerbeordnung für den Geheimen Rat wurde die Absicht der Regierung deutlich ausgesprochen, sich trotz der Gewerbefreiheit eine gewisse Kontrolle der Gewerbetreibenden zu sichern.⁵³

Die Kommission strich mit nur einer Gegenstimme alle 36 Artikel des Regierungsentwurfs, die sich auf die Innungen bezogen. Die Kritik der Kommission traf vor allem die Gerichtsbarkeit der Zünfte, ihre Organisation nach Gewerbezweigen und die Zwangsmitgliedschaft. Die Abgeordneten fürchteten, daß durch die Geschäftsordnung und die berufliche Gliederung der fortschrittsfeindliche, konservative Geist der Zünfte in den Innungen weiterleben würde und sich auf die nichtzünftigen Gewerbe ausdehnen müßte. Durch die Innungen würde die Beschränkung der Gewerbetreibenden auf einzelne Berufssparten, die durch die Gewerbefreiheit überwunden wurde, wieder gefördert. Die Argumentation des Berichts trägt hier ganz die Handschrift Moriz Mohls, der in der Kammerdebatte Linden vorwarf, mit den Innungen die Zünfte »durch die Hintertür« wieder einzuführen. Die Kommission lehnte auch die Gerichtsbarkeit der Zunft ab, weil sie eine innovationsfeindliche Rechtssprechung in Gewerbefragen erwartete. Darüber hinaus fand sie die Arbeiter und Gesellen in den über sie zu Gericht sitzenden Gremien nicht vertreten.⁵⁴

Die Kommission formulierte lapidar in Artikel 57: »Die Zünfte sind aufgehoben.«⁵⁵ Die Mitglieder verschafften dem Prinzip der Gewerbefreiheit in einem Maße Geltung, das erstaunen muß. In radikaler Abwendung von zünftiger Beschränkung forderten sie die Abschaffung jeglicher Aufsicht über die fachliche Qualifikation der Selbständigen und Gesellen. Ihr Antrag zur Streichung der Gesellenprüfung, den Mohl in der Kammer unter Hinweis auf Frankreich und die USA verteidigte, wurde in der Kammer angenommen.⁵⁶ Mit der Ablehnung der Innungen setzte sich die Kommission auch über die Wünsche der Gewerbevertretungen hinweg, die die Innungen mehrheitlich befürwortet hatten.⁵⁷

⁵³ Vgl. H. SEDATIS, 1979, S. 113.

⁵⁴ Kommissionsentwurf, S. 2 186.

⁵⁵ Kommissionsentwurf, S. 2 199.

⁵⁶ Begründung des Kommissionsentwurfs, S. 2 169, Mohls Beitrag in der 144. Sitzung am 26. Juli 1861, V.d.K.A., 1856/61, Protokollbd. 5, S. 3 558–3 560.

⁵⁷ Vgl. H. SEDATIS, 1979, S. 115.

In der Debatte fanden die alten Zünfte keinen einzigen Fürsprecher mehr.⁵⁸ Um die Innungen stritten die Redner heftig, auch wenn sich Befürworter, wie Prälat Mehring, von Anfang an auf verlorenem Posten glaubten. Prälat Mehring bezeichnete die Zünfte zwar als verknöchert und überlebt, ihre gesellschaftliche Ordnungs- und Integrationsfunktion hielt er dagegen für ganz unentbehrlich.⁵⁹ In einer scharfsichtigen Analyse kennzeichnet er den Aufbruch der Gesellschaft weg von korporativ, ständisch eingehegten Strukturen:

»Diese unbedingte Herrschaft des Individuums, die sie proclamieren wollen, diese Atomisierung des Geistes, sie hat etwas schlechterdings Unerträgliches. Der Mensch ist nun einmal das animal sociale. Es hat sich dies auch gezeigt in den Gegenden, wo man diese Atomisierung durch das Gesetz sanctioniert hat. Sehen Sie hin, meine Herren, was die Folgen davon sind; theils bilden sich da und dort freiwillige Vereine, theils haben wir es sicherlich gerade der Zersplitterung, dieser Zerreißung aller corporativen Formen zu verdanken, daß selbst ganz verrückte sozialistische Ideen aufgekommen sind.«⁶⁰

Prälat Mehring, der in den vorangegangenen Debatten für Gewerbefreiheit und Freizügigkeit gestimmt hatte, fürchtete, daß die Gewerbefreiheit einen überbordenden unternehmerischen Leichtsinns hervorrufen würde, dem durch die Innungen Schranken gesetzt werden müßten, »wenn wir nicht etwa anarchische Zustände statt der Freiheit der Gewerbe haben«⁶¹ wollen.

Unter den Abgeordneten fand Prälat Mehring keinen Beistand mehr in seinen Mahnungen vor den Folgen der individuellen Freiheit. Mohl sah sich durch die Bedenken Mehrings zu einer scharfen Replik herausgefordert. Die Argumente des Prälaten stammten aus »der Schule der Reaktion«, und die Bekämpfung der individuellen Freiheit mit dem Hinweis auf ihren potentiellen Mißbrauch sei »die Sprache der Reaktion in ihrer höchsten Potenz.«⁶² Dem Grundanliegen des Prälaten, der Integration einer sich individualisierenden Gesellschaft, konnte Mohl nicht folgen.

Der Innenminister Linden nahm Prälat Mehrings Argumentation auf und befürchtete, daß »die individualisierte und atomisierte Freiheit« oft in »Despotismus und Terrorismus« münde.⁶³ Das Unbehagen Lindens, über einen bedeutenden Teil des gesellschaftlichen Handelns keine entscheidende Kontrolle mehr zu haben, wird in seinen Debattenbeiträgen sehr deutlich. Der Antrag der Kommission auf Streichung der Innungen wurde unter einem Vorbehalt mit nur sechs Gegenstimmen angenommen.⁶⁴ Ein Hauptanliegen Mohls war damit erreicht.

⁵⁸ V.d.K.A., 1856/61, Protokollbd. 5, 153. Sitzung am 9. August 1861.

⁵⁹ Ebd., S. 3799.

⁶⁰ Ebd., S. 3800. Vgl. W. HARDTWIG, Strukturmerkmale, 1984, S. 13.

⁶¹ 153. Sitzung am 9. August 1861, S. 3800.

⁶² Ebd., S. 3813.

⁶³ Ebd., S. 3817.

⁶⁴ Ebd., S. 3821 f. Das geplante Sozialversicherungssystem für die Gesellen fand weder bei den Anhängern noch bei den Gegnern der Innungen Beachtung.

5. Die Koalitionsfreiheit

Unter der Kapitelüberschrift »Von den Gehülfen (Gesellen)« stellte die Regierung den Zusammenschluß von Gesellen unter Strafe, um ihren Forderungen gegenüber den Arbeitgebern Nachdruck zu verleihen.⁶⁵ Der entsprechende Abschnitt wurde aus der Gewerbeordnung von 1828 wörtlich übernommen⁶⁶ und richtete sich seiner Zeit gegen die »Gesellen-Mißbräuche«, die seit dem Spätmittelalter bekannt sind. Die Kommission straffte die Artikel und wollte aus Gleichheitsgründen auch die Kartellbildung von Gewerbetreibenden gegen ihre Arbeitnehmer verboten wissen.⁶⁷

Julius Hölder stand als erster Redner gegen das Koalitions- und Kartellverbot auf.⁶⁸ Er berief sich auf das Gesetz von Angebot und Nachfrage, das auch für den Arbeitsmarkt gelte. Der Arbeiter sei auf diesem Markt in einer so schwachen Position, daß er einen gerechten Preis für seine Ware Arbeit nur durch die Verabredung mit anderen erzielen könnte. Julius Hölder hielt es »für eine Verletzung richtiger nationalökonomischer Gesetze«, den Arbeitern das Recht zum Zusammenschluß zu versagen.⁶⁹ Der Gesetzentwurf befreie eine ganze »Classe von Staatsbürgern von veralteten polizeilichen Maßregeln und verschaffe ihnen ihre natürliche Freiheit, während Arbeiter unter polizeiliche Präventivmaßregeln gestellt werden, die ihnen ihre natürliche Freiheit vorenthalte.«⁷⁰ Diese Verweigerung der natürlichen Freiheit sah Hölder als Verstoß gegen »die Aufgabe unserer Zeit, den Polizeistaat, welchen wir aus dem vorigen Jahrhundert übernommen haben, allmählich zu einem wirklichen Rechtsstaate zu entwickeln.«⁷¹ Das paternalistische Argument, daß man die Arbeiter vor sich selbst schützen müsse, indem man ihnen ruinöse Arbeitskämpfe untersagte, wollte Hölder nicht gelten lassen:

»Ich meine aber, wir sollten von solchen Einmischungen der Polizei zurückkommen, wir sollten es den Arbeitern ebenso wie anderen Classen der Gesellschaft überlassen, für ihre Interessen selbst zu sorgen, so gut sie es verstehen.«⁷²

Hölder gab damit ein Stück den Anspruch des liberalen Bürgertums auf, die Interessen der gesamten nichtfeudalen Gesellschaft zu vertreten.⁷³

Die regierungsnahen Befürworter des Koalitionsverbots wie Frhr. v. Varnbüler kamen nicht umhin, einzugestehen, »daß in diesen Artikeln eine Abwei-

⁶⁵ Regierungsentwurf, S. 1 892.

⁶⁶ Vgl. Regierungsentwurf, S. 1 939.

⁶⁷ Kommissionsbericht, S. 2 174.

⁶⁸ 148. Sitzung am 2. August 1861.

⁶⁹ Ebd., S. 3 643.

⁷⁰ Ebd.

⁷¹ Ebd., S. 3 658.

⁷² Ebd., S. 3 643.

⁷³ »Wir sind nicht die Obervormundschftsbehörde für den Stand der Arbeiter.« Ebd., S. 3 644. Vgl. D. LANGEWIESCHE, 1974, S. 115 f.; T. OFFERMANN, 1979. Die politische Auseinandersetzung zwischen Arbeitern und Bürgern um das Streikrecht in Preußen bei U. ENGELHARDT, 1977, Bd. 1, S. 202 ff. und 223 ff.

chung von den gewöhnlichen Rechtsregeln enthalten sei.«⁷⁴ Der Abgeordnete Wiest gab zu, daß »diese Verabredung an sich allerdings kein Vergehen« sei.⁷⁵ Den intellektuellen Offenbarungseid der Koalitionsgegner legte der Abgeordnete Hermann v. Mittnacht⁷⁶ ab:

»Es ist freilich nahezu unmöglich, die Gründe, die der Herr Abg. Hölder angeführt, materiell zu widerlegen. Wir können dagegen nichts anderes sagen, als wir haben es mit einer rechtlichen Anomalie zu thun, allein dieselbe scheint praktisch nothwendig zu sein.«⁷⁷

Die Anhänger des Koalitionsverbots glaubten, den Arbeiter vor ruinösen Lohnkämpfen ebenso schützen zu müssen⁷⁸ wie »die Interessen der Industriellen und Consumenten«.⁷⁹ Nicht von der Regierungsseite, sondern vom liberalen Abgeordneten Sigmund Schott⁸⁰ wurde der eigentliche Ablehnungsgrund, das Wort Sozialismus⁸¹, ausgesprochen.⁸²

Moriz Mohl war in seiner Entgegnung⁸³ nicht in der Lage, den Kern von Hölders Argumentation aufzufassen. Er ging wie so oft pragmatisch vor. Auf seinen Reisen in England und Frankreich hatte er die Auswirkungen von organisierten Arbeitsniederlegungen kennengelernt und war dabei zu der Auffassung gelangt, daß sie die wirtschaftliche Lage der Arbeiter verschlechterten, anstatt sie zu verbessern. Die Existenz von Kartellen und Arbeiterkoalitionen behinderte nach seinem volkswirtschaftlichen Credo den freien Ausgleich von Angebot und Nachfrage und gefährdete so auch die wirtschaftliche Grundlage der Arbeiter.⁸⁴

⁷⁴ V.d.K.A., 1856/61, Protokollbd. 5, 148. Sitzung am 2. August 1861, S. 3 641.

⁷⁵ Ebd., S. 3 657.

⁷⁶ Hermann von Mittnacht (1825–1909), Jurist im Staatsdienst, seit 1861 Landtagsabgeordneter. 1868 wurde er Justizminister und 1870 Nachfolger Varnbülers als Regierungschef (bis 1900). Vgl. G. H. KLEINE, 1969.

⁷⁷ V.d.K.A., 1856/61, Protokollbd. 5, 148. Sitzung am 2. August 1861, S. 3 651.

⁷⁸ Dieses Argument wurde auch von sozialreformerischen Liberalen und den Anhängern Lassalles vertreten. Vgl. U. ENGELHARDT, 1977, S. 225 u. S. 227.

⁷⁹ Ebd., S. 3 657.

⁸⁰ Sigmund Schott (1818–1895), Rechtsanwalt, großdeutscher Liberaler, Abgeordneter seit 1850.

⁸¹ 148. Sitzung am 2. August 1861, S. 3 653.

⁸² H. VOLKMAN, 1968, S. 151, stellt für die preußischen Liberalen fest: »Die Möglichkeiten, die der organisierte Lohnkampf für die wirtschaftliche und soziale Emanzipation der Arbeiter bot, sind weder von diesen selbst noch von den Liberalen erkannt worden.« Die Debattenbeiträge von Hölder und Schott vermitteln den Eindruck, daß die württembergischen Liberalen nicht nur den wirtschaftlichen, sondern auch den politischen Gehalt des Streikrechts erkannten.

⁸³ V.d.K.A., 1856/61, Protokollbd. 5, S. 3 644–3 646.

⁸⁴ Moriz Mohls Glaube an die wohlfahrtsfördernde Wirkung des Gesetzes von Angebot und Nachfrage kann nicht als die bloße Bemäntelung von *Arbeitgeberinteressen* bewertet werden. Mohl fand sich ebenso bereit, gegen Beeinträchtigungen dieses freien Spiels der Marktkräfte anzugehen, wenn sie den Arbeiterinteressen zuwiderliefen. In der Beratung eines Gesetzes über den Vollzug von Gefängnisstrafen klagte er über die lohndrückende Wirkung der staatlichen Arbeitshäuser, die in Zeiten starker Arbeitskräftenachfrage, wie z. B. während der Ernte, billige Arbeitskräfte vermieteten. Mohl empfand es als ungerecht, daß die freien Arbeiter so um die Lohnsteigerung gebracht würden, die sie durch die »gute Konjunktur« hätten erzielen können. V.d.K.A., 1854/55, Protokollbd. 1, 257. Sitzung am 19.2.1855, S. 601 f.

Für Mohl stand der Schutz des Arbeiters, nicht sein Recht im Vordergrund. Diesen Schutz sah er durch das Kartellverbot der Arbeitgeber völlig gewährleistet.⁸⁵ Ein Recht der Arbeiter, durch eine eigenständige Vertretung selbst für den Schutz ihrer Interessen zu sorgen, überstieg Mohls Vorstellungsvermögen, wie seine Schilderung der englischen Streiks belegt.⁸⁶ Hier sah er als handlungsleitendes Motiv der Arbeiter allein Leidenschaft, die durch den Neid auf den Reichtum des Arbeitgebers gespeist wurde. Der niedrige Bildungsstand der Arbeiter mache sie anfällig für demagogische Verführung und erlaube ihnen keine vernünftige Beurteilung der komplexen wirtschaftlichen Zusammenhänge, an denen sich ihre Forderungen orientieren müßten.

Auch für Hölders Forderung nach Rechtsgleichheit für die Arbeiter hatte Mohl kein Verständnis. Mit dem Blick auf die schlechte Arbeitsmoral Pariser Maschinenarbeiter bemerkte er:

»[...]wenn Arbeiter selbst bei den intelligentesten Gewerben, wie bei den Mechanikern, solche Lumpen sind, ob man da so ganz von allgemeinen theoretischen Ansichten ausgehen kann, daß der Mensch frei in seinen Entschlüssen sei, daß die Polizei gar nicht eingreifen dürfe,- u.s.w.«⁸⁷

Der »Radikaldemokrat« Mohl, »der Mann der Ideale«⁸⁸, zeigt sich hier als »Beamten-Natur des achtzehnten Jahrhunderts«⁸⁹. Eine Auseinandersetzung mit der Forderung Hölders, den Arbeitern ein Selbstvertretungsrecht zu gewähren, wurde in der Debatte nicht geführt. Die Abgeordneten assoziierten mit den häufig vorgebrachten Warnungen vor der leichten Verführbarkeit der Arbeiter nicht nur überzogene Lohnforderungen, wie der Beitrag Schotts zeigte. Das »Gespenst des Sozialismus«, von dem Hölder in der Antwort auf den Abgeordneten Schott behauptete, es habe »seine Kraft und seinen Zauber verloren«⁹⁰, stand den Abgeordneten leibhaftig vor Augen.

Die soziale Wirklichkeit in Württemberg entsprach dennoch den »Gesellenmißbräuchen« mehr als proletarischen Lohnkämpfen, was sich auch an den Debattenbeiträgen ablesen läßt. Die Redner suchten ihre Beispiele für die Notwendigkeit wie für die Schädlichkeit von Lohnkämpfen in den industriell weiter fortgeschrittenen Ländern England und Frankreich. Der liberale Abgeordnete Karl Deffner⁹¹ bestritt die Gültigkeit dieser Beispiele und damit die Notwendigkeit des Koalitionsverbots für Württemberg, da ihm die sozialen Verhältnisse in England zu sehr von den württembergischen abwichen:

⁸⁵ Bereits 1828 forderte er eine Gesetzgebung, die die Arbeiter vor der lohndrückenden Wirkung der Arbeitgeberkartelle bewahre, M. MOHL, *Gewerbsindustrie*, S. 30 f.

⁸⁶ 148. Sitzung am 2. August 1861, S. 3 644 ff.

⁸⁷ Ebd., S. 3 655.

⁸⁸ So der Abgeordnete v. Ow in der 291. Sitzung am 5.6.1855, S. 1 339.

⁸⁹ So der Zeitgenosse K. BRAUN-WIESBADEN, 1881, S. 215, in einem Porträt Mohls.

⁹⁰ 148. Sitzung am 2. August 1861, S. 3 658.

⁹¹ Karl Deffner (1817–1877), Fabrikant in Esslingen, großdeutscher Demokrat, Abgeordneter seit 1856.

»Die Arbeiter leben in großen industriellen Metropolen zu vielen Tausenden beisammen, ohne besonderes Eigentum, ohne eine eigene Scholle Land, ohne Haus, ihre ganze Existenz beruht auf der Fabrik.«⁹²

Liest man diesen Satz gegen den Strich, kann man eine treffende Analyse der Lage der Arbeiter in Württemberg erhalten. Die Verstädterung war in Württemberg nicht sehr weit fortgeschritten und die Industriebetriebe siedelten sich dezentral auch auf dem Land an. Ein Teil der Arbeiter bewirtschaftete nebenbei ein kleines Stück Land, da der Landbesitz in den Realteilungsgebieten Württembergs stark aufgesplittert war.⁹³

Wie sehr die liberale Bewegung einer Selbstorganisation der Arbeiter mißtraute, zeigt das Abstimmungsergebnis. Nur 20 Abgeordnete unterstützten den Antrag Hölders.⁹⁴ Davon konnten 16 nach ihrem politischen Standpunkt identifiziert werden, 4 waren Regierungsanhänger, 12 zählten zur liberaldemokratischen Fraktion.⁹⁵ Hölder, der führende Mann des Reinsburgklubs, konnte nur etwas mehr als ein Viertel der Mitglieder für seinen Antrag mobilisieren. Mohls Antrag, nicht erst die Verpflichtung, sondern bereits die Verabredung zum Kartell unter Strafe zu stellen, erhielt die Mehrheit der Stimmen.⁹⁶

6. Das Ringen der Kommission um das Verordnungsrecht der Regierung

Die württembergische Verfassung gewährte der Abgeordnetenversammlung ein materiell unbeschränktes Mitbestimmungsrecht bei der Gesetzgebung. Der Artikel 88 der Verfassung lautete:

»Ohne Beistimmung der Stände kann kein Gesetz gegeben, aufgehoben, abgeändert oder authentisch erläutert werden.«⁹⁷

Andere konstitutionelle Verfassungen, wie die bayerische, beschränkten das Gesetzgebungsrecht auf die Bereiche, die Freiheit und Eigentum der Bürger betrafen.⁹⁸ Die tatsächliche Kompetenz der Kammer hing somit von der inhaltlichen Füllung des Gesetzesbegriffs ab.⁹⁹ Schon der nächste Artikel der württembergischen Verfassung zeigt den Konflikt auf, der in den Debatten der Gewerbeordnung immer wieder aufbrach:

⁹² Ebd., S. 3 654.

⁹³ Die Arbeiten von P. BORSCHIED, 1978, und von H. SCHOMERUS, 1977, lassen jedoch das harmonisierende Bild des württembergischen »Arbeiterbauern« fraglich erscheinen. Zum Begriff des »Arbeiterbauern« vgl. W. SCHMIERER, 1970, S. 32.

⁹⁴ V.d.K.A., 1856/61, Protokollbd. 5, 148. Sitzung am 2. August 1861, S. 3 668.

⁹⁵ Vgl. das Namensregister bei H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987.

⁹⁶ V.d.K.A., 1856/61, Protokollbd. 5, 148. Sitzung am 2. August 1861, S. 3 669.

⁹⁷ H. BOLDT, *Reich und Länder*, 1987, S. 312.

⁹⁸ E.-W. BÖCKENFÖRDE, *Gesetz und Gesetzgebende Gewalt*, 1958, bietet auf S. 73 einen Überblick über den Gesetzesbegriff der süddeutschen und mitteldeutschen konstitutionellen Staaten.

⁹⁹ Dazu E.-W. BÖCKENFÖRDE, *Gesetz und Gesetzgebende Gewalt*, 1958, S. 78, und E. R. HUBER, *Verfassungsgeschichte*, 1967, Bd. 1, S. 347.

»§ 89. Der König hat aber das Recht, ohne Mitwirkung der Stände die zur Vollstreckung und Handhabung der Gesetze erforderlichen Verordnungen und Anstalten zu treffen, und in dringenden Fällen zur Sicherheit des Staates das Nöthige vorzukehren.«

Eine Reihe von Artikeln des Regierungsentwurfs zur Gewerbeordnung enthielt Wendungen, die der Verwaltung das Recht einräumten, Leerformeln des Gesetzentwurfs auf dem Wege der Verordnung mit Inhalt zu füllen. Ein zweites Problem, wogegen die Kommission ankämpfte, war das fehlende Recht der Kammer zur Gesetzesinitiative. Die Kammer besaß zwar das materiell uneingeschränkte Recht der Mitbestimmung bei der Gesetzgebung. Wollte die Kammer jedoch einen bestimmten Bereich durch ein Gesetz geregelt wissen, so blieb ihr allein die Bitte an die Regierung, einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen. Weigerte sich die Regierung, wie etwa bei der Presseverordnung, einen Gesetzentwurf einzubringen, hatte die Kammer keine Möglichkeit, ihre Bitte mit der Klage vor einem Verfassungsgericht durchzusetzen. Die Kommission bemühte sich nun zum einen, das von der Regierung beanspruchte Verordnungsrecht zurückzuschneiden und der Verwaltung einen möglichst geringen Spielraum bei der Auslegung des Gesetzes zu lassen. Zum anderen drängte sie die Regierung durch die Umformulierung einiger Artikel, die Lücken in der bisherigen Gesetzgebung durch die Vorlage von Gesetzentwürfen zu schließen, und sich nicht mit dem Erlaß von Verordnungen zu begnügen.

Unberührt von der Gewerbefreiheit wurden in Artikel 6 alle Betriebe in bestimmten Bereichen wie dem Brandschutz weiterhin unter staatliche Kontrolle gestellt. Die Regierung bestimmte in ihrem Entwurf, daß diese polizeiliche Aufsicht über die Gewerbe »den für dasselbe bestehenden polizeilichen und finanziellen Vorschriften unterworfen« sei.¹⁰⁰ Die Kommission änderte den Artikel in die Formulierung »den für dasselbe gesetzlich bestehenden polizeilichen Vorschriften«¹⁰¹, um der Regierung keine Blankovollmacht für polizeiliche Verordnungen auszustellen, da diese 1854 und 1857 mit zwei Verordnungen in Gewerbefragen das Gesetzgebungsrecht der Kammer übergangen hatte.¹⁰²

In der Debatte wurde zwei Stunden lang über das Wort »gesetzlich« des Kommissionsvorschlags gestritten.¹⁰³ Der Regierungsanhänger Sarwey wies darauf hin, daß die bestehenden Gesetze zu große Lücken aufwiesen, und die Regierung gezwungen sei, diese auf dem Ordnungswege zu schließen.¹⁰⁴ Er beantragte die Annahme des Regierungsentwurfs, da er die extensive Auslegung des Ordnungsrechts der Regierung nicht eingeschränkt wissen wollte. Der Berichterstatter Frhr. v. Varnbüler, der wegen seiner Ambitionen auf ein Ministeramt von einem starken Harmoniebedürfnis mit der Regierung geleitet

¹⁰⁰ Regierungsentwurf, S. 1 887.

¹⁰¹ Kommissionsbericht, S. 2 193.

¹⁰² Kommissionsbericht, S. 2 155.

¹⁰³ V.d.K.A., 1856/61, Protokollbd. 5, 134. Sitzung am 11.7.1861, S. 3 269–3 298.

¹⁰⁴ Ebd., S. 3 271.

wurde, bestritt überhaupt einen Interessengegensatz zwischen Kommission und Regierung.¹⁰⁵ Die Kommission habe, so Varnbüler, die Rechte der Regierung nicht beschränken wollen, ihr sei es allein um die Erinnerung an ein verfassungsgemäßes Vorgehen gegangen. Linden nahm die Interpretation Varnbülers geschickt auf und bezeichnete den Kommissionsentwurf als überflüssig, da es der Regierung selbstverständlich fern läge, gegen die Verfassung zu verstoßen.¹⁰⁶

Moriz Mohl, von keinen Rücksichten auf die Regierung gehemmt, zielte direkt auf den Kern des Problems:

»Der Gesetzentwurf will nicht nur bei diesem Artikel, sondern bei einer ganzen Reihe von Artikeln Bestimmungen geben, nach welchen die Regierung im Verordnungswege die Normen vorzuschreiben berechtigt wäre, denen die Gewerbetreibenden unterworfen sein sollen. Die Commission hat ganz folgerichtig alenthalben aus dem Entwürfe die Bezugnahme auf Verordnungen zu entfernen beantragt [...].«¹⁰⁷

Auf den heftigen Protest Lindens hin mußte Frhr. v. Varnbüler dann bestätigen, Mohl spreche die Absicht der Kommission richtig aus. Im Verlauf der Debatte kam Linden nicht umhin zuzugestehen, daß es Verordnungen gäbe, die ohne gesetzliche Grundlage bestünden.¹⁰⁸ Wie so oft versuchte Linden sich gegen ihn mit persönlichen Bemerkungen zu wehren:

»Ich bin überzeugt, wir sind im Wesentlichen einig, aber der Herr Abgeordnete von Aalen hat eben in seiner übergroßen Ängstlichkeit das Mißgeschick, häufig principielle Spitzen herauszukehren, die ich nicht unberührt lassen kann.«¹⁰⁹

Die Mehrheit der Abgeordneten wollten nicht anerkennen, daß Mohls »principielle Spitzen« die württembergische Verfassung konsequent und folgerichtig auslegten. Sie stimmten für den Regierungsentwurf.¹¹⁰

Im Zusammenhang mit der gesetzlichen Regelung der Handels- und Gewerbekammern betonte Linden ebenfalls das Verordnungsrecht der Regierung. Sollte sich aber die Regierung mit der Kammer nicht auf ein Gesetz einigen können, so verlange es das Wohl des Landes, »daß die Regierung, wenn kein Gesetz zu Stande kommt, im Verordnungswege wie bisher fortgeht«.¹¹¹ Die Äußerung Lindens weist auf ein grundlegendes Problem des Konstitutionalismus hin, das Ernst-Wolfgang Böckenförde herausgearbeitet hat:

¹⁰⁵ Ebd., S. 3 271 f.

¹⁰⁶ Ebd., S. 3 274.

¹⁰⁷ Ebd., S. 3 274.

¹⁰⁸ »Diejenigen Verordnungen, welche erlassen worden sind auf Grundsätze hin, die nur in der Gewerbeordnung von 1836 wurzeln, werden, wie man sich auszudrücken pflegt gegenstandslos und hören dadurch von selbst auf; diejenigen Verordnungen aber, welche nicht als derartige zu bezeichnen sind, werden fort dauern bis sie einer Revision unterworfen sind.« (Ebd., S. 3 278) Die letzteren Verordnungen bezeichnen diejenigen, die ohne gesetzliche Grundlage und damit verfassungswidrig erlassen wurden.

¹⁰⁹ Ebd., S. 3 278.

¹¹⁰ Ebd., S. 3 280.

¹¹¹ V.d.K.A., 1856/61, Protokollbd. 5, 154. Sitzung am 10. August 1861, S. 3 841.

»Monarch und Volksvertretung waren hier in der Sache gleichberechtigt und gleichgeordnet. Kam es zu einem wirklichen Konflikt, so standen auf dem Boden der Verfassung demokratisches und monarchisches Prinzip unvermittelt, ohne Aufhebung in einer höheren Einheit, einander gegenüber.«¹¹²

Ernst-Wolfgang Böckenförde wendet sich damit gegen die These Ernst Rudolf Hubers, daß sich die Gegensätze zwischen dem monarchischen Prinzip und dem Repräsentativprinzip im Konstitutionalismus »in einem sie verbindenden Funktionszusammenhang« aufheben.¹¹³ Die württembergische Verfassung sah zwar für einen Konflikt zwischen den beiden Kammern eine Schlichtungsprozedur vor¹¹⁴, aber eben nicht für einen Streit zwischen König und Kammer über den Inhalt eines Gesetzes. Der Typ der konstitutionellen Verfassung konnte nur bestehen, weil die zweite Kammer die im gegenseitigen Veto liegende Sprengkraft der Verfassung nicht nutzte.¹¹⁵

Es ist bemerkenswert, wie die Kammer in der Abstimmung um Artikel 6 ohne Not Rechtspositionen preisgab, obwohl durch Mohls polarisierenden Beitrag die prinzipielle Bedeutung des Kommissionsantrags nicht zu übersehen war.

7. Die Durchsetzungsfähigkeit der Kammer und der Einfluß Moriz Mohls

Der Berichterstatter der volkswirtschaftlichen Kommission Frhr. v. Varnbüler betonte in der ersten Debatte zur Beratung der neuen Gewerbeordnung die grundlegende Übereinstimmung zwischen Regierung und Kommission, das Prinzip der Gewerbefreiheit konsequent durchzusetzen.¹¹⁶ Die Kammer verzichtete daher auf eine allgemeine Debatte und ging gleich zur Beratung der einzelnen Artikel über.

Die neue Gewerbeordnung enthielt trotzdem genug Konfliktpotential, um den Fragen nach dem Handlungsspielraum der Kammer, nach dem Einfluß der Kommission und eines einzelnen Abgeordneten nachzugehen. Die extensive Auslegung des Ordnungsrechts der Regierung und das fehlende Recht zur Gesetzesinitiative markieren die Grenzen, innerhalb deren sich die Kammer bewegen mußte. Durch die Einschränkung des Ordnungsrechts der Regie-

¹¹² E.-W. BÖCKENFÖRDE, *Der Verfassungstyp*, 1972, S. 155.

¹¹³ Wie E. R. HUBER in der dritten Auflage von 1988 seiner *Verfassungsgeschichte* Bd. III, S. 20, gegen die Kritik E.-W. BÖCKENFÖRDES noch einmal wiederholt.

¹¹⁴ Württembergische Verfassung § 183.

¹¹⁵ Vgl. das Fazit von H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 286. »Indessen ist bekannt, daß die Verfassungskonstruktion durch die politische Entwicklung mit äußerster Nachsicht geprüft wurde. Weder wurde der gesetzgeberische Konflikt zu einer Konstante der Beziehungen zwischen Regierung und Abgeordnetenkammer, noch übten die Standesherrn eine konsequente, über die Jahre andauernde Obstruktion. Die zweite Kammer billigte die Gesetzesvorschläge, wo sie antifeudal-aufgeklärte Tendenz anzeigten, und sie resignierte vor ihnen, wo sie geeignet waren, den Liberalismus zu kränken.«

¹¹⁶ V.d.K.A., 1856/61, Protokollbd. 5, 131. Sitzung am 8.7.1861, S. 3 199.

rung auf das in der Verfassung vorgesehene Maß setzte sich die Kommission in einen deutlichen Gegensatz zur Regierung, doch reichte der Einfluß der Kommission nicht aus, die Kammer zu bewegen, ihren Anspruch auf die Gesetzgebungskompetenz deutlich auszusprechen. Die Kammer folgte jedoch in vier Fünfteln der Fälle den Vorschlägen der Kommission, wobei die Streichung der über dreißig Artikel zu den Innungen die einschneidendste Veränderung des Regierungsentwurfs darstellte.

Die Kommission stieß bei der Beratung der Niederlassungsfreiheit und der Konzessionen für das Druckgewerbe auf Bestimmungen aus anderen Gesetzen und Verordnungen, die den politischen Auffassungen der Abgeordneten zuwider liefen. Das fehlende Recht zur Gesetzesinitiative hinderte die Kommission daran, die Aufhebung dieser Bestimmungen zu beantragen. Gleichwohl nutzten die Abgeordneten die Debatte zur Einforderung entsprechender Gesetzesentwürfe. Die Kommission, die mehrheitlich mit Regierungsanhängern besetzt war, vermied hier jedoch den Konflikt mit der Regierung. Sie verzichtete darauf, in das Gewerbegesetz Bestimmungen aufzunehmen, die in Konkurrenz zu bestehenden Gesetzen und Verordnungen standen. Die Verfassung gab einem solchen Versuch der 2. Kammer auch wenig Aussicht auf Erfolg, da die Zustimmung der Regierung und der ersten Kammer für die Rechtsgültigkeit eines Gesetzes notwendig war. Für eine Kraftprobe mit der Regierung fand sich allerdings in der Kammer auch keine Mehrheit, wie die Vorstöße Julius Hölders bei der Konzession des Druckgewerbes und von Moriz Mohl beim Niederlassungsrecht zeigten.

Die Antwort auf die Frage nach dem Einfluß Mohls auf die Beratung der Gewerbeordnung führt zu den Hilfsmitteln, die ihm die Geschäftsordnung der Kammer zur Verfügung stellte. Der Mitgliedschaft in der Kommission kommt große Bedeutung zu, da sich die Kammer in der Regel an die Empfehlung der Kommission hielt. Der Briefwechsel Mohls vermittelt den Eindruck, daß Varnbüler und Mohl den Kurs der Kommission vorgaben. In der Debatte dominierten sie eindeutig. Mohl verteidigte die Kommissionsanträge mit Argumenten, die aus seinen früheren Beiträgen und Schriften bekannt sind.

Durch den ausgedehnten Gebrauch des Rederechtes¹¹⁷ konnte er praktisch die Rolle des Mitberichterstatters spielen, die ihm durch die Intrige Varnbülers verwehrt worden war. Mohl gab dabei die Haltung der Kommission pointierter wieder als der Berichterstatter Varnbüler. Der gedruckte Sonderbericht Mohls hatte fast den doppelten Umfang wie der Kommissionsbericht, so daß er auch hier die Funktion des Mitberichterstatters an sich ziehen konnte. Das Antragsrecht der Abgeordneten¹¹⁸ erlaubte es ihm, auch jene seiner Ansichten, die von der Kommission nicht mitgetragen wurden, zur Abstimmung zu bringen.

Die Geschäftsordnung¹¹⁹ des Landtags kennt den Begriff der Fraktion nicht. Der einzelne Abgeordnete konnte seine parlamentarischen Rechte ganz unab-

¹¹⁷ Ein Abgeordneter durfte zweimal zum selben Gegenstand sprechen.

¹¹⁸ Dazu H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 201 f.

¹¹⁹ V.d.K.A., 1851/55, Beilagenband 1, S. 35–40.

hängig von der Unterstützung anderer Abgeordneter wahrnehmen. Der Briefwechsel Mohls mit dem Bruder Robert enthält keinen Hinweis auf Absprachen der liberal-demokratischen Fraktion. Die Debatten vermitteln nicht den Eindruck, daß eine detaillierte Vorbereitung durch die Fraktion stattgefunden hatte. Obwohl während der Beratungen auch eine ganze Reihe von liberalen Bürgerrechtsforderungen zur Disposition standen, gelang es dem Fraktionsführer Julius Hölder nicht, auch nur einen Bruchteil der Fraktionsmitglieder für seine einschlägigen Anträge zu gewinnen. Der Zusammenhalt der Fraktion beschränkte sich offensichtlich auf die zentralen Konfliktthemen der jeweiligen Session. Im parlamentarischen Alltag, zu dem die Debatte der Gewerbeordnung zählte, fühlten sich die Abgeordneten ungebunden. Dennoch fanden Mohls Anträge die Unterstützung von Teilen der liberaldemokratischen Fraktion. Die wechselnden Abstimmungsergebnisse belegen jedoch den lockeren Zusammenhalt der Oppositionsfraktion.

Die Anträge Mohls führen zu der Frage, inwieweit er seine Positionen durchsetzen konnte. Das Prinzip der Gewerbefreiheit und der Niederlassungsfreiheit der selbständigen Gewerbetreibenden, für die Mohl jahrzehntelang gekämpft hatte, waren 1861 nicht mehr umstritten. Die Anträge, die er zum Niederlassungsrecht, zum Ordnungsrecht und zu den Druckkonzessionen stellte, fanden keine Mehrheit. Gleichwohl wäre es falsch, ihm mangelnden Einfluß zu unterstellen. Die Diskussion um seine Anträge prägte die Debatten. Mohl zwang die Kammer, sich mit seinen Positionen und Ansichten sehr ausführlich auseinanderzusetzen. In den Debatten der Gewerbeordnung wurde keinem zweiten Abgeordneten diese Aufmerksamkeit gewidmet. In der Berichterstattung des Beobachters und der Schwäbischen Kronik über die Kammerdebatten der Gewerbeordnung wurde Mohl in nahezu jedem Bericht erwähnt.

Man kann zwar nicht übersehen, daß Mohl die Debatten außerordentlich dehnte; um das Niveau der Debatten erwarb er sich Verdienste. Die ebenso langen wie wohlfundierten Beiträge forderten den Gegnern eine gründliche Antwort ab, die Mohl einer besserwisserischen Kritik unterzog.¹²⁰ Die schroffe Art seiner Argumentation und seine Fähigkeit, auch im Detail Fragen von prinzipieller politischer Tragweite aufzuspüren, ließ die Konturen des behandelten Gegenstandes klar hervortreten. Dazu trug auch der detailreiche Sonderbericht Mohls zur Gewerbeordnung bei, aus dem sich auch Julius Hölder Argumente für die Niederlassungsfreiheit lieh.

¹²⁰ In der Debatte wies ein Abgeordneter auf die Verhältnisse der französischen Kaminkehrer hin, worauf Mohl ihn aus dem Stegreif mit einem Exkurs in die französische Gesetzgebung über Kaminkehrer seit 1672 belehrte. V.d.K.A., 1856/61, Bd. 5, 136. Sitzung am 13.7.1861, S. 3349.

Zwei Ministerien in einer Person: Die Kontrolle der Verwaltung durch die Landtagskommissionen

»Mohl ist der Vater dieser lange üblichen, weitläufigen württ. Berichterstattung«, erinnert sich der Verleger und langjährige Abgeordnetenkollege Otto Elben in seinem Nekrolog für Moriz Mohl.¹ Hartwig Brandt bemerkt lapidar, »seine Kommissionsberichte waren gefürchtet«, und Otto Elben bezeichnete sie an anderer Stelle gar als unlesbar.² Der Umfang der Kommissionsberichte Mohls forderte bereits die Zeitgenossen zum Spott heraus, der in der Darstellung Hartwig Brandts nachklingt.³ Der Weggefährte und Gegenspieler Mohls in zahlreichen volkswirtschaftlichen Ausschüssen, Frhr. v. Varnbüler, begründete bereits 1853 den Zeitverzug, in den die volkswirtschaftliche Kommission geraten war, mit dem Hinweis auf das Referat Mohls:

»Nun die Sache war so: Der Bericht des Herren Abgeordneten von Aalen ist, wie die Herren im Voraus glauben werden, außerordentlich dickleibig, wir haben 11 Stunden gebraucht, um ihn anzuhören; er ist angefüllt mit einer Masse von Zahlen und Thatsachen.«⁴

Hinter der Kommissionsarbeit Mohls steht jedoch weit mehr als die persönliche Marotte eines übereifrigen, besserwisserischen, schwäbischen Landtagsabgeordneten, als die sie in den Erinnerungen der jüngeren Zeitgenossen und in der Forschungsliteratur aufscheint. Es soll vielmehr gezeigt werden, daß Mohl mit der fundierten Kritik an den Gesetzesvorlagen der Regierung die Verwaltungskontrolle durch die Stände im System der konstitutionellen Monarchie bis an die Grenze des Möglichen auslotete. Dabei bediente er sich modernster sozialwissenschaftlicher Methoden, wie der Autopsie, der Auswertung staatlicher Akten, der Befragung von Sachverständigen und der Versendung aufwendiger Fragebögen, die unter den Begriff der Enquête zusammengefaßt wurden.

¹ Schwäbische Kronik vom 22.2.1888, Nr. 44. Ebenso in O. ELBEN, Lebenserinnerungen, 1931, S. 203 u. S. 205.

² H. BRANDT, Parlamentarismus, 1987, S. 153 Anm. 86; O. ELBEN, Lebenserinnerungen, 1931, S. 223.

³ So bemerkte er zu Mohls Bericht über den preußisch-französischen Handelsvertrag: »Freilich wurden die Abgeordneten auch von einem Kommissionsbericht heimgesucht, der geeignet war, ihr Interesse an der Sache zu erschlagen. Denn das Mohlsche Gutachten über den preußisch-französischen Handelsvertrag – eine Ausarbeitung von 673 doppelspaltigen Seiten – zählt, nehmen wir die deutsche Parlamentsgeschichte zum Maßstab, zu den umfanglichsten Hervorbringungen seiner Gattung.« H. BRANDT, Parlamentarismus, 1987, S. 738.

⁴ V.d.K.A., 1851/53, Protokollbd. 6, 218. Sitzung am 13.5.1853, S. 5 392.

Am Beginn dieses Kapitels steht daher ein Überblick über die Technik der sogenannten Enquête und ihre wissenschaftsgeschichtliche Einordnung. Der zweite Abschnitt wendet sich der verfassungsrechtlichen Bedeutung der Enquête zu und untersucht den rechtlichen Rahmen, der die Arbeit der württembergischen Landtagskommissionen begrenzte. Der dritte und ausführlichste Teil der Kapitels wird den Einsatz und den Erfolg der Enquête bei der Erstellung der Ausschußberichte durch Moriz Mohl zeigen. Die Untersuchung der Vorarbeiten zu vier großen Kommissionsgutachten Mohls wird dazu dienen, die wichtigsten Instrumentarien der Enquête – Akteneinsicht, Erhebungen mit Fragebögen, sowie die Augenscheinnahme (Autopsie) und die Befragung von Sachverständigen – vorzuführen und Chancen wie Grenzen dieses für den modernen Parlamentarismus unentbehrlichen Verfahrens im deutschen Konstitutionalismus herauszuarbeiten.

1. Das Instrument der Enquête

Die Parlamentarismusforschung für das 19. Jahrhundert schenkte der Praxis parlamentarischer Kommissionen bisher kaum Aufmerksamkeit.⁵ Die Umsetzung der Technik der Enquête in der parlamentarischen Arbeit soll im Folgenden erstmals an Hand der Ausschußberichte Moriz Mohls exemplarisch untersucht werden. Die wissenschaftsgeschichtliche wie staatsrechtliche Bedeutung dieses Verfahrens hob Wolfram Siemann in seinem grundlegenden Aufsatz über »die Anfänge parlamentarischer und administrativer Enquêtes in Deutschland«⁶ ins Bewußtsein. Er entwirft darin folgendes Idealbild der Enquête:

»Die Arbeit leistet ein eigens benannter Ausschuß von Sachverständigen, keine bestehende Behörde. Ein akuter Anlaß, z. B. wirtschaftlicher Notstand, begründet eine Enquête. Das Vorgehen des Ausschusses ähnelt einer gerichtlichen Untersuchung; er verhandelt sowohl schriftlich als auch mündlich und öffentlich, vernimmt Zeugen und Sachverständige, bedient sich der Methoden des Kreuzverhörs und der Augenscheinnahme am Ort. Er sammelt dokumentarisches Beweismaterial wie Urkunden, Gutachten und Statistiken. Die Ergebnisse werden anschließend publiziert.«⁷

Das Erkenntnisziel der Enquête ist daher nicht in erster Linie die quantitative, statistische Erfassung der Wirklichkeit, sondern die qualitative und kausale Erforschung und Beschreibung gesellschaftlicher Zustände, die als Problem

⁵ Den besten Überblick zur verfassungsrechtlichen Seite des Enquêterechtes im 19. Jahrhundert bietet W. STEFFANI, 1960. Vgl. auch M. BOITZENHART, *Parlamentarismus 1848, 1977*, der das Untersuchungsrecht sowohl der Paulskirche wie der Landtage der Einzelstaaten in seine Darstellung einbezieht und J. JEKEWITZ, 1986. Die juristische Dissertation von G. WIESEND, 1989, beschränkt sich auf die Darstellung der positiven Rechtsnormen, denen die Ausschüsse unterworfen waren.

⁶ W. SIEMANN, *Zwischen Ordnungs- und Sozialpolitik*, 1989.

⁷ Ebd., S. 296.

wahrgenommen wurden und deren Ursachen erkannt und behoben werden sollten.

In Deutschland setzten zuerst die Verwaltungen Enquêtes bzw. enquête-ähnliche Verfahren ein, wobei nicht immer soziale Notlagen Ziel der Untersuchung waren.⁸ Die württembergische Regierung veranlaßte 1819 eine Umfrage an die Oberämter zur Erforschung der wirtschaftlichen Lage in den neuwürttembergischen Gebieten.⁹ Die Enquête diente auch als Instrument der Herrschaftssicherung, wie die Mainzer Zentraluntersuchungskommission vor Augen führt. Sie sollte nach dem Mord an dem Dichter August von Kotzebue in den Staaten des Deutschen Bundes die »revolutionären Umtriebe und demagogischen Verbindungen«¹⁰ und deren Ursachen im Auftrag des Bundestages aufdecken.

Bis zur Revolution 1848/49 blieb die Enquête in Deutschland ein Instrument der Verwaltung, während es vor allem in England inzwischen zu einem Kontrollmittel des Parlaments entwickelt worden war. Den deutschen Landtagen des Vormärz fehlte jede rechtliche Voraussetzung für den Einsatz von Untersuchungsausschüssen, wie im nächsten Abschnitt gezeigt wird.

Die deutschen Nationalökonomien und Statistiker des Vormärz kannten, rezipierten und benutzten die Ergebnisse der englischen, französischen und belgischen Parlamentsausschüsse. So nannte Moriz Mohl noch 1873, als in einer Geschäftsordnungsdebatte über die Ausführlichkeit der Ausschußreferate gestritten wurde, die belgischen Parlamentsberichte aus der Mitte der 1840er Jahre zur sozialen Lage der Bevölkerung als herausragende Beispiele für die Notwendigkeit gründlicher Berichterstattung.¹¹ In Mohls Nachlaß stößt man häufig auf die blau eingebundenen Berichte des englischen Parlaments, aber auch auf Berichte der französischen Nationalversammlung zu den unterschiedlichsten Themen.¹²

Die Methode der Enquête beschrieb der badische Statistiker und Nationalökonom Johannes Fallati 1846 in zwei »bahnbrechenden«¹³ Aufsätzen in der

⁸ Ebd., S. 297.

⁹ Vgl. G. SEYBOLD, 1974, S. 9 f.

¹⁰ So der Bundesbeschluß vom 20.9.1819, zitiert nach W. SIEMANN, *Zwischen Ordnungs- und Sozialpolitik*, 1989, S. 297.

¹¹ V.d.K.A., 1870/73, Protokollbd. 6, 126. Sitzung am 4.1.1873. Die Reaktion die der Siebzigjährige in der Kammer erntete, zeigt, daß die letzte Krise des Pauperismus in Württemberg schon zwanzig Jahre zurücklag. Mohl, S. 3 325: »Es ist in diesen beiden Provinzen Belgiens [...] das Elend so groß geworden, daß laut der Angaben in der Enquête und dem Kommissionsberichte die Leute buchstäblich auf der Straße umgefallen sind vor Hunger. (Gelächter) Sie lachen, meine Herren, ich weiß nicht, was hier zu lachen ist.«

¹² Von einem Bericht zu Algier an die französische Nationalversammlung 1851/52 (Miscell. Mohlsche Sammlung 8°, Kaps. 1), über die Ersparnisse von Arbeitern: »Report. Savings of the Middle and Working Classes. Ordered, by The House of Commons, 5.7.1850« (Miscell. Mohlsche Sammlung fol., Kaps. 1) bis zu französischen und englischen Broschüren und Kammerdrucksachen zum Unterrichtswesen seit 1835 (Miscell. Mohlsche Sammlung 8°, Kaps. 49 u. 50).

¹³ W. SIEMANN, *Zwischen Ordnungs- und Sozialpolitik*, 1989, S. 298. J. FALLATI, Gedanken über Mittel und Wege zu Hebung der praktischen Statistik, 1846; DERS., Einige Mitteilungen über die Einrichtung statistischer Enquêtes in England, Frankreich und Belgien, 1846. In diesem Aufsatz,

Zeitschrift für die gesamte Staatswirtschaft, die Moriz Mohls Bruder Robert mitherausgab. In der Anwendung der Technik der Enquête außerhalb des Behördenapparates betrat der preußische Statistiker Friedrich Wilhelm von Reden 1845/46 »methodisches Neuland«¹⁴, indem er unter dem Eindruck der sozialen Krise des Pauperismus nach einem neuen Weg zur Erforschung von dessen Ursachen und Lösungsmöglichkeiten suchte. Friedrich Wilhelm von Reden versandte an Fachleute in ganz Deutschland einen Fragenkatalog zum Verhältnis von Löhnen und Lebenshaltungskosten, den er mit exakten Begriffsbestimmungen und Erläuterungen seines Untersuchungszieles versah, um einheitliche und systematisierbare Antworten zu erhalten. Jürgen Reulecke charakterisiert dieses Verfahren »als innovatorisch zu bewertenden Schritt von der bisherigen wahllosen und oft unkritischen wie auch ungewichteten Verwendung von Informationen über die Lage der Unterschichten hin zu den Anfängen einer empirischen Sozialforschung mit wissenschaftlichem Anspruch.«¹⁵

Die Erwähnung von Fallati und von v. Reden dient nicht nur der wissenschaftsgeschichtlichen Einordnung der Mohlschen Enquêtes, sie ist auch von biographischer Bedeutung. Als in der Revolution 1848/49 für kurze Zeit »fürstliches Verwaltungsmonopol«, »eingeschränkter Konstitutionalismus« und »praktizierte Zensur«¹⁶, die Wolfram Siemann als blockierende Faktoren gegen die Entwicklung der modernen Parlamentsenquête in Deutschland herausstellt, ihre Gewalt verloren, bedienten sich Märzregierungen wie Parlamentsausschüsse unverzüglich des neuen Instruments.¹⁷ Im volkswirtschaftlichen Ausschuß der Paulskirche traf Moriz Mohl auf Friedrich Wilhelm v. Reden und Johannes Fallati und beteiligte sich an der Enquête des Ausschusses über den zu schaffenden Zolltarif des deutschen Reiches.

Moriz Mohl war daher durch die Tätigkeit als Ministerialbeamter, durch die volkswirtschaftliche Lektüre und durch die praktische Zusammenarbeit mit den beiden Pionieren im Ausschuß der Paulskirche mit der Technik der Enquête vertraut. Im württembergischen Landtag versuchte er deren Instrumente für die eigene Ausschußarbeit fruchtbar zu machen.

2. Der verfassungsrechtliche Handlungsspielraum der Landtagskommissionen

Die Grenzen, die den Kommissionen der deutschen Landtage verfassungsrechtlich gezogen waren, werden am leichtesten sichtbar, wenn man ein Referenzsy-

S. 742, dient Fallati eine belgische Enquête über die Notlage in der Leinenindustrie aus dem Jahr 1841 als Beispiel, auf die sich unter Umständen auch Mohl im oben erwähnten Fall bezogen haben könnte.

¹⁴ J. REULECKE, 1981, S. 364 f.

¹⁵ Ebd., S. 365.

¹⁶ W. SIEMANN, Zwischen Ordnungs- und Sozialpolitik, 1989, S. 299.

¹⁷ W. SIEMANN, Zwischen Ordnungs- und Sozialpolitik, 1989, S. 299 f.

stem heranzieht. Im Mutterland der parlamentarischen Enquêtes, in England, verfügte das Parlament über zwei Privilegien, durch die die Untersuchungskommission zur scharfen Waffe gegen die Regierung werden konnte.¹⁸ Die Kommissionen des englischen Parlaments besaßen die Ermächtigung »to send for Persons, Papers and records«.¹⁹ Das Erscheinen der Zeugen konnten die Kommissionen erzwingen, da eine Nichtbefolgung der Vorladung als »breach of Privileges«, als Mißachtung des Parlaments, mit Strafe bedroht war. Unter bestimmten Umständen durften diese Zeugen unter Eid vernommen und gegebenenfalls für Falschaussagen bestraft werden.²⁰ Das zweite Privileg sah das Recht vor, sich Akten der Regierung, die mit dem Untersuchungsgegenstand in Zusammenhang standen, vorlegen und diese auch veröffentlichen zu lassen.²¹ Damit waren dem Aufklärungswillen des Englischen Parlaments keine rechtlichen Schranken gesetzt, da sich weder Privatpersonen noch Regierungsvertreter einer Anhörung entziehen, noch die Verwaltung Akten zurückhalten konnte.

Dem deutschen Konstitutionalismus waren diese richterlichen Befugnisse des Parlaments und der Übergriff auf den exremen Bereich des Landesherren, die Verwaltung, fremd.²² Die württembergische Verfassung von 1819 enthält keinen Artikel, der das Recht zur Tatsachenerhebung oder dessen Beschränkung auch nur erwähnt. Die Abgeordneten des württembergischen Landtages besaßen lediglich die Möglichkeit, durch das Einbringen einer Petition, die an eine Kommission verwiesen wurde, die Ausarbeitung eines Parlamentsberichtes zu einem erkannten Mißstand zu veranlassen.²³ Die Recherchen mußte der Ausschuß im Konfliktfall jedoch ohne jede Einsichtnahme in amtliche Unterlagen und ohne die Befragung von Zeugen durchführen.

Die kurhessische Verfassung von 1831, die »unter der den Verfassungen des deutschen Frühkonstitutionalismus die radikalste«²⁴ war, gesteht der Kammer immerhin zu, »über alle Verhältnisse, welche nach ihrem Ermessen auf das

¹⁸ J. HATSCHKE, 1905, Bd. 1, S. 422 f. Vgl. auch W. STEFFANI, 1960, S. 19 ff. Praxis und Recht der englischen Untersuchungsausschüsse anschaulich bei G. COHN, Ueber parlamentarische Untersuchungen in England, 1875, zu diesem Aufsatz vgl. W. SIEMANN, Zwischen Ordnungs- und Sozialpolitik, 1989, S. 305. Gustav Cohn bedankte sich am 13.7.1877 in einem Brief an Moriz Mohl für dessen wohlwollende Beurteilung und die Übersendung statistischen Materials, Miscell. Mohlsche Sammlung 8° Kaps., Nr. 46.

¹⁹ J. HATSCHKE, 1905, Bd. 1, S. 414, Anm. 2.

²⁰ J. HATSCHKE, 1905, Bd. 1, S. 422, Anm. 3 und S. 422 f.

²¹ J. HATSCHKE, 1905, Bd. 1, S. 423.

²² Der Rechtshistoriker J.-D. KÜHNE, 1989, S. 97, vertritt die Auffassung, das Untersuchungsrecht sei im Vormärzkonstitutionalismus errungen und praktiziert worden. Die folgende Darstellung wird zeigen, daß dies nicht der Fall war. Vgl. dazu auch H. BRANDT, Parlamentarismus, 1987, S. 140, Anm. 49.

²³ Zur Wirkung des Petitionsrechtes vgl. H. BRANDT, Parlamentarismus, 1987, S. 273. E. R. HUBER, Verfassungsgeschichte Bd. I, 1967, S. 349 f. nennt das Petitionsrecht einen Ersatz für das Recht der Interpellation, d. h. Auskunft von einem Minister zu verlangen. Das Untersuchungsrecht selbst erwähnt Ernst Rudolf Huber im Zusammenhang mit den gewährten und vorenthaltenen Rechten der Kammern im Frühkonstitutionalismus nicht.

²⁴ E. R. HUBER, Verfassungsgeschichte Bd. II, 1960, S. 68.

Landeswohl wesentlichen Einfluß haben, die zweckdienliche Aufklärung von den landesherrlichen Kommissaren zu begehren«. ²⁵ Ein selbständiges, strafbewehrtes Zeugenvernehmungsrecht und der Zwang zur Vorlage von Akten war auch hier nicht vorgesehen. Selbst die demokratische Staatsrechtslehre des deutschen Vormärz ging in ihren Forderungen nicht weit über dieses »Muster einer liberalen Konstitution hinaus«. ²⁶ Carl von Rotteck zählte zwar 1830 »das Recht der Kenntnisaufnahme von Allem, was im Staate vorgeht oder ist« zu den Rechten, die den Kammern im konstitutionellen System zustehen sollten, bemerkte jedoch sogleich einschränkend:

»Doch ist dieses Recht nicht gleichbedeutend mit dem der Regierung zustehenden unmittelbaren Aufsichts- oder Inspektionsrecht, d. h. in der Regel nicht verbunden mit selbsteigener Untersuchungsgewalt, sondern meist nur darin bestehend, daß die Regierung ihnen nichts verheimlichen darf[...].« ²⁷

Daraus leitet Rotteck dennoch die Verpflichtung der Regierung ab, alle einschlägigen Akten auf Verlangen den Ständen vorzulegen. Instrumente, die die Kontrolle und Erzwingung dieser Aktenvorlage ermöglicht hätten, erwog Rotteck nicht, da ihre Existenz und Anwendung den konstitutionellen Dualismus gesprengt hätte.

Die deutsche Nationalversammlung in Frankfurt legte sich bereits in ihrer Geschäftsordnung das Recht zu, »Zeugen und Sachverständige vorzufordern, zu vernehmen und vernehmen zu lassen, oder mit Behörden in Verbindung zu treten.« ²⁸ Die materielle Ausdehnung dieses Rechtes blieb jedoch offen. Der Antrag des Abgeordneten Rösler von Oels, die Nationalversammlung solle für sich beanspruchen, die Regierungen und Behörden zur Aktenvorlage verpflichten und Beamte wie Privatpersonen unter Eid verhören zu können, wurde ohne Diskussion an die Prioritätenkommission verwiesen. ²⁹ Dem Verfassungsausschuß der Paulskirche lag es jedoch fern, dem Vorbild »anderer freier Staaten« ³⁰ zu folgen und in diesem Punkt mit den Befugnissen des englischen Parlaments gleichzuziehen. In seinem überarbeiteten Verfassungsentwurf änderte der Ausschuß die Formulierung des § 103, die dem Reichstag das »Recht der Untersuchung« ³¹ einräumte, in das Recht der »Erhebung von Thatsachen«, da gegen das Wort »Untersuchung« eingewandt wurde, »daß man leicht an gerichtliche denken könne«. ³² Der § 99 der Reichsverfassung bezeichnet das

²⁵ Die Fortsetzung von § 92 lautet: »Auch werden in geeigneten Fällen die Vorstände der betreffenden Ministerial-Departements persönlich der Ständeversammlung die gewünschte Auskunft erteilen.« § 93 gesteht dieses Recht in Etatfragen auch den Ausschüssen direkt zu; zitiert nach E. R. HUBER, *Dokumente*, 1961, Bd. 1, S. 214.

²⁶ So P. M. EHRLE, 1979, S. 151 über die kurhessische Verfassung. Zum Untersuchungsrecht der Kammern in der Staatsrechtslehre des Vormärz vgl. H. BOLDT, *Staatslehre*, 1975, S. 102.

²⁷ C. v. ROTTECK, *Lehrbuch des Vernunftrechts*, 1830, Bd. 2, S. 244.

²⁸ § 24 der Geschäftsordnung, Wigard, Bd. 1, S. 164. Vgl. W. STEFFANI, 1960, S. 46 ff.

²⁹ Wigard, Bd. 1, S. 194.

³⁰ Röseler von Oels a. a. O.

³¹ J. G. DROYSEN, *Aktenstücke*, 1924, S. 784.

³² So der Abg. Telkamp in der Kommission, zitiert nach J. G. DROYSEN, *Aktenstücke*, 1924, S. 535.

Untersuchungsrecht des Reichstags dann auch dürr mit dem Recht der »Erhebung von Tatsachen«. ³³

Moriz Mohl bestand dagegen im Verfassungsentwurf für die württembergische Landesversammlung im Dezember 1849 auf der konkreten Ausformulierung des richterlichen Untersuchungsrechtes des Parlaments. ³⁴ Die Landesversammlung sollte über alle Kompetenzen einer gerichtlichen Behörde wie das strafbewehrte Recht der Zeugenvorladung und Vereidigung verfügen und ein materiell unbeschränktes Untersuchungsrecht nicht nur gegen Behörden, sondern auch gegen Körperschaften und Private besitzen. Hinter dieser konsequenten Fundierung der Macht des Parlamentes stand freilich auch die Vorstellung Mohls von der polizeistaatlichen Allgewalt des Staates über die Gesellschaft, die er hier auf das Parlament überträgt.

Die Notwendigkeit richterlicher Befugnisse für die Kammern sahen die demokratischen Fraktionskollegen keineswegs so deutlich wie Mohl. Offensichtlich respektierten sie noch einen autonomen Bereich der Verwaltung, der der Gewalt der Kammer nicht unterworfen werden sollte. Der Entwurf der Geschäftsordnung für die verfassunggebende Landesversammlung formulierte das Recht, die Vorlage von Akten zu »verlangen« und »Zeugen und Sachverständige zur Äußerung aufzufordern«. ³⁵ Auf Vorhaltungen des Ministers gab der Verfasser des Entwurfes ein eigenständiges Untersuchungsrecht sofort auf und beeilte sich zu erklären, daß dem Landtag dabei kein »Zwangsrecht« zustehe. ³⁶ Mohl widersprach seinem demokratischen Kollegen Karl August Fetzer nicht.

Der Geschäftsordnungsentwurf der ersten Landesversammlung lag auch der Debatte der Geschäftsordnung für den ersten nachrevolutionären Landtag Württembergs 1851 zugrunde, die bis 1873 Gültigkeit behalten sollte. Der oben bereits zitierte Artikel zur Aktenvorlage wurde unverändert eingebracht, worauf Innenminister Linden bemerkte:

»Das wird jedenfalls, wie man zu sagen pflegt, cum grano salis zu nehmen seyn. Die Minister haben natürlich darüber zu erkennen, ob sie im Stande sind, diesem *Ersuchen* Statt zu geben.« ³⁷

³³ H. BOLDT, Reich und Länder, 1987, S. 406.

³⁴ »§ 238 Erhebung von Thatsachen. Dagegen hat die Landesversammlung das Recht, durch Commissionen, welche sie aus ihrer Mitte wählt, Thatsachen jeder Art sowohl mittelst schriftlicher Einforderung von Aeußerungen sämtlicher öffentlicher Behörden, Körperschaften und Privaten, als durch Vernehmung erheben zu lassen. Ihre zu diesem Ende niedergesetzten Commissionen haben das Recht, die von ihnen vorgeforderten Zeugen zu beedigen, und es stehen denselben überhaupt alle in § 88 gedachten Befugnisse zu, ohne Unterschied, auf welche Veranlassung die Untersuchung angeordnet wurde.« Beilagen 1. LV, S. 136. § 88 legt der Landesversammlung alle Kompetenzen einer gerichtlichen Behörde zu.

³⁵ Erste LV, Sitzung am 7.12.1849, S. 34; vgl. auch M. BOTZENHART, Parlamentarismus 1848, 1977, S. 509 f.

³⁶ »Wenn also das Ministerium erklärt, es könne diese Akten nicht hergeben, oder es wolle sie nicht hergeben, hat die Commission allerdings kein Zwangsrecht gegen, das Ministerium[...]«. 1. LV, Sitzung am 7.12.1849, S. 34.

³⁷ V.d.K.A. 1851/53, Protokollbd. 1. 7. Sitzung am 17.5.1851, S. 66. Hervorhebung im Original.

Der Berichterstatter, der Demokrat Eduard Süskind, gab in seiner Antwort das Untersuchungsrecht der Kammer preis, ohne daß daraufhin auch nur ein Einwand aus dem Plenum zu vernehmen gewesen wäre:

»[...] es seye nicht anders verstanden, als daß die Commissionen die Mittheilung von Aufschlüssen und Akten begehren können, ob es dann dem Ministerium entspricht, sey lediglich seine Sache.«³⁸

Die Grundlage der Kommissionsarbeiten Mohls bildete dem Wortlaut nach der § 21 der Geschäftsordnung, der den Ausschüssen erlaubte, Minister einzuladen und sie um die Vorlage von Akten zu »ersuchen«, sowie Zeugen und Sachverständige zu hören.³⁹ Die Regierung erkannte jedoch die Geschäftsordnung der Kammer und damit auch das Untersuchungsrecht für sich nicht als bindend an.⁴⁰

Julius Hölder nahm 1865 das Untersuchungsrecht in den Forderungskatalog für die Verfassungsrevision auf, da die Kammer bei der Prüfung von behördlichen Wahlmanipulationen immer wieder auf Behinderungen gestoßen sei.⁴¹ In der zunächst defensiv auf die Wahrung ständischer Rechte gerichteten Argumentation ging Julius Hölder dennoch weiter als die württembergischen Demokraten der Revolutionszeit, indem er allein Staatsgeheimnisse von der Mitteilungspflicht der Regierung an die Kammer ausgeschlossen wissen wollte und Zwangsrechte für die Zeugenbefragung verlangte.⁴² Die Regierung ging auf diesen Wunsch nicht ein, und der ritterschaftliche Abgeordnete Frhr. v. Gültlingen wiederholte 1874 den Antrag, das Recht der Kammern in die Verfassung aufzunehmen, »Kommissionen zur Untersuchung von Thatsachen zu ernennen«, die über »alle einer staatlichen Untersuchungsbehörde zustehenden Rechte« verfügen sollten.⁴³ In seiner Begründung für »dieses parlamentarische Recht« bezog sich der Freiherr ausdrücklich auf die Verfassungen von England, Frankreich und Belgien. Dennoch blieb er dem dualistischen System des Konstitutionalismus verhaftet, wenn er gleichzeitig vor einem Mißbrauch zu »inquisitorischen Verfahren« und zu »Übergriffen [...] auf das Gebiet der Staatsverwaltung« warnte.⁴⁴ Der Berichterstatter der staatsrechtlichen Kommission nannte Frhr. v. Gültlingens Antrag zwar »von sehr großer Wichtigkeit und Tragweite«⁴⁵, aus seiner Antwort geht jedoch auch hervor, daß die Kammer

³⁸ Ebd.

³⁹ »§ 21 [...] Es steht ihnen zu, die einzelnen Ministerien um die Mittheilung von Aufschlüssen und Akten zu ersuchen, auch die Minister einzuladen, entweder persönlich oder durch Bevollmächtigte ihren Sitzungen anzuwohnen. Sie haben das Recht, sowohl von Mitgliedern der Versammlung als anderen Personen Eingaben, die sich auf die ihnen erteilten Aufträge beziehen, anzunehmen, sowie erforderlichen Falls Zeugen und Sachverständige zur Äußerung zu veranlassen.« V.d.K.A., 1851/53, Beilagenbd. 1, Abt 1, S. 36.

⁴⁰ Vgl. H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 182.

⁴¹ V.d.K.A., 1862/65, Protokollbd. 4, 130. Sitzung am 3.4.1865, S. 3 052.

⁴² Ebd., S. 3 052 f. Der knappe Bericht des Abgeordneten Wächter über Hölders Antrag, V.d.K.A., 1862/65, Beilagenbd. 1, Abt. 5, S. 3 774–3 775, fügt der Begründung Hölders nichts hinzu.

⁴³ V.d.K.A., 1871/75, Protokollbd. 9, 191. Sitzung am 2.1.1874, S. 5 061.

⁴⁴ Ebd., S. 5 062.

⁴⁵ Ebd., S. 5 063.

bisher noch nie die Notwendigkeit gesehen hatte, von ihrem selbst zugelegten Untersuchungsrecht Gebrauch zu machen. Der Antrag wurde ohne Diskussion an die Staatsrechtliche Kommission verwiesen und hat diese wohl nicht mehr verlassen.⁴⁶ Die Geschäftsordnung des Landtags vom 16. Juni 1875 wiederholte wortgleich die einschlägigen Sätze der Geschäftsordnung von 1851.⁴⁷ Das Innenministerium verzichtete darauf, diesen milden Übergriff auf die Verfassung mit dem Mittel der Geschäftsordnung zu monieren, da die Abgeordneten bisher das Untersuchungsrecht nicht genutzt hätten.⁴⁸

Das Enquêterecht zählte nicht zu den vordringlichsten staatsrechtlichen Wünschen der deutschen Liberalen und Demokraten. Selbst in Augenblicken, in denen sie hoffen konnten, ihre verfassungspolitischen Vorstellungen durchzusetzen, verzichteten sie auf dieses in England bewährte und entwickelte Instrument, das, so Max Weber, die »gesicherte fortlaufende Kontrolle und Mitarbeit der Parlamentsausschüsse mit und gegenüber der Verwaltung« garantierte.⁴⁹ Der grundlegende Respekt vor einem autonomen Bereich der Verwaltung, der dem unmittelbaren Zugriff der Stände entzogen bleiben sollte, wurde auch von den württembergischen Demokraten der Reaktionszeit nicht überwunden. Selbst Moriz Mohl, der unermüdlich alle Techniken der Enquête, soweit sie ihm rechtlich zu Gebote standen, einsetzte, erhob über die Formulierung in seinem Verfassungsentwurf hinaus weder in den Debatten der Landesversammlungen noch in der Kammer die Stimme für das Untersuchungsrecht des Parlaments.

3. Die Praxis der Informationsbeschaffung

Auch wenn die württembergische Regierung der Kammer das Recht bestritt, Akteneinsicht zu fordern, bemühte sich Moriz Mohl doch, für die Ausschussarbeit Regierungsunterlagen nutzen zu können, wie dies an den Vorarbeiten über den Kommissionsbericht zu einem Weiderechtsablösegesetz gezeigt werden soll.

Am 8. September 1857 legte die Regierung der Kammer ein Gesetz »betreffend die Ausübung und Ablösung der Weiderechte auf landwirtschaftlichen Grundstücken« vor.⁵⁰ Hinter diesem unspektakulären Titel verbarg sich ein weiterer Schritt in dem säkularen Prozeß der Agrarreformen, in deren Zuge die seit dem Mittelalter überkommenen, sich überlagernden Eigentums- und Nut-

⁴⁶ Wie eine Durchsicht der Parlamentsakten nahelegt. R. MENZINGER, 1969, S. 75, die den Antrag beiläufig erwähnt, gibt ebenfalls keinen Aufschluß über dessen Schicksal.

⁴⁷ K.d.A. 1875/76, Beilagenbd. I., 1. Abt., Beil. 69, S. 267–275, § 52.

⁴⁸ R. MENZINGER, 1969, S. 77.

⁴⁹ M. WEBER, *Wirtschaft und Gesellschaft*, 1976, S. 856. Vgl. auch W. SIEMANN, *Zwischen Ordnungs- und Sozialpolitik*, 1989, S. 300.

⁵⁰ V.d.K.A., 1855/61, Beilagenbd. I., 2. Abt., Beil. 120, S. 573–603, Gesetzentwurf, betreffend die Ausübung und Ablösung der Weiderechte auf landwirtschaftlichen Grundstücken.

⁵¹ Vgl. W. SIEMANN, *Deutschland 1806–1871*, 1995, S. 123.

zungsrechte der landwirtschaftlichen Produktionsflächen aufgelöst wurden.⁵¹ Der Besitz des Grundeigentums war nicht gleichbedeutend mit der Verfügung über die verschiedenen Nutzungen, die auf diesem Boden möglich waren. Im Falle des Weiderechtes etwa mußte der Grundeigentümer dulden, daß der Inhaber des Weiderechtes sein Vieh zu bestimmten Zeiten auf dessen Grund zur Weide trieb. Die Grundeigentümer, in diesem Fall meistens Bauern und Gemeinden, sahen sich durch die Wahrnehmung dieses Nutzungsrechtes unter Umständen Schäden und Bewirtschaftungsbeschränkungen ausgesetzt, die sie daran hinderten, den maximal möglichen Bodenertrag zu gewinnen. Das Weidegesetz, das einen Schlußstein innerhalb der weitgehend vollzogenen württembergischen Agrarreformen bildete, diente damit zum einen dem neuen Ideal einer nach betriebswirtschaftlichen Methoden an der Gewinnmaximierung orientierten Landwirtschaft, das Anfang des 19. Jahrhunderts entwickelt wurde.⁵² Zum anderen verbargen sich hinter dem Begriff der »Ablösung« erhebliche Vermögensumschichtungen, da die Inhaber des Weiderechtes vom Grundstückseigentümer durch Geld für den Verzicht auf die Nutzung entschädigt werden sollten.

Sowohl dieser Umverteilungsaspekt zugunsten der meist adeligen Weiderechteinhaber wie auch die wirtschaftspolitische Seite des Gesetzes trafen den Kern der politischen Anliegen Mohls. Nicht weniger als dreieinhalb Jahre nach der Einbringung des Gesetzentwurfes, am 1. Mai 1861, sah sich der Mitberichterstatte der Kommission für Landeskulturgesetzgebung Moriz Mohl in der Lage, sein Minderheitsgutachten vorzulegen⁵³, nachdem das Gutachten des Hauptberichterstatters Frhr. v. Varnbüler, das dieser noch 1857 erstellt hatte⁵⁴, nicht seine Zustimmung gefunden hatte. Schon der einleitende Satz zu einem Abschnitt des Mohlschen Gutachtens vermittelt einen Einblick in die Ursachen dieser Verzögerung:

»Wenn man die Geschichte der deutschen Agrarverhältnisse von Julius Cäsar über Tacitus an mittelst gründlichen Quellenstudiums sowohl als mittelst Verfolgung der deutschrechtlichen und rechtsgeschichtlichen (germanistischen) Literatur sorgfältig verfolgt, so überzeugt man sich, daß die Weiderechte der Bauern [...] diejenigen Rechte waren, die den Eingriffen des Adels am längsten widerstanden.«⁵⁵

Mohl las die Regierungsvorlage des Frhrn v. Linden als einen Versuch, mit der Ablösung der überwiegend adeligen Weiderechtigungen auf dem Land der Bauern und Gemeinden seiner »schönen Kaste«⁵⁶ einen letzten Eingriff in das

⁵² Vgl. W. SIEMANN, Deutschland 1806–1871, 1995, S. 135 f.

⁵³ K.d.A., 1851/61, Beilagenbd. I, 3. Abt., Beil. 322, S. 1983–2133, »Zum Bericht der Commission für das Landeskulturgesetz über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Ausübung und Ablösung der Weiderechte auf landwirtschaftlichen Grundstücken.«

⁵⁴ So Moriz Mohl in einem Brief an Julius von Stefflin, Würzburg, vom 6.11.1857, eingelegt in das Antwortschreiben v. Stefflins. LB Stuttgart, Cod. hist 4° 742 Fasc. 15, Umschlag »Weidegesetz 6. Mohlsche Korrespondenz und Exzerpte«.

⁵⁵ S. 32 des Berichtes, S. 2014 des Beilagenbandes.

⁵⁶ Brief Moriz Mohls an Robert Mohl vom 10.10.1859, Nr. 352.

Vermögen der Bauern zu erlauben, da der Entwurf »blos darauf berechnet ist, dem Adel ungeheueres Capital unrechtmäßigerweise in den Rachen zu jagen.«⁵⁷

Die Motivation, die Mohl befähigte, »mehrere Jahre seines Lebens einer so speziellen Materie zu widmen, zumal wenn man einen unmittelbaren Erfolg der Arbeit nicht voraussieht«⁵⁸, lag nicht nur in seinem verletzten Gerechtigkeitsempfinden. Sie ist vielmehr auch in dessen Glauben an die normative Kraft der Wissenschaft zu suchen. Nach zweieinhalbjährigen Vorstudien klagte Mohl seinem Bruder Robert über die Vielschichtigkeit der agrarischen Rechtsverhältnisse in Württemberg:

»Wenn man aber nicht alle diese Verhältnisse aufs Genaueste untersucht, so spricht man wie der Blinde von der Farbe und macht ein, in die vitalsten Verhältnisse tief einschneidendes Gesetz in den Tag hinein. Varnbüler hat sich die Sache leicht gemacht, weil es ihm um den Eigennutz der Berechtigten zu thun, und dieser leicht herauszufinden war. Aber es gilt nicht nur, ihn hier aus dem Felde zu schlagen, sondern auch die Verhältnisse der Einzelnen und der Gemeinden zu einander auf eine gerechte und beiden Theilen zuträgliche Weise zu berücksichtigen, und übrigens [...] soviel wie möglich der eigenen natürlichen Entwicklung der Landwirtschaft zu überlassen.«⁵⁹

Die Wissenschaft, die Orientierung an den Tatsachen, weise den Weg zu einer objektiven und damit zu einer notwendigerweise gerechten Gesetzgebung. Der Einsatz der Wissenschaft und der gesellschaftliche und politische Fortschritt stellten für Mohl ein Zwillingsspaar dar. Der Gesellschaft liege ein Gesetz »der eigenen natürlichen Entwicklung«⁶⁰ zugrunde, dessen Handlungsanweisungen wissenschaftlich erforschbar seien und damit objektiv in der Politik umgesetzt werden könnten. Ebenso wie die gesellschaftliche Entwicklung für Mohl nur ein Ziel haben konnte, so gab es für ihn immer nur einen richtigen Weg dorthin, der sich durch gründliche, auf empirische Datenerhebung basierende Forschung finden ließ. Mohl konnte sich daher in seinem Gutachten nicht damit begnügen, die Bevorrechtung des Adels zu benennen, welche die »natürliche«⁶¹ Entwicklung der Gesellschaft hemmte. Er mußte sie Paragraph für Paragraph wissenschaftlich beweisen, um damit die Politik der Regierung korrigieren zu können.

Wenige Wochen nach der Vorlage des Gesetzes begann Mohl mit der Erforschung der Weiderechtsverhältnisse in Württemberg, wobei er sich aller in diesem Kapitel vorzustellenden wissenschaftlichen Methoden bediente. Zunächst schrieb er an Bekannte in allen Landesteilen und legte ihnen differenzierte Fragen zum Gegenstand des Gesetzes vor, wie ein kleiner Ausschnitt aus dem Fragenkatalog an Julius von Stefflin vom 6.11.1857 illustriert:

⁵⁷ Brief Moriz Mohls an Robert Mohl vom 27.10.1857, Nr. 276.

⁵⁸ Brief Moriz Mohls an Robert Mohl vom 10.10.1859, Nr. 352.

⁵⁹ Brief Moriz Mohls an Robert Mohl vom 18.4.1860, Nr. 16.

⁶⁰ Ebd.

⁶¹ Ebd.

»1. Sind Ihnen Fälle bekannt und welche, wo Grundherren das Weiderecht auf fremden Grund und Boden haben?

Bejahenden Falls: worin bestehen die fraglichen Weide-Rechte? In Schafweide Rechten? Sommer oder Winterweiden?«⁶²

Mohl erkannte rasch, daß die Ergebnisse dieser privaten Korrespondenz sein Informationsbedürfnis nicht hinreichend befriedigen konnten, auch wenn sich einige Briefpartner zu eigenen umfangreichen Gutachten aufgefordert sahen.⁶³

Er versuchte daher, sich Zugang zu den behördlichen Informationen zu verschaffen. Am 5.12.1857 bat er das Direktorium der Zentralstelle für Landwirtschaft um »die Mitteilung von Akten über das Weidewesen in Württemberg«. ⁶⁴ Die Antwort der Zentralstelle führt vor Augen, daß Mohl hier Neuland betrat:

»[...] da es den bisher beobachteten Grundsätzen nicht entspreche, ganze Acten Convolute der Regierungsbehörden auf den Wunsch von Cammer-Mitgliedern an diese auszufolgen, das K. Ministerium des Inneren uns zur Abgabe der gewünschten Akten nicht ermächtigt, dagegen sich geneigt erklärt hat, einzelne, in Beziehung auf obigen Gegenstand von Ihnen zu stellende Fragen bereitwillig zu beantworten.«⁶⁵

Schriftliche Auskünfte der Zentralstelle über das Weiderechtsgesetz wünschte Mohl nicht. Die Zentralstelle hatte bereits 1852 und 1855 umfangreiche Erläuterungen zu einem Landeskulturgesetz unter barockem Titel im Druck erscheinen lassen.⁶⁶ Sie stützte sich dabei auf zwei Umfragen, die sie an alle knapp 2 000 Schultheißenämter gesandt hatte. Die Antworten auf diese Fragebogenenquôte waren es, die Mohl einsehen wollte.

Er wandte sich nach der Absage einer zweiten behördlichen Informationsquelle zu, und zwar den Gerichtsakten des königlichen Obertribunals. Von der Untersuchung der Rechtsprechung nach dem Schäfereigesetz von 1828⁶⁷, auf das der Weiderechtsgesetzentwurf aufbaute, erhoffte er sich Erkenntnisse über die Weideverhältnisse und die Rechtspraxis. Der Civil-Senat des königlichen Ober-Tribunals gestattete ihm am 5.1.1858 die Akteneinsicht unter der Auflage, daß »mit aller Schonung des Privat-Interesses der beteiligten Parteien vorge-

⁶² Brief Moriz Mohls an Julius von Stefflin, Würzbach, eingelegt in das Antwortschreiben v. Stefflins. LB Stuttgart, Cod. hist 4° 742, Fasc. 15, Umschlag »Weidegesetz 6. Mohlsche Korrespondenz und Exzerpte«. Die Technik der Enquôte durch Fragebögen, die Mohl hier in unsystematischer Weise nutzte, wird unten an einem geeigneteren Beispiel vorgeführt.

⁶³ Ebd.

⁶⁴ So das Antwortschreiben des Direktoriums der Zentralstelle vom 7.12.1857. LB Stuttgart, Cod. hist 4° 742 Fasc. 15, Umschlag »Weidegesetz 6. Mohlsche Korrespondenz und Exzerpte«.

⁶⁵ Ebd.

⁶⁶ Entwurf eines Landes-Kultur-Gesetzes für Württemberg mit Erläuterungen, nebst Erörterungen über verschiedene Fragen des Landwirtschafts-Rechts, einen Abriß der alten Agrar-Verfassung und einer Darstellung der gegenwärtigen Feldbausysteme und Weidebetriebsarten Württembergs und der in demselben anzubringenden Verbesserungen. Verfaßt von der K. Centralstelle für Landwirtschaft, 2. unveränd. Ausg., Stuttgart 1855.

⁶⁷ Gesetz, das Schäfereiwesen betreffend, Regierungsblatt Nr. 22 vom 16.4.1828.

gangen wird.«⁶⁸ Im Nachlaß finden sich zahlreiche Abschriften von Entscheidungen und Verhandlungen des Gerichts aus den 1830er Jahren in Streitigkeiten, die zwischen zumeist adeligen Weidberechtigten und kommunalen und privaten Grundbesitzern ausgetragen wurden.⁶⁹ Diesen Aktenbestand ergänzte er noch mit Prozeßunterlagen anderer württembergischer Gerichte in der gleichen Sache, die ihm von einem befreundeten Anwalt überlassen wurden.

Fast ein Jahr später, nach dem Ende der Landtagssession vom 5.7.–18.10. 1858, unternahm er noch einmal den Versuch, die Akteneinsicht bei der Zentralstelle zu erlangen. Diesmal wandte er sich an den Innenminister selbst und fand dort ein sehr weitgehendes Entgegenkommen.⁷⁰ Linden erteilte ihm die Erlaubnis, die entsprechenden Akten der Zentralstelle zu benutzen, und war sogar bereit, »auch die Einsichtnahme dieser Akten nicht bloß auf der Registratur, sondern soweit und so lange sie von der Behörde entbehrt werden können, auch in der Wohnung des Herrn Abgeordneten zu gestatten.«⁷¹

In der Zentralstelle fand Mohl 4 000 Berichte der Schultheißen aus allen Gemeinden Württembergs vor, deren Auswertung er im März 1860 noch nicht abgeschlossen hatte, wie er dem Präsidium des Landtages auf dessen Mahnung hin mitteilen mußte.⁷²

Nicht weniger als zehn Monate nach der Mahnung des Präsidenten sandte Mohl dem Vorsitzenden der Kommission, Frhrn. v. Varnbüler, am 18. Januar 1861 sein Korreferat, und nun konnte ihm die Weidrechtskommission nicht schnell genug einberufen werden. Einen Tag nach der Vorlage des Berichtes an Varnbüler wandte er sich an den ständischen Ausschuß mit der Bitte, die Kommission sofort zu versammeln. Der Ausschuß beschied Mohl in durchaus süffisantem Tonfall, daß Varnbüler sich erst ein bis zwei Wochen wieder mit seinem eigenen Bericht vertraut machen müsse.⁷³ Sofort beschwerte sich Mohl beim Präsidenten der Kammer über die von Varnbüler auserbetene Frist:

»Daß aber Freiherr v. Varnbüler Wochen dazu brauchen sollte, seinen *eigenen* Bericht, in welchem er seine Ansicht mit größter Sorgfalt motiviert hat, und die darin entwickelten Motive wieder sich zu eigen zu machen – darüber gestehe ich würde mir der Verstand stille stehen.«⁷⁴

⁶⁸ LB Stuttgart, Cod. hist. 4° 742, Fasc. 15, Umschlag »Weidgesetz 6«.

⁶⁹ LB Stuttgart, Cod. hist. 4° 742, Fasc. 14, Umschlag »Gerichtsakten«.

⁷⁰ Briefkonzept Mohls vom 12.11.1858, LB Stuttgart, Cod. hist. 4° 742, Fasc. 15.

⁷¹ Schreiben des Innenministers Linden an Mohl vom 17.11.1858, LB Stuttgart, Cod. hist. 4° 742, Fasc. 15.

⁷² Konzept eines Briefes Mohls an das Präsidium vom 25.3.1860, in dem er auf eine Mahnung des Präsidenten an den Vorstand des Ausschusses Frhr. v. Varnbüler reagiert, die dieser Mohl mit einem Schreiben vom 23.3.1860 in Abschrift zugehen ließ, LB Stuttgart, Cod. hist. 4° 742, Fasc. 15.

⁷³ »An ein nach dieser langen Zeit unumgängliches gründliches Wiederdurchgehen seines Berichtes habe Herr v. Varnbüler, wenn er hiervon den erwarteten Nutzen haben wollte unmöglich eher denken können, als wenn er Gewißheit gehabt habe, daß der Mitberichterstatter mit seiner Arbeit zu Ende gekommen sey [...]« Der Vorstand des ständischen Ausschusses an Mohl, 21.1.1861, LB Stuttgart, Cod. hist. 4° 742 Fasc. 15.

⁷⁴ Briefkonzept Mohls an das Präsidium der Kammer der Abgeordneten, Stuttgart 24.1.1861, LB Stuttgart, Cod. hist. 4° 742 Fasc. 15. Hervorhebung im Original.

Die Kommission wurde schließlich knapp zwei Wochen später einberufen⁷⁵, und von Beginn an sah sich Mohl von Intrigen des Vorsitzenden, der Mitglieder und des Innenministers umstellt.⁷⁶ Das Bild, das Mohl von den Kommissions-sitzungen zeichnet, verrät mehr über ihn als über die Sitzungen selbst. Für ihn bestand der Ausschuß »größtentheils aus den gemeinsten Schulzen-Eseln«, die »stupid«, »servil« und »niederträchtig« eigennützige Interessen verfolgten.⁷⁷ Ihr Abstimmungsverhalten konnte er sich nur durch Bestechung und Korruption erklären.

Die Kollegen litten unter diesem Mißtrauen wahrscheinlich ebenso wie unter der Tatsache, daß Mohl Dank seiner Vorbereitung alles besser wußte, wie Otto Elben aus eigener Erfahrung in anderen Kommissionen berichten konnte:

»In der Kommission war er ein unbequemer Gegner, weil er, meist mit mehr Einzelheiten bekannt als die anderen, nie nachgab und durch diese Beharrlichkeit manchmal erreichte, was nicht gutwillig gehen konnte [...].«⁷⁸

Als 1873 im Zuge der Verfassungsrevision ein permanentes Teilnahmerecht eines Regierungsvertreters an den Ausschußsitzungen zur Debatte stand, verteidigte der Kanzler der Universität Tübingen v. Rümelin diese Forderung mit der Begründung, daß das Übergewicht der Referenten, wie es sich unter anderem beim Weidegesetz gezeigt habe, in einem Vertreter des Ministeriums einen Ausgleich finden könne.⁷⁹ Der Referent, so v. Rümelin, teile unter Umständen nach Jahren seine Ergebnisse mit, und in der Kommission sitze niemand, der ihm widersprechen könne. In der Weiderechtskommission entwickelten die Kollegen subversive Strategien gegen diese Fachkompetenz: Sie gaben ihm recht und stimmten gleichzeitig gegen seine Anträge.⁸⁰

Am 1. Mai 1861 lag der Kammer das Ergebnis der ungewöhnlich langen Kommissionsberatung in der Form des Berichtes des Referenten Frhrn. v. Varnbüler⁸¹ und des Korreferates Moriz Mohls vor.⁸² Ziel der Kommissionsberichte zu den Gesetzesvorlagen der Regierung sollte ein gedrängter Überblick zum Gegenstand der Gesetzgebung selbst sein, sowie die Begründung der Anträge der Kommission oder einer Minderheit der Kommission, wenn sie von der Regierungslage abwichen. Auch wenn der Umfang des Gutachtens notwendig proportional zum Dissens mit der Regierung wuchs, so stand schon die bloße Länge der Arbeit Mohls mit 151 Quartseiten seiner Zweckdienlichkeit entgegen. Zieht man die übrigen Kommissionsberichte der Landtagsperiode 1855/61 zum Vergleich heran, so erweist sich nur der Bericht Hölders über die von den Standesherrn geforderte Nachbesserung ihrer Ablösesumme mit 228

⁷⁵ Auszug aus dem Protokollbuch des ständischen Ausschusses vom 26.1.1861. LB Stuttgart, Cod. hist. 4° 742 Fasc. 15.

⁷⁶ Brief Moriz Mohls an Robert Mohl vom 9.2.1861.

⁷⁷ Briefe Moriz Mohls an Robert Mohl vom 9.2.1861 und 8.4.1861.

⁷⁸ In seinem Nekrolog für Mohl, Schwäbische Kronik vom 22.2.1888, Nr. 44.

⁷⁹ V.d.K.A., 1870/73, 185. Sitzung am 13.12.1873, S. 4973.

⁸⁰ Brief Moriz Mohls an Robert Mohl vom 8.4.1861.

⁸¹ V.d.K.A. 1855/61, Beilagenbd. I, 3. Abt., Beil. 321, S. 1947–1982.

⁸² V.d.K.A., 1851/61, Beilagenbd. I, 3. Abt., Beil. 322, S. 1983–2133.

Seiten als umfangreicher.⁸³ Hölder referierte freilich auch über den wichtigsten innenpolitischen Streit in der zweiten Hälfte der Reaktionsdekade, der den Wahlkampf 1855 völlig dominierte.⁸⁴ Der Bericht über das Konkordat, den zweiten großen Streitpunkt zwischen Regierung und Opposition, kam mit gut hundert Seiten aus.⁸⁵

Die ersten 30 Seiten des Mohlschen Gutachtens widmen sich dem Inhalt und den Mängeln des Schäfergesetzes von 1828, auf dem das vorliegende Weidengesetz aufbaute. Was dem Untersuchungsansatz nach die Analyse der realen Auswirkungen eines vergleichbaren Gesetzes hätte werden können, geriet Mohl zu einer schwer lesbaren, nur mit wenigen kommentierenden Sätzen zusammengefügteten Kompilation von seitenlangen Zitaten aus Kammerdrucksachen der 1820er Jahre und Regierungserlassen seit 1700, mit denen er die Entstehung und den Inhalt des Gesetzes von 1828 nachzeichnete. Die aufwendigen vielmonatigen Vorstudien zu der Rechtsprechung über das Schäfergesetz flossen dagegen nur in wenige Bemerkungen ein: Die entgeltliche Ablösung von Weiderechten, die auf Privatrechtstiteln beruhten, hätte zu »weitläufigen und vieljährigen« Prozessen geführt, die »die Gemeinden« in der Regel gegen die Weideberechtigten gewonnen hätten.⁸⁶ »Einige Gemeinden« hätten jedoch Beschränkungen im Anbau ihrer landwirtschaftlichen Fläche durch den auf ihrem Gemeindeeigentum Weideberechtigten hinnehmen müssen.⁸⁷

Mohl gewann aus den Vorstudien die Einsicht, daß die Bestimmungen des Gesetzes von 1828 in einigen Fällen zu der Einschränkung der Freiheit der Grundeigentümer geführt hatten, durch die Wahl der Bewirtschaftung den maximalen Bodenertrag zu erzielen. Sowohl der Bericht der Zentralstelle wie die Motive der Regierung zum Gesetzentwurf schwiegen sich über diesen Sachverhalt aus, obwohl die Übernahme der entsprechenden Regelungen auch in das neue Gesetz geplant war. Ob es sich hier jedoch um Spezialfälle oder um entscheidungsrelevante Quantitäten handelte, schien Mohl in seiner Argumentation nicht zu bekümmern.

Der Blick für Proportionen ging ihm auch im Hauptteil in mehrfachem Sinne verloren. Ein Hauptziel der Angriffe gegen den Regierungsentwurf war die entgeltliche Ablösung aller privatrechtlich erworbenen Rechte, die den Grundstückseigentümer zu Anbaubeschränkungen zugunsten der Weide des Inhabers dieses Rechtes verpflichteten. Nach einem mehrseitigen Exkurs über die Entwicklung der deutschen Agrarverfassung seit dem Frühmittelalter, die er mit lan-

⁸³ V.d.K.A., 1855/61, Beilagenbd. I, 2. Abt., Beil. Nr. 145, 75.1858, S. 838–1068. Hölder erhielt für diesen Bericht die Unterstützung Mohls, der ihm Fachliteratur zur Verfügung stellte. LB Stuttgart, NL Hölder, Fasz. 23, Nr. 72, Brief Mohls an Hölder vom 19.2.1858.

⁸⁴ Zur parlamentarischen Behandlung und zum Wahlkampf vgl. H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 675 ff. und S. 159.

⁸⁵ V.d.K.A., 1855/61, Beilagenbd. I, 3. Abt. Zum Konkordat vgl. H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 681 ff.

⁸⁶ Mohls Sondergutachten, S. 1999.

⁸⁷ Mohls Sondergutachten, S. 2013.

gen Zitaten aus Gesetzestexten, beginnend mit dem Sachsenspiegel, stützte, führte er den Nachweis, daß Weiderechtigkeiten immer Ergebnis feudaler Usurpation bäuerlicher Eigentumsrechte seien. Die naheliegende Frage, wie viele Weiderechtigkeiten in Württemberg tatsächlich auf Privatrechtstiteln beruhten, stellte und beantwortete Mohl dagegen nicht. Das war freilich auch nicht nötig. Diese Arbeit hatte ihm die Zentralstelle für Landwirtschaft in ihrer Veröffentlichung des Jahres 1855 bereits durch die Auswertung der auch von Mohl gesichteten Schultheißenberichte abgenommen. Aus den knapp 2 000 Gemeinden Württembergs erhielt die Zentralstelle Nachricht von gerade einmal 50 Privatrechtstiteln.⁸⁸ Die einzige statistische Größe, die in Mohls Bericht erscheint, übernahm er aus den Erläuterungen der Zentralstelle.⁸⁹ Aus ihr erfährt man, daß in 186 von 1913 Gemeinden das Weiderecht nicht in der Hand der Grundbesitzer lag. Die 50 Privatrechtstitel stellten, bezogen auf diese 186 Gemeinden durchaus eine relevante Größe für die Gesetzgebung dar. Diese Beziehung und ihre Bewertung stellte Mohl freilich nicht her. Auch bei der Besprechung der übrigen Artikel beschränkte sich Mohl auf eine qualitative Beschreibung einzelner Phänomene, deren Relevanz er nur sehr vage gewichtete.⁹⁰

Nach der Lektüre des Berichtes drängt sich die Frage auf, wozu er für diese Form der Berichterstattung derartig umfangreiche Vorstudien benötigte. In der quantitativen Schilderung der realen Weiderechtsverhältnisse blieb er weit unter dem Niveau der gedrängten Auswertung der Zentralstelle, die diese aus ihrer Fragebogenenquete gewonnen hatte.⁹¹ Darüber hinaus konnte er ihr aus dem eigenen Studium derselben Quellen keine neuen quantitativen Informationen hinzufügen.

Die Forschungen Mohls zu den Weiderechtsverhältnissen zielten ursprünglich sicherlich auch auf quantitative Ergebnisse. Die Berichte der Zentralstelle und v. Varnbülers boten ihm naheliegende Beispiele für die statistische Absicherung qualitativer Beschreibungen. Der Mohlsche Bericht muß daher als das Ergebnis einer Überforderung angesehen werden. Die Exzerpte aus den Akten der Zentralstelle, die sich im Nachlaß erhalten haben⁹², legen es nahe, zu vermuten, daß er mit einer vollständigen Auswertung, die ihm erst quantitative Aussagen erlaubt hätten, nicht zu Ende gekommen war.

Die Stärke Mohls scheint tatsächlich die Vertrautheit mit den Einzelheiten gewesen zu sein, wie ihm dies Otto Elben attestiert hatte. Mohl stellte zahlreiche Änderungsanträge, die er mit detaillierten Einzelbeispielen begründen konnte. Tatsächlich gelang es ihm in der Kommission, entscheidende Kurskorrekturen am Regierungsentwurf als Mehrheitsvotum durchzusetzen.

⁸⁸ Erläuterungen, S. XXX u. S. XXXVL.

⁸⁹ Mohls Sondergutachten, S. 2 077, in den Erläuterungen der Zentralstelle, S. XXXI.

⁹⁰ Als ein Beispiel für viele: »Es ist nämlich noch eine weit größere Anzahl von Gemeinden im Lande, als man glauben sollte (auch solche ohne Realgemeinderechte) in welchen z. B.:

1) Wiesen, welche dreimal gemäht werden könnten, nur zweimähdig sind, weil die Schafweide im Frühjahr zu lange dauert[...]«, S. 2 028.

⁹¹ Erläuterungen, S. XX-XXXVIII.

⁹² LB Stuttgart, Cod. hist. 4° 742, Fasc. 15.

Mohl kippte das Recht der Weidberechtigten, die Ablösung des eigenen Weidrechtes vom Grundbesitzer verlangen zu können, aus dem Regierungsentwurf. Da bei der Umwandlung des bisher beweideten Brachlandes in Ackerland das Weiderecht entschädigungslos erlosch, besaß der Grundbesitzer die Möglichkeit, das Weiderecht durch Urbarmachung seiner Grundstücke schleichend zu entwerten.⁹³ Diesem Schwund des einen Vermögenswert darstellenden Rechtstitels hätte der Weidberechtigte zuvorkommen können, wenn ihm seinerseits das Recht eingeräumt worden wäre, sofort und auch gegen den Willen des Grundbesitzers die Ablösung zu fordern. Die zweite einschneidende Schlechterstellung der Inhaber des Weidrechtes gelang ihm durch die Änderung der Berechnungsbasis der Ablösesumme. Die Regierung sah vor, daß der Grundeigentümer den Weidberechtigten den zwanzigfachen Reinertrag des Schäferiebetriebes selbst und nicht allein nur den Wert des auf dem Grundstück gewonnenen Futters zu bezahlen habe.⁹⁴ Damit wäre die Höhe der Ablösesumme nicht nur vom Futterertrag des Grundstücks, sondern auch vom eingesetzten Kapital und Personal des Weidberechtigten abhängig gemacht worden. Mohl konnte die Beschränkung der Ablöse auf den Wert des Futters durchsetzen.⁹⁵ Darüber hinaus gewann er die Mehrheit der Kommission für die Kürzung des Ablösebetrages vom zwanzig- auf das achtzehnfache.⁹⁶

Doch selbst für diese Erfolge wären eigene Vorstudien kaum nötig gewesen. Die Forderung der Ablösung auch durch den Weidberechtigten erörterten bereits die Erläuterungen der Zentralstelle zum Landeskulturgesetz⁹⁷, ebenso wie das Problem der Berechnungsbasis schon zwischen der Regierung und der Zentralstelle kontrovers diskutiert worden war.⁹⁸

Die Sachargumente, die Mohl in der Kommission für diese Wertentscheidungen vortrug, lagen, wenn auch nicht so scharf akzentuiert, bereits auf dem Tisch, bevor er seine aufwendigen Studien begonnen hatte. Mohl gelang es nicht, die Originalität seiner Recherchemethoden in originäre Ergebnisse seines Berichtes münden zu lassen. Die dreieinhalbjährige Vorbereitungszeit diente in erster Linie der eigenen Vertrautheit mit der Materie und damit günstigsten Falles noch dem Habitus des Experten, der die Überzeugungswirkung in der Kommission erhöht haben mag. Die vorgestellten drei Änderungsanträge waren aber auch die einzigen von Belang, die er als Mehrheitsvotum der Kommission durchsetzen konnte.

Da sich die Beratung in der Kommission bis Mitte April 1861⁹⁹ hinzog, ließ sich absehen, daß der Landtag nach seiner Einberufung am 2. Juli 1861 in den verbleibenden Monaten bis zum Auslaufen der Legislaturperiode am Jahresen-

⁹³ Korreferat Mohls, S. 2 077.

⁹⁴ Vgl. Regierungsvorlage, Art. 69, S. 581 und Erläuterungen S. 599.

⁹⁵ Korreferat Mohls, S. 2 100.

⁹⁶ Korreferat Mohls, S. 2 104.

⁹⁷ Entwurf, Art. 3, S. 76 und Erläuterungen S. 146 f.

⁹⁸ Regierungsvorlage, S. 599.

⁹⁹ Brief Moriz Mohls an Robert Mohl vom 8.4.1861. Die gedruckten Berichte Varnbülers und Mohls wurden am 1.5.1861 ausgegeben.

de das Weidengesetz nicht mehr würde beraten können, da vorher die Verabschiedung des Etats, die Behandlung der Gewerbeordnung und des Gesetzes zum Konkordat auf der Tagesordnung standen. In der folgenden Legislaturperiode weigerte sich die Regierung, den Gesetzentwurf wieder vorzulegen.¹⁰⁰ Als sie am 16.12.1868 einen neuen Entwurf an die Kammer gab, der nun um die Ablösung der Waldweide erweitert wurde, war Mohl nicht mehr Mitglied der Landeskulturgesetzgebungskommission, da er bei deren Wahl am Vortag durchgefallen war.¹⁰¹ Durch den Krieg 1870/71 verschleppte sich die Verabschiedung des Gesetzes in den nächsten Landtag hinein bis zum 16.2.1872.¹⁰² Auch dem Ausschuß dieses Landtags gehörte Mohl nicht an¹⁰³, und so wurde sein Bericht endgültig zur Makulatur. Es blieb ihm nichts anderes übrig, als die vor 15 Jahren mühevoll erarbeiteten Kenntnisse durch die intensive Nutzung des Rede- und Antragsrechtes der Kammer zu Gehör zu bringen.¹⁰⁴

Auch für die Begutachtung der Vorlage der Eisenbahngesetze gestattete die Regierung Mohl in den 1860er Jahren großzügige Einsicht in die Akten der Verwaltung. Der Wechsel des langjährigen Mitgliedes der volkswirtschaftlichen Kommission Frhr. v. Varnbüler auf den Sessel des Außenministers brachte auch einen Wechsel im Umgang zwischen Regierung und Kommission mit sich. Varnbüler sorgte dafür, daß die Abgeordneten sämtliche Unterlagen der Eisenbahnbaukommission einsehen konnten¹⁰⁵, und Moriz Mohl machte von diesem Angebot ausdauernden Gebrauch. Nicht weniger als vier Monate saß er seit November 1867 in der Kanzlei der Eisenbahnkommission, »um dort die Acten über die in den letzten 3 Jahren theilweise angefangenen und nun definitiv fertigzustellenden und auszubauenden Eisenbahnen zu lesen«.¹⁰⁶

Die Kammer blieb trotz dieses Zugeständnisses als Bittstellerin vor den Türen der Verwaltung, wie Frhr. v. Varnbüler diese 1865 wissen ließ.¹⁰⁷ Gleichwohl erstaunt die Offenheit, mit der die Regierung den Abgeordneten erlaubte,

¹⁰⁰ Vgl. die Anfrage des Abgeordneten Mittnacht und die Antwort des Ministers Linden in der 15. Sitzung am 1.12.1863, V.d.K.A., 1863/65, Protokollbd. 1, die wiederholte Anfrage Mittnachts in der 56. Sitzung am 18.2.1864, V.d.K.A., 1863/65, Protokollbd. 2, und die Antwort des Ministers Linden am nächsten Tag, Bericht der Landeskulturgesetzgebungskommission und Adressentwurf an den König für die Vorlage eines Gesetzes, V.d.K.A., 1862/65, Beilagenbd. I, Abt. 5, S. 3 830 ff.

¹⁰¹ V.d.K.A., 1868/70, Protokollbd., 5. Sitzung am 15.12.1868.

¹⁰² V.d.K.A., 1870/72, Protokollbd. 3, 64. Sitzung am 16.2.1872, Schluß der Beratung.

¹⁰³ V.d.K.A., 1870/72, Protokollbd. 1, 8. Sitzung am 30.12.1870.

¹⁰⁴ In der 53. Sitzung am 24.1.1872, V.d.K.A., 1870/72, Protokollbd. 3, verbrauchte er fast ein Viertel der Sitzungszeit für die Begründung eines Antrages.

¹⁰⁵ So Varnbüler unwidersprochen in der Kammer, V.d.K.A., 1862/65, Protokollbd. 5, 165. Sitzung am 24.6.1865, S. 3 969 und noch einmal V.d.K.A., 1866/68, Protokollbd. 3, 68. Sitzung am 4.2.1868, S. 1 577.

¹⁰⁶ Brief Moriz Mohls an Julius Mohl vom 23.2.1868, Nr. 2, dazu auch der Brief an Robert Mohl vom 25.12.1867, Nr. 202.

¹⁰⁷ »Wenn aber eine solche offene Mittheilung, die meinen Grundsätzen entspricht, die Folge hat, daß das hohe Haus sich in ein Eisenbahncollegium verwandelt, so müßte ich mich entschließen, für die Zukunft etwas zurückhaltender zu Werke zu gehen.« V.d.K.A., 1862/65, Protokollbd. 5, 165. Sitzung am 24.6.1865, S. 3 969.

die Schranke des fehlenden Untersuchungsrechtes, wenn auch nicht de jure, so doch de facto zu überschreiten. In der Eisenbahndebatte am 4. Februar 1868 beklagte das Mitglied der Eisenbahnbaukommission Baurat Schlierholz die Veröffentlichung von Planungsunterlagen im Kommissionsbericht, die lediglich für den internen Gebrauch verfaßt worden waren, und Minister Frhr. v. Varnbüler beschwerte sich über den Abdruck eines Privatbriefes an ihn.¹⁰⁸ Moriz Mohl schuf hier durch die oben erwähnten Aktenstudien eine gläserne Verwaltung, für die es im System der konstitutionellen Monarchie nicht viele Beispiele geben wird. Die Wirtschaftspolitik war freilich in den 1860er Jahren auch kein Konfliktherd zwischen Regierung und Ständen, so daß dem praktischen Nutzen der Untersuchungen deutliche Grenzen gezogen waren.¹⁰⁹

Die Arbeit der Landtagskommissionen beschränkte sich nicht nur auf eine Prüfung der Gesetzentwürfe. Sie diente auch dazu, Petitionen und Anträge der Abgeordneten zu begutachten und so die Grundlage für die parlamentarische Beratung von Mißständen zu schaffen, zu der die Regierung die Vorlage von Gesetzen verweigerte. Da die Kammer dabei nicht auf Informationen der Behörden zurückgreifen konnte, mußte sie sich für die »Erhebung der Thatsachen« auf eigene Untersuchungen stützen. Das Verfahren der Enquête bot eine ganze Reihe von Instrumentarien, die es der Kammer erlaubten, zu selbständigen Erkenntnissen zu gelangen, und so im Idealfall die Regierung zu einer Gesetzesinitiative zu drängen.

Die Anwendung der Enquête konnte dann im doppelten Sinne eine emanzipatorische Wirkung entfalten, wie im Folgenden am Beispiel der Untersuchung Mohls über den Hausierhandel gezeigt werden soll. Der Landtag sollte zum einen in die Lage versetzt werden, unabhängig von der Initiative und den Informationen der Regierung zu beraten. Zum anderen wollte Mohl mit der aufklärerischen Kraft der Wissenschaft eine benachteiligte Bevölkerungsgruppe von drückenden Vorurteilen befreien.

Als Berichterstatter der volkswirtschaftlichen Kommission erhielt Mohl im März 1852 den Auftrag, über die Verfügung des Innenministeriums vom 5.4.1851 »in Betreff der Ordnung des Hausierwesens«, über eine Motion des Abgeordneten Zimmermanns¹¹⁰ zur Beschränkung des Hausierwesens und über eine Petition der Gemeinde Ehningen vom 6.3.1852 für die Erleichterung des Hausierhandels ein Referat anzufertigen.¹¹¹ Seine volkswirtschaftlichen Studien hatten ihn bereits vor diesem Auftrag zu der Überzeugung gebracht, daß nicht nur die württembergische Regierung in Verwaltung und Gesetzge-

¹⁰⁸ V.d.K.A., 1866/68, Protokollbd. 3, 67. Sitzung am 4.2.1868, S. 155 f. und 68. Sitzung am 4.2.1868, S. 1577.

¹⁰⁹ Vgl. unten die Darstellung seines Kommissionsberichtes über den Eisenbahnbau der Jahre 1864/66.

¹¹⁰ V.d.K.A., 1851/53, Bd. 4, 121. Sitzung vom 11.3.1852.

¹¹¹ So Mohl in den Erläuterungen zum Abdruck seiner Enquête, die in seinem Sondergutachten zur württembergischen Gewerbeordnung enthalten sind, V.d.K.A., 1856/61, Beilagenband I. 4. Abteilung, S. 220–2291, S. 2209.

bung den Hausierhandel vorurteilsbelastet betrachtet, sondern »daß der Gegenstand durch gründliche Nachweisungen aus dem Leben aufgeklärt werden sollte.«¹¹²

Die Gründlichkeit, die Mohl dabei an den Tag legte, war kaum mehr zu überbieten. Nachdem er sich durch Reisen nach Ehningen und Reutlingen, wo er Gespräche mit Sachverständigen führte, einen ersten Einblick in die gewerbliche Struktur verschafft hatte, erarbeitete er einen Fragenkatalog, mit dem durch nicht weniger als 871 Einzelfragen der Nachweis über den volkswirtschaftlichen und sittlichen Nutzen des Hausierhandels – nicht nur für die Gemeinde Ehningen, sondern für das gesamte produzierende Gewerbe Württembergs – geführt werden sollte.

Der erste Teil des Fragebogens erhebt daher nach allgemeinen Fragen zu Gemeindegröße und gewerblicher wie landwirtschaftlicher Struktur Ehningens die Anzahl der Zwangsversteigerungen, die Anzahl der unterstützten Armen und das Verhältnis von ehelichen und unehelichen Geburten in allen Haushalten der Gemeinde und in den Haushalten der Hausierhändler. Die Fragen nach dem Bestand und der Verteilung des Vermögens in Ehningen leiten schon zum zweiten Teil der Enquête über, die sich um den detaillierten und quantifizierenden Nachweis des Handelsvolumens einer Vielzahl von gewerblichen Erzeugnissen bemüht und damit die binnen- und außenwirtschaftliche Bedeutung der Ehninger Handelsunternehmen belegen will. Die etwa 850 Fragen, die Mohl darauf verwendet, gliedern sich selbst noch in bis zu zwanzig Unterfragen.¹¹³ So erkundigte sich Mohl beispielsweise nach Menge und Wert, Herkunft und Absatz von vier verschiedenen Sorten Nähkissen, die die Ehninger Händler vertrieben.¹¹⁴ Der dritte Teil verlangt qualitative Antworten zu den Kreditbeziehungen zwischen Produzenten, Händlern und Kunden, die den Vorwurf des Wuchers entkräften sollten, sowie Auskünfte über die Auswirkungen des bisherigen Vorgehens der Behörden und Wünsche für zukünftige Verwaltungsregeln.

Die Untersuchung des Hausierhandels trägt eine ganze Reihe von Kennzeichen der modernen Enquête: ein sozialer Mißstand als Auslöser, die Begutachtung vor Ort, die Einvernahme von Sachverständigen und die differenzierte qualitative und quantitative Erfassung der Lebenswirklichkeit der Ehninger Hausierhändler durch den Fragebogen. Der Aufbau des Fragebogens zeigt, daß das Ziel der Enquête über eine bloße Statistik des Handelsvolumens hinausging. Die Frage nach den unehelichen Geburten, der Straffälligkeit und der Zahlungsmoral auf der einen Seite und der Vermögensstruktur und der Armenfürsorge auf der anderen Seite zeugen von dem Bemühen, komplexe soziale Zusammenhänge zwischen Wirtschaftsstruktur, sozialer Position und Anpassung an gesellschaftliche Normen zu erforschen.

¹¹² Ebd.

¹¹³ Etwa bei der Frage Nr. 18, »Fabrikation blauer Hemden, und Handel damit«. Mohls Sondergutachten zur Gewerbeordnung, S. 2 234.

¹¹⁴ Die Fragen 509–521, Mohls Sondergutachten zur Gewerbeordnung, S. 2 242.

In der Auswahl der Methode und in der Auswahl der leitenden Fragestellungen seiner Enquête befand sich Mohl auf dem Weg, der in jene sozialwissenschaftlichen Forschungen mündete, die aus der historischen Schule der Nationalökonomie im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts hervorgingen.¹¹⁵ Das Ergebnis fällt jedoch deutlich vom anspruchsvollen Untersuchungsansatz ab, wobei Mohl nur einen Teil der Ursachen dafür zu vertreten hat.

Da Mohl ohne »behördliche Autorität«¹¹⁶ vorging, standen ihm keine amtlichen Akten zur Einsichtnahme zur Verfügung, und er mußte bei der Befragung der »Zeugen« auf hoheitliche Rechte verzichten. Beide Mängel versuchte er dadurch zu beheben, daß er sich zum einen mit Fragen über das Steueraufkommen und die Straffälligkeit an den Ortsvorsteher selbst wandte, und zum anderen die Auswertung des Fragebogens, die er als Landtagsdrucksache veröffentlichte, von den Bearbeitern namentlich unterzeichnen ließ.

Der größte Mangel der Enquête liegt jedoch in ihrer Detailliertheit, die sowohl die Kompetenz der Interviewpartner wie die Synthesefähigkeit Mohls hoffnungslos überforderte. Mohl ließ den fünfzehn Quartseiten starken Katalog in mehreren Exemplaren drucken und durch einen »der würdigsten Männer des Landes, [...]dessen gewissenhafteste Wahrheitsliebe über alles Lob erhaben ist«¹¹⁷, bearbeiten. In Mohls Nachlaß haben sich dreizehn von fremden Händen beschriebene Exemplare des Fragebogens erhalten, wobei sich zeigt, daß nur ein Bruchteil der in Summe weit über tausend Fragen eine Antwort fanden. Die Auswertung des Fragebogens konnte er aus den Angaben der überlieferten Fragebögen nicht zusammengestellt haben. Die Zufälligkeiten der Archivüberlieferungen erlauben es selbstverständlich nicht, Mohl der Fälschung zu bezichtigen.¹¹⁸ Der anonyme Helfer in Ehningen muß dennoch, wahrscheinlich auf einem verlorengegangenen Exemplar, taugliche Auskünfte zusammengetragen haben. Die Beantwortung der Enquête durch die 19 unterzeichnenden Ehninger nennt neben der Statistik der unehelichen Geburten, der Vermögenshöhe und Verteilung tatsächlich das Umsatzvolumen, den Produktions- und den Absatzort einer ganzen Reihe von gewerblichen Produkten. Den größten Raum nimmt die im Stile einer Petition gehaltene Beantwortung der Fragen nach dem Verhalten der Behörden ein.

Mohl selbst gelang es in dem Gutachten nicht, diese nur aus einem Bruchteil der begehrten Daten bestehende Informationsmenge zu einer didaktisch brauchbaren Synthese zu formen, die seiner analytischen Leistung bei der

¹¹⁵ Zu den Gemeinsamkeiten im Forschungsansatz, vor allem auch zu der von Mohl gewählten Form der monographischen Studie, vgl. U. G. SCHÄFER, 1970, S. 92 und W. BONSS, 1992, S. 104 ff.

¹¹⁶ Worauf er in der Einleitung, Sondergutachten zur Gewerbeordnung, S. 2 209, hinweist.

¹¹⁷ So Mohl in seiner Einleitung über den anonymen Helfer, Sondergutachten zur Gewerbeordnung, S. 2 209.

¹¹⁸ A. E. SCHÄFFLE, Aus meinem Leben, S. 68, unterstellt Mohl: Er »fälschte gelegentlich frisch drauf los, wo er sich nicht kontrolliert glaubte«. Die Ehrenhaftigkeit Mohls wird von anderen Zeitgenossen nicht bestritten, doch war Schäffle fachlich in der Lage, Mohls Werke einer Kritik zu unterziehen.

Erstellung der Enquête entsprach. Der Abdruck der Fragen und der Antworten, für die Mohl selbst nicht verantwortlich zeichnet, nimmt 33 Quartseiten in Anspruch, die eigene Auswertung nicht einmal eine halbe Seite. Die Abgeordnetenkollegen konnten, überspitzt formuliert, erfahren, daß die Ehninger Hausierer »äußerst wenig« uneheliche Geburten haben, daß Diebstahl »im höchsten Grade selten« und die Kreditwürdigkeit hoch ist, und die Ehninger Großhändler »eine Masse blauer Blusen weben, färben, nähen und sticken« lassen.¹¹⁹ Die einzige quantitativ gestützte Auswertung, die Mohl vorträgt, ist die Summe des Umsatzes der Ehninger Handelsunternehmen in Höhe von 5,5 Mio Gulden im Jahr 1854.¹²⁰

Mohl unterläßt es auch, die »Aufschlüsse« der Ehninger Bearbeiter der Enquête, die ja Partei in der Sache waren, durch die Ergebnisse der eigenen Reisen und Gespräche zu ergänzen, zu stützen und gegebenenfalls zu korrigieren. Er begnügt sich damit, sie mit seiner persönlichen Glaubwürdigkeit abzusichern.¹²¹

Die wichtigste Maßnahme zur Objektivierung der Enquête, die Einsetzung einer Untersuchungskommission aus mehreren unabhängigen Gutachtern, stand dem württembergischen Landtag aus rechtlichen Gründen nicht zu Gebote. Der Berichterstatter der volkswirtschaftlichen Kommission mußte sich daher auf eine private Untersuchung beschränken. Die Durchführung der Enquête durch befangene Helfer und die Präsentation der Ergebnisse, die auf jede genaue Auskunft über die Breite der Datenbasis und die Art und Weise der Erhebung verzichtet, zeigt jedoch, daß Mohl darüber hinaus für die Notwendigkeit der Transparenz und Objektivierbarkeit der Datenerhebung noch nicht hinreichend sensibilisiert war. Das Urteil über die Qualität der Mohlschen Enquête muß sich jedoch am Standard der Zeit orientieren. Auch Johannes Fallati schenkte 1846 in den oben zitierten Aufsätzen dem Problem der Parteilichkeit noch keine besondere Aufmerksamkeit.¹²² Robert Mohl befürwortet jedoch 1862 die lückenlose Protokollierung aller Sachverständigenaussagen, »anstatt jene von einem Dritten gesichtet, geordnet und nach seinen Ansichten und Absichten zugericthet zu erhalten.«¹²³ Erst die Mitglieder des Vereins für Sozialpolitik entwickelten in den 1870er Jahren Verfahrensregeln für die Durchführung von Enquêtes¹²⁴ und erkannten in der sich ausgleichenden Par-

¹¹⁹ Mohls Sondergutachten zur Gewerbeordnung, S. 2 210 f.

¹²⁰ Ebd., S. 2 211.

¹²¹ »Durchaus bestätigt sind diese Aufschlüsse von allen denjenigen, welche dem Unterzeichneten theils schriftlich, theils mündlich von den Chefs der Reutlinger Großhandlungen etc. ertheilt wurden und welche Kürze halber nicht beigefügt werden.« Ebd., S. 2 210.

¹²² »Ob die Untersuchung einem Manne oder mehreren anvertraut wird, macht einen wesentlichen Unterschied nicht[...]«, so J. FALLATI, Ueber Mittel und Wege, 1846, S. 516, doch seien aus Gründen der Fachkompetenz mehrköpfige Ausschüsse vorzuziehen. Über die Zusammenstellung des Materials durch den Ausschuß schreibt J. FALLATI, Einrichtung statistischer Enquêtes, 1846, S. 727, »In seinem Bericht an das Unterhaus nimmt er auf oder läßt weg, was ihm gut dünkt.«

¹²³ R. v. MOHL, Staatsrecht, Völkerrecht und Politik, Bd. 2, Politik, Bd. 1, 1862, S. 538, Anm. 2.

¹²⁴ Hierzu W. SIEMANN, Zwischen Ordnungs- und Sozialpolitik, 1989, S. 305.

teillichkeit innerhalb der Kommission die entscheidende Voraussetzung für die Objektivität der Untersuchung.¹²⁵

Der vierte Mangel des Mohlschen Enquêteverfahrens läßt sich aus dem Zeitpunkt der Veröffentlichung im Jahr 1861 ablesen. Eine zeitigere Beratung des Berichtes, für den er im März 1852 den Auftrag erhalten hatte, scheiterte, da er nach gut drei Jahren Bearbeitungszeit im August 1855 von der Auflösung des Landtags überrascht wurde. Die Artikel der neuen württembergischen Gewerbeordnung zum Hausierhandel boten Mohl dann nach neun Jahren die Gelegenheit, die Studie als Appendix seines Sondergutachtens zur Gewerbeordnung zu veröffentlichen.

Das Verfahren der Enquête erwies sich vor dem Hintergrund der rechtlichen und der personellen Ausstattung des württembergischen Landtags als zu schwerfällig, um von einem einzelnen auf sich allein gestellten Abgeordneten durchgeführt werden zu können. Auch der unermüdlich arbeitende Berufsparlamentarier war ohne Unterstützung durch einen unter Umständen wissenschaftlich ausgebildeten Sekretär, wie diese in England den Ausschüssen zur Seite standen¹²⁶, rasch überfordert, eigenständige Untersuchungen durchzuführen. Die eigenständige wissenschaftliche Untersuchung stellte für den württembergischen Landtag keinen gangbaren Weg dar, um sich von der Initiative der Regierung zu emanzipieren.

Aber nicht nur zeitliche und rechtliche Hemmnisse standen der Etablierung der Enquête im Alltag der Landtagsarbeit im Wege. Die Analyse der Studie führte auch vor Augen, daß die fachlichen Anforderungen an die Formulierung und die Durchführung einer Enquête selbst von dem umfassend gebildeten, mit internationaler Erfahrung versehenen, promovierten Nationalökonom Moriz Mohl kaum gemeistert werden konnten. Den größeren Teil der württembergischen Landtagsabgeordneten überforderte wahrscheinlich bereits die Lektüre des insgesamt neunzigseitigen Sondergutachtens.

Das dritte Instrument der parlamentarischen Enquête – die Autopsie oder Augenscheinnahme vor Ort – diente Mohl häufig zur Fundierung seiner Berichte und Debattenbeiträge. Besonders gut belegt sind die Reisen, die er im Frühjahr 1864 unternahm, um ein Gutachten zu der für den Sommer 1864 erwarteten Gesetzesvorlage der Regierung über den weiteren Ausbau des württembergischen Eisenbahnwesens zu erarbeiten.¹²⁷ In drei Reisen, 19 Tage im März, 14 Tage im April und 6 Tage im Mai, erkundete er in Oberschwaben, im Schwarzwald und in der Gegend um Heilbronn die »Gewerbs- und Verkehrsverhältnisse«, »da man durch persönliches Besuchen sich eben doch um Vieles besser orientiert über die Gegenden und alle Verkehrselemente.«¹²⁸

¹²⁵ G. COHN, Ueber parlamentarische Untersuchungen, 1875.

¹²⁶ G. COHN, Ueber parlamentarische Untersuchungen, 1875, S. 6.

¹²⁷ Vgl. hierzu die Briefe Mohls an seinen Bruder Robert vom 6.3., 28.3., 17.4. und 20.5.1864.

¹²⁸ Brief Moriz Mohls an Robert Mohl vom 16.4.1864.

Der Ablauf der Besuche, zu denen Mohl unangemeldet erschien, folgte immer dem gleichen, von ihm beschriebenen Muster und entspricht dem Vorgehen der parlamentarischen Kommissare in England:

»Ich ging immer zuerst zum Stadtschultheiß, besprach mit diesem die einzuladenden Sachverständigen, lud dann den Oberamtmann dazu ein, was diese immer sehr dankbar annahmen, und besprach dann – häufig von Morgen bis Nachts 12 Uhr – alle Gewerbe und allen Verkehr.«¹²⁹

In Horb zum Beispiel konferierte Mohl von nachmittags um zwei Uhr bis Mitternacht mit dem Bezirks- und Stadtvorstand, dem Landtagsabgeordneten des Oberamtes und den Vorständen und Mitgliedern des Gewerbe- und Landwirtschaftsvereins.¹³⁰ Die Besuche mögen die örtlichen Honoratioren zwar überrascht haben, wie der Bierbrauer Friedrich aus Blaubeuren dem Vorstand der Zentralstelle für Handel und Gewerbe, Ferdinand Steinbeis, schrieb¹³¹, sie trafen sie jedoch nicht unvorbereitet. In vielen Städten und Gemeinden bestanden Eisenbahnkomitees, Gewerbe- und Landwirtschaftsvereine, die durch Petitionen an die Regierung und die Kammer den Anschluß an das Eisenbahnnetz fördern wollten. Diese Petitionen hatten die Form von Gutachten, die durch statistische Nachweise des Verkehrsaufkommens die Rentabilität der ersuchten Streckenführung belegen sollten. Auch der Bierbrauer Friedrich konnte Mohl mit der Abschrift einer zwanzigseitigen Eingabe des Landwirtschaftlichen Vereins Blaubeuren dienen, die am 2. Mai 1864 dem Finanzministerium übergeben wurde.¹³² Die Untersuchung dieser breiten Petitionsbewegung für den Eisenbahnbau ist noch ein Desiderat der Forschung. Die Petitionen der Gemeinden und die Korrespondenzen der Schultheißen, Gemeinderäte, Kommissions- und Vereinsvorstände und einzelner Gewerbetreibender mit Mohl, die sich in dessen Nachlaß erhalten haben¹³³, vermitteln den Eindruck einer gut organisierten konzertierten Aktion der Gemeindebehörden mit dem örtlichen Vereinswesen, mittels derer teilweise über Jahre hinweg mit Bürgerversammlungen, Petitionen, bestellten Expertengutachten und Abordnungen an die Regierung, an die Kammer und an deren Kommissionen für den Eisenbahnanschluß geworben wurde. Diese Deputationen wandten sich auch an einflußreiche Abgeordnete, wie Mohl sich noch 1879 erinnerte:

»Der Herr Freiherr v. Varnbüler wird mir bezeugen können, daß kein Tag war, wo unsere Treppen herauf nicht Deputationen vom Land sich bewegt haben, daß jeder dieser Deputationen uns versichert hat, bei ihr sei es am pressantesten[...].«¹³⁴

¹²⁹ Brief Moriz Mohls an Robert Mohl vom 20. 5. 1864.

¹³⁰ Schwäbische Chronik vom 1. 5. 1864, Nr. 103.

¹³¹ STALB, Pl 3, Depositum Steinbeis, Bü 83, Blaubeuren, 13. 4. 1864.

¹³² Ein Exemplar ebd.

¹³³ LB Stuttgart, Cod. hist. 4° 742, Fasc. 2–4.

¹³⁴ Vd.K.A., 1877/80, Protokollbd. 5, 114. Sitzung am 5. August 1879, S. 2 844. Diese Abordnungen hinterließen kaum Spuren in den Quellen. Vgl. auch Brief Moriz Mohls an Robert Mohl vom 18. 3. 1857, Nr. 253.

Die wirtschaftliche Bedeutung der Eisenbahn für die Städte und Gemeinden kann nicht überschätzt werden¹³⁵, und so verwundert es nicht, daß die Gemeinden große Erwartungen in den Einfluß Mohls setzten.¹³⁶ Die mit einem Besuch Beglückten sparten in Korrespondentenberichten, die die Reisen in der Schwäbischen Chronik begleiteten¹³⁷, nicht mit Lob für den »in Erfüllung seines Berufes unermüdlichen Abgeordneten Moriz Mohl«¹³⁸ und für dessen »sachkundigen und unvergleichlichen Fleiß«.¹³⁹

Die Erkenntnisse seiner Exkursion ergänzte Mohl nach bekannter Manier durch detaillierte schriftliche Anfragen an Gemeindebehörden, Amtsleiter und Bekannte.¹⁴⁰ In der Kanzlei der Eisenbahnbaukommission wertete er darüber hinaus die eingelaufenen Petitionen aus.¹⁴¹ Das Ergebnis dieser Forschungen lag der Kammer am 28. Mai 1865 in Form eines 635 Seiten langen, zwispaltig gedruckten Gutachtens vor.¹⁴² Der volkswirtschaftliche Ausschuß hatte am 3. Mai 1865 jedoch aus Zeitgründen beschlossen, den »Vortrag des Berichtstatters über den Gegenstand ohne vorläufige Kenntnisnahme und Berathung von Seiten der Commission als persönliches Gutachten des Verfassers zu drucken«.¹⁴³ Der eigentliche knapp dreißig Seiten lange Bericht der Kommission¹⁴⁴ offenbart einen weitgehenden Konsens mit der Vorlage der Regierung, wodurch Mohls Gutachten tatsächlich entbehrlich wurde. Mit der umfangreichen gewerblich-industriellen Landeskunde¹⁴⁵ des Schwarzwaldkreises und des Donaukreises, die Stadt für Stadt Gewerbeansiedlung und Transportaufkommen schilderte und die Notwendigkeit des Eisenbahnanschlusses belegte, rante Mohl offene Türen ein. In der Debatte des Gesetzes¹⁴⁶ ertete er höfliches Lob »für seine unübertreffliche Arbeit [...], in welcher er uns ein Material geliefert hat, aus dem wir Belehrung schöpfen können [...]«¹⁴⁷, aber nur ein Redner nahm in der Argumentation ausdrücklich Bezug auf den Bericht.¹⁴⁸ Darüber hinaus war die Kammer nicht bereit, der Kommission bei ihrem

¹³⁵ Vgl. W.-R. OTT, 1971, S. 319 f.

¹³⁶ Aus Calw, Schwäbische Chronik vom 27.4.1864, Nr. 99: »[...] und wir leben in der Hoffnung, daß seine Wahrnehmungen bei den künftigen Verhandlungen über weiter zu beratende Eisenbahnen auch für den eigentlichen Schwarzwald schwer ins Gewicht fallen werden.«

¹³⁷ Schwäbische Chronik, 1864, Nr. 65, 75, 76, 79, 96, 99, 103.

¹³⁸ So der Korrespondent aus Rottweil in der Schwäbischen Chronik vom 1.5.1864, Nr. 103.

¹³⁹ Aus Horb, ebd.

¹⁴⁰ Vgl. LB Stuttgart, Cod. Hist. 4° 742, Fasc. 4, Kuvert »Eisenbahnen 16. Hohenzollernbahn«, LB Stuttgart, Cod. Hist. 4° 742, Fasc. 5, Kuvert »Eisenbahnen 20.«

¹⁴¹ V.d.K.A., 1862/65, Protokollbd. 5, 165. Sitzung am 24.6.1865, S. 3 969.

¹⁴² V.d.K.A., 1862/65, Beilagenbd. I, 4. Abteilung, die nur das Gutachten der volkswirtschaftlichen Kommission über den Gesetzentwurf vom 28.4.1865, betreffend die weitere Ausbildung des württembergischen Eisenbahnnetzes enthält. Dieser Gesetzentwurf, ebd., Beilagenbd. I, 3. Abteilung, Beilage 284, S. 2 570–2 582 ersetzte den Gesetzentwurf des Vorjahres.

¹⁴³ Anmerkung auf S. 1 des Berichts.

¹⁴⁴ S. 585–616 des Berichts.

¹⁴⁵ Die wirtschaftsgeschichtliche Forschung könnte hier statistisches Material finden.

¹⁴⁶ V.d.K.A., 1862/65, Protokollbd. 5, 162. Sitzung am 22.6.1865 bis 167. Sitzung am 28.6.1865.

¹⁴⁷ Der Abgeordnete Wächter in der 164. Sitzung am 23.6.1865, S. 3 926.

¹⁴⁸ Der Abgeordnete Walter in der 165. Sitzung am 24.6.1865, S. 3 990 f.

einzig gravierenderen Änderungsvorschlag zu folgen.¹⁴⁹ Der Regierungsentwurf würde nahezu unverändert angenommen.

Bereits das zweite Mal in dieser Legislaturperiode liefen die Anstrengungen Mohls ins Leere. Der 680 Seiten lange Bericht über den preußisch-französischen Handelsvertrag, für den er eineinhalb Jahre gearbeitet hatte »bis an jene Grenze [...], wo die Anstrengung die Gesundheit zu untergraben droht«¹⁵⁰, wurde im Plenum nie beraten.¹⁵¹ Der spätere Justizminister Frhr. v. Mittnacht leitete am 19. Februar 1864 seine Anfrage an die volkswirtschaftliche Kommission, ob der Bericht überhaupt noch im Plenum diskutiert werde, mit der süffisanten Bemerkung ein:

»Ich muß gestehen, daß ich in meiner Vorbereitung auf die Berathung des Gegenstandes erst auf S. 324 des Hauptberichtes angelangt bin [...]. Ich fürchte, andere Mitglieder dieses Hauses sind vielleicht noch mehr im Rückstande als ich.«¹⁵²

Ein ähnliches Schicksal erlitt der Bericht Mohls über das württembergische Steuerreformgesetz, das die Regierung am 25.12.1868 an die Kammer gegeben hatte. Die Staatssteuer wurde in Württemberg seit den 1820er Jahren nach einem Gebäude, Grundstücks- und Gewerbekataster in einem unveränderten Schlüssel umgelegt.¹⁵³ Diese »indirekte Staatssubventionierung der Industrie über Steuerpräferenzen«¹⁵⁴ durch die aus vorindustrieller Zeit stammende Verteilung sollte nun durch eine Steuerreform der rasant gestiegenen Leistungsfähigkeit des württembergischen Gewerbes angepaßt werden.

Der ehemalige Obersteuerrat sah für diese Korrektur der Steuerbelastung nicht die geringste sachliche Notwendigkeit. Er glaubte den Anstoß zu der Gesetzesinitiative in dem Erwerb eines großen landwirtschaftlichen Gutes durch Außenminister Neurath gefunden zu haben, der bei dieser Gelegenheit die Grundsteuer für zu hoch befand und dem Finanzminister eine Senkung nahegelegt habe.¹⁵⁵ »Das Schreibergesindel« wolle nun »aus Neid die Fabrikanten so bedrücken, daß die Industrie auswandern würde und müßte.«¹⁵⁶

¹⁴⁹ Der Streitpunkt in der Kommission und in der Kammer war die Linienführung der »Schwarzwaldbahn« über Stuttgart – Leonberg oder über Stuttgart – Böblingen. Die Mehrheit der Kommission beantragte, den Regierungsvorschlag Stuttgart – Leonberg nur unter der Bedingung anzunehmen, daß in der Finanzperiode 1864/67 noch der Bau einer Linie Stuttgart – Böblingen begonnen werde. Mohl genügte für die Begründung dieses Antrags die Seiten 600–608 des Kommissionsgutachtens. Die Kammer beschloß mit 44 zu 42 Stimmen, den Regierungsentwurf anzunehmen und lediglich um eine Vorlage für Böblingen zu bitten. 164. Sitzung, S. 3 959.

¹⁵⁰ So Moriz Mohl in der 57. Sitzung am 19.2.1864, Vd.K.A., 1862/65, Protokollbd. 2, S. 1 267. Mohl fuhr in der Verteidigung gegen Angriffe auf die Länge des Berichtes fort: »[...] über eine Arbeit, welche das Vaterland gegen auswärtige Mächte zu vertheidigen bestimmt ist, wird hier in einer Art und Weise gesprochen, wie sie in keinem Parlamente der Welt je erhört worden ist.«

¹⁵¹ Zur Behandlung des Handelsvertrags im Landtag vgl. H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 738 f.

¹⁵² Vd.K.A., 1862/65, Protokollbd. 2, 57. Sitzung, S. 1 260.

¹⁵³ Vgl. das Kapitel H. BRANDTS, *Parlamentarismus*, 1987, über die Staatseinnahmen, besonders S. 329 f.

¹⁵⁴ W. A. BOELKE, *Wege und Probleme*, 1973, S. 483.

¹⁵⁵ Brief Moriz Mohls an Robert Mohl vom 10.9.1869, Nr. 223.

¹⁵⁶ Ebd.

Obwohl die Finanzkommission ihm in weiser Voraussicht nur die Begutachtung des einleitenden allgemeinen Teils der Vorlage übertrug, bereitete Mohl den Bericht mit allen ihm zu Gebote stehenden Instrumentarien vor. Das Studium ausländischer Steuersysteme, besonders aber die Lektüre eines Berichts des französischen Parlaments zur Gewerbebesteuerung, führte ihn zu der Einsicht, daß nicht die Vorschriften selbst, sondern erst deren praktische Umsetzung über die Höhe der tatsächlichen Steuerbelastung des Gewerbes entscheide.¹⁵⁷ Diese praktische Umsetzung ließ sich wiederum nur vor Ort erkunden.

Mohl plante daher eine Rundreise nach Baden, in die bayerische Pfalz, ins Elsaß, in die Schweiz, sowie nach München und Augsburg, um bei den Steuerbehörden und bei Gewerbetreibenden Nachforschungen anzustellen. Am 16.9.1869 brach er mit dem Reiseziel Karlsruhe auf, am 6.11.1869 meldete die Stuttgarter Zeitung »Neues Tagblatt«: »Moriz Mohl ist von seiner steuerreformatorischen Entdeckungsreise in ferne Länder zurückgekehrt.«¹⁵⁸ In Karlsruhe empfing ihn der badische Finanzminister und wies die Beamten an, Mohl bei den Studien zu unterstützen.¹⁵⁹ Die Kosten dieser wohl aufwendigsten Augenscheinnahme seiner parlamentarischen Laufbahn, die er aus eigener Tasche bezahlen mußte, beliefen sich auf etwa ein Sechstel seines Jahreseinkommens, nämlich 328 Gulden und 28 Kreuzer.¹⁶⁰

Bei der Rückkehr aus der Schweiz waren die Koffer gefüllt mit amtlichen Etatdrucksachen der Kantone und Kommunen.¹⁶¹ Im nächsten Schritt wandte sich Mohl der tatsächlichen Belastung der württembergischen Gewerbetreibenden durch die Staatssteuer und die Gemeinde- und Oberamtsumlagen zu. Dafür bot sich die Form der schriftlichen Enquête an. Mohl versandte mit dem Datum des 12.11.1869 einen detaillierten Fragebogen an württembergische Unternehmer. Neben der genauen Ausstattung der Betriebe mit Maschinen und Arbeitskräften erbat er die differenzierte Aufstellung der bezahlten Steuerarten für die letzten zehn Jahre.¹⁶²

Die vorzeitige Auflösung des Landtags am 22. Oktober 1870 überraschte Mohl wie schon beim Gutachten zum Weidengesetz und zum Hausierhandel inmitten der Fertigstellung seines Berichtes, wovon er sich aber nicht aufhalten ließ. Er erwartete die Wiedervorlage der Steuerreform im neuen Landtag und wollte dann mit dem vorbereiteten Bericht das Gesetz »hoffentlich von vorne weg totdschlagen.«¹⁶³

¹⁵⁷ Ebd.

¹⁵⁸ Zitiert nach einem Ausriß in Mohls Nachlaß, LB Stuttgart, Cod. hist. 4° 742, Fasc. 11, Kuvert »Steuerwesen 3.«.

¹⁵⁹ Brief Moriz Mohls an Robert Mohl vom 16.9.1869, Nr. 225.

¹⁶⁰ Brief Moriz Mohls an Julius Mohl vom 23.10.1870.

¹⁶¹ LB Stuttgart, Miscell. Mohlsche Sammlung, 8° Kaps., Nr. 40–42; 4° Kaps., Nr. 24; fol. Kaps. Nr. 8.

¹⁶² Ein Exemplar findet sich mit dem Datum 13.11.1869, Nr. 231, unter den Briefen an den Bruder Robert, die Antworten der Unternehmer nach Branchen getrennt in LB Stuttgart Cod. hist. 4° 742, Fasc. 11, Kuvert »Steuerwesen 4.«

¹⁶³ Brief vom 23.10.1870.

Mohl hatte sich nicht getäuscht. Am 2.5.1871 legte die Regierung den Gesetzentwurf der neuen Kammer wieder vor, doch das Unvorstellbare war geschehen: Mohl war nicht mehr Mitglied der Finanzkommission. Das Mehrheitsbündnis aus Regierunganhängern und Nationalliberalen verweigerte ihm die Wahl in die Kommission¹⁶⁴ und raubte ihm damit die Möglichkeit, den Entwurf der Regierung »todtzuschlagen«. Julius Hölder und seine neuen politischen Freunde entwerteten mit einem Schlag die Arbeit von zwei Jahren. Nicht weniger als 368 halbseitig engbeschriebene Quartseiten füllten das Manuskript des Berichtes, der weder gedruckt noch beraten wurde.¹⁶⁵

Das Kapitel über die Mohlschen Kommissionsberichte scheint eine Geschichte des persönlichen Scheiterns und einer doppelten Überforderung zu sein. In der kurzen Debatte über den Stand der Beratung des preußisch-französischen Handelsvertrages versuchte Frhr. v. Varbüler Mohl zu Bewußtsein zu bringen, daß der Zuschnitt seiner Berichte eine kleine Kammer von parlamentarischen Amateuren überforderte. Seine Erfahrung habe gezeigt, »daß solche Berichte gar nicht gelesen werden, und dabei gewinnt die Gründlichkeit gewiß am wenigsten. Wie dies im englischen Parlament und anderen Parlamenten gehalten wird, lasse ich dahingestellt sein. Jedenfalls sind wir in Württemberg.«¹⁶⁶

Der Umsetzung des englischen Vorbildes in die württembergische Parlamentspraxis war auch Mohl selbst nicht gewachsen. Er scheiterte zum einen an den Eigenheiten seiner detailbeflissenen Arbeitsweise. Zum anderen überschritt er durch das penible Nachrecherchieren und Nachrechnen der Regierungsvorlagen, wie beim Weidengesetz oder den Eisenbahngesetzen, das auch in modernen Parlamenten übliche und notwendige Maß der Verwaltungskontrolle. Mit einem Arbeitseinsatz, den nur der Berufsparlamentarier leisten konnte, bemühte er sich zwischen den Landtagssessionen, die Arbeit der Ministerien und Behörden zu wiederholen. Überspitzt formuliert kann man darin den vergeblichen Versuch sehen, im Konstitutionalismus gleichsam ein Nebenministerium aus dem Parlament heraus zu etablieren.

Doch können die Mohlschen Berichte nicht allein unter der Perspektive ihrer Unlesbarkeit und Verspätung beurteilt werden. Max Weber entdeckte mit dem Blick auf das englische Parlament die wichtigste Wirkung des Enquête-rechtes nicht in der permanenten Anwendung: »Sondern das Enquêterecht ist als gelegentliches Hilfsmittel unentbehrlich und bietet im übrigen eine Rute, deren Vorhandensein die Verwaltungschefs zwingt, in einer Art Rede zu stehen, die seine Anwendung unnötig macht.«¹⁶⁷ Nun besaß der württembergische Landtag das Untersuchungsrecht nicht, und von einer nur gelegentlichen Anwendung des Enquêteverfahrens durch Mohl kann auch nicht gesprochen

¹⁶⁴ V.d.K.A., 1870/72, Protokollbd. 1, 6. Sitzung am 28.12.1870.

¹⁶⁵ Das Manuskript hat sich im Nachlaß erhalten: LB Stuttgart, Cod. hist. 4° 742, Fasc. 11, Kuvert »Steuerwesen 2.« und Kuvert »Steuerwesen 3.«.

¹⁶⁶ V.d.K.A., 1863/65, Protokollbd. 2, 57. Sitzung am 19.2.1864, S. 1 262.

¹⁶⁷ M. WEBER, *Wirtschaft und Gesellschaft*, 1976, S. 855.

werden. Dennoch setzte die exzessive Begutachtung durch Mohl die württembergische Verwaltung einem permanenten Kontrolldruck aus, soweit dies unter den Bedingungen der konstitutionellen Monarchie möglich war. Die Minister mußten bei ihren Verlautbarungen in der Kammer immer und bei jeder Gelegenheit gewahr sein, durch Mohl einer profunden Kritik unterzogen zu werden. Darauf konnten sie, wie Linden mit Ironie und Spott, oder wie Knapp mit stumpfer Gelassenheit reagieren. Eine Antwort provozierte Mohl immer.

Die kontrollierende Wirkung entfalteten die Mohlschen Berichte auch ungelesen. Die Nebenerwerbsabgeordneten des württembergischen Landtages durften darauf vertrauen, daß Mohl Mängel in den Regierungsvorlagen aufspüren würde. Das Ergebnis dieser Prüfung ließ sich dann knapp zusammengefaßt aus den Anträgen der Kommission entnehmen. Sein hervorragendes Abschneiden bei den Kommissionswahlen bis 1870¹⁶⁸ ist anders kaum zu erklären, auch wenn offene Anerkennung für seine Berichte, wie etwa im Jahre 1852, als die Kammer sich geschlossen erhob, um ihm für die gründliche Begutachtung des Branntweinsteuergesetzes zu danken¹⁶⁹, selten wurde. Die Arbeitsleistung Mohls nahmen die Abgeordneten aber auch 1870 noch gerne in Anspruch. Während des deutsch-französischen Krieges mußte der Landtag von einem Tag auf den anderen über eine außerordentliche Verlängerung des Etats und die Bewilligung von Kriegsmitteln beraten, da er noch am selben Tag geschlossen werden sollte.¹⁷⁰ Obwohl Mohl sich im Juli 1870 in der Kammer offen gegen den Krieg ausgesprochen hatte¹⁷¹, beauftragte ihn die Kammer gegen seinen Widerstand¹⁷², über Nacht einen mündlichen Bericht anzufertigen. In der Kammer hätte sich wahrscheinlich kein anderer, politisch korrekter Kollege finden lassen, der über genug Erfahrung und Energie verfügt hätte, dieses Arbeitspensum in der knappen Frist zu bewältigen.

Der zweite Aspekt, unter dem den Mohlschen Berichten Bedeutung zukommt, ist das Bemühen, dem Petitionsrecht der Kammer im Wortsinne Substanz zu verschaffen. Das Petitionsrecht bot der Kammer die Möglichkeit, sich von der Initiative der Regierung zu lösen und Mißstände auch gegen den Willen der Regierung zum Gegenstand parlamentarischer und damit öffentlicher Debatte zu machen. Für die fachliche Begründung der Petitionen stand der Kammer kein Apparat zur Verfügung, wie ihn die Regierung in der Ministerialbürokratie besaß. Wollte sich die Kammer von dem behördlichen Informationsmonopol ein Stück weit emanzipieren, durfte sie sich nicht auf Anfragen an die Regierung zum jeweiligen Gegenstand beschränken, sondern mußte eigenstän-

¹⁶⁸ Vgl. dazu das Kapitel über den Reinsburgklub.

¹⁶⁹ V.d.K.A., 1851/53, Protokollbd. 5, 148. Sitzung am 21.7.1852, S. 3310.

¹⁷⁰ Einbringung des Etatgesetzes in der 27. Sitzung am 21.10.1870, V.d.K.A., 1868/70, Protokollbd. und Beratung in der 28. Sitzung am 22.10.1870.

¹⁷¹ In der 25. Sitzung am 22.7.1870, S. 445, gab Mohl zu Protokoll: »Der Unterzeichnete würde auf eine bewaffnete Neutralität angetragen haben, wenn dieselbe in Bayern angenommen worden wäre. In der gegebenen Zwangslage bleibt ihm nur die schmerzliche Notwendigkeit, dem vorliegenden Gesetzentwurf zuzustimmen.«

¹⁷² Mohl hätte einen schriftlichen Bericht bevorzugt. 27. Sitzung, S. 454.

dige Untersuchungen einleiten. Moriz Mohl führte hier mit seinen Privatentwürfen in parlamentarischen Diensten ein zukunftsweisendes, innovatives Verfahren vor, wie an dem Bericht über das Hausierwesen gezeigt wurde. Die begrenzte Wirksamkeit, die ein nur sporadisch versammeltes Parlament von Amateuren ohne die Unterstützung einer stetigen eigenen Behörde entfalten konnte, erkannte Mohl selbst nach fünfundzwanzigjähriger Parlamentspraxis an. Als im Jahr 1873 in einer Debatte über die Reform der Geschäftsordnung auch das Recht der Gesetzesinitiative zur Sprache kam, bestritt der inzwischen vom Demokraten zum Konservativen gewandelte Mohl dessen Notwendigkeit für den Landtag:

»Meine Herren, eine lange parlamentarische Laufbahn in diesem Hause hat mich von dieser Ansicht zurückgebracht, es hat mit die Erfahrung gelehrt: vor Allem, daß die Regierung denn doch allein im Besitz des vollständigen Materials, daß sie auch allein im Besitz der erforderlichen in der Verwaltung und Regierung erfahrenen Kräfte ist, welche den Gegenstand durch eine beständige amtliche Beschäftigung mit demselben so vollständig kennen, um einen Gesetzentwurf nach allen Richtungen mit vollständiger Sachkenntnis ausarbeiten zu können.«¹⁷³

Der württembergische Landtag machte in den nächsten Jahrzehnten nur zweimal Gebrauch vom Recht der Gesetzesinitiative, beide Male ohne Erfolg.¹⁷⁴

¹⁷³ V.d.K.A., 1870/73, Protokollbd. 6, 125. Sitzung am 3.1.1873, S. 3 286.

¹⁷⁴ Vgl. G. H. KLEINE, 1969, S. 47.

Im Zentrum der Fraktionsarbeit: Der Reinsburgklub 1855–1868

Die Liberalen und Demokraten überwandten Mitte der 1850er Jahre die Wunden, die sie sich in den Debatten und Wahlkämpfen der Revolutionszeit geschlagen hatten, und fanden wieder zu einer gemeinsamen Fraktion zusammen, die nach ihrem Versammlungslokal Reinsburgklub genannt wurde.¹ Der Reinsburgklub überstand die erneute Spaltung der liberaldemokratischen Bewegung, die sich seit 1864 über dem großdeutschen-propreußischen Gegensatz vollzog, und überlebte als Fraktion bis 1868. Das Kapitel schildert zunächst das Zustandekommen und die Arbeitsweise der Fraktion, um sich dann den politischen Gemeinsamkeiten und Differenzen zwischen Mohl und den Fraktionskollegen in den 1860er Jahren zuzuwenden. Das Augenmerk richtet sich hierbei auf die innenpolitischen Fragen, die den Zusammenhalt des Reinsburgklubs sicherten.² In der Deutschen Frage verlief von Beginn an eine Trennlinie durch die Fraktion. Dieser Gegensatz konnte in den ersten Jahren noch durch dilatorische Formelkompromisse überbrückt werden.³ Daran schließt sich die Frage an, welche Rolle Mohl bei der Organisation der Fraktionsarbeit spielte und welches Gewicht die Fraktion ihm im Landtag zukommen ließ. An das Verhalten Mohls in der Fraktion lassen sich schließlich Überlegungen zu seinem Selbstverständnis als Abgeordneter knüpfen.

Die Annäherung zwischen den beiden Lagern des Bürgertums gelang seit 1853 in der Stuttgarter Kommunalpolitik⁴ und bewährte sich Anfang 1855 das erste Mal im Landtag. Nach einer Vertagung von fast eineinhalb Jahren berief die Regierung am 22. November 1854 die Kammer wieder ein und präsentierte die Gesetzesentwürfe zur Adelsentschädigung und zu einer neuen Gemeindeordnung.⁵ Die Ablehnung der Adelsentschädigung und der neuen Gemeindeordnung schuf eine gemeinsame Front mit den Demokraten gegen die Regierung, welche am 21.2.1855 zur Zurückweisung der Gemeindeordnung mit 45:44 Stimmen führte.⁶ Die Zusammenarbeit von Liberalen und Demokraten stellte den Innenminister Linden vor eine völlig neue Situation. Am 8. Mai

¹ H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 671.

² Vgl. D. LANGEWIESCHE, *Liberalismus und Demokratie*, 1974, S. 353.

³ D. LANGEWIESCHE, *Liberalismus und Demokratie*, 1974, S. 281.

⁴ D. LANGEWIESCHE, *Liberalismus und Demokratie*, 1974, S. 276 und H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 659.

⁵ H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 655 f.

⁶ V.d.K.A., 1854/55, Protokollbd. I, 259. Sitzung am 21.2.1855; H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 659.

verweigerte die Kammer fast geschlossen die Verdoppelung der Ministergehälter auf 10 000 Gulden, was die Auflösung des Landtags am 20. August 1855 nach sich zog.⁷ Aus der Wahl im Dezember 1855 ging die vereinigte Opposition trotz ihrer Zusammenarbeit im Wahlkampf geschwächt hervor.⁸ Liberale und Demokraten verfügten in der neuen Kammer nur noch über 40 der 93 Mandate, dreizehn weniger als im Landtag der Jahre 1851/55.⁹

Die Kenntnisse über die Arbeitsweise der neuen Fraktion der vereinigten Liberalen und Demokraten bleiben sehr gering. Die Forschung stützt sich auf zwei Quellen: einen nachgelassenen Bericht Hölders über die Geschichte der Deutschen Partei und die Briefe Moriz Mohls.¹⁰ In den Briefen Mohls erscheinen die Fraktionssitzungen als »gemeinschaftliche Abendgesellschaften«¹¹ der »verschiedenen Parteischattierungen«, die aus der »Mittelpartei«, der »Linken« und »Weitere, wie Prälat Mehring« bestanden. Der Reinsburgklub vereinigte Abgeordnete eines breiten politischen Spektrums in der gemeinschaftlichen Opposition gegen die Regierung und arbeitete formlos ohne Statut und Vorstand:

»Auch suchen wir natürlich alle bürgerlichen Abgeordneten gegen den gemeinschaftlichen Feind an uns zu ziehen. [...] Wie weit Schlayer und die Mittelpartei mit uns gehen werden, wird sich natürlich zeigen. Indessen ist es, Angesichts des gemeinschaftlichen Feindes, jedenfalls ein großer Gewinn, daß wir die Sachen vorher gemeinsam berathen, daß dadurch die eigentlichen Parteischattierungen sich wenigstens persönlich mehr ausgleichen und man doch sieht wie weit man sich verständigen kann.«¹²

Die Teilnahme an diesen Abendgesellschaften wurde durch die Mäßigung der Demokraten auch für Abgeordnete rechts von den Liberalen offengehalten, da man hoffte, konservative Abgeordnete zu einer Zusammenarbeit bewegen zu können.¹³ Die Führung des Klubs lag in den Händen des Kreises um Julius Hölder.¹⁴ Der Organisationsgrad und die Arbeitsweise der Fraktion entsprach eher den Abgeordnetenclubs des Vormärz als den Fraktionen der Paulskirche. Die Darstellung der Beratung des Gewerbegesetzes zeigte, daß sich die Fraktionsabsprachen »auf die großen Konfliktthemen wie Ministerbesoldung, Adels-

⁷ V.d.K.A., 1854/55, Protokollbd. 2, 275. Sitzung am 8.5.1855. Vgl. H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 659.

⁸ D. LANGEWIESCHE, *Liberalismus und Demokratie*, 1974, S. 279. Eine Darstellung des Wahlkampfes bei H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 159 ff.

⁹ H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 668 f.

¹⁰ Brief Moriz Mohls an Robert Mohl vom 26.2.1856, Nr. 215 und der Brief Moriz Mohls an Robert Mohl vom 20.3.1856, Nr. 218. Vgl. H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 671, der die wenigen Sätze Hölders zitiert, und D. LANGEWIESCHE, *Liberalismus und Demokratie*, 1974, S. 281.

¹¹ Brief Moriz Mohls an Robert Mohl vom 26.2.1856, Nr. 215. Die folgenden Zitate ebd. und im Brief Moriz Mohls an Robert Mohl vom 20.3.1856, Nr. 218.

¹² Brief Moriz Mohls an Robert Mohl vom 20.3.1856, Nr. 218.

¹³ Brief Moriz Mohls an Robert Mohl vom 26.2.1856, Nr. 215.

¹⁴ H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 671 ff.

entschädigung und Konkordat¹⁵ und die der Präsidiums- und Kommissionswahlen konzentrierten.

Das Verhältnis Mohls zum Reinsburgklub war von Beginn an durch seine mangelhafte Fraktionsdisziplin gekennzeichnet. Ein Beispiel ist die Verhandlung über die ohne ständische Genehmigung ausgegebene Teuerungszulage für Beamte in der 52. Sitzung am 8. Juli 1856.¹⁶ Die Regierung hatte kurz nach der Schließung des Landtags 1856 eine Zulage für Beamte gewährt. Fraktionsführer Julius Hölder protestierte gegen dieses Vorgehen entschieden, da er darin eine Schwächung des Budgetrechtes der Kammer sah.¹⁷ Gegen die liberaldemokratische Fraktion befürwortete Moriz Mohl das Recht der Regierung, unvorhergesehene Ausgaben zwischen den Landtagen auch ohne ständischen Beschluß zu bestreiten.¹⁸ Mohls Ausscheren traf die Fraktion empfindlich, da am nächsten Tag die Anhebung der Ministergehälter debattiert wurde, die die Regierung ebenfalls ohne die ständische Zustimmung erhöht hatte¹⁹, obwohl der Landtag dies 1855 ausdrücklich verweigert hatte. Über die ungewohnt gemäßigten Äußerungen »seines Freundes Mohl« zeigte sich der Fraktionskollege Schnitzer sehr verwundert und glaubte, auf Widersprüche in dessen politischer Haltung hinweisen zu müssen.²⁰ Auf diesen Disziplinierungsversuch von seiten der Fraktion reagierte Mohl sehr heftig. Er verwahrte sich gegen die »persönliche Äußerung« und entgegnete, daß er nur seinem Gewissen folge und sich keine Inkonsequenzen nachweisen lasse.²¹

Die großen Themen des Landtags in den Jahren bis 1864: Adelsentschädigung, Konkordat, Gewerbeordnung und schließlich die Schleswig-Holstein-Krise eignen sich nicht als Prüfstein für Mohls Stellung zur Fraktion des Fortschritts. Die Zustimmung oder Ablehnung der Abgeordneten in diesen Fragen orientierte sich nicht an einem liberalen Programm. Erst die Adreßdebatte des Jahres 1864²², in der die Kammer ihre Wünsche für die laufende Legislaturperiode formulierte, bündelte gleichsam die innenpolitischen Themen, die Mohl von der Fraktionsmehrheit trennten. Die Kammer erwartete von der Regierung die Vorlage von Gesetzen für drei große Reformvorhaben: Die Revision der Verfassung, die Neuregelung der kommunalen Selbstverwaltung und eine Reorganisation des Justizwesens.

¹⁵ H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 671. Dabei erwies sich die Fraktion, die mit 40 Abgeordneten in der Minderheit war, als außerordentlich erfolgreich. In die Finanzkommission schickte sie statt der nach den Mehrheitsverhältnissen zu erwartenden sieben Abgeordneten deren vierzehn auf die fünfzehn zu vergebenden Kommissionssitze.

¹⁶ V.d.K.A., 1856/61, Protokollbd. 2, 52. Sitzung vom 8.7.1858, S. 1129–1148.

¹⁷ Ebd., S. 1131.

¹⁸ Ebd., S. 1136.

¹⁹ Diese Debatte und ihre Vorgeschichte stellt H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 399–406, ausführlich dar.

²⁰ V.d.K.A., 1856/61, Protokollbd. 2, 52. Sitzung vom 8.7.1858, S. 1140.

²¹ Ebd., S. 1143 und 1146.

²² V.d.K.A., 1862/65, Protokollbd. 3, 72. – 74. Sitzung vom 21.7. – 23.7.1864, der Entwurf der Adresse, 72. Sitzung, S. 1560 f., die Antwortadresse an den König, Beilagenbd. I, 3. Abt., S. 1929 f.

Die reservierte Haltung Mohls zum Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung zeigte sich bereits in der Paulskirche bei der Forderung der Staatsaufsicht über die Gemeindevewaltungen. Der Widerstand gegen das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden motivierte sich nicht allein aus pragmatischen Überlegungen für den Waldschutz, sondern steht in der Tradition des neoabsolutistischen württembergischen Anstaltsstaates, wie ihn der Vater Benjamin Ferdinand Mohl als Beamter verkörpert hatte. Als Beispiel dafür kann die Debatte des Etats des Innenministeriums am 29. August 1861 dienen.²³ Julius Hölder nutzte die Etatberatung, um für den Vorschlag zu werben, auf der Ebene der Bezirksregierungen Bürgervertretungen in der Form von Bezirksräten einzurichten. Als Ziel formulierte er, »sich eine Verwaltungsorganisation zu geben im Sinne des Selfgouvernements«, um damit dem Ideal der südwestdeutschen Liberalen von der Einheit von Staat und Gesellschaft ein Stück näher zu kommen.²⁴ Moriz Mohl wollte von dieser Einschränkung der zentralstaatlichen Kontrolle über die Regionalbehörden nichts wissen:

»Ich gebe zu, daß dies in gewisser Beziehung seinen Vorteil haben kann, aber, meine Herren, es handelt sich bei den Kreisregierungen von einer Action der Regierung auf das Volk, von einer Aufsicht über volksthümliche Elemente. [...] Eine Regierung soll freisinnig sein, und das wahre Wohl des Volkes im Auge haben, aber sie soll nicht machtlos sein.«²⁵

Gegen die Einführung »einer kleinen Mittelrepräsentation« spreche auch die wissenschaftliche Kompetenz der Regierungsbürokratie, bemerkte der ehemalige Obersteuerrat und Doktor der Staatswissenschaften noch ganz im Selbstbewußtsein des akademisch gebildeten Reformbeamtentums. In der Adreßdebatte des Jahres 1864 warnte Mohl wiederum vor der Preisgabe der Staatsaufsicht über die Gemeinden. Dennoch schloß er sich der Mehrheit der Kammer an, die die Regierung zu einer Reform der Gemeindeordnung aufforderte.²⁶ Der Demokrat Friedrich Rödinger formulierte, sich an der Grenze zur persönlichen Beleidigung bewegend, stellvertretend für die Fraktion die Kritik an Mohl:

»Die Anschauungen meines Freundes Mohl sind in diesem Punkt ganz andere als die meinigen. Er ist reiner Bureaukrat, und ich bin Anhänger der Selbstverwaltung, daher der Gegensatz.«²⁷

Dieser unüberbrückbare Gegensatz zu den liberaldemokratischen Fraktionskollegen brach ein Jahr später über der Beratung²⁸ der lebenslänglichen Amtszeit der Schultheißen wieder auf, die seit den 1820er Jahren in der Kritik der

²³ V.d.K.A., 1856/61, Protokollbd. 6, 162. Sitzung am 29.8.1861.

²⁴ Ebd., S. 4047.

²⁵ Ebd., S. 4045.

²⁶ V.d.K.A., 1862/65, Protokollbd. 3, 74. Sitzung am 23.7.1864, S. 1615 u. S. 1624.

²⁷ V.d.K.A., 1862/65, Protokollbd. 3, 76. Sitzung am 26.7.1864, S. 1657, im Zusammenhang mit einer Diskussion über den weiteren Fortgang der Kammerverhandlungen.

²⁸ V.d.K.A., 1862/65, Protokollbd. 6, 144. Sitzung am 6.5.1865.

württembergischen Liberalen stand.²⁹ Mohl sah, überspitzt formuliert, in den Schultheißen nicht die obersten Repräsentanten der Bürgergemeinde, sondern die Kommissare der Regierung, denen die Gemeindeordnung hoheitliche Funktionen zuwies und sie daher unabhängig vom schwankenden Willen der Wähler stellen mußte. In dem Redebeitrag verteidigte er sich auch gegen Vorwürfe, die vermutlich in den Fraktionsgesellschaften an ihn gerichtet worden waren:

»Meine Herren! Man wirft mir vor, ich werde mit jedem Tag konservativer; es ist wahr ich bin konservativer geworden und werde konservativer, wenn ich sehe, daß nicht bloß eine freiheitliche Tendenz herrscht, sondern eine Tendenz, die ganze Staatsverfassung zu ändern, an die Stelle der Monarchie die Republik zu setzen.«³⁰

Der Autor eines Verfassungsentwurfes, der 1849 von der Monarchie wenig mehr als den Namen übrig gelassen hätte, sah diese Tendenz »noch nicht« in der Kammer vertreten und machte damit deutlich, daß sich sein Vorwurf an die neue Volkspartei richtete, die sich im Sommer 1864 unter der Führung der demokratischen Redakteure des Beobachters gegründet hatte.³¹ Der Beobachter forderte, was Mohl in der Kammer vehement bekämpfte: die Abschaffung der Lebenslänglichkeit und eine Verfassungsrevision, die sich am Prinzip der Selbstverwaltung orientieren sollte.³² Auch von der Forderung des allgemeinen Wahlrechtes, für das Mohl in der Paulskirche noch eingestanden war, rückte er in der Abwehr der demokratischen Strömungen der Volkspartei ab: Die Wahlen in die Hand von »Nichtbesitzenden«³³ zu legen, bedeute den Kommunismus heraufzubeschwören.

Die Regierungsvorlage zur Reform der Gemeindeordnung gelangte in der Kammer nicht mehr zur Beratung. Als der Bericht der Justizgesetzgebungskommission am 17. Februar 1868, drei Tage vor dem Ende der Legislaturperiode, auf der Tagesordnung des Landtags stand, beantragte Julius Hölder, nicht mehr in eine Debatte einzutreten, und die Regierung um die erneute Vorlage des Gesetzes in der nächsten Periode zu bitten.³⁴

²⁹ Vgl. H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 485. Der Bericht der staatsrechtlichen Kommission, V.d.K.A., 1862/65, Beilagenbd. I, 3. Abt., S. 2 478–2 513.

³⁰ V.d.K.A., 1862/65, Protokollbd. 6, 144. Sitzung am 6.5.1865, S. 3 429.

³¹ Vgl. D. LANGEWIESCHE, *Liberalismus und Demokratie*, 1974, S. 317 ff. und H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 715 ff.

³² Vgl. D. LANGEWIESCHE, *Liberalismus und Demokratie*, 1974, S. 322.

³³ V.d.K.A., 1862/65, Protokollbd. 6, 144. Sitzung am 6.5.1865, S. 3 429.

³⁴ V.d.K.A., 1866/68, Protokollbd. 3, 81. Sitzung am 17.2.1868. Die konservative Haltung Mohls in der Frage der Kommunalverfassung verstärkte sich in den folgenden Jahren. War er 1864 noch bereit, sich in der Adressdebatte der Bitte um eine Gemeindereform anzuschließen, so wandte er sich in der Adressdebatte 1868 gegen die Vorlage eines Reformentwurfes durch die Regierung. V.d.K.A., 1868/70, Protokollbd. 1, 8. Sitzung am 18.12.1868, S. 102. Als Hölder in der 180. Sitzung am 3.12.1873 den Antrag zur Gemeindereform wiederholte, bestritt Mohl wiederum jeden Reformbedarf (S. 4 809–4 817). Der konservative Abgeordnete Streich antwortete ihm daraufhin (S. 4 817): »In der That ist es nur der besonderen Vorliebe für die Antike zuzuschreiben, wenn der Herr Abgeordnete Mohl, der in seinem reichen parlamentarischen Leben so oft für Fortschritt und Volksrecht aufgetreten ist, so ganz den hohen Wert der Selbstverwaltung mißkennt.«

Der konservative Zug Mohls zeigte sich in der Adressdebatte 1864 auch bei der Diskussion der Verfassungsreform und der Justizreform. Gegen die Weiterentwicklung der württembergischen Verfassung, die die Kammer in der Adressdebatte des Jahres 1864 anmahnte, streubte sich Mohl mit dem Hinweis auf die schwebende Diskussion über die Reform des Deutschen Bundes³⁵, die freilich seit der Schleswig-Holstein-Krise auf Eis lag.³⁶ In der Frage der Justizreform bekannte er sich zwar zu den liberalen Grundforderungen der Öffentlichkeit und Mündlichkeit des Verfahrens, bestritt jedoch jede Notwendigkeit einer Neueinteilung der Gerichtsbezirke.³⁷ Dennoch trug Mohl auch hier noch die Beschlüsse der Fraktion für die Vorlage der Reformgesetze mit.³⁸

Als die Justizreform der Kammer im Dezember 1867 zur Beratung vorlag, beantragte Mohl angesichts des bevorstehenden Endes der Legislaturperiode im Februar 1868, über den Entwurf zur Tagesordnung überzugehen, da die knappe Zeit eine gründliche Beratung nicht zulasse.³⁹ Das Argument der Zeitknappheit war für Mohl nur vorgeschoben, da er in der Diskussion offenbarte, für eine Reform des württembergischen Justizwesens keinerlei Notwendigkeit zu erkennen. In einem – verglichen mit der radikalen Opposition Mohls in der Reaktionszeit – grotesk anmutenden Rollentausch sah sich der Regierungsvertreter Obertribunalrat Beyerle veranlaßt, den Zustand seines Amtsbereiches zu kritisieren:

»Das Zufriedenheitszeugnis, welches der Herr Abg. Mohl der württembergischen Justiz ausgestellt hat, ist aber nach meiner Überzeugung ein unverdientes.«⁴⁰

Auch dem Engagement des Reinsburgklubs für die Verfassungsreform verweigerte sich Mohl nach seiner Zustimmung in der Adressdebatte 1864. Unter dem Antrag der 40 Mitglieder der liberaldemokratischen Fraktion, die am 28.3.1865 wiederholt die Revision der Verfassung forderten, fehlte seine Unterschrift.⁴¹ Die Regierung verzögerte die Vorlage eines Revisionsentwurfes bis in den Dezember 1867, und der Landtag sah sich aus Zeitmangel genötigt, nur noch über die Änderung des Wahlrechts zu entscheiden.⁴² Am 11. und 12. Februar, zwei Wochen vor dem Ende der Legislaturperiode, beschloß die Kammer die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Männerwahlrechtes.⁴³ Auch wenn Mohl in der Debatte um die Lebenslänglichkeit der Ortsvorsteher 1865 seine Distanz zum allgemeinen Wahlrecht bekannt hatte,

³⁵ V.d.K.A., 1862/65, Protokollbd. 3, 74. Sitzung am 23.7.1864, S. 1614.

³⁶ Vgl. T. NIPPERDEY, Deutsche Geschichte 1800–1866, 1983, S. 709.

³⁷ V.d.K.A., 1862/65, Protokollbd. 3, 73. Sitzung am 22.7.1864, S. 1602.

³⁸ V.d.K.A., 1862/65, Protokollbd. 3, 74. Sitzung am 23.7.1864, S. 1624.

³⁹ V.d.K.A., 1866/68, Protokollbd. 2, 37. Sitzung am 7.12.1867, S. 862

⁴⁰ Ebd.

⁴¹ V.d.K.A., 1862/65, Protokollbd. 4, 127. Sitzung am 28.3.1865, S. 2966. Vgl. zu diesem Antrag, H. BRANDT, Parlamentarismus, 1987, S. 757.

⁴² Vgl. R. MENZINGER, 1969, S. 51–68 und H. BRANDT, Parlamentarismus, 1987, S. 755–764.

⁴³ V.d.K.A., 1866/68, Protokollbd. 3, 72. und 73. Sitzung.

trug er die Entscheidung der Kammer mit. In der Adressdebatte des neu gewählten Landtags im Dezember 1868 offenbarte sich, daß mit dem allgemeinen Wahlrecht die Grenze seiner politischen Toleranz bereits erreicht war.⁴⁴ Auf den Antrag des Führers der Volkspartei Karl Mayer⁴⁵, das Zweikammersystem abzuschaffen⁴⁶, antwortete Mohl mit Argumenten, die er noch vor wenigen Jahren mit dem Schlagwort »Reaction« belegt hätte: Die Erfahrungen der letzten zwanzig Jahre hätten ihn vom allgemeinen Stimmrecht abgebracht. Es seien nicht nur die Interessen der bevorrechteten Stände, die das Wohl des Landes beeinträchtigten, auch von der »entgegengesetzten, republikanischen Seite«⁴⁷ drohten Gefahren. Die Kammer könne dem »norddeutschen Hekker«⁴⁸, wie Mohl Bismarck in Anspielung auf dessen Eintreten für das allgemeine Wahlrecht nannte, keinen größeren Gefallen tun, als die Besitzenden in die Arme Preußens zu treiben. Mohl verlangte daher ein nicht näher erläutertes »modierendes Element«⁴⁹ in der Verfassung, und verteidigte damit das Zweikammersystem, in dem er in der Adelsdebatte der Paulskirche noch die Wurzel der Mißregierung gesehen hatte.⁵⁰

Die Zustimmung Mohls zu den Forderungen des Reinsburgklubs in der Adressdebatte des Jahres 1864 markiert den Endpunkt der programmatischen Gemeinsamkeiten mit den Liberalen und Demokraten in der Fraktion. In der zweiten Hälfte der 1860er Jahre rückte Mohl von nahezu allen liberalen Grundforderungen ab, für die er selbst in der Revolution und der Reaktionszeit eingestanden war. Über die Gründe für diese politische Kehrtwende äußert sich Mohl jedoch weder in seinen Briefen noch in den Landtagsreden.

In der Debatte der Gewerbeordnung 1861 erwies Mohl sich noch als scharfsichtiger und energischer Verfechter des ständischen Gesetzgebungsrechtes gegen das Verordnungsrecht der Regierung. Wenige Jahre danach, am 16.1.1865, war er bereit, der Regierung ein weitreichendes Verordnungsrecht auf dem Gebiet des Post-, Eisenbahn und Telegraphenwesens zuzugestehen.⁵¹ Einige Wochen später stellte Mohl auch die Gültigkeit der Grundrechte zur Disposition. Die Kammer beriet die Motion des ehemaligen Mitglieds der

⁴⁴ V.d.K.A., 1868/70, Protokollbd. 1, 7. Sitzung am 17.12.68.

⁴⁵ Karl Mayer (1819–1889) exponierte sich 1849 als Kommissar der Reichsregentschaft in Oberschwaben, emigrierte nach dem Ende der Revolution in die Schweiz und wurde 1852 wegen Hochverrats zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt. Durch eine Amnestie konnte er 1862 nach Württemberg zurückkehren. Als Redakteur und Herausgeber des Beobachters von 1863–1870 instrumentalisierte er die Zeitung als Zentrum der Parteiorganisation der Volkspartei, die er 1864 gründete. Vgl. das Porträt Karl Mayers bei H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 715–717.

⁴⁶ V.d.K.A., 1868/70, Protokollbd. 1, 7. Sitzung am 17.12.1868, S. 74.

⁴⁷ V.d.K.A., 1868/70, Protokollbd. 1, 7. Sitzung am 17.12.1868, S. 91.

⁴⁸ Ebd., S. 91.

⁴⁹ Ebd., S. 92.

⁵⁰ Im Jahr 1882 verteidigte Mohl sogar den Sitz privilegierter Mitglieder in der zweiten Kammer gegen einen Antrag Karl Mayers, eine verfassungsgebende Landesversammlung nach dem Gesetz vom Juli 1849 einzuberufen. Vgl. W. GRUBE, 1957, S. 546. Zu Karl Mayers Antrag vgl. R. MENZINGER, 1969, S. 120.

⁵¹ V.d.K.A., 1862/65, Protokollbd. 1, 88. Sitzung am 16.1.1865.

letzten Reichsregentschaft der Paulskirche August Becher⁵², die Todesstrafe in Württemberg wieder abzuschaffen.⁵³ Zu Beginn seiner Rede räumte Mohl ein, im Landtag gegen die Einführung der Todesstrafe gesprochen zu haben, weil sie Bestandteil der Grundrechte gewesen waren. Allein aus diesem Grunde habe er ihre Abschaffung in Württemberg mitgetragen: »Nun sind die Grundrechte gefallen, und ich würde es nicht für richtig halten, wenn wir an der bloßen geschichtlichen Tatsache festhalten würden, daß ein Satz in den Grundrechten stand, und nicht auch wieder die ursprüngliche Freiheit unserer Meinung in Anspruch nehmen würden.«⁵⁴

In der Adreßdebatte des Jahres 1868 mußte Mohl sich von dem zwanzig Jahre jüngeren Nationalliberalen Robert Römer eine bittere Bilanz der vorausgegangenen Legislaturperiode gefallen lassen, die keine Rücksicht mehr auf die Verdienste des Altachtundvierzigers nehmen wollte:

»Ich habe in ihm stets – und das hat sich bei jeder Gelegenheit bewahrheitet – einen altwürttembergischen Bureaukraten von reinstem Wasser kennen gelernt, nicht einmal einen modernen württembergischen Bureaukraten, sondern einen Bureaukraten des alten Herzogtums, und ich bin überzeugt, daß wir ihn stets – er ist sich consequent und geht gerade aus – auch bei der bevorstehenden Verfassungsrevision wieder so kennen lernen werden.«⁵⁵

Trotz dieser grundlegenden Differenzen blieb Mohl bis zur Auflösung des Reinsburgklubs 1868 an dessen Organisation beteiligt, wie der folgende Abschnitt zeigen wird. Auf dem Höhepunkt der Kriegsfurcht 1859, die Württemberg unter dem Eindruck der Spannungen zwischen Österreich auf der einen Seite und Frankreich und Italien/Piemont auf der anderen Seite befiel, ließ Mohl dem Reinsburgklub, wie 1849 der Volkspartei, wieder seine Feder und verfaßte im Februar 1859 auf Anregung von Hölder und Probst eine Petition, die »die kräftigsten Maßregeln zum Schutze Deutschlands« forderte.⁵⁶ Da Mohl im Auftrag der liberaldemokratischen Fraktion schrieb, und die Petition schließlich von 39 Abgeordneten aus dem gesamten politischen Spektrum der Kammer unterzeichnet wurde, war er sogar bereit, darauf Rücksicht zu nehmen und sich in den Vorwürfen gegen den Deutschen Bund zu mäßigen.⁵⁷

⁵² August Becher (1816–1890), Rechtsanwalt in Ravensburg und Schwager von Robert Mohl, Landtagsabgeordneter für Blaubeuren von 1847–1849, Mitglied der letzten Reichsregentschaft und Vorsitzender der Reutlinger Pfingstversammlung, floh nach der Revolution in die Schweiz und wurde nach seiner Rückkehr 1850 in einem Hochverratsprozeß freigesprochen. In den Landtag zog er 1862 wieder ein. Vgl. B. MANN, *Württemberg*, 1975, S. 377.

⁵³ V.d.K.A., 1862/65, Protokollbd. 3, 104. Sitzung am 13.2.1865.

⁵⁴ Ebd., S. 2352. Die Motion wurde mit 56:27 Stimmen unterstützt. V.d.K.A., 1862/65, Protokollbd. 3, 105. Sitzung am 14.2.1865, S. 2390.

⁵⁵ V.d.K.A., 1868/70, Protokollbd. 1, 2. Sitzung am 7.12.1868, S. 21.

⁵⁶ Für die Petitionsbewegung und die »italienische Krisis« in Württemberg vgl. K. BACHTELER, 1934, S. 15 und D. LANGEWIESCHE, *Liberalismus und Demokratie*, 1974, S. 285 f., sowie H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 691.

⁵⁷ Brief Moriz Mohls an Robert Mohl vom 11.3.1859, Nr. 335. Vgl. D. LANGEWIESCHE, *Liberalismus und Demokratie*, 1974, S. 286.

Während der Vertagung des Landtags vom 4. Mai 1859 bis zum 28. Februar 1861 befaßten sich die Zusammenkünfte der liberaldemokratischen Führungsgruppe in Stuttgart mit den Parteibildungsbestrebungen Hölders und sollen daher erst im nächsten Kapitel behandelt werden.

Mohl zählte nicht nur zum engsten Kreis der Fraktionsführung⁵⁸, er ergriff auch die Initiative für die Integration der neuen Landtagsabgeordneten nach der Wahl 1862, bei der 50 % der Mandate ihren Inhaber gewechselt hatten.⁵⁹ Einen Monat nach der Wahl und zwei Monate vor dem Zusammentritt des neuen Landtags versammelte sich »ein kleiner Kreis vertrauter Freunde«⁶⁰, wie Mohl den Führungszirkel gegenüber dem Ellwanger Abgeordneten Bayerhammer nannte, um die Kontaktaufnahme zu den neuen Abgeordneten zu organisieren. Mohl warb mit seiner sprichwörtlichen Höflichkeit um neue Fraktionsmitglieder und gab damit zugleich eine Charakteristik des breiten politischen Spektrums, das der Reinsburgklub zu bündeln suchte:

»Da es uns in höchstem Grade wünschenswert scheint, daß für die Wirksamkeit der jetzigen Abgeordnetenkammer eine große, unabhängige Partei aller *bürgerlich gesinnter Männer der verschiedenen freisinnigen Schattierungen* sich bilde [...], so wurde mir die Ehre zuteil, der Dolmetscher unserer Gesinnungen bei Ihnen, verehrtester Herr College zu sein[...].«⁶¹

Die einträchtige Teamarbeit, die in den beiden Notizzetteln für Hölder zutage tritt, täuscht über die tatsächlichen Spannungen, die die unterschiedliche Haltung in der nationalen Frage im Reinsburgklub hervorrief, hinweg.⁶² Die nationalpolitischen Differenzen und die damit einhergehenden persönlichen Aversionen wurden zurückgestellt, um das gemeinsame Vorgehen gegen die »*aristokratische* und an diese sich anschließende bürokratische Seite«⁶³ im Landtag nicht zu gefährden.

Die Zusammenarbeit der großdeutschen und propreußischen Liberalen und Demokraten in der Kammer geriet seit 1864 zunehmend unter den Druck der Trennung der Fortschrittspartei, die sich außerhalb des Landtags über der nationalen Frage vollzog. Die endgültige Spaltung der Fortschrittspartei, die sich in der Gründung der nationalliberalen Deutschen Partei im August 1866

⁵⁸ So lud er am 23.1.1861 Hölder, Probst, Schott und Duvernoy zu sich ein, um eine Eingabe an den ständischen Ausschuß zu beraten. Nachlaß Hölder, Cod. Hist. fol. 880, Fasz. 36, Nr. 343. Vgl. auch Brief Moriz Mohls an Robert Mohl ohne Datum, Nr. 55, (März 1861).

⁵⁹ H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 699.

⁶⁰ Duvernoy, Probst, Rödinger, Römer, Fetzer, Schott, Mohl; Hölder war durch einen Trauerfall verhindert. Für das Folgende vgl. Hölders Nachlaß in der württembergischen Landesbibliothek, Cod. hist. fol 880 Fasz. 25, Nr. 223 u. Nr. 224.

⁶¹ LB Stuttgart, Cod. hist. fol 880, Fasz. 25, Nr. 223, Hervorhebung im Original.

⁶² Vgl. dazu das nächste Kapitel über die Parteiorganisationen. Einen Brief an den Bruder Robert, in dem er wieder einmal über Hölder herzog, beendete er mit der Bemerkung: »Daß übrigens dieser Brief unter uns beiden bleibt, versteht sich. Denn ich muß mit Hölder, Murschel und einigen anderen speziess doch leben, wenn ich ihnen auch meine Meinung sehr offenherzig sage, und mich schlechterdings nicht zum Schurzträger dieser Esel hergebe.« 30.3. 1860, Nr. 12.

⁶³ Brief Mohls an Bayerhammer, LB Stuttgart, Cod. hist. fol 880, Fasz. 25, Nr. 223, Hervorhebung im Original.

manifestierte, reichte nun auch in den Reinsburgklub hinein.⁶⁴ Julius Hölder kündigte im Namen seiner Parteifreunde die Gründung einer eigenen Fraktion an. Diese Gelegenheit wollte Moriz Mohl nutzen, um seinerseits die Fraktionen im Landtag neu zu gruppieren.⁶⁵ Er beriet mit den prominenten großdeutschen Liberalen und Demokraten des Reinsburgklubs⁶⁶, sich von den propreußischen Mitgliedern, »den ärgsten und schamlosesten Gothaern«, zu trennen und mit der »nicht preußischen Rechten« um Hermann v. Mittnacht zusammenzuarbeiten, »weil vieles dadurch weniger einseitig und vernünftiger geworden wäre«. Diese ein halbes Dutzend Mitglieder zählende »Mittelpartei«⁶⁷ um Hermann v. Mittnacht, die sich nach der Wahl 1862 zusammenfand, folgte der Regierung nicht bedingungslos und »zeigte sich konservativ und liberal in einer Verbindung, die, je nach Anlaß und Bedarf, changierte, die antiradikal, antireaktionär und antipartikularistisch sein konnte.«⁶⁸ Es verwundert nicht, daß Mohl hier im Gegensatz zu seinen Fraktionskollegen Anknüpfungspunkte fand: »So war doch außer mir schließlich keiner dafür, sondern die Popularitätsjägerei trieb die anderen dahin, sich wieder coram publico abgesondert von der Rechten zu gerieren.«⁶⁹ Mohl versuchte demnach trotz der beobachteten innenpolitischen Differenzen, an der Führung der Fraktion beteiligt zu bleiben.⁷⁰

Die Mehrheit der Mitglieder des Reinsburgklub wünschte, die Einheit der Linken nicht über der preußischen Frage zerbrechen zu lassen, und drängte Julius Hölder, die Zusammenarbeit mit der liberaldemokratischen Fraktion fortzuführen. Die Fraktionsgemeinschaft der Großdeutschen und Nationalliberalen im Reinsburgklub hielt noch bis zur Beratung des Allianzvertrages mit Preußen im Oktober 1867⁷¹, doch belegen die Kommissionswahlen des Jahres 1866, daß die Mehrheit des Klubs die Mitglieder der Deutschen Partei bereits als selbständige Gruppe wahrnahm und ihnen nur noch eine Minimalbeteiligung an den Ausschufssitzen zugestand.⁷²

Drei Gründe können genannt werden, die es Mohl erlaubten, trotz der grundlegenden programmatischen Differenzen an der Führung der Fraktion mitzuarbeiten. Der Vorschlag Mohls, die Koalition mit der Rechten zu suchen, lief zum ersten der politischen Struktur des Reinsburgklubs nicht völlig zuwider. Trotz seiner Wurzeln in der liberaldemokratischen Opposition gegen das Reaktionsministerium Linden wandelte sich die Fraktion unter der Dominanz der nationalen Frage zu einem »bunten Gebilde,[...] politisch heterogen und

⁶⁴ Vgl. für das Folgende D. LANGEWIESCHE, *Liberalismus und Demokratie*, 1974, S. 352 ff.

⁶⁵ Vgl. den Bericht Mohls in seinem Brief an Julius Mohl vom 14.9.1866, Nr. 27. Dort auch die folgenden Zitate.

⁶⁶ Becher, Probst, Schott, Österelen, Ammermüller, Deffner.

⁶⁷ So H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 701.

⁶⁸ Ebd., S. 702.

⁶⁹ Brief Moriz Mohls an Julius Mohl vom 14.9.1866, Nr. 27.

⁷⁰ Hinweise dafür geben auch die Briefe an Robert Mohl vom 9.12.1863, 16.1.1864, 18.1.1864, 6.3.1864.

⁷¹ H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 774 f.

⁷² H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 774.

allein durch institutionelles Herkommen und das antipreußische Bekenntnis zusammengehalten.«⁷³ Die beiden parteipolitisch gefestigten Gruppen der Fraktion, die 8 Mitglieder der Volkspartei und die bis zu ihrem Austritt 11 Nationalliberalen um Hölder, stellten nur die Minderheit der etwa 40 Angehörigen des Reinsburgklubs und so zog die Zusammensetzung der Fraktion eine programmatische Indifferenz nach sich, die die Tolerierung Mohls zuließ.

Die Überlagerung von nationalen und innenpolitischen Fragen veränderte zum zweiten auch das politische Verhalten der Kammer insgesamt, wie Hartwig Brandt herausstellt: »Die bipolare Struktur, der Gegensatz von Regierungspartei und Opposition, war nicht mehr der herausragende Charakterzug der Kammer.«⁷⁴ Die innenpolitischen Themen traten in den Hintergrund, was allein schon an der kurzen Dauer der Sitzungszeit augenfällig wird, die für die Reformgesetze zur Verfügung stand. Die Übung und Einforderung von Fraktionsdisziplin wurde in dieser Situation nicht zum vordringlichen Problem des Reinsburgklubs und die Fraktion konnte sich auch für einen »parlamentarischen Freischärler«⁷⁵ offenhalten, zu dem Mohl inzwischen in programmatischer, nicht jedoch in organisatorischer Hinsicht geworden war.

Die getrennte Entwicklung der Parteiorganisationen und der Fraktion, die ihr starkes Eigengewicht behielt, erklärt zum Dritten auch, warum Mohls selbstgewählte Isolierung von den außerparlamentarischen Parteibildungen ohne jede Konsequenz für die Stellung in der Fraktion blieb. Die Führer der Parteien, Julius Hölder für die nationalliberale Deutsche Partei, Karl Mayer für die demokratische Volkspartei, blieben im Landtag mit ihrer Anhängerschaft noch in einer Minderheitenposition, in der an eine Sanktionierung unfreundlichen Verhaltens gegen ihre Partei nicht zu denken war. Das sollte sich im ersten Landtag nach der Reichsgründung für Mohl sehr fühlbar ändern.

Die subjektive Einschätzung Mohls, der sich in den Briefen als Mitglied des engeren Führungszirkels präsentierte, findet in den Protokollen der Kammer Sitzungen ihre Bestätigung, wenn man das Ergebnis der Kommissionswahlen als Gradmesser des politischen Einflusses gelten lassen will. So konnte er bei der Wahl einer Kommission, die den Gesetzentwurf der Regierung für die Rüstungsaufwendungen im Sommer 1866 begutachten sollte, die meisten Stimmen auf sich vereinigen.⁷⁶ Nach der Niederlage Württembergs trat er als Sprecher einer Delegation der Landtagsmehrheit bei Außenminister Varnbüler auf, um Auskunft über das Gerücht der Verlegung einer preußischen Garnison nach Ulm zu verlangen.⁷⁷ Auch bei den Kommissionswahlen für den Landtag 1866/68 berücksichtigten die Fraktionskollegen Mohl und schickten ihn in die

⁷³ H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 775.

⁷⁴ Ebd.

⁷⁵ So H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 777 f. über Mohl im Zusammenhang mit den Zollparlamentswahlen.

⁷⁶ V.d.K.A., außerordentlicher Landtag 1866, 2. Sitzung am 24. Mai 1866. Vgl. auch H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 741.

⁷⁷ Brief Moriz Mohls an Robert Mohl vom 3.10.1866, Nr. 180.

Adreßkommission, die Finanzkommission und die volkswirtschaftliche Kommission.⁷⁸

Im Zuge der Wahlen des Jahres 1868 veränderten auch die Fraktionen des Landtags ihren Charakter grundlegend. Die Auseinandersetzungen im Wahlkampf zum Zollparlament spalteten die Abgeordneten der Deutschen Partei endgültig von den Großdeutschen und den Demokraten.⁷⁹ Nach dieser ersten Teilung des alten Reinsburgklubs schied sich dieser noch ein zweites Mal in die Demokraten der Volkspartei und die sogenannten Großdeutschen, »ein der württembergischen Parteiengeschichte eigentümliches Sammelbecken für Demokraten, die der Volkspartei nahestanden, ohne ihr anzugehören, für Vertreter der verschiedenen Richtungen des württembergischen Katholizismus und für einige großdeutsche Konservative.«⁸⁰ Das Kräfteverhältnis dieser beiden Reste des Reinsburgklubs verschob sich durch die Wahlen beträchtlich. Der Parteiführer der Demokraten Karl Mayer, der nun auch über ein Abgeordnetenmandat verfügte, durfte zunächst auf eine von 8 auf 30 Abgeordnete deutlich vergrößerte Anhängerschaft im Landtag bauen.⁸¹ Im Vertrauen auf diese Stärke nahm Karl Mayer die Einladung einiger Großdeutschen zur Bildung eines Klubs der Linken aus Großdeutschen und Volkspartei an, obwohl die Führung der Volkspartei seit 1865 darauf drängte, im Landtag die Fraktionen entlang der außerparlamentarischen Parteien zu bilden.⁸² Dieses von Karl Mayer wohl nur unter taktischen Erwägungen eingegangene Zweckbündnis überstand nur die Kommisionswahlen im Landtag und die ersten beiden Fraktionssitzungen. Dabei trennten nicht inhaltliche Differenzen die beiden Gruppen, sondern unterschiedliche Auffassungen über den Führungsstil der Fraktion, ja unterschiedliche politische Traditionen. Karl Mayer strebte nach einer Unterordnung der Fraktion unter die Parteiorganisation und verlangte daher die Öffnung der Fraktionssitzungen für Parteimitglieder ohne Mandat, wie etwa Vertreter der Parteipresse.⁸³ Die Übung von Fraktionsdisziplin und die Aufgabe der privilegierten Stellung des Mandatsträgers überforderte das Selbstverständnis der meist altgedienten großdeutschen Parlamentarier und ließ diesen die straffe Fraktionsführung durch Karl Mayer als »kaum erträgliche Arena für Klopffechtereien«⁸⁴, so Moriz Mohl, erscheinen. Hartwig Brandt erklärt dieses unterschiedliche Politikverständnis mit dem Generationswechsel, der sich inzwischen in der Linken vollzogen hatte.⁸⁵ Mit wenigen Ausnahmen entstamm-

⁷⁸ V.d.K.A., 1866/68, 2. Sitzung am 28.9.1866, die Wahl der Adresskommission bei der Mohl 63 Stimmen erhielt, und die Wahl in die Finanzkommission mit 64 Stimmen; 4. Sitzung am 5.10.1866, die Wahl in die volkswirtschaftliche Kommission mit 61 Stimmen.

⁷⁹ D. LANGEWIESCHE, *Liberalismus und Demokratie*, 1974, S. 353.

⁸⁰ G. RUNGE, 1970, S. 105.

⁸¹ H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 782.

⁸² G. RUNGE, 1970, S. 104.

⁸³ Vgl. D. LANGEWIESCHE, *Liberalismus und Demokratie*, 1974, S. 356 und H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 782 f.

⁸⁴ Brief Moriz Mohls an Robert Mohl vom 17.12.1868, Nr. 212.

⁸⁵ H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 783, er folgt hier einer Anregung von G. RUNGE, 1970, S. 105.

ten die Abgeordneten der Volkspartei, deren Durchschnittsalter bei 43,4 Jahren lag, einer Generation, die ihre politische Laufbahn nach der Revolution 1848 begonnen hatte. Als »Namenlose, hungrige Neulinge zumeist, die der Partei oder doch der Berufung auf sie ihren Aufstieg verdankten«, charakterisiert sie Hartwig Brandt.⁸⁶ Die Großdeutschen, aus deren Alter sich ein Durchschnitt von 55,7 errechnet, verfügten dagegen über langjährige parlamentarische Erfahrung und – wie Moriz Mohl, Rudolf Probst oder August Becher über großes Ansehen in der politischen Öffentlichkeit Württembergs. Das ausgeprägte Selbstbewußtsein der älteren Honoratiorenpolitiker prallte auf die Ansprüche einer Parteiführung, die von ihren Abgeordneten verlangte, daß sie den politischen Willen der Parteimitglieder im Parlament repräsentieren sollten.

Moriz Mohl überstand die programmatischen Eigenwilligkeiten der vorausgegangenen Landtagsperiode nicht nur unbeschadet, er konnte den Erfolg bei den Kommissionswahlen des neuen Landtags 1868 noch steigern. In drei Ausschüsse delegierte ihn die Kammer: Bei der Wahl für die Steuergesetzgebungskommission verweigerten ihm lediglich 4 der 86 anwesenden Abgeordneten ihre Unterstützung, so daß er sich in dieser parlamentarischen Rangliste mit 82 Stimmen deutlich vor dem großdeutschen Abgeordneten Peter Paul Cavallo⁸⁷ mit 65 Stimmen plazieren konnte.⁸⁸ Ebenfalls an die erste Stelle setzte die Kammer ihn bei der Wahl des volkswirtschaftlichen Ausschusses mit 9 Stimmen Vorsprung vor dem Nationalliberalen Otto Elben⁸⁹, und für die Wahl der Adresskommission, die die Antwort auf die Thronrede formulieren sollte, reichte es immerhin zu einem 4. Platz.⁹⁰ Allein bei der Abstimmung für die Landeskulturgesetzgebungskommission fiel Mohl durch.⁹¹ Wahrscheinlich erinnerten sich die Abgeordneten an seine zögerliche Berichterstattung über das Weidrechtsgesetz vor 10 Jahren und sorgten sich um die Arbeitsbelastung Mohls.

Das Kräfteverhältnis der Fraktionen im Landtag des Jahres 1868 kann den Erfolg Mohls nicht allein erklären, da nur 44 Stimmen aus dem Lager der Großdeutschen und der Volkspartei kamen.⁹² Moriz Mohl erhielt zumindest bei der Wahl der Steuergesetzgebungskommission auch die Stimmen der Nationalliberalen. Dabei muß man sich die kräftigen Worte vor Augen führen, mit denen er in der Debatte der Thronrede wenige Tage vor den Kommissionswahlen 1868 die Abgeordneten der Deutschen Partei für ihre Unterstützung des Regierungskandidaten bei der Präsidentschaftswahl bedachte:

»Meine Herren! Ich schneide das Tischtuch zwischen dieser Partei und uns entzwei. Das württembergische Volk hat in seiner großen Mehrheit sich bei den

⁸⁶ H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 783.

⁸⁷ Peter Paul Cavallo (1799–1873), Papierfabrikant in Wildbad und Abgeordneter von 1857–1870, vgl. H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 788, Anm. 228.

⁸⁸ V.d.K.A., 1868/70, Protokollbd. 1, 4. Sitzung am 12.12.1868.

⁸⁹ Mohl erhielt 55 Stimmen, V.d.K.A., 1868/70, Protokollbd. 1, 5. Sitzung am 15.12.1868.

⁹⁰ Mohl erhielt 65 Stimmen, V.d.K.A., 1868/70, Protokollbd. 1, 2. Sitzung am 7.12.1868.

⁹¹ 5. Sitzung am 15.12.1868.

⁹² Zur Mandatsverteilung vgl. H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 781 f.

Wahlen gegen die preußische Partei erklärt; diese hatte nur eine kleine Fraktion des Volkes für sich und sie bildet auch in diesem Hause nur eine kleine Minderheit.«⁹³

Das Auftreten Mohls gegen die Nationalliberalen demonstriert auch, daß er sich als Mitglied, ja sogar Sprecher der kurzlebigen großdeutschen-demokratischen Fraktion der Kammer fühlte. Die Unterstützung durch die Nationalliberalen scheint die Bedeutung der Kommissionswahlen als Gradmesser für den Rückhalt des Abgeordneten in der Fraktion zu relativieren, die oben als Argument für die starke Stellung Mohls in der Fraktion eingeführt wurden. Ganz offensichtlich zeigten sich die Abgeordneten 1868 und auch noch 1870⁹⁴ bereit, bei der Wahl einzelner, ausgewiesener Experten auf Parteirücksichten zu verzichten. Im ersten Landtag nach der Reichsgründung brachte Julius Hölder jedoch Moriz Mohl sehr deutlich zu Bewußtsein, daß zwischen der Fraktionszugehörigkeit und dem Erfolg bei den Kommissionswahlen ein enger Zusammenhang bestehen konnte. Die Nationalliberalen stellten nach ihrem Wahlsieg im Dezember 1870 gemeinsam mit den Regierungsanhängern die Mehrheit der Kammer, und Hölder gebot nun seinerseits über die Möglichkeit, Mohl von jedem parlamentarischen Einfluß abzuschneiden. Die neue Kammermehrheit hielt Mohl konsequent von den Kommissionen fern⁹⁵ und entwertete damit unter anderem dessen jahrelange Vorarbeiten zur Steuerreform und zum Weidengesetz, die nach 1871 beraten wurden. Die harten Auseinandersetzungen in den Jahren vor der Reichsgründung führten nun auch in der Kammer zu einer schärferen parteipolitischen Polarisierung, und die Geschlossenheit der Fraktionen der Nationalliberalen und der Regierung erlaubte eine wirkungsvolle Sanktionierung parteiwidrigen Verhaltens.

Die vorangegangenen Kapitel, die Mohls Verhältnis zu den Fraktionen der Paulskirche und des württembergischen Landtags darstellten, legen es nahe, das Bild des »parlamentarischen Freischärlers«⁹⁶, des isolierten Einzelgängers, zu modifizieren. Mohl suchte, förderte und begrüßte die Zusammenarbeit mit den Fraktionen der Paulskirche und in der demokratischen und später der liberal-demokratischen Fraktion des Landtags. Bis zum Ende der 1860er Jahre fand sich Mohl keinesfalls isoliert, sondern versehen mit einem beachtlichen Rückhalt im Landtag und wahrscheinlich auch in der Fraktion. Dennoch entstand

⁹³ V.d.K.A., 1868/70, Protokollbd. 1, 2. Sitzung am 7.12.1868, S. 19.

⁹⁴ Bei der Wahl der Finanzkommission in der 20. Sitzung des Landtags 1868/70 am 17.3.1870, Protokollbd. 1, S. 373, erzielte Mohl das drittbeste Resultat.

⁹⁵ Vgl. die Kommissionswahlen V.d.K.A., 1870/72, Protokollbd. 1, 2. Sitzung am 19.12.1870, 6. Sitzung am 28.12.1870, 7. Sitzung am 29.12.1870, 14. Sitzung am 23.6.1871, 19. Sitzung am 14.7.1871; Protokollbd. 2, 28. Sitzung am 2.12.1871, Protokollbd. 5, 95. Sitzung am 31.10.1872. Erst in der 143. Sitzung am 8.2.1873, Protokollbd. 7, wurde Mohl ein Sitz in der Kommission zur Begutachtung des Gesetzentwurfes, betreffend die Bestreitung des Aufwandes für außerordentliche Militärbedürfnisse, zugestanden. Bei den Kommissionswahlen für den Landtag 1875 fand Mohl wiederum keine Berücksichtigung, V.d.K.A., 1875, Protokollbd. 1, 2. Sitzung am 16.3.1875 und 3. Sitzung am 17.3.1875.

⁹⁶ So H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 777 f., im Zusammenhang mit den Zollparlamentswahlen.

das bisherige Bild in der Forschung nicht zu Unrecht. Mohl zeigte sich jederzeit bereit, auch in zentralen Fragen aus der Fraktionslinie zu scheren und seine Unabhängigkeit zu demonstrieren. Diese nicht aufzulösende Widersprüchlichkeit wurde im ersten Teil des Kapitels mit der politisch heterogenen Struktur des Reinsburgklubs begründet, dessen lose Organisation und Führung dieses Verhalten tolerierte oder tolerieren mußte, da für eine Sanktion die Geschlossenheit fehlte. Im letzten Teil soll nun dieser Widersprüchlichkeit in der Person Moriz Mohls und seinem Selbstverständnis als Parlamentarier und Politiker nachgegangen werden. Zwei Erfahrungsräume verschränkten sich hier: Noch einmal muß daran erinnert werden, daß Moriz Mohl am Beginn seiner parlamentarischen Karriere 1848 bereits 46 Jahre alt war und er somit die politische Prägung im Vormärz erhalten hatte. Dieses vormärzliche Politikverständnis modifizierte sich dann unter den Erfahrungen der parlamentarischen Praxis in der Revolution und während der Reaktionsjahre im Landtag.

Mohls Anspruch, nur dem Gewissen und dem Wohl des gesamten Volkes verpflichtet zu sein, führt zu der Rolle hin, die die politische Theorie dem Abgeordneten in einer neuständisch-repräsentativen Volksvertretung zuwies.⁹⁷ Mit dem Übergang von der landständischen Vertretung zu einer neuständisch-repräsentativen Volksvertretung trat ein Wechsel in den Vorstellungen über die Aufgaben und die Stellung des Abgeordneten ein.⁹⁸ Das Mitglied der Landstände des 18. Jahrhunderts war Abgesandter eines bestimmten Standes gewesen, dessen Interessen er zu vertreten hatte. Die Abgeordneten in der Repräsentativverfassung sollten dagegen die Interessen des gesamten Volkes wahren und so die Integration in den neu entstandenen Staaten Süddeutschlands fördern. Hier trafen sich das Interesse der Landesherren und das Ideal der Liberalen von der Einheit der staatsbürgerlichen Gesellschaft. Die württembergische Verfassung von 1819 formuliert daher auch explizit die neuen Anforderungen an das Mandat des Landtagsmitglieds:

»§155 Der Gewählte ist als Abgeordneter, nicht des einzelnen Wahlbezirks, sondern des ganzen Landes anzusehen. Es kann ihm daher auch keine Instruction, an welche er bei seinen künftigen Abstimmungen in der Stände-Versammlung gebunden wäre, ertheilt werden.«⁹⁹

Die Antwort Mohls an den Abgeordneten Schnitzer in der Debatte um die Erhöhung der Beamtengehälter 1858, daß er allein seinem Gewissen folge, deckt sich mit der Auffassung des Abgeordnetenmandats, die in Rottecks Staatslexikon vorgetragen wird:

⁹⁷ Vgl. H. BRANDT, *Landständische Repräsentation*, 1968, S. 185, Anm. 81.

⁹⁸ Vgl. den Überblick bei H. BOLDT, *Die Stellung des Abgeordneten*, 1979, S. 18 f., sowie P. M. EHRLE, 1979, S. 17 ff. U. SCHEUNER, 1977, S. 312 ff. weist den Landständen entgegen der zeitgenössischen und modernen Auffassung einen Gesamtvertretungsanspruch zu.

⁹⁹ Zitiert nach H. BOLDT, *Reich und Länder*, 1987, S. 322. P. M. EHRLE, 1979, S. 289 ff. bietet einen umfassenden Überblick zu den Verfassungsbestimmungen über das freie Mandat in den deutschen Verfassungen des Vormärz. C. MÜLLER, 1966, S. 10, verdeutlicht das Spannungsverhältnis zwischen dem freien Mandat und dem Fraktionszwang.

»Nach den positiven Festsetzungen der meisten Constitutionsurkunden und auch nach der in der Schule vorherrschenden Lehre hat der Abgeordnete die repräsentative Eigenschaft in Bezug auf das *gesamte* Volk, nicht nur in Bezug auf seine *Wähler* oder seinen *Wahlbezirk*, ja in Bezug auf den letzten soll er sie weit weniger oder gar nicht haben, d. h. er soll die (in der Regel selbst durch einen Eid zu bekräftigende) Pflicht haben, nur nach den Interessen der großen Gesamtheit, keineswegs aber nach jenen seiner Classe oder seines Bezirks zu stimmen.«¹⁰⁰

Mohl hat diese »vorherrschende Lehre« verinnerlicht. Das Gebot, daß der Abgeordnete »nach freier Ueberzeugung, wie sie sich auf Grund der Verhandlung gebildet hat«¹⁰¹, zu stimmen habe, wollte Mohl keiner Rücksicht opfern. Dieses Modell des allseits unabhängigen Abgeordneten, der sich nur dem Volkswohl verpflichtet glaubt, war bereits im Vormärz umstritten, wie die Fortsetzung des Zitats aus Rottecks Staatslexikon erweist:

»Durch diese Festsetzung der Lehre jedoch entfernt man sich von der Natur der Dinge, und dabei ohne allen praktischen Gewinn. Die Forderung, daß jeder Bezirk und jede Classe ihren eigenen Abgeordneten ernenne, schließt in sich oder setzt voraus die weitere Forderung einer besonderen Vertretung aller unter sich – insbesondere nach Bezirken und nach Classen – [...]«¹⁰²

Das Kapitel über den Kontakt zum Wahlkreis wird zeigen, daß Mohl auch gegenüber seinen Wählern darauf bedacht blieb, der Form nach diese Unabhängigkeit zu wahren.

Das Ideal des freien Mandates beeinflusste das Verhältnis zu den politischen Parteien und Fraktionen zu Beginn der Revolution.¹⁰³ Im März 1848 ließ ihn die Abneigung gegen »das stupide Parteiwesen«¹⁰⁴ zögern, sich um ein Mandat zu bewerben. Die reservierte Haltung gegenüber den Parteien bzw. Fraktionen als Vertretern von Teilinteressen entsprach dem Unbehagen, das viele Teile der liberalen Bewegung im Vormärz gegenüber der Existenz von Parteien innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft empfanden. Parteien als Gesinnungsgemeinschaften waren allgemein akzeptiert, bei fest organisierten Parteien witterte man jedoch die Gefahr der »Parteilichkeit«, und im konservativen Sprachgebrauch der Ausbildung von »Factionen« und »Rotten«.¹⁰⁵ »Das politische Denken war auf Ganzheiten ausgerichtet, wie Vaterland, Volk und Nation«.¹⁰⁶ Die bürgerliche Bewegung, die Liberalen wie die Demokraten, nahm für sich in

¹⁰⁰ Das Staats-Lexikon, Artikel »Abgeordneter« von K. v. Rotteck, Bd 1, S. 105, Hervorhebungen im Original.

¹⁰¹ Deutsches Staats-Wörterbuch, Artikel »Abgeordneter« von Pözl, Bd. 1, S. 1.

¹⁰² Ebd., S. 105 f.; hierzu auch U. SCHEUNER, 1977, S. 332, und P. M. EHRLE, 1979, S. 293–300, besonders S. 296 ff.

¹⁰³ So lehnte er das Angebot für eine Abgeordnetenstelle im Jahr 1847 mit den Worten ab: »Auch sagte ich ihm damals, daß ich mich zum Stimmen mit Dritten nicht verpflichte, daß ich in jeder Frage nur meiner Überzeugung nachfolge und daß ich diese nach Partei-Rücksichten nicht modifizieren könnte.« Brief Moriz Mohls an Robert Mohl vom 12.3.1848, Nr. 51.

¹⁰⁴ Brief Moriz Mohls an Robert Mohl vom 14.3.1848, Nr. 54.

¹⁰⁵ K. v. BEYME, S. 697.

¹⁰⁶ W. BOLDT, Die Anfänge des deutschen Parteiwesens, 1971, S. 45.

Anspruch, das gesamte Volk gegenüber dem Monarchen und der Aristokratie zu vertreten.¹⁰⁷ Das dualistische Verständnis der konstitutionellen Monarchie nährte im Vormärz die Überzeugung, »daß dem Fürsten eine ungespaltene Repräsentation der Untertanen zur Wahrung der Rechte des Volkes ohne Aspiration auf irgendeine Regierungsbeteiligung gegenüberstehen müsse.«¹⁰⁸

Die Revolution ließ die Gültigkeit dieses Satzes von zwei Seiten her zweifelhaft werden. Die Demokraten griffen mit ihrem Verfassungsentwurf für Württemberg 1849, wenn auch nicht nach der direkten Regierungsbeteiligung, so doch nach dem entscheidenden Einfluß auf die Regierungszusammensetzung. Der Dualismus der konstitutionellen Monarchie hätte sich in dem von Mohl entworfenen Verfassungssystem zugunsten einer parlamentarischen Regierung aufgehoben.¹⁰⁹

Zum anderen erlebten die Liberalen und die Demokraten sowohl in der Paulskirche als auch im außerparlamentarischen Bereich, daß Interessensgegensätze innerhalb des Bürgertums ebenso erbittert ausgetragen wurden, wie der Kampf gegen die Aristokratie und die staatliche Bevormundung. »Es ist überraschend, wie wenig diese Erfahrung zum Nachdenken über das Wesen der Partei angeregt hat,« so Theodor Schieder.¹¹⁰ Gleichwohl sei das Verständnis für einen »Pluralismus« der »Parteien« innerhalb der liberalen Bewegung gewachsen und die Toleranz für abweichende Meinungen gestiegen.¹¹¹ Auf dem Weg zum realpolitisch Erreichbaren wollte sich die bürgerliche Bewegung nicht mehr durch das Festhalten an starren Prinzipien selbst schwächen. Die Zusammenarbeit der Liberalen und Demokraten in Württemberg gelang nach der Revolution durch die Ausklammerung grundsätzlicher verfassungspolitischer Differenzen.

Moriz Mohl vollzog diesen Entwicklungsschritt zur Toleranz von Parteien innerhalb der liberalen Bewegung nicht mehr mit, auch wenn er sich während und nach der Revolution einer Zusammenarbeit mit dem »stupiden Parteiwesen« nicht verschloß. Bei allem Engagement etwa in der Volkspartei blieb ihm das Wesen und die Daseinsberechtigung von politischen Parteien fremd. Inmitten des heftigen parlamentarischen Kampfes der Volkspartei gegen das Reaktionsministerium Linden und der parteipolitischen Polarisierung zwischen Liberalen und Demokraten eröffnete Mohl im Februar 1852 einen Beitrag in der Debatte über die Unterstützung der Auswanderung mit den Worten: »Wir haben hier eine Frage, die ich mit Freuden als eine solche begrüße, die keine Parteifrage ist [...].«¹¹² Wenige Monate später stilisierte er sich dem Bruder gegenüber in der Debatte um die Einführung der Todesstrafe als parteiunabhängiger Politiker:

¹⁰⁷ Vgl. W. BOLDT, *Volksvereine*, 1970, S. 211 ff. und H. BOLDT, *Parlament*, S. 658 f.

¹⁰⁸ H. BRANDT, *Landständische Repräsentation*, 1968, S. 238, Anm. 340.

¹⁰⁹ Vgl. zu dieser veränderten Auffassung von der Rolle des Parlamentes G. A. RITTER, *Die deutschen Parteien*, 1973, S. 12.

¹¹⁰ T. SCHIEDER, 1974, S. 117.

¹¹¹ Ebd., S. 120.

¹¹² V.d.K.A., 1851/53, Bd. 4, 107. Sitzung am 19.2.1852, S. 2 448.

»Ich war in früheren Jahren für die Todes- und Prügelstrafen, bin aber von dieser Ansicht abgekommen nicht aus Parteigründen, denn solche Gründe hat es Gott sei Dank nie für mich gegeben, ich gehe mit meiner Partei, wenn ich mit ihr einverstanden, si non non ...«¹¹³

In den 1850er Jahren beherrschte der Dualismus zwischen der Reaktion und dem Volk Mohls Verständnis der Gesellschaft. Die Kräfte der Reaktion – die Regierung, der Adel und die Kirchen – standen dem Volk gegenüber, dessen Glück und Wohlstand in der freien Entfaltung der politischen und wirtschaftlichen Kräfte des Bürgertums lagen. Auf dem Weg zu dieser Gesellschaft konnte es für Mohl, überspitzt formuliert, keinen anderen Interessengegensatz geben, als den zwischen Reaktion und Fortschritt. Konflikte innerhalb der bürgerlichen Bewegung bestanden für Mohl entweder in Scheinkonflikten, die in der unzureichenden Kenntnis über den besten Weg zu einer freien und prosperierenden Staatsbürgergesellschaft ihre Begründung fanden, oder sie waren Intrigen von Gruppen, die ihre partikularen Interessen gegen das Gemeinwohl durchsetzen wollten.

Die gemeinsamen politischen Ziele motivierten Mohls Mitarbeit in der Fraktion der Volkspartei weitaus mehr als die Überzeugung, daß wirkungsvolles parlamentarisches Arbeiten Parteien bzw. Fraktionen voraussetzt, obwohl hier auch ein Lernprozeß Mohls einsetzte. In Mohls Engagement für den Reinsburgklub kann man den Versuch sehen, durch die Überwindung von »Parteischiattierungen«, wie er die heterogenen Elemente des Klubs nannte, die politische Front gegen »den gemeinsamen Feind« dort zu ziehen, wo sie für ihn verlief: Zwischen Reaktion und Fortschritt. Der Reinsburgklub, dessen verbindende Klammer bis 1864 die Opposition gegen das Reaktionsministerium war, entsprach seiner Parteitheorie am ehesten: »Eine große unabhängige Partei aller bürgerlich gesinnten Männer der verschiedenen freisinnigen Schiattierungen.«¹¹⁴

Dieses aus dem Vormärz tradierte Parteiverständnis Mohls überstand die Erfahrungen der Revolution und der Reaktion dennoch nicht ungebrochen. Das Vorrücken der Reaktion im Frühjahr 1849 brachte ihn zu der Einsicht, daß man in Revolutionszeiten nicht durch Argumente, sondern nur durch Parteien, worunter er in diesem Fall Fraktionen verstand, wirken könne. Die Bedrohung der Nationalversammlung empfand er als einen Verfassungsnotstand, als einen parlamentarischen Ausnahmezustand, in dem nicht mehr die Wirkung des besten Arguments nach freier Rede und Gegenrede den Ausschlag gab, sondern nur noch Parteien Einfluß verschaffen konnten. Dieser Ausnahmezustand verlängerte sich für Mohl um die Regierungszeit des Reaktionsministers Linden und überlagerte in den 1850er Jahren die Vorbehalte gegen das Parteiwesen.

In den 1860er Jahren ging Mohl dieses klar umrissene Feindbild und damit die scharfe Opposition gegen die Regierung verloren. Gleichzeitig entfremdete

¹¹³ Brief Moriz Mohl an Robert Mohl, Nr. 157, ohne Datum, wahrscheinlich August 1852.

¹¹⁴ So Mohl in dem bereits oben zitierten Brief an den Abgeordneten Bayerhammer, NL Hölder, Fasz. 25, Nr. 223, den er im Februar 1862 zur Mitarbeit im Reinsburgklub gewinnen wollte.

er sich in seinem politischen Denken von den Liberalen und Demokraten, deren Parteibildungsbestrebungen außerhalb des Landtags er darüber hinaus ablehnte. Für den Beginn dieser Entwicklung Moriz Mohls vom Paulus der Demokraten zum Saulus der Regierung, läßt sich weder ein Datum nennen, noch liegen die Gründe für diese programmatische Kehrtwende offen, da Mohl sich in den persönlichen Briefen nicht über seine Beweggründe äußert. Die wiederholten Warnungen vor der Republik zeigen, daß Mohl anders noch als in der Paulskirche inzwischen einen Zusammenhang zwischen dem allgemeinen Wahlrecht und Umverteilungsforderungen herstellte und eine Lösung der sozialen Frage fürchtete, die seinen wirtschaftsliberalen Leitbildern zuwider lief. Auch wenn Mohl von seinem Kapitaleinkommen lebte und daher empfindlich gegen sozialistische Theorien war, die er mit der Republik identifizierte, erklärt das seinen wiederum radikalen Konservatismus in allen Fragen der Reform des Staatswesens nur unzureichend.

Mohl empfand diesen Verlust an programmatischer Orientierung selbst, als er dem Bruder Robert 1865 schrieb:

»Mit Politik beschäftige ich mich nicht, ich mache sie ja doch nicht. Je älter ich werde, um so mehr beschränke ich mich auf Das, wobei ich hoffen kann, irgend etwas beizutragen, daß etwas Resonables geschieht.«¹¹⁵

Auch in der Frage, wer unter ihm Minister sei¹¹⁶, gab er sich indolent, wenn er dem Bruder Robert 1868 mitteilte, »daß ich (wenn es sich nicht gerade von einem unerträglichen Schuft und Esel wie Linden handelt) die Personenfrage, wie das Wetter dem Himmel überlasse, und eben in der Sache das Meinige thue, pro oder contra, wie es der Fall mitsichbringt.«¹¹⁷

Diese Schwerpunktverlagerung hin zu der als unpolitisch empfundenen Sacharbeit des Landtags spiegelt sich auch in der politisch-parlamentarischen Lebenspraxis Mohls wieder. Mit einem kaum mehr nachzuvollziehenden Engagement ließ er sich in den 1860er Jahren von den Arbeiten an seinen zahlreichen Kommissionsberichten absorbieren, während er sich gleichzeitig dem Aufbau der außerparlamentarischen Parteiorganisationen gänzlich verschloß. Mohl verwandelte sich in seinem Selbstverständnis wieder zurück zum vermeintlich unpolitischen Fachmann in der Kammer, zum Wissenschaftler, der er vor der Revolution gewesen war.

Die Mitarbeit in der Fraktion behielt Mohl bei, soviel hatte er über den Nutzen von Vorabsprachen der Abgeordneten doch gelernt. Die Form und die Spielregeln der Fraktionsarbeit mußten freilich seinem Parteiverständnis entsprechen. Die Wiederbelebung der straffen Fraktionsorganisation nach dem

¹¹⁵ Brief Moriz Mohls an Robert Mohl, 30.8.1865, Nr. 143.

¹¹⁶ Der im Anschluß zitierten Briefstelle geht die Überlegung Mohls voraus, ob er den Sturz des Außenministers Varnbüler betreiben solle. Bei aller »prekären Balance«, so Hartwig Brandt in seiner Überschrift zur Periode Varnbüler, in der sich Regierung und Landtag befanden, überschätzte Mohl hier seine Möglichkeiten wohl deutlich. Dennoch ist die Überlegung selbst Beleg für die zentrale Position, die er in der Kammer einzunehmen glaubte.

¹¹⁷ Brief Moriz Mohls an Robert Mohl vom 14.7.1868.

Vorbild der Paulskirche durch den Führer der Volkspartei Karl Mayer war für Mohl völlig unerträglich. Als sich im Landtag nach der Reichsgründung, der von der Deutschen Partei und der Regierungspartei beherrscht wurde, keine Fraktion mehr nach seinem Geschmack fand, zog er die völlige Isolation einer Unterordnung etwa unter die zusammengeschmolzene Fraktion der Volkspartei vor.

Das widersprüchliche Verhalten Mohls in den Fraktionen, denen er angehörte, erklärt sich jedoch nicht erschöpfend allein aus der Parteitheorie. Auch sein schwieriger Charakter verwehrte ihm eine gedeihliche Zusammenarbeit mit den Gesinnungsgenossen. Die Briefe vermitteln den Eindruck, daß er sich beständig von Intrigen seiner Parteifreunde bedroht sah. Dieses Mißtrauen entsprang der Unfähigkeit, fachlichen Widerspruch auch als solchen wahrzunehmen. Gestützt auf seine wissenschaftlichen Studien, die ihm in der Regel tatsächlich einen Kompetenzvorsprung verschafften, glaubte er sich stets im Besitz der richtigen politischen Rezepte zur Förderung des Allgemeinwohls. Hinter abweichenden Meinungen vermutete er entweder Dummheit oder schlechte Absichten. Er nahm sachliche Kritik immer persönlich, und seine Kontrahenten in der Fraktion waren es »gewöhnlich, daß, wenn er gegen eine Sache ist, er gerne auch die Person angreift.«¹¹⁸

¹¹⁸ V.d.K.A., 1854/55, Bd. 2, 271. Sitzung am 17.3.1855, S. 904.

»Popularitäts-Agitations-Gemeinheiten« – Nöte mit den neuen
Parteiorganisationen

Der italienisch-österreichische Krieg von 1859 und die sogenannte Neue Ära in Preußen befreite die liberaldemokratische Bewegung vom lähmenden politischen Desinteresse der Bevölkerung wie vom harten Druck der staatlichen Reaktion. Das Vorbild der italienischen Einigungsbewegung und die Angst vor dem Übergreifen des französisch-österreichischen Konflikts auf das übrige Deutschland wirkten als Initialzündung für den Aufbau politischer Parteien, der in Württemberg von der Gruppe um Julius Hölder betrieben wurde. Bevor die Haltung Mohls zu dieser Entwicklung untersucht wird, muß in einem kurzen Überblick die Entwicklung der Parteiorganisationen seit der Revolution beschrieben werden.

Nach der Reutlinger Pfingstversammlung 1849 verloren die württembergischen Volksvereine ihre zentrale Leitung. Der Landesausschuß der demokratischen Volksvereine, der diese Aufgabe übernehmen sollte, war nicht mehr in der Lage, der landesweiten Organisation der demokratischen Vereine neue Impulse zu geben.¹ Die Führung der Volkspartei verlagerte sich auf den Wahlausschuß der Volkspartei, der sich darauf beschränkte, vor jeder der drei Wahlen zur verfassungsgebenden Landesversammlung eine Wahlversammlung in Göppingen abzuhalten. Die Mitglieder des Wahlausschusses, darunter auch Mohl, brachten damit zum Ausdruck, daß sie unter Partei eher die große Gesinnungsgemeinschaft im Lande verstanden, die sich in der Wahl Ausdruck verschaffte, als eine stetige Organisation politisch engagierter Bürger in Vereinen, die auch zwischen den Wahlen aktiv blieben und Einfluß auf die Abgeordneten nehmen wollten. Die Fraktion der Volkspartei in den verfassungsgebenden Landesversammlungen wurde so bereits vor dem endgültigen Verbot der Volksvereine zum Hauptträger der demokratischen Politik. Das Verbot aller politischer Vereine, die ihre Zugehörigkeit zum Landesausschuß bekannt hatten, durch Innenminister Linden am 1. Februar 1852², und das Bundesvereinsgesetz vom 13. Juli 1854 erstickte bis zum Ende des Jahrzehnts jede Möglichkeit eines Wiederauflebens der politischen Vereine.³ Die Darstellung des Vereinswesens der Oberamtsstadt Aalen wird die kryptopolitische Ersatzfunktion

¹ So W. BOLDT, *Volksvereine*, 1970, der dem Schicksal des Landesausschusses bis zu seinem Verbot 1852 jedoch nicht mehr im einzelnen nachgegangen ist.

² W. BOLDT, *Volksvereine*, 1970, S. 74.

³ W. SIEMANN, *Gesellschaft im Aufbruch*, 1990, S. 32 und DERS., *Deutschland 1806–1871*, 1995, S. 243.

der Gesangs-, Turn- und Wehrvereine zeigen, die diese wieder wie im Vormärz übernahmen. Die Regierungen des Deutschen Bundes ließen diese Vereine aufmerksam beobachten.⁴

Außerhalb des Landtags und der durch indirekte Zensur gegängelten Presse konnte sich die politische Öffentlichkeit nur noch in Petitionen und Adressen zeigen. Eine erste Petitionswelle nach der Revolution wurde durch die Gesetzentwürfe der Regierung zur Gemeindereform und zur Adelsentschädigung hervorgerufen. Der Beobachter unterstützte diese Petitionen. Im Wahlkampf des Jahres 1855 versuchten die Demokraten, diesen »politischen Reflex in der Bevölkerung« für sich zu nutzen.⁵ Mohls Fraktionskollegen Gottlob Tafel, Carl Pfeifer und Adolf Seeger agitierten im Herbst 1854 im Oberamt Hall gegen das Gesetz zur Gemeindeordnung.⁶ Auch in Aalen wurden im Winter 1854/55 öffentliche Versammlungen gegen das Gesetz veranstaltet. Mohl beteiligte sich in keiner erkennbaren Weise an diesen Petitionsbewegungen. Auch hier bestätigte sich die Zurückhaltung wieder, die er während der Revolution gegenüber jeder Organisation einer politischen Öffentlichkeit gezeigt hatte.

Binnen Jahresfrist verwandelte die österreichisch-italienische Krise 1859 das Bild der deutschen politischen Öffentlichkeit.⁷ Mit großer Anteilnahme und Bewunderung blickte die deutsche Öffentlichkeit auf den Sieg der italienischen Einigungsbewegung, den der piemontesische Staatskanzler Cavour mit der Hilfe Frankreichs gegen Österreich erkämpfte. Die italienische Einigungsbewegung wurde zum Vorbild und Ansporn für die nationale Bewegung in Deutschland. Gleichzeitig löste der Krieg gegen Österreich als Mitglied des Deutschen Bundes unter der Bundesgenossenschaft Frankreichs besonders in Süddeutschland große Beunruhigung aus. Die Briefe Mohls in der ersten Jahreshälfte 1859 werden beherrscht von der sicheren Kriegserwartung, wobei er einen Präventivschlag gegen Frankreich für die beste Strategie hielt.⁸

Zwei Artikel in der Allgemeinen Zeitung, die er am 12.3.1859 und am 8.4.1859 veröffentlichte⁹, beendete er mit dem Aufruf an die deutschen Regierungen: »Rüstet, rüstet unverzüglich für die Unabhängigkeit der deutschen Politik, für die Ehre und den Bestand des deutschen Vaterlandes!«¹⁰ Deutschland solle nicht wieder »von französischen Heeren überschwemmt werden.«¹¹

Mohl nahm die österreichisch-italienische Krise in erster Linie als eine machtpolitische Auseinandersetzung zwischen Napoleon III., den er geradewegs für einen »Banditen«¹² hielt, und den Staaten des Deutschen Bundes wahr.

⁴ W. SIEMANN, *Gesellschaft im Aufbruch*, 1990, S. 49, und D. LANGEWIESCHE, *Liberalismus und Demokratie*, 1974, S. 263.

⁵ H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 656 und 678.

⁶ HSTAST, E 146, Bü 1953, Bericht der Bezirksregierung in Ellwangen vom 17. November 1854.

⁷ Für das Folgende W. SIEMANN, *Gesellschaft im Aufbruch*, 1990, S. 194 ff.

⁸ Brief Moriz Mohls an Robert Mohl vom 2.1.1859, Nr. 333.

⁹ Allgemeine Zeitung, Nr. 77 und Nr. 98.

¹⁰ Allgemeine Zeitung, Nr. 77.

¹¹ Allgemeine Zeitung, Nr. 98.

¹² Brief Moriz Mohls an Robert Mohl vom 11.3.1859, Nr. 335.

Die italienische Nationalbewegung, ihr berechtigtes Anliegen, ihre Organisation wie ihre Erfolge waren ihm keine Überlegung wert. Auch die möglichen Auswirkungen der Krise auf die zukünftige Rolle Österreichs und Preußens und damit die Entwicklungschancen eines deutschen Nationalstaates standen nicht im Vordergrund seiner Reflexionen, so sehr diese Frage die zeitgenössischen Beobachter umtrieb.¹³ Mohls politische Analyse litt außerordentlich unter seinem Preußenhaß. Er hielt sich nicht lange mit Überlegungen zur Verfassungsstruktur des Deutschen Bundes und den Problemen Österreichs als Vielvölkerstaat auf, der Schuldige stand für ihn fest: »Die Preußen sind ein verfluchtes, [...] niederträchtiges Gesindel an Haupt und Gliedern.«¹⁴

Mohl fürchtete nicht den Krieg selbst, sondern den zu späten Ausbruch, der Frankreich die Offensive in Süddeutschland überlassen würde. In seinen Briefen bleibt aber im Dunkeln, welche Hoffnungen er mit diesem Krieg verband. Nach der Niederlage Österreichs schlug seine Stimmung um, und er fürchtete nun »den schauerlichsten Krieg in Deutschland«.¹⁵ Die offensive Abwendung der französischen Bedrohung und die »feige, nichtsnutzige und dumme Neutralität«¹⁶ Preußens beherrschten sein Denken, während er nationalpolitische Überlegungen zurückstellte. Die nationale Politik wurde für Mohl angesichts der europäischen Krise wieder zu einer Angelegenheit der Kabinette.¹⁷

Die politische Öffentlichkeit in Deutschland begriff die europäische Krise dagegen als ihr Anliegen, als Anliegen der Nation, des Volkes. Dabei war es durchaus umstritten, ob der Bund seinem Mitglied Österreich zur Hilfe kommen sollte. Preußen war dazu nicht bereit, wie Mohl es bereits erwartet hatte, und selbst die Mobilisierung der Bundestruppen zur Verteidigung gegen einen Angriff Frankreichs verzögerte sich über der Frage des Oberbefehls. Die Zeitgenossen mußten jedoch unabhängig davon, ob sie Anhänger oder Gegner Österreichs waren, die Erfahrung machen, daß der Deutsche Bund sich als unfähig erwiesen hatte, rasch auf eine auswärtige Bedrohung zu reagieren. In zahlreichen Aufrufen und Adressen wurde eine Reform des Bundes mit einer starken Zentralgewalt und einem erwählten Parlament gefordert. Die große Unruhe und Erregung, die dieser außenpolitische Impuls hervorrief, konnte sich in Zeitungsartikeln, Kundgebungen, Vereins- und Parteigründungen artikulieren, da mit dem Regenschaftsantritt Kronprinz Wilhelms, dem Bruder des erkrankten Königs Friedrich Wilhelm IV., die politische Reaktion im Deutschen Bund gelockert wurde. Wilhelm war mit dem Anspruch angetreten, »moralische Eroberungen in Deutschland« für Preußen zu machen und hatte

¹³ Vgl. dazu, W. SIEMANN, *Gesellschaft im Aufbruch*, 1990, S. 184 ff.

¹⁴ Brief Moriz Mohls an Robert Mohl vom 13.5.1859, Nr. 342. Vgl. auch Brief Moriz Mohls an Robert Mohl vom 26.5.1859, Nr. 345.

¹⁵ Brief Moriz Mohls an Robert Mohl vom 20.7.1859, Nr. 349.

¹⁶ Ebd.

¹⁷ »Der Prinz von Preußen habe alle ½ Stunde eine andere Ansicht, weil jedesmal der bei ihm Recht habe, den er zuletzt gesprochen habe...« Brief Moriz Mohls an Robert Mohl vom 1.6.1859, Nr. 346.

das berüchtigte Ministerium Manteuffel abgelöst.¹⁸ Der Gegensatz Preußens und Österreichs in der italienischen Frage machte darüber hinaus eine konsequente Reaktionspolitik des Bundes nicht mehr möglich. Die für die Neuentstehung der politischen Parteien entscheidende Wende in der Reaktionspolitik war die Duldung des Nationalvereins durch Preußen.¹⁹ Der Nationalverein, der Mitte September 1859 gegründet wurde, durchbrach das restriktive Vereinsrecht des Deutschen Bundes und schuf sich eine deutschlandweite Organisation, die auf dem Höhepunkt des Vereins 1863 über 25 000 Mitglieder umfaßte. Das Ziel des Nationalvereins war ein deutscher Bundesstaat mit gewähltem Parlament unter der Führung eines liberalen Preußen, wie es unter der neuen Regentschaft möglich zu sein schien. Die Mitglieder in den Ländern gründeten Ortsvereine, die Mitgliederlisten führten, regelmäßige Versammlungen abhielten und einen Mitgliedsbeitrag erhoben. Die Initiatoren des Nationalvereins gründeten in einer Reihe von Ländern politische Parteien, die sich »Fortschrittspartei« nannten.²⁰ Sie übernahmen dabei das schon aus dem politischen Vereinswesen der Revolutionszeit bekannte Organisationsmuster mit Ortsvereinen, die sich überregional in einem Ausschuß oder Komitee zusammenschlossen. In Preußen waren die Ortsvereine des Nationalvereins häufig gleichzeitig auch Ortsvereine der Fortschrittspartei.²¹

In Württemberg wurde durch die italienisch-österreichische Krise eine breite Petitionswelle ausgelöst, in der auch Mohl als Autor der Adresse der liberaldemokratischen Kammeropposition hervortrat. Der Landtag blieb zunächst noch der Adressat und institutionelle Rahmen dieser Petitionsbewegung, obwohl die Kammer erst Ende April 1859 für wenige Tage einberufen wurde. Während der kurzen Session scheiterte der Antrag Julius Hölders, der die Schaffung eines Nationalstaates mit einer Volksvertretung forderte.²²

Der Führer der liberaldemokratischen Fraktion suchte nach dieser Niederlage nun die Unterstützung der politischen Öffentlichkeit. Da der Landtag für weit über ein Jahr vertagt blieb²³, bestimmte nicht die Fraktionsarbeit, sondern die Gründung des Nationalvereins und die Frage, ob man ihm beitreten sollte, die Zusammenkünfte der Liberalen und Demokraten. Die Initiatoren des Nationalvereins warben dabei direkt um die Mitarbeit Mohls²⁴, und auch Julius Hölder bemühte sich in dieser Anfangsphase noch um dessen Teilnahme an den

¹⁸ W. SIEMANN, *Gesellschaft im Aufbruch*, 1990, S. 180 f. und S. 184 f.

¹⁹ Vgl. W. SIEMANN, *Gesellschaft im Aufbruch*, 1990, S. 193. Zum Nationalverein und seiner Gründung vgl. A. BIEFANG, 1994.

²⁰ W. SIEMANN, *Gesellschaft im Aufbruch*, 1990, S. 197.

²¹ Vgl. G. EISEL, 1969, und A. BIEFANG, 1994, S. 272 ff.

²² Vgl. H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 691.

²³ Bis zum 28.2.1861. H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 809.

²⁴ Am 6.9.1859 schrieb Mohl seinem Bruder Robert: »Ihr seid ohne Zweifel auch von den Eisenacher Cretinen oder von den hinter ihnen stehenden Berliner Intriguanen bombardiert worden, Euch ihnen für die preußische Hegemonie anzuschließen. Sie haben mir schon verschiedene Stücke ihrer Beschlüsse zugesandt, die ich alle ad acta legte.« Vgl. auch A. BIEFANG, 1994, S. 71, der erwähnt, daß Moriz Mohl zu den 55 Adressaten eines Aufrufs späterer Gründungsmitglieder des Nationalvereins gehörte.

Versammlungen der Stuttgarter Liberal-Demokraten. Mohl lehnte bei diesen Zusammenkünften nicht nur die politische Orientierung des Nationalvereins, den er für eine Initiative des preußischen Hofs hielt²⁵, an Preußen ab, er unterschätzte auch die Tragweite der Bewegung für den Verein: »Das Ganze ist nichts, als eines der Manöver der unbedeutenden Leute, wie Hölder, die sich in der Opposition der kleinen Staaten herumblufen und mit ihren Demonstrationen wichtig zu machen suchen.«²⁶

Der Nationalverein konnte in Württemberg wegen seiner propreußischen Haltung zunächst keinen großen Anhang gewinnen.²⁷ Die Auseinandersetzung mit seinen Zielen und die Vorbildfunktion seiner Organisationsform wirkten aber auch in Württemberg als Gründungsimpuls für eine Organisation der liberaldemokratischen Opposition, die über die Fraktion hinausreichte. Drei Gründe, die bereits anklangen, verwehrt Mohl die Teilnahme am Aufbau der württembergischen Fortschrittspartei: Die Ablehnung der wiederbelebten Organisationsformen der politischen Öffentlichkeit, sein Preußenhaß und die persönlichen Differenzen mit Julius Hölder.

Julius Hölder nutzte die Aufweichung der politischen Reaktion und die nationale Erregung, um eine – der Zahl nach noch bescheidene – Öffentlichkeit für seine Ziele zu gewinnen. Die liberaldemokratische Führungsgruppe knüpfte an die demokratische Tradition der Revolutionszeit an und lud die Gesinnungsfreunde im Land zu einer Versammlung am 18. Dezember 1859 nach Göppingen ein.²⁸ Auf der Tagesordnung stand die Frage des Beitritts zum Nationalverein. Die etwa 200 Anwesenden entschieden sich mit überwältigender Mehrheit dafür, eine Empfehlung zum Beitritt nicht auszusprechen, aber mit dem Nationalverein zusammenzuarbeiten. Auf der Versammlung wurde auch beschlossen, »ein gewisses Maß an Organisation«²⁹ aufzubauen. Über das Land verteilt wollte man Vertrauensmänner gewinnen, die den Kontakt zur Stuttgarter Führungsgruppe aufrechterhalten sollten. Einer förmlichen Vereinsbildung standen die Liberal-Demokraten noch skeptisch gegenüber. Ihre ganz auf die Honoratiorenebene beschränkte Organisationsform blieb jedoch in den Anfängen stecken. Eine Parteiorganisation mit Ortsvereinen und einem ständigen Komitee, wie sie in der Revolutionszeit möglich war, entstand in Württemberg erst nach 1864 im Zuge der Spaltung der Fortschrittspartei. Die Aufhebung des strengen Verbots der politischen Vereine durch die königliche Verordnung vom 24.12.1864 schuf dazu auch erst die rechtlichen Voraussetzungen.³⁰

²⁵ Mit dieser Befürchtung stand er keineswegs allein; vgl. H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 694.

²⁶ Brief Moriz Mohls an Robert Mohl vom 6.9.1859, Nr. 350.

²⁷ G. EISFELD, 1969, S. 101, D. LANGEWIESCHE, *Liberalismus und Demokratie*, 1974, S. 293 und A. BIEFANG, 1994, S. 102.

²⁸ Zur Göppinger Versammlung vgl. D. LANGEWIESCHE, *Liberalismus und Demokratie*, 1974, S. 291 und H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 695.

²⁹ D. LANGEWIESCHE, *Liberalismus und Demokratie*, 1974, S. 335 zitiert aus einem Bericht des Innenministers vom 20.12.1859.

³⁰ Vgl. G. RUNGE, 1970, S. 40.

Für Hartwig Brandt manifestiert sich in diesen ersten Schritten zu einer Parteiorganisation, die Hölder Ende des Jahres 1859 ging, eine grundlegende Gewichtsverlagerung zwischen Landtag und politischer Öffentlichkeit, da die Kammeropposition ihr »politisches Monopol« an ein »Parteikonvent« verlor.³¹ Mohl mißbilligte von Anfang an diese Grenzüberschreitung. Er fürchtete, daß Liberal-Demokraten auf der Göppinger Versammlung »dem guten Eindruck der Erklärung der *Abgeordneten* zu Gunsten der Deutschen Sache nur schaden werden.«³²

Mit der Unterstreichung verdeutlicht Mohl, wen er für würdig und berechtigt hielt, die Interessen des Volkes zu artikulieren. Bereits im Vorfeld der Göppinger Versammlung bedachte er die Teilnehmer mit einem herablassenden Kommentar:

»Ich müßte mich sehr täuschen, wenn nicht die Beteiligung von Abgeordneten und von Leuten, die anders als mit ihrer Kopffzahl in Betrachtung kommen, gar nicht der Rede wert sein wird.«³³

Die nach der Fundamentalopposition der Reaktionsdekade wieder zunehmende Orientierung an den Interessen des Staates, die Mohls Position im Landtag der 1860er Jahre kennzeichnete, findet in seiner Haltung zur politischen Öffentlichkeit eine zweifache Entsprechung. Als Gegenpol zur Regierung galten im dualistischen Verfassungsverständnis Mohls allein die Kammer und ihre Abgeordneten. Im Zusammenhang mit dem Abgeordnetentag in Frankfurt am 20. Mai 1866 äußerte er: »Ich bin übrigens überhaupt der Meinung, daß der Platz eines Abgeordneten in der Kammer ist, der er angehört und das Treiben alles möglichen Gesindels ist mir <.> in der Natur mehr zuwider.«³⁴ Für die Notwendigkeit der Selbstorganisation der Gesellschaft außerhalb der Institutionen des Staates, zu denen der Landtag als Repräsentation der Gesellschaft zählte, konnte Mohl kein Verständnis gewinnen, wie sich bei der Beurteilung des Streikrechtes oder bei der Ablehnung der Innungen bereits zeigte. Auch bei der Lösung der Sozialen Frage zog er Genossenschaften und Assoziation nicht in Erwägung und vertraute auf den Staat, der zum einen den ordnungspolitischen Rahmen für die freie wirtschaftliche Entfaltung des Individuums schaffen und zum anderen durch Gewerbeförderung die Entwicklung der Industrialisierung vorantreiben sollte.

Die zweite Entsprechung zu seiner Orientierung am Staat liegt in der Geringschätzung, die er dem Einfluß der organisierten öffentlichen Meinung in der Krise des Jahres 1859 entgegenbrachte, und die ihm eine zusätzliche Veranlassung bot, sich den Appellen Julius Hölders zu verweigern.

»Ich sagte, ich sei gegen diese Adresse. Diese Sache sei in den Händen der europäischen Großmächte, nicht in den unseren [...]. Ich habe schon wiederholt ge-

³¹ H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 695.

³² Brief Moriz Mohls an Robert Mohl ohne Datum, Nr. 357, wahrscheinlich November 1859. Hervorhebung im Original.

³³ Brief Moriz Mohls an Robert Mohl vom 14.12.1859, Nr. 360.

³⁴ Brief an Robert Mohl vom 20.5.1866, Nr. 159.

gen jede Agitation und Demonstration erklärt, von der nicht Freund und Feind sich sagen müssen, daß sie einen <.>- erreichbaren Zweck habe. Sonst falle man in die ›Guts- und Bluts-Adressen‹ von 1848 und 1849, mit denen man sich in Deutschland so unendlich lächerlich gemacht habe.«³⁵

Mit dem verächtlichen Kommentar über die Adressen der Revolutionszeit beerdigte Mohl auch ein Stück der eigenen Biographie. Auch wenn er sich während der Revolution und in der Reaktionszeit nie an einer Petitionsbewegung beteiligte, so trifft der Vorwurf der Lächerlichkeit mit gleichem Recht das von ihm formulierte Wahlprogramm der Volkspartei vom Juli 1849, das tatsächlich kein erreichbares Ziel mehr nennen konnte. Die heftige Polemik gegen die »Popularitäts-Agitations-Gemeinheiten«³⁶ Hölders, die sich durch die Briefe der Jahre 1859 bis 1861 zieht, wurde unbewußt motiviert durch das Abrücken von der Rolle, die Mohl selbst in der Revolution und während der ersten Jahre der Reaktionszeit gespielt hatte. Die Orientierung an »erreichbaren Zwecken«, die Mohl von Julius Hölder forderte, steht ja doch im stärksten Kontrast zum Festhalten an der Gültigkeit der Reichsverfassung, die die Politik der Demokraten in der Reaktionszeit auszeichnete. Das Scheitern der Revolution und die Vergeblichkeit des Widerstandes in der Reaktionszeit empfand nicht nur Moriz Mohl unbewußt als politisches und persönliches Versagen. Diese Erfahrung teilte er mit den Zeitgenossen, die daraufhin die Grundlagen ihres politischen Denkens einer Überprüfung unterzogen, für die August Ludwig Rochau das Schlagwort »Realpolitik« geprägt hat.³⁷ Doch auch hier zog Mohl wieder die Konsequenzen radikal und bestritt den in der Revolution gescheiterten Organisationsformen der politischen Öffentlichkeit jede Wirksamkeit.

Unabhängig von den Differenzen in der Parteitheorie verwehrte Mohl die fanatische Ablehnung jedes preußischen Einflusses in Deutschland, sich den Kompromißformeln der württembergischen Liberal-Demokraten in der Nationalen Frage anzuschließen, mit der diese die Spaltung der Parteiorganisation in ein großdeutsches und ein propreußisches Lager bis 1864 aufschieben konnten. Die Vorbehalte gegen den Nationalverein überlagerten in Mohls Wahrnehmung der Fortschrittspartei völlig die Chancen, die diese für die Durchsetzung seiner verfassungspolitischen Forderungen bot.

Die dritte Scheidewand zwischen Mohl und der Führungsgruppe der späteren Fortschrittspartei klang bereits in der Titulierung Hölders als »unbedeutend«³⁸ an. Mohl neidete Julius Hölder die Führungsposition wie die Popularität, die er in der Öffentlichkeit genoß. Diese Mißgunst paarte sich mit einer schon das Lächerliche streifenden Überheblichkeit, die eine programmatische Zusammenarbeit scheitern lassen mußte, wie Mohls Antwort auf die Einladung zur Teilnahme an der Göppinger Versammlung im Dezember 1859 offenbart:

³⁵ Brief Moriz Mohls an Robert Mohl vom 31.3.1860, Nr. 12.

³⁶ Brief Moriz Mohls an Robert Mohl vom 1.10.1859, Nr. 351.

³⁷ Vgl. A. BIEFANG, 1994, S. 39.

³⁸ Brief Moriz Mohls an Robert Mohl vom 6.9.1859, Nr. 350.

»Hölder, Probst, Pfeiffer und einige Ignoranten haben auf den 18.12. eine Versammlung nach Göppingen ausgeschrieben, um die deutsche Frage daselbst zu beraten [...]. Ich sagte ihm (Probst, J.W.), wenn sie eine Erklärung im Sinne meines Artikels vom 24. November im Schwäbischen Merkur erlassen wollen, wenn sie sonst nichts vorbringen wollen, was ich mißbillige, so beteilige ich mich, si non – non. Übrigens sehe ich bei der stiermäßigen Verrantheit Hölders voraus, daß jede Verständigung an ihm scheitern werde.«³⁹

Aus den genannten drei Gründen – persönliche Differenzen, Preußenhaß und Ablehnung politischer Organisation der Gesellschaft – setzte zwischen Mohl und der Gruppe um Hölder ein wechselseitiger Entfremdungsprozeß ein. Hölder verzichtete immer häufiger darauf, sich mit Mohl einen erbitterten politischen Gegner bei den Parteiversammlungen einzuladen.⁴⁰ Mohl selbst zog sich völlig zurück⁴¹, was durch die lange Vertagung des Landtags gefördert wurde. Während der Sessionen wurde er so von den Kommissionsarbeiten in Anspruch genommen, daß er für außerparlamentarische Opposition keine Zeit erübrigen wollte.

Die Isolation vom Aufbau der Parteiorganisation in Württemberg durchbrach er auch in den folgenden Jahren nicht⁴², wobei noch einmal auf die Trennung von Partei und Fraktion hingewiesen werden muß. So erfährt man über die Plochinger Versammlung vom Dezember 1861 in seinen Briefen nichts.⁴³ Auf dieser Versammlung gab sich die Fortschrittspartei ein Wahlprogramm für die Landtagswahl, die für Anfang des Jahres 1862 angesetzt war. Zur Vorbereitung der Landtagswahl gab sich die Fortschrittspartei ein Landeskomitee. Das in Plochingen erarbeitete Wahlprogramm war durch den Willen gekennzeichnet, die national- wie innenpolitischen Konfliktpunkte innerhalb der liberaldemokratischen Bewegung durch sehr allgemeine Formulierungen zu überdecken. Die Frage der großdeutschen oder kleindeutschen Lösung wurde ebensowenig entschieden wie der Streit um das allgemeine Wahlrecht bei der angestrebten Reform der württembergischen Verfassung.

Die selbstgewählte Isolation von den württembergischen Parteibildungsbestrebungen bedeutete nicht, daß Mohl sich aus der Öffentlichkeit zurückzog. In den Jahren 1862 und 1863 beteiligte er sich in der Allgemeinen Zeitung

³⁹ Brief Moriz Mohls an Robert Mohl vom 14.12.1859, Nr. 360.

⁴⁰ So schrieb Mohl an seinen Bruder Robert am 3. Mai 1860: »Da ich nicht in Göppingen war und ihnen von vornherein aufs Entschiedenste erklärte, daß ich von irgendwelcher Verbindung mit dem Nationalverein nichts wolle, so erfahre ich nur zufällig davon und lasse sie <.> sich lächerlich machen.«

⁴¹ »Ich komme mit den Leuten der Opposition hier seit Monaten selten in Berührung[...].« Brief an Robert Mohl vom 18.6.1860, Nr. 23.

⁴² Mit Blick auf Hölder schrieb er seinem Bruder Robert am 21.9.1866: »Da ich die Leute gesellschaftlich gar nie sehe, weil ich ihr pöbelhaftes Wirtshausgeschimpfe nicht ertragen kann, und auch die Mittel, die ich für Bücher brauche, nicht in Gassenwirtschaften verschwenden will, so weis ich außer den Landtagszeiten nie, was sie zu Regierung der Welt beschließen und begehre es auch garnicht es zu wissen.«

⁴³ Zur Plochinger Versammlung vgl. D. LANGEWIESCHE, Liberalismus und Demokratie, 1974, S. 293 f.

intensiv an der Diskussion um die wirtschaftliche Integration Österreichs⁴⁴, die durch den preußisch-französischen Handelsvertrag gefährdet wurde, und um die Reform des Deutschen Bundes.⁴⁵ In nicht weniger als 30 Ausgaben der Allgemeinen Zeitung veröffentlichte Mohl zwischen März 1862 und Juli 1863 Artikel zu diesen beiden Fragen.⁴⁶ Auch den überregionalen Organisationsbestrebungen des liberalen Bürgertums verschloß Mohl sich nicht, wie die Teilnahme an der Gründungsversammlung des Reformvereins im Oktober 1862 in Frankfurt und der Besuch des Abgeordnetentages in Frankfurt im Dezember 1863 zeigen wird.

Moriz Mohl bekämpfte den preußisch-französischen Handelsvertrag zum einen wegen seiner freihändlerischen Tendenz, vor allem jedoch wegen der wirtschaftlichen und damit politischen Ausgrenzung Österreichs aus dem übrigen Deutschland, die Preußen mit dem Vertrag einleitete. Der Entwicklungsrückstand der eigenen Industrie erlaubte es Österreich nicht, sich den niedrigen Zollsätzen des preußisch-französischen Handelsvertrages auszusetzen. Preußen wiederum machte den Beitritt der übrigen Zollvereinsstaaten zum Handelsvertrag mit Frankreich zur Bedingung für die Verlängerung des auslaufenden Zollvereinsvertrages. Mit zwei Argumenten glaubte Moriz Mohl der preußischen Politik ins Ruder greifen zu können. Er führte zum einen das »lange Zeit tonangebende Argument«⁴⁷ in die Diskussion ein, Preußen unterschätze seine Lage in Deutschland völlig, da die Sprengung des Zollvereins Preußen am meisten schaden würde.⁴⁸ Die übrigen deutschen Staaten könnten daher ihrerseits Preußen mit der Drohung, den Zollvereinsvertrag nicht zu verlängern, zwingen, den Handelsvertrag mit Frankreich zu lösen und so den Weg für einen Beitritt Österreichs zum Zollverein zu ebnen. Zum anderen seien Handelsverträge und damit Zugeständnisse an Dritte gänzlich überflüssig, sobald Deutschland zu einem Wirtschaftsraum mit 70 Millionen Menschen vereinigt sei. Die

⁴⁴ So beispielsweise 1862 mit folgenden Artikeln: 8.3.1862, Nr. 67, Titelseite und 9.3.1862, Nr. 68, »Ein Handelsvertrag mit Frankreich?«, 5.4.1862, Nr. 93, Titelseite, »Ein Handelsvertrag mit Frankreich?«, 6.4.1862, Nr. 96, Titelseite, »Schon wieder ein Handelsvertrag eingefädelt!«, 21.4.1862, Nr. 111, Titelseite, »Ein Handelsvertrag mit Frankreich?«, 27.4.1862, Nr. 117 »Ein Handelsvertrag mit Frankreich?«, 19.7.1862, Nr. 200, »Vom Neckar«, 2.9.1862, Nr. 245, Titelseite, »Zur Lage Deutschlands«, 4.10.1862, Nr. 277, Titelseite und 5.10.1862, Nr. 278, »Der Zollverein«, 12.10.1862, Nr. 285, »Der Handelstag«, 14.10.1862, Nr. 287, Titelseite »Zum Handelstag«, 16.10.1862, Nr. 289, »Aus Süddeutschland«, 22.10.1862, Nr. 295, Antrag Mohls zur Gründungsversammlung des Reformvereins; 23.10.1862, Beilage zu Nr. 296, über den Zollverein; 24.11.1862, Nr. 328, über den Zollverein; 18.12.1862, Nr. 352, Titelseite, »Der Zollverein I«; 19.12.1862, Nr. 353, Titelseite, »Der Zollverein II«.

⁴⁵ Die öffentliche Diskussion um den preußisch-französischen Handelsvertrag und die Rolle, die Mohl in ihr spielte, hat H. RISCHBIETER, 1952, erschöpfend dargestellt.

⁴⁶ Die Anmerkung von D. LANGEWIESCHE, *Liberalismus und Demokratie*, 1974, S. 425, Anm. 10, Mohl habe sich wegen der Vorarbeiten für seinen Kammerbericht zum preußisch-französischen Handelsvertrag »in die öffentliche Diskussion kaum einschalten« können, entspricht eher der subjektiven Einschätzung Mohls in einem Brief an Julius Mohl vom 13. August 1862, auf den Dieter Langewiesche sich stützt.

⁴⁷ So H. RISCHBIETER, 1952, S. 63.

⁴⁸ Allgemeine Zeitung vom 2.9.1862, Nr. 245, »Zur Lage Deutschlands«.

wirtschaftliche und politische Position des großdeutschen Reiches würde eine souveräne Zollpolitik erlauben, da die Handelspartner ohne jedes deutsche Zugeständnis in jedem Falle genötigt wären, Deutschland die Meistbegünstigung einzuräumen, um den Zugang zu diesem riesigen Markt nicht zu verlieren.⁴⁹

In der Frage der Bundesreform hielt Mohl an dem Ziel des großdeutschen Nationalstaates unter der Führung Österreichs fest, was ihn keineswegs hinderte, scharfe Kritik an den Plänen aus Wien zu üben. Das sogenannte Delegiertenprojekt Österreichs, das eine Versammlung von Abgesandten der Landtage als Ersatz für eine gewählte Nationalvertretung vorsah, lehnte er in einem Artikel »Die Bundesreform« ab, den die Allgemeine Zeitung am 10. und 20. September 1862 druckte. Mohl verlangte ein gewähltes nationales Parlament, das an der Gestaltung einer Reichsverfassung durch das Recht der Initiative auch für Verfassungsgesetze und durch ein Zustimmungsrecht gleichberechtigt zu beteiligen sei.

Die Einleitung des Artikels verdeutlicht gleichzeitig wieder, daß sich sein publizistisches Engagement an »die kleineren Kreise von staatlichem Einfluß« richtete.⁵⁰ Moriz Mohl wollte die Entscheidungsträger in den Regierungen erreichen, wollte diese durch den Appell in der Presse zum Handeln auffordern. Immer wieder versandte er daher seine Bücher und Broschüren an Regierungen und gekrönte Häupter. Den knapp 680 Seiten langen Bericht über den preußisch-französischen Handelsvertrag schickte er unter anderem an den badi-schen Außenminister Franz Freiherr von Roggenbach, an das Finanzministerium in Wien und an den bayerischen König Max II.⁵¹

Auch die Teilnahme an der Gründungsversammlung des Reformvereins im Oktober 1862 muß im Kontext dieser publizistischen Initiativen gesehen werden. Die großdeutsche Frankfurter Versammlung nahm Mohl als Gelegenheit zur politischen Demonstration und nicht als Chance für eine dauerhafte Organisation der Anhänger einer großdeutschen Reichseinigung wahr. An Karl Rodbertus, mit dem er im Vorfeld der Versammlung in regem Briefwechsel stand, schrieb er wenige Tage vor der Zusammenkunft, sein Ziel in Frankfurt sei

⁴⁹ Allgemeine Zeitung vom 10.9.1862, Nr. 253, »Zur Lage Deutschlands.« Vgl. auch oben Mohls nationalpolitische Vorstellungen in der Paulskirche.

⁵⁰ Allgemeine Zeitung vom 19.9.1862, Nr. 262.

⁵¹ Vgl. die etwa 30 Dankesbriefe für den Bericht unter anderem auch von Max und Heinrich von Gagern, Alois Brinz, Rechberg, Erzherzog Rainer, Maucler und Hügel in LB Stuttgart, Cod. hist. 4^o 742, Fasc. 1, Umschlag »Mohl persönliche Papiere«. Dem bayerischen König Max II. legte er am 27. Dezember 1863 ein »Exemplar dieses Berichtes ehrfurchtsvollst zu Füßen« und verband damit politische Ratschläge und weitreichende Hoffnungen: »Das Schicksal Deutschlands in dieser großen nationalen Sache, wie in der schleswig-holsteinischen, steht in der Hand Ew. Majestät, Allerhöchst-Welche ganz Deutschland als seinen Schild und seinen Schwert mit Begeisterung verehrt. Mit- und Nachwelt werden die Führung Bayerns und seines erhabenen Monarchen mit Segen bedecken, wenn dieselbe den gerechten Ansprüchen der Nation zum Siege verhilft.« Für die Abschrift des Briefes aus dem Geheimen Hausarchiv, NL Max II, 82/3/353, danke ich Achim Sing.

allein, »zu sehen, ob und welche Opposition sich gegen dieses reaktionäre Treiben machen läßt.«⁵²

Moriz Mohl war in den Wochen vor der Versammlung Teil eines Netzwerkes prominenter Großdeutscher, die teilweise zeitgleich und sich überschneidend um die Teilnahme an der Versammlung warben. Dabei wandte sich Mohl an führende österreichische Liberale⁵³ und an württembergische Großdeutsche, wie den Ellwanger Landtagsabgeordneten Leonhard Bayrhammer, den liberalen Katholiken und Landtagsabgeordneten für Horb, Wilhelm Erath, den späteren württembergischen Außenminister Frhrn. v. Varnbüler und seinen volkswirtschaftlichen Gegenspieler Albert Schäffle. Mohl bemühte sich dabei auch um den Konsens für einen Antrag an die Versammlung, der sich vor allem gegen das österreichische Delegiertenprojekt wandte und die Schaffung eines gewählten nationalen Parlamentes mit weitreichenden Kompetenzen forderte.⁵⁴ Die Briefe in Mohls Nachlaß vermitteln den Eindruck, daß er das organisatorische Zentrum für die Teilnahme der Großdeutschen in Württemberg bildete. Der Antrag Mohls über die Bundesreform fand bei der Abstimmung nur die Unterstützung von 30 der 500 Teilnehmer. Ein zweiter Antrag, in dem er seine wirtschaftspolitischen Forderungen – Ablehnung des Handelsvertrages, Aufnahme Österreichs in den Zollverein und Schutzzoll – wiederholte, wurde von 70 Teilnehmern unterschrieben, darunter auch vom Organisator der Veranstaltung, Julius Fröbel⁵⁵, und nach der Streichung des Absatzes über den Schutzzoll von der Versammlung angenommen. Moriz Mohl fand auf der Frankfurter Versammlung ein wirkungsvolles Forum, um sein nationalpolitisches Programm vorzutragen; der Zusammenkunft den konservativen Charakter nehmen zu können, hatte er von Anfang an nicht erwartet.

Unter dem Eindruck der Schleswig-Holstein-Krise einigten sich ein Jahr später Vertreter des Nationalvereins und Großdeutsche aus dem Umkreis des

⁵² H. ROSENBERG, Honoratiorenpolitiker, 1970, S. 233. Rosenberg hat den Briefwechsel führender großdeutscher Liberaler aus der Gründungsphase des Reformvereins eingeführt und ediert. Er veröffentlicht darin auch die wichtigsten Briefe an Moriz Mohl, die sich in der Landesbibliothek Stuttgart, Miscellen Mohlsche Sammlung 8° Kaps., Kaps. 48 »Unterstützungswohnsitze, Vereine, deutsche polit.« befinden. Das Folgende kann sich daher auf einen kurzen Überblick zur Stellung Mohls zum Reformverein beschränken. W. REAL, 1966, schildert Mohls Auftritt auf der Gründungsversammlung ausführlich und nutzt dessen »demokratische« und entschieden schutzzöllnerische Position über die ganze Darstellung hinweg, um sie immer wieder mit der vorherrschend konservativen Richtung des Reformvereins zu kontrastieren. Dadurch entsteht der falsche Eindruck, Mohl wäre über die Gründungsversammlung hinaus an der Diskussion im Verein beteiligt gewesen und hätte gewissermaßen den linken Flügel gebildet. Vgl. dazu auch H. BRANDT, Parlamentarismus, 1987, S. 705. Zur Aufnahme des Reformvereins in Württemberg vgl. D. LANGEWIESCHE, Liberalismus und Demokratie, 1974, S. 296 f. und H. BRANDT, Parlamentarismus, 1987, S. 704. Die Diskussion zwischen deutschösterreichischen und deutschen Liberalen im Vorfeld der Frankfurter Versammlung bei A. BIEFANG, 1974, S. 236 ff.

⁵³ Johann Nepomuk Berger (1816–1870), Wiener Rechtsanwalt und 1868–1870 österreichischer Staatsminister, kannte Mohl wahrscheinlich noch aus der Paulskirche, der er als Mitglied der republikanischen Linken angehört hatte. Vgl. H. ROSENBERG, Honoratiorenpolitiker, 1970, S. 177.

⁵⁴ Der Beobachter vom 12.11.1862, Nr. 264, druckte den Antrag zusammen mit der Rede Mohls auf der Gründungsversammlung. Zu Mohls Antrag in Frankfurt auch W. REAL, 1966, S. 42.

⁵⁵ Eine Liste der Unterstützer von der Hand Mohls in seinem Nachlaß.

Reformvereins auf die Veranstaltung eines gemeinsamen Abgeordnetentages, der »Versammlung der Mitglieder deutscher Landesvertretungen« am 21. Dezember 1863 in Frankfurt.⁵⁶ Ziel des Nationalvereins war es vor allem, einen auf der Versammlung zu konstituierenden Koordinationsauschuß für die Schleswig-Holstein-Bewegung mit einer breiten Legitimationsbasis zu versehen und ihm so eine hohe Akzeptanz unter den über Deutschland verstreuten Schleswig-Holstein-Komitees zu verschaffen.⁵⁷ Der Reformverein suchte mit der Teilnahme am Abgeordnetentag Anschluß »an die Organisation der nationalen Verfassungsbewegung«⁵⁸ zu finden, lehnte jedoch die Einsetzung eines permanenten Ausschusses als revolutionäre Maßnahme ab.⁵⁹ Auch die Vorbereitungen der »Linken«⁶⁰ in Württemberg drehten sich um die Frage, ob mit der Gründung eines Ausschusses der Konsens der Versammlung aufs Spiel gesetzt werden sollte. Auf der Versammlung in Frankfurt wurde Mohl zunächst mit Beifall begrüßt, als er das Wort ergriff.⁶¹ Er wandte sich gegen die Einsetzung des Ausschusses, »denn der legitime Herzog von Schleswig-Holstein und seine Regierung sind uns Ausschuß genug«⁶², und erweckte dabei den Eindruck, für die württembergischen Abgeordneten zu sprechen. Nur durch Geschlossenheit würde die Versammlung auf die Regierungen wirken, »wenn Ihr einstimmiges Votum nichts gilt, dann, meine Herren, wird den Regierungen das Votum eines Ausschusses weniger als Nichts gelten.«⁶³

Die Frankfurter Rede Mohls offenbart noch einmal 1. das Unverständnis für die Notwendigkeit und die Ziele der politischen Organisation des liberalen Bürgertums und 2. die Fixierung auf das Handeln der Regierungen und die dualistische Gegenüberstellung von Volk und Regierung. Darüber hinaus zeigt sich 3. wiederum, daß Mohl zumindest von Fall zu Fall an der Koordination der liberaldemokratischen Bewegung in Württemberg beteiligt blieb. Das Bild des Einzelgängers bedarf auch hier der Korrektur.

Nach dem Auftritt in Frankfurt 1863 engagierte sich Mohl nur noch publizistisch in der großdeutschen Verfassungsbewegung. Auch das weitere Schicksal der württembergischen Fortschrittspartei und ihre Spaltung in die demokratische Volkspartei und die nationalliberale Deutsche Partei bleibt in den Briefen ohne eingehenden Kommentar. Erst als die »Beobachterpartei«, wie Mohl die Volkspartei nannte, 1866 eine Versammlung in seinem Wahlbezirk veranstaltete und damit seine Stellung als Abgeordneter gefährdete, erfährt man aus den Briefen von ihrer Existenz.⁶⁴ Die Kapitel über die Wahlkämpfe von 1868 bis

⁵⁶ A. BIEFANG, 1994, S. 326 ff.

⁵⁷ Ebd., S. 321 f.

⁵⁸ Ebd., S. 322.

⁵⁹ Ebd., S. 328.

⁶⁰ So Moriz Mohl in dem Brief an Robert Mohl vom 15.12.1863, Nr. 104, in dem er über das Treffen berichtet.

⁶¹ Vgl. den Bericht des Beobachters vom 24.12.1863, Nr. 300.

⁶² Verhandlungen der Mitglieder deutscher Landesvertretungen in Frankfurt a. M., Montag den 21. Dezember 1863, Frankfurt a. M. 1863, S. 31.

⁶³ Ebd., S. 32.

⁶⁴ Brief Moriz Mohls an Robert Mohl vom 14.12.1866, Nr. 189.

1882 werden zeigen, daß die Volkspartei trotz dieses »Einfalls«⁶⁵ in den Wahlbezirk nicht umhin kam, ihn 1868 wie auch später als ihren Kandidaten auf das Schild zu heben. Der Deutschen Partei gelang es erst bei der Landtagswahl 1870 einen Kandidaten zu präsentieren, der Mohl gefährden konnte. Die unzulängliche Parteiorganisation begünstigte, wie in der Fraktion des Landtags auch, im Wahlkreis die Eigenständigkeit des einzelnen Abgeordneten. Darüber hinaus erlaubte das Mehrheitswahlrecht Mohl, sich zunächst nicht um den Einfluß und die Entwicklung der politischen Parteien zu kümmern.

Die Zeit der auf sich allein gestellten Honoratiorenpolitiker neigte sich dennoch dem Ende zu. Im November 1870, zu Beginn des Landtagswahlkampfes, inserierte Mohl gemeinsam mit Ammermüller, Becher, Österlen, Probst und Schott einen Aufruf an die »Gesinnungsgenossen«, »uns baldige Nachrichten über den Stand der Wahlanglegenheiten in den einzelnen Bezirken zukommen zu lassen, [...] sind wir bereit, unsererseits mit jeder gewünschten Auskunft an die Hand zu geben, und zu dem gemeinsamen Zwecke nach Kräften beizutragen.«⁶⁶ Angesichts der in Deutschland beispiellosen Organisation der Volkspartei mit 43 Ortsvereinen und über 3 600 Mitgliedern und der Deutschen Partei mit 39 Ortsvereinen und 2 200 Mitgliedern⁶⁷, wirkt der Aufruf als hilfloser Versuch, Anschluß an eine Entwicklung der politischen Öffentlichkeit zu gewinnen, die man von Beginn an abgelehnt hatte.

⁶⁵ Ebd.

⁶⁶ Schwäbische Chronik vom 11.11.1870, Nr. 267.

⁶⁷ Vgl. D. LANGEWIESCHE, Liberalismus und Demokratie, 1974, S. 344.

Der Wahlkreis und sein Abgeordneter

1. »Kulturkampf« in Aalen: Die Landtagswahl 1862

Das Mehrheitswahlrecht, das Mohls Eigenständigkeit als Honoratiorenpolitiker sicherte, brachte auch eine Eigengesetzlichkeit des Wahlkampfes mit sich, der sich, losgelöst von den landesweiten politischen Strömungen, auf die Person des Kandidaten und seine spezifischen Positionen konzentrieren konnte. Der Wahlkampf zu Beginn des Jahres 1862 im zu 55 % katholischen Oberamt Aalen¹ wurde vom konfessionellen Gegensatz dominiert und entzündete sich an Mohls Auftreten in der Konkordatsfrage bei den Landtagsverhandlungen im November 1861.² Das emotionsgeladene Thema, aber auch die Befreiung von der Lähmung der staatlichen Reaktion brachen sich in einem Wahlkampf Bahn, der im Mobilisierungsgrad den Wahlkämpfen der Revolutionszeit nicht nachstand und von denjenigen Wahlkämpfen, die unter dem allgemeinen Wahlrecht seit 1868 stattfanden, nicht übertroffen wurde.

Der Streit Moriz Mohls mit den Vertretern der beiden Kirchen trat nicht erst in den Beratungen des Konkordats zutage, er begleitet vielmehr seit der ersten Landtagssitzung am 7.5.1851 sein parlamentarisches Leben, als er das Eröffnungsgebet des Prälaten v. Kapff zu unterbinden versuchte. Moriz Mohl machte deutlich, daß er auch in religiösen Fragen keine Empfindlichkeiten schonte: »Ich bin gegen frömmelerische Formen und bin der Ansicht, daß man religiöse Dinge nicht mit weltlichen zusammenwerfen soll.«³

In den folgenden Jahren entzündete sich der Konflikt immer wieder an der Frage des kirchlichen Einflusses auf das Schulwesen. Moriz Mohl kritisierte bei jeder Gelegenheit den großen Anteil des Religionsunterrichts an den Volksschulen und die überwiegend religiösen Texte des Volksschullesebuches.⁴ Die Volksschulen müßten vielmehr als erste Stufe der gewerblichen Ausbildung begriffen werden, die sich an säkularen Zielen zu orientieren habe.⁵ Während der Beratung der Abänderung des Volksschulgesetzes im Mai 1858⁶ exponierte sich Mohl als radikaler Gegner der kirchlichen Schulaufsicht:

¹ Vgl. die Zollvereinsstatistik des Jahres 1858, STALB, E 238 III, Film S II 7693.

² Zum konfessionellen Charakter des Wahlkampfes in einigen anderen Oberämtern auch A. SCHEUERLE, 1922, S. 131–135.

³ V.d.K.A., 1851/53, Protokollbd. 1, 1. Sitzung am 7.5.1851, S. 7.

⁴ V.d.K.A., 1856/61, Protokollbd. 4, 109. Sitzung am 21.2.1852, S. 2492.

⁵ V.d.K.A., 1851/53, Protokollbd. 6, 184. Sitzung am 12.3.1853, S. 4106.

⁶ V.d.K.A., 1856/61, Protokollbd. 2, 33. Sitzung vom 4. Mai 1858–42. Sitzung am 19. Mai 1858.

»So halte ich doch im großen Ganzen die Einwirkung der Geistlichkeit auf die Schulen überhaupt nicht für eine glückliche, und bin der Ansicht, daß aus den Schulen so lange nichts Gutes werden kann, bis auch bei uns, wie in Holland, der Grundsatz gesetzlich genommen ist, daß kein Geistlicher seinen Fuß in eine Schule setzen darf.«⁷

Moriz Mohl bestritt den Kirchen nicht nur jeden Einfluß auf die der staatlichen Sphäre zugeordneten Schulen, er forderte gleichzeitig ganz in der Tradition des württembergischen Staatskirchentums die entschiedene Kontrolle der Kirchen durch den Staat. Der neuwürttembergische Staat hatte die hinzugewonnenen katholischen Landesteile durch eine Behörde, den katholischen Kirchenrat, einer strengen Kirchengaufsicht unterworfen, um die Integration im mehrheitlich protestantischen Staat nicht durch religiöse Bewegungen gefährden zu lassen. Dabei scheute der Kirchenrat nicht davor zurück, die Amtskirche zu massiven Eingriffen in den Kultus zu drängen, in denen er im Geiste der kirchlichen Aufklärung und des Staatskirchentums die Entfernung barocker Elemente und die Protestantisierung des Gottesdienstes anstrebte.⁸ Den Höhepunkt erreichte das Staatskirchenregiment in der Verordnung vom 30. Januar 1830, in der sich die Regierung gegenüber dem 1827 eingesetzten Bischof von Rottenburg unter anderem das Zustimmungsrecht zu allen bischöflichen Anordnungen und Veröffentlichungen, auch in geistlichen Fragen vorbehielt und damit zugleich den Einfluß Roms zu kontrollieren suchte. Die Auswahl und Prüfung des Priesternachwuchses blieb unter staatlicher Aufsicht und die katholischen Staatsbürger hatten das Recht, gegen jeden Mißbrauch der geistlichen Gewalt Beschwerde bei den Landesbehörden einzulegen.⁹ Der Widerstand des württembergischen Staates gegen die Autonomiebestrebungen der katholischen Kirche wich in den 1850er Jahren dem Bemühen um einen Ausgleich, der im Konkordat von 1857 seinen Abschluß fand.¹⁰ Da die württembergische Regierung mit diesem Vertrag in die inneren Angelegenheiten des Landes eingriff, ohne auf das Gesetzgebungsrecht der Kammer Rücksicht zu nehmen, erzwang der Landtag am 16. März 1861 die Vorlage des gesamten Konkordats als Gesetz zur Abstimmung in der Kammer.¹¹ In der Debatte dieses Gesetzes, die vom 15. November bis zum 27. November 1861 geführt wurde¹², verteidigte Mohl gegen die Regierungsvorlage und gegen die Mehrheit der Kammer die Notwendigkeit der staatlichen Kirchengaufsicht. Mohl ging

⁷ V.d.K.A., 1856/61, Protokollbd. 2, 33. Sitzung vom 4. Mai 1858, S. 690 f.

⁸ Vgl. C. KÖHLE-HEZINGER, 1976, S. 193 ff., die eindrücklich den Protest der katholischen Bevölkerung gegen diese Eingriffe schildert.

⁹ Eine Zusammenfassung bei A. HAGEN, 1928, S. 4 f. und bei W.-S. KIRCHER, 1973, S. 25–27. Zum katholischen Widerstand gegen die Verordnung vgl. ebd., S. 27 ff. und H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 609 ff.

¹⁰ Vgl. den Überblick bei H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 681, dort auch die Literatur.

¹¹ Hierzu H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 681–689. Die Kammervorhandlungen im März 1861 schildert A. SCHEUERLE, 1922, S. 60–71 und A. HAGEN, 1928, S. 145 ff.

¹² V.d.K.A., 1856/61, Protokollbd. 7, 205. Sitzung vom 15.11.1861–215. Sitzung am 27.11.1861. Vgl. die Schilderung der Debatten und der Rolle Mohls bei A. SCHEUERLE, 1922, S. 85–109 und A. HAGEN, 1928, S. 177–185.

dabei noch hinter die Verordnung von 1830 zurück, indem er der Kirche unter anderem jedes Recht, geistliche Strafen auszusprechen, bestritt¹³, weiterhin die staatliche Kontrolle der Priesterausbildung verlangte¹⁴ und ein Ablehnungsrecht des Staates für alle Stellenbesetzungen der Kirche forderte.¹⁵ Bei der Endabstimmung über das Gesetz, das mit 67 zu 13 Stimmen angenommen wurde¹⁶, fand sich Mohl mit zwei demokratischen Kollegen in Gesellschaft von zehn Katholiken aus dem »ultramontan-bischöflichen Lager«.¹⁷

In einem Brief an den Bruder Robert faßte Moriz Mohl am 10. September 1869 die aus der Generation des Vaters¹⁸ konservierte Vorstellung von der radikalen Unterordnung der kirchlichen Hierarchie unter die staatliche Bürokratie in einem Satz prägnant zusammen:

»Ich bin allerdings auch längst der Ansicht, daß es keine größere Gedankenlosigkeit gibt, als unter der dummen Formel: ›Trennung von Staat und Kirche‹ (als *dürfe* der Staat irgend etwas, und vollends eine solche Teufelsmacht in seinen Grenzen dulden, was seiner Macht nicht unterworfen wäre!) die Steine anbinden und die Hunde loßlassen.«¹⁹

Die Gefährdung der Wiederwahl in dem mehrheitlich katholischen Oberamt Aalen war nach den Konkordatsverhandlungen offenkundig und veranlaßte den Gewerbeverein aus dem 40 km nördlich von Aalen gelegenen Crailsheim, Mohl die Kandidatur anzubieten.²⁰ Hinter diesem Angebot verbarg sich vor allem der Wunsch, den parlamentarischen Mentor des württembergischen Eisenbahnbaus zum Abgeordneten zu gewinnen. Diese unausgesprochene Erwartung nannte Mohl dem Bruder gegenüber als Hauptgrund für die Ablehnung²¹ dieser sicheren Kandidatur und berief damit erneut seinen Anspruch als allseits unabhängiger Volksvertreter.²²

Das Angebot der Crailsheimer rief die Aalener Anhänger auf den Plan, die sich in einer Wählerversammlung am Sonntag den 1. Dezember 1861 für die

¹³ »Ich bin überhaupt der Meinung, daß der Staat Strafen auf geistlichem Gebiete nicht dulden soll; das einzig erlaubte Gebiet der Kirche ist Lehre, Predigt, Seelsorge; die Strafe ist Sache des Staates.« V.d.K.A., 1856/61, Protokollbd. 7, 206, Sitzung am 16.11.1861, S. 5 102.

¹⁴ V.d.K.A., 1856/61, Protokollbd. 7, 207, Sitzung am 18.11.1861, S. 5 145.

¹⁵ V.d.K.A., 1856/61, Protokollbd. 7, 208, Sitzung am 19.11.1861.

¹⁶ V.d.K.A., 1856/61, Protokollbd. 7, 215, Sitzung am 27.11.1861, S. 5 348. Vgl. auch H. BRANDT, Parlamentarismus, 1987, S. 689.

¹⁷ H. BRANDT, Parlamentarismus, 1987, S. 688.

¹⁸ Vgl. zu Benjamin Ferdinand Mohl W.-S. KIRCHER, 1973, S. 32, Anm. 32.

¹⁹ Brief Moriz Mohls an Robert Mohl vom 10.9.1869, Nr. 223. Hervorhebung im Original.

²⁰ Der Beobachter, 26.11.1861, Nr. 277. Die Initiative des Gewerbevereins wirft ein Schlaglicht auf die kryptopolitische Funktion des Vereinswesens. Der Gewerbeverein übernahm die Aufgabe eines Wahlausschusses, da »eine konsolidierte liberale oder demokratische – einen entscheidenden Einfluß übende Partei« (ebd.) in Crailsheim nicht existierte.

²¹ In einer Erklärung, die er einen Tag später im Beobachter, 27.11.1861, Nr. 278 drucken ließ, wies er dankend den »ehrenvollen Antrag« zurück.

²² »Ich konnte überdieß aus dem Grunde nicht in Crailsheim als Candidat auftreten, weil sie mich (obgleich sie es nicht sagten) doch nur für ihre Eisenbahnliegen gewählt hätten. Und Candidat für Kirchturnsinteressen kann und will ich nicht sein.« Brief Moriz Mohls an Robert Mohl vom 28.12.1861, Nr. 77.

Nominierung ihres bisherigen Abgeordneten aussprachen und die Erfolgsaussichten seiner Wahl erörterten.²³ Dabei wurden nicht nur Mohls Reden gegen das Konkordat, sondern auch die Befürwortung der Gewerbefreiheit und das Eintreten für die Ausweitung der Staatsausgaben in die Kritik gezogen.

Der katholische Herausforderer Mohls, der junge Rechtsanwalt Bucher aus Mergentheim, griff diese Beschwerden auf. Er wandte sich gegen die Trennung von Schule und Kirche und lehnte die Einführung der Gewerbefreiheit und des ungehinderten Hausierhandels ab, wofür Mohl sich in der Kammer engagiert hatte.²⁴ Die Forderung nach einer strengeren Haushaltsdisziplin zielte ebenso auf die Interessen der bäuerlichen Wählerschaft wie das Versprechen, sich für die Aufhebung der Staatskontrolle über die Privatwälder einzusetzen. Auch damit traf Bucher einen Schwerpunkt der Tätigkeit Mohls in der Kammer.

Die Kandidatur Buchers wurde von der katholischen Geistlichkeit des Oberamtes betrieben und von Innenminister Linden unterstützt.²⁵ Den Wahlkampf eröffnete die katholische Seite am 7. Januar 1862 mit einer Polemik gegen Mohl im Amtsblatt. Als Gast eines katholischen Geistlichen reiste Bucher in der zweiten Januarwoche durch das Oberamt, um Wahlsprachen zu halten, bei denen ihn nach der Zählung des Beobachters »ein halbes bis ein ganzes Dutzend« Geistlicher begleitete.²⁶ Diese Wahlveranstaltungen nutzten wiederum die politischen Freunde Mohls, um ihrerseits für ihn zu werben.²⁷ Dies geschah offensichtlich so erfolgreich, daß zumindest ein Wahlauftritt Buchers zur Grotteske verkam, als er und seine geistlichen Mentoren versuchten, der mitreisenden Anhängerschaft Mohls zu entkommen. Kurzfristig verlegten sie die in Wasseralfingen geplante Wahlrede, wo Mohl unter den Arbeitern des Hüttenwerks einen starken Anhang hatte, in das Nachbardorf, was die »von allen Seiten zahlreich herbeiströmenden Wahlmänner und Urwähler«²⁸ in Wasseralfingen nicht abhielt dorthin zu folgen. Die Reaktion der Geistlichen auf dieses unerwünschte Interesse an ihrem Kandidaten offenbart eine gewisse Unerfahrenheit in der politischen Kultur der Wahlkämpfe seit der Revolution, die sich durch den Anspruch auszeichnete, die Wahl als öffentliche Angelegenheit zu verhandeln. Einer der Geistlichen trat vor die Versammlung und erklärte, »man sei nicht da, um Komödie zu spielen, diese Versammlung sei bloß für die Wahlmänner von Hofen und Wasseralfingen bestimmt und die übrigen Anwesenden hätten sich zu entfernen.«²⁹ Damit stieß er auf gänzlich Unverständnis, woraufhin sich die Wahlkampfmansschaft Buchers in den Dekanatsaal zurückzog, um dort mit den Wahlmännern zu verhandeln. Der Beobachter versäumte es nicht, seinen Bericht mit einem entsprechenden Kommentar ab-

²³ Der Beobachter vom 7.12.1861, Nr. 287.

²⁴ Nach einem Bericht des Beobachters, 14.1.1862, Nr. 10, über eine Wahlrede Buchers in Aalen am 10. Januar.

²⁵ Schwäbische Kronik, 29.1.1862, Nr. 25.

²⁶ Der Beobachter, 16.1.1862, Nr. 12.

²⁷ Der Beobachter, 14.1.1862, Nr. 10.

²⁸ Der Beobachter, 16.1.1862, Nr. 12.

²⁹ Ebd.

zuschließen: »Was soll man von einer Kandidatur halten, die auf solche geheime Weise ihre Sache zu fördern vermeint?«³⁰

Drei Eigenheiten der Wahlbewegung des Jahres 1862 lassen sich aus dem Bericht des Beobachters ablesen. Das Auftreten einzelner Geistlicher als Wahlwerber ist seit der Revolution vertraut. Der massive öffentliche und nahezu geschlossene Einsatz³¹ der katholischen Geistlichkeit für den Kandidaten der eigenen Wahl besitzt eine neue Qualität. Die Nutzung der in der Neuen Ära gewonnenen Handlungsspielräume zur politischen Mobilisierung blieb nicht ein Privileg der liberalen Bewegung, sondern wurde auch vom katholischen Klerus für die Durchsetzung seiner Interessen genutzt. Der Pakt zwischen dem Innenminister und dem Klerus spiegelt darüber hinaus auch das entspanntere Verhältnis des württembergischen Staates zur katholischen Amtskirche wider.

Die Teilnahme der Urwähler an der Veranstaltung deutet zum zweiten auf einen hohen Mobilisierungsgrad hin, da die Urwähler in Aalen bereits Tage zuvor ihr Votum abgegeben hatten und so keinen direkten Einfluß auf den Ausgang der Abgeordnetenwahl mehr besaßen.³² Das erste Mal seit der Rückkehr zum Wahlrecht von 1819 erreichten die Urwähler der Stadt Aalen das Quorum von 2/3 der Stimmberechtigten und sicherten so die Bestellung des Drittels der Wahlmänner, das nicht direkt von den Höchstbesteuerten der Gemeinde bestellt wurde.

Der Rückzug der Wahlversammlung in den Dekanatssaal weist zum Dritten auf die beschränkte Anzahl von 500 Wahlmännern hin, um die es in den Gemeinden des Oberamtes zu werben galt. Der Kreis der Wähler, die die Kandidaten im jeweiligen Dorf ansprechen wollten, war überschaubar und erlaubte deren Versammlung im Pfarrhaus. Die Abkehr vom allgemeinen Wahlrecht der Revolutionszeit hatte den Wahlkundgebungen des Jahres 1851 den Charakter von Honoratiorenversammlungen gegeben, die sich bei einem »Zweckessen«³³ im Wirtshaussaal mit dem Kandidaten bekannt machten. Die große Anteilnahme der Bürgerschaft sprengte nun im Wortsinne 1862 trotz des gleichgebliebenen Wahlrechts diese Veranstaltungsform, die die Wahrnehmung von Politik als Privileg vorausgesetzt hatte.

Die kleine Anzahl der Wähler und die Öffentlichkeit der Stimmabgabe war die Grundlage für die zweite Seite des Wahlkampfes, die mit einem Begriff der englischen Wahlforschung als *Canvassing* bezeichnet wird. Die damit bezeichnete Bearbeitung jedes einzelnen Wählers durch persönliche Gespräche betrieben beide Parteien 1862 mit großer Intensität. Einige Geistliche, so die Gerüchte und Berichte, die Mohl zugetragen wurden, teilten bei ihren Hausbesuchen die Wählerschaft in zwei Kategorien: Diejenigen, die selig sein werden, und

³⁰ Ebd.

³¹ Mohl berichtet nur von einem Pfarrer, der ihn unterstützt hätte.

³² Nach einem Bericht Moriz Mohls an Julius Mohl vom 11.1.1862, Nr. 13. Dort auch die folgenden Informationen zur Urwahl.

³³ Vgl. den Abschnitt über die Landtagswahl 1851.

diejenigen, die Mohl wählen.³⁴ Einer der Pfarrer drohte, den Wählern Mohls die Sterbesakramente zu verweigern und dem ganzen Dorf die Bittgänge für eine gute Ernte.³⁵ Auch die Anhängerschaft Mohls bediente sich des *Carvasing*. In Wasseralfingen arbeiteten der Werkmeister und die meisten Beamten des staatlichen Hüttenwerkes im Verein mit dem Schultheißen für Mohl und überredeten die bäuerlichen Wähler.³⁶

Moriz Mohl beobachtete mit wachsender Besorgnis und Verärgerung die Entwicklung im Wahlkreis, über die ihn die Berichte des Beobachters und die Briefe seiner Freunde in Aalen unterrichteten. Am 28. Dezember 1861 schloß er einen Bericht zur Wahl an den Bruder Robert noch mit den Worten: »Doch mehr als genug von diesem dornenvollen Berufe, an dem ich aber eben doch mit Leib und Seele hänge.« Eine Woche später war er bereit, eine Niederlage »mit aller Philosophie auf[zun]ehmen«.³⁷ Die ersten Nachrichten über den Wahlkampf seines Herausforderers in der zweiten Januarwoche stürzten ihn geradezu in eine Sinnkrise:

»Überhaupt kann ich soviel sagen, daß ich seit 1 Jahr die Annehmlichkeiten eines politischen Berufes bis auf die Hefe genossen habe [...] daß mich oft der Ekel ganz übernimmt. [...] Mit Ausnahme meiner Freunde in Aalen hat sich in Jahr und Tag zu Land kein Mensch auch nur tolerabel soweit gegen mich betragen, während bei Regierung und Ständen eine Menge Leute allen Grund dazu gehabt hätten.«³⁸

Diese kurzfristige Niedergeschlagenheit hinderte ihn nicht daran, den Wahlkampf wirkungsvoll einzuleiten. Ebenso wie im Jahr 1855 schickte er jedem der 500 Wähler eine gedruckte Einladungskarte zu seinen »Vorträgen« auf der Wahlreise.³⁹ Mit dieser frühen Form der Massendrucksache beweist Mohl in zweifacher Hinsicht Professionalität. Zum einen bewegte er sich auf dem neuesten Stand der Wahlkampftechnik. Zum anderen setzte die handschriftliche Adressierung von 500 Kuverts Fleiß und Zeit voraus, die seine Kollegen als berufstätige Familienväter nicht so leicht erübrigen konnten.

Den Wahlkampf erlebte Mohl als Wechselbad zwischen Volksfest und Volksaufstand, je nach dem, ob er in katholischen oder evangelischen Gemeinden auftrat.⁴⁰ Die Essinger Bürger empfangen ihn schon bei der Durchreise mit Hochrufen auf den Bahnsteigen. Die Aalener begrüßten ihn mit einem Ständchen und hielten ihm zu Ehren ein Bankett ab. Die Gemeinde Lauterburg feierte Mohl mit einer Gewehrshalve. Während der folgenden zehn Tage hielt Mohl in allen 19 Gemeinden dreistündige Wahlreden. Bei diesen Wahlreden

³⁴ Brief Moriz Mohls an Julius Mohl vom 30.1.1862, Nr. 14.

³⁵ Brief Moriz Mohls an Robert Mohl vom 3.2.1862, Nr. 80.

³⁶ Schwäbische Kronik, Nr. 21, 24.1.1862 und Brief Moriz Mohls an Robert Mohl vom 3.2.1862, Nr. 80.

³⁷ Brief an Julius Mohl vom 4. Januar 1862, Nr. 12.

³⁸ Brief an Robert Mohl vom 11. Januar 1862, Nr. 78.

³⁹ Brief an Julius Mohl vom 30. Januar 1862, Nr. 14.

⁴⁰ Für das Folgende der Brief Moriz Mohls an Julius Mohl vom 30.1.1862, Nr. 14 und der Brief an Robert Mohl vom 3.2.1862, Nr. 80 und 80 a.

begleiteten ihn stets eine größere Anzahl angesehener Aalener Bürger, wobei sich diese Honoratiorentourage zumindest bei dem Auftritt Mohls in der Hochburg der katholischen Wahlbewegung um eine gewisse Anzahl junger und »kräftiger Männer«⁴¹ verstärkte. In den katholischen Gemeinden stieß die Wahlmannschaft auf die unterschiedlichsten Formen der Behinderung und Störung. Ein Gastwirt stellte zwar im Gegensatz zu zwei Kollegen in Unterkochen seine Wirtsstube zur Verfügung, doch schloß er seine Schenke und ging nach Hause.⁴² Ein zweiter weigerte sich, während der langen Rede Mohls Speisen und Getränke zu servieren, worin angesichts der versammelten höchststeuernden Kundschaft eine beachtliche Selbstverleugnung der Geschäftsinteressen im Dienste der katholischen Sache lag. Die katholische Geistlichkeit bemühte sich teilweise mit Erfolg, die Wähler schon vom Besuch der Wahlveranstaltung abzuhalten.

Am letzten Tag der Wahlkampfreise kam es dann im katholischen Heuchlingen zur Eskalation.⁴³ Da aus Heuchlingen bereits Drohungen gekommen waren, man wolle Mohl ins Wasser werfen, sondierte ein Voraustrupp von 20 Aalenern das Terrain und empfing Mohl vor dem Versammlungslokal mit der Nachricht, daß dort »gräuliche Reden«⁴⁴ gegen ihn geführt würden, und sie empfahlen, sich nur in ihrer Mitte ins Gasthaus zu begeben. Mohl lehnte den Schutz ab, betrat das Lokal allen voran und hielt seine Rede. Nachdem ihm der Pfarrer und der Schulmeister entgegengetreten hatten, brach Tumult aus:

»Als ich antworten wollte, überschrie⁴⁵ mich der Mob. Schultheiß Bäuerle⁴⁶ von Essingen (mein sehr guter Freund), der neben mir stand, rief: Herr Pfarrer, zeigen sie jetzt ihre Jugenderziehung und halten sie Ordnung. Auf dies drängten die Leute vorn und hinten auf uns, wollten Bäuerle zu Boden reißen, rissen ihm i<.>⁴⁷ Haar aus, er stieß sie zurück, ich wehrte mit den Händen die Leute von ihm ab[...]«⁴⁸

Die Aalener Freunde, die auf diesem Parkett über mehr Erfahrung und Überblick verfügten, zogen Bäuerle und Mohl aus dem Gemenge mit den Worten: »Hier ist Ihr Platz nicht mehr, Sie können doch nicht mehr reden.«⁴⁹ Die Aalener Honoratioren behaupteten mit Mohl noch eine Stunde das Lokal, um zu demonstrieren, daß sie der Gewalt nicht weichen würden und zogen dann »als Colonne fort.«

Der Inhalt der Wahlreden Mohls ist nur aus einigen sehr knappen Bemerkungen an den Bruder Julius bekannt. Die Geduld der Zuhörer ließ ihm genug

⁴¹ Der Beobachter, Nr. 24, 30.1.1862.

⁴² Der Beobachter, Nr. 24, 30.1.1862.

⁴³ So der Bericht der Schwäbischen Kronik, 29.1.1862, Nr. 25.

⁴⁴ Brief Moriz Mohls an Robert Mohl vom 3.2.1862, Nr. 80 a.

⁴⁵ Der Beobachter, Nr. 24, 30.1.1862, berichtet von Rufen wie »Hinaus mit den Freimaurern«.

⁴⁶ Bäuerle war in den Wahlkämpfen 1849–1851 Organisator der liberal-konservativen Opposition gegen Mohl. Die Annäherung zwischen Liberalen und Demokraten trug hier Früchte.

⁴⁷ Nicht zu entziffernde Mengenangabe.

⁴⁸ Brief an Robert Mohl vom 3.2.1862, Nr. 80 a.

⁴⁹ Ebd.

Zeit, stundenlang die »Hauptteile« der Konkordatsrede im Landtag zu verle-
sen, und die Wähler dann noch mit den von Linden eingebrachten Entschädi-
gungsgesetzen für den Adel und den »übrigen Greulgesetzen« vertraut zu
machen, »insoweit sie sie interessieren konnten«. ⁵⁰ Weder in den Briefen noch
in den Berichten der Presse findet sich auch nur ein Hinweis auf die Existenz
des Plochinger Wahlprogramms der Fortschrittspartei oder eine Erwähnung
der Nationalen Frage, die die Fortschrittspartei als ersten Programmpunkt
führte und für die Mohl sich publizistisch engagierte. ⁵¹

Die Wahl selbst wurde in der Oberamtsstadt, wo die Wähler des Bezirks
ihre Stimme im Rathaus abgeben mußten, als Volksfest begangen, wie der
Korrespondent des Beobachters berichtet:

Aalen, 30. Jan. Das Licht hat über die Finsterniß, der Liberalismus über den Ul-
tramontanismus hier gesiegt! [...] Mit donnernden Hochrufen und unter den
Klängen des Liedes: »Was ist des Deutschen Vaterland«, das von der städtischen
Musik vor dem Rathhause gespielt wurde, empfing sie (Die Wähler der umlie-
genden Dörfer, J.W.) die hiesige Bevölkerung bei ihrem Austritt aus dem Wahl-
locale, und im selben Augenblick ertönte der Donner der Geschütze von der na-
hen Erlau, um dem ganzen Bezirk den Sieg der guten Sache zu verkünden. Der
Jubel und die Freude war ungeheuer und in manchem Auge sah man eine Thräne
zittern, als die stürmischen Hochrufe auf Mohl Alles übertönten. Abends war
Zapfenstreich, ein großer Fest- und Fackelzug mit Musik und Fahnen bewegte
sich durch die glänzend beleuchtete Stadt, in welcher Transparente und bengali-
sche Feuer das Lichtmeer noch vermehrten, und vom Brauenberg strahlte ein
großes Feuer als Wahrzeichen für unsere Gegner, daß das Licht das Dunkel be-
siegte[...].« ⁵²

Angesichts des Zahlenverhältnisses von 45 % Protestanten und 55 % Katholi-
ken fiel der Wahlsieg mit 313 gegen 186 Stimmen (63 % : 37 %) des Herausfor-
derers Bucher sehr deutlich aus. ⁵³ Die Wahlbeteiligung an der Abgeordneten-
wahl lag mit 98 % höher als in den beiden Wahlen der Reaktionszeit, wo sie
1851 93 % ⁵⁴ und 1855 91 % betragen hatte. ⁵⁵ Wesentlich aussagekräftiger als
diese mäßigen Differenzen ist die Beteiligung an den Urwahlen des Drittels der
Wahlmänner, das nicht direkt aus den Höchstbesteuerten der Gemeinde rekrui-
tiert wurde. Das erste Mal seit der Revolutionszeit wurde bei den Urwahlen das
Quorum von 2/3 der Urwähler, das für eine gültige Wahl der Wahlmänner
nötig war, nicht nur in Aalen, das 30 Wahlmänner II. Klasse stellte, sondern

⁵⁰ Brief an Julius Mohl vom 30. Januar 1862, Nr. 14. Der Korrespondent der Schwäbischen Kronik,
24.1.1862, Nr. 21, hob die Anstrengung Mohls hervor, »aufs Gewissenhafteste über seine Tätig-
keit zu referieren«.

⁵¹ Vgl. Der Beobachter, 17.12.1861, Nr. 295.

⁵² Der Beobachter, 2.2.1862, Nr. 27.

⁵³ HSTAST, E 146, Bü 1 431, Bericht des Oberamtes Aalen vom 29.1.1862. Nach den Unterlagen für
die Zollvereinsstatistik des Jahres 1858, STAL, E 238 III, Film S II 7 693, lebten 10 989 Protestan-
ten und 13 767 Katholiken im Oberamt Aalen.

⁵⁴ HSTAST, E 146, Bü 1 429, Bericht des Oberamtes Aalen vom 25.4.1851.

⁵⁵ HSTAST, E 146, Bü 1 430, Bericht des Oberamtes Aalen vom 12.2.1855. Diese Werte sind jedoch
keinesfalls mit den Beteiligungsraten bei allgemeinen, direkten Wahlen zu vergleichen.

auch in vielen Landgemeinden erreicht. Im Jahr 1855 waren 416 Wahlmänner zur direkten Wahl berechtigt, bei der Wahl 1862 516.⁵⁶

Der Ausgang der Wahl läßt sich nur teilweise mit den Konfessionsgrenzen erklären. Die einstimmigen Voten der Wahlmännerkollegien aus Aalen, Essingen, Lauterburg und Neubronn stammen aus den vier Gemeinden des Oberamtes mit einer nahezu rein evangelischen Bevölkerung.⁵⁷ Die geschlossene Unterstützung des katholischen Wasseralfingen verdankt Mohl dem Einsatz des Schultheißen und des Werkmeisters, die ihren unermüdlichen Anwalt für die Interessen der Hüttenwerke in der Kammer nicht verlieren wollten.⁵⁸ Im katholischen Hüttlingen sprach sich der Pfarrer für Mohl aus, woraufhin die Hälfte der Wähler für diesen votierte.⁵⁹

Die Dominanz der Konfession als Wahlkampfthema in den Quellen überdeckt die wirtschaftlichen Motive der Wähler. Der entschiedene Einsatz gegen die grundherrlichen Rechte und die noch in der Schwebelage befindende Frage der Adelsentschädigung gewannen Mohl wahrscheinlich auch 1862 die Sympathien der katholischen Bauern. Die Bürger der Stadt Aalen dankten Mohl den Anschluß an die Eisenbahn am 18. Juli 1861⁶⁰, deren Bau allein schon zu einem spürbaren Anstieg der Prosperität geführt hatte.⁶¹ Die parteipolitische Orientierung der Aalener Bürgerschaft wird von der Einstimmigkeit des Votums für Mohl gänzlich verdeckt und trat auch in den Berichten über den Wahlkampf nicht zutage.⁶²

Der gesamte Wahlkampf selbst ist darüber hinaus gekennzeichnet von der Rivalität und dem Gegensatz zwischen der Bürgerschaft der ehemaligen freien Reichsstadt Aalen und den katholischen Bauerngemeinden des Umlandes. Das Kapitel über das Vereinswesen Aalens wird zeigen, daß der Organisationsvorsprung der Bürgerschaft half, das politische Leben des Oberamtes zu dominieren. Erst die Wahlagitatio des katholischen Klerus in den Wahlen seit 1862 schuf hier ein Gegengewicht.

Der engagierte Wahlkampf beider Parteien, die begeisterte und handgreifliche Teilnahme der Wählerschaft an den Veranstaltungen, die Berichterstattung in der Schwäbischen Kronik und im Beobachter durch Korrespondenten aus Aalen, das Volksfest und die Wahlbeteiligung der Urwähler, belegen einen Mobilisierungsgrad, wie ihn die Forschung für Württemberg erst mit der Ein-

⁵⁶ Vgl. die oben zitierten Oberamtsberichte. Die Bevölkerung stieg von 24 252 Einwohnern 1855 auf 25 642 Einwohner 1861. (Zollvereinsvolkszählung vom 21.2.1855 und 3.12.1861, STALB, E 238 III, Film S II 7 693) Da nach § 138 VU auf »ungefähr 700 Einwohner« zwanzig Wahlmänner kommen, gehen maximal 40 der zusätzlichen 100 Wahlmänner auf das Konto des Bevölkerungsanstieges.

⁵⁷ Das Stimmverhalten der Gemeinden nach dem Bericht des Beobachters, 2.2.1862, Nr. 27.

⁵⁸ Dazu auch der Brief Moriz Mohls an Robert Mohl vom 3.2.1862, Nr. 80.

⁵⁹ Brief Moriz Mohls an Robert Mohl vom 3.2.1862, Nr. 80.

⁶⁰ Vgl. K. SEIDEL, Aalen, 1980, S. 200.

⁶¹ Dazu E. HAFFNER, 1954, S. 179 f.

⁶² Allein der Korrespondent des Beobachters bemerkt, daß »wir Demokraten« Mohl unterstützen. Der Beobachter, 25.1.1862, Nr. 20.

führung des allgemeinen Stimmrechts 1868 erwartet.⁶³ Der emotional aufgeladene Konfessionsgegensatz und der intensive Wahlkampf beider Kontrahenten ließ die Bevölkerung in ihrer politischen Anteilnahme die Einführung des allgemeinen Wahlrechts gleichsam vorwegnehmen. Das korporative Wahlverhalten verweist auf den hohen sozialen Druck, der durch die Öffentlichkeit der Stimmabgabe ausgeübt werden konnte, wobei die geschlossenen Voten der Gemeinden als eine Form der Vergesellschaftung des privilegierten Stimmrechts interpretiert werden können.

2. Das Verhältnis Moriz Mohls zu seinen Wählern

Moriz Mohl nahm an dem Volksfest, mit dem seine Wiederwahl im Januar 1862 gefeiert wurde, nicht teil: »Ich war aber natürlich nicht mehr da; ich reiste vor der Wahl ab«, schloß Mohl einen Bericht über das Fest an den Bruder Julius.⁶⁴ Die bloße Erwähnung und das bestärkende »natürlich« sind ein Indiz dafür, daß diese Zurückhaltung sich nicht von selbst verstand, sondern als eine bewußt gesetzte Geste Mohls interpretiert werden kann, mit der er das Verhältnis zu seinen Wählern inszenierte.⁶⁵ Diese Beziehung soll von drei Seiten her untersucht werden, die bei der Schilderung der Wahlkämpfe bisher nicht in die Betrachtung einbezogen wurden: 1. Die Selbstinszenierung Mohls als Volksvertreter, 2. deren Wahrnehmung durch die Wähler, und 3. die tatsächlichen Kontakte mit den Wählern zwischen den Wahlkämpfen.

Die Abwesenheit von der Wahlfeier, an der er mit Hilfe der Telegraphie und der Eisenbahn hätte teilnehmen können, sollte Unabhängigkeit und Distanz demonstrieren. Mohl wollte sich im Augenblick des Triumphes nicht mit seinen Wählern gemein machen, wollte sich nicht während der Feier vereinnahmen lassen und sich durch die Ehrbezeugungen gleichzeitig mehr durch Dank verpflichten, als mit der Rolle des selbständigen Volksvertreters vereinbar war. Salutschüsse, Ständchen und Bankett zur Begrüßung und als Anerkennung der Arbeit in der vergangenen Legislaturperiode ließ er sich während der Wahlkämpfe gerne gefallen. Aber an der Spitze eines Fackelzuges gleichsam wie ein Volkstribun gefeiert zu werden, entsprach nicht seinem Geschmack.

Mohl verlangte Distanz zu den Wählern, die sofort zum »Mob«⁶⁶ wurden, wenn sie sich wie im Gasthof in Heuchlingen 1862 nicht anständig benahmen, oder zu »Viechvolk« und »Bauernmuffel«⁶⁷, wenn sie ihn nicht wählen wollten. Bereits zu Beginn der vierzigjährigen Abgeordnetentätigkeit für Aalen stellte er dieses Verhältnis klar. Die große Aalener Volksversammlung am 25.4.1849 auf

⁶³ H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 168.

⁶⁴ Brief Moriz Mohls an Julius Mohl vom 30.1.1862, Nr. 14.

⁶⁵ Vgl. die Berichte über Abgeordneteneste bei M. HÖRNER, 1987, S. 237, S. 348, S. 362.

⁶⁶ Brief Moriz Mohls an Robert Mohl vom 3.2.1862, Nr. 80 a.

⁶⁷ Nach der Reichstagsnachwahl im September 1871 in einem Brief an Julius Mohl vom 26.9.1871, Nr. 30.

dem Höhepunkt der Reichsverfassungskampagne beschloß auf Anregung von Diakon Bauer »unserem Abgeordneten bei der Nationalversammlung jetzt, nachdem sich seine Thätigkeit im Großen überschauen lasse, ein allgemeines Zeichen der Anerkennung und Zufriedenheit mit seinem Wirken zukommen zu lassen.«⁶⁸ In seiner Antwort zeigte sich Mohl »innigst«⁶⁹ gerührt. Die Freude sei um so größer, so Mohl, als die Vielfältigkeit der Themen der Verfassungsberatung eine Übereinstimmung seiner Ansichten mit denen aller Wähler nicht erwarten lasse. »Höchstes Glück« sei es daher, »wenn sein Streben im Ganzen von seinem Wahlkreise gebilligt [...]« werde. Ebenso geschickt wie deutlich vermittelt er den Wählern in der Fortführung des Zitats, daß es nicht diese Billigung durch die Wähler war, die er bei den Abstimmungen berücksichtigte: »[...] und ihm das Zeugnis von demselben zu Theil wird, daß er nach seinem besten Wissen und Gewissen nur seiner redlichen Überzeugung in Allem gefolgt sei [...]«.

Diese freundliche Abwehr jeglicher Einflußnahme der Wähler auf die Entscheidung des Abgeordneten und sei es nur in der Form eines in herzliche Dankbarkeit gekleideten Briefes entsprang nun nicht einer besonderen Furcht Mohls um seine Unabhängigkeit, sondern muß im Kontext der Diskussion um das freie Mandat gesehen werden, die während der Revolution geführt wurde.⁷⁰ Die dauerhafte politische Organisation der Wählerschaft über den Wahltag hinaus brachte es mit sich, daß die Wähler mit der Stimmabgabe nicht jeden politischen Einfluß an den Abgeordneten übertragen wissen wollten. Sie empfanden die erstmals zumeist in allgemeiner und geheimer Wahl bestimmten Parlamentarier als ihre Volksvertreter, die sich als Delegierte an ihren politischen Zielen zu orientieren hatten. In Mißtrauensadressen und seltener in Rücktrittsforderungen an ihren Abgeordneten in Frankfurt gaben sie notfalls ihr Mißfallen an dessen Abstimmungen kund.⁷¹

Auf der Göppinger Versammlung der Volkspartei im Juli 1849 wurde der Anspruch der Wähler, den Abgeordneten abberufen zu können, noch einmal diskutiert. Ludwig Seeger beantragte, »daß die Wähler jedem zu Wählenden die Bedingung des Rücktritts von seiner Abgeordnetenstelle für den Fall stellen sollen, wenn seine Wähler ihm erklären, er habe ihr Vertrauen verloren.«⁷² Er traf damit freilich auf den höflichen Widerspruch des Parteifreundes Moriz Mohl, »da eine solche Bedingung eines Mannes von Ehre nicht würdig sei und da ein gewissenhafter Mann seine Unabhängigkeit in Verfolgung seiner Ueberzeugung als Abg. nach *allen* Seiten wahren müsse.«⁷³

⁶⁸ Der Bote von Aalen vom 4. Mai 1849, Nr. 36.

⁶⁹ Der Bote von Aalen vom 4. Mai 1849, Nr. 36.

⁷⁰ Dazu W. BOLDT, Anfänge der politischen Parteien, 1971, S. 31 ff., für Württemberg ders., Volksvereine, 1970, S. 190 ff. und M. BOTZENHART, Parlamentarismus 1848, 1977, zur Diskussion innerhalb der Linken, S. 76, S. 361.

⁷¹ Moriz Mohls Bruder Robert mußte sich eine solche Mißtrauensadresse durch den Volksverein von Kirchberg gefallen lassen. W. BOLDT, Volksvereine, 1970, S. 190.

⁷² Der Beobachter vom 21. Juli 1849, Nr. 181.

⁷³ Ebd., vgl. W. BOLDT, Volksvereine, 1970, S. 192 f.

Die Göppinger Versammlung erklärte die Frage dann auch zum Gegenstand individueller Vereinbarungen zwischen dem Abgeordneten und dem Wahlkreis. Das Angebot zu einer derartigen Vereinbarung erhielt Mohl wenige Tage später mittelbar durch den Wahlauf Ruf der Demokraten in Aalen, den diese im Amtsblatt veröffentlichten, und der mit dem Satz schloß: »[...] so verlangt von demjenigen, den ihr diesmal wählen wollet, sein Manneswort, daß wenn er das Vertrauen der Mehrzahl seiner Wähler verlieren sollte, er bereit sei, seinen Auftrag in ihre Hände zurückzugeben.«⁷⁴

Moriz Mohl wäre wohl nicht bereit gewesen, die Kandidatur offen an Bedingungen zu knüpfen, wie er nach der Reichsgründung bewies, um einen Sprung von fast fünfundzwanzig Jahren zu machen. Im Dezember 1873 besuchte ihn eine Delegation im Auftrage einer Vertrauensmännerversammlung der Deutschen Partei seines Reichstagswahlbezirkes. Die Delegation eröffnete ihm, daß sie bei der kommenden Reichstagswahl »nicht ohne Selbstüberwindung«⁷⁵ bereit seien, ihn zu unterstützen, da sie einen eigenen Kandidaten nicht durchsetzen könnten und die Wahl eines »Ultramontanen« verhindern wollten. »Sie seyen weit entfernt zu erwarten,« so berichtet Mohl dem Bruder Robert über die Erklärung der Delegation, »daß ich meine Grundsätze ändern werde, sie gehen nur von der Vorausfölgung aus, daß ich, namentlich in meinen Wahlreden, nicht reichsfeindlich auftreten werde. Ich sagte, ich habe von ihrem Schritte gehört und ihn mir natürlich gerade so ausgelegt, daß ich nicht ihr Mann sey, und ihnen nur lieber sey als ein Ultramontaner. Wir alle lachten herzlich über unsere Aufrichtigkeit.« Mohl wußte diese Zumutung pragmatisch zu nehmen: Es liege nicht in seiner Absicht als Don Quichotte gegen Windmühlen, also das Reich, zu kämpfen, er sei im Reichstag lediglich der Ausweitung der Reichskompetenz entgegengetreten. An den in Aussicht genommenen Wahlauf Ruf der Nationalliberalen stellte er nur eine Bedingung: »Ich bitte ihn (Rechtsanwalt Löwenstein, ein Mitglied der Delegation, J.W.) nur darum, daß nichts darin sey, was auch nur entfernt so aussehe, als ob ein Handel mit Grundsätzen stattgefunden habe.«⁷⁶ Die Nationalliberalen hielten sich an diese Abmachung, wie ihr Aufruf vom 2. Januar 1874 zeigt⁷⁷, dem die Überwindung deutlich anzumerken ist, die es sie gekostet hatte, für Mohl zu werben. Auf der anderen Seite erwähnt der Bericht über Mohls Wahlrede in Aalen keine Aussagen zur Gestaltung des Reiches.⁷⁸

Die Unabhängigkeit nach allen Seiten als Teil des Selbstbildes hielt Mohl gegenüber den Wählern ebenso aufrecht wie gegenüber den Parteien und Frak-

⁷⁴ Der Bote von Aalen vom 24.7.1849, Nr. 59 »Wahlsachen. An unsere Mitbürger in Stadt und Amt Aalen.«

⁷⁵ Brief Moriz Mohl an Robert Mohl ohne Datum, Nr. 65, dem Dezember 1873 zuzuordnen.

⁷⁶ Löwenstein schrieb nach der Unterredung an Julius Hölder, Mohl habe in ihre Bedingungen »in aller Form« eingewilligt. NL Hölder, Fasc. 16, Nr. 193, Brief vom 19.12.1873.

⁷⁷ Kocher-Zeitung vom 2.1.1874, Nr. 2, Titelseite. »An die reichstreuen Wähler im XIII. Wahlbezirk.«

⁷⁸ Kocher-Zeitung vom 6.1.1874, Nr. 4.

tionen. In der geschilderten Begebenheit des Jahres 1874 war ihm nicht die Tatsache unangenehm, falsche Freunde zu haben. Allein der Eindruck, daß er für diese Freundschaft einen Preis entrichtet hätte, wäre ihm peinlich gewesen.

Das Dankschreiben Mohls für die Wahl in die zweite verfassungsgebende Landesversammlung 1850 faßt seine Vorstellungen von den Tugenden des Parlamentariers zusammen, die sich in den Wahlschreiben bis zum letzten Wahlkampf 1882 nahezu wortgleich wiederholen werden:

»Mitbürger! [...] Bethätigen kann ich diesen Dank nur auf eine Weise, indem ich mit aller Anstrengung suchen werde, als treuer Vertreter und redlicher Mann für die Rechte und das Wohl des Volkes, ohne alle Rücksicht, ohne Menschengefälligkeit und Menschenfurcht, standhaft zu wirken, was meine schwachen Kräfte irgend vermögen.«⁷⁹

In der Reaktionszeit verdiente Mohls couragiertes und tatsächlich furchtloses Auftreten gegen das Ministerium sicherlich die Anerkennung der Wähler, doch kultivierte er diese Unabhängigkeit vom Staat auch noch im Wahlkampf 1876⁸⁰, als er in der Kammer schon längst rechts von der Regierung stand und für ihn der Staatsanzeiger zur einzig erträglichen Zeitung in Württemberg geworden war.⁸¹ Die parteipolitische Isolierung Mohls in den 1870er Jahren legte es ihm nahe, sich aus dieser selbstgewählten Not heraus noch stärker in die Tugend der Objektivität zu flüchten. Am Ende der parlamentarischen Laufbahn vertrat er eine gänzlich entpolitisierte Auffassung des Abgeordnetenmandates, die dem Ethos des Wissenschaftlers entsprang, der er als junger Mann gewesen war. Der Glaube an die wissenschaftliche Objektivität der Gesetzgebung begleitete ihn zwar durch die gesamte Arbeit als Abgeordneter, doch drängte sich dieser Anspruch mit der Auflösung der parteipolitischen Orientierung Mohls in den 1860er Jahren wieder in den Vordergrund, nachdem die Polarisierung der Revolution und der Reaktionszeit ihn vorübergehend zum Parteipolitiker hatte werden lassen.

Auf seiner letzten Wahlveranstaltung in Aalen 1882 zog der Achtzigjährige in einer dreistündigen Rede die Summe der fast 35jährigen Abgeordnetentätigkeit:

»Den Schluß seines Vortrages bildete die Versicherung seiner rein objektiven Tätigkeit, bei der er weder nach rechts noch links schaue, sondern immer so handle, daß wenn einst Freund Hein seine Visitenkarte bei ihm abgebe, er im Einklagen mit seinem Gewissen sterben könne.«⁸²

Das unpolitische Tugendprogramm des Abgeordneten, das bis in die sechziger Jahre das politische Programm nur ergänzte, rückte in den siebziger und acht-

⁷⁹ Der Bote von Aalen vom 26.2.1850, Nr. 17.

⁸⁰ In seinem Wahlschreiben erinnerte er die Wähler daran, daß er vor 28 Jahren aus dem Staatsdienst geschieden sei, um sich »der Volksvertretung ganz unabhängig widmen zu können.« Die Kocherzeitung vom 18.11.1876, Nr. 138.

⁸¹ Brief Moriz Mohls an Robert Mohl vom 1.6.1875, Nr. 110.

⁸² Die Kocherzeitung vom 11.12.1862, Nr. 147.

ziger Jahren in den Mittelpunkt der Wahlwerbung. In keinem Wahlschreiben fehlt der Hinweis auf die eigene persönliche Redlichkeit und Selbstlosigkeit.⁸³

Mit dieser inneren und äußeren Unabhängigkeit versehen gab sich Mohl »in jeder Frage aufs Aeußerste bestrebt, ohne irgend welche politische, confessionelle oder andere Vorurtheile dem Wohle des allgemeinen und des besonderen Vaterlandes zu dienen«⁸⁴, wie er allen Ernstes den Wählern im Reichstagswahlkampf 1873 erklärte. Die bisherige Darstellung hat genug Beispiele gegeben, daß von diesem Bestreben wenig nach außen getreten ist.

Die Orientierung am Gemeinwohl, an übergeordneten Einheiten ist das dritte Stereotyp, das alle seine Schreiben an die Wähler durchzieht. Das Volk, die Nation, und nach der Reichsgründung das »besondere Vaterland«, sind die Bezugsgrößen, unter die er den Wählern gegenüber sein Handeln als Abgeordneter stellt. Souverän übergeht Mohl in einem Wahlschreiben für die Landtagswahl 1870 den Interessenkonflikt zwischen dem Abgeordneten des Wahlkreises und dem Vertreter des Volkes, indem er beide Adressaten seiner Loyalität unvermittelt nebeneinander stellt:

»Ich darf mit vollem Bewußtsein sagen, daß ich diese 22 Jahre in und außer diesen gesetzgebenden Versammlungen ohne Unterlaß dem Berufe als Ihr Vertreter des allgemeinen Wohls gewidmet, *keine* Anstrengung und kein Opfer dafür scheut, Tag und Nacht darüber gesonnen und dafür gearbeitet habe.«⁸⁵

Mohl erwartete von den Wählern, was er selbst für sich in Anspruch nahm, nämlich ohne Beachtung der persönlichen Interessen für den gesellschaftlichen Fortschritt zu stimmen: in Mohl nicht eigentlich »ihren« Vertreter, sondern den Vertreter des allgemeinen Wohls zu wählen. Die Bürgerschaft der ehemaligen freien Reichsstadt nahm diese Rollenzuweisung an, wie das Volksfest 1862 zeigt, mit dem sie sich gleichsam als Kreuzritter des Fortschritts mit Kanonendonner und Feuer auf der Burg feierten. Mohl stützte diese Identitätsbildung, wenn er 1850 die »freiheitsliebende und vorangeschrittene staatliche Einsicht des Volkes, die es an die Spitze aller deutschen Volksstämme stellt«, lobte.⁸⁶

Das Zitat des Wahlschreibens für die Landtagswahl 1870 nennt mit dem Engagement für den »Beruf« die vierte Kardinaltugend Mohls, mit der er sich stets als Abgeordneter empfahl. Die Vokabel Beruf verwandte er sicherlich noch in der Bedeutung von Berufung, doch verweist der zitierte Satz bereits auf die Elemente seiner Professionalität als Abgeordneter: Nicht nur während der Sitzungszeiten, die in den 1860er Jahren vergleichsweise wenig Zeit in Anspruch nahmen, sondern auch »außer diesen gesetzgebenden Versammlungen« sah er sich in der Lage, für sein Mandat zu arbeiten, und zwar »ohne Unterlaß«,

⁸³ Die Darstellung von H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, führt vor Augen, daß die Korruption von Abgeordneten durch die Regierung über die Zeit hinweg ein probates Mittel der Mehrheitsbeschaffung war. Das Versprechen der Unbestechlichkeit war daher die Antwort auf ein drängendes Problem der parlamentarischen Opposition im württembergischen Konstitutionalismus.

⁸⁴ Kocher-Zeitung vom 30.12.1873, Nr. 152.

⁸⁵ Amts- und Intelligenzblatt vom 1.11.1870, Nr. 134, Hervorhebung im Original.

⁸⁶ Der Bote von Aalen vom 26.2.1850, Nr. 17, Dankbrief Mohls für die Wahl zur 2. LV.

da er ja keine weiteren beruflichen Verpflichtungen hatte.⁸⁷ Der Hinweis auf die Opfer, die er gebracht habe, erinnert wieder daran, daß er in materieller Hinsicht seinen Beruf als Berufung betreiben mußte, da die Einnahmen aus Diäten nicht einmal einen Bruchteil seiner Sachkosten und Spesen deckten, die er für Reisen als Abgeordneter aufwendete.

Die Anhänger im Wahlkreis übernahmen in den Empfehlungen für Mohl dieses Idealbild des Abgeordneten und ergänzten es noch um den steten Hinweis auf die überragenden volkswirtschaftlichen Kenntnisse.⁸⁸ In den 1870er Jahren mußten die inzwischen parteipolitisch orientierten Unterstützer Mohls Wandlung zum vermeintlich unpolitischen Sachwalter des Volkswohls mitvollziehen und stellten daher ebenfalls dessen Vorzüge als Abgeordneter bis zur Selbstverleugnung über das politische Programm. Im Reichstagswahlkampf 1874 warben ein Teil der alten politischen Freunde Mohls aus den 1860er Jahren nun unter dem Dach der »Schwäbische(n) Volkspartei« für ihn:

»Der Werth eines Mannes bemißt sich nicht nach seiner subjektiven Auffassung einer einzelnen Frage, sondern nach seiner Tüchtigkeit im Allgemeinen, seiner Ueberzeugungstreue, seinem Charakter und seinem Willen und Vermögen, unerschütterlich für die Sache, die er vertritt, im gegebenen Falle die des Volks, einzutreten.«⁸⁹

Die Gegner Mohls sahen sich nicht in der Lage, die Übereinstimmung Mohls mit diesem Idealbild des Abgeordneten in Abrede zu stellen. Erst im Landtagswahlkampf des Jahres 1870 wendeten sie die Übererfüllung dieser Tugenden gegen ihn, indem sie ihm vorwarfen, er verzögere durch seine gründlichen Kommissionsberichte die Gesetzgebung zum Schaden des Landes. Darüber hinaus unterstellten sie ihm, er habe über alle Studien die Kenntnis der tatsächlichen Lebensverhältnisse der einfachen Leute verloren.⁹⁰ Diese stereotype Akademikerschelte zeigt, daß Mohl in der Position des idealen Abgeordneten, die er besetzte, nicht angreifbar war.

Nach der Darstellung der ideellen Beziehung zwischen Mohl und seinen Wählern soll der materiellen Seite dieses Verhältnisses nachgegangen werden. Die Wahlkämpfe selbst, die ja einen sehr intensiven bis handgreiflichen Kontakt zu den Bürgern herstellten, sind Gegenstand selbständiger Kapitel. Dieser Abschnitt geht daher der Art und Weise und der Häufigkeit des Kontaktes während der Legislaturperiode nach. Manfred Hörner berichtet für Baden in den 1840er Jahren von Ansätzen einer von Wahlterminen unabhängigen Wahlkreisarbeit mit regelmäßigen Besuchen des Abgeordneten.⁹¹ Moriz Mohl

⁸⁷ Das Kapitel über die Kommissionsarbeiten zeigt, daß wir die Wendung »Tag und Nacht« fast wörtlich nehmen dürfen.

⁸⁸ So im Beobachter vom 7.12.1861, Nr. 287, Amts- und Intelligenzblatt vom 3.3.1868, Nr. 25 dort sogar durch einen Gegner Mohls, Amts- und Intelligenzblatt vom 23.2.1871, Nr. 22.

⁸⁹ Kocher-Zeitung vom 3.1.1874, Nr. 3, Titelseite. Hervorhebungen im Original.

⁹⁰ Amts- und Intelligenz-Blatt vom 19.11.1870, Nr. 142, »Zur Abgeordneten-Wahl. Ein Wahl-Mann.«

⁹¹ M. HÖRNER, 1987, S. 403.

besuchte seinen Wahlkreis mit wenigen Ausnahmen nur vor den Wahlen, wie er selbst dem Bruder Robert vor dem Landtagswahlkampf 1868 schrieb:

»Und da ich seit meiner letzten Wahlreise vor 6 Jahren den Bezirk nicht bereist habe, und es doch nicht mehr als billig ist, daß die Leute ihren Abgeordneten wenigstens alle 6 Jahre einmal sehen und hören, so kann ich es nicht vermeiden, diese Reise zu machen. Wozu ganz wesentlich kommt, daß die Presse beinahe durchgängig mir entgegen ist, [...] so daß es eigentlich Gottes Wunder ist, wenn ich noch lebe und ich es wesentlich der langen persönlichen Bekanntschaft der Leute und meiner Freunde im Bezirke (von welchen aber die besten alle todt oder nicht mehr im Bezirke sind) und dem verdanke, daß ich den Leuten meine Drucksachen schicke und wenigstens alle 6 Jahre meine Ansichten persönlich vortrage.«⁹²

Auch für die Legislaturperiode von 1855 bis 1862 wissen wir nur von einem zweitägigen Besuch Mohls in Aalen im Jahr 1857, bei dem er Material für einen Kommissionsbericht sammelte.⁹³ Erst 1870 nutzte er das neue Kommunikationsmittel der Eisenbahn, um einige Wochen vor der Wahl sich in Aalen über den Wahlkampf mit seinen Freunden vorab zu besprechen.⁹⁴

Das Bild der eigenen Unabhängigkeit spiegelt sich auch in der Richtung der Kommunikation zwischen Abgeordnetem und Wählern wider, die Mohl als Einbahnstraße schildert. Er unternahm keine in den verbliebenen Quellen erkennbare Anstrengung, sich bei den Bürgern, die er repräsentieren sollte, über deren Wünsche zu unterrichten, wie dies beispielsweise für die badischen Abgeordneten des Vormärz bereits üblich war.⁹⁵ Allein der lästige Wahlakt, so ist man aus der Position Mohls versucht zu schreiben, brachte es mit sich, daß er seine »Ansichten« in regelmäßigen, aber weiten Abständen den Wählern zur Disposition, keinesfalls jedoch zur Diskussion stellen mußte, wie er selbst in der für den Großdeutschen prekären Lage Ende des Jahres 1870 trotzig beton- te:

»Ich wiederholte auch meinen Freunden bei diesem Anlaß⁹⁶ schriftlich und mündlich, daß ich mir keine Art von Bedingungen stellen lasse, daß ich als ein Mann von Ehre und Gewissen bloß meine Überzeugung aussprechen und nach dieser handeln werde. Ich sage wegen einer Wahl kein Wort, das nicht meine Ansicht sei.«⁹⁷

⁹² Brief Moriz Mohls an Robert Mohl vom 8.6.1868, Nr. 205. Robert Mohl bereiste dagegen als württembergischer Landtagsabgeordneter Mitte der 1840er Jahre zwischen den Sessionen den Wahlkreis, »um mich über die amtlichen Wünsche zu unterrichten. Der Besuch lief sehr gut ab; nur war das in jedem neuen Orte sich wiederholende Essen und Trinken eine harte Aufgabe für mich, der ich in beidem nicht stark war. An demselben Tage mußte ich z. B. von morgens zehn bis nachts zehn fünfmal Sauerkraut mit Schweinefleisch essen und dazu trinken, was nur möglich war.« R. v. MOHL, Lebenserinnerungen, 1902, Bd. II, S. 12 f.

⁹³ Brief Moriz Mohls an Robert Mohl vom 27.10.1857, Nr. 276.

⁹⁴ Brief Moriz Mohls an Julius Mohl vom 20.11.1870, Nr. 28.

⁹⁵ Vgl. M. HÖRNER, 1987, S. 236.

⁹⁶ Die oben erwähnte Vorbesprechung des Wahlkampfes.

⁹⁷ Brief Moriz Mohls an Julius Mohl vom 20.11.1870.

Auch die beiden Medien Presse und Drucksachen, mit denen er für die Präsenz seiner Positionen im Wahlkreis sorgte, sind durch diese Einseitigkeit gekennzeichnet. Der Versand der von ihm verfaßten Drucksachen und Broschüren an die Honoratioren des Wahlkreises konnte mit bis zu 100 Stück ansehnliche Dimensionen erreichen.⁹⁸ Die politischen Freunde konnten sich so zumindest einen Eindruck vom Fleiß ihres Abgeordneten machen, wie die Aufnahme seiner Arbeiten bei dem Aalener Demokraten G. Hailer⁹⁹ 1861 zeigt: »Für ihre gütige Übersendung von Berichten pp. unseren herzlichsten Dank, Ihr Referat über das Culturgesetz ist eine Riesenarbeit, ich fand noch nicht die Zeit, es ganz zu lesen.«¹⁰⁰

Neben den Wahlkämpfen, der Presse und den eigenen literarischen Erzeugnissen nennt Mohl selbst die politischen Freunde als wichtiges Bindeglied zum Wahlkreis. Die Identität dieser Freunde und damit auch Art und Häufigkeit des Kontaktes hat in den Quellen kaum Spuren hinterlassen. Das Kapitel über das Aalener Vereins- und Parteiwesen wird eine große Zahl der politisch und gesellschaftlich aktiven Aalener Bürger mit Namen, Beruf und den Funktionen, die sie ausübten, vorstellen. Jedoch gelingt nur für sehr wenige dieser Honoratioren der Nachweis, daß sie zu Mohl in einem freundschaftlichen oder doch zumindest engeren Kontakt standen. Für die Revolutionszeit ist hier Diakon Bauer zu nennen, der uns als Wahlhelfer Mohls und dessen Stellvertreter für die Nationalversammlung bereits begegnet ist. Seit 1852 vertiefte sich die Freundschaft zum Aalener Amtsarzt Dr. Christlieb, der Mitglied des Volksvereins gewesen war und Mohl ebenfalls im Wahlkampf unterstützte.¹⁰¹ Dr. Christlieb wanderte Ende der 1850er Jahre aus. Im Wahlkampf 1862 stand Schultheiß Bäuerle, der in der Revolution die liberal-konservative Opposition gegen Mohl organisiert hatte, an dessen Seite. Der Streit in der Nationalen Frage trennte die beiden wieder und 1868 kandidierte Bäuerle gegen Mohl für den Landtag. Seit 1868 war der Unternehmer und Zimmermeister Moriz Bertrandt, der bereits 1851 einen Wahlauf Ruf der Volkspartei zur Bürgerausschußwahl unterzeichnete, »treuester Freund«¹⁰² Mohls im Wahlkreis. Die politischen Weggefährten Mohls im Wahlkreis waren Veteranen der Revolution von 1848. Umzug und Tod sowie politische Zerwürfnisse verursachten über die lange Abgeordnetenzeit Mohls hinweg Verluste, die ihn immer wieder unsicher über die Situation und die Unterstützung im Wahlkreis werden ließen. Noch kurz vor dem

⁹⁸ Brief Moriz Mohls an Robert Mohl vom 24.9.1875, Nr. 116. Brief Moriz Mohls an den Stadtschultheißen von Aalen vom 11. Juni 1882, Stadtarchiv Aalen ohne Signatur.

⁹⁹ Hailer sammelte 1852 (Der Bote, 1852, Nr. 96) für Schoders Ehrenkmal und betrieb 1854 im Ausschuß der Bürgergesellschaft Dreikönig (Der Bote, 1854, Nr. 90) die Agitation gegen die Gemeindeordnung.

¹⁰⁰ Brief G. Hailers an Mohl vom 18.5.1861, LB Cod. hist 4° 742, Fasz. 5, Umschlag Remstalbahn. Am 14.3.1861 hatte Hailer Mohl für die Übersendung eines Exemplars des württembergisch-bayerischen Staatsvertrages vom 21.2.1861 über die Eisenbahnverbindung Ulm-Nördlingen, die durch Aalen führen sollte, gedankt: »Ich ließ ihn gleich schnell circulieren und es ist Ihnen Alles für diese Aufmerksamkeit verbunden.« Ebd.

¹⁰¹ Brief Moriz Mohls an Julius Mohl vom 4.1.1862.

¹⁰² Briefe Moriz Mohls an Julius Mohl vom 8.1.1871 und 11.9.1871.

furiosen Wahlkampf 1862 zweifelte er dem Bruder Julius gegenüber an der Zuverlässigkeit der Unterstützung durch seine Anhänger.¹⁰³ Eine Versammlung der Volkspartei Ende Dezember 1866 im Oberamt Aalen, die Mohl als »Einfall in meinen Wahlbezirk« empfand, mußte er ohne jede Reaktion hinnehmen, wie er dem Bruder Robert resignierend klagte, da er keine Zeitung auf seiner Seite habe. Die Wirkung der Versammlung im Wahlkreis könne er nicht einschätzen:

»Ich habe leider meine besten Freunde in Aalen durch den Tod und den Wegzug verloren und weis daher nicht mehr recht, wie es steht. Dies Alles hat natürlich gar keinen Einfluß auf meine Haltung. Nach Aalen zu reisen und über ungelegte Eier zu reden, conveniert mir auch nicht, und würde dem Beobachter Gesindel wieder Wasser auf die Mühle geben.«¹⁰⁴

Auch hier erweist sich Mohl wieder als Souverän des eigenen Gewissens, der in der beginnenden politischen Organisation nichts anderes als die Intrige einer kleinen Clique sehen konnte.

Mohl gab sich stets die größte Mühe, in der Öffentlichkeit nicht als Interessenvertreter des Wahlkreises in Anspruch genommen zu werden.¹⁰⁵ Gegenüber einzelnen Bürgern übernahm er dagegen durchaus die Rolle des Fürsprechers und Patrons. So rettete er nach eigener Auskunft den Schultheißen Bäuerle und den Unternehmer Moriz Bertrand durch Intervention bei der Eisenbahnverwaltung vor dem Bankrott, nachdem diese wegen verspäteter Leistungslieferung für den Eisenbahnbau mit Konventionalstrafen bedroht worden waren.¹⁰⁶ Der Sohn des Aalener Stadtschultheißen Österlein wurde im Krieg 1866 durch die Intervention Mohls in den Garnisionsdienst versetzt.¹⁰⁷ Der Aalener Demokrat Hailer wandte sich in dem bereits zitierten Brief vom Mai 1861 unmittelbar nach dem Dank für die Drucksachen mit der Bitte an Mohl, sich doch bei einigen namentlich genannten Prälaten, die er in der Kammer treffe, dafür einzusetzen, daß sein Bruder eine nahegelegene vakante Pfarrstelle erhalte. In seiner Eigenschaft als Abgeordneter des Bezirks erhielt Mohl im August 1868 eine Petition der staatlichen Hüttenarbeiter aus Aalen und Wasseralfingen um Lohnerhöhung, die er für diese beim Landtag befördern sollte.¹⁰⁸

Eine weitere Form des Kontaktes mit dem Wahlkreis, dessen Spuren sich in dem nach Sachgebieten geordneten Nachlaß Mohls finden, ergab sich aus dessen Recherchen für die Kommissionsarbeiten. Mohl forderte dabei immer wieder Auskünfte und Material von den jeweils Betroffenen auch aus dem eigenen Wahlkreis an. Im Zuge der Arbeiten für die Berichte über den Eisen-

¹⁰³ »Auf die Thätigkeit meiner Freunde baue ich nicht übertrieben viel, seit der Doktor Christlieb ausgewandert ist«, Brief Moriz Mohls an Julius Mohl vom 4.1.1862.

¹⁰⁴ Brief Moriz Mohls an Robert Mohl vom 14.12.1866.

¹⁰⁵ Vgl. die heftige Reaktion Mohls in der 208. Sitzung am 19.5.1874 auf den Vorwurf des Abgeordneten v. Ow, er habe in Eisenbahnfragen für den Wahlkreis Aalen »gut gesorgt« (S. 5 395).

¹⁰⁶ Briefe Moriz Mohls an Robert Mohl vom 22.11.1870, Nr. 263, und an Julius Mohl vom 24.11.1870, Nr. 29 und 8.1.1871, Nr. 2.

¹⁰⁷ Brief Moriz Mohls an Julius Mohl vom 24.11.1870, Nr. 29.

¹⁰⁸ Eine Gesprächsnotiz Mohls über den Besuch der Arbeiter in LB, Cod. hist 4° 742, Fasz. 7, Umschlag »Hüttenwerke«, Einschlag »Arbeitslohn der Bergleute zu Aalen und Wasseralfingen 1861«.

bahnbau erhielt Mohl wiederholt Briefe der Hüttenverwaltung Königsbronn, die über das Transportvolumen der Werke unterrichteten.¹⁰⁹ Auch die Briefe von G. Hailer vom März und Mai 1861 haben sich im Nachlaß erhalten, weil sie Daten über das Aalener Gewerbe im Zusammenhang mit dem Eisenbahnbau enthielten.¹¹⁰ Für den Kommissionsbericht zur Reform des württembergischen Steuersystems, die die Landwirtschaft zu Ungunsten des Gewerbes entlasten sollte, bat Mohl auch Unternehmer aus dem Oberamt Aalen um Auskunft über ihre tatsächliche Belastung durch die verschiedenen Steuern und Abgaben.¹¹¹

In den Arbeitsunterlagen bilden die Briefe aus Aalen keinen Schwerpunkt und liegen unter einer Vielzahl gleichartiger Schreiben aus allen Teilen Württembergs. Aus der Perspektive der Wähler konnten die Anfragen Mohls durchaus einen besonderen Einsatz für die Belange des Wahlbezirks signalisieren und so ein Gefühl der Verbundenheit stiften, das Mohl in seiner öffentlichen Repräsentation gerade auf dem Gebiet der ökonomischen Interessen peinlich vermied. Vielleicht schuf Mohl damit ein Gegengewicht zu seiner schroffen Autonomie des Gewissens, die sich zumindest nach außen hin den Wünschen der Wähler als unzugänglich darbot. In der Praxis der Abgeordnetenarbeit erlebten die Wähler ihren Abgeordneten in weitaus größerem Maße als Vertreter der Wahlkreisinteressen, als dies dem Selbstbild Mohls entsprach. Es muß nur kurz an den Einsatz für die Hüttenwerke, den Eisenbahnbau¹¹² und den Kampf gegen Nachtragsentschädigung des Adels erinnert werden. Die Selbstinszenierung Mohls als idealer Abgeordneter des ganzen Landes und seine Wahrnehmung im Wahlkreis traten wohl weit auseinander. Die Bewohner des Oberamtes Aalen hatten keine Veranlassung, aus ökonomischen Motiven über den Konflikt zwischen Wahlkreisabgeordnetem und Volksvertreter nachzudenken und sich an den hehren Ansprüchen Mohls zu reiben.

3. Die Vereine und politischen Parteien in Aalen 1851–1870

Das rauschende Siegesfest nach der Landtagswahl 1862 wirft ein Schlaglicht auf die Aalener Vereine, die der außerordentlichen politischen Mobilisierung der Bürgerschaft den organisatorischen Unterbau gaben, wie die Ausrichtung des

¹⁰⁹ LB Cod. hist 4° 742, Fasz. 5, Umschlag 21, Hüttenverwaltung Königsbronn, 23.5.1861 und 742, Fasz. 3, Umschlag 10, Hüttenverwaltung Königsbronn, 22.5.1861, dort auch ein Brief des Hüttenverwalters Eduard an Mohl (»Hochgeehrter Herr und Freund!«) vom 13.3.1865 über die Menge des transportierten Bohnerzes.

¹¹⁰ Hailer bediente sich bei der Beantwortung der Hilfe »von unserem Freund Arnold«, der im April 1848 den Aufruf für eine Volksversammlung in Abtsgmünd und im Juli 1851 einen Kommunalwahlauftrag der Volkspartei unterzeichnete. Der Bote von Aalen, 1848, Nr. 30 und 1851, Nr. 57.

¹¹¹ LB Cod. hist 4° 742, Fasz. 10, Umschlag 4, Briefe der Färberei Leonhardt Fürgang, Aalen, 14.11.1869, Bericht und Steuererklärung von J.M. Simon, Drahtstiftfabrikant Aalen, ebenso von den Eisen- und Drathwerken Erlau vom 15.11.1869.

¹¹² G.Hailer schrieb in seinem Brief vom 14.3.1861 im Zusammenhang der Verbindung Heidenheims mit Aalen: »Die Heidenheimer sind jetzt ganz glücklich über ihre zukünftigen Eisenbahnaussichten wissend, daß Sie Ihnen das Meiste zu verdanken haben.«

Volksfestes durch die Bürgergesellschaften, den Gesangsverein und die Schützengesellschaft zeigt. Diese kryptopolitische Funktion, die das Vereinswesen vor der Etablierung organisierter Parteien übernahm, legt es nahe, sich auf der Suche nach dem Rückhalt, den Mohl für seine Wahlkämpfe immer wieder gewinnen konnte, den gesellschaftlichen Institutionen zuzuwenden und zu prüfen, welchen Einfluß die Liberalen und Demokraten dort besaßen.

Das Kapitel muß sich aus drei Gründen von der Biographie Moriz Mohls ablösen:

1. Die Bedeutung des städtischen Vereinswesens für die Organisation der kommunalen wie der überregionalen politischen Interessen wird in der Forschung immer wieder betont¹¹³, konkrete, personengeschichtliche Nachweise dieser politisch aktiven Honoratiorennetze im städtischen gesellschaftlichen Leben sind jedoch noch ein Desiderat der Forschung.¹¹⁴ Die günstige Quellenlage erlaubt es, in einer Mikrostudie dieser Verflechtung des politisch engagierten Bürgertums in einer gewerblich geprägten Kleinstadt nachzugehen und detailliert zu belegen. Das für den Untersuchungszeitraum erhaltene Amtsblatt bietet mit den Vereinsinseraten zum einen die Namen der Vorstände und zum anderen die Namen der Unterstützer Mohls in den Wahlkämpfen. Die staatliche Beobachtung des Vereinswesens in der Reaktionszeit hinterließ in den Akten der Mittelbehörden die Mitgliederlisten einer Reihe von Aalener Vereinen. Die Identität und die soziale Lage kann mit den Einträgen im Gewerbesteuerkataster der Stadt Aalen geklärt werden.¹¹⁵

2. Das Kapitel über das Verhältnis Mohls zu seinem Wahlkreis machte deutlich, daß persönliche Briefe, die einen kontinuierlichen Kontakt zu den Mitgliedern der Aalener Führungsschicht belegen könnten, sich kaum erhalten haben. Die Untersuchung über das politische Leben in Aalen muß daher gleichsam parallel zur Biographie geführt werden, da sich die geschilderten Personen und Ereignisse aus dem genannten Grund selten mit der Person Mohls verknüpfen lassen.

3. Die vorkommenden und politischen Organisationen des Wahlkreises, wie sie im folgenden Kapitel zutage treten, sind dennoch ein zentrales Element in der Strukturanalyse der Abgeordnetenarbeit. Die Unterstützung, die Mohl in den Wahlkämpfen erfuhr, wie die Gegnerschaft, die ihm aus den sich bildenden politischen Parteien erwuchs, sind in ihrer Reichweite nicht zu erfassen, wenn die Frage nach der Verankerung ihrer Träger im gesellschaftlichen Leben der Stadt unbeantwortet bliebe.

Das Kapitel gliedert sich in zwei Teile. Der erste Teil behandelt die »geselligen« Vereine in der Reaktionszeit und den 1860er Jahren. Der zweite Teil wendet sich den Trägern und Organisationsformen des politischen Lebens in

¹¹³ Vgl. K. TENFELDE, Die Entfaltung des Vereinswesens, 1984, S. 96; T. MAENTEL, 1993, S. 299.

¹¹⁴ Vgl. K. TENFELDE, Kommentar, 1993, S. 329.

¹¹⁵ Stadtarchiv Aalen, B 204. Das Kataster enthält neben der Steuerhöhe das Datum der Betriebsaufnahme und Betriebsaufgabe, soweit es in den Zeitraum von 1848–1874 fällt. Väter und Söhne, sowie sonstige Träger des gleichen Namens mit dem gleichen Beruf, konnten damit erkannt werden.

Aalen zu, an dessen Ende die Gründung der Ortsvereine der Deutschen Partei und der Volkspartei 1870 stand.

Am 29.12.1851 wies Innenminister Linden in einem Ministerialerlaß die Oberämter an, »von sämtlichen politischen Vereinen die Statuten einzufordern und solche *umgehend* anher einzusenden«. ¹¹⁶ Der Aalener Oberamtmann Burger interpretierte seinen obersten Dienstherren richtig und verlangte von den Schultheißen Auskunft über die »im Bezirke noch bestehenden politischen und sonstigen Vereine (Volkvereine, Turnvereine, Schützengesellschaften)«. Dieser Inventur verdanken wir eine Anfangsbilanz des Vereinswesens des Oberamtsbezirkes Aalen zu Beginn der Reaktionszeit. Der Verein war ein stadtbürgerliches Phänomen, das zeigt auch das Ergebnis der behördlichen Umfrage. Nur in zwei dörflichen Gemeinden fanden sich als einzige Vereine Schützengesellschaften. ¹¹⁷ Wasseraltingen, das sich durch seine Größe und die Hüttenwerke von den ländlichen Gemeinden abhob, verfügte über eine Schützengesellschaft und einen Turnverein, der erst 1850 gegründet worden war. Der 1854 erschienene Oberamtsbeschreibung ist zu entnehmen, daß »in neuerer Zeit« drei Landgemeinden Liederkränze gebildet hatten. ¹¹⁸

Da Unterstützer wie Gegner Mohls aus den Landgemeinden in den folgenden Jahrzehnten kaum namhaft gemacht werden können, konzentriert sich die folgende Darstellung auf die Vereine der Oberamtsstadt. ¹¹⁹ Für Aalen konnte der Oberamtmann den Landwirtschaftlichen Bezirksverein, den Bezirksarmenverein, den Gewerbeverein, den Turnverein, zwei Schützengesellschaften und den Volksverein melden. Der Gewerbeverein bestand Ende des Jahres 1851 wohl nur noch dem Namen nach, da dessen Vorsitzender Weberling, der im Frühjahr noch gegen Mohl kandidiert hatte, kurz zuvor verstorben war.

Die beiden Bezirksvereine und die Schützengesellschaften hinterließen in den Quellen keine Spuren, die für unsere Fragestellung Aufschluß bieten. ¹²⁰

Der Aalener Volksverein, der im Wahlkampf 1851 noch als vitaler Ortsverein der Volkspartei in Erscheinung trat, bestand Anfang Januar 1852 »nur mehr

¹¹⁶ Schreiben des Innenministeriums vom 29.12.1851, STALB, F 151, Bü 94, Umschlag 5, Hervorhebung im Original.

¹¹⁷ In Essingen und Unterkochen, das Ergebnis der Umfrage notierte der Oberamtmann gleich auf dem Ministerialerlaß selbst, STALB, F 151, Bü 94, Umschlag 5.

¹¹⁸ Beschreibung des Oberamts Aalen, S. 54.

¹¹⁹ Die Absenz in den Quellen läßt auch auf den tatsächlichen Einfluß der Landgemeinden auf das politische Leben des Oberamtes schließen. Die Kandidatenkür blieb bis zum Auftreten des Zentrums Anfang der 1870er Jahre ein Monopol des in Vereinen dicht organisierten Stadtbürgertums.

¹²⁰ Für den Bezirksarmenverein ist dies bedauerlich. D. LANGEWIESCHE, Liberalismus und Demokratie, 1974, S. 234 f., hat herausgearbeitet, daß Liberale und Demokraten in den ersten Jahren der Reaktion getrennte caritative Vereine gründeten, die in ihrer Organisationsstruktur den jeweiligen Aufbau der politischen Organisation der Revolutionszeit widerspiegeln. Die Wohltätigkeitsvereine zogen das besondere Engagement der Liberalen auf sich, die hier die Zusammenarbeit der Revolutionszeit mit konservativen Gruppen fortführten. Über den Bezirksarmenverein hätte man sich unter Umständen dem liberal-konservativen Teil der Aalener Bürgerschaft nähern können, der durch die Gewohnheit, in den Wahlkämpfen anonym zu bleiben, verborgen bleibt.

dem Namen nach¹²¹, wie der Oberamtmann dem Innenministerium mitteilte. Diese Meldung scheint die Auffassung der Forschung zu bestätigen, daß nach der Reutlinger Pfingstversammlung 1849 ein dramatischer Verfall der Volksvereine einsetzte, der den Vollzug des Verbotes der Vereine durch Innenminister Linden im Februar 1852 gleichsam zur Formsache werden ließ.¹²² Das umfangreiche Protokoll, das der Oberamtmann über die Auflösung des Aalener Volksvereins am 9. Februar 1852 anfertigte¹²³, bestätigt vorderhand diesen Befund.

Der Oberamtmann lud den Vorsitzenden des Volksvereins, den Wirt der Gaststätte »Harmonie« Weihreter vor, und nahm ihn über den Verein, seine Mitglieder, den Vorstand und die Kontakte zu anderen Vereinen ins Verhör. Auf die Frage: »Besteht hier ein Volksverein!«, antwortete Weihreter: »Ja es bestand früher ein solcher, er hat sich aber seit längerer Zeit thatsächlich aufgelöst. Es ist schon über ein Jahr keine Versammlung mehr gehalten worden.«¹²⁴

Das war gelogen und der Oberamtmann konnte das auch wissen. Die letzte überregionale Versammlung der Volksvereine von Göppingen, Gmünd und Aalen, deren Einladung im Amtsblatt am 4.7.1851 öffentlich bekannt gegeben worden war, lag gerade einmal ein halbes Jahr zurück. Wenige Wochen später stellten die Demokraten eine eigene Liste für die Ergänzungswahl zum Bürgerausschuß auf, wobei sie der Liste im Amtsblatt einen Artikel aus dem Neckar-Dampfschiff, einer demokratischen Zeitung aus Heilbronn, voranstellten, in dem die Parteifreunde zur aktiven Teilnahme an den Wahlen der Gemeindebehörden aufgefordert wurden.¹²⁵ Am 18.11.1851 annoncierte der Vorstand des Volksvereins den Beginn einer Reihe historischer Vorträge des Ellwanger Kaplans Pfahler, die ab dem 18.11.1851 vierzehntägig bis zum 13.4.1852 in der Gaststätte »Harmonie« stattfanden.¹²⁶ Die Einladung für den Vortrag am 2.12. wurde noch vom Volksverein ausgesprochen, seit dem 12.12.1851¹²⁷ begnügte sich der Vorstand mit der anonymen Ankündigung.

An die Namen der noch verbliebenen Mitglieder wollte sich Weihreter nicht erinnern: Er »weis keinen einzelnen mehr zu nennen, der sich als Vereinsmitglied betrachtet.«¹²⁸ Im Folgenden fallen doch noch einige Namen insbesondere die der Vorstandsmitglieder, deren größeren Teil der Amtmann jedoch auch im Mai 1849¹²⁹ dem Amtsblatt hätte entnehmen können. Die Verfallsgeschichte des Volksvereins, die der Wirt dem Oberamtmann auftischte, erscheint angesichts der engagierten Wahlkämpfe für Mohl und der regelmäßigen Zusammenkünfte bei den Vorträgen in der »Harmonie«, die noch Monate über das Verhör

¹²¹ STALB, F 151, Bü 94, Umschlag 5, A.a. O.

¹²² W. BOLDT, *Volksvereine*, 1970; für das Verbot vgl. D. LANGEWIESCHE, *Liberalismus und Demokratie*, 1974, S. 262 Anm. 4.

¹²³ STALB, F 151, Bü 94, Umschlag 5.

¹²⁴ Ebd.

¹²⁵ *Der Bote von Aalen* vom 18.7.1851, Nr. 57.

¹²⁶ *Der Bote von Aalen* vom 18.11.1851, Nr. 92.

¹²⁷ *Der Bote von Aalen* vom 12.12.1851, Nr. 99.

¹²⁸ STALB, F 151, Bü 94, Umschlag 5.

¹²⁹ *Der Bote von Aalen* vom 8.5.1849, Nr. 37.

hinaus gehalten wurden, zu finster gezeichnet: »Seit mehreren Jahren ist die Sache aber nicht mehr recht im Gange [...].«¹³⁰

Es ist schwer vorstellbar, daß der Oberamtmann keine Notiz von der immer noch regen Aktivität des Volksvereins genommen hatte. Ob der Oberamtmann und Wehreter vor der Aufnahme des Protokolls ein Gentlemens Agreement getroffen haben, um sich weiteren Ärger mit dem Ministerium zu ersparen, darf dahingestellt bleiben. Die These Werner Boldts vom raschen Verfall der führunglosen Volksvereine wird durch diesen Befund nicht grundlegend in Frage gestellt¹³¹, da ja auch der Aalener Volksverein aus der Perspektive der Reichsverfassungskampagne zu einer kleinen Gruppe von vielleicht 10 Demokraten zusammenschmolz¹³², die nur noch unorganisierte Kontakte zu den Parteifreunden im Land hielt. Allein die Vorstellung vom Verlauf dieser Erosion könnte durch weitere Lokalstudien erheblich modifiziert werden. Die Aalener Demokraten erwiesen sich über die erste Landtagswahl der Reaktionszeit hinaus als politische Partei handlungsfähig, da sie bei den Kommunalwahlen mit dem Bezug auf die Fraktion der Volkspartei kandidierten, durch ihre Einladungen um neue Mitglieder warben und mit den Vortragsabenden zur politischen Willensbildung beitrugen. Der Volksverein Aalen wich jedoch dem Druck der staatlichen Reaktion bereits vor dem offiziellen Verbot aus, wie die Anonymisierung der Vortragsreihe im Dezember 1851 nahelegt. Die Aalener Demokraten gingen in den Untergrund des kryptopolitischen Vereinswesens.

Parallel zum Abtauchen des Volksvereins zu Jahresbeginn 1852 intensivierten sich die Sitzungen des demokratisch dominierten Turnvereins.¹³³ Bereits wenige Wochen nach seinem Amtsantritt verlangte Innenminister Linden in einem Ministerialerlaß vom 29.7.1850 »wegen erwiesener politischer Betätigung der Vereine« von den Oberämtern genaue Auskunft über die Vorstände und die Mitglieder der Turnvereine.¹³⁴ Die Antwort des Oberamtmannes, daß über den Aalener Turnverein nichts Einschlägiges bekannt sei, ist angesichts der Meldungen über den Volksverein mit Vorsicht zu werten.

Der Verein blieb jedoch weiterhin dem Druck der Reaktion ausgesetzt. Im Februar 1854 erreichte der Turnverein Aalen noch einmal durch eine Denunziation die Aufmerksamkeit des Innenministers.¹³⁵ Die Nachforschung des Oberamtmannes beim Stadtschultheißen vom 16.2.1854¹³⁶ ergaben jedoch wiederum keine Hinweise auf eine politische Betätigung. In der Neuen Ära durfte sich die nationale Motivation der Turner auch wieder nach außen zeigen. Der Vorstand des Turnvereins Haas warb im Mai 1861 um den Beitritt, »da die Ertüchtigung

¹³⁰ STALB, F 151, Bü 94, Umschlag 5.

¹³¹ So nennt W. BOLDT, *Volksvereine*, 1970, S. 74, den Aalener Volksverein nicht in der Liste der zehn zum Zeitpunkt des Verbotes noch bestehenden demokratischen Volksvereine.

¹³² Diese Zahl nennt Wehreter, STALB, F 151, Bü 94, Umschlag 5.

¹³³ Der Bote von Aalen vom 13.2.1849, Nr. 13; Der Verkündiger vom 9.1.1852, Nr. 3.

¹³⁴ STALB, F 151, Bü 94, Umschlag 8 »Turnverein Aalen 1847–55«.

¹³⁵ Schreiben Lindens an das Oberamt vom 4.2.1854, STALB, F 151 Bü 94, Umschlag 8. Zu diesem Vorgang auch D. LANGEWIESCHE, *Liberalismus und Demokratie*, 1974, S. 263

¹³⁶ STALB, F 151, Bü 94, Umschlag 8.

der Jugend« ein wichtiger Beitrag zur »Wehrhaftigkeit bei den sich andrängenden Gefahren von außen« sei. Gleichzeitig kündigte er Schießübungen an.¹³⁷

Anders als beim Turnverein, für dessen kryptopolitische Funktion nur Indizien sprechen, gelingt für eine Honoratiorengesellschaft, die sich in der Gaststätte »Harmonie« versammelte, der Nachweis, daß sich in ihr die demokratischen und die liberalen Aktivisten von Rang und Namen trafen. Ein Antrag für die Verkürzung der Sperrstunde an das Oberamt vom 14. Dezember 1854¹³⁸, den der enge Freund Mohls Dr. Christlieb¹³⁹ unterzeichnete, führt die Mitglieder einzeln auf: Neben dem Harmoniewirt Weihreter findet sich der Werkmeister Moriz Bertrand, Hauptmann der Bürgerwehr 1850¹⁴⁰ und Mohls Vertrauter in den Wahlkämpfen seit 1868, in Gesellschaft mit dem ehemaligen provisorischen Kommandanten der Bürgerwehr Rittmeister Wagner, der in einem Flugblatt im Juni 1849 der Reichsregentschaft die Gefolgschaft versprach.¹⁴¹ Leonhart Fürgang, Schönfärber, unterzeichnete 1848 eine Einladung zu einer Volksversammlung in Abstmünd und 1871 den Wahlauf Ruf für Mohls Reichstagskandidatur, der in demokratischem Tenor gehalten war.¹⁴² Apotheker Christian Gustav Winter inserierte gemeinsam mit Bertrand und dem Fabrikanten Egelhaaf die Wahlkampfreise Mohls zur Landtagswahl 1870.¹⁴³ Kaufmann Christoph Lietzenmayer, Verwaltungsrat der Bürgerwehr¹⁴⁴, legte 1849 eine Vertrauensliste für das liberale Ministerium Römer zur Unterschrift in seinem Laden auf¹⁴⁵ und unterstützte Mohl im bereits genannten Aufruf zur Reichstagswahl 1871. Leonhard Arnold, Zeugmacher, kandidierte ebenso 1851 auf der Liste der Demokraten für den Bürgerausschuß wie der Kaufmann Christian Krauß.¹⁴⁶ Kaufmann Fürgang warb 1849 ebenfalls für die Vertrauensadresse an Römer. Von den zwanzig Mitgliedern der Bürgergesellschaft sind somit zehn als Demokraten, Liberale oder doch zumindest als Wahlhelfer Mohls identifizierbar, wobei die Demokraten ein deutliches Übergewicht haben. Sicherlich bietet die Unterstützung Mohls Ende der 1860er Jahre keine Gewähr mehr für eine demokratische Gesinnung und darüber hinaus mag die Rückprojektion der politischen Einstellung um 15 Jahre problematisch sein. Für die Frage nach dem Rückhalt Mohls ist die Namensliste in jedem Fall außerordentlich aufschlußreich.¹⁴⁷

¹³⁷ Amts- und Intelligenzblatt vom 17.5.1861, Nr. 40.

¹³⁸ STALB, F 151, Bü 94, Umschlag 8.

¹³⁹ Dr. Christlieb, auch Arzt der Bürgerwehr 1848, Stadtarchiv Aalen, A 237, war für kurze Zeit Mitglied des geschäftsführenden Ausschusses des Bezirksvolksvereins, Der Bote von Aalen vom 8.5.1849, Nr. 37.

¹⁴⁰ Stadtarchiv Aalen, A 237.

¹⁴¹ STALB, F 151, Bü 199.

¹⁴² Der Bote von Aalen vom 14.4.1848, Nr. 30 und Amts- und Intelligenzblatt vom 23.2.1871, Nr. 22.

¹⁴³ Amts- und Intelligenzblatt vom 19.11.1870, Nr. 142.

¹⁴⁴ Stadtarchiv Aalen, A 237.

¹⁴⁵ Der Bote von Aalen vom 9.3.1849, Nr. 20.

¹⁴⁶ Der Bote von Aalen vom 18.7.1851, Nr. 57.

¹⁴⁷ Eine Reihe von Namen der Mitglieder der Bürgergesellschaft wiederholt sich in den Unterschriften des Stadtrates, der auf dem Antrag seine Genehmigung notiert hat. Da die Wahlprotokolle des

Dr. Christlieb mußte beteuern, daß die Gesellschaft keine politischen Ziele verfolge: »Zweck dieser Gesellschaft ist einzig und allein geselliges Vergnügen.« Die Gesinnungsfreunde werden im Wirtshaus sicherlich nicht in Resignation verharrend nur noch unpolitische private Geselligkeit gepflegt haben. Sobald ein Wahlkampf für Mohl anstand, sobald das System der Reaktion eine Lücke ließ, sobald es Anfang der 1860er Jahre an Schärfe verlor, waren die Aalener Demokraten und Liberalen sofort mit gut organisierten politischen Aktionen präsent.

Das zeigt bereits die erste nach der Revolution öffentlich im Amtsblatt ausgeschriebene Bürgerversammlung, zu der die Bürgergesellschaft in der »Harmonie«, die nicht identisch mit dem behandelten Honoratiorenzirkel ist, am 10.11.1854 einlud.¹⁴⁸ Auf der Tagesordnung stand die Diskussion des Gesetzentwurfes zur neuen Gemeindeordnung, mit der Innenminister Linden die Gemeindeordnung vom 6.7.1849 ablösen und damit »eine der letzten Bastionen revolutionärer Gesetzgebung schleifen« wollte.¹⁴⁹ Die Aalener Bürgerschaft beteiligte sich damit an »einer Agitations- und Petitionswelle«¹⁵⁰, die ganz Württemberg erfaßte und vorwiegend vom Beobachter, der Parteizeitung der Demokraten getragen wurde. Die Versammlung beschloß eine Petition an den Landtag, auf die Beratung des Gesetzentwurfes gar nicht erst einzugehen, da nahezu alle Artikel die Selbständigkeit der Gemeinden gefährden würden.¹⁵¹ In den folgenden Wochen schlossen sich »mehrere Gemeinden des Oberamtes« der Petitionswelle gegen die Gemeindeordnung an.¹⁵² Die Bürgergesellschaft in der »Harmonie«, deren Vorstandsmitglieder Hailer und Schaal¹⁵³ nicht dem Honoratiorenzirkel im selben Lokal angehörten, veranstaltete die Siegesfeier 1862 und beteiligte sich zwischen 1861 und 1863 wiederholt offen mit Listen an den Aalener Kommunalwahlen¹⁵⁴, wobei sie mit Vorschlägen der Bürgergesellschaft im Gasthaus Dreikönig konkurrierte. Das politische Profil der Bürgergesellschaft im Dreikönig, auf deren Initiative das Schleswig-Holstein-Komitee

Stadtrates im Stadtarchiv nicht auffindbar waren, konnte eine Identität nicht eindeutig gesichert werden.

¹⁴⁸ Amts- und Intelligenzblatt vom 10.11.1854, Nr. 90.

¹⁴⁹ H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 657, dort im Folgenden auch die parlamentarische Behandlung und die Rolle der Diskussion für die Annäherung zwischen Liberalen und Demokraten.

¹⁵⁰ So D. LANGEWIESCHE, *Liberalismus und Demokratie*, 1974, S. 278. Ebd., S. 277, bietet er einen Überblick zum Inhalt der von Linden beabsichtigten Änderungen der Gemeindeordnung.

¹⁵¹ So der Bericht im Amtsblatt vom 14.11.1854, Nr. 91.

¹⁵² Amts- und Intelligenzblatt vom 29.12.1854, Nr. 103. Die Unterzeichner der Einladung im Namen des Ausschusses der Bürgergesellschaft waren Harmoniewirt Weiherer und Gottfried Hailer. Essig- und Likörfabrikant Gottfried Hailer, Briefpartner Mohls, organisierte Ende 1852 eine Sammlung für ein Ehrenmal des verstorbenen demokratischen Parteiführers Adolf Schoder, deren Ertrag er im Februar 1853 an Moriz Mohl weiterleitete. Der Verkündiger vom 30.11.1852, Nr. 96 und vom 15.2.1853, Nr. 13.

¹⁵³ Der Vorsitzende der Gesellschaft Schaal beantragte am 25.1.1855 ebenfalls die Verkürzung der Sperrstunde, worauf das Oberamt Statuten und Mitgliederliste forderte, die er am 9.3.1855 vorlegte, und die sich in den Akten nicht erhalten haben.

¹⁵⁴ Amts- und Intelligenzblatt vom 18.6.1861, Nr. 49, und vom 17.12.1861, Nr. 101, sowie 25.12.1863, Nr. 150.

Aalens 1863 gegründet wurde, bleibt im Dunkeln, da ihre Mitglieder nicht bekannt sind.¹⁵⁵

Auch der Vorsitzende des Liederkranzes »Harmonia« beantragte am 17.3.1855 für die Proben am Samstag ebenfalls eine Sperrstundenverkürzung auf Mitternacht, wozu er eine Liste der 45 Sänger und 59 Ehrenmitglieder beilegte.¹⁵⁶ Von den 44 Ehrenmitgliedern, deren Namen zu entziffern war, exponierten sich 15 zwischen 1848 und 1871 als Mitglieder des Volksvereins oder durch Wahlaufufe als Liberale und Demokraten. Allein der Vorstand des ehemaligen Volksvereins war mit Weihreter und drei weiteren Kollegen vertreten.¹⁵⁷ Unter den 45 Sängern trat dagegen nur der Apotheker Winter politisch hervor, der seit 1870 als Anhänger der Volkspartei für Mohl warb. Das nationale und liberale Selbstverständnis des Aalener Gesangsvereins dokumentiert sich nicht nur über das politische Engagement der Ehrenmitglieder, das diese in anderem Zusammenhang zeigten, sondern auch bei den öffentlichen Auftritten.¹⁵⁸

Die militärisch gegliederte Personalaufstellung der freiwilligen Feuerwehr Aalens aus dem Jahr 1860 gewährt Einblick nicht nur in die Beteiligung der Liberal-Demokraten an den gesellschaftlichen Institutionen der Oberamtsstadt, sondern auch über ihre Position in der gesellschaftlichen Hierarchie. Den »Stab« der Feuerwehr leitete der Kommandant Moriz Bertrand¹⁵⁹, ihm zur Seite standen der Stellvertreter Gottfried Köpf¹⁶⁰, Gastwirt zum Ochsen, und der Adjutant Harmoniewirt Weihreter. Oberarzt des Stabes war Dr. Bosch, sein Unterarzt Heinrich Ogger, die beide bei der Landtagswahl 1870 den nationalliberalen Gegner Mohls unterstützten.¹⁶¹ Nur die politische Gesinnung der beiden übrigen Stabsmitglieder, des Requisitionsverwalters und des Fahnenträgers,

¹⁵⁵ Die Wahlempfehlung im Amts- und Intelligenzblatt vom 25.12.1863 enthält drei Namen: Christof Lietzenmayer legte 1849 die Vertrauensadresse an Römer aus und gibt sich damit als Liberaler zu erkennen. Weihreter nennt ihn als Vorstandsmitglied des Volksvereins. 1871 unterstützte er Mohl jedoch gegen den nationalliberalen Kandidaten. J. G. Wiedmann unterzeichnete 1870 für den nationalliberalen Landtagskandidaten Oesterlein. Der Dritte ist politisch nicht hervorgetreten.

¹⁵⁶ STALB, F 151, Bü 94, Umschlag 8.

¹⁵⁷ Christof Lietzenmayer, Kaufmann, Dr. Feuerlein, Stadtschultheiß Oesterlein, die Weihreter in dem Verhör vor dem Oberamtman nennt. Lietzenmayer (s. Anm. o.) und Oesterlein waren keine Demokraten, wann sie dem Vorstand angehörten und wann sie ihn verließen, ist nicht bekannt.

¹⁵⁸ Im Winter 1861 lud der Gesangsverein drei benachbarte Vereine nach Aalen ein, und der Apotheker Hugo Cloß »bewillkommte die Vereine Namens des Sängerkubs in einer erhabenen Rede, wobei er namentlich nicht versäumte, bei der Zerfahrenheit und Zerrissenheit Deutschlands auf Eintracht hinzuweisen und dem Gesang um so mehr zu pflegen.« Amts- und Intelligenzblatt vom 22.1.1861, Nr. 7.

¹⁵⁹ Bertrand ist uns oben bereits begegnet, u.a. als bester Freund Mohls in Aalen seit Ende der 1860er Jahre.

¹⁶⁰ Köpf stand 1850 auf einer offensichtlich demokratischen Liste für die Wahl der Bürgerwehroffiziere (Der Bote von Aalen, 1850, Nr. 76) und unterzeichnete 1871 den Wahlaufuf für Mohl zur Reichstagswahl und ebenso 1874 den Aufruf der schwäbischen Volkspartei für dessen Reichstagswahl im Amtsblatt (1871, Nr. 22 und 1874, Nr. 3), sowie bei den Wahlen 1876, 1877, 1878.

¹⁶¹ Amts- und Intelligenzblatt 1870, Nr. 144. Dr. Bosch war Mitglied des Aalener Schleswig-Holstein-Komitees (Amts- und Intelligenzblatt, 1864, Nr. 37) und warb bei der Reichstagswahl 1878

sind nicht bekannt. Alle Leiter Oberleutnants der vier Kompanien waren Liberal-Demokraten. Der Fabrikant Friedrich Majer, der die »Retter oder Ausräumer« beaufsichtigte, betrieb in den Landtagswahlkämpfen 1868 und 1870 als ehemaliger Demokrat, wie der Beobachter grimmig bemerkte¹⁶², die Agitation für die Kandidaten der Deutschen Partei und gründete den Ortsverein der Partei.¹⁶³ Der Wachmannschaft stand der Seifensieder Daniel Rieger vor, der im April 1848 zu den Unterzeichnern einer Volksversammlungseinladung gehörte und im Verwaltungsrat der Bürgerwehr saß.¹⁶⁴ Schlosser Andreas Seydelmann, der die Spritzenmannschaft befehligte, sprach in einer Wahlversammlung im Februar 1850 für Mohl und wurde von Wehreter zum verbliebenen harten Kern des Volksvereins gezählt.¹⁶⁵ Der Oberleutnant der Steiger und Arbeiter, Köpf, wurde bereits vorgestellt. Sein Leutnant Wiedmann unterschrieb den Wahlauf Ruf der Nationalliberalen zur Landtagswahl 1870. Unter den übrigen Offizieren ist noch der Leutnant und Apotheker Cloß bekannt. Im elfköpfigen Verwaltungsrat, der sich überwiegend aus den genannten Offizieren zusammensetzte, saßen nur vier Aalener, die nicht als liberale oder demokratische Aktivisten hervorgetreten sind.¹⁶⁶

In der Personalliste des Jahres 1867¹⁶⁷ blieb der Verwaltungsrat unverändert. Kommandant war seit 1862 Apotheker Cloß, Bertrand sein Stellvertreter. Wehreter blieb Adjutant. Gottfried Köpf befehligte weiterhin die 1. Kompanie, wobei ihm nun Wilhelm Haas, der Vorstand des Turnvereins und Vertrauensmann der Deutschen Partei seit 1870¹⁶⁸, zur Seite stand.

Die Belebung des gesellschaftlichen Lebens nach der Überwindung der Wirtschaftskrise¹⁶⁹ und der postrevolutionären Depression hatte auch Einfluß auf das Vereinsleben im Oberamt Aalen.¹⁷⁰ Die Bevölkerung wuchs rasant von 3.605 Bewohnern 1850 über 4.272 1861 auf 5.552 1871.¹⁷¹ Der Motor dieser Entwicklungen waren die staatlichen Investitionen in die Hüttenwerke Wasseralfingen und in das große Eisenbahnausbesserungswerk Aalen. Der Ausbau

(Kocher-Zeitung, 1877, Nr. 85) für Mohl gegen den Kandidaten des Zentrums. Heinrich Ogger war 1870 Vertrauensmann der Deutschen Partei in Aalen, NL Hölder, Fasc. 16, Nr. 123.

¹⁶² Beobachter, 8.7.1868, Nr. 157.

¹⁶³ Amts- und Intelligenzblatt, 24.11.1870, Nr. 144. NL Hölder, Fasc. 13, Nr. 181, Brief Majers an Hölder vom 29.5.1870. In der Revolution war Majer im Verwaltungsrat der Bürgerwehr, Stadtarchiv Aalen, A 337.

¹⁶⁴ Der Bote von Aalen, 1848, Nr. 30, Stadtarchiv Aalen, A 337.

¹⁶⁵ Der Beobachter vom 12.2.1850, Nr. 36. Wehreter nennt ihn mit neun anderen als Teilnehmer der angeblich letzten Versammlung des Vereins vor einem Jahr. Seydelmann kandidierte auch auf der Liste der Demokraten 1851 für die Kommunalwahl. Im Landtagswahlkampf 1870 unterstützte er den nationalliberalen Gegner Mohls.

¹⁶⁶ Mitglied des Verwaltungsrates war auch Dreher Fischer, der von Wehreter zu den letzten Mitgliedern des Volksvereins gezählt wurde.

¹⁶⁷ Amts- und Intelligenzblatt vom 15.10.1867, Nr. 121.

¹⁶⁸ NL Hölder, Fasc. 16, Nr. 123.

¹⁶⁹ E. HAFNER, 1954, S. 171, gewinnt aus der Anzahl der Zwangsversteigerungsinserate des Amtsblattes einen Indikator für die wirtschaftliche Notlage und den Aufschwung: 1845: 92; 1849: 226; 1852: 251; 1855: 74; 1858: 9; 1861: 3.

¹⁷⁰ Vgl. hierzu allgemein K. TENFELDE, Entfaltung des Vereinswesens, 1984, S. 69.

¹⁷¹ STALB, E 228 III, Film S II 7 693.

der Hüttenwerke im benachbarten Wasseralfingen ließ die Zahl der dort beschäftigten Arbeiter von 421 im Jahr 1845 auf 1.507 im Jahr 1873 steigen.¹⁷² Auch wenn sich an die Hüttenwerke einige eisenverarbeitende Betriebe in Aalen anschlossen, so dominierten zumindest 1861 die traditionellen Gewerbezweige: Textilproduktion, Mühlwerke, Brauereien und Brennereien.¹⁷³ Im Jahr 1854 beschäftigten die Brauereien und Brennereien des Bezirks mehr Arbeiter als alle nichtstaatlichen eisenverarbeitenden Betriebe des Oberamtes zusammen.¹⁷⁴ Der Anschluß an das Eisenbahnnetz 1861 begünstigte die Ansiedlung größerer Betriebe, vorherrschend blieb jedoch in den 1860er Jahren das Kleingewerbe und der Kleinbetrieb.¹⁷⁵

Aalen erlebte seit Mitte der 1850er Jahre eine Intensivierung und Diversifizierung des Vereinslebens. Im Jahr 1857 reichte der »Sängerclub« Aalens seine Statuten beim Oberamt ein, im Oktober 1858 der Gesangsverein von Adelmansfelden und noch vor dem Januar 1861 der Gesangsverein »Vulcania« der Wasseralfingener Hüttenarbeiter.¹⁷⁶ Der Gesangsverein Unterrombach legte seine Statuten am 9.1.1864 vor.

Die Gesangsvereine in Aalen und Wasseralfingen spalteten sich weiter auf.¹⁷⁷ Eine weitere Schützengesellschaft erbat im Oktober 1862 die Genehmigung.¹⁷⁸ Im März 1864 konstituierte sich der Gewerbeverein¹⁷⁹, im März 1865 der Arbeiterbildungsverein¹⁸⁰, aus dem noch im selben Jahr ein Konsumverein hervorging¹⁸¹, Ende 1865 ein Jugendverein.¹⁸² Unter dem Eindruck des Krieges 1866 gründete Apotheker Cloß einen Sanitätsverein.¹⁸³ Wenige Wochen zuvor gelang dem Gewerbeverein die Errichtung einer Gewerbebank.¹⁸⁴ Der schon in den Jahren 1842–1852 bestehende Leseverein wurde 1869 wieder ins Leben gerufen.¹⁸⁵

Dank des nachlassenden Druckes der Reaktion wurden die Vereine in den 1860er Jahren nicht mehr genötigt, ihre Mitgliederlisten den Behörden vorzulegen, so daß aus den Inseraten im Amtsblatt lediglich die jeweiligen Unterstützer der Gründungsaufrufe und die späteren Vorstandsmitglieder des Sanitätsvereins, des Arbeiterbildungsvereins, des Gewerbevereins und der Gewerbebank entnommen werden können. Auch hier besetzten die politisch aktiven Aalener Demokraten und Liberalen den größten Teil der Vorstandsposten,

¹⁷² G. PLUMPE, 1982, S. 53.

¹⁷³ Vgl. den Bericht Moriz Mohls über die Eisenbahnlinie Aalen – Heidenheim, V.d.K.A., 1856/1861, Beil. 326, S. 2 303.

¹⁷⁴ Beschreibung des Oberamtes Aalen, S. 88.

¹⁷⁵ Stadtarchiv Aalen, B 204, »Gewerbesteuer-Cataster 1848«, enthält Eintragungen bis 1874.

¹⁷⁶ Alle Anträge STALB, F 151, Bü 94.

¹⁷⁷ E. HAFNER, 1954, S. 205 nennt Germania, Harmonia, Vulkania und Concordia.

¹⁷⁸ STALB, F 151, Bü 94.

¹⁷⁹ Amts- und Intelligenzblatt vom 6.3.1864, Nr. 9.

¹⁸⁰ Amts- und Intelligenzblatt vom 11.3.1865, Nr. 30 und Der Beobachter vom 17.3.1865, Nr. 64.

¹⁸¹ Amts- und Intelligenzblatt vom 24.8.1865, Nr. 98, vgl. auch K. BAUER, Vorwärts, 1992, S. 48.

¹⁸² Amts- und Intelligenzblatt vom 30.12.1865, Nr. 152.

¹⁸³ Amts- und Intelligenzblatt vom 28.6.1866, Nr. 73.

¹⁸⁴ Amts- und Intelligenzblatt vom 8.5.1866, Nr. 52.

¹⁸⁵ E. HAFNER, 1954, S. 203. Amts- und Intelligenzblatt vom 30.11.1869, Nr. 138.

wobei die Personalunion hervorzuheben ist, mit der dieser relativ kleine Kreis prominenter Aalener diese Ehrenämter unter sich teilte.

Der Demokrat Hugo Cloß, der seine Apotheke in Aalen im Juli 1848 eröffnet hatte¹⁸⁶, entwickelte sich in den 1860er Jahren dabei zum fleißigsten Multifunktionsär der Oberamtsstadt. In nicht weniger als acht Institutionen vom Pfarrgemeinderat über die Feuerwehr bis zum Sanitätsverein bekleidete er den Vorsitz oder saß im Vorstand. Zahlreiche Spenden- und Versammlungsauftrufe tragen seine Unterschrift.¹⁸⁷ Im Wahlkampf 1862 trat er für Mohl auf den Wahlveranstaltungen der Gegenpartei auf und 1870 war er Gründungsmitglied des demokratischen Volksvereins. Nebenbei vertrat er als Agent die Lebensversicherungs- und Ersparnisbank in Stuttgart und die Berliner Hagel-Assecuranz-Gesellschaft.¹⁸⁸

Auch im siebenköpfigen Ausschuß¹⁸⁹ des Gewerbevereins des Jahres 1865 saßen fünf Demokraten und Liberale: Der Rechtsanwalt Ruoff, auch Vorstand des Turnvereins¹⁹⁰, lud im Februar 1868, inzwischen Vorstand des Gewerbevereins geworden, zu einer Volksversammlung für die Zollparlamentswahlen ein und inserierte im gleichen Jahr die Wahlkampfreise Mohls im Amtsblatt.¹⁹¹ Im Februar 1870 gehörte er zu den Gründern des Aalener Volksvereins.¹⁹² Der Tuchfabrikant M. Krauß beteiligte sich 1870 an der Agitation für den national-

¹⁸⁶ Der Bote von Aalen vom 28.7.1848, Nr. 59.

¹⁸⁷ Der Beobachter vom 12.1.1862 und vom 26.2.1870.

¹⁸⁸ In folgenden Funktionen erschien Cloß im Amtsblatt:
6.5.1859: Im Auftrag der Zentralleitung des Wohltätigkeitsvereins Aufruf zur Spende für Soldatenfamilien.

22.1.1861: Begrüßt im Namen des Sängerkubs vier befreundete Gesangsvereine.

21.3.1862: Kommandant der Feuerwehr.

9.6.1863: Vorsitzender des Gesangsvereins Harmonia.

20.6.1863: Kassierer der Schützengesellschaft, die beim Oberamt eine Zuschuß für eine Schießstätte beantragt. STALB, F 151, Bü 232 »Schützengesellschaften 1838–68«.

13.12.1863: Sammelaufruf im Namen des Aalener Schleswig-Holstein-Komitees.

26.2.1864: Mitglied des Gründungsausschusses des Gewerbevereins.

3.5.1864: Als Pfarrgemeinderat bittet er um Spenden an den Sanitätsverein Stuttgart.

14.6.1864: Cloß präsidiert der Aalener Schleswig-Holstein-Versammlung, zu der er eingeladen hat.

12.12.1865: Vorstandsmitglied des Gewerbevereins.

1.5.1866: Initiator einer Volksversammlung zur Nationalen Frage mit 80 Teilnehmern.

29.5.1866: Cloß lädt zur Vorbesprechung der Gründung des Sanitätsvereins ein.

27.2.1868: Mitglied des Ausschusses der Gewerbebank Aalen.

3.1.1874: Unterzeichnet Wahlauftruf der Schwäbischen Volkspartei für Mohl. Desgleichen in den Jahren 1876, 1877, 1878.

¹⁸⁹ Amts- und Intelligenzblatt vom 12.12.1865, Nr. 145.

¹⁹⁰ Amts- und Intelligenzblatt vom 1.7.1865, Nr. 75.

¹⁹¹ Amts- und Intelligenzblatt vom 27.2.1868, Nr. 23, und vom 20.6.1868, Nr. 71. Im Jahr 1871 unterzeichnete er bei der Reichstagswahl den Aufruf für Mohl (Amts- und Intelligenzblatt, Nr. 22.). Bei der Nachwahl im gleichen Jahr folgte er der Volkspartei und unterstützte den Kompromißkandidaten von VP und Deutscher Partei (Amts- und Intelligenzblatt, Nr. 110), bei den Reichstagswahlen 1874 und 1877 war Mohl wieder sein Kandidat.

¹⁹² Der Beobachter vom 26.2.1870. Ruoff war 1870 Vorstand des Sanitätsvereins (Amts- und Intelligenzblatt, 1870 Nr. 153) und trat 1865 (Amts- und Intelligenzblatt, 1865, Nr. 75) und 1872 als Vorstand des Turnvereins (Amts- und Intelligenzblatt, Nr. 84) in Erscheinung.

liberalen Landtagskandidaten.¹⁹³ Hugo Cloß, Drechslermeister Fischer, und Seifensieder Wilhelm Haas wurden bereits vorgestellt.

Die Gewerbebank Aalen befand sich 1868 ebenfalls fest in der Hand liberal und demokratisch gesinnter Bürger. In ihrem zwölköpfigen Ausschuß saßen vier bekannte Demokraten und drei Liberale.¹⁹⁴ Von den 15 Mitgliedern des Vorstandes und des Aufsichtsrates der Gewerbebank, die 1872 nach den Vorschriften des Genossenschaftsgesetzes gewählt wurden, traten nur sechs nicht als Unterzeichner nationalliberaler oder demokratischer Wahlaufufe für und gegen Mohl hervor.¹⁹⁵

Im Ausschuß des Sanitätsvereins, der sich im Juli 1866 konstituierte und in dem sich auch Frauen betätigen durften, treffen wir wieder auf Hugo Cloß, Seifensieder Wilhelm Haas, Rechtsanwalt Ruoff und Apotheker Winter, der Mohl als Anhänger der Volkspartei seit 1870 im Wahlkampf unterstützte.¹⁹⁶

Die enge Verflechtung der politisch aktiven Liberalen und Demokraten im örtlichen Vereinswesen ließ die Schaffung einer selbständigen politischen Organisation nicht als ein drängendes Problem erscheinen. Die führenden Köpfe trafen sich mehrmals in der Woche in den verschiedenen Vereinen und Gesellschaften und konnten dort ihre politischen Aktionen koordinieren. Die Wahlkämpfe Mohls, die ohne die Vorbereitung und die Begleitung durch die Aalener politischen Freunde nicht denkbar sind, haben das bereits vor Augen geführt. Aber auch zwischen den Wahlkämpfen konnten diese informellen politischen Honoratiorenkreise Impulse von außen aufnehmen und in wirkungsvolle öffentliche Agitationen umsetzen, wie im folgenden Abschnitt gezeigt wird, der das politische Parteiwesen in Aalen untersucht.

Die Petition gegen die Gemeindeordnung auf Anregung der Volkspartei 1855 wurde bereits genannt. Ein Jahr vor dem spektakulären konfessionell geprägten Wahlkampf 1862 zirkulierte in Aalen im Februar und März 1861 mit angeblich großem Erfolg eine Unterschriftenliste gegen das Konkordat¹⁹⁷, die ihren Ursprung wahrscheinlich im Besuch der Esslinger Landesversammlung der Fortschrittspartei vom 3. Februar 1861 durch den Apotheker Cloß hatte.¹⁹⁸

¹⁹³ Amts- und Intelligenzblatt 1870, Nr. 144.

¹⁹⁴ Amts- und Intelligenzblatt vom 27.2.1868, Nr. 23. Hugo Cloß, Rechtsanwalt Ruoff, Feuerwehrevizekommandant Ochsenwirt Köpf und Kaufmann Christopf Lietzenmayer, sowie Seifensieder Wilhelm Haas, C. Sachs, der 1877 einen Wahlaufuf für Mohl unterzeichnete (Kocher-Zeitung 1870, Nr. 4) und Konditor Stützel, der 1870 den nationalliberalen Landtagskandidaten unterstützte (Amts- und Intelligenzblatt 1870, Nr. 144).

¹⁹⁵ Kocher-Zeitung vom 30.4.1872, Nr. 50. Der Direktor der Bank Seifensieder Haas, Essigfabrikant Friedrich Majer (Wahlaufuf Amtsblatt 1870, Nr. 114 und Amtsblatt 1871, Nr. 110 und später), C. F. Brucker (Wahlaufuf Amtsblatt 1870, Nr. 114), Inspektor Sachs (Wahlaufuf Kocher-Zeitung 1877, Nr. 4 für Mohl), Wichse-Fabrikant Krauß-Glinz (Wahlaufuf Kocher-Zeitung 1876, Nr. 139 und 1877, Nr. 4, beides mal für Mohl), Stiftungspfleger Franz (Kocherzeitung 1876, Nr. 139), Kassierer Christoph Lietzenmayer (s.o.), Gottfried Köpf zum Ochsen (s.o.), Rechtsanwalt Ruoff (s.o.).

¹⁹⁶ Amts- und Intelligenzblatt vom 28.6.1866, Nr. 73.

¹⁹⁷ Amts- und Intelligenzblatt vom 5.3.1861, Nr. 19.

¹⁹⁸ Bericht im Amts- und Intelligenzblatt vom 8.2.1861, aus dem sich die Anwesenheit Cloß entnehmen läßt. Die 600–700 Delegierten beschlossen, beim ständischen Ausschuß des vertragten Land-

Der Schleswig-Holstein-Konflikt 1863 rief wie in ganz Deutschland¹⁹⁹ auch in Aalen zum ersten Mal seit dem Ende der Revolution eine breite Agitationswelle hervor. Der Streit um die eigentümliche Rechtsstellung der Herzogtümer, die vom dänischen Königshaus regiert wurden, dafür aber seit 1460 das Privileg besaßen, nicht geteilt werden zu dürfen, eskalierte, als der dänische Reichsrat und der neue König Christian IX. die neue dänische Gesamtstaatsverfassung auch auf Schleswig übertrugen und damit die Trennung der Herzogtümer vollzogen. Da das Herzogtum Holstein und damit der dänische König Mitglied des Deutschen Bundes war, zog dieser Rechtsbruch zum ersten einen Konflikt zwischen den Regierungen nach sich. Zum zweiten machte die deutsche Nationalbewegung die Befreiung der Herzogtümer zu ihrer Sache. Sie forderte in »wildem Protest«²⁰⁰ von den Regierungen des Deutschen Bundes, die Herzogtümer für den Bund zu erobern und an eine Nebenlinie des dänischen Königshauses zu geben, deren Prätendent für die Herzogswürde als »deutsch und liberal«²⁰¹ galt.

Die Massenbewegung für die Rechte der Herzogtümer artikulierte sich durch Kundgebungen, die Gründung von Schleswig-Holstein-Komitees und Geldsammlungen für den Aufbau einer schleswig-holsteinischen Armee. Das Aalener Komitee wurde am 24.11.1863 von der Bürgergesellschaft im Gasthof Dreikönig ins Leben gerufen.²⁰² Im Dezember 1863 rief Hugo Cloß im Namen des Komitees zu Spenden auf.²⁰³ An Ostern 1864 folgte das Aalener Komitee dem Aufruf des sogenannten »36er-Ausschusses«²⁰⁴, in ganz Deutschland Volksversammlungen zu veranstalten, die für die Trennung Schlesiens von Dänemark, die Einsetzung des neuen Herzogs und ein Parlament für ganz Deutschland demonstrieren sollten.²⁰⁵

Das Engagement für Schleswig und Holstein gab dem breiten politischen Spektrum des liberaldemokratischen Bürgertums in Württemberg noch einmal für kurze Zeit ein gemeinsames Ziel, über das die unterschiedlichen nationalpolitischen Konzepte ausgeklammert werden konnten²⁰⁶, bis die Politik der Großmächte im Frühjahr 1864 zu einer Stellungnahme herausforderte, wie und mit wem der Weg zur deutschen Einheit gegangen werden sollte. Die Zusam-

tags Protest gegen das Konkordat einzulegen, was eine Welle von 268 Petitionen mit 36 000 Unterschriften nach sich zog. Davon 200 aus evangelischen und 68 aus katholischen Gemeinden. Vgl. H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 683.

¹⁹⁹ T. NIPPERDEY, *Deutsche Geschichte 1800–1866*, 1983, S. 771. Die Koordination der Bewegung durch Nationalverein und Abgeordnetentag untersucht A. BIEFANG, 1994, S. 310 ff.

²⁰⁰ T. NIPPERDEY, *Deutsche Geschichte 1800–1866*, 1983, S. 770.

²⁰¹ Ebd.

²⁰² Das Amts- und Intelligenzblatt vom 15.11.1866, Nr. 134, enthält den Rechenschaftsbericht nach der Auflösung. Hugo Cloß nennt dabei das Gründungsdatum 24.11.1862. Die Jahreszahl 1862 ist jedoch sicherlich ein Druckfehler. Vgl. auch Stadtarchiv Aalen, A 263 »Akten des Comité für Schleswig-Holstein in Aalen«.

²⁰³ Amts- und Intelligenzblatt vom 13.12.1863, Nr. 145.

²⁰⁴ Vgl. oben das Kapitel über die Parteiorganisationen in den 1860er Jahren.

²⁰⁵ Für die zentrale Organisation vgl. A. BIEFANG, 1994, S. 350. Der Veranstaltungsauftrag des Aalener Komitees im Amts- und Intelligenzblatt vom 25.3.1864, Nr. 37.

²⁰⁶ T. NIPPERDEY, *Deutsche Geschichte 1800–1866*, 1983, S. 771.

mensetzung des Aalener Schleswig-Holstein-Komitees²⁰⁷ spiegelt diese Einmütigkeit des Bürgertums wider. Neben den Demokraten Weihreter, Cloß und Ruoff finden sich die späteren Parteigänger der Nationalliberalen Dr. Bosch, Seydelmann und Lietzenmayer.²⁰⁸ Die Zusammensetzung des Komitees bestätigt die Beobachtung, daß eine kleine Gruppe von Honoratioren die politischen wie die gesellschaftlichen Führungspositionen monopolisierte, oder positiv gewendet, daß sich das gesellschaftliche und politische Leben der Oberamtsstadt auf das Engagement eines kleinen Kreises aktiver Bürger stützte.²⁰⁹

Die Vermittlungsversuche der europäischen Großmächte riefen im Juni 1864, als diese die Teilung Schleswig-Holsteins zur Disposition stellten, eine letzte Protestwelle der deutschen Öffentlichkeit hervor. Im Auftrag des »36er-Ausschusses« verfaßte der Historiker Sybel eine sogenannte »Rechtsverwahrung des deutschen Volkes«²¹⁰, für die zum einen deutsche Abgeordnete zum Unterzeichnen aufgefordert wurden, und die zum anderen einer zweiten Welle von Volksversammlungen zur Unterstützung vorgelegt wurde. Der Rechtsverwahrung gaben 1 389 Abgeordnete die Unterschrift²¹¹, dagegen scheiterte die Mobilisierung der Bevölkerung, da sich nur 23 überwiegend süddeutsche Orte dem Aufruf anschlossen.

In Aalen lud der Apotheker Cloß im Namen des Komitees zu einer Volksversammlung am 12. Juni 1864 in den Gasthof Weihreters, zu der auch die Gesinnungsgenossen aus Ellwangen, Nördlingen, Bopfingen und Gmünd kamen.²¹² Die Versammlung schloß sich mit großer Mehrheit der Resolution des »36er-Ausschusses« an.²¹³ Ebenso wie in Stuttgart überbrückte der Widerstand gegen die Politik der Großmächte die Gegensätze zwischen Großdeutschen und Propreußen. Der spätere nationalliberale Wortführer im Reichstagswahlkreis Ellwangen-Aalen, Rechtsanwalt Löwenstein²¹⁴, argumentierte noch einträchtig mit dem späteren Anhänger der Volkspartei Ruoff für den Entwurf des »36er-Ausschusses«.

²⁰⁷ Bei den Unterschriften fehlen Vorname und Berufsbezeichnung, so daß die im folgenden angenommenen Identitäten dem Risiko der Namensvetterschaft unterliegen.

²⁰⁸ Die beiden übrigen Mitglieder Realschullehrer Stelzer (Vorstand des Gewerbevereins 1865, Amts- und Intelligenzblatt 1865, Nr. 145) und v. Breitschwert sind in anderem Zusammenhang politisch nicht hervorgetreten, so daß es offen bleiben muß, ob die Beteiligung eines Adligen ein Indiz für den Versuch ist, für die Bewegung auch Konservative zu gewinnen. Über den Winter 1863/64 deckten sich die Ziele der württembergischen Regierungspolitik und der Schleswig-Holstein-Bewegung, so daß sich unter anderem auch Regierungsbeamte an den Komitees beteiligten. Vgl. dazu D. LANGEWIESCHE, Liberalismus und Demokratie, 1974, S. 309.

²⁰⁹ G. RUNGE, 1970, S. 90, beobachtete diese dünne Personaldecke auch bei den kleineren Ortsvereinen der Volkspartei, die nur von ein bis zwei Leitern getragen wurden.

²¹⁰ Der Titel zitiert nach A. BIEFANG, 1994, S. 355. Vgl. dort auch für das Folgende.

²¹¹ A. BIEFANG, 1994, S. 356, errechnet, daß 70 % der nichtösterreichischen Abgeordneten der zweiten Kammern dem Aufruf folgten.

²¹² Amts- und Intelligenzblatt vom 14.6.1864, Nr. 70. Nach Runge, Volkspartei, S. 37 Anm. 40, folgten alle Komitees in Württemberg dem Protestaufruf des »36er-Ausschusses«.

²¹³ Im Amts- und Intelligenzblatt vom 14.6.1864 findet sich ein Bericht über die Versammlung.

²¹⁴ Der Antisemit Mohl versäumte es in seinen Briefen nie, ihn als »Jud Löwenstein« zu apostrophieren.

Das nationale Engagement der Aalener Bürgerschaft und die Haltung ihres Abgeordneten zu öffentlichen Proklamationen standen sich diametral entgegen, wie gezeigt wurde. Mohl reiste in diesen Wochen wiederholt für die Recherchen zu seinem Eisenbahnbericht durch ganz Württemberg, um den Pflichten seines ständischen Berufes nachzukommen. Den Besuch der Osterversammlung oder gar die Unterzeichnung der Abgeordnetenresolution, die auch die Aalener Versammlung verabschiedet hatte, zählte er nicht dazu: »Dies alles sinke zu den Guts- und Blutsadressen von 1849 herunter durch täglich fortgesetzte Wiederholung«²¹⁵, erklärte er den Fraktionskollegen bei der Besprechung der Resolution.

Die sich seit 1864 abzeichnende Parteispaltung zwischen den Demokraten und den Nationalliberalen in Stuttgart erreichte Aalen erst bei der Vorbereitung des Wahlkampfes zum Zollparlament. In Aalen trennten die liberaldemokratische Bewegung kommunalpolitische Konflikte und persönliche Animositäten zwischen dem Demokraten Hugo Cloß und dem Demokraten Friedrich Simon. Der Gründer und Vorstand des Aalener Arbeiterbildungsvereins Friedrich Simon (1830–1890)²¹⁶ exponierte sich im Stadtrat durch den Widerstand gegen kostenintensive Infrastrukturmaßnahmen, womit er sich zum Fürsprecher der vermögensschwachen Steuerzahler machte und den Widerspruch von Hugo Cloß hervorrief.²¹⁷

Der Widerstand gegen die von Friedrich Simon initiierte Gründung des Arbeiter-Bildungs-Vereins im März 1865²¹⁸ war daher kein Reflex auf die Auseinandersetzung der zerstrittenen Liberal-Demokraten in Stuttgart, die die Arbeitervereine jeweils für ihr Lager zu gewinnen suchten.²¹⁹ Wahrscheinlich fürchtete die liberal-demokratische Honoratiorenschaft, daß Simon den Arbeiterverein nutzen würde, um seine Klientel organisatorisch an sich zu binden und den sozialen Konflikt unter den Arbeitern und kleinen Handwerkern zu schüren.

Der Aufruf zu einer Volksversammlung am 28. April 1866 im Gasthof »Harmonie«, der angesichts des bevorstehenden preußisch-österreichischen Krieges erlassen wurde, demonstriert den nationalpolitischen Konsens, der in der liberal-demokratischen Bewegung Aalens im Gegensatz zur Landeshaupt-

²¹⁵ Brief Moriz Mohls an Robert Mohl vom 16.4.1864. Mohl machte dort auch deutlich, daß er die Formen der zentral organisierten Massenagitation, wie sie die Schleswig-Holstein-Bewegung hervorgerufen hatte, ablehnte: »Wäre die Sache (Die Resolution, J.W.) noch ganz anders, wenn sie von bedeutenden Männern der Abg. Kammern ausgegangen und in der Stille vorbereitet, wenn sie von den Abgeordnetenversammlungen berathen und als *ihre* Gut erschienen wäre.« Ebd. Hervorhebung im Original.

²¹⁶ Sohn eines Aalener Drahtstiftfabrikanten, der sich selbst immer als Goldarbeiter bezeichnete. Vgl. zu Simon K. BAUER, Vorwärts, 1992, S. 46 f. u. Das Amts- und Intelligenzblatt vom 13.3.1863, Nr. 30

²¹⁷ Amts- und Intelligenzblatt, 5.2.1864, Nr. 16, 14.2.1864, Nr. 20, 9.12.1865, Nr. 144, 9.1.1866, Nr. 3, 20.1.1865, Nr. 8, 23.1.1866, Nr. 9, 29.1.1870, Nr. 12, und 1.2.1870, Nr. 13.

²¹⁸ Der Beobachter, 17.3.1865, Nr. 64.

²¹⁹ So die Vermutung von W. SCHMIERER, 1970, S. 96, Anm. 25.

stadt noch herrschte.²²⁰ Die Teilnehmer erklärten sich einstimmig für die Beschlüsse der Stuttgarter Landesversammlung der Volkspartei vom 22. April 1866, die angesichts des drohenden Krieges zwischen Preußen und Österreich die bewaffnete Neutralität Württembergs forderten, um so Preußen von der Sprengung des Deutschen Bundes abzuhalten.²²¹

Diese letzte gemeinsame Unterschriftenliste der Aalener Liberal-Demokraten ist auch die erste, die keinen Veteranen der 1848er Bewegung mehr enthält. Dieser Generationswechsel klingt auch in den Briefen Mohls an, in denen er den Verlust der alten Freunde beklagt.²²² Die Erfahrung des gemeinsamen Kampfes für die Märzerrungenschaften der Revolution in nicht weniger als sechs Wahlen zwischen 1848 und 1851 begründete eine besondere Loyalität zwischen den Veteranen der Revolution und ihrem Abgeordneten, die die jüngeren Parteigänger nicht mehr ungebrochen teilten, wie die Darstellung der Wahlkämpfe seit 1868 zeigen wird.

Moriz Mohl entfernte sich nicht nur durch den Generationswechsel und durch seine Ablehnung der modernen Formen öffentlicher politischer Agitation soweit es sich nicht um die eigenen Wahlkämpfe handelte von den Aalener Demokraten. Auch die Differenzen über die politischen Inhalte traten mit der Etablierung der Volkspartei in Aalen zutage, wie die erste offen als solche gekennzeichnete Parteiveranstaltung in Aalen nach der Revolution zeigte. Der Vorsitzende des Arbeiterbildungsvereins Friedrich Simon lud »im Auftrag des Comités der schwäbischen Volkspartei«²²³ zu einer Bezirksvolksversammlung am 9.12.1866 in die »Harmonie« ein. Die gesamte Stuttgarter Prominenz der Volkspartei²²⁴ präsentierte sich in Aalen den 500 Teilnehmern, die auch aus den benachbarten Oberamtsstädten gekommen waren. Die nationalpolitischen Beschlüsse der Versammlung deckten sich noch mit den Vorstellungen Mohls, der in seinem »Mahnruf zur Bewahrung Süddeutschlands aus größter Gefahr« ein Jahr später ebenfalls vor einer Vereinigung Deutschlands unter preußischer Vormacht warnte und als Gegenkonzept eine süddeutsche Konföderation mit einem gemeinsamen Parlament nach dem Vorbild der Schweiz und der Vereinigten Staaten entwarf. Mit Blick auf die anstehende Verfassungsrevision in Württemberg verlangte die Versammlung die Aufhebung der Adelsvorrechte, die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes, die Abschaffung der

²²⁰ Amts- und Intelligenzblatt vom 28.4.1866, Nr. 48. Die späteren Nationalliberalen Seifensieder Wilhelm Haas und Konditor F. Stützel sowie die Demokraten Goldarbeiter Friedrich Simon und Rotgerber Louis Schmidt, der u.a. 1874 im Namen der Volkspartei für Mohls Reichstagswahl inserierte (Kocher-Zeitung Nr. 3).

²²¹ Vgl. G. RUNGE, 1970, S. 50f.

²²² Vgl. oben den Abschnitt über Mohls Verhältnis zu seinem Wahlkreis.

²²³ Amts- und Intelligenz-Blatt vom 6.12.1866, Nr. 143. Über die Versammlung ein ausführlicher Bericht im Beobachter vom 12.12.1866, Nr. 290, dort die folgenden Informationen. Vgl. auch den Bericht über die Versammlung im Amts- und Intelligenzblatt vom 11.12.1866, Nr. 145, den K. BAUER, Vorwärts, 1992, S. 57 f., vollständig abdruckt.

²²⁴ Der Gründer der Volkspartei Carl Mayer, Ammermüller, Österlen sowie Gustav Struve, der 1863 aus dem Exil in Amerika wieder nach Deutschland zurückgekehrte Führer des Badischen Aufstandes 1849, dessen Rede in Aalen der Beobachter auf der Titelseite druckt.

Lebenslänglichkeit der Ortsvorsteher und eine Wehrreform mit einem Volksheer nach Schweizer Vorbild sowie die Gleichbehandlung aller Wehrpflichtigen, die sich immer noch durch das Losglück oder die Bezahlung eines Stellvertreters vom Militärdienst befreien konnten. Mit der Ausnahme der Adelsvorrechte hatte sich Mohl in der Kammer gegen alle diese innenpolitischen Ziele ausgesprochen.²²⁵ Die Parteiorganisation der Volkspartei trug so die Streitpunkte, die Mohl in der Kammer von der Fraktion entfernten, auch in den Wahlkreis und entzog ihm damit, überspitzt formuliert, das Monopol der politischen Weltdeutung in Aalen, das er mit seinen Wahlreden gewonnen hatte.

Die Anhänger der Volkspartei retteten den Motivationsschub der Bezirksversammlung ins nächste Jahr. Friedrich Simon führte Anfang des Jahres 1867 die Agitation der Volkspartei für die Einberufung einer verfassungsgebenden Landesversammlung nach dem Wahlgesetz vom 1. Juli 1849²²⁶, wie dies auch die Bezirksversammlung im Dezember beschlossen hatte.²²⁷ Ohne Impulse von außen gelang es den Anhängern der Volkspartei jedoch nicht, eine stetige politische Arbeit in der Öffentlichkeit zu gewährleisten, wie sie Gerlinde Runge für eine Reihe von anderen Städten beschreibt, die über eine dauerhafte politische Organisation in der Form eines Volksvereins verfügten.²²⁸ Die Leistungsfähigkeit des politisch engagierten Honoratiorengflechts Aalens stieß hier an seine Grenze.

Erst drei Jahre später, am 20.2.1870²²⁹, induzierte die Agitation der Volkspartei gegen das Kriegsdienstgesetz von 1868 wieder eine öffentliche Parteiversammlung in Aalen, auf der dann der Entwicklungsschritt zu einer auf Dauer angelegten Organisation getan werden sollte. Im Anschluß an eine Volksversammlung, an der sich auch ein Mitglied der Parteiführung aus Stuttgart beteiligte, erklärten Rechtsanwalt Ruoff, Apotheker Cloß und der Vorsitzende des Arbeiterbildungsvereins Friedrich Simon die Gründung eines Volksvereins in Aalen.²³⁰ Die Volkspartei besaß in diesen drei Gründungsmitgliedern einflußreiche Multiplikatoren in den Aalener Vereinen²³¹, doch wird der Abschnitt über die Wahlkämpfe von 1868 bis 1882 zeigen, daß die Ereignisse des Jahres 1870 den Volksverein zunächst handlungsunfähig werden ließen und dieses Potential ungenutzt blieb.

Die Anhänger der Deutschen Partei in Aalen standen zwar seit dem Zollparlamentswahlkampf in Briefkontakt zur Parteiführung in Stuttgart, doch

²²⁵ Vgl. oben das Kapitel über den Reinsburgklub.

²²⁶ K. BAUER, Vorwärts, 1992, S. 56.

²²⁷ Moriz Mohl stimmte in der Adressdebatte am 23.7.1864 (Vd.K.A., 1862/65, Protokollbd. 3, 74. Sitzung, S. 1 624) wie bei der Beratung der Verfassungsrevision am 11.2.1868 (Vd.K.A., 1866/68, Protokollbd. 3, 72. Sitzung, S. 1 692) gegen die Gültigkeit des Gesetzes vom 1.7.1849.

²²⁸ G. RUNGE, 1970, S. 86 ff.

²²⁹ Die Einladung im Amts- und Intelligenzblatt vom 19.2.1870, Nr. 21.

²³⁰ Der Beobachter vom 26.2.1870.

²³¹ Rechtsanwalt Ruoff war Vorstand des Turnvereins 1865 und 1872, des Gewerbevereins 1868, des Sanitätsvereins 1870, sowie Ausschußmitglied des Schleswig-Holstein-Komitees 1864 und der Gewerbebank 1868, deren Aufsichtsrat er 1872 wurde.

wurde ein Ortsverein erst im Frühjahr 1870 gegründet. Am 29. Mai 1870 teilte der Vorsitzende des Ortsvereins, Essigfabrikant Friedrich Majer, dem Parteiführer Julius Hölder mit, daß der Verein 70 Mitglieder habe und noch nicht »im geregelten Verkehr mit dem Bezirksorte« stünde.²³² Die Namen der acht Aalener »Vertrauensmänner« der Deutschen Partei, die von 1870 bis 1873 nach Stuttgart gemeldet wurden²³³, markieren auch einen Generationswechsel. Nur zwei Vorstandsmitglieder waren in der Revolution 1848 aktiv²³⁴, vier machten sich erst zwischen 1856 und 1865 selbständig.²³⁵ Wie für die Vorstandsmitglieder der Volkspartei läßt sich auch für die der Deutschen Partei zeigen, daß sie fest im gesellschaftlichen Leben Aalens verankert waren.²³⁶

Drei Ergebnisse lassen sich festhalten:

1. Auch wenn die Einwohnerzahl Aalens von 1850 bis 1871 um 49 % zunahm, fanden die neuen Bewohner keinen Zugang zur Führung des Vereins- und Parteienwesens, das in der Hand der alteingesessenen Familien blieb. Die voranschreitende Industrialisierung brachte in Aalen bis 1870 noch keine Änderung der Berufsstruktur der politischen Elite mit sich.²³⁷ Die Beamten der Hüttenwerke und des Eisenbahnausbesserungswerkes beteiligten sich nicht in erkennbarer Weise an den Vereinen der Oberamtsstadt. Es dominierten weiterhin die Selbständigen in den traditionellen Berufen.

Friedrich Majer, der sich in den Wahlanzeigen immer als Fabrikant bezeichnete, bezahlte für seine bereits 1848 betriebene Essig- und Likörproduktion mit 20fl. 32kr. Gewerbesteuer nur 2/3 soviel wie der Demokrat und Apotheker Cloß mit 28fl. 36kr.²³⁸ Der Nationalliberale »Mechanikus« Seydelmann beschäftigte seit 1862 in seiner Schlosserei nur mehr einen Gehilfen und versteuerte mit 4fl. 18kr. nur unwesentlich mehr als der demokratische Kontrahent »Goldarbeiter« Friedrich Simon (3fl.). Der Direktor der Gewerbebank, Seifensieder Haas, lag mit 6fl. 48kr. wenig darüber. Die größten Gewerbesteuerzahler blieben bis in die 1870er Jahre die Gastwirte mit ihren angeschlossenen Bierbrauereien und Branntweinbrennereien. Gastwirt Jacob Borst steigerte sein Gewerbesteueraufkommen von 17fl. 35kr. 1851 auf 44fl. 16kr. 1874.

²³² NL Hölder, Fasc. 13, Nr. 181, Brief Majer an Hölder vom 29.5.1870.

²³³ Nachlaß Hölder, Fasc. 13, Nr. 181, Fasc. 15, Nr. 183, Fasc. 16, Nr. 123, Nr. 182.

²³⁴ Mechaniker Andreas Seydelmann als Mitglied des Volksvereins und Wahlhelfer für Mohl und Essigfabrikant Friedrich Majer als Mitglied des Verwaltungsrates der Bürgerwehr.

²³⁵ Apotheker Gaupp 1860, Konditor Friedrich Stützel 1859, Arzt Heinrich Ogger übernimmt 1865 die Praxis des gleichnamigen Vaters, Seifensieder Wilhelm Haas 1856, vgl. Stadtarchiv Aalen, B 204 »Gewerbesteuer – Cataster 1848«.

²³⁶ Friedrich Majer war Vorstand des Bürger-Casinos 1866, Mitglied des Verwaltungsrates der Feuerwehr 1867 und 1872 stellvertretender Aufsichtsrat der Gewerbebank; C. F. Brucker war Mitglied des ersten Vereinsausschusses der Gewerbebank 1868 und Schriftführer der Gewerbebank 1872; Friedrich Stützel war Mitglied des ersten Vereinsausschusses der Gewerbebank 1868 und deren Aufsichtsrat 1870; Wilhelm Haas war Vorstand des Turnvereins, Ausschußmitglied des Gewerbevereins 1865, des Sanitätsvereins 1866 und der Gewerbebank 1868, 1872 wurde er deren Direktor.

²³⁷ Vgl. für die geringe Veränderung der Zusammensetzung der städtischen Oberschichten A. SCHULZ, 1993, 269 f.

²³⁸ Die folgenden Angaben nach dem Gewerbesteuerkataster, Stadtarchiv Aalen, B 204.

Aus dieser Aufzählung geht auch hervor, daß zum ersten zwischen den kleinen Führungsgruppen der Demokraten und Nationalliberalen in Aalen keine erkennbaren sozialen Unterschiede bestanden, wie sie Dieter Langewiesche für Württemberg feststellte.²³⁹ Zum zweiten zeigt sich eine breite soziale Streuung der gesellschaftlichen Oberschicht, wie dies in der Forschung für Kleinstädte bereits beobachtet worden ist.²⁴⁰

2. Die Vorstände der Aalener Vereine im Untersuchungszeitraum rekrutierten sich aus einer kleinen Gruppe von wenig mehr als einem Dutzend Personen. Dieser kleine Kreis organisierte nicht nur das gesellschaftliche Leben der Stadt, er steuerte auch die politischen Aktionen und bildet die Basis der politischen Parteiorganisationen 1870. Dieses bis 1870 informelle Honoratiorennetzwerk mobilisierte effizient die politische Öffentlichkeit Aalens, wie nicht nur die Wahlkämpfe für Mohl zeigten. Auch ohne eigenen Ortsverein besaß die Volkspartei seit 1864, die Deutsche Partei spätestens seit 1868 Ansprechpartner in Aalen, die auf Volksversammlungen Werbung für das Parteiprogramm machten und Wahlkämpfe führten.

Nicht nur die Wahlergebnisse der Revolutionszeit, sondern auch das Personal der Vereinsführungen legen es nahe, daß die Liberal-Demokraten das politische Klima in Aalen bestimmten. Die Demokraten, in sich gespalten, gaben dabei bis zur Abtrennung der Nationalliberalen, die erst sehr spät feststellbar ist, den Ton an.

Die Anzahl der Aalener, die sich im Untersuchungszeitraum in der Presse politisch exponierten, beläuft sich auf mindestens dreißig Personen. Angesichts der Einwohnerzahl und der natürlichen Fluktuation über eine Generation hinweg kann auf den ersten Blick nicht von einer Massenbasis des Liberalismus in der städtischen Gemeinde gesprochen werden. Die geringe Anzahl ist jedoch eher ein Problem der Quellenüberlieferung, die keine Mitgliederlisten der Parteien und Vereine der 1860er Jahre enthält.²⁴¹ Die Wahlkämpfe, die Wahlergebnisse und die Beteiligung an den Volksversammlungen lassen den Schluß zu, daß die Anhängerschaft des Liberalismus in Aalen über die Vorstandsschaft der Vereine und Parteien hinausreichte, auch wenn dies in den Quellen nicht sichtbar wird. Zu diesem Ergebnis kann man auch gelangen, wenn man die Aufmerksamkeit von den Personen löst und sich den Institutionen zuwendet. Alle Aalener Vereine, deren Vorstände namentlich bekannt sind, beide Bürgergesellschaften, die freiwillige Feuerwehr und die Gewerbebank wurden für den untersuchten Zeitraum bis 1872 von Liberal-Demokraten dominiert.

3. Moriz Mohl besaß während der Revolution in Diakon Bauer und Dr. Christlieb, in der Reaktionszeit in G. Hailer, bis 1862 in Hugo Cloß, bis 1868 und nach 1870 in Rechtsanwalt Ruoff, in den 1860er und bis Anfang der 1870er Jahre in Moriz Bertrand einflußreiche Freunde, die ihn im Wahlkampf

²³⁹ D. LANGEWIESCHE, *Liberalismus und Demokratie*, 1974, S. 376 f.

²⁴⁰ Vgl. A. SCHULZ, 1993, S. 264.

²⁴¹ Für den hohen Grad der Doppelt- und Mehrfachmitgliedschaften in den städtischen Vereinen vgl. T. MAENTEL, 1993, S. 311.

unterstützten und als Multiplikatoren seiner Briefe und Berichte die magere Wahlkreisarbeit zwischen den Wahlen ausglich. Mohl erwarb sich durch diese persönlichen Beziehungen einen Rückhalt, der durch die organisatorischen Anstrengungen der Parteien zumindest bis 1871 nicht aufgewogen werden konnte, wie das nächste Kapitel zeigen wird. Nach 1871 verwischen sich die Gegensätze und Gemeinsamkeiten zwischen Mohl, seinen Freunden und den politischen Parteien in Aalen durch die im Kulturkampf alles überdeckende Konfessionsfrage.

4. Parteiwahlen in Aalen 1868–1882

In den sechs Jahren seit der Wahl 1862 wandelte sich die Parteienlandschaft in Württemberg grundlegend. Wie im vorherigen Abschnitt gezeigt wurde, veränderte die Spaltung der Fortschrittspartei und der Aufbau einer Parteiorganisation, die eine kontinuierliche politische Arbeit ermöglichen sollte, auch das liberal-demokratische Milieu der Aalener Bürgerschaft. Die Zollparlamentswahl im Frühjahr 1868 war die erste, in der die jungen Parteigruppierungen ihren Einfluß erproben konnten. Alle Wahlen seit 1868 entscheiden sich in einem parteipolitischen Viereck aus Volkspartei, Deutscher Partei, Moriz Mohl und seinen Anhängern, sowie der katholischen Seite. Diese gingen bis 1874 ständig wechselnde Koalitionen ein: Mohl und die VP gegen die DP, und die Katholiken gegen alle drei; die Katholiken, Mohl und die VP gegen die DP; die DP und die Katholiken gegen Mohl und die VP; die VP und die DP gegen Mohl. Seit der Reichstagswahl 1874 stabilisierten sich die Bündnisse: Mohl, die VP und die DP versuchten gemeinsam das Zentrum zu schlagen. Auch die Wählerschaft Mohls wechselte bis zur Reichstagswahl 1874 wenn auch nicht ganz so lebhaft bis der konfessionelle Gegensatz endgültig die beiden Lager teilte.

Das knappe Dutzend Wahlkämpfe, das Mohl von 1868 bis 1882 noch führte, soll nicht mehr detailliert geschildert werden. Im Anschluß an den Abschnitt über die Aalener Vereine und Parteien steht als übergeordnete Fragestellung der Untersuchung der wachsende Einfluß der Parteien auf die Wahlkämpfe Mohls.

Weder die Volkspartei noch die Deutsche Partei verfügten 1868 in Aalen über einen Ortsverein und damit über organisierte Kontakte zu den Gesinnungsgenossen in den übrigen drei Oberämtern Ellwangen, Neresheim und Gaildorf, aus denen der Zollparlamentswahlkreis gebildet wurde. Beide Parteien suchten in Aalen und Ellwangen in den Gewerbevereinen einen Ersatz für eine eigene Parteiorganisation.²⁴² Bereits Ende Januar setzte der Verein unter

²⁴² D. LANGEWIESCHE, *Liberalismus und Demokratie*, 1974, S. 439 ff. betont, daß vor allem die Deutsche Partei Württembergs in den Gewerbevereinen organisatorische Unterstützung fand, während deren Wahlhilfe für die Volkspartei auch aufgrund der Quellenlage seltener nachzuweisen sei.

dem Vorstand, Rechtsanwalt und Mitglied der Volkspartei Ruoff, die Werbung für die Zollvereinswahl auf die Tagesordnung einer Versammlung. Der Vertrauensmann der Deutschen Partei, Kaufmann Brucker, befürchtete sofort die Instrumentalisierung des Vereins, »wo wir wahrscheinlich gegen einige gute Redner der Volkspartei schwer zu kämpfen haben«. ²⁴³ Er erbat sich daher »Instruktionen« von Hölder. Der Aalener Gewerbeverein warb schließlich parteineutral um die Mitarbeit der Nachbarvereine, die man mit dem Datum vom 12. Februar 1868 zu einer Versammlung nach Aalen einlud, um »zu berathen, mit welchen Mitteln bei der Verschiedenheit der Ansichten die Agitation für die Teilnahme bei den Wahlen am besten in Fluß zu bringen sei.« ²⁴⁴ Das Ergebnis dieser Vorbesprechung war die Ausschreibung einer »allgemeinen Wähler-Versammlung« für den 1. März nach Aalen durch die Gewerbevereine. ²⁴⁵ Mitte Februar konnten noch beide Parteien hoffen, diese Agitationsplattform für ihren Kandidaten einsetzen zu können, doch mußten diese Kandidaten erst gefunden werden.

Gleichzeitig mit den ersten Vorbesprechungen im Aalener Gewerbeverein setzte die Suche nach geeigneten Bewerbern ein. Moriz Mohl erhielt von den »Aalener Freunden« ²⁴⁶ eine Anfrage, die er sofort zurückwies, was angesichts seiner bedingungslosen Ablehnung der Zollunion, deren Bestandteil das Zollparlament war, nur konsequent erschien. Im Zollparlament sah er nichts weiter als den geschickten Schachzug Preußens, die Mediatisierung der süddeutschen Staaten mit parlamentarischen Mitteln zu betreiben. ²⁴⁷

Einen weiteren Grund, den er dem Bruder Julius gegenüber erwähnte, zeigt die Position Mohl im Geflecht der Parteien und Interessensverbände am Vorabend der Zollparlamentswahl:

»Dazu kam noch die Reflexion bei mir selbst, daß ich noch nicht einmal einen Rückhalt zu Hause hätte, da mich der württembergische Gewerbebestand aus Feigheit bei *jeder* Gelegenheit: gegen die Handelsverträge mit Frankreich und gegen die Zoll- u. Allianzverträge mit Preußen hat steckenlassen [...].« ²⁴⁸

Das württembergische Wirtschaftsbürgertum, das sich in Gewerbevereinen, Verbänden und in den Handelskammern organisierte, hatte sich weder bei der

²⁴³ NL Hölder, Fasc. 10, Nr. 233.

²⁴⁴ NL Hölder, Fasc. 10, Nr. 217.

²⁴⁵ Amts- und Intelligenzblatt vom 27.2.1868, Nr. 23.

²⁴⁶ Brief Moriz Mohls an Julius Mohl vom 23.2.1868, Nr. 2. Die Antwort sandte Mohl an den Fabrikanten Reiff, der verdientes Mitglied der Volkspartei war (vgl. den Nachruf des Beobachters vom 3.3.1868, Nr. 52), zu Mohls Antwort Amts- und Intelligenzblatt vom 20.2.1868, Nr. 20.

²⁴⁷ »Als Vorkämpfer gegen Preußen« würden ihn im Zollparlament »300 politische, ja persönliche Feinde« erwarten und ihm jeden Einfluß bestreiten, »wie ohnehin alle miteinander dort in kleinster Minderzahl seyen«, begründete er im Rückblick die Ablehnung in einem Brief an Julius Mohl, 23.2.1868, Nr. 2. Zu diesem Zeitpunkt war er jedoch bereits wieder zu einer Kandidatur entschlossen. »Keine 10 Gäule« würden ihn nach Berlin bringen, soll er einer Wahlkampfpolemik seiner Gegner zufolge nach Aalen geschrieben haben. Amts- und Intelligenzblatt vom 17.3.1868, Nr. 31.

²⁴⁸ Brief Moriz Mohls an Julius Mohl vom 23.2.1868, Nr. 2.

Diskussion um den preußisch-französischen Handelsvertrag 1862–64 und noch viel weniger bei der Auseinandersetzung um die Zollverträge 1867 geneigt gezeigt, die Existenz des wirtschaftlichen Verbundes mit Preußen im Machtspiel um die politische Neuordnung Deutschlands als Einsatz zu riskieren. Alle Handelskammern Württembergs forderten daher 1867 von den Kammern »mit großem Nachdruck« die Ratifizierung der Zollvereinsverträge.²⁴⁹ Mohl war dagegen stets überzeugt gewesen, daß Preußen in weitaus größerem Maße auf die Existenz des Zollvereins angewiesen sei und mit der Drohung der Auflösung zu jedem Zugeständnis an Württemberg oder Österreich hätte gedrängt werden können. Die Kandidaturanfragen, die Mohl aus dem Kreis der Gewerbevereine erhielt²⁵⁰, erklärten sich wahrscheinlich aus der Einsicht, daß Mohl als versierter Verfechter des Schutzzolls ihren Interessen wieder dienlich sein würde, nachdem der Bestand des Zollvereins selbst gesichert war.

Mohl zog die Ablehnung der Kandidatur bald zurück. Der Versuchung, nach zwanzig Jahren endlich wieder vor einem großen Parlament seine Sachkenntnis ausbreiten zu dürfen, widerstand er nicht, auch wenn er die Entscheidung in das Gewand unerschütterlicher Pflichterfüllung zu kleiden mußte: »– da ich nun einmal mein Leben in diesen Fragen zugebracht habe, und sie zu kennen glaube – [es] eben doch meine Pflicht sei, das Meinige darin bis zur letzten Faser zu thun.«²⁵¹

Die Not der Aalener Volkspartei mit dem Kandidaten hatte nun ein Ende, während die Deutsche Partei zu diesem Zeitpunkt immer noch auf der Suche nach einem geeigneten Politiker war. Als Organisator auf der Seite der Deutschen Partei engagierte sich der Ellwanger Rechtsanwalt Löwenstein, der sich in einem regen Briefwechsel mit der Parteiführung in Stuttgart vergeblich um die Vermittlung eines prominenten Bewerbers bemühte.²⁵² Die Deutsche Partei mußte schließlich mit dem Präsidenten der Handels- und Gewerbekammer Heidenheim, dem Unternehmer Louis Lang, Vorlieb nehmen. Dieser erklärte Rechtsanwalt Löwenstein nach alter Honoratiorenmanier, er halte es für seine Pflicht, eine Wahl anzunehmen, wolle jedoch nicht öffentlich für die Wahl auftreten.²⁵³ Der politisch erfahrene Löwenstein wußte, daß damit die Aalener Volksversammlung der Gewerbevereine, für die Mohl sein Erscheinen angemeldet hatte, zu einem Forum für die Volkspartei werden würde. Löwenstein konnte Hölder nur versprechen, er werde auf der Versammlung »thun, was in meinen Kräften steht.«²⁵⁴ Der zweite Rückschlag, der die Deutsche Partei traf, war der Rücktritt des Vorstandes ihres Wahlkommittees. Der Fabrikant Majer, der 1870 Vorsitzender des Aalener Ortsvereins der Deutschen Partei wurde,

²⁴⁹ D. LANGEWIESCHE, *Liberalismus und Demokratie*, 1974, S. 436.

²⁵⁰ Der Ellwanger Handels- und Gewerbeverein bot Mohl ebenfalls die Kandidatur an. Der Beobachter vom 7.3.1868, Nr. 56.

²⁵¹ Amts- und Intelligenzblatt vom 20.2.1868, Nr. 20. Reiff druckte die Passage des Briefes als Teil eines Wahlinsertes für Mohl.

²⁵² NL Hölder, Fasc. 10.

²⁵³ Brief Löwensteins an Gustav Müller vom 24.2.1868, NL Hölder, Fasc. 10, Nr. 187.

²⁵⁴ Ebd.

teilte Löwenstein mit, als persönlicher Freund Moriz Mohls wolle er nicht gegen ihn Wahlagitation betreiben.²⁵⁵

Die erste Volksversammlung für eine Wahl seit der Revolution geriet trotz der neutralen Einladung zu einer Wahlveranstaltung für Mohl. Vor etwa 8001 000 Männern, die zum größten Teil aus Anhängern Mohls bestanden²⁵⁶, suchte er in einer zweistündigen Rede faktenreich die Unterdrückung und Ausbeutung Württembergs mit den Mitteln der Zollvereinsverfassung zu belegen. Danach bemühte sich Rechtsanwalt Löwenstein für seine Partei zu retten, was zu retten war. Das erste Mal in der langen Reihe der Wahlkämpfe sah sich Mohl mit einer kompetenten Gegenrede konfrontiert. Löwenstein griff Mohls volkswirtschaftliches Axiom, den Schutzzoll an und wies dessen Berechnungen über die angeblichen Steuerleistungen an Preußen als fehlerhaft zurück.²⁵⁷ Als er daran ging, am Nimbus des unerschütterlichen, prinzipientreuen Politikers zu rütteln, indem er Mohls innenpolitische Kehrtwendungen in der Kammer auflistete, stand er kurz vor dem Hinauswurf. Die Werbung für den eigenen Kandidaten litt dabei erheblich unter dem Eingeständnis, daß Fabrikant Lang wegen eines Nervenleidens nicht vor der Versammlung sprechen könne.

Eine ernste Gefahr erwuchs Mohl nach diesem Debakel der Deutschen Partei nicht vom Präsidenten der Handels- und Gewerbekammer, Loius Lang, sondern vom Präsidenten der Kammer der Standesherrn, Albert Graf Rechberg, der vom Ellwanger Stadtpfarrer Schwarz auf den Schild gehoben wurde. Graf Rechberg, der ebenfalls nicht selbst im Wahlkampf auftrat und sich mit einem Wahlschreiben begnügte, wurde von seinen Anhängern in den Amtsblättern und in der katholischen Presse Ellwangens als katholische, seriöse und großdeutsche Alternative zu »dem extremen Herrn Mohl«²⁵⁸ präsentiert. Die demokratischen Unterstützer Mohls wurden als »das Lager des alten wohlbekannten Bezirkswohlfahrtsausschusses«²⁵⁹ ausgemacht, woraus auch deutlich wird, daß die Deutsche Partei noch nicht als politische Kraft wahrgenommen wurde. Auf die katholischen Bauern zielte der Hinweis auf Mohls angeblich wenig volkstümlichen Einfluß auf die Besteuerung des Branntweins und die

²⁵⁵ Ebd.

²⁵⁶ Zu »5/6« schrieb ein nationalliberaler Korrespondent im Schwäbischen Merkur vom 6.3.1868, Nr. 57.

²⁵⁷ Eduard Pfeiffer hatte die Angaben Mohls über die Auswirkungen der Salz- und Tabakbesteuerung, die er in seinem »Mahnruf zur Bewahrung Süddeutschlands vor den äußersten Gefahren« über 100 Seiten ausbreitete, bereits auf der Landesversammlung der Deutschen Partei am 27.9.1867 als falsch zurückgewiesen. (Schwäbische Volks-Zeitung, Beilage zu Nr. 230, 2.10.1867). Mohl selbst räumte in einem Artikel in der AZ, Nr. 295, vom 22.10.1867, Irrtümer ein. Oberfinanzrat Riecke, vortragender Rat im Stuttgarter Finanzministerium, wies Mohl in mehreren Briefen im September 1867 auf Unkorrektheiten und überzogene Interpretationen des statistischen Materials hin. (LB Stuttgart, Cod. hist. 4° 742, Fasc. 16, Umschlag »Württemberg in seinen Beziehungen zu Preußen...«).

²⁵⁸ Amts- und Intelligenzblatt vom 19.3.1868, Nr. 32. Ein weiter Artikel ebd. vom 17.3.1868, Nr. 31. Der Nr. 31 war das Wahlschreiben Rechbergs beigelegt, das sich jedoch nicht erhalten hat, ebenso wie die Beilage zur Nr. 29, die den publizistischen Teil des Wahlkampfes für Rechberg im Oberamt eröffnete.

²⁵⁹ So die katholische Polemik im Amts- und Intelligenzblatt vom 19.3.1868, Nr. 32.

Hausiergesetzgebung. Die Verteidiger Mohls im Amtsblatt versäumten es dagegen nicht, die Forderung der Nachtragsentschädigung durch die Standesherrn ins Spiel zu bringen.²⁶⁰ Thema des Wahlkampfes war nun nicht mehr die Option für oder gegen Preußen, sondern verdeckt hinter dem Streit um die Person Mohls wieder wie 1862 die Konfessionsfrage.

Die Formen des Wahlkampfes sind aus dem Kapitel über die Wahl 1862 bekannt. Mohl reiste, nach einem zweitägigen Aufenthalt in Aalen Anfang März, vom 12. bis zum 21. März durch die übrigen drei Oberämter des Wahlkreises und sprach in 12 Orten vor Versammlungen mit 300–700 Teilnehmern²⁶¹, die die Anhänger für ihn arrangierten. Die katholische Seite stützte sich wie 1862 auf die organisatorische Infrastruktur der Kirche und begnügte sich zunächst mit der Verteilung von Flugblättern durch die Pfarrer und dem Einsatz der Presse. Im Verlauf des Wahlkampfes gingen sie zu Wahlversammlungen über, die nicht öffentlich ausgeschrieben wurden, wie Mohl bedauerte: »Wo meine Freunde davon etwas hören, erscheinen sie auch und schlagen die Pfarrer durch ihre Reden (deren sie Meister sind) in die Flucht.«²⁶²

Die einzige Neuerung des Wahlkampfes 1868 bestand im intensiven Einsatz der Druckerpresse für die Wahlwerbung, der unter dem Eindruck der Ausweitung des Wählerkreises durch die Einführung des allgemeinen Stimmrechtes notwendig erschien und durch die Einführung der Pressefreiheit 1864 erleichtert wurde. Alle drei Kandidaten wandten sich mit gedruckten Programmen an ihre Wähler, die sie unter anderem mit der Lokalpresse verteilten.²⁶³ Mohl legte für 20 000 Stimmberechtigte 3 000 Exemplare auf.²⁶⁴ Die Einzelbearbeitung der Wähler durch die Parteianhänger wurde ergänzt oder abgelöst durch die Verwendung vorgedruckter Stimmzettel in die Haushalte.²⁶⁵

Der Zollparlamentswahlkreis VII, der mit dem späteren Reichstagswahlkreis XIII²⁶⁶ identisch ist, bestand aus den vier Oberämtern Aalen, Ellwangen, Gaildorf und Neresheim. Die Wirtschaftsstruktur des Wahlkreises war nach den Ergebnissen der Berufszählung 1882 agrarisch dominiert, wie der Anteil der in der Landwirtschaft Erwerbstätigen von 54 % zeigt, der deutlich über dem Wert für Württemberg von 48,2 % und dem des Deutschen Reiches von 41,6 % lag.²⁶⁷ Zwischen dem industriereichen Oberamt Aalen und den drei übrigen Oberämtern waren die strukturellen Unterschiede erheblich:

²⁶⁰ Amts- und Intelligenzblatt vom 14.3.1868, Nr. 30.

²⁶¹ So die Schätzung Mohls in einem Brief an Julius Mohl vom 23.3.1868, Nr. 5.

²⁶² Ebd.

²⁶³ Chronik vom 19.3.1868, Nr. 68.

²⁶⁴ Brief an Julius Mohl vom 11.3.1868.

²⁶⁵ Ebd.

²⁶⁶ Nr. 320 bei G. A. RITTER, M. NIEHUS, Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch, 1980, S. 52.

²⁶⁷ Die Angaben für Württemberg in: Das Königreich Württemberg, 1886, S. 18–37. Für das Deutsche Reich vgl. G. A. RITTER, M. NIEHUS, Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch, 1980, S. 34.

Tabelle 2: Wirtschaftsstruktur des Reichstagswahlkreises XIII

Oberamt	Einwohner ²⁶⁸	Landwirtsch. in v. H.	Ind. u. Handw. ²⁶⁹ in v. H.	Handel u. Ver. ²⁷⁰ in v. H.
Aalen	29 217	36,0	48,5	7,1
Ellwangen	31 994	61,4	23,6	5,0
Gaildorf	25 855	62,8	24,8	5,0
Neresheim	21 938	56,8	29,4	5,2
Wahlkreis	109 004	54,0	31,7	5,6

Das Oberamt Ellwangen, das nach der Mediatisierung aus Teilen der ehemaligen Fürstprobstei Ellwangen geformt wurde, besaß eine rein agrarische Wirtschaftsstruktur. Noch 1882 verdienten lediglich 23,6 % der Erwerbstätigen ihren Lebensunterhalt in der Industrie, die weitgehend aus dem für den lokalen Bedarf produzierenden Handwerk bestand.²⁷¹ Nach der Berufszählung des Jahres 1882 rangierte Ellwangen in einer Tabelle, die den Anteil der gewerblich Tätigen zum Maßstab nimmt, unter den 60 Oberämtern Württembergs auf Platz 58, Aalen auf Platz 4, Gaildorf auf dem 53. Platz und Neresheim auf Rang 40.²⁷² Nimmt man die Bevölkerungsentwicklung als Maßstab wirtschaftlichen Wachstums, so zeigt sich daß die Entwicklung in Ellwangen zwischen 1846 und 1875 stagnierte.²⁷³ Die Bevölkerung wuchs in diesem Zeitraum um insgesamt 3 %, in den fünf Jahren bis 1880 dagegen um 4 %.

Auch über das Oberamt Neresheim mit dem Hauptort Bopfingen bemerkt die Oberamtsbeschreibung lapidar: »Die Hauptnahrungsquellen bestehen im Feldbau und Viehzucht. Die Gewerbe sind nur in Bopfingen von Bedeutung, in den übrigen Orten beschränken sie sich meist nur auf die örtlichen Bedürfnisse.«²⁷⁴ Die Bevölkerungsstatistik spiegelt ebenfalls diese stagnierende agrarische Wirtschaftsstruktur wider. Die nach dem Gemeinderecht ortsangehörige Bevölkerung stieg von 1843 bis 1870 um 5 %, die ortsanwesende Bevölkerung sank dagegen um 3 %. Im Jahr 1867 suchten von 25 725 Ortsangehörigen 3 648 ihr Auskommen außerhalb des Oberamtes.

Wie die Rangordnung nach dem Anteil der gewerblich Beschäftigten nahelegt, unterschied sich die Struktur des Oberamtes Gaildorf nicht von den agrarisch geprägten Nachbarbezirken. Die Oberamtsbeschreibung des Jahres 1852 bemerkt, »daß die Gewerbe-Industrie des Oberamtes sehr unbedeutend ist.«²⁷⁵

Der Wahlbezirk war zu 41 % evangelisch, wobei die katholische Bevölkerung in drei der vier Oberämtern überwog²⁷⁶:

²⁶⁸ Volkszählung 1880.

²⁶⁹ Industrie und Handwerk.

²⁷⁰ Handel und Verkehr.

²⁷¹ Die Beschreibung des Oberamtes Ellwangen, Stuttgart 1886, S. 203.

²⁷² Das Königreich Württemberg, 1886, S. 18–37.

²⁷³ Die Beschreibung des Oberamtes Ellwangen, 1886, S. 89. Vgl. auch W. v. HIPPEL, Wirtschafts- und Sozialgeschichte, 1992, S. 628 f.

²⁷⁴ Die Beschreibung des Oberamtes Neresheim, 1872, S. 89.

²⁷⁵ Die Beschreibung des Oberamtes Gaildorf, Stuttgart 1852, S. 71.

²⁷⁶ Das Königreich Württemberg, 1886, S. 23, nach der Volkszählung von 1880.

Tabelle 3: Konfessionsstruktur im Reichstagswahlkreis XIII

Oberamt	Aalen	Ellwangen	Gaildorf	Neresheim
Evang. in v. H.	44	10	93	22

Mohl siegte mit 68,7 % der abgegebenen Stimmen deutlich vor Rechberg mit 23,6 % und Lang, der mit 7,6 % weit unter dem Landesdurchschnitt der Deutschen Partei von 22,7 % blieb.²⁷⁷

Tabelle 4: Zollparlamentswahlen 1868

Oberamt	Einwohn. ²⁷⁸	Evang. ²⁷⁹	Wahlbet. ²⁸⁰	Mohl	Rechberg	Lang
Aalen	26 942	44 %	55 %	89,40 %	6,80 %	3,1 %
Ellwangen	30 666	10 %	49 %	63,70 %	35,60 %	0,7 %
Gaildorf	27 158	93 %	26 %	45,15 %	17,65 %	37,3 %
Neresheim	22 077	22 %	64 %	63,60 %	31,50 %	7,6 %
Summe	106 843	41 %	48 %	68,70 %	23,60 %	7,6 %

Dem katholischen Ellwanger Stadtpfarrer gelang es nicht, den Klerus geschlossen hinter Graf Rechberg zu bringen.²⁸¹ Im Gegensatz zum Jahr 1862 unterstützte der katholische Klerus des Oberamtes Aalen diesmal Mohl.²⁸² Auch in den beiden übrigen vorwiegend katholischen Oberämtern Neresheim und Ellwangen bekannten sich einige Pfarrer zu Mohl.

Die Deutsche Partei war um die Erfahrung reicher, daß im Zeitalter des allgemeinen Wahlrechts ein Kandidat, der öffentlich erklärte, »daß er Vertrauen, wo es ihm nicht entgegenkömmt, nicht erst besonders suchen will«²⁸³, kaum Boden gegenüber Mitbewerbern gewinnen konnte, die sich auf eine überlegene Organisation und auf den routinierten Einsatz sämtlicher Wahlwerbungsformen stützten. Das schlechte Wahlergebnis Mohls im evangelischen Gaildorf und der Achtungserfolg, den Lang dort erzielte, erklärt sich auch aus der Verärgerung der Gaildorfer über den Berichterstatter in Eisenbahnfragen, der sich 1861 gegen eine Linienführung über Gaildorf ausgesprochen hatte.²⁸⁴ So arbeiteten der Stadtschultheiß von Bopfingen und einige propreußische evangelische Geistliche gegen Mohl, der zudem keine persönlichen Beziehungen im

²⁷⁷ Die Wahlergebnisse im Amts- und Intelligenzblatt vom 28.3.1868, Nr. 63, für das Landesergebnis der Deutschen Partei vgl. H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 778.

²⁷⁸ Das Königreich Württemberg, 1886, S. 19, Volkszählung 1871.

²⁷⁹ Nach der Volkszählung 1880, vgl. oben.

²⁸⁰ Die Anzahl der Wahlberechtigten liegt nur für den gesamten Wahlkreis vor. Danach waren 19 % der Bevölkerung wahlberechtigt. Die Wahlbeteiligung in den Oberämtern wurde mit diesem Faktor errechnet.

²⁸¹ Vgl. A. SCHEUERLE, 1922, S. 204.

²⁸² Brief Moriz Mohls an Julius Mohl vom 11.3.1868, Nr. 4.

²⁸³ Schwäbische Chronik vom 19.3.1868, Nr. 68.

²⁸⁴ Bericht Mohls und Varnbülers, »betreffend den Gesetzentwurf vom 9. August 1861 über den Bau weiterer Eisenbahnen in der Finanzperiode 1861/64.« V.d.K.A., Beilagenbd. I, 4. Abt., Beil. 379, S. 2 516.

Oberamt besaß²⁸⁵, wie sie in dem von Honoratioren geprägten politischen System unentbehrlich waren.

Die beiden liberalen Parteien litten im Wahlkampf zum Zollparlament unter dem Loyalitätskonflikt zwischen dem langjährigen politischen Weggefährten Mohl und der Parteilinie, die die Führungen in Stuttgart vorgaben. Diese gewachsenen freundschaftlichen Beziehungen der örtlichen Honoratioren zu Mohl setzten der parteipolitischen Durchdringung der Provinz deutliche Grenzen. Die Deutsche Partei zog sich in Aalen wegen der persönlichen Verbundenheit ihrer führenden Mitglieder mit Moriz Mohl aus dem Wahlkampf zurück. Ein Teil der Volkspartei kümmerte sich nicht um die Direktive ihres Parteiführers Mayer, der schon 1866 in Aalen erklärt haben soll, »Mohl müsse weg«.²⁸⁶ Beide Parteien suchten in den Gewerbevereinen einen Ersatz für die fehlende eigene Organisation, wobei es nur der Volkspartei gelang, hieraus Vorteile zu ziehen.

Die Intensität, mit der Mohl den Wahlkampf führte, steigerte sich durch die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes gegenüber 1862 nicht mehr. Das allgemeine Wahlrecht und das Ende der politischen Reaktion zogen jedoch mit der großen allgemeinen Wählerversammlung und dem Massendruck von Wahlprogrammen den Einsatz neuer, in der Revolutionszeit altbewährter Werbemittel nach sich.

Exkurs: Moriz Mohl im Zollparlament und im Reichstag

Ebenso wie im Landtag der 1870er Jahre fand sich Moriz Mohl im Zollparlament und im Reichstag an den Rand gedrängt. Die Ursachen dafür sind in den politischen Positionen, in der Arbeitsweise des Zollparlamentes und auch im persönlichen Erscheinungsbild und Auftreten Mohls zu suchen. Die im Vergleich zum Landtag der 1850er und 1860er Jahre marginale Rolle, die Mohl im Zollparlament und im Reichstag spielen konnte, läßt sich in einem konzentrierten Exkurs schildern.

Im Zollparlament schloß sich Mohl der Süddeutschen Fraktion an, die ein politisch heterogenes Gebilde aus Zentrumspolitikern, württembergischen Großdeutschen und Sozialdemokraten war, die die Gegnerschaft gegen eine kleindeutsche preußisch dominierte Reichsgründung einte. Am Ende der dritten Session des Zollparlamentes feierte der bayerische Reichsrat Thünen beim Abschiedessen der Süddeutschen Fraktion²⁸⁷ Moriz Mohl in einem Toast als »Kanonier der Fraktion«.²⁸⁸ Dieses mehr den Effekt als die politische Substanz hervorhebende Kompliment erwarb sich Mohl durch die scharfen Worte, mit denen er gegen die Vertreter des Freihandels auftrat:

²⁸⁵ Brief Moriz Mohls an Julius Mohl vom 23.2.1868, Nr. 2.

²⁸⁶ Brief Moriz Mohls an Robert Mohl vom 14.12.1866, Nr. 189.

²⁸⁷ Vgl. W. SCHÜBELIN, 1935, S. 105 f.

²⁸⁸ A. RAPP, Württemberger, 1910, S. 356.

»Wenn die Hunnen und Vandalen durch Deutschland ziehen und die Städte verbrennen würden, so würden sie eine ähnliche Zerstörung hervorbringen wie der Freihandel, wenn der den Gewerbetreibenden ruiniert (Heiterkeit) und dem Landmanne den Absatz an die Gewerbsleute benimmt.«²⁸⁹

Auch gegen die Hansestädte pflegte Mohl die Feindschaft, die bereits im volkswirtschaftlichen Ausschuß der Paulskirche zutage getreten war. Er beklagte, »daß Städte, die außerhalb des Zollvereins und mit einem Fuße in England stehen«, dennoch »gegen das Deutsche Interesse« im Zollparlament Anträge für den Freihandel stellen dürften.²⁹⁰

In der zweiten und dritten Session wiederholte Mohl die Warnungen vor der Senkung der Zölle²⁹¹, wobei die faktenreichen Vorträge nicht immer die Aufmerksamkeit des Plenums fanden:

»Vize-Präsident: Ich bitte Sie im Interesse der Lungen des Herrn Redners, die Privatkonversation etwas leiser führen zu wollen.«²⁹²

Die zweite, immer wiederkehrende Klage Mohls richtete sich gegen die Eile des Geschäftsganges des Zollparlaments, das ohne Kommissionsberichte arbeitete. Es war ihm völlig unverständlich, daß Gegenstände, denen er nationale Bedeutung zumaß, wie beispielsweise der Zoll auf Zucker²⁹³, ohne gründliche Enquêtes beraten wurden.²⁹⁴ Die Praxis des Zollparlamentes, ohne gründliche Vorarbeiten in Ausschüssen und Kommissionsberichten zu beraten, brachte Mohl um den Einsatz seines wichtigsten parlamentarischen Handwerkszeuges. Anders als in der Paulskirche und im Landtag, wo er sich durch Fleiß und Sachkenntnis in den Kommissionen außerordentlichen Einfluß errang, waren dem Zollparlament und dem Reichstag bereits seine umfangreichen Debattenbeiträge lästig, die er auch mit Ergebnissen der Ausschubarbeit des Landtags bestritt.

²⁸⁹ S.B.V.Z., 9. Sitzung am 9.5.1868, S. 132.

²⁹⁰ S.B.V.Z., 16. Sitzung am 20.5.1868, S. 349.

²⁹¹ S.B.V.Z., 6. Sitzung am 14.6.1869, S. 60–63; 8. Sitzung am 16.6.1869, S. 144 ff.; 5. Sitzung am 30.4.1870, S. 59–65.

²⁹² S.B.V.Z., 8. Sitzung am 16.6.1869, S. 146. Der Korrespondent des nationalliberal redigierten Schwäbischen Merkur berichtete am 5.5.1870 aus dem Zollparlament, daß die Abgeordneten »jedemal in die lebhaftesten Privatunterhaltungen überzugehen pflegen, trotz der wiederholten Mahnungen des Präsidenten, wenn der braungelockte und weißbärtige Schwabe mit einem Arm voll Papieren sich auf die Rednertribüne versteigt. Seine schwache Stimme und seine bekannten Deduktionen machen es sogar den Journalisten unmöglich, ein treues Bild von den langen und zahlengespickten Reden ihres Landsmanns zu liefern.« Zitiert nach A. RAPP, Württemberger, 1910, S. 354.

²⁹³ In der 8. Sitzung am 16.6.1869, S.B.V.Z., S. 144, lobte Mohl die englischen und französischen Enquêtes zum Zuckerhandel. Vgl. die Drucksachen und Petitionen, auch an das Zollparlament, in seinem Nachlaß, Miscell. Mohlsche Sammlung, 8° Kaps, Kaps. 60 »Zucker I«, Kaps. 61 »Zucker II«; 4° Kaps, Kaps. 34 »Zucker, Zunftwesens«; Fol. Kaps., Kaps. 11.

²⁹⁴ S.B.V.Z., 5. Sitzung am 2.5.1868, S. 54; 15. Sitzung am 19.5.1868, S. 294; 9. Sitzung am 3.5.1870, S. 136.

Im Reichstag, dem er durch eine Nachwahl im September 1871 für eine Legislaturperiode angehörte, stand Moriz Mohl auch im Wortsinne allein.²⁹⁵ Die stenographischen Berichte vermitteln den Eindruck, daß der zahnlose Greis mit der roten Perücke und dem weißen Bart nicht mehr ernst genommen wurde.²⁹⁶ Zwei Tage, nachdem er in einem kenntnisreichen und langen Referat die württembergische Gewerbeordnung gegen die Ersetzung durch die Gewerbeordnung des Reiches verteidigt hatte, löste bereits die Ankündigung des Präsidenten, Dr. Mohl das Wort zu erteilen, »große Unruhe« im Plenum aus.²⁹⁷

Mohl sprach gegen den Antrag des Nationalliberalen Eduard Lasker, durch eine Änderung der Reichsverfassung die Gesetzgebungskompetenz des Reiches auszudehnen. Dabei wandte er sich gegen eine Reichskompetenz für alle Fragen des bürgerlichen Rechts und betonte zum einen den Wert lang bewährter föderaler Lösungen und bezeichnete zum anderen den Geschäftsgang des Reichstages als zu rasch, um zu Gesetzen zu kommen, die den gewachsenen Strukturen angemessen wären. Als er zu Illustration auf die 4 500 Berichte über die Weideverhältnisse in Württemberg verwies, die er als Referent durchgesehen haben will, mußte der Präsident wiederum um Ruhe bitten.²⁹⁸

In der Betonung der föderalen Struktur des zukünftigen Deutschen Reiches schloß sich Mohl dem Zentrum an.²⁹⁹ Dagegen trennten ihn die Zustimmung zum sogenannten Kanzelparagraphen³⁰⁰ und zum Jesuitengesetz³⁰¹ sowohl im Reichstag wie in seinem Wahlkreis von der katholischen Seite, auch wenn er im Gegensatz zu den leidenschaftlichen Auftritten im Landtag gegen das Konkordat im Reichstag nicht das Wort ergriff.

²⁹⁵ In der III. Session, 30. Sitzung am 28.5.1872, beantragte er die Vertagung der Etatdebatte. »Präsident: Ich bitte diejenigen Herren aufzustehen, die den Antrag untertützen. (Der Abgeordnete Dr. Mohl erhebt sich)«, S.B.V.R., S. 585. G. STOLTENBERG, 1955, S. 24 u. S. 111, ernannt Mohl zu einem der beiden Mitglieder der Fraktion der »Deutschen Volkspartei« und zum Vertreter der äußersten liberalen Linken, was auch auf der Grundlage der Reichstagsdebatten unhaltbar ist.

²⁹⁶ In der II. Session, 19. Sitzung am 11.11.1871, stand die Münzprägung durch das Reich zur Beratung, zu der Mohl zwei umfangreiche Publikationen vorgelegt hatte. Gleichwohl gelang es ihm nicht, sich als Experte Achtung zu verschaffen: »Meine Herren, ich möchte mir, wenn so viele Stimmen hier eine Mißbilligung darüber ausgedrückt haben, daß ich das Wort in dieser Frage ergreife, doch die Frage erlauben, wie viele unter ihnen sind, welche diesen Gegenstand so genau ergründet haben wie ich? (Heiterkeit und Bravo)«

²⁹⁷ S.B.V.R., 16. Sitzung am 7.11.1871, S. 163–165, 18. Sitzung am 9.11.1871, S. 223.

²⁹⁸ Dieses Plädoyer für den Föderalismus konnte er in der III. Session, 31. Sitzung am 29.5.1872 und in der IV. Session, 13. Sitzung am 2.4.1873 wiederholen, da der Antrag Laskers zu jeder Session wieder eingebracht wurde. Mohl erhielt dabei auch den Applaus des Zentrums.

²⁹⁹ Vgl. G. STOLTENBERG, 1955, S. 75.

³⁰⁰ S.B.V.R., II. Session, 31. Sitzung am 25.11.1871, S. 544, II. Lesung zum § 130 a Strafgesetzbuch, mit namentlicher Abstimmung.

³⁰¹ S.B.V.R., III. Session, 48. Sitzung am 19.6.1872, S. 1150, Gesetz, betreffend den Orden der Gesellschaft Jesu.

Der Wahlkampf für die Landtagswahl im Juli 1868, die nach der Verfassungsrevision ebenfalls in allgemeinen, direkten, gleichen und geheimen Wahlen entschieden wurde, geriet angesichts des Erfolges im Frühjahr nach der Einschätzung Mohls zur Formsache³⁰², welche er nach dem bekannten Muster ablaufen ließ: Wahlschreiben und siebentägige Rundreise.³⁰³ Die Inhalte des müden Wahlkampfes³⁰⁴ würdigten weder die Presse noch Mohl selbst in seinen Briefen eines eingehenderen Kommentars. Die Volkspartei verzichtete wegen der geschilderten persönlichen Loyalitäten ihrer örtlichen Vertreter und wegen der zu erwartenden Aussichtslosigkeit auf einen eigenen Bewerber eine Taktik, die sie auch in anderen Stimmkreisen gegenüber großdeutschen Kandidaten verfolgte.³⁰⁵ Die Deutsche Partei wurde erst während der Wahlreise Mohls aktiv und lud vier Tage vor der Wahl im Amtsblatt zu einer Besprechung, auf der Schultheiß Bäuerle zum Kandidaten gekürt wurde.³⁰⁶ Dieser erklärte jedoch umgehend in einem Inserat:

»Jener Vorschlag erfolgte gegen meinen ausdrücklichen Willen, und wie ich bei jedem Anlaß erklärte, so wiederhole ich es auch hier, daß ich bei meinen freundschaftlichen Beziehungen zu Herrn Moritz Mohl, dessen Wieder-Erwählung nicht entgegenstreben kann, obgleich ich in Deutscher sowie in verschiedenen wichtigen Landes-Fragen von seinen Anschauungen wesentlich abweiche.«³⁰⁷

Im Wahlkampf erhielt Mohl die Unterstützung von drei Seiten: Der Arbeiterbildungsverein unter dem Vorsitz des Volksparteimitgliedes Friedrich Simon beschloß »in einer überaus zahlreichen Versammlung [...] für die Wahl Mohls tätig zu sein.«³⁰⁸ Die Verwaltungen der staatlichen Hüttenwerke »und die übrigen hiesigen Fabriken«³⁰⁹ sorgten am Wahntag für ein rechtzeitiges Arbeitsende und gaben ihren Beschäftigten eigens gedruckte Wahlzettel mit dem Namen Mohls mit auf den Weg zur Urne. Die Anhänger der Volkspartei, so der spöttische Bericht des Oberamtmannes an das Innenministerium, begnügten sich damit, »Herrn Mohl 2 bis 3 Mann hoch auf seinen Wahlreisen zu begleiten u. die bitteren Pillen zu verschlucken, die er ihnen in seinen Reden an die Wähler eingab.«³¹⁰

Die württembergische Arbeiterbewegung verfolgte in den 1860er Jahren zwei politische Ziele: die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes und die Aufhebung der restriktiven Ehebeschränkungen, die in der Reaktionszeit unter dem Eindruck der Wirtschaftskrise noch einmal verschärft wurden.³¹¹ Allein in

³⁰² Brief Moriz Mohls an Robert Mohl vom 8.6.1868, Nr. 205.

³⁰³ Amts- und Intelligenzblatt vom 13.6.1868, Nr. 68 u. 20.6.1868, Nr. 71.

³⁰⁴ Der Oberamtmann schrieb nach der Wahl an das Innenministerium, »daß der Oberamtsbezirk Aalen bei den dem K. Ministerium bekannten Verhältnissen von einem Wahlkampf verschont geblieben ist[...]«. Aalen, 20. Juli 1868, HSTAST E 146 alt, Bü 1432.

³⁰⁵ Zum Landtagswahlkampf der Volkspartei vgl. G. RUNGE, 1970, S. 141 ff.

³⁰⁶ Amts- und Intelligenzblatt vom 4.7.1868, Nr. 77.

³⁰⁷ Amts- und Intelligenzblatt vom 7.7.1868, Nr. 78. Das Inserat stand unter dem Wahlaufruf der Deutschen Partei für Bäuerle.

³⁰⁸ Beobachter vom 11.7.1868, Nr. 160.

³⁰⁹ Brief von Wilhelm Haas an Hölder, Aalen 8.7.1868, NL Hölder, Fasc. 10.

³¹⁰ HSTAST E 146 alt Bü 1432, Bericht Wittichs vom 24.7.1868.

³¹¹ Vgl. W. SCHMIERER, Arbeiterbildung, 1970.

der zweiten Frage erwarb sich Mohl zuletzt 1865 mit einem Plädoyer gegen die Ehebeschränkungen in der Kammer Verdienste für die Arbeiterschaft. Dagegen stand sein vehementes Auftreten gegen jede Form der gewerkschaftlichen Organisation während der Diskussion des Streikrechtes bei der Verabschiedung der Gewerbeordnung 1862 und die skeptischen Äußerungen über das allgemeine Wahlrecht 1864. Das Motiv für die Wahlhilfe der Arbeiterschaft lag in der Gefährdung des größten Arbeitgebers, der staatlichen Hüttenwerke, durch die öffentlichen Forderungen nach der Aufhebung des staatlichen Hüttenmonopols und den Verkauf der Werke, gegen die Mohl seit über 10 Jahren in der Kammer das Wort führte, was der Arbeiterbildungsverein über alle politischen Trennlinien hinweg honorierte.

Die Ausgabe der gedruckten Stimmzettel durch die Hüttenverwaltung folgte der gleichen Motivation. Die Unterstützung der »übrigen hiesigen Fabriken« verdiente sich Mohl darüber hinaus wahrscheinlich mit seinem Widerstand gegen die geplante Reform und Erhöhung der Gewerbebesteuerung zugunsten der Landwirtschaft, die ein Thema des Wahlkampfes im Sommer 1868 war.

Der Wahlsieg Mohls fiel mit 85 % der abgegebenen Stimmen etwas schlechter aus als bei den Zollvereinswahlen im Oberamt. Daraus kann jedoch nicht unbedingt auf einen bescheidenen Zugewinn der Deutschen Partei geschlossen werden, da Schultheiß Bäuerle 2/3 seiner Stimmen im Wahlbezirk der eigenen Gemeinde gewann. In der Oberamtsstadt erzielte Bäuerle knapp 15 %, in den übrigen überwiegend katholischen Stimmbezirken nie über 2 %. Die Wahlbeteiligung lag mit 63 % wenig unter dem Landesdurchschnitt von 65 % und schwankte in den Abstimmungsbezirken von 72 % in Aalen über 68 % in Wasseralfingen bis zu 52 % in den Landgemeinden.³¹² Die Mobilisierung der Arbeiterschaft und der Gewerbetreibenden findet hier ihren Ausdruck.

Tabelle 5: Landtagswahl im Juli 1868 im Oberamt Aalen

Stimmbez. ³¹³	Einw.	Kathol.	Wahlbet.	Mohl	Bäuerle
Aalen	5 362	13 %	72,2 %	84,6 %	14,8 %
Abtsgmünd ³¹⁴	5 160	13 %	58,6 %	98,8 %	0,8 %
Hohenstadt ³¹⁵	3 458	76 %	70,9 %	97,9 %	1,6 %
Essingen ³¹⁶	4 029	17 %	53,7 %	26,9 %	71,3 %
Oberkochen ³¹⁷	2 805	82 %	52,0 %	99,7 %	0,0 %
Wasseralfingen ³¹⁸	6 206	84 %	68,3 %	97,8 %	2,1 %
Summe	27 020	56 %	63,7 %	85,4 %	14,0 %

³¹² Die Wahlbeteiligung der württembergischen Oberämter bewegte sich zwischen 50,5 % und 86,6 %, vgl. H. BRANDT, *Parlamentarismus*, 1987, S. 169.

³¹³ Amts- und Intelligenzblatt, 11.7.1868, Nr. 80. Die Anzahl der Wahlberechtigten und die Anzahl der Abstimmenden liegt für jeden Stimmbezirk vor.

³¹⁴ Abtsgmünd, Dewangen, Pommertsweiler, Adelsmannsfelden.

³¹⁵ Hohenstadt, Heuchlingen, Laubach, Neubronn, Schechingen.

³¹⁶ Essingen, Lauterburg, Unterrombach.

³¹⁷ Oberkochen, Unterkochen.

³¹⁸ Wasseralfingen, Hofen, Hüttlingen.

Der Landtagswahlkampf im Dezember 1870, der durch die vorzeitige Auflösung der Kammer, mit der sich die Regierung eine verlässliche Mehrheit für die Reichseinigung sichern wollte, notwendig geworden war, fand unter vollständig veränderten Vorzeichen statt. Der Krieg gegen Frankreich ließ auch in Aalen die Emotionen hochschlagen.³¹⁹ Eine Woche nachdem Mohl in der Kammer erklärt hatte, er hätte eine »bewaffnete Neutralität«³²⁰ vorgezogen, meldete das Amtsblatt am 30. Juli den Konsens der Parteien über die Notwendigkeit des Krieges:

»Im Hinblick des dem deutschen Volke aufgedrungenen Kampfes haben auch im diesseitigen Bezirke die politischen Parteien sich vollständig geeinigt, und Niemand dürfte es in hiesiger Stadt wagen, über die Gerechtigkeit des Krieges auf unserer Seite Zweifel zu äußern.«³²¹

Die Volkspartei wurde durch den Ausbruch des Krieges und die sich daraus ergebenden Folgen für ihr politisches Programm auch in Aalen geradezu paralytisiert. Die Agitation gegen das Kriegsdienstgesetz, auf die sich die Parteiarbeit der VP gestützt hatte, fiel in sich zusammen. Der Widerstand gegen einen Zusammenschluß mit Preußen verlor sich angesichts des gemeinsamen Feldzuges auch unter den Aktivisten der Volkspartei in Aalen. Auf dem Höhepunkt der Begeisterung nach dem Sieg bei Sedan schlossen sich die Gründungsmitglieder des Ortsvereins der Volkspartei auf einer Versammlung in Aalen am 4. September 1870 der Stuttgarter Erklärung der Deutschen Partei an, die den Beitritt der süddeutschen Staaten zum Norddeutschen Bund und die Annexion Elsaß-Lothringens forderte.³²²

Im Wahlkampf trat die Volkspartei nur durch einen einzigen Artikel des Apothekers Cloß im Amtsblatt in Erscheinung, der ganz auf der Linie der Parteiführung forderte, das Volk habe sich nicht nur die Einheit, sondern in erster Linie die Freiheit erkämpft, die nur »der deutsche Föderativstaat, mit durch freie Wahlen aus dem Volke direkt herausgewähltem konstituierendem Parlament«³²³ gewährleisten könne. Obwohl Mohl in seinem »Mahnruf« von 1867 das gleiche nationalpolitische Programm wie die Volkspartei verfolgte, konnte der entschiedene Demokrat Cloß sich nicht zu einer offenen Empfehlung für Mohl durchringen.

Mohl mußte sich im Wahlkampf diesmal allein auf die alten Freunde stützen, die ihm im Oktober 1870 beunruhigende Nachrichten aus Aalen sandten. Zweimal reiste er daher in den folgenden Wochen in den Wahlkreis, um den Wahlkampf mit den Freunden vorzubereiten, deren Zahl er mit etwa 10 angibt.³²⁴ Das erste Mal in seinem Leben als Parlamentarier sah er sich dabei dem

³¹⁹ Amts- und Intelligenzblatt vom 26.7.1870, Nr. 86 und 30.7.1870, Nr. 88.

³²⁰ V.d.K.A., 1868/70, Protokollbd. 1, 25. Sitzung am 22.7.1870, S. 445.

³²¹ Amts- und Intelligenzblatt vom 30.7.1870, Nr. 88.

³²² Friedrich Majer an Hölder, NL Hölder, Fasc. 14, Nr. 224.

³²³ Amts- und Intelligenzblatt vom 26.11.1870, Nr. 145.

³²⁴ Brief Moriz Mohls an Julius Mohl vom 20.11.1870, Nr. 28.

ernsten Versuch der Anhänger ausgesetzt, Einfluß auf die politische Position ihres Abgeordneten zu üben.

Die Deutsche Partei lernte aus den Erfahrungen der vorausgegangenen zwei Wahlkämpfe. Sie gewann rechtzeitig vor der Wahl den beliebten Aalener Stadtschultheißen Oesterlein als Kandidaten, für den sie in seitengroßen Inseraten im Amtsblatt warb, ohne dabei den Namen der Deutschen Partei ausdrücklich zu erwähnen.³²⁵ Über zwanzig Honoratioren unterzeichneten den sich über eine Seite ziehenden Text, der die Kriegsbegeisterung und die nationale Euphorie für sich nutzte und Mohl eine herbe Abfuhr erteilte:

»Einen Mann, der Alles was 1866 und seitdem geschehen als ein bejammernswerthes Werk der Gewalt rückgängig zu machen strebt, einen Mann, der mit eifrigem Zahlenstudium nur für die *Lasten*, nicht aber auch für den *Segen* eines deutschen Bundesstaates Augen und Ohren hat, können und wollen wir jetzt, da es gilt, diesen Staat zu schaffen, nicht wählen.«

Der Kandidat Oesterlein setzte in einem halbseitigen Inserat³²⁶, mit dem er auf den Wahlvorschlag der DP antwortete, jedoch nicht allein auf die nationale Karte, sondern versprach »volksthümliche Lösungen« für die Verfassungsrevision, für das Weideablösungsgesetz und für die Gemeindeordnung. »Im Interesse des unverhältnißmäßig schwer belasteten Bauernstandes«³²⁷ wolle er auf das Steuergesetz Einfluß nehmen. Diese Aufzählung der Aufgaben der nächsten Legislaturperiode war gleichzeitig eine Liste der Verstöße Mohls gegen liberale und demokratische Grundpositionen, ebenso wie gegen die Interessen der Landwirtschaft in den vorausgegangenen Landtagen: Das Eintreten für die lebenslängliche Amtsdauer der Ortsvorsteher, die zögerliche Haltung in der Verfassungsrevision und das Festhalten an der hohen Steuerquote für die Landwirtschaft. In der Frage der Weiderechtsablösung haftete Mohl der Makel an, durch die verspätete Berichterstattung die Verschleppung des Gesetzes durch die Regierung mitverschuldet zu haben.

Die Inseratenkampagne der DP flankierten eingeschlepte Artikel im Amtsblatt. Neben nationalen Appellen im Stile des oben zitierten Wahlinserats finden sich massive Angriffe auf die bisherige Landtagsarbeit Mohls, die in der Behauptung gipfelte: »Er schadet in der Kammer mehr als er nützt.«³²⁸ Seine Zeit sei abgelaufen, er habe in der Frage der Steuerreform bewiesen, daß ihm der Blick für die sozialen Verhältnisse der ärmeren Bevölkerung abhanden gekommen sei, sein »verzögerliches Bestreben«, womit auf seine Berichterstattung angespielt wurde, habe den Staat viel Geld gekostet.

Die Freunde in Aalen konnten oder wollten diesen Angriffen nichts entgegensetzen. Die Ära Mohl schien in Aalen endgültig vorbei zu sein. Das Wegfal-

³²⁵ Amts- und Intelligenzblatt vom 24.11.1870, Nr. 114 und noch einmal mit dem gleichen Text in Nr. 147.

³²⁶ Beilage zum Amts- und Intelligenzblatt vom 26.11.1870, Nr. 145.

³²⁷ Ebd.

³²⁸ Amts- und Intelligenzblatt vom 22.11.1870, Nr. 143. Der Autor zitiert hier einen Satz des Führers der Volkspartei Carl Mayer aus dem Beobachter vom 12.2.1865.

len des großdeutschen Widerstandes gegen eine preußische dominierte Reichsgründung, der Mohl und die Aalener Bürgerschaft noch zwei Jahre zuvor geeint hatte, gab den Blick frei auf seine Landtagsarbeit in den 1860er Jahren, der offenbarte, daß sich mit ihm keine Hoffnungen und Visionen mehr verbinden ließen. Das galt nicht nur für den Eintritt in das verheißene Land des deutschen Nationalstaates. Die Haltung des ehemaligen »Radikaldemokraten« zur Revision der württembergischen Verfassung und Verwaltung war völlig unberechenbar geworden. Auch in der Wirtschaftspolitik hatte Mohl seine Schuldigkeit getan. Aalen verfügte über einen Eisenbahnananschluß nach Stuttgart und nach Nördlingen, und die Vollendung der Linie nach Ulm stand außer Zweifel. Die Gewerbefreiheit war eingeführt, und die Schutzzollfrage lag nicht mehr in der Kompetenz des Landtags.

Mohl, der es gewohnt war, mit Böllerschüssen und Ständchen begrüßt zu werden, schweigt sich in den Briefen an die Brüder über den Empfang im Wahlkreis und den Verlauf des Wahlkampfes aus, der auch aus Presseberichten nicht rekonstruiert werden kann.³²⁹ Der Ablauf des Wahlkampfes selbst folgte dem bekannten Muster mit einem Wahlschreiben Mohls im Amtsblatt am 1. November 1870, der Ankündigung seiner Wahlreise im Amtsblatt am 19. November durch drei Freunde, die bisher mit Ausnahme des Altachtundvierzigers Moriz Bertrand noch nicht parteipolitisch in Erscheinung getreten waren, und der Wahlreise selbst, die ihn vom 26. November bis zum 4. Dezember in 9 Tagen durch 18 Gemeinden führte.

Die Deutsche Partei unter der Führung des Fabrikanten Majer, der 1868 noch ein Vorgehen gegen Mohl abgelehnt hatte, setzte dem alten Routinier diesmal einen professionell geführten Wahlkampf entgegen, für den die Aalener die Unterstützung der Parteizentrale in Stuttgart erhielten.³³⁰ Redakteur Stierlin widmete der Abschlußveranstaltung ein Extrablatt des Amts- und Intelligenzblattes mit einer unverhohlenen Empfehlung für den nationalliberalen Kandidaten. In den Tagen vor der Versammlung in Aalen reiste Oesterlein durch die Landgemeinden, um Wahlreden zu halten.

Das erste Mal seit 1862 sah sich Mohl wieder mit der Wahlbeeinflussung durch die Regierung konfrontiert, die 1868 noch mit den Großdeutschen sympathisiert hatte. Der Kurswechsel der Regierung zur kleindeutschen Reichseignung ließ diese nun die Zusammenarbeit mit der Deutschen Partei suchen. Innenminister Scheuerlen wandte sich im Vorfeld des Wahlkampfes mit der Bitte an die Führung der Deutschen Partei, die Bekämpfung Mohls zu übernehmen, da ein Kandidat der Regierung in Aalen keine Aussicht auf Erfolg habe.³³¹ Die Wahlmanipulation der Regierung »vom Ministerium an bis zum

³²⁹ Lediglich die Schwäbische Chronik meldete am 30.11.1870, sein »in Spezialitäten eingehender Vortrag« sei mit »vielseitigem Applaus« bedacht worden.

³³⁰ Brief Majers an Hölder vom 29.11.1870, NL Hölder, Fasz. 14, Nr. 412, Extrablatt des Amts- und Intelligenzblattes vom 3. Dezember 1870, Brief Majers an Hölder ohne Datum, NL Hölder, Fasz. 14, Nr. 424.

³³¹ A. RAPP, Württemberger, 1910, S. 438 f.

Straßenwärter herab«, so die Klage der Anhänger Mohls im Amtsblatt nach der Wahl, hinterließ keine konkreten Spuren.³³²

Das Wahlergebnis brachte erdrutschartige Verluste für Mohl in der Oberamtsstadt, deren Wahlbeteiligung mit 74 % wieder deutlich über dem Durchschnitt des Wahlkreises mit 55 % lag. Stadtschultheiß Oesterlein erhielt 73 % der in Aalen abgegebenen Stimmen. Den Wahlsieg mit 51 % holte Mohl sich diesmal in den katholischen Gemeinden, wobei der starke Rückhalt bei den überwiegend katholischen Hüttenarbeitern in Wasseralfingen bei der dort hohen Wahlbeteiligung von 69 % besonders wertvoll war. Nur 185 Stimmen bei 5 092 Wahlberechtigten und 2 816 Abstimmenden trennten Mohl und Oesterlein, der 45 % erreichte.

Tabelle 6: Landtagswahl Dezember 1870 im Oberamt Aalen

Stimmbezirk ³³³	Einwohner ³³⁴	Wahlbet.	Kathol. %	Mohl in %	DP in %
Aalen	5 552	73,9 %	17 %	25,3 %	73,4 %
Abtsgmünd	5 078	43,4 %	60 %	73,5 %	24,4 %
Hohenstadt	3 319	54,4 %	77 %	64,5 %	34,9 %
Essingen	3 867	42,7 %	20 %	5,1 %	71,8 %
Oberkochen	2 878	52,8 %	82 %	81,0 %	17,2 %
Wasseralfingen	6 463	57,2 %	84 %	76,6 %	22,4 %
Summe	27 157	55,3 %	56 %	51,2 %	44,7 %

Tabelle 7: Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl in Aalen 1870 nach Ortschaften

Ort ³³⁵	Wahlber.	Abstimm.	Wahlbet.	Kath. ³³⁶
Aalen	1 109	819	73,85 %	17 %
Abtsgmünd	260	134	51,54 %	94 %
Adelmannsfelden	283	109	38,52 %	19 %
Dewangen	194	97	50,00 %	86 %
Essingen	400	160	40,00 %	7 %
Fachsenfeld	196	68	34,69 %	80 %
Heuchlingen	137	80	58,39 %	98 %
Hofen	149	67	44,97 %	96 %
Hohenstadt	152	68	44,74 %	93 %
Hüttlingen	244	138	56,56 %	97 %
Laubach	106	55	51,89 %	37 %
Lauterburg	110	73	66,36 %	5 %
Neubronn	68	48	70,59 %	2 %

³³² Amts- und Intelligenzblatt vom 15.12.1870, Nr. 153. Nach der Wahl lieferte der Oberamtman am 9.12.1870 und am 11.12.1870 zwei ungewöhnlich detaillierte Berichte über die Stimmenverteilung und die Wahlbeteiligung in den einzelnen Gemeinden an das Innenministerium. HSTAST, E 150, Bü 857.

³³³ HSTAST, E 150, Bü 857, Bericht des Oberamtes Aalen vom 11.12.1870, vgl. auch Amts- und Intelligenzblatt vom 8.12.1870, Nr. 150. Zur Stimmkreiseinteilung vgl. die Tabelle zur Landtagswahl 1868.

³³⁴ STALB, E 238 III, Film S II 7 693.

³³⁵ HSTAST, E 150, Bü 857, Bericht des Oberamtes Aalen vom 7.12.1870.

³³⁶ STALB, E 238 III, Film S II 7 693.

Oberkochen	229	139	60,70 %	68 %
Pommertsweiler	140	41	29,29 %	39 %
Schechingen	147	81	55,10 %	96 %
Unterkochen	288	134	46,53 %	92 %
Unterrombach	320	121	37,81 %	42 %
Wasseralfingen	560	384	68,57 %	77 %
Summe	5 092	2 816	55,30 %	56 %

Die Selbstaufgabe der Volkspartei in Aalen und der bestens organisierte Erfolg der Deutschen Partei legen das Eigengewicht bloß, das Mohl sich in den vorhergehenden Jahrzehnten zunächst mit und seit Mitte der 1860er Jahre in wachsendem Maße gegen die Parteien erworben hatte. Die Landtagswahl 1870 war die erste, in der Mohl keine Partei zur Seite stand, sei es in der Bedeutung einer Gesinnungs- und Fraktionsgemeinschaft wie 1849–1862, sei es in Form rudimentärer Organisation wie 1868. Die nächsten beiden Wahlen, die Reichstagswahl im März 1871 und die Nachwahl zum Reichstag im September 1871 bestritt Mohl noch einmal alleine mit seinen einflußreichen Freunden gegen alle Parteien.

Bereits kurz nach der Landtagswahl begannen die Vorbereitungen für die erste Reichstagswahl. Angesichts der immer noch starken antipreußischen und konservativen Strömungen im Reichstagswahlkreis Ellwangen-Gaildorf-Neresheim-Aalen empfahl Rechtsanwalt Löwenstein der Parteiführung in Stuttgart die Unterstützung des Ellwanger Kreisgerichtsrates Streich, der über den Vorzug verfügte, katholisch zu sein und somit ein Wahlbündnis mit den Katholiken ermöglichte. Löwenstein gestand in seinem Brief das hohe Maß an Selbstverleugnung ein, das eine Kandidatur Streichs, der bis vor kurzem als Großdeutscher hervorgetreten war, für die Deutsche Partei bedeuten würde: »Doch um Mohl hinaus zu bringen, würde ich schließlich auch in diesen sauren Apfel beißen.«³³⁷ Die Kandidatur Streichs stellte die junge Partei im Wahlkreis vor eine Zerreißprobe. Auf einer Versammlung der Vertrauensmänner der vier Oberämter am 12. Februar 1871 in Aalen gelang es Löwenstein, Steich gegen einen Aalener Kandidaten durchzusetzen.³³⁸ Der Vorstand des Aalener Ortsvereins schrieb noch am selben Tag an Hölder, »daß ich kaum mit Ehre, wenn ich mich der Majorisierung fügen soll, für Streich agitieren könnte.«³³⁹ Bei den Zollvereinswahlen zwei Jahre zuvor hatte Majer sich mit einer ähnlichen Erklärung noch aus dem Wahlkomitee der Deutschen Partei verabschiedet. Nun gewann die fortgeschrittene Parteiorganisation ihre Eigengesetzlichkeit und Majer mußte zunächst den Ortsverein zu einer Beratung der gemeinsamen Haltung in dieser Frage einladen.³⁴⁰

³³⁷ Brief Löwensteins an Hölder vom 8.1.1871, NL Hölder Fasc. 15, Nr. 164.

³³⁸ Schwäbische Chronik vom 15.2.1871, Nr. 38.

³³⁹ NL Hölder, Fasc. 15, Nr. 100.

³⁴⁰ Das Ergebnis dieser Besprechung ist nicht bekannt, doch exponierte sich mit Ausnahme von Stadtschultheiß Oesterlein kein Aalener namentlich im Inseratenteil des Amtsblattes für Streich.

Moriz Mohl, der bereits am 2. Februar 1871 in einem halbseitigen Inserat im Amtsblatt seine Kandidatur anbot, schien zunächst allein zu stehen gegen diese Koalition aus Deutscher Partei, katholischer Partei, Regierung und Amtsblatt, das euphorische Berichte über Streichs Wahlkampfauftritte druckte.³⁴¹ Zwei Wochen vor der Wahl riefen »mehrere Freunde Moriz Mohls« zu einer Delegiertenversammlung nach Aalen ein, auf der »die alten Freunde Moriz Mohls« zur Wahl Stellung beziehen wollten.³⁴² Als Resultat dieser Besprechung, die erst drei Tage nach der Wahlkampfrede Mohls³⁴³ in Aalen stattfand, erschien ein Wahlaufruf im Amtsblatt, in dem die 62 namentlich Unterzeichnenden, die zum größten Teil aus Aalen, Wasseralfingen und der Stadt Ellwangen kamen, versprachen, »daß ihm Treue mit Treue gelohnt werde [und] daß, nachdem die Einheit vollzogen ist, die Freiheit erstrebt werden muß, und daß deshalb zum inneren Ausbau des deutschen Reichs Männer gewählt werden müssen, welche mit unerschrockenem standhaften Muthe für des Volkes Freiheit und Wohlfahrt eintreten[...]«. ³⁴⁴

Die Anzeige deutet zum einen darauf hin, daß sich ein Teil dieser Delegierten aus den Resten der Volkspartei im Bezirk rekrutierte, die sich offiziell an der Reichstagswahl im März 1871 nicht mehr beteiligte.³⁴⁵ Zum anderen war die Erinnerung an den Demokraten Mohl der 1848er Revolution und der Reaktionszeit bei den politischen Weggefährten noch wach. Viele der unterzeichnenden Aalener Honoratioren sind aus dem Kapitel über die Aalener Vereine und Parteien bekannt. Von der Volkspartei in Aalen waren mit Rechtsanwalt Ruoff und dem Vorsitzenden des Arbeiterbildungsvereins Friedrich Simon zwei ihrer drei Gründungsmitglieder vertreten. Aus Ellwangen unterzeichnete der dortige Landtagsabgeordnete der Volkspartei Retter.³⁴⁶

Die neue, zuerst von der Deutschen Partei im November 1870 geübten Sitte, Wahlinsereate mit Unterschriftenlisten zu versehen, bringt auch die politische Dominanz der städtischen Honoratiorenschaft ans Licht. Von den 35 Unterzeichnern aus dem Oberamt Aalen kommt nur einer aus einer bäuerlich geprägten Landgemeinde.

Das erste Mal in 23 Jahren, das erste Mal nach 11 erfolgreichen Wahlkämpfen fiel Mohl durch: »Endlich einmal«, wie der Aalener Vertrauensmann der DP in der Siegesmeldung an Hölder erleichtert schrieb.³⁴⁷ Mohl konnte sich zwar im Oberamt Aalen und im Oberamt Ellwangen knapp behaupten und unterlag im Oberamt Neresheim ebenso knapp. Den Ausschlag gaben die Gaildorfer Protestanten, die den Katholiken Streich mit 84 % der Stimmen

³⁴¹ Amts- und Intelligenzblatt vom 28.2.1871, Nr. 24.

³⁴² Amts- und Intelligenzblatt vom 18.2.1871, Nr. 20.

³⁴³ Ebenfalls im Amts- und Intelligenzblatt vom 18.2.1871, Nr. 20 lud Mohl für den 23.2. in den Gasthof zur Post.

³⁴⁴ Amts- und Intelligenzblatt vom 23.2.1871, Nr. 22.

³⁴⁵ Vgl. G. RUNGE, 1970, S. 177. Zum nationalpolitischen Programm der Volkspartei vom Oktober 1870, das in dem Inserat nachklingt, vgl. ebd., S. 169.

³⁴⁶ Vgl. zu der Versammlung auch Der Beobachter vom 21.2.1871, Nr. 43.

³⁴⁷ NL Hölder, Fasc. 15, Aalen 6. März 1871.

wählten. Neben der Verstimmung in der Eisenbahnfrage vermutete Mohl dahinter den Einfluß der ihm durch seine Kammerauftritte verfeindeten protestantischen Geistlichkeit, »welche den Corporal in Berlin als ihren Papst anbeten.«³⁴⁸ Das Wahlergebnis im Oberamt Aalen ist nicht auf einen Nenner zu bringen. In der Oberamtsstadt konnte Mohl wieder an Boden gewinnen und 63 % der Stimmen erreichen. Im katholischen Wasseralfingen mit seinem Hüttenwerk votierten sogar 96 % der Wähler für ihn. In vier der sieben überwiegend evangelischen Gemeinden erhielt Mohl insgesamt nur eine Stimme, in den übrigen drei erzielte er deutliche Mehrheiten bis zu 84 %. Die katholischen Gemeinden stimmten zu einem Teil für den Katholiken Streich, zum anderen Teil für Moriz Mohl.

Tabelle 8: Wahlergebnis der Reichstagswahl im März 1871 im Oberamt Aalen³⁴⁹

	Einwohner	Kath. in v. H.	Wahlbeteiligung in v. H. (Schätzung) ³⁵⁰	Mohl in v. H.	Streich in v. H.
Aalen	5 552	17	60	63	37
Abtsgmünd	1 584	94	53	15	85
Adelmannsfelden	1 659	19	46	84	16
Dewangen	1 056	86	65	38	62
Essingen	1 868	7	70	5	90
Fachsenfeld	1 033	80	61	41	59
Heuchlingen	759	98	72	73	26
Hofen	826	96	67	45	55
Hohenstadt	867	93	39	28	72
Hüttlingen	1 387	97	38	70	30
Laubach	535	37	63	0	100
Lauterburg	521	5	91	0	100
Neubronn	340	2	78	2	98
Oberkochen	1 206	68	55	51	49
Pommertsweiler	779	39	39	55	45
Schechingen	818	96	68	25	75
Unterkochen	1 672	92	55	61	39
Unterrombach	1 478	42	44	74	26
Wasseralfingen	77	77	59	96	4
Summe	27 157	56	57	52	48

³⁴⁸ Brief Moriz Mohls an Robert Mohl vom 13.3.1871, Nr. 274.

³⁴⁹ Amts- und Intelligenzblatt vom 9.3.1871, Nr. 28.

³⁵⁰ Bekannt ist die Anzahl der abgegebenen Stimmen. Die Wahlbeteiligung wurde unter der Annahme geschätzt, daß 20 % der Bevölkerung wahlberechtigt waren.

Tabelle 9: Das Ergebnis des Reichstagswahlbezirks im März 1871³⁵¹

Oberamt	Mohl	Streich
Aalen	51 %	47 %
Ellwangen	50 %	50 %
Gaidorf	15 %	84 %
Neresheim	44 %	56 %
Summe	42 %	58 %

Die Wahlbeteiligung lag bei 60,2 %.³⁵²

Nach der Wahl bereitete Mohl sich gedanklich auf den parlamentarischen Ruhestand vor: »Da ich in mein 70stes Jahr gehe, so bin ich damit politisch tod und abgetan.«³⁵³ Auch sein Landtagsmandat, so fürchtete er, werde er wohl nicht mehr halten können. »Ich werde mich daher für den Rest meines Lebens auf eine litterarische Thätigkeit einrichten, und wohl sehen, was ich dem Allgemeinen dadurch nützen kann.«³⁵⁴ Die Verstimmung scheint tatsächlich nachhaltig gewesen zu sein, denn im Wahlkampf zur Nachwahl³⁵⁵ für den Reichstag im September 1871 verhielt er sich völlig passiv und sandte keine Bewerbung nach Aalen.

Die Deutsche Partei mußte sich durch das Ausscheiden Streichs aus dem Reichstag nach einem neuen Bundesgenossen umsehen und traf sich mit den Vertretern der Volkspartei am 7. September 1871 in Aalen, um eine gemeinsame Kandidatur zu besprechen.³⁵⁶ Die Deutsche Partei bewies auch hier noch kein Selbstbewußtsein und schlug den 1848er-Demokraten Eduard Forster vor, der bis 1870 Mitglied des Landeskomitees der Volkspartei gewesen war.³⁵⁷ Forster lehnte ab und brachte Mohls Namen ins Spiel, den wiederum die Deutsche Partei als »reine Unmöglichkeit« zurückwies. Gemeinsamer Kandidat von Volkspartei und Deutscher Partei wurde schließlich Domänenrat Essich, für den die Vorstände der beiden Ortsvereine, Fabrikant Majer und Rechtsanwalt Ruoff, einträchtig im Amtsblatt inserierten.³⁵⁸ In der gleichen Ausgabe, eine Woche vor der Wahl, plazierten die Freunde Mohls »noch in der elften Stunde«³⁵⁹ einen Aufruf für ihn. Mohl selbst verzichtete diesmal auf Wahlschreiben und Rundreise. Da die Katholiken in Ermangelung eines geeigneten Kandidaten zur Wahlenthaltung aufriefen, glückte ihm diesmal bei einer Wahlbeteiligung von nur 26 % mit deutlichem Abstand der Sprung in den Reichstag.

³⁵¹ Amts- und Intelligenzblatt vom 9.3.1871, Nr. 28.

³⁵² C. GROSSE u. C. RAITH, 1912, S. 25.

³⁵³ Brief Moriz Mohls an Julius Mohl vom 7.3.1871, Nr. 7.

³⁵⁴ Ebd.

³⁵⁵ Streich wurde im Staatsdienst befördert und verlor damit automatisch nach Art. 21 Reichsverfassung sein Reichstagsmandat.

³⁵⁶ Schwäbische Chronik vom 10.9.1871, Nr. 214.

³⁵⁷ Vgl. G. RUNGE, 1970, S. 43.

³⁵⁸ Amts- und Intelligenzblatt vom 19.9.1871, Nr. 110.

³⁵⁹ So der Korrespondent der Schwäbischen Chronik vom 21.9.1871 aus Aalen.

Tabelle 10: Wahlergebnisse im Oberamt Aalen bei der Reichstagswahl im September 1871³⁶⁰

	Einwohner	Kath. in v. H.	Wahlbeteiligung in v. H. (Schätzung)	Mohl in v. H.	Essich in v. H.
Aalen	5 552	17	36	65,0	35,0
Abtsgmünd	1 584	94	28	43,8	56,2
Adelmannsfelden	1 659	19	10	96,9	3,1
Dewangen	1 056	86	4	33,3	66,7
Essingen	1 868	7	61	0,0	100,0
Fachsenfeld	1 033	80	16	34,4	65,6
Heuchlingen	759	98	58	87,5	12,5
Hofen	826	96	13	95,2	4,8
Hohenstadt	867	93	29	62,0	38,0
Hüttlingen	1 387	97	25	100,0	0,0
Laubach	535	37	46	0,0	100,0
Lauterburg	521	5	68	0,0	100,0
Neubronn	340	2	75	0,0	100,0
Oberkochen	1 206	68	34	86,6	13,4
Pommertsweiler	779	39	6	100,0	0,0
Schechingen	818	96	36	98,3	1,7
Unterkochen	1 672	92	17	94,8	5,2
Unterrombach	1 478	42	20	95,0	5,0
Wasseralfingen	77	77	37	98,7	1,3
Summe	27 157	56	31	60,5	39,5

Tabelle 11: Das Ergebnis des Reichstagswahlbezirkes im September 1871³⁶¹

Oberamt	Wähler	Abstimm.	Wahlbeteil.	Mohl	Essich
Aalen	5 419	1 695	31	60,4	39,5
Ellwangen	5 710	1 152	20	87,9	10,4
Gaildorf	4 331	946	22	32,9	66,5
Neresheim	4 628	1 330	29	65,3	34,7
Summe	20 088	5 123	26	62,8	36,7

Die wechselnden Wahlbündnisse legen den Rückhalt offen, den Mohl im Wahlkreis besaß. Ein Teil der Wählerschaft verband mit Mohl immer noch ein liberales und föderales Programm, wie der Wahlaufufruf im Februar 1871 belegt. Die liberale Partei in Aalen in der Bedeutung einer Gesinnungsgemeinschaft orientierte sich noch nicht an den programmatischen und personellen Vorgaben der organisierten liberalen Parteien in Stuttgart. Selbst der Vorstand des Ortsvereins der Volkspartei, Rechtsanwalt Ruoff, löste sich erst im Herbst 1871 von Mohl und warb für einen Kandidaten, auf den die beiden Parteigremien sich geeinigt hatten. Der Vorstand der Deutschen Partei in Aalen, Fabrikant Majer, hatte diesen Prozeß nicht ohne innere Widerstände, wie sich bei der Zollparlamentswahl zeigte, bereits früher vollzogen. Die parteipolitisch loyalen Liberalen und Demokraten waren im liberalen Milieu der Oberamtsstadt noch eine

³⁶⁰ Amts- und Intelligenzblatt vom 26.9.1871, Nr. 113.

³⁶¹ Ebd.

Minderheit. Gerade die Werbung der DP und VP für ihren Kandidaten Essich recurriert auf diese parteipolitische Indifferenz, indem sie hervorhebt, er sei »allen extremen Parteibestrebungen fremd geblieben.«³⁶² Die Antwort auf die Frage nach der parteipolitischen Durchdringung der Wählerschaft wird je nach dem zugrunde gelegten Parteibegriff unterschiedlich ausfallen. Die parteipolitischen Organisationen entwickeln sich innerhalb einer Bevölkerung, die sich politisch in hohem Maße mobilisiert als Mitglieder einer liberalen Gesinnungsgemeinschaft verstanden. Die Parteien durchdrangen dieses liberale Milieu bis 1871 nur sehr langsam und mühsam, wie das mäßige Abschneiden der eigenen Kandidaten vor Augen führt.

Der Kulturkampf, der im Wahlkampf zum Reichstag 1874 auch in Aalen ausgetragen wurde, beendete die Koalitionsexperimente. Die Deutsche Partei verzichtete auch diesmal darauf, den Versuch zu unternehmen, einen Kandidaten der eigenen Farbe aufzustellen, worin sich auch die Konturlosigkeit der Landespartei widerspiegelt. Die Deutsche Partei vereinigte in sich ein so breites politisches Spektrum von entschiedenen Liberalen bis zu konservativen Adelligen, daß sie zu keiner konkreten programmatischen Aussage finden konnte. Im selben Schreiben, in dem Löwenstein im Dezember 1873 Hölder die Unterstützung der Kandidatur Mohls mitteilte, beklagte er, »daß es bisher schon viele Nachteile mit sich brachte«³⁶³, ohne politisches Programm auftreten zu müssen, dessen Verabschiedung die Deutsche Partei Jahr um Jahr verschleppte. Da die Deutsche Partei im 13. Wahlkreis keine Farbe bekennen konnte, entschloß sie sich, dem alten Reichsfeind Mohl gegen den neuen Reichsfeind den Rücken zu stärken: »Um einen Schwarzen aus dem Feld zu schlagen, dazu hätte ich meine Stimme ohne Bedenken selbst einem Mohl gegeben,« schrieb Löwenstein im November 1874.³⁶⁴ Eine Vertrauensmännerversammlung der Deutschen Partei des Bezirks einigte sich Ende November darauf, von Mohl als Preis für die Unterstützung zu verlangen, keine »reichsfeindlichen«³⁶⁵ Wahlreden zu halten. Als Ergebnis der Unterredung mit Mohl³⁶⁶ erschien am 2. Januar 1874 im Amtsblatt ein Aufruf »An die reichstreuern Wähler im XIII. Wahlbezirk«, in dem die Deutsche Partei erklärte, »über einzelne, wenn auch erhebliche Verschiedenheiten der politischen Anschauung hinweg« für die Wahl des bisherigen Abgeordneten einzutreten.

Die Volkspartei glättete ihre bewegte Vergangenheit, um Mohl als ihren Kandidaten reklamieren zu können: »Selbstverständlich kann ihr Kandidat in unserem Wahlbezirk kein anderer sein, als der Mann, zu dem sie unter allen Wandlungen der Zeit und Verhältnisse getreu gestanden ist [...].«³⁶⁷

Der katholischen Seite gelang es in dem Ellwanger Stadtschultheißen und langjährigen Landtagsabgeordneten Bayerhammer einen attraktiven Kandida-

³⁶² Inserat im Amts- und Intelligenzblatt vom 19.9.1871, Nr. 110.

³⁶³ NL Hölder, Fasc. 16, Nr. 193, Ellwangen, 19.12.1873.

³⁶⁴ NL Hölder, Fasc. 16, Nr. 162, Ellwangen, 14.11.1873.

³⁶⁵ NL Hölder, Fasc. 16, Nr. 193, Ellwangen, 19.12.1873.

³⁶⁶ Vgl. den Abschnitt über Mohls Verhältnis zu seinen Wählern.

³⁶⁷ Amts- und Intelligenzblatt vom 3.1.1874, Nr. 3.

ten zu finden. Darüber hinaus bot die politische Selbstverleugnung der Volkspartei wie der Deutschen Partei dem Spott des Zentrums ein breites Ziel. Mit einer Blütenlese aus dem Wahlkampf des März 1871 führte das Zentrum die Deutsche Partei als »Wetterfahnen«³⁶⁸ vor und nicht ganz ohne Berechtigung ernannte es die führenden Demokraten Aalens »zu Verlegenheitspolitikern für die Volkspartei und zu Schleppträgern der nationalliberalen Partei.«³⁶⁹ Der Hauptgegner der breiten Pressekampagne des Zentrums im Ellwanger Katholischen Wochenblatt und im Aalener Amtsblatt waren jedoch nicht die Parteien, sondern Mohl selbst, der seine Kandidatur im Amtsblatt selbständig und einige Tage vor den Parteiinseraten ankündigte.³⁷⁰

Die Wahlreise, die Mohl zeitgleich mit seinem Konkurrenten unternahm, konnte die Niederlage nicht abwenden.³⁷¹ Die Emotionalisierung des publizistisch intensiv geführten Wahlkampfes ließ die Wahlbeteiligung von 60,2 % im März 1871 auf 82,8 % hochschnellen, ein Wert, der 1874 in keinem weiteren württembergischen Wahlkreis erreicht wurde.³⁷² Mohl erzielte mit 44 % der Stimmen nur wenige Prozentpunkte mehr als der Anteil der evangelischen Bevölkerung mit 41 %. Hinter diesem gegenüber dem März 1871 wenig veränderten Prozentsatz verbirgt sich jedoch eine bedeutende Wählerbewegung. Mohl verlor im Oberamt Aalen die absolute Mehrheit. Die Katholiken des Oberamtes Ellwangen, die im März 1871 noch zu über 50 % für Mohl gestimmt hatten, wandten sich nun zu 88 % dem Kandidaten des Zentrums, ihrem Stadtschultheißen und Landtagsabgeordneten Bayerhammer zu. Die evangelischen Wähler des Oberamtes Gaildorf, die in den vorangegangenen Wahlen die katholischen Gegner Mohls unterstützt hatten, votierten nun bei einer Wahlbeteiligung von 89 % zu 94 % für diesen.³⁷³

³⁶⁸ So die Überschrift eines Artikels mit einer Zusammenstellung von Äußerungen gegen Mohl, die führende Nationalliberale 1871 veröffentlicht hatten. Amts- und Intelligenzblatt vom 6.1.1874, Nr. 4.

³⁶⁹ Amts- und Intelligenzblatt vom 8.1.1874, Nr. 5.

³⁷⁰ Nr. 152, 30.12.1873.

³⁷¹ Schwäbische Chronik vom 6.1.1874–11.1.1874, Nr. 6–9, Amts- und Intelligenzblatt vom 6.1.1874, Nr. 4.

³⁷² Vgl. C. GROSSE u. C. RAITH, 1912, S. 26. Für die reichsweit überdurchschnittlich hohe Wahlbeteiligung in überwiegend katholischen Wahlkreisen mit weniger als 75 % katholischer Bevölkerung vgl. G. A. RITTER, M. NIEHUS, Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch, 1980, S. 100. Für Bayern vgl. D. THRÄNDHARDT, 1973, S. 109 f.

³⁷³ Inzwischen waren auch sie in den Genuß eines Eisenbahnanschlusses gekommen.

Tabelle 12: Das Wahlergebnis der Reichstagswahl 1874³⁷⁴

Oberamt	Kath. ³⁷⁵	Wahlbet. ³⁷⁶	Mohl	Bayerhammer
Aalen	51,64 %	73,38 %	47,01 %	52,90 %
Ellwangen	88,27 %	83,85 %	11,76 %	88,24 %
Gaildorf	7,04 %	89,23 %	93,78 %	6,10 %
Neresheim	73,16 %	85,93 %	33,42 %	66,58 %
Summe	57,34 %	82,62 %	44,48 %	55,47 %

Nicht nur in der Parteienlandschaft, auch in der Wählerschaft vollzog sich die Ausrichtung der politischen Fronten entlang der Konfessionsgrenze. Der Prozeß der parteipolitischen Durchdringung der Wählerschaft wurde überflügelt und unterdrückt von der konfessionellen Orientierung. Die Omnipräsenz Mohls, der in den ersten beiden Jahrzehnten seiner Abgeordnetenzeit die Politisierung durch seine intensiven Wahlkämpfe vorantrieb, stand nun einer fruchtbaren Parteiarbeit im Wahlkreis entgegen. Mohl erschien den beiden liberalen Parteien als der einzige Kandidat, der Aussichten besaß, gegen das Zentrum zu siegen. Gleichzeitig verstellten sich die liberalen Parteien durch die aus der Verlegenheit geborene Unterstützung Mohls die Möglichkeit zu einer eigenständigen und glaubhaften Profilierung.

Die Reichstagswahlen des Jahres 1877 und 1878 bieten das gleiche Bild: unveränderte Fronten, eine hohe Wahlbeteiligung von 81,8 % bzw. 75,3 % und knappe Niederlagen Mohls³⁷⁷, der nicht mehr für einen Wahlkampf in den Bezirk reiste. Zur Reichstagswahl 1881 trat Mohl nicht mehr an, und die liberalen Parteien verständigten sich auf einen Wahlboykott, um gegen eine Wahlkreiseinteilung zu protestieren, die ihrem Bewerber keine Aussicht auf Erfolg ließ. Die Wahlbeteiligung sank auf durchschnittlich 45,3 %, in der Stadt Aalen auf 6 %.³⁷⁸

Die Landtagswahl 1876 gewann Mohl dank des starken Rückhalts in der Oberamtsstadt und der schwächer gewordenen Unterstützung der Wasseralfinger Arbeiter gegen einen Bewerber des Zentrums. Auch bei dieser Wahl trieb der Konfessionsgegensatz die Beteiligung von 55,3 % im Dezember 1870 auf 74,4 %.

³⁷⁴ Schwäbische Kronik vom 16.1.1874, Nr. 13.

³⁷⁵ Anteil der Katholiken an den Wahlberechtigten

³⁷⁶ Es liegt die Anzahl der Wahlberechtigten und die Zahl der abgegebenen Stimmen vor. C. GROSSE u. C. RAITH, 1912, S. 25, nennen 82,8 %.

³⁷⁷ Die Kocherzeitung vom 16.1.1877, Nr. 7 und vom 8.8.1878, Nr. 94.

³⁷⁸ Die Kocherzeitung vom 28.10.1881, Nr. 127.

Tabelle 13: Das Wahlergebnis der Landtagswahl 1876 im Oberamt Aalen³⁷⁹

Stimmbezirk	Stimmer.	Wahlbet.	Mohl	Wengert (Zentrum)	Dulk (SPD)
Aalen	1 341	80,84	92,44	6,55	0,83
Abtsgmünd	1 007	65,94	33,73	64,61	0,00
Essingen	822	68,98	92,95	6,88	0,00
Unterkochen	560	86,43	18,39	81,61	0,00
Wasseralfingen	1 510	71,92	37,29	61,79	0,64
Hohenstadt	663	76,17	26,34	73,47	0,00
Summe	5 903	74,37	54,21	45,01	0,43

Im letzten Landtagswahlkampf Mohls 1882 resignierten sowohl das Zentrum, das keinen Kandidaten stellte, wie auch die Wähler. Das Ergebnis von 94 % mag Mohl noch einmal an die großen Erfolge bei den Wahlen zu den verfassunggebenden Landesversammlungen 1849/50 erinnert haben, doch mochten sich nur 34,7 % der Wähler an diesem Wahlakt beteiligen, der auch ein Akt der Pietät gegen den achtzigjährigen Greis war.³⁸⁰

³⁷⁹ Kocher-Zeitung vom 16.12.1876, Nr. 150.

³⁸⁰ Das Wahlergebnis HSTAST, E 150, Bü 859, Bericht des Oberamtes Aalen vom 22.12.1882.

Politik als Beruf

»Moriz Mohl ragt, ein geistiger Erbe der altwürttembergischen Landschaft, aus dem vorigen Jahrhundert in unsere Zeit hinüber. Ganz erfüllt von dem veralteten Wesen jener unserem Lande einst so eigentümlichen Nebengewalt, ist er doch wieder ein Kämpfer für die neuesten Staatsbegriffe und für Aufklärung gewesen. Er ist der Mann der schärfsten Opposition und wieder für alle Bildungszwecke die festeste Stütze der Regierung.« Mit diesen Sätzen beginnt Otto Elben seinen Nekrolog für Moriz Mohl, um mit den Worten: »Er war der letzte Altwürtemberger!« zu schließen.¹

Der nationalliberale Politiker und Herausgeber des »Schwäbischen Merkur« Otto Elben, für den das Jahr 1870 wohl tatsächlich eine Jahrhundertwende darstellte, kannte den zwanzig Jahre älteren Moriz Mohl als Autor der Zeitung seines Vaters und aus der gemeinsamen Zeit im Reichstag und im Landtag, dem Elben von 1868 bis 1882 angehörte. Mit wenigen Sätzen gelingt es Elben, die widersprüchlichen Wesenszüge Mohls und ihre Wurzeln zusammenzuführen. Gleichzeitig ist es bezeichnend für den Optimismus des Nationalliberalen, daß er bei der Charakterisierung Mohls das eigene Jahrhundert überspringt, als ob dessen politische Probleme mit dem Kaiserreich überwunden seien.

Moriz Mohl teilte mit dem neuen Zeitalter Otto Elbens mehr als mit dem berufenen 18. Jahrhundert. Er half mit seinem Einsatz für die Gewerbefreiheit, mit dem Kampf gegen jede korporative Bindung und jedes feudale Vorrecht die Entfesselung des Individuums, die Befreiung der Produktionsfaktoren durchzusetzen und ging diesen Weg in einer Konsequenz, in der ihm die meisten liberalen Zeitgenossen nicht folgen wollten. Pressefreiheit, Versammlungs- und Vereinsfreiheit und ein allgemeines Wahlrecht, wofür Mohl energisch gestritten hatte, waren die Voraussetzung für die Entstehung des »politischen Massenmarktes«, wie die breiter werdende Partizipation der Bevölkerung an der Politik im Kaiserreich genannt wurde.

Gleichwohl teilte Mohl mit dem 18. Jahrhundert das merkantilistische Ideal der weitgehenden Selbstversorgung des Landes mit gewerblichen Produkten und die Befürwortung des Staates als Unternehmer in Bereichen, von denen, wie bei der Eisenbahn und der Eisenindustrie, das Wohl der gesamten Volkswirtschaft abhing. Die Pflicht und das Recht des Staates zu weitreichenden Eingriffen nicht nur in die Wirtschaft, sondern zugleich in alle Bereiche der

¹ Schwäbische Kronik vom 22.2.1888, Nr. 44.

Gesellschaft, die Mohl immer wieder gegen jede historische Tradition und jedes überkommene Recht radikal forderte und verteidigte, verweist jedoch auf den neoabsolutistischen württembergischen Anstaltsstaat der ersten Jahrhunderthälfte. Aber auch hier wendete sich mit der Entstehung des modernen Interventions- und Wohlfahrtsstaates die Zeit gleichsam wieder zurück, nachdem die wirtschaftsliberalen Ideale der 1860er und 1870er Jahre gescheitert waren. Die Anerkennung Mohls als »Kämpfer für die neuesten Staatsbegriffe« – von Elben wohl auf die erste Hälfte des Jahrhunderts bezogen – kann für beide Epochen gelesen werden. Der Übergang zum Schutzzollsystem 1878, eine Forderung Mohls aus dem Jahre 1828, macht dies sinnfällig.

Otto Elben führt in der Schilderung der familiären Abstammung Mohls² dessen Hang zur bedingungslosen Opposition gegen die Regierung auf die spezifischen württembergischen altständischen Traditionen zurück. Dabei übersieht Elben, daß die dualistische Gegenüberstellung von Regierung und Parlament, die Mohls Selbstverständnis als Abgeordneter prägte, ein Erbe seines eigenen Jahrhunderts war. Am Ende des 19. Jahrhunderts gab es in Deutschland keine relevante gesellschaftliche Kraft, die die Überwindung des konstitutionellen Dualismus in der Einführung einer parlamentarischen Regierung gesucht hätte.

Auch in seinem Wissenschaftsoptimismus; in seinem Glauben an die Rolle des Wissenschaftlers als Ingenieur des gesellschaftlichen Fortschrittes, die sich in seiner enzyklopädischen Arbeitsweise niederschlug, war Moriz Mohl sicher ein Erbe der Aufklärung des 18. Jahrhunderts, aber der Traum von der widerspruchsfreien Lenkung des Staates nach wissenschaftlichen Prinzipien behielt seine Faszination bis ins 20. Jahrhundert. Die Überzeugung von der Existenz des einzigen wahren Weges verstellte ihm den Blick auf die eigenen wie fremden politischen Werthaltungen und machte ihn blind für die Entstehung einer pluralistischen Gesellschaft und damit für die Notwendigkeit der Organisation widerstreitender Interessen in der Gesellschaft.

Mohl stand der fortschreitenden gesellschaftlichen Selbstorganisation mit Unverständnis gegenüber. Gleichzeitig kämpfte er für die liberalen politischen wie wirtschaftlichen Freiheitsrechte, die diese Selbstorganisation im vereinseligen Jahrhundert erst möglich und zur Integration einer Gesellschaft auch nötig machte, welche ihre korporativen Bindungen durch die von Mohl propagierten Marktbeziehungen ersetzt hatte.

Das Festhalten an der Rolle des Staates als Unternehmer, die Befürwortung polizeistaatlicher Kompetenzen gegen die Gesellschaft und die Ablehnung organisierter Parteien mag Mohl in den Augen der jüngeren Zeitgenossen tatsächlich zu einem rückständigen Politiker gemacht haben, wozu auch die Wandlung zum Konservativen in innenpolitischen Fragen beitrug. Gleichwohl verkörperte Mohl in der Ausschließlichkeit und der Intensität, mit der er der parlamentarischen Arbeit nachging, den neuen, zukunftsweisenden Typ des

² Der Urgroßvater Johann Jacob Moser saß wegen Widersätzlichkeiten gegen den württembergischen Herzog im Kerker.

Berufspolitikers. Nahezu jede Abhandlung, die sich mit dieser Professionalisierung von Politik beschäftigt, stützt sich auf Max Webers Unterscheidung zwischen dem Politiker, der *von* der Politik lebt, und dem Politiker, der *für* die Politik lebt.³ Der Gewinn, der aus dieser analytischen Trennung gezogen wird, bleibt jedoch meist im Verborgenen. Max Weber selbst bezeichnet diesen Unterschied als keinen exklusiven⁴, und die Differenzierung spielt in seiner Vorlesung nicht die tragende Rolle, die ihr das häufige Zitat zuweist. Im Vordergrund scheint mir doch die Beobachtung Max Webers zu stehen, daß zum ersten die wachsende Komplexität der Staatsaufgaben den Souverän nötigt, ein Gegengewicht zur Herrschaft des Fachbeamtentums zu etablieren. Politik kann gegen diese Spezialisten weder von einem fürstlichen Herrscher noch aus einem Parlament heraus ohne professionelles, gleichfalls spezialisiertes Personal betrieben werden. Zum zweiten verlangt das parlamentarische System eine dauerhafte Organisation der gesellschaftlichen Interessen und das kontinuierliche Werben für die eigene Politik auf dem »politischen Massenmarkt«, die ohne »Parteibeamte« nicht denkbar ist. Woher diese politische Elite ihr Einkommen bezieht, erscheint vordringlich als Problem der sozialen Reichweite ihrer Rekrutierung und nicht als Frage, die für die Funktionsfähigkeit des politischen Systems grundlegend ist. Die Unterscheidung zwischen den beiden Politikertypen ist vielleicht eher ein Reflex auf Webers Ideal der persönlichen Unabhängigkeit, der moralischen Integrität und Unbestechlichkeit, die er sich als Voraussetzung für den Beruf zur Politik wünscht.

Moriz Mohl vertrat das Ideal der persönlichen Unabhängigkeit, die Abneigung gegen die Eigengesetzlichkeit von Parteiorganisationen und die Ablehnung der Ausrichtung der Politik an dem Willen der Massen, wie es bei Max Weber nachklingt, nach außen hin ungebrochen. Das ließ Moriz Mohl mit zunehmenden Alter zu einem Berufspolitiker werden, mit dem keine Politik zu machen war.

In der Arbeit konnte gezeigt werden, daß Mohl sich in den Wahlkämpfen der modernsten Agitationsmittel bediente und dafür erhebliche Zeit und Geldmittel aufwandte. Er trug damit sicherlich zur politischen Mobilisierung der Bevölkerung bei. Gleichzeitig verschloß er sich in den 1860er Jahren den entstehenden Parteiorganisationen und versagte damit bei der Integration der politischen Strömungen seines Wahlkreises in landes- und reichsweiten Bewegungen. Das trug ihm, neben inhaltlichen Differenzen, die Gegnerschaft der jüngeren politischen Führungsgruppe Aalens ein, die im Zuge des natürlichen Generationswechsels an die Stelle der »alten Freunde« Mohls trat. Allein der konfessionelle Gegensatz im Wahlkreis sicherte ihm in den 1870er und 1880er Jahren das politische Überleben.

³ M. WEBER, *Politik als Beruf*, 1990, S. 169; D. LANGEWIESCHE, *Liberalismus und Demokratie*, 1974, S. 315; H.-P. BECHT, *Die badische zweite Kammer*, 1985, S. 95; E. R. HUBER, *Verfassungsgeschichte III*, 3. Aufl., S. 891; W. SPERLICH, 1983, S. 18 f.; H. BOLDT, *Politik als Beruf*, 1979, S. 24.

⁴ M. WEBER, *Politik als Beruf*, 1990, S. 169.

Die sich verdichtende Parteien- und Fraktionenlandschaft rückte Mohl in den 1870er und 1880er im Landtag an die Peripherie. Dabei ging die Notwendigkeit und die Möglichkeit zur Abdrängung in die Einflußlosigkeit Hand in Hand mit dem wachsenden Organisationsgrad der Parteien und Fraktionen. Julius Hölder isolierte Mohl im Landtag der 1870er Jahre nicht aus Rache an dem Wortführer der Großdeutschen, sondern in der Einsicht, daß die politische Steuerung der Kommissionsarbeit durch die Teilnahme Mohls erheblich erschwert werden würde. Dennoch verkörperte Mohl in seiner Eigenschaft als Spezialist im Parlament auch hier einen zukunftsweisenden Parlamentariertyp. Im Landtag der 1850er und 1860er Jahre erprobte er neue Methoden der Ausschußarbeit und dominierte die Kommissionen in der gleichen Weise, wie dies Hans Boldt für die »Abgeordnetenexperten«⁵ des Reichstags beschrieben hat.

Moriz Mohl versuchte alle Aufgaben, die er mit seinem Mandat verknüpfte, in idealer Weise auszufüllen. Die Energie, die Lebenszeit und die intellektuellen Fähigkeiten, die er auf seinen Beruf verwandte, lassen ihn als Idealtyp des Abgeordneten im Weberschen Sinne erscheinen. Er war damit in seiner Zeit sicherlich eine Ausnahmeerscheinung. Der Realtyp des Landtagsabgeordneten war zu dieser Arbeitsleistung für das Mandat nur phasenweise und in einzelnen Bereichen in der Lage. Die wichtige Frage, wieviel Zeit die Abgeordneten im 19. Jahrhundert auf ihre Mandatspflichten verwandten, kann auch in der vorliegenden Untersuchung im Kontrast zur Leistung Mohls nur eine sehr mittelbare Antwort finden. Studien zur Praxis der Abgeordneten im 19. Jahrhundert, die einen Vergleich erlaubten, fehlen. Die vorliegenden historischen Biographien über deutsche Politiker des 19. Jahrhunderts, die auch Parlamentarier waren, richten das Augenmerk auf das parteipolitische Engagement und die Entwicklung des politischen Denkens.⁶

Moriz Mohl verknüpfte eine professionelle, moderne Arbeitsweise mit überkommenen Idealen der Honoratiorenpolitik. Sowohl in seinem Streben nach unbedingter Unabhängigkeit wie in seinem unermüdlichen Engagement scheint ihm der letzte Satz von Max Webers Vorlesung auf den Leib geschrieben:

»Nur wer sicher ist, daß er daran nicht zerbricht, wenn die Welt, von seinem Standpunkt aus gesehen, zu dumm oder zu gemein ist für das, was er ihr bieten will, daß er all dem gegenüber: »dennoch!« zu sagen vermag, nur der hat den »Beruf« zur Politik.«⁷

⁵ H. BOLDT, Die Stellung der Abgeordneten, S. 24.

⁶ Vgl. u.a. die beispielhaften Biographien von M.-L. WEBER über Ludwig Bamberger, 1987, von R. KIEFER über Karl Bachem, 1989, und von R. KOCH über Julius Fröbel, 1978.

⁷ M. WEBER, Politik als Beruf, 1990, S. 252.

Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen

a) Abbildungen

1. Moriz Mohl
Lithographie nach Biow's Lichtbild
Zeichnung v. Fritz Hickmann, aus: Die Männer des
deutschen Volkes, Frankfurt am Main 1848 Schutzumschlag
Historisches Museum Frankfurt am Main
2. »Insolitus Parlamenti camelus«
Zeitgenössische Karikatur Vor- und Nachsatz
Württembergische Landesbibliothek Stuttgart
3. Moriz Mohl (wie Abb. 1) 6
4. Robert Mohl (wie Abb. 1) 10
5. Moriz Mohl
Zeichnung von Heinrich Hoffmann 20
Hans Blum, Die deutsche Revolution 1848–1849
Eine Jubiläumsausgabe für das deutsche Volk,
Florenz und Leipzig 1898
6. Sitzungsgebäude der deutschen Reichsversammlung 48
Parlaments-Album
Autographirte Denkblätter der Mitglieder des ersten deutschen
Reichstages, Erstes Heft, Frankfurt a.M.
Verlag der S. Schmerber'schen Buchhandlung (Nachfolger Heinrich
Keller) 1849
7. Sitzungssaal des württembergischen Landtags 134
Hauptstaatsarchiv Stuttgart
8. »Ultra-Ultra« 170
Moriz Mohl, »Karikatur aus dem Parlament 1848« 170
(wie Abb.1)
9. »Die Sehnsucht nach dem Volkswirtschaftlichen Ausschuß« 172
Thaten und Meinungen des Herrn Piepmeyer [,]
Abgeordneten zur constituirenden Nationalversammlung zu
Frankfurt am Main
[Von] J[ohann] H[ermann] D[etmold] u[nd] A[dolf] S[chrödter]
Frankfurt a.M., C. Jügel: [Mai 1849]

b) Tabellen

1.	Wahlbeteiligung: 20./21. September 1850	131
2.	Wirtschaftsstruktur des Reichstagswahlkreises XIII	304
3.	Konfessionsstruktur im Reichstagswahlkreis XIII	305
4.	Zollparlamentswahlen 1868	305
5.	Landtagswahl im Juli 1868 im Oberamt Aalen	310
6.	Landtagswahl im Dezember 1870 im Oberamt Aalen	314
7.	Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl in Aalen 1870 nach Ortschaften	314
8.	Wahlergebnis der Reichstagswahl im März 1871 im Oberamt Aalen	317
9.	Das Ergebnis des Reichstagswahlbezirks im März 1871	318
10.	Wahlergebnisse im Oberamt Aalen bei der Reichstagswahl im September 1871	319
11.	Das Ergebnis des Reichstagswahlbezirks im September 1871	319
12.	Das Wahlergebnis der Reichstagswahl 1874	322
13.	Das Wahlergebnis der Landtagswahl 1876 im Oberamt Aalen	323

Verzeichnis der Abkürzungen

HSTAST	Hauptstaatsarchiv Stuttgart
HZ	Historische Zeitschrift
LB	Württembergische Landesbibliothek Stuttgart
LT	Landtag
LV	Verfassungsgebende Landesversammlung für Württemberg
MdR	Mitglied des Reichstages
RT	Reichstag
S.B.VR	Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages
S.B.VZ	Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Zollparlamentes
STALB	Staatsarchiv Ludwigsburg
V.d.K.A	Verhandlungen der württembergischen Kammer der Abgeordneten
VU	Verfassungsurkunde
ZWLG	Zeitschrift für württembergische Landesgeschichte

A. Ungedruckte Quellen

1. Hauptstaatsarchiv Stuttgart

- E 5 Kabinettsakten III
Bü 18: Gelehrte Schriften und Kunstsachen 1827–1830
Bü 72 Dankschreiben von Inländern
Bü 117` Departement des Inneren. Landespolizeiliche Angelegenheiten
1849–1861
E 10 Ministerium des Inneren
Bü 117 Akten des Ministeriums des Inneren II (1805–1882)
E 143 »Die von Obersteuerrat von Mohl für Rechnung des Staats in Frank-
reich angekauften Musterfabrikate für inländische Gewerbetreibende
Bü 3 206 1838–1849...«
E 146 Ministerium des Inneren III (1807–1906)
Bü 1 425 (alt) Landtagsabgeordnetenwahlen 1848
Bü 1 426 (alt) Wahl von Volksvertretern behufs der Revision der Verfassung im Au-
gust 1849
Bü 1 427 (alt) Wahlen zu der verfassungsrevidierenden Versammlung im Februar
1850
Bü 1 428 (alt) Landtagsabgeordnetenwahlen Sept. 1850
Bü 1 429 (alt) Landtag von 1851/55, Wahlen v. April 1851
Bü 1 430 (alt) Landtagswahl 1855
Bü 1 431 (alt) Landtagswahl 1862
Bü 1 432 (alt) Wahlakten von 1868
Bü 1728 (alt) Aalen, 1866–1870
Bü 1930 (alt) Politische Verhältnisse. Regionalakten, Aalen bis Freudenstadt
Bü 1931 (alt) Politische Verhältnisse. Regionalakten, Gaildorf bis Heilbronn
Bü 1935 (alt) Republikanische Volksversammlungen in Reutlingen vom
Pfungstmontag 1849, Akten von 1849–1851
Bü 1948 (alt) Betreffend die demokratischen Vereine. Auflösung des sogen. Landes-
ausschusses, 1848–1850.
Bü 1953 (alt) Treiben der demokratischen Partei, Versammlung von Ulm 1855,
1849–1857
Bü 1956 (alt) Berichte über das Treiben der demokratischen und ultramontanen Par-
tei, 1854–1854
Bü 1965/66 (alt) Politische Verhältnisse. Verschiedene Gegenstände, Wochenberichte
Bü 1969 (alt) Politische Verhältnisse. Verschiedene Angelegenheiten 1849–1870
Bü 6 729 Zusammenstellung der höchstbesteuerten Gewerbetreibenden der
Oberämter 1860
Bü 6 730
E 150 Württembergisches Ministerium des Inneren
Bü 857 Landtag und Wahlen 1870–1882
Bü 858 Landtag und Wahlen 1870–1882
Bü 859 Landstände, Landtagswahl 1882

Quellen und Literatur

A. Ungedruckte Quellen

1. Hauptstaatsarchiv Stuttgart

- E 5 Kabinettsakten III
Bü 18: Gelehrte Schriften und Kunstsachen 1827–1830
Bü 72 Dankschreiben von Inländern
Bü 117* Departement des Inneren. Landespolizeiliche Angelegenheiten
1849–1861
E 10 Ministerium des Inneren
Bü 117
E 143 Akten des Ministeriums des Inneren II (1805–1882)
Bü 3 206 »Die von Obersteuerrat von Mohl für Rechnung des Staats in Frankreich angekauften Musterfabrikate für inländische Gewerbetreibende
1838–1849...«
E 146 Ministerium des Inneren III (1807–1906)
Bü 1 425 (alt) Landtagsabgeordnetenwahlen 1848
Bü 1 426 (alt) Wahl von Volksvertretern behufs der Revision der Verfassung im August 1849
Bü 1 427 (alt) Wahlen zu der verfassungsrevidierenden Versammlung im Februar 1850
Bü 1 428 (alt) Landtagsabgeordnetenwahlen Sept. 1850
Bü 1 429 (alt) Landtag von 1851/55, Wahlen v. April 1851
Bü 1 430 (alt) Landtagswahl 1855
Bü 1 431 (alt) Landtagswahl 1862
Bü 1 432 (alt) Wahlakten von 1868
Bü 1728 (alt) Aalen, 1866–1870
Bü 1930 (alt) Politische Verhältnisse. Regionalakten, Aalen bis Freudenstadt
Bü 1931 (alt) Politische Verhältnisse. Regionalakten, Gaildorf bis Heilbronn
Bü 1935 (alt) Republikanische Volksversammlungen in Reutlingen vom Pfingstmontag 1849, Akten von 1849–1851
Bü 1948 (alt) Betreffend die demokratischen Vereine. Auflösung des sogen. Landesausschusses, 1848–1850.
Bü 1953 (alt) Treiben der demokratischen Partei, Versammlung von Ulm 1855, 1849–1857
Bü 1956 (alt) Berichte über das Treiben der demokratischen und ultramontanen Partei, 1854–1854
Bü 1965/66 (alt) Politische Verhältnisse. Verschiedene Gegenstände, Wochenberichte
Bü 1969 (alt) Politische Verhältnisse. Verschiedene Angelegenheiten 1849–1870
Bü 6729 Zusammenstellung der höchstbesteuerten Gewerbetreibenden der Oberämter 1860
Bü 6730
E 150 Württembergisches Ministerium des Inneren
Bü 857 Landtag und Wahlen 1870–1882
Bü 858 Landtag und Wahlen 1870–1882
Bü 859 Landstände, Landtagswahl 1882

A 261 Schützengesellschaften u.a. Vereine
B 204 Gewerbesteuer Cataster 1848

4. Württembergische Landesbibliothek Stuttgart

Cod. hist. 4° 506 Nachlaß Moser-Mohl
 III, 23 Moriz Mohl an Robert Mohl 1848–1875
 III, 25 Moriz Mohl an Julius Mohl 1848–1875
 III, 32 Briefe von und an Moriz Mohl
Cod. hist. 4° 742 Mohlsche Sammlung / Wirtschaftsgeschichte
Miscell. Mohlsche Sammlung 8° Kaps.
Miscell. Mohlsche Sammlung 4° Kaps.
Miscell. Mohlsche Sammlung fol. Kaps.
Cod. hist. fol. 880 Nachlaß Hölder
 Fasc. 2, 5, 7, 9, 10, 13, 14, 15, 16, 23, 25, 36

5. Literaturarchiv Marbach

Cotta-Archiv: Briefe Moriz Mohls
Belegexemplar der AZ

B. Gedruckte Quellen

1. Zeitungen

- Der Bote von Aalen (1848–1849)
 Der Verkündiger vom Kocher u. Leinthal, Albuch u. Birngrund, Intelligenz=Blatt für die Stadt und den Bezirk Aalen (1850–1853)
 Das Amts- und Intelligenzblatt für den Oberamts-Bezirk Aalen und Umgegend (1853–1872)
 Die Kocher-Zeitung. Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Aalen u. Umgebung (1873–1882, einzelne Nummern in einzelnen Jahrgängen)
 Einzelne Nummern in einzelnen Jahrgängen:
 Allgemeine Zeitung
 Der Beobachter
 Schwäbische Chronik

2. Parlamentsdrucksachen, Verhandlungen:

- a) Vorparlament, Nationalversammlung in Frankfurt
 Aktenstücke und Aufzeichnungen zur Geschichte der Frankfurter Nationalversammlung aus dem Nachlaß von Johann Gustav Droysen, hrsg. von Rudolf Hübner, Stuttgart u.a. 1924.
 Die Protokolle des volkswirtschaftlichen Ausschusses der deutschen Nationalversammlung 1848/49: mit ausgewählten Petitionen, berarb. von Rüdiger Moldenhauer, hrsg. von Werner Conze und Wolfgang Zorn, Boppard 1992.
 Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der deutschen konstitutionierenden Nationalversammlung zu Frankfurt am Main. Hrsg. auf Beschluß der Nationalversammlung durch die Redaktions-Kommission und in deren Auftrag von Professor Franz Wigard, 9 Bände, Frankfurt 1848–49.
 Verhandlungen des Deutschen Parlaments. Offizielle Ausgabe. Mit einer geschichtlichen Einleitung über die Entstehung der Vertretung des ganzen deutschen Volkes. 2 Lieferungen, Frankfurt 1848. [Hrsg. v. Friedrich Siegmund Jucho].
 Verhandlungen der deutschen verfassungsgebenden Reichsversammlung zu Frankfurt am Main. Hrsg. auf Beschluß der Nationalversammlung durch die Redaktionskommission und in deren Auftrag von dem Abgeordneten Professor Dr. K[onrad] D[ietrich] Haßler, 6 Bände, Frankfurt/M. 1849.
- b) Württemberg
 Verhandlungen der verfassungsrevidierenden Landesversammlung für Württemberg. Protokoll- und Beilagenbd.
 Verhandlungen der zweiten verfassungsberatenden Versammlung für Württemberg im Jahre 1850. Protokollbd., 2 Beilagenbde.
 Verhandlungen der dritten verfassungsberatenden Versammlung für Württemberg im Jahre 1850. Protokollbd., Beilagenbd.
 Verhandlungen der württembergischen Kammer der Abgeordneten.
 Landtag 1851–1855:
 7 Beilagenbde.
 6 Protokollbde, Landtag 1851/53
 3 Protokollbde, Landtag 1854/55
 Landtag 1856–1861:
 6 Beilagenbde.

- 7 Protokollbde.
- Landtag 1862–1865:
 - 7 Beilagenbde.
 - 6 Protokollbde.
- Außerordentlicher Landtag 1866:
 - Protokoll- und Beilagenbd.
- Landtag 1866–1868:
 - 5 Beilagenbde.
 - 3 Protokollbde.
- Landtag 1868–1870:
 - 2 Beilagenbde.
 - Protokollbd.
- Landtag 1870–1874:
 - 7 Beilagenbde.
 - 10 Protokollbde.
- Landtag 1875–1876:
 - 4 Beilagenbde.
 - 4 Protokollbde.
- Landtag 1877–1880:
 - 7 Beilagenbde.
 - 5 Protokollbde.

c) Zollparlament, Reichstag

Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Zoll-Parlamentes:

- I. Session
- II. Session
- III. Session

Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstages:

- I. Legislatur – Periode
 - II. Session
 - III. Session
 - IV. Session

3. Forschungsliteratur, zeitgenössische Publikationen, amtliche Drucksachen, Quelleneditionen

- Aalen einst und heute, Aalener Volkszeitung (Hrsg.), Aalen 1960.
- Aalen im Jahr 1848/49. Zum 50jährigen Jubiläum des Jahres 1848, hrsg. vom Ausschuß des Bezirksvolksvereins Aalen, Aalen 1898.
- Abel, Wilhelm: Agrarkrisen und Agrarkonjunktur. Eine Geschichte der Land- und Ernährungswirtschaft Mitteleuropas seit dem hohen Mittelalter, 2. Neubearb. u. erw. Aufl., Hamburg 1966.
- Angermann, Erich: Robert von Mohl – Leben und Werk eines altliberalen Staatsgelehrten, Neuwied 1962.
- Anonym: »Mein Christstraum zu Frankfurt am Main 1848« in den Historisch-politischen Blättern für das katholische Deutschland, hrsg. von G. Phillips und G. Görres, Bd. 24, München 1849.
- Bachem, Karl: Vorgeschichte, Geschichte und Politik der Deutschen Zentrumsparlei. Zugleich ein Beitrag zur Geschichte der katholischen Bewegung, sowie zur allgemeinen Geschichte des neueren und neuesten Deutschland 1815–1914, Bd. I u. II, Köln 1927.
- Bachteler, Kurt: Die öffentliche Meinung in der italienischen Krisis und die Anfänge des Nationalvereins in Württemberg 1859, Diss. phil. Tübingen 1934, Teildruck.

- Bader, Karl: Johann Jacob Moser (1701–1785), in: Lebensbilder aus Schwaben und Franken, 7. Bd. der schwäbischen Lebensbilder, Stuttgart 1960, S. 92–121.
- Balsler, Frolinde: Sozial-Demokratie 1848/49–1863. Die erste deutsche Arbeiterorganisation »Allgemeine deutsche Arbeiterverbrüderung« nach der Revolution, Stuttgart 1962.
- Bauer, Karlheinz: Die Revolution von 1848/49 in Aalen, Aalener Jahrbuch 1986, S. 146–172.
- Bauer, Karlheinz: Vorwärts ist die große Losung. Die Arbeiterbewegung im Raum Aalen. Von den Anfängen bis 1933, Heilbronn 1992.
- Becht, Hans-Peter: Die Abgeordnetenschaft der badischen zweiten Kammer von 1819 bis 1840. Beiträge zu Abgeordnetenbild, Abgeordnetentypus und Wahlverhalten im deutschen Vormärz, in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins 128. Bd. (Der neuen Folge 89. Band) (1980), S. 345–401.
- Becht, Hans-Peter: Die badische zweite Kammer und ihre Mitglieder, 1819 bis 1841/42. Untersuchungen zu Struktur und Funktionsweise eines frühen deutschen Parlamentes, Diss. Heidelberg 1985
- Bergmann, Jürgen: Wirtschaftskrise und Revolution. Handwerker und Arbeiter 1848/49, Stuttgart 1986.
- Beschreibung des Oberamtes Gaildorf, hrsg. von dem Königlich statistisch-topographischen Bureau, Stuttgart 1852.
- Beschreibung des Oberamtes Neresheim, hrsg. von dem Königlich statistisch-topographischen Bureau, Stuttgart 1872.
- Beschreibung des Oberamtes Aalen, hrsg. von dem Königlich statistisch-topographischen Bureau, Stuttgart 1854.
- Beschreibung des Oberamtes Ellwangen, hrsg. von dem Königlich statistisch-topographischen Bureau, Stuttgart 1886.
- Best, Heinrich: Die Männer von Bildung und Besitz. Struktur und Handeln parlamentarischer Führungsgruppen in Deutschland und Frankreich 1848/49, Düsseldorf 1990.
- Best, Heinrich: Interessenpolitik und nationale Integration 1848/49. Handelspolitische Konflikte im frühindustriellen Deutschland, Göttingen 1980.
- Best, Heinrich: Strukturprobleme des deutschen Parlamentarismus 1867–1933, in: ders. (Hrsg.): Politik und Milieu. Wahl und Elitenforschung im historischen und interkulturellen Vergleich, St. Katharinen 1989.
- Best, Heinrich: Politische Eliten, Wahlverhalten und Sozialstruktur: theoretische Aspekte historisch und interkulturell vergleichender Analysen, in: ders.: Politik und Milieu, S. 175–222.
- Beyme, Klaus von: Artikel »Partei«, in: Geschichtliche Grundbegriffe, Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, hrsg. v. Otto Brunner, Werner Conze, Reinhart Koselleck, Bd. 4.
- Biedermann, Karl: Erinnerungen aus der Paulskirche, Leipzig 1849.
- Biefang, Andreas: Politisches Bürgertum in Deutschland 1857–1868. Nationale Organisationen und Eliten, Düsseldorf 1994.
- Binder, Hans-Otto: Württembergs Weg zur Industrie. Eine zeitgenössische Diskussion, in: Stadtverfassung, Verfassungsstaat, Pressepolitik: Festschrift für Eberhard Naujoks zum 65. Geburtstag, hrsg. von Franz Quarthal und Wilfried Setzler, Sigmaringen 1980, S. 191–203.
- Blackbourn, David: Die Zentrumspartei und die deutschen Katholiken während des Kulturkampfes und danach, in: Otto Pflanze (Hrsg.): Innenpolitische Probleme des Bismarck-Reiches, München/Wien 1983, S. 73–94.
- Blackbourn, David: Handwerker im Kaiserreich: Gewinner oder Verlierer?, in: Ulrich Wenzenroth: Prekäre Selbständigkeit. Zur Standortbestimmung von Handwerk, Hausindustrie und Kleingewerbe im Industrialisierungsprozess, Stuttgart 1989, S. 7–23.
- Blum, Hans: Die deutsche Revolution 1848–49. Eine Jubiläumsausgabe für das deutsche Volk, Florenz und Leipzig 1898.
- Boch, Rudolf: Grenzenloses Wachstum? Das rheinische Wirtschaftsbürgertum und seine Industrialisierungsdebatte 1814–1857, Göttingen 1991.

- Böckenförde, Ernst-Wolfgang: Der Verfassungstyp der deutschen konstitutionellen Monarchie im 19. Jahrhundert, in: ders., hrsg. unter Mitarbeit von Rainer Wahl: *Moderne deutsche Verfassungsgeschichte (1815–1918)*, Köln 1972, S. 146–170.
- Böckenförde, Ernst-Wolfgang: *Gesetz und Gesetzgebende Gewalt, Von den Anfängen der deutschen Staatsrechtslehre bis zur Höhe des staatsrechtlichen Positivismus*, Bd. I, Berlin 1958.
- Boelcke, Willi A.: »Glück für das Land«: die Erfolgsgeschichte der Wirtschaftsförderung von Steinbeis bis heute, Stuttgart 1992.
- Boelcke, Willi A.: Wege und Probleme des industriellen Wachstums im Königreich Württemberg, *ZWL.G.* 32 (1973), S. 436–520.
- Böhme, Helmut: *Deutschlands Weg zur Großmacht. Studien zum Verhältnis von Wirtschaft und Staat während der Reichsgründungszeit 1848–1881*, Köln u. Berlin 1966.
- Bohnert, Dieter: Die Behandlung der Sozialen Frage in den Debatten der Frankfurter Nationalversammlung 1848/49, Diss. Heidelberg 1980.
- Boldt, Hans unter Mitwirkung von Franz Werner Mausberg (Hrsg.): *Reich und Länder. Texte zur deutschen Verfassungsgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert*, München 1987.
- Boldt, Hans: Artikel »Parlament, parlamentarische Regierung, Parlamentarismus«, in: *Geschichtliche Grundbegriffe*, Bd. 4, S. 649–676.
- Boldt, Hans: *Deutsche Staatslehre im Vormärz*, Düsseldorf 1975.
- Boldt, Hans: Die Stellung des Abgeordneten im historischen Wandel, in: *Politik als Beruf? Das Abgeordnetenbild im historischen Wandel; Zur Sache 1/1979*, hrsg. v. Deutscher Bundestag, Presse- und Informationszentrum, S. 15–43.
- Boldt, Hans: Von der konstitutionellen Monarchie zur parlamentarischen Demokratie, in: *Wendemarken der deutschen Verfassungsgeschichte*, Beihefte zu »Der Staat«, hrsg. von Ernst Wolfgang Böckenförde u.a., Heft 10, Berlin 1991, S. 150–172, *Aussprache* S. 173–186.
- Boldt, Werner: *Die württembergischen Volksvereine von 1848 bis 1852*, Stuttgart 1970.
- Boldt, Werner: *Die Anfänge des deutschen Parteiwesens. Fraktionen, politische Vereine und Parteien in der Revolution 1848. Darstellung und Dokumentation*, Paderborn 1971.
- Bonß, Wolfgang: *Die Einübung des Tatsachenblicks. Zur Struktur und Veränderung empirischer Sozialforschung*, Frankfurt/Main 1992.
- Born, Karl Erich: *Geschichte der Wirtschaftswissenschaften an der Universität Tübingen 1817–1967*, Tübingen 1967.
- Borscheid, Peter: *Textilarbeiterschaft in der Industrialisierung. Soziale Lage und Mobilität in Württemberg (19. Jahrhundert)*, Stuttgart 1978.
- Borst, Otto: Der Staat als Unternehmer in der Frühzeit der württembergischen Industrie, in: *Tradition* 11 (1966), S. 105–126 u. 153–173.
- Botzenhart, Manfred: *Deutscher Parlamentarismus 1848–1850*, Düsseldorf 1977.
- Botzenhart, Manfred: Die Parlamentarismusmodelle der deutschen Parteien 1848/49, in: Gerhard A. Ritter (Hrsg.): *Gesellschaft, Parlament und Regierung*, Düsseldorf 1974, S. 121–143.
- Brandt, Hartwig: *Landständische Repräsentation im deutschen Vormärz. Politisches Denken im Einflußfeld des monarchischen Prinzips*, Berlin und Neuwied 1968.
- Brandt, Hartwig: *Parlamentarismus in Württemberg 1819–1870. Anatomie eines deutschen Landtags*, Düsseldorf 1987.
- Brandt, Hartwig: *Stufen der Judenemanzipation im 18. und 19. Jahrhundert*, in: Thomas Klein, Volker Losemann, Gunther Mai (Hrsg.): *Judentum und Antisemitismus von der Antike bis zur Gegenwart*, Düsseldorf 1984, S. 103–112.
- Braun-Wiesbaden, Karl: *Bilder aus der deutschen Kleinstaaterei*, Bd. III: *Bilder aus Nassau, Württemberg und Hessen-Darmstadt (1860–1871)*, Hannover 1881, 3. Aufl.
- Breil, Michaela: *Die Augsburger Allgemeine Zeitung und die Pressepolitik Bayerns. Ein Verlagsunternehmen zwischen 1815 und 1848*, Tübingen 1996.

- Buzengeier, Walter: Die Zusammenhänge zwischen den wirtschaftlichen Verhältnissen und der politischen Entwicklung in Württemberg um die Mitte des 19. Jahrhunderts, staatswiss. Diss. München 1949, maschinenschriftlich.
- Christian, Helmut: Bemerkungen zur Frage der Kinderarbeit in der württembergischen Gewerbsindustrie in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: Erich Maschke u. Jürgen Sydow (Hrsg.): Zur Geschichte der Industrialisierung in den südwestdeutschen Städten, Sigmaringen 1977, S. 40–56.
- Cohn, Gustav: Ueber parlamentarische Untersuchungen in England, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik Bd. 25 (1875), hrsg. v. Bruno Hildebrand u. Johannes Conrad, S. 1–39.
- Conze, Werner u. Sommer, Antje: Artikel »Rasse« in: Geschichtliche Grundbegriffe, Bd. 7, Stuttgart 1992.
- Dann, Otto (Hrsg.): Vereinswesen und bürgerliche Gesellschaft in Deutschland, Beiheft 9 der Historischen Zeitschrift, München 1984.
- Das Königreich Württemberg. Eine Beschreibung von Land, Volk und Staat. 3. Band, Bezirks- und Ortsbeschreibungen, hrsg. von dem Königlichen statistischen Landesamt, Stuttgart 1886.
- Das Staats-Lexikon, hrsg. v. Hermann von Rotteck und Carl Welcker, neue verbesserte Auflage, Altona 1845.
- Demeter, Karl (Hrsg.): Großdeutsche Stimmen 1848/49. Briefe – Tagebuchblätter – Eingaben aus dem Volk, Frankfurt/Main 1939.
- [Detmold, Johann H.]: Thaten und Meinungen des Herrn Piepmeyer, Abgeordneten zur constituirenden Nationalversammlung zu Frankfurt am Main, Nachdruck der Ausgabe Frankfurt am Main 1849, Hrsg. von Christoph Stoll, München 1979.
- Deutsches Staats-Wörterbuch, hrsg. v. Johann Caspar Bluntschli, unter Mitredaktion von Karl Brater, Stuttgart und Leipzig, 1857.
- Duczek, Brigitte: Redakteur zwischen den Revolutionen. Der Leiter der AZ, Gustav Kolb, in: Archiv für die Geschichte der Buchwissenschaft 30 (1988), S. 271–367.
- Ehrle, Peter Michael: Volksvertretung im Vormärz, Studien zur Zusammensetzung, Wahl und Funktion der deutschen Landtage im Spannungsfeld zwischen monarchischem Prinzip und ständischer Repräsentation, Frankfurt 1979.
- Eisfeld, Gerhard: Die Entstehung der liberalen Parteien in Deutschland 1858–1870. Studie zu den Organisationen und Programmen der Liberalen und Demokraten, Hannover 1969.
- Elben, Otto: Lebenserinnerungen 1823–1899, Stuttgart 1931.
- Engelhardt, Ulrich: »Nur vereinigt sind wir stark«. Die Anfänge der deutschen Gewerkschaftsbewegung 1862/63 bis 1869/70, 2 Bde., Stuttgart 1977.
- Entwurf eines Landes-Kultur-Gesetzes für Württemberg mit Erläuterungen, nebst Erörterungen über verschiedene Fragen des Landwirtschafts-Rechts, einen Abriss der alten Agrar-Verfassung und einer Darstellung der gegenwärtigen Feldbausysteme und Weidetriebsarten Württembergs und der in demselben anzubringenden Verbesserungen. Verfaßt von der K. Centralstelle für Landwirtschaft, 2. unveränd. Ausg., Stuttgart 1855.
- Erb, Rainer u. Bergmann, Werner: Die Nachtseite der Judenemanzipation. Der Widerstand gegen die Integration der Juden in Deutschland 1780–1860, Berlin 1989.
- Erb, Rainer: »Jüdische Güterschlächtereie« im Vormärz. Zum Nutzen des Stereotyps für wirtschaftliche Machtstrukturen, dargestellt an einem westfälischen Gesetz von 1836, in: International Review of Social History 30 (1985), S. 312–341.
- Eyck, Frank: Deutschlands große Hoffnung. Die Frankfurter Nationalversammlung 1848/49, München 1973.
- Eyck, Frank: The Revolution of 1848 – A Comment; in: Werner E. Mosse, Arold Paucker, Reinhard Rürup (Hrsg.): Revolution and Evolution 1848 in German-jewish History, Tübingen 1981, S. 403–410.
- Faber, Karl-Georg: Die nationalpolitische Publizistik Deutschlands von 1866 bis 1871, Eine kritische Bibliographie, Bd. 1, Düsseldorf 1963.

- Faber, Karl-Georg: Nationalität und Geschichte, in: Ideen und Strukturen der deutschen Revolution 1848, hrsg. v. Wolfgang Klötzer, Rüdiger Moldenhauer u. Dieter Rebenisch, Frankfurt 1974, S. 103–124.
- Fallati, Johannes: Einige Mittheilungen über die Einrichtung statistischer Enquêtes in England, Frankreich und Belgien, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 3 (1846), S. 724–752.
- Fallati, Johannes: Gedanken über Mittel und Wege zu Hebung der praktischen Statistik, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 3 (1846), S. 496–557.
- Fehrenbach, Elisabeth (Hrsg.): Adel und Bürgertum in Deutschland 1770–1848, München 1994.
- Fehrenbach, Elisabeth: Verfassungsstaat und Nationsbildung 1815–1871, München 1992.
- Felderer, Bernhard u. Homburg, Stefan: Makroökonomik und neue Makroökonomik, Berlin u.a. 3. Aufl. 1987.
- Fenske, Hans (Hrsg.): Der Weg zur Reichsgründung 1850–1870. Quellen zum politischen Denken der Deutschen im 19. und 20. Jahrhundert, Darmstadt 1977.
- Fenske, Hans (Hrsg.): Vormärz und Revolution 1840–1849. Quellen zum politischen Denken der Deutschen im 19. und 20. Jahrhundert, Darmstadt 1976.
- Friedlaender, Fritz: Das Leben Gabriel Rießers. Ein Beitrag zur inneren Geschichte Deutschlands im neunzehnten Jahrhundert, Berlin 1926.
- Fuchs, C.J.: Die Staatswissenschaftliche Fakultät der Universität Tübingen von 1817–1917, in: Jahrbücher für Nationalökonomik und Statistik 109 (1917) II., S. 686–693.
- Gall, Lothar (Hrsg.): Stadt und Bürgertum im Übergang von der traditionellen zur modernen Gesellschaft, München 1993.
- Gall, Lothar: »... Ich wünschte ein Bürger zu sein« Zum Selbstverständnis des deutschen Bürgertums im 19. Jahrhundert, in: HZ 245 (1987), S. 601–623.
- Gall, Lothar: Das liberale Milieu. Die Bedeutung der Gemeinde für den deutschen Liberalismus, in: Liberalismus und Gemeinde. 3. Rastatter Tag zur Geschichte des Liberalismus am 10./11. November 1990, Sankt Augustin 1991, S. 17–33.
- Gall, Lothar: Europa auf dem Weg in die Moderne 1850–1890, München 1989, 2. Aufl.
- Gall, Lothar: Liberalismus und »bürgerliche Gesellschaft«. Zu Charakter und Entwicklung der liberalen Bewegung in Deutschland, in: ders. (Hrsg.): Liberalismus, Königstein 1980, 2. erw. Aufl., S. 162–186.
- Gall, Lothar: Stadt und Bürgertum im 19. Jahrhundert. Ein Problemaufriß, in: ders. (Hrsg.): Stadt und Bürgertum im 19. Jahrhundert, München 1990, S. 1–18.
- Gandolfo, Gancarlo: International Economics I. The Pure Theory of International Trade. New-York u.a., 1987.
- Gehring, Paul: Das Wirtschaftsleben in Württemberg unter König Wilhelm I. (1816–1864), ZWLG 9 (1949/50), S. 196–257.
- Gehring, Paul: Friedrich Karl Fulda, in: Lebensbilder aus Schwaben und Franken. Bd 9, hrsg. v. Max Miller u. Robert Uhland, Stuttgart 1963, S. 122–145.
- Gehring, Paul: Friedrich List. Jugend und Reifejahre 1789–1825, Tübingen 1964.
- Gesandtschaftsberichte aus München 1814–1848, Dritte Abteilung, Die Berichte der preussischen Gesandten, Bd. 2, bearbeitet von Anton Chroust, München 1950.
- Gestrich, Andreas: Einleitung: Sozialhistorische Biographieforschung, in: ders., Peter Koch, Helga Merkel (Hrsg.): Biographie – sozialgeschichtlich, Göttingen 1988, S. 5–28.
- Greive, Hermann: Geschichte des modernen Antisemitismus in Deutschland, Darmstadt 1983.
- Große, C. u. Raith, C.: Beiträge zur Geschichte und Statistik der Reichstags- und Landtagswahlen in Württemberg seit 1871, Stuttgart 1912.
- Grube, Walter: Der Stuttgarter Landtag 1457–1957. Von den Landständen zum demokratischen Parlament, Stuttgart 1957.
- Gysin, Jürgen: »Fabriken und Manufakturen« in Württemberg während des ersten Drittels des 19. Jahrhunderts, St. Katharinen 1989.

- Hafner, Eugen: Die Entwicklung der Kocher-Zeitung aus den Anfängen der Aalener Presse und ihre Geschichte bis zum Jahre 1914, Diss. München 1954 ms.
- Hagen, August: Staat und katholische Kirche in Württemberg in den Jahren 1848–1862, Stuttgart 1928.
- Hahn, Hans Werner: Geschichte des deutschen Zollvereins, Göttingen 1984.
- Handbuch der Baden-Württembergischen Geschichte. Dritter Band. Vom Ende des Alten Reiches bis zum Ende der Monarchien, hrsg. v. Hansmartin Schwarzmaier u.a., Stuttgart 1992.
- Hardtwig, Wolfgang: Strukturmerkmale und Entwicklungstendenzen des Vereinswesens in Deutschland 1789–1848, in: Otto Dann (Hrsg.): Vereinswesen und bürgerliche Gesellschaft in Deutschland, München 1984, S. 11–50.
- Hardtwig, Wolfgang: Vormärz. Der monarchische Staat und das Bürgertum, München 1985.
- Hatschek, Julius: Englisches Staatsrecht mit Berücksichtigung der für Schottland und Irland geltenden Sonderheiten, Bd. 1: Die Verfassung, Tübingen 1905.
- Haunfelder, Bernd: Biographisches Handbuch für das preußische Abgeordnetenhaus 1849–1867, Düsseldorf 1994.
- Haunfelder, Bernd: Zwischen Widerstand und Anpassung: Zur Rolle der Vereine und Wahlkomitees im politischen Leben des Regierungsbezirks Münster 1848–1866, in: Westfälische Forschungen 39 (1989), S. 212–231.
- Heller, Robert: Brustbilder aus der Paulskirche, Leipzig 1849.
- Henning, Hansjoachim: Quellen zur sozialgeschichtlichen Entwicklung in Deutschland von 1815 bis 1860, Paderborn 1977.
- Herzig, Arno: Kinderarbeit in Deutschland in Manufaktur und Profabrik (1750–1850), in: Archiv für Sozialgeschichte XXIII (1983), S. 311–376.
- Hesselmeyer, Ellis J.: Moriz Mohl und die Judenfrage im Frankfurter Parlament, in: Besondere Beilage des Stuttgarter NS-Kuriers mit Regierungsanzeiger für Württemberg, Nr. 5, Stuttgart, 31. Oktober 1936, S. 129–189.
- Hetting, Manfred: Reform ohne Revolution. Bürgertum und kommunale Selbstverwaltung in Württemberg von 1800 bis 1850, Göttingen 1990.
- Hippel, Wolfgang v.: Bevölkerungsentwicklung und Wirtschaftsstruktur im Königreich Württemberg 1815/65. Überlegungen zum Pauperismusproblem in Südwestdeutschland, in: Ulrich Engelhardt, Volker Sellin, Horst Stuke (Hrsg.): Soziale Bewegung und politische Verfassung, Stuttgart 1976, S. 270–371.
- Hippel, Wolfgang v.: Die Bauernbefreiung im Königreich Württemberg, 2 Bde., Boppard 1977.
- Hippel, Wolfgang v.: Wirtschafts- und Sozialgeschichte 1800 bis 1918, in: Handbuch der Baden-Württembergischen Geschichte. Dritter Band, Stuttgart 1992, S. 477–784.
- Holey, Uta: Das imperative Mandat im Vormärz, Diss. jur. Berlin 1975.
- Holl, Karl, Trautmann, Günter, u.a. (Hrsg.): Sozialer Liberalismus, Göttingen 1986.
- Hölzle, Erwin: Der Deutsche Zollverein. Nationalpolitisches aus seiner Vorgeschichte, in: Württembergische Jahrbücher, Jg. 1932/33, S. 131–145.
- Hörner, Manfred: Die Wahlen zur badischen zweiten Kammer im Vormärz (1819–1847), Göttingen 1987.
- Huber, Ernst Rudolf (Hrsg.): Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte. Bd. 1: Deutsche Verfassungsdokumente 1803–1850, Stuttgart 1978, 3. erg. Aufl.
- Huber, Ernst Rudolf: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789. Band I: Reform und Restauration 1789–1830, Stuttgart 2. Aufl. 1967, Band II: Der Kampf um Einheit und Freiheit 1830–1850, Stuttgart 1960, Band III: Bismarck und das Reich, Stuttgart 1988, 3. Aufl.
- Immerfall, Stefan: Territorium und Wahlverhalten. Zur Modellierung geopolitischer und geökonomischer Prozesse, Opladen 1992.
- Jantke, Carl u. Hilger, Dietrich: Die Eigentumslosen. Der deutsche Pauperismus und die Emanzipationskrise in Darstellungen und Deutungen der zeitgenössischen Literatur, Freiburg und München 1965.

- Jekewitz, Jürgen: Parlamentsausschüsse und Ausschußberichterstattung. Zu Herkunft, Aufgabe und Inhalt einer überkommenen Institution, *Der Staat* 25 (1986), S. 39–424.
- Jolly, Ludwig: Zur Geschichte der Staatswirtschaftlichen Fakultät in Tübingen, in: *Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich XIII N.F.* (1889), S. 159–181.
- Jung, Wilhelm: Der Gewerbsmann und die gewerblichen Verhältnisse in Württemberg, zugleich eine Würdigung der gewerbwissenschaftlichen Reise in Frankreich von Herrn Moriz Mohl, Ulm 1845.
- Kaschuba, Wolfgang und Lipp, Carola: Revolutionskultur 1848. Einige (volkskundliche) Anmerkungen zu den Erfahrungsräumen und Aktionsformen antifeudaler Volksbewegungen in Württemberg, in: *ZWLG* 39 (1980), S. 141–164.
- Kaschuba, Wolfgang: Zwischen Deutscher Nation und Deutscher Provinz. Politische Horizonte und soziale Milieus im frühen Liberalismus, in: Dieter Langewiesche (Hrsg.): *Liberalismus im 19. Jahrhundert*, Göttingen 1988, S. 83–108.
- Katz, Jacob: *Vom Vorurteil bis zur Vernichtung. Der Antisemitismus 1700–1933*, München 1989.
- Kircher, Walter-Siegfried: Adel, Kirche und Politik in Württemberg 1830–1851. Kirchliche Bewegung, katholische Standesherren und Demokratie, Göttingen 1973.
- Kirchgäßner, Bernhard: Der Aufbruch, in: Otto Borst (Hrsg.): *Wege in die Welt. Die Industrie im deutschen Südwesten seit Ausgang des 18. Jahrhunderts*, Stuttgart 1989, S. 51–70.
- Klaßen, Kurt: Mitverwaltung und Mitverantwortung in der frühen Industrie. Die Mitbestimmungsdiskussion in der Paulskirche, Frankfurt/M. u.a. 1984.
- Kleine, Georg H.: *Der württembergische Ministerpräsident Frhr. Hermann von Mittnacht (1825–1909)*, Stuttgart 1969.
- Koch, Rainer (Hrsg.): *Die Frankfurter Nationalversammlung 1848/49. Ein Handlexikon der Abgeordneten der deutschen verfassungsgebenden Reichs-Versammlung*, Kelkheim 1989.
- Koch, Rainer: *Demokratie und Staat bei Julius Fröbel 1805–1893*, Stuttgart 1978.
- Koch, Rainer: »Industriesystem« oder »bürgerliche Gesellschaft«. Der frühe deutsche Liberalismus und das Laissez-faire-Prinzip, in: *GWU* 10 (1978), S. 605–628.
- Koch, Rainer: Liberalismus und soziale Frage im 19. Jahrhundert, in: Karl Holl, Trautmann, Günter, u.a. (Hrsg.): *Sozialer Liberalismus*, Göttingen 1986, S. 17–33.
- Kocka, Jürgen: *Arbeitsverhältnisse und Arbeitsexistenzen. Grundlagen der Klassenbildung im 19. Jahrhundert*, Bonn 1990.
- Köhle-Hezinger, Christel: *Evangelisch-Katholisch. Untersuchungen zu konfessionellem Vorurteil und Konflikt im 19. und 20. Jahrhundert vornehmlich am Beispiel Württembergs*, Tübingen 1976.
- Köhler, Ludwig v.: *Das württembergische Gewerberecht 1805 bis 1870*, Tübingen 1891.
- Kohnen, Richard: *Pressepolitik des Deutschen Bundes. Methoden staatlicher Pressepolitik nach der Revolution von 1848*, Tübingen 1995.
- Kollmer-v. Oheimb-Loup, Gert: *Instrumente der Gewerbeförderung im 19. Jahrhundert – Regionalbeispiel Württemberg*, in: *Berufsbildung und Gewerbeförderung. Zur Erinnerung an Ferdinand Steinbeis (1807–1893)*. 4. Berufspädagogisch-historischer Kongreß, 6.–8. Oktober 1993 in Stuttgart, Hrsg. im Auftrag des Bundesinstituts für Berufsbildung v. Bernhard Bonz u.a., Bielefeld 1994, S. 57–66.
- Königliches Württembergisches Hof- und Staatshandbuch, Stuttgart, Jgg. 1828, 1831, 1835, 1843, 1847.
- Kuhn, Helga: *Die Juden in Hamburg. Die politische, soziale und kulturelle Entwicklung einer jüdischen Großstadtgemeinde nach der Emanzipation 1848–1918*, Hamburg 1974.
- Kühne, Jörg-Detlef: *Volksvertretungen im monarchischen Konstitutionalismus (1814–1918)*, in: Hans-Peter Schneider u. Wolfgang Zeh (Hrsg.): *Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin u. New York 1989, S. 49–100.
- Kühne, Thomas: *Dreiklassenwahlrecht und Wahlkultur in Preußen 1867–1914. Landtagswahlen zwischen korporativer Tradition und politischem Massenmarkt*, Düsseldorf 1994.

- Kühne, Thomas: Wahlrecht-Wahlverhalten-Wahlkultur. Tradition und Innovation in der historischen Wahlforschung, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 33 (1993), S. 481–547.
- Lang, Wilhelm: Die Deutsche Partei in Württemberg. Festschrift zur Feier des 25jährigen Bestehens der Partei, 1866–1891, Stuttgart 1891.
- Langewiesche, Dieter (Hrsg.): Liberalismus im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich, Göttingen 1988.
- Langewiesche, Dieter: Bürgerliche Adelskritik zwischen Aufklärung und Reichsgründung in Enzyklopädien und Lexika, in: Elisabeth Fehrenbach (Hrsg.): *Adel und Bürgertum in Deutschland 1770–1848*, München 1994, S. 11–28.
- Langewiesche, Dieter: Das Tagebuch Julius Hölders 1877–1880. Zum Zerfall des politischen Liberalismus in Württemberg und im Deutschen Reich, Stuttgart 1977.
- Langewiesche, Dieter: Deutscher Liberalismus im europäischen Vergleich: Konzeption und Ergebnisse, in: ders. (Hrsg.): *Liberalismus im 19. Jahrhundert*, S. 11–19.
- Langewiesche, Dieter: Die Anfänge der deutschen Parteien. Fraktion und Verein in der Revolution von 1848/49. In: *Geschichte und Gesellschaft* 4, 1978, S. 324–361.
- Langewiesche, Dieter: Die deutsche Revolution von 1848/49 und die vorrevolutionäre Gesellschaft: Forschungsstand und Forschungsperspektiven, Teil I, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 21 (1981), S. 458–498, Teil II, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 31 (1991), S. 331–443.
- Langewiesche, Dieter: Europa zwischen Restauration und Revolution 1815–1849, München 1989, 2. Aufl.
- Langewiesche, Dieter: Julius Hölder (1819–1887). Zur Geschichte des württembergischen und deutschen Liberalismus im 19. Jahrhundert, in: *ZWLG* 36 (1977), S. 151–166.
- Langewiesche, Dieter: Liberalismus in Deutschland, Frankfurt 1988.
- Langewiesche, Dieter: Liberalismus und Demokratie in Württemberg zwischen Revolution und Reichsgründung, Düsseldorf 1974.
- Langewiesche, Dieter: Liberalismus und Judenemanzipation im 19. Jahrhundert; in: Peter Freimark, Alice Jankowski, Ina S. Lorenz (Hrsg.): *Juden in Deutschland. Emanzipation, Integration, Verfolgung und Vernichtung. 25 Jahre Institut für die Geschichte der deutschen Juden Hamburg; Hamburg 1991.*
- Langewiesche, Dieter: Liberalismus und Region, in: ders. (Hrsg.): *Liberalismus und Region: zur Geschichte des deutschen Liberalismus im 19. Jahrhundert*, München 1995, S. 1–18.
- Langewiesche, Dieter: Republik, Konstitutionelle Monarchie und »Soziale Frage«. Grundprobleme der deutschen Revolution von 1848/49, in: ders. (Hrsg.): *Die deutsche Revolution von 1848/49*, Darmstadt 1983, S. 341–361.
- Laube, Heinrich: Das erste deutsche Parlament, Leipzig o.J. (hrsg. 1909), 3 Bde.
- Lenz, Friedrich: Friedrich List. Der Mann und das Werk, München u. Berlin 1936.
- Lewin, Hans: Moriz Mohl als Handelspolitiker, rechts- und staatswiss. Diss. Halle 1922 ms.
- List, Friedrich: Denkschrift, die Handels und Gewerbsverhältnisse Deutschlands betreffend, in: ders.: *Schriften/Reden/Briefe*, Bd. 2, 2. Teil.
- List, Friedrich: *Schriften/Reden/Briefe im Auftrag der Friedrich List-Gesellschaft e.V.* hrsg. von Erwin v. Beckerath u.a., Bd. 1: Der Kampf um die politische und ökonomische Reform 1815–1825, Teilband 2, hrsg. von Karl Goeser und Wilhelm v. Sonntag; Bd. 8, *Tagebücher und Briefe 1812–1846*, hrsg. v. Edgar Salin, Berlin 1933.
- List, Friedrich: Wider die unbegrenzte Teilung der Bauerngüter, in: ders.: *Schriften/Reden/Briefe*, Bd. 1, 2. Teil.
- Maentel, Thorsten: Reputation und Einfluß – die gesellschaftlichen Führungsgruppen, in: Lothar Gall (Hrsg.): *Stadt und Bürgertum im Übergang von der traditionellen zur modernen Gesellschaft*, München 1993, S. 295–314.
- Mann, Bernhard (Hrsg.): Reichsminister Robert von Mohl und seine Wähler 1848/49. 19 Briefe aus der deutschen Nationalversammlung; in: *ZWLG* 30 (1971), S. 327–381.
- Mann, Bernhard: Die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung 1848 im Wahlkreis Hall – Gaildorf – Crailsheim, in: *Württembergisch Franken. Jahrbuch des Historischen Vereins für Württembergisch Franken*, Bd. 53, Neue Folge 43 (1969), S. 109–122.

- Mann, Bernhard: Die Württemberger und die deutsche Nationalversammlung 1848/49, Düsseldorf 1975.
- Mann, Bernhard: Ferdinand Nägele (1808–1879), in: Stadtverfassung, Verfassungsstaat, Pressepolitik: Festschrift für Eberhard Naujoks zum 65. Geburtstag, hrsg. von Franz Quarthal und Wilfried Setzler, Sigmaringen 1980, S. 349–358.
- Mann, Bernhard: Württemberg 1800 bis 1866, in: Handbuch der baden-württembergischen Geschichte, Stuttgart 1992.
- Marquart, Ernst: Geschichte Württembergs, Stuttgart, 3. erw. Aufl. 1985.
- Matz, Klaus-Jürgen: Pauperismus und Bevölkerung. Die gesetzlichen Ehebeschränkungen in den süddeutschen Staaten während des 19. Jahrhunderts, Stuttgart 1980.
- Megerle, Klaus: Der Beitrag Württembergs zur Industrialisierung Deutschlands, ZWLG Bd. 34/35, 1975/1976, S. 324–357.
- Megerle, Klaus: Württemberg im Industrialisierungsprozeß Deutschlands: ein Beitrag zur regionalen Differenzierung der Industrialisierung, Stuttgart 1982.
- Meinerzhagen, Ulrich Achille: Möglichkeiten und Grenzen sozialpolitischen Handelns in der Frankfurter Nationalversammlung. Die soziale Frage in den Verfassungsverhandlungen und Gesetzentwürfen der Paulskirche, Diss. Heidelberg 1987.
- Menzinger, Rosemarie: Verfassungsrevision und Demokratisierungsprozeß im Königreich Württemberg. Ein Beitrag zur Entwicklungsgeschichte des parlamentarischen Regierungssystems in Deutschland, Stuttgart 1969.
- Meyer, Manfred: Freiheit und Macht. Studien zum Nationalismus süddeutscher, insbesondere badischer Liberaler 1830–1848, Frankfurt u.a. 1994.
- Meyer, Michael A.: Jüdische Identität in der Moderne, Frankfurt 1992.
- Mitzman, Arthur: Historische Identität und die Identität des Historikers, in: Hedwig Röckelein (Hrsg.): Biographie als Geschichte, Tübingen 1993, S. 89–116.
- Mögle-Hofacker, Franz: Zur Entwicklung des Parlamentarismus in Württemberg. Der »Parlamentarismus der Krone« unter König Wilhelm I., Stuttgart 1981.
- Mohl, Moriz, (Hrsg.): Tscherning, Aug., Einige Bemerkungen zu dem Entwurf vom 24. Oktober 1878 für ein Forststrafgesetz in Württemberg, Stuttgart 1879.
- Mohl, Moriz: Antrag auf Herstellung der staatsbürgerlichen Gleichheit insbesondere mittelst Aufhebung des Adels, Frankfurt a.M. 1848.
- Mohl, Moriz: Bemerkungen zu dem vorläufigen Entwurfe eines Reichs-Eisenbahn-Gesetzes vom April 1875, Stuttgart 1875.
- Mohl, Moriz: Bericht der volkswirtschaftlichen Commission der württembergischen Kammer der Abgeordneten über den preußisch-französischen Handelsvertrag und über die im Zusammenhang damit abgeschlossenen weiteren Verträge, Stuttgart 1863.
- Mohl, Moriz: Denkschrift für eine Reichs-Tabak-Regie, Stuttgart 1878.
- Mohl, Moriz: Die Frage von Reichs-Eisenbahnen erörtert. Mit einem Hefte von statistischen Übersichten, Stuttgart 1876.
- Mohl, Moriz: Die Pest öffentlicher Leihhäuser, Stuttgart 1866.
- Mohl, Moriz: Die Zukunft Süddeutschlands. Zwei Reden in der württembergischen Adreßdebatte von Moriz Mohl, Stuttgart 1866.
- Mohl, Moriz: Ein Beitrag zur Beurtheilung des Ertrags der württembergischen Staatseisenbahnen, Stuttgart 1881.
- Mohl, Moriz: Ein Beitrag zur Erörterung des deutschen Handelsgesetzbuches, Stuttgart 1857.
- Mohl, Moriz: Ein Wort zur agrarischen Frage anknüpfend an den Bestand und Beruf der württembergischen Centralstelle für Landwirtschaft, Stuttgart 1876.
- Mohl, Moriz: Eine Privat-Enquête über Gewerbefreiheit und Hausierhandel, Stuttgart 1882.
- Mohl, Moriz: Einige Beiträge zu Wald-Erhaltungsfrage, Stuttgart 1879.
- Mohl, Moriz: Einige weitere Betrachtungen über die Frage: Ob größere Zweigbahnen des württembergischen Eisenbahnsystems zweckmäßiger Weise Privat-Unternehmungen überlassen werden, Stuttgart 1843.

- Mohl, Moriz: Eisenbahn und Postmonopol- Sollen die Zweigbahnen Pferdebahnen sein und sollen sie Privatunternehmern überlassen werden, Stuttgart 1843.
- Mohl, Moriz: Erwiederung an das Gründer-Comite eines Leihhauses auf Actien, Stuttgart 1868.
- Mohl, Moriz: Für die Erhaltung der Süddeutschen Staaten, Stuttgart 1870.
- Mohl, Moriz: Kommissions-Bericht an die württembergische Kammer der Abgeordneten über die von einem Abgeordneten gegen indirekte Steuern und für eine Vermögens- und Einkommenssteuer gestellten Antrag erstattet. Mit einem Vorworte und Nachtrage, Stuttgart 1877.
- Mohl, Moriz: Mahnruf zur Bewahrung Süddeutschlands vor den äußersten Gefahren. Denkschrift für die süddeutschen Volksvertreter, Stuttgart 1867.
- Mohl, Moriz: Rede vom 20. Januar 1886 gegen ein Eintreten auf das sogenannte Feldbereinigungsgesetz, Stuttgart 1886.
- Mohl, Moriz: Über Bank-Manöver, Bankfragen und Krisis. Stuttgart 1858.
- Mohl, Moriz: Über den Entwurf eines Reichs-Eisenbahn-Gesetzes und dessen Unzulässigkeit, Stuttgart 1874.
- Mohl, Moriz: Über die deutschen Reichs- und Staats-Defizite und das einzige geeignete Mittel zur Abhülfe. Mit besonderer Nachweisung aus Württemberg, Stuttgart 1881.
- Mohl, Moriz: Über die Gefahr einer verfehlten Münz Reform, Stuttgart 1871.
- Mohl, Moriz: Über die württembergische Gewerbsindustrie, 1. Abt., Stuttgart-Tübingen 1828.
- Mohl, Moriz: Über ein Bundesgericht und das Gesetzgebungsrecht des Bundestages. Ein Beitrag zur deutschen Frage. Mit dem Dresdner Entwurf für ein Bundesgericht und der badischen Denkschrift, Stuttgart 1860.
- Mohl, Moriz: Über ein Leihhaus auf Actien, Stuttgart 1868.
- Mohl, Moriz: Vier Eingaben, [nebst:] Fünfte Eingabe, für die Sicherstellung der württembergischen Staatsbahnen (gegen den Wettbewerb der Privatbahnen, besonders der Filderbahn), Stuttgart 1886.
- Mohl, Moriz: Zu den gewerbswissenschaftlichen Ergebnissen meiner Reisen in Frankreich, Stuttgart und Tübingen 1845.
- Mohl, Moriz: Zur agrarischen Frage: Zwei Reden am 4. April 1876 in der Kammer der Abgeordneten gehalten, Stuttgart 1876.
- Mohl, Moriz: Zur deutschen Finanzlage, Stuttgart 1878.
- Mohl, Moriz: Zur Lösung der deutschen Finanzfrage. Mit 3 Beilagen, betreffend Elsaß-Lothringensche Anträge auf Einführung des Tabakmonopols, wie es unter französischer Verwaltung besteht, Stuttgart 1878.
- Mohl, Moriz: Zur Münzfrage, Tübingen 1871.
- Mohl, Robert v.: Das Verfahren bei der Abfassung von Gesetzen, in: ders.: Staatsrecht, Völkerrecht und Politik, zweiter Band, Politik, erster Band, S. 533–540.
- Mohl, Robert v.: Die Juden, in: ders.: Staatsrecht, Völkerrecht und Politik, Bd. II, S. 17 f.
- Mohl, Robert v.: Die Judenemanzipation, in: ders.: Staatsrecht, Völkerrecht und Politik, Bd. III, S. 673–680.
- Mohl, Robert v.: Lebenserinnerungen, Stuttgart und Leipzig 1902, 2 Bde.
- Mohl, Robert v.: Staatsrecht, Völkerrecht und Politik, 3 Bde, Tübingen 1862.
- Morlok, Georg v.: Die Königlich württembergische Staatseisenbahn. Rückschau auf deren Erbauung während der Jahre 1835–1889 unter Berücksichtigung ihrer geschichtlichen, technischen und finanziellen Momente und Ergebnisse, Stuttgart u.a. 1892.
- Mühlbauer, Karl Reinhold: Zur Lage des Arbeiterkinds im 19. Jahrhundert: ein sozial- und bildungsgeschichtlicher Beitrag unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse im Königreich Bayern, Köln, Wien 1991.
- Müller, Christoph: Das imperative und freie Mandat, Überlegungen zur Lehre von der Repräsentation des Volkes, Leiden 1966.
- Müller, Petrus: Liberalismus in Nürnberg 1800 bis 1871: Eine Fallstudie zur Ideen- und Sozialgeschichte des Liberalismus in Deutschland im 19. Jahrhundert, Nürnberg 1990.

- Müller-Papst, Franziska: Staat und Universität im württembergischen Vormärz, Diss. phil. Tübingen 1976.
- Naujoks, Eberhard: Reform und Lehrkörperstruktur der Universität Tübingen (1815–1914), in: 500 Jahre Eberhard-Karls-Universität Tübingen. Beiträge zur Geschichte der Universität Tübingen 1477–1977; hrsg. v. Hansmartin Decker-Hauff u.a., bearbeitet von Wilfried Setzler, Tübingen 1977, S. 135–192.
- Niehuss, Merith: Historische Wahlstatistik 1849 bis 1987. Bemerkungen zu Quellenlage und Forschung, in: Diedrich Nils u.a. (Hrsg.): Historische Statistik in der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1990, S. 127–153.
- Nipperdey, Thomas und Rürup, Reinhard: Artikel »Antisemitismus«, in: Geschichtliche Grundbegriffe Bd. 1, S. 129–153.
- Nipperdey, Thomas: Deutsche Geschichte 1800–1866. Bürgerwelt und starker Staat. München 1983.
- Nipperdey, Thomas: Deutsche Geschichte 1866–1918, Bd. I: Arbeitsgeist und Bürgergeist, München 1990, Bd. II: Machtstaat vor der Demokratie, München 1992.
- Nipperdey, Thomas: Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918, Düsseldorf 1961.
- Nolte, Paul: Gemeindebürgertum und Liberalismus in Baden 1800–1850. Tradition – Radikalismus – Republik, Göttingen 1994.
- Nolte, Paul: Gemeindeliberalismus. Zur lokalen Entstehung und sozialen Verankerung der liberalen Partei in Baden 1831–1855, in: HZ 252(1991), S. 55–93.
- Obermann, Karl: Die Wahlen zur Frankfurter Nationalversammlung im Frühjahr 1848. Die Wahlvorgänge in den Staaten des Deutschen Bundes im Spiegel zeitgenössischer Quellen, Berlin 1987.
- Offermann, Toni: Arbeiterbewegung und liberales Bürgertum in Deutschland 1850–1863, Bonn 1979.
- Ott, Wolf-Rüdiger: Grundlageninvestitionen in Württemberg. Maßnahmen zur Verbesserung der materiellen Infrastruktur in der Zeit vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis zum Ende des Ersten Weltkrieges, Diss. Heidelberg 1971.
- Plumpe, Gottfried: Die württembergische Eisenindustrie im 19. Jahrhundert. Eine Fallstudie zur Geschichte der industriellen Revolution in Deutschland, Wiesbaden 1982.
- Pollmann, Klaus Erich: Parlamentarismus im Norddeutschen Bund 1867–1870, Düsseldorf 1985.
- Quandt, Siegfried (Hrsg.): Kinderarbeit und Kinderschutz in Deutschland 1783–1976. Quellen und Anmerkungen, Paderborn 1978.
- Quarthal, Franz u. Setzler, Wilfried (Hrsg.): Stadtverfassung, Verfassungsstaat, Pressepolitik: Festschrift für Eberhard Naujoks zum 65. Geburtstag, Sigmaringen 1980.
- Radkau, Joachim u. Schäfer, Ingrid: Holz: Ein Naturstoff der Technikgeschichte, Reinbek bei Hamburg 1987.
- Rapp, Adolf: Die Württemberger und die nationale Frage 1863–1871, Stuttgart 1910.
- Rapp, Adolf: Großdeutsch-Kleindeutsch, Stimmen aus der Zeit von 1815 bis 1914, München 1922.
- Real, Willy: Der Deutsche Reformverein. Großdeutsche Stimmen und Kräfte zwischen Villafranca und Königgrätz, Lübeck und Hamburg 1966.
- Regierungsblatt für das Königreich Württemberg, Jg. 1856, 1861
- Reulecke, Jürgen: Pauperismus, »social learning« und die Anfänge der Sozialstatistik in Deutschland; in: Hans Mommsen u. Winfried Schulze (Hrsg.): Vom Elend der Handarbeit: Probleme der historischen Unterschichtenforschung, Stuttgart 1981, S. 358–372.
- Rischbieter, Henning: Der Handelsvertrag mit Frankreich und die Zollvereinskrisis 1862–1864 in der öffentlichen Meinung Deutschlands, phil. Diss. Göttingen 1952.
- Ritter, Gerhard A. (Hrsg.): Gesellschaft, Parlament und Regierung. Zur Geschichte des Parlamentarismus in Deutschland, Düsseldorf 1974.
- Ritter, Gerhard A. u. Niehuss, Merith: Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch. Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1871–1918, München 1980.

- Ritter, Gerhard A. u. Tenfelde, Klaus: Arbeiter im Deutschen Kaiserreich 1871 bis 1914, Bonn 1992.
- Ritter, Gerhard A.: Die deutschen Parteien 1830–1914. Parteien und Gesellschaft im konstitutionellen Regierungssystem, Göttingen 1985.
- Ritter, Gerhard A.: Die Kontrolle staatlicher Macht in der modernen Demokratie, in: ders. (Hrsg.): Vom Wohlfahrtsausschuß zum Wohlfahrtsstaat. Der Staat in der modernen Industriegesellschaft, Köln 1973, S. 69–117.
- Ritter, Gerhard A.: Einleitung zu: ders. (Hrsg.): Deutsche Parteien vor 1918, Köln 1973, S. 9–25.
- Ritter, Gerhard A.: Entwicklungsprobleme des deutschen Parlamentarismus, in: ders. (Hrsg.): Gesellschaft, Parlament und Regierung. Zur Geschichte des Parlamentarismus in Deutschland, Düsseldorf 1974, S. 11–54.
- Ritter, Gerhard A.: Sozialversicherung in Deutschland und England. Entstehung und Grundzüge im Vergleich, München 1983.
- Röckelein, Hedwig (Hrsg.): Biographie als Geschichte, Tübingen 1993.
- Röckelein, Hedwig: Der Beitrag der psychohistorischen Methode zur »neuen historischen Biographie«, in: dies. (Hrsg.): Biographie als Geschichte, Tübingen 1993, S. 17–38.
- Rohe, Karl: Politische Kultur und der kulturelle Aspekt von politischer Wirklichkeit – Konzeptionelle und typologische Überlegungen zu Gegenstand und Fragestellung Politischer Kultur-Forschung, in: Dirk Berg-Schlösser u. Jakob Schissler (Hrsg.): Politische Kultur in Deutschland: Bilanz und Perspektiven der Forschung, Opladen 1987, S. 39–48.
- Rohe, Karl: Politische Kultur und ihre Analyse. Probleme und Perspektiven der politischen Kulturforschung, in: HZ 250, 1990, S. 321–346.
- Rohe, Karl: Wahlanalyse im historischen Kontext. Zur Kontinuität und Wandel von Wahlverhalten, in: HZ 234 (1982), S. 337–357.
- Rosenberg, Hans: Die Nationalpolitische Publizistik Deutschlands – vom Eintritt der Neuen Ära in Preußen bis zum Ausbruch des Deutschen Krieges. Eine kritische Bibliographie, Veröffentlichung der Historischen Reichskommission, München und Berlin 1935, 2 Bde.
- Rosenberg, Hans: Honoratiorenpolitiker und »Großdeutsche« Sammlungsbestrebungen im Reichsgründungsjahrzehnt, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands, Bd. 19 (1970), S. 155–233.
- Roth, Carl Ludwig: Stimmen aus der württembergischen Kammer der Abgeordneten im Sommer 1858. Ein Beitrag zur Verständigung über sociale Fragen, Stuttgart 1859.
- Rotteck, Carl v.: Lehrbuch des Vernunftrechts und der Staatswissenschaften, Bd. 2, Allgemeine Staatslehre, Stuttgart 1830.
- [Rümelin, Gustav]: Aus der Paulskirche. Berichte an den Schwäbischen Merkur aus den Jahren 1848 und 1849 von Gustav Rümelin, hrsg. und eingel. von H. R. Schäfer, Stuttgart 1892.
- Runge, Gerlinde: Die Volkspartei in Württemberg von 1864 bis 1871. Die Erben der 48er Revolution im Kampf gegen die preußisch-kleindeutsche Lösung der nationalen Frage, Stuttgart 1970.
- Rürup, Reinhard: Die Judenfrage der bürgerlichen Gesellschaft und die Entstehung des modernen Antisemitismus, in: ders., Emanzipation und Antisemitismus, S. 93–119.
- Rürup, Reinhard: Die Emanzipation der Juden in Baden, in: ders.: Emanzipation und Antisemitismus. Studien zur »Judenfrage« der bürgerlichen Gesellschaft, Frankfurt 1987, S. 46–92.
- Sauer, Paul: Revolution und Volksbewaffnung. Die württembergischen Bürgerwehren im 19. Jahrhundert, vor allem während der Revolution von 1848/49, Ulm 1976.
- Schäfer, Ulla G.: Historische Nationalökonomie und Sozialstatistik als Gesellschaftswissenschaften. Forschungen zur Vorgeschichte der theoretischen Soziologie und der empirischen Sozialforschung in Deutschland in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Köln u. Wien.
- Schäffle, Albert E.: Aus meinem Leben, 2 Bde., Berlin 1905.

- Scheuerle, Albert: Der politische Katholizismus in Württemberg während der Jahre 1857–1871, Diss. Tübingen 1922 ms.
- Scheuner, Ulrich: Volkssouveränität und Theorie der parlamentarischen Vertretung. Zur Theorie der Volksvertretung in Deutschland 1815–1848, in: Karl Bosl hrsg. unter Mitwirkung von Karl Möckl: Der moderne Parlamentarismus und seine Grundlagen in der ständischen Repräsentation, Berlin 1977.
- Schieder, Theodor: Die Theorie der Partei im älteren deutschen Liberalismus. In: ders., Staat und Gesellschaft im Wandel unserer Zeit. Studien zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, München 1974, 4. Aufl., S. 110–132.
- Schmitt, Karl: Konfessioneller Konflikt und politisches Verhalten in Deutschland: vom Kaiserreich zur Bundesrepublik, in: Heinrich Best (Hrsg.): Politik und Milieu. Wahl und Elitenforschung im historischen und interkulturellen Vergleich, St. Katharinen 1989.
- Schoch, Siegfried: Soziale Bewegungen sowie Formen sozialen und sozialpolitischen Denkens und Handelns im Württemberg 1770–1870, Stuttgart 1975, zugleich Diss. Freiburg in der Schweiz 1974.
- Schomerus, Heilweg: Die Arbeiter der Maschinenfabrik Esslingen. Forschungen zur Lage der Arbeiterschaft im 19. Jahrhundert, Stuttgart 1977.
- Schübelin, Walter: Das Zollparlament und die Politik von Baden, Bayern und Württemberg 1866–1870, Berlin 1935.
- Schulz, Andreas: Wirtschaftlicher Status und Einkommensverteilung – die ökonomische Oberschicht, in: Lothar Gall (Hrsg.): Stadt und Bürgertum im Übergang von der traditionellen zur modernen Gesellschaft, München 1993, S. 249–271.
- Schulze, Hagen: Der Weg zum Nationalstaat. Die deutsche Nationalbewegung vom 18. Jahrhundert bis zur Reichsgründung, München 1985.
- Schwankl, Herbert: Das württembergische Ausstellungswesen. Zur Entwicklung der allgemeinen Gewerbe- und Industrieausstellungen im 19. Jahrhundert, St. Katharinen 1988.
- Sedatis, Helmut: Liberalismus und Handwerk in Südwestdeutschland. Wirtschafts- und Gesellschaftskonzeptionen des Liberalismus und die Krise des Handwerks im 19. Jahrhundert, Stuttgart 1979.
- Seidel, Kurt: Aalen und seine Bedeutung im Rahmen der Eisenbahngeschichte, in: Aalener Jahrbuch 1980, S. 192–227.
- Seidel, Kurt: Die Remsbahn. Schienenwege in Ostwürttemberg, Stuttgart 1987.
- Seybold, Gerhard: Württembergs Industrie und Außenhandel vom Ende der Napoleonischen Kriege bis zum Deutschen Zollverein, Stuttgart 1974.
- Sheehan, James J.: Klasse und Partei im Kaiserreich: Einige Gedanken zur Sozialgeschichte der deutschen Politik, in: Otto Pflanze (Hrsg.): Innenpolitische Probleme des Bismarck-Reiches, München u. Wien 1983, S. 1–24.
- Sieber, Eberhard: Stadt und Universität Tübingen in der Revolution von 1848/49, Tübingen 1975.
- Siebertz, Paul: Ferdinand von Steinbeis. Ein Wegbereiter der Wirtschaft, Stuttgart 1952.
- Siemann, Wolfram: »Deutschlands Ruhe, Sicherheit und Ordnung« Die Anfänge der politischen Polizei 1806–1866, Tübingen 1985.
- Siemann, Wolfram: Der »Polizeiverein« deutscher Staaten. Eine Dokumentation zur Überwachung der Öffentlichkeit nach der Revolution von 1848/49, Tübingen 1983.
- Siemann, Wolfram: Die Adelskrise 1848/49, in: Elisabeth Fehrenbach (Hrsg.): Adel und Bürgertum in Deutschland 1770–1848, München 1994, S. 231–246.
- Siemann, Wolfram: Die deutsche Revolution von 1848/49, Frankfurt 1985.
- Siemann, Wolfram: Die Frankfurter Nationalversammlung 1848/49 zwischen demokratischem Liberalismus und konservativer Reform. Die Bedeutung der Juristendominanz in den Verfassungsverhandlungen des Paulskirchenparlaments, Bern u. Frankfurt /M. 1976.
- Siemann, Wolfram: Gesellschaft im Aufbruch. Deutschland 1849–1871, Frankfurt 1990.
- Siemann, Wolfram: Vom Staatenbund zum Nationalstaat. Deutschland 1806–1871, München 1995.

- Siemann, Wolfram: Von der offenen zur mittelbaren Kontrolle. Der Wandel in der deutschen Preßgesetzgebung und Zensurpraxis des 19. Jahrhunderts, in: Herbert G. Göpfert, Erdmann Weyrauch (Hrsg.): »Unmoralisch an sich ...«. Zensur im 18. und 19. Jahrhundert, Wiesbaden 1988, S. 293–308.
- Siemann, Wolfram: Wirtschaftsliberalismus 1848/49 zwischen Sozialverpflichtung und Konkurrenzprinzip. Zur Debatte über das »Recht auf Arbeit« in der Paulskirche, in: Festschrift für Ernst Walter Zeeden, hrsg. v. Horst Rabe u.a., Münster 1976, S. 407–432.
- Siemann, Wolfram: Zwischen Ordnungs- und Sozialpolitik: die Anfänge parlamentarischer und administrativer Enquêtes in Deutschland, in: Erk Volkmar Heyen (Hrsg.): Formation und Transformation des Verwaltungswissens in Frankreich und Deutschland (18./19. Jh.), Baden Baden 1989, S. 293–311.
- Simon, Manfred: Handwerk in Krise und Umbruch. Wirtschaftliche Forderungen und sozialpolitische Vorstellungen der Handwerksmeister im Revolutionsjahr 1848/49, Köln u. Wien 1983.
- Sperlich, Waltraud: Journalist mit Mandat: sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und ihre Arbeit in der Parteipresse 1867–1918, Düsseldorf 1983.
- Stamm-Kuhlmann, Thomas: Thätiges Leben und Melancholie im preußischen Königshaus: durch Charaktertypologie zum Epochenverständnis, in: Hedwig Röckelein (Hrsg.): Biographie als Geschichte, Tübingen 1993, S. 280–294.
- Steffani, Winfried: Die Untersuchungsausschüsse des Preußischen Landtags zur Zeit der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur Entwicklung, Funktion und politischen Bedeutung parlamentarischer Untersuchungsausschüsse, Düsseldorf 1960.
- Steger, Karl: Die politischen Gedanken von Moriz Mohl, phil. Diss. Tübingen 1923 ms.
- Steinbach, Peter: Die Politisierung der Region. Reichs- und Landtagswahlen im Fürstentum Lippe 1866–1881, 2 Bde, Passau 1989.
- Steinbach, Peter: Reichstagswahlen im Kaiserreich. Möglichkeiten historischer Wahlforschung im interdisziplinären Kontext, in: Dieter Emig, u.a. (Hrsg.): Sprache und Politische Kultur in der Demokratie. Hans Gerd Schumann zum Gedenken, Frankfurt a.M. u.a. 1992, S. 89–112.
- Steinbach, Peter: Stand und Methode der historischen Wahlforschung, in: Hartmut Kaelble (Hrsg.): Probleme der Modernisierung in Deutschland. Sozialhistorische Studien zum 19. und 20. Jahrhundert, Opladen 1978, S. 171–234.
- Steinbach, Peter: Wahlverhalten im Kaiserreich: Perspektiven und Interpretationsmöglichkeiten, in: Heinrich Best (Hrsg.): Politik und Milieu. Wahl und Elitenforschung im historischen und interkulturellen Vergleich, St. Katharinen 1989, S. 19–33.
- Steitz, Walter (Hrsg.): Quellen zur deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte im 19. Jahrhundert bis zur Reichsgründung, Darmstadt 1980.
- Steitz, Walter: Budgetrecht und Haushaltsstruktur des württembergischen Hauptfinanzetats im 19. Jahrhundert, in: ZWLG 33 (1974), S. 161–182.
- Stoltenberg, Gerhard: Der Deutsche Reichstag 1871–1873, Düsseldorf 1955.
- Stürmer, Michael: Regierung und Reichstag im Bismarckstaat 1871–1880. Cäsarismus oder Parlamentarismus, Düsseldorf 1974.
- Supper, Otto: Die Entwicklung des Eisenbahnwesens im Königreich Württemberg. Denkschrift zum fünfzigsten Jahrestag der Eröffnung der ersten Eisenbahnstrecke in Württemberg am 22. Oktober 1845, Stuttgart 1895.
- Tänzer, Paul: Die Rechtsgeschichte der Juden in Württemberg 1806–1828, hrsg. v. d. Kommission für die Geschichte der Juden in Württemberg, Berlin, Stuttgart, Leipzig 1922.
- Tänzer, Paul: Die Rechtsgeschichte der Juden in Württemberg 1806–1828, Berlin, Stuttgart, Leipzig 1922.
- Tenfelde, Klaus: Die Entfaltung des Vereinswesens während der industriellen Revolution in Deutschland (1850–1873), in: Otto Dann (Hrsg.): Vereinswesen und bürgerliche Gesellschaft in Deutschland, München 1984, S. 55–114.

- Tenfelde, Klaus: Kommentar [zur Sektion III. Der Wandel der städtischen Eliten], in: Lothar Gall (Hrsg.): Stadt und Bürgertum im Übergang von der traditionellen zur modernen Gesellschaft, München 1993, S. 323–329.
- Thränhardt, Dietrich: Wahlen und politische Strukturen in Bayern 1848–1853. Historisch – soziologische Untersuchungen zum Entstehen und zur Neuerrichtung eines Parteiensystems, Düsseldorf 1973.
- Toury, Jacob: Die politische Orientierung der Juden in Deutschland. Von Jena bis Weimar, Tübingen 1966.
- Traub, Manfred: Beiträge zur Württembergischen Geschichte in der »Reaktionszeit« (1849–1859), Diss. phil. Tübingen 1937.
- Trautmann, Günter: Die industriegesellschaftliche Herausforderung des Liberalismus. Staatsintervention und Sozialreform in der Politökonomie des 18./19. Jahrhunderts, in: ders. u.a. (Hrsg.): Sozialer Liberalismus, Göttingen 1986.
- Treitschke, Heinrich v.: Die Anfänge des deutschen Zollvereins. In: Preussische Jahrbücher, Bd. 30, Berlin 1872, S. 397–467, S. 479–571, S. 648–707.
- Ulshöfer, Kuno: Hugo von Mohl, in: Lebensbilder aus Schwaben und Franken, hrsg. v. Max Miller und Robert Uhlend, Bd. 10, Stuttgart 1966, S. 375–387.
- Valentin, Veit: Geschichte der deutschen Revolution von 1848–1849, 2 Bde., Berlin 1930/31, Nachdruck Köln 1970.
- Verhandlungen der Mitglieder deutscher Landesvertretungen in Frankfurt a. M., Montag den 21. Dezember 1863, Frankfurt a. M. 1863.
- Vischer, L.: Die industrielle Entwicklung im Königreich Württemberg und das Wirken seiner Centralstelle für Gewerbe und Handel in ihren ersten 25 Jahren, Stuttgart 1875.
- Volkmann, Heinrich: Die Arbeiterfrage im preussischen Abgeordnetenhaus 1848–1869, Berlin 1869.
- Volkov, Shulamit: Das geschriebene und das gesprochene Wort. Über Kontinuität und Diskontinuität im deutschen Antisemitismus, in: dies.: Jüdisches Leben und Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert: 10 Essays, München 1990, S. 54–75.
- Volkov, Shulamit: Die Juden in Deutschland 1780–1918, München 1994.
- Vollmer, Franz X.: Der Traum von der Freiheit. Vormärz und 48er Revolution in Süddeutschland in zeitgenössischen Bildern, Stuttgart 1983.
- Vollmer, Hans Jürgen: Der Kampf um die Grundrechte und um die Revision der Verfassung in Württemberg (1848–1852), Diss. Freiburg im Breisgau 1967.
- Vorgeschichte und Begründung des Deutschen Zollvereins 1815–1834, Akten der Staaten des Deutschen Bundes und der europäischen Mächte, Bd. III, bearbeitet von W. v. Eisenhart Rothe und A. Ritthaler, eingeleitet von Hermann Oncken, Berlin 1934.
- Waibel, Raimund: Frühliberalismus und Gemeindewahlen in Württemberg (1817–1855). Das Beispiel Stuttgart, Stuttgart 1992.
- Waibel, Raimund: Gemeindewahlen in Ulm (1817–1900). Ein Beitrag zur Geschichte der politischen Basis der bürgerlichen Selbstverwaltung im 19. Jahrhundert, in: Ulm und Oberschwaben. Zeitschrift für Geschichte und Kunst, Bd. 47/48 (1991) S. 254–373.
- Wauschkuhn, Friedrich-Franz: Die Anfänge der württembergischen Textilindustrie im Rahmen der staatlichen Gewerbepolitik 1806–1848, Diss. Hamburg 1974.
- Wauschkuhn, Friedrich-Franz: Staatliche Gewerbepolitik und frühindustrielles Unternehmertum in Württemberg von 1806–1848, in: Erich Maschke und Jürgen Sydow (Hrsg.): Zur Geschichte der Industrialisierung in den südwestdeutschen Städten, Sigmaringen 1977.
- Weber, Hartmut: Die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung im Wahlbezirk Öhringen – Künzelsau, April 1848, in: Württembergisch Franken. Jahrbuch des Historischen Vereins für Württembergisch Franken, Bd. 53, Neue Folge 43 (1969), S. 123–132.
- Weber, Marie-Luise: Ludwig Bamberg. Ideologie statt Realpolitik, Stuttgart 1987.
- Weber, Max: Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie, Tübingen 1976, 5. revidierte Auflage.

- Weber, Max: *Wissenschaft als Beruf 1917/1919. Politik als Beruf 1919*, hrsg. v. Wolfgang J. Mommsen u.a., Tübingen 1990.
- Weber, W.: *Der deutsche Zollverein, Geschichte seiner Entstehung und Entwicklung*, Leipzig 1871, Neudruck Glashütten im Taunus 1972.
- Wehler, Hans-Ulrich: *Deutsche Gesellschaftsgeschichte* Bd. 2. *Von der Reformära bis zur industriellen und politischen »Deutschen Doppelrevolution« 1815–1845/49*. München 1987.
- Weinmann, Arthur: *Die Reform der württembergischen Innenpolitik in den Jahren der Reichsgründung 1866–1870. Die Innenpolitik als Instrument der Selbstbehauptung des Landes*, Göppingen 1971.
- Wende, Peter: *Die Adelsdebatte der Paulskirche*, in: Adolf M. Birke, Lothar Kettenacker (Hrsg.): *Bürgertum, Adel und Monarchie. Wandel der Lebensformen im Zeitalter des bürgerlichen Nationalismus*, München u.a. 1989.
- Wentzke, Paul: *Ideale und Irrtümer des ersten deutschen Parlaments (1848–49)*, Heidelberg 1959.
- Wettengel, Michael: *Die Revolution von 1848/49 im Rhein – Main – Raum. Politische Vereine und Revolutionsalltag im Großherzogtum Hessen, Herzogtum Nassau und in der Freien Stadt Frankfurt*, Wiesbaden 1989.
- Wichmann, W.: *Denkwürdigkeiten aus der Paulskirche*, Hannover 1888.
- Wiesend, Gabriele: *Das Ausschußwesen des Bayerischen Landtags*, München 1989.
- Winkel, Harald: *Die deutsche Nationalökonomie im 19. Jahrhundert*, Darmstadt 1977.
- Wolf, Hubert: *Ketzer oder Kirchenlehrer? Der Tübinger Theologe Johannes von Kuhn 1806–1887*, Mainz 1992.
- Wolfgang, Schmierer: *Von der Arbeiterbildung zur Arbeiterpolitik. Die Anfänge der Arbeiterbewegung in Württemberg 1862/63–1878*, Hannover 1970.
- Wölk, Monika: *Wahlbewußtsein und Wahlerfahrung zwischen Tradition und Moderne*, in: HZ 238 (1984), S. 311–352.
- Wollstein, Günter: *Das »Großdeutschland« der Paulskirche. Nationale Ziele in der bürgerlichen Revolution 1848/49*, Düsseldorf 1977.
- Wunder, Bernd: *Privilegierung und Disziplinierung. Die Entstehung des Berufsbeamtentums in Bayern und Württemberg (1780–1825)*, München und Wien 1978.
- Wunder, Heide: *Die bäuerliche Gemeinde in Deutschland*, Göttingen 1986.
- Ziebur, Gilbert: *Anfänge des deutschen Parlamentarismus (Geschäftsverfahren und Entscheidungsprozeß in der ersten deutschen Nationalversammlung 1848/49)*, in: ders. u. Gerhard A. Ritter (Hrsg.): *Faktoren der politischen Entscheidung. Festgabe für Ernst Fraenkel zum 65. Geburtstag*, Berlin 1963, S. 185–236.
- Ziebur, Gilbert: *Frankreich von der Großen Revolution bis zum Sturz Napoleons III. 1789–1870*, in: *Handbuch der Europäischen Geschichte*, hrsg. v. Theodor Schieder, Bd. 5, Stuttgart 1981.

Register

- Ammermüller, Friedrich 238, 261, 295
Arnold, Leonhard (Aalen) 280, 285
Autenrieth, Ferdinand v. 22
Autenrieth, Jakob Friedrich 22
Autenrieth, Louisa Frederica 22
- Bauer (Diakon Aalen) 62, 118 f., 121, 298
Bäuerle (Schultheiß Essingen) 58, 61 f., 125, 128 f., 268, 278, 309 f.
Bayerhammer, Leonhard 237, 259, 320 f.
Becher, August 236, 238, 241, 261
Berger, Johann Nepomuk 259
Beroldingen, Joseph Ignaz Graf v. 40
Bertrand, Moriz (Aalen) 278 f., 285, 287, 298
Beyerle (Obertribunalrat) 234
Biedermann, Karl-Friedrich 100
Bismarck, Otto Fürst v. 235
Blum, Robert 73
Borst, Jacob (Gastwirt Aalen) 297
Bosch, Dr. (Arzt Aalen) 287, 293
Breitschwert v. (Aalen) 293
Brinz, Alois 258
Brucker, C.F. (Aalen) 291, 297, 300
Bucher (Rechtsanwalt Mergentheim) 265
Burger (Oberamtmann Aalen) 56, 119, 282
- Camerer (Abgeordneter) 167
Carl, Heinrich Conrad 89
Cavaignac, Louis Eugène 159
Cavallo, Peter Paul 241
Cavour, Camillo Benso Graf v. 250
Christian IX. (dänischer König) 292
Christlieb, Dr. (Arzt Aalen) 278 f., 285 f., 298
Cloß, Hugo (Apotheker Aalen) 287–293, 296 ff., 311
Cohn, Gustav 203
Cotta, Georg Friedrich 45 ff., 69
- Deffner, Karl 168, 192, 238
Desaller (Pfarrer) 55, 61, 121, 138
Detmold, Johann H. 90
Diesterweg, Friedrich Adolph 32
Diezel, Gustav 183
Droege, Johann Albert 89
Dulk (Landtagskandidat Aalen) 323
Duvernoy, Gustav Heinrich 49, 128, 237
- Eduard (Verwalter) 280
Egelhaaf (Fabrikant Aalen) 285
Eisenmann, Johann Gottfried 74
Elben, Otto 41, 44, 149, 179, 199, 212, 214, 241, 324 f.
Erath, Wilhelm 259
Erhardt (Verwalter Wasserralfingen) 168
Essich (Domänenrat) 318, 320
- Fallati, Johannes Baptista 88, 201, 220
Fetzer, Karl August 141, 205, 237
Feuerlein, Dr. 287
Fischer (Dreher Aalen) 288, 291
Forster, Eduard 318
Franz (Stiftungspfleger Aalen) 291
Freisleben, Karl 61
Friedrich (Blaubeuern) 222
Friedrich Wilhelm IV. (König von Preußen) 251
Frisch, Christian 60
Fröbel, Julius 259
Fulda, Friedrich Karl 23
Fürgang, G.J. (Aalen) 55, 285
Fürgang, Leonhardt; (Färber Aalen) 280, 285
- Gagern, Heinrich v. 258
Gagern, Max v. 258
Gaupp (Apotheker Aalen) 297
Gevekoth 89
Gmelin, Friedrich Ludwig 50
Goppelt, Adolf 168
Grathwohl, Wilhelm 180, 184

- Groß, Schultheiß 156
 Gültlingen, Frhr. v. 101 f., 206
- Haas, Wilhelm (Seifensieder Aalen)
 284, 288, 291, 295, 297
- Hailer, Gottfried (Aalen) 137, 278 ff.,
 286, 298
- Hentges, Louis 52
- Herdegen, Johann Christoph v. 42
- Hermann, Friedrich Benedikt Wilhelm
 v. 88
- Hesselmeyer, Ellis 114
- Hoffmann, Heinrich 101
- Hofstetter (Abgeordneter) 161
- Hölder, Julius 174, 183, 186, 190–193,
 198, 213, 226, 230–233, 236, 237 ff.,
 242, 249, 252–256, 297, 300 f., 315 f.,
 320, 327
- Holland, Wilhelm Ludwig 69
- Hopf, Franz 184
- Hornstein, Honor August v. 156
- Hügel, Karl Eugen Frhr. v. 258
- Hundeshagen, J. Ch. 24
- Kapff, Sixt Karl v. 262
- Karl Eugen (Herzog von Württemberg)
 21
- Kauffmann, Leonhardt (Aalen) 137
- Keynes, John Maynard 37
- Knapp, Christian v. 165 f., 227
- Kolb, Gustav 46
- Köpf, Gottfried (Gastwirt Aalen)
 287 f., 291
- Kotzebue, August v. 201
- Krauß, Christian (Aalen) 285
- Krauß, M. (Tuchfabrikant Aalen) 290
- Krauß-Glinz (Wichsefabrikant Aalen)
 291
- Kuhn, Johannes v. 64 f.
- Lang, Louis (Unternehmer Heiden-
 heim) 301, 302
- Lasker, Eduard 308
- Lena (Haushälterin Mohls) 67
- Lichnowsky, Felix Maria Fürst v. 105
- Lietzenmayer, Christoph (Kaufmann
 Aalen) 120, 285, 287, 291, 293
- Linde, Justin Frhr. v. 113
- Linden, Frhr. v. 39 f.
- Linden, Joseph Frhr. v. 85 f., 130, 132,
 135 f., 142 f., 144 f., 147–155, 180 f.,
 186–189, 195, 205, 208, 211, 227, 229,
 245 ff., 249, 282, 284
- List, Friedrich 23, 27, 30
- Löwenstein (Rechtsanwalt Ellwangen)
 273, 293, 301 f., 315, 320
- Mack, Martin Joseph 183
- Majer, Friedrich (Fabrikant Aalen)
 288, 291, 297, 301, 315, 318 f.
- Mathy, Karl 88
- Maucler, Paul Theodor Eugen Frhr. v.
 258
- Maximilian II. (bayerischer König)
 258
- Mayer, Karl 235, 239 f., 248, 295, 306
- Mehring, Gebhard v. 189, 230
- Memminger (Finanzrat) 34
- Merck, Ernst 97
- Mittnacht, Hermann v. 191, 224, 238
- Mohl, Benjamin Ferdinand v. 21, 264
- Mohl, Eduard 23
- Mohl, Hugo 23, 85
- Mohl, Julius 22, 68
- Mohl, Robert v. 21 ff., 35, 49, 61, 63,
 83, 85, 101, 143, 154, 202, 220, 236
- Moser, Johann Jacob 21, 325
- Münch (Redakteur Aalen) 55
- Murschel, Wilhelm 81, 123 f., 128, 237
- Nägele, Ferdinand 81, 168
- Napoléon Bonaparte, Charles Louis
 250
- Ogger, Heinrich (Arzt Aalen) 287, 297
- Österlein, Gustav (Stadtschultheiß Aa-
 len) 55, 279, 287, 312 f., 314 f.
- Österlen, Ludwig August 238, 261,
 295
- Ottenbacher (Amtstierarzt Aalen) 66,
 125, 129 f.
- Ow, Hans v. 166
- Pfahler (Kaplan Ellwangen) 283
- Pfeifer, Carl 60, 62, 66, 166, 250
- Pfeiffer, Eduard 256, 302
- Pfizer, Paul 72
- Pistorius (Geheimer Rat) 43
- Poppe, Johann Heinrich Moritz v. 24

- Probst, Rudolf 81, 168, 186 f., 236 ff.,
 241, 256, 261
- Rechberg, Albert Graf v. 302, 305
 Reden, Friedrich Wilhelm v. 202
 Reiff (Fabrikant Aalen) 300
 Retter (Abgeordneter Ellwangen) 316
 Ricardo, David 27
 Riecke (Oberfinanzrat) 302
 Rieger, Daniel (Seifensieder Aalen)
 288
 Riesser, Gabriel 108 ff., 112 f., 115
 Rochau, August Ludwig 255
 Rodbertus, Karl 258
 Rödinger, Friedrich 50, 52 f., 56, 64,
 72, 232, 237
 Roggenbach, Franz Frhr. v. 258
 Römer, Friedrich 50, 119, 126, 287
 Römer, Robert 236 f.
 Rönne 89
 Rösler von Oels, Gustav Adolf 204
 Rotteck, Carl v. 204, 243
 Rümelin, Gustav v. 212
 Rummel (Pfarrer) 63
 Ruoff (Rechtsanwalt Aalen) 290 f.,
 293, 296, 298, 300, 316, 318 f.
- Sachs, C. (Aalen) 291
 Sarwey, Otto 194
 Schaal (Aalen) 286
 Schäffle, Albert E. 168, 219, 259
 Schlayer, Johannes 126, 128, 130, 166,
 230
 Schmerling, Anton v. 83
 Schmidt, Louis (Rotgerber Aalen) 295
 Schnitzer, Karl Friedrich 231, 243
 Schoder, Adolph 80, 136, 151, 278, 286
 Scholl, Gustav 58
 Schott, Sigmund 191 f., 237 f., 261
 Schweikardt, Eduard 60, 62, 65
 Seeger, Adolf 141, 151, 250
 Seeger, Ludwig 272
 Seydelmann, Andreas (Schlosser Aalen)
 55, 120, 137, 288, 293, 297
 Sick, Dr., Paul 85
 Sieyès, Emmanuel Joseph 105
 Simon, Friedrich (Goldarbeiter Aalen)
 295–297, 309, 316
- Simon, J.M. (Fabrikant Aalen) 280
 Stälin (Oberstudienrat) 85
 Stefflin, Julius v. 209
 Steinbeis, Ferdinand 160, 222,
 Stelzer (Realschuleher Aalen) 293
 Stierlin (Redakteur Aalen) 313
 Stockmayer, Hermann 136
 Streich, Karl v. 233, 315 f., 318
 Struve, Gustav 295
 Stütz (Pfarrer) 58, 60
 Stützel, F. (Konditor Aalen) 291, 295,
 297
 Süskind, Eduard 206
 Sybel, Heinrich v. 293
- Tafel, Gottlob 250
 Teuffel v. 147
 Thünen (Reichsrat) 306
 Treitschke, Heinrich v. 41, 87
- Umgelter, Mechanikus 119
- Varnbüler, Friedrich Gottlob Karl Frhr.
 v. (d.J.) 162, 164, 180, 184, 190,
 194 f., 197, 199, 208, 211, 214–217,
 222, 226, 247, 259
 Varnbüler, Karl Frhr. v. (d.Ä.) 39 f.
 Vincke, Ernst Friedrich Georg Frhr. v.
 98
- Wagner (Rittmeister Aalen) 285
 Wangenheim, Karl August Frhr. v. 23
 Weberling, Alois 137 ff., 140, 282
 Weckherlin, Ferdinand Heinrich Au-
 gust 26 ff., 34
 Weihreter (Gastwirt Aalen) 137,
 283 ff., 287 f., 293
 Wengert (Landtagskandidat Aalen)
 323
 Wiedmann, J.G. (Aalen) 287
 Wilhelm I. (württembergischer König)
 22, 42 ff., 49, 122, 126, 130
 Wilhelm (Kronprinz von Preußen)
 251
 Winter, Christian Gustav (Apotheker
 Aalen) 285, 287, 291
 Wöllwarth, Carl Frhr. v. 57, 101, 131

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Westermayer, Jörg:

Politik als Beruf : Der Parlamentarier Moriz Mohl 1802–1888 / Jörg Westermayer. –

Düsseldorf : Droste, 1998

(Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus

und der politischen Parteien ; Bd. 111)

ISBN 3-7700-5204-8



EX OFFICINA

1998

Satz

Linotype Stempel Garamond

Müller · Druck Grevenbroich

Papier ☉

Geese Hamburg

Gewebe

Bamberger Kaliko

Druck

Verlagsdruckerei Schmidt

Neustadt/Aisch

Printed in Germany



Wärter:) Meine Herrschaften schauen Sie ein **mohl**
Adel u. Juden u. **macht** lange Phrasen. _ Meine
merkwürdige Thier jeden Tag, in der bekannten Bu

enti camelus.



es es seltene Thier an, es stammt aus Neuschwaben, frisst
errschaffen! von 9 Uhr Morgens bis 2 Uhr Mittags ist dieses
e in der Paulsgasse zu schauen. —

Herausgegeben u. zu haben bei S. Stern's Offizin